

Ralph Raico

Die Partei der Freiheit

Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus

Schriften zur Wirtschaftspolitik

Neue Folge · Band 7

Herausgegeben von

Juergen B. Donges und Johann Eekhoff

Die Partei der Freiheit

Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus

von

Ralph Raico

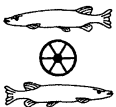
mit einer Einführung von Christian Watrin

übersetzt und bearbeitet von

Jörg Guido Hülsmann

Gabriele Bartel

Pia Weiß



Lucius & Lucius · Stuttgart · 1999

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Raico, Ralph:

Die Partei der Freiheit : Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus / von Ralph Raico. Mit einer Einf. von Christian Watrin. Übers. und bearb. von Jörg Guido Hülsmann ... – Stuttgart: Lucius und Lucius, 1999

(Schriften zur Wirtschaftspolitik ; N. F., Bd. 7)

ISBN 3-8282-0042-7

© Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH Stuttgart 1999

Gerokstr. 51, D-70184 Stuttgart

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung, Verarbeitung und Übermittlung in elektronischen Systemen.

Druck und Einband: Franz Spiegel Buch GmbH, Ulm

Printed in Germany

Für

Leonard P. Liggio

Einführung

Klassischer Liberalismus im Deutschland des 19. Jahrhunderts

Wirtschaftspolitische Diskurse sind immer auch angereichert mit Bildern der Vergangenheit und Vorstellungen über ordnungspolitische Konzeptionen, denen der jeweilige Autor entweder zustimmend oder ablehnend gegenübersteht. Nicht selten kommt es dann selbst in Dialogen, die nicht den Charakter von Propagandaschlächten haben, zu kruden Darstellungen abgelehnter Positionen. Das jüngste Beispiel hierfür – in einer mitunter von Schlag- und Stichwörtern beherrschten öffentlichen Diskussion – ist der Begriff „Neoliberalismus“, der in manchen Äußerungen als Synonym für Rechtlosigkeit, wirtschaftliches Raubrittertum und Ausbeutung, für „Kapitalismus pur“, verwendet wird. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß die nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Freiburger Kreisen hervorgegangenen Neo- oder Ordoliberalen das genaue Gegenteil eines sog. „Mafia-Kapitalismus“ als politisches Programm vertraten. Denn sie strebten, im Anschluß an die großen liberalen Strömungen des 19. Jahrhunderts und vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen und der kommunistischen Despotien, eine Renaissance der Ordnungsvorstellungen des 19. Jahrhunderts an. Ihr Leitbild war nicht der „totale Staat“ oder die unbeschränkte Herrschaft einer vermeintlichen „Avantgarde des Proletariats“, sondern eine Gesellschaft, in der der Rechtsstaat die Freiheit des einzelnen schützt. In einer Gesellschaft freier Menschen sollte nicht nur die politische, sondern auch – und dies ist das besondere Anliegen des Neoliberalismus – die wirtschaftliche Macht in ein System von Regeln eingebunden werden, das willkürliche Zwangsausübung verhindert oder im Idealfall sogar ganz vermeidet. Die spontane Ordnung des Marktes sollte durch angemessene und für alle in gleicher Weise geltende Regeln gezügelt werden. Das bedeutete, daß der einzelne nicht in eine bestimmte Richtung gelenkt oder gedrängt werden dürfte, und daß die Märkte nicht politisch manipuliert wurden. Statt dessen sollten den Bürgern im Rahmen von Gesetzen möglichst umfassende Freiheitsspielräume eingeräumt werden; diese waren jedoch ihrerseits so zu begrenzen, daß nicht die Freiheit anderer Gesellschaftsmitglieder gefährdet wurde. So gesehen wurden Freiheit und Ordnung als die beiden Seiten der gleichen Medaille verstanden.

Wenn die Verballhornung des Neoliberalismus fort dauert, dann könnte sich in der Gegenwart ein ähnlicher Prozeß entfalten, wie er sich im Hinblick auf die öffentliche Beurteilung des deutschen Liberalismus des 19. Jahrhunderts im Ge-

folge der Bismarckschen Politik ergeben hat. Die dynamische Entwicklung des liberalen Denkens in Deutschland um 1800, das sich von den aus Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika kommenden Ideen in wichtigen Punkten unterschied, ist in heutigen Diskussionen nahezu vergessen, obwohl hier so glänzende Namen wie Immanuel Kant, Wilhelm von Humboldt und Friedrich von Schiller zu nennen sind.¹ Die Wahrnehmung des 19. Jahrhunderts ist heute vielfach dadurch eingetrübt, daß es - auch bei nicht-marxistischen Autoren - als eine Periode des „Hochkapitalismus“ mit verbreitetem Massenehend und - mit Ausnahme des Bismarckschen Deutschland zum Jahrhundertende - mangelhafter sozialer Absicherung gilt. Diese Interpretation übersieht einmal die großen wirtschaftlichen Erfolge der liberalen Reformen des 19. Jahrhunderts und zum anderen den Gang der politischen und wirtschaftspolitischen Diskussionen, und zwar sowohl in der Blütezeit als auch in der Periode des Verfalls des Liberalismus gegen Ende des vorigen Jahrhunderts.

Dieser Problematik widmet sich die vorliegende Schrift von Ralph Raico. Ihr Autor gehört zu der kleinen Gruppe amerikanischer Historiker, die über subtile Kenntnisse der Geschichte des deutschen Liberalismus verfügt. Raico ist gegenwärtig Professor für europäische Geschichte an der State University of New York, College at Buffalo, und hat in den sechziger Jahren unter Leitung von Friedrich A. von Hayek seine Ph. D.-Dissertation an der Universität von Chicago geschrieben. Er war Herausgeber der bekannten *New Individualist Review*, die, ob ihrer Bedeutung für die amerikanische Diskussion, mittlerweile auch als Nachdruck vorliegt; er übersetzte Ludwig von Mises Buch „Liberalismus“ und Schriften F.A. von Hayeks ins Englische. Er ist in verschiedenen Funktionen Mitglied mehrerer wissenschaftlicher Einrichtungen und Institute und Autor zahlreicher Aufsätze zu Fragen der politischen Ökonomie.

Raico versteht sich als „klassischer Liberaler“. Dies ist ein Sprachgebrauch, der sich aus der amerikanischen Geistes- und Politikgeschichte ergibt. In ihr wird das Adjektiv „liberal“ mittlerweile zur Bezeichnung der sozialdemokratisch-wohlfahrtsstaatlichen Positionen der Demokratischen Partei verwendet. Der „klassische Liberalismus“ oder - wie auch gesagt wird - die „libertäre Position“ hingegen steht in der Tradition vor allem des angelsächsischen liberalen Denkens. Dieses hat seine Wurzeln in der klassischen Antike und in den naturrechtlichen Strömungen des Mittelalters, in denen sich die Idee der Freiheit unter dem Gesetz entwickelte.

In der Neuzeit wurden diese Ansätze zwar durch den Absolutismus zerstört oder zumindest unterdrückt. Sie fanden jedoch zunächst neuen Boden in den Schriften der spanischen Jesuiten-Philosophen der Schule von Salamanca und erzielten im 18. Jahrhundert in der schottischen Moralphilosophie unter David Hume, Adam Smith und ihren Zeitgenossen einen neuen Durchbruch. Von hier

¹ Zu Einzelheiten siehe die beiden Arbeiten von Friedrich A. von Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971, S. 246ff. Derselbe, *Liberalismus*, Vorträge und Aufsätze des Walter-Eucken-Instituts, Heft 72, 1979, S. 15f.

aus pflanzten sich liberale Vorstellungen in vielen Ausprägungen fort. Der klassisch-liberale Zweig findet sich wieder in den wirtschaftspolitischen Schriften der österreichischen Schule der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts, die, von der Wiener Universität ausgehend, als Austrian Economics mittlerweile in den USA und in Großbritannien, aber auch in Kontinentaleuropa, eine beachtliche Verbreitung gefunden haben. Der deutsche Ordoliberalismus läßt sich in weiterem Sinne dieser Richtung zurechnen.

Ziel der Arbeit von Professor Raico ist es, die Verwerfungen und Fehlinterpretationen, die der deutsche Liberalismus des 19. Jahrhunderts erfahren hat, einer Revision zu unterziehen. Daß er dieses aus der Perspektive eines klassischen Liberalen tut, schickt er seiner Schrift voraus. Für ihn ist Liberalismus nicht die Programmatik oder Ideologie einer politischen Partei, sondern ein Versuch, Antworten auf die ordnungspolitischen Fragen moderner Gesellschaften zu geben. Leitende Ideen sind die individuelle Freiheit unter dem Gesetz und die Begrenzung der Macht des Staates - den demokratischen Staat eingeschlossen.

Der klassische Liberalismus ist scharf von jenem Anarchismus zu unterscheiden, der neuerdings unter Berufung auf den Liberalismus vertreten wird. Denn Freiheit unter dem Gesetz bedeutet notwendigerweise, daß die Freiheitsspielräume des einzelnen im Interesse der Freiheit aller durch allgemeine Regeln beschränkt werden müssen. Solche Regeln bedürfen des Rechtsstaates, der im anarchistischen Modell keinen Platz hat. Der klassische Liberalismus unterscheidet sich ferner vom Sozialliberalismus und Kommunitarismus, der den Anspruch erhebt, ein „Liberalismus mit Herz“ und eine Weiterentwicklung der Ansätze des 19. Jahrhunderts zu sein, der jedoch keine Lösung für das Eingrenzen überwuchernder wohlfahrtsstaatlicher Ansprüche enthält. Erst recht aber ist der klassische Liberalismus gegen Amalgame von Sozialismus und Liberalismus - wie Syndikalismus und Marktsozialismus - abzugrenzen.

Ausgehend von einer Ortsbestimmung des deutschen Liberalismus und seinen geistigen Ursprüngen im 18. Jahrhundert sowie den Stein-Hardenbergschen Wirtschaftsreformen nach dem Ende der napoleonischen Kriege schildert Raico die heute fast vergessenen Akteure des 19. Jahrhunderts. An ihrer Spitze steht John Prince-Smith (1809-1874), der, von London kommend, als Journalist und Publizist die Ideen des Liberalismus (mit einem starken Einschub Benthamschen Denkens) vor allem in Preußen verbreitete; gegen Ende seines Lebens verleugnete er allerdings seine liberalen Positionen und wurde zum Befürworter des Machtstaates.

Derartige Vorwürfe sind nicht gegen Eugen Richter (1838-1906) zu erheben. Er war Zeit seines Lebens ein „entschiedener“ Liberaler und – nach der Spaltung der liberalen Partei – Führer der Linksliberalen im kaiserlichen Reichstag. Dort war er der große Gegenspieler Bismarcks und – in einer Zweifrontenstrategie – der Sozialisten. Er verteidigte die liberale Marktwirtschaft in den damaligen

Debatten gegen den immer wieder erhobenen Vorwurf, privates Unternehmertum und Gewinnstreben seien nicht mit dem Gemeinwohl kompatibel. Folglich könne das öffentliche Wohl nur im Rahmen staatlicher Gewalt gewahrt werden. Diese, in der politischen Diskussion äußerst erfolgreiche, wenn auch falsche Behauptung hatte zur Folge, daß in den großen Auseinandersetzungen um die soziale Sicherung sich weder die von den Liberalen angestrebte Selbstverwaltung noch die privatwirtschaftliche Versicherungslösung durchsetzte. Statt dessen wurde das (sozial-)staatliche Modell gewählt, das die Sozialversicherung bis auf den heutigen Tag zu einem de-facto staatlich regulierten Bereich werden ließ. Nach den Regeln der demokratischen Herrschaft wurde sie damit zu einem Feld des Kampfes um Wählerstimmen. Die Entpolitisierung der sozialen Sicherung aber ist nach wie vor ein kaum diskutierter Gegenstand.²

Neben Eugen Richter war es der liberale Ludwig Bamberger (1823-1899), der mutig für eine freie Marktwirtschaft stritt. Er bekannte sich als Anhänger des „Manchestertums“, was ihm – wie man heute sagen würde – den Vorwurf mangelnder politischer Korrektheit einbrachte. Absichtsvoll oder nicht wurde von seinen damaligen Kontrahenten der Eindruck erweckt, die Abschaffung der corn laws in England (1846) und die Kampagne von Cobden und Bright für den Freihandel seien die Ausgeburten einer pro-britischen Einstellung, die nur der dortigen Industrie nutze. Das, was sie tatsächlich war, nämlich ein großer Schritt zur Verbesserung des Loses der ärmeren Schichten, vor allem der Industriearbeiter, die durch den Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen in den Genuß preisgünstigerer Getreideimporte gelangten und so ihren Lebensstandard verbesserten, wurde geflissentlich übersehen. Gleichzeitig wurde durch die weitverbreitete Agitation gegen den Freihandel der Boden dafür bereitet, daß sich im neuen Reich die protektionistischen und später auch kartellistischen Kräfte durchsetzten. Die dadurch entstandenen Einbußen an Anpassungsflexibilität trugen in der Weimarer Republik wesentlich zu deren Verfall bei.³

Eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Liberalismus spielten die Vertreter der jüngeren deutschen historischen Schule. Sie schlossen sich 1872 unter der Führung Gustav von Schmollers im Verein für

² Die Politisierung der Sozialversicherung ist im deutschen Fall nicht die Folge späterer Fehlentwicklungen, sondern gewissermaßen der Geburtsfehler des deutschen Modells. Wie Rüstow darstellt, war die Sozialgesetzgebung das Kompensationsangebot Bismarcks an die Arbeiterschaft für sein „Socialistengesetz“, mit dem er die sozialdemokratische Partei verbot. Rüstow kommentiert Bismarcks Vorgehen wie folgt: „Es ist ein Ruhmestitel der deutschen Arbeiterschaft und ein Beweis ihres Mutes, ihrer Mannhaftigkeit, ihrer Opferbereitschaft, daß sie darauf nicht hereinfließ, daß sie ihren Gewerkschaften, ihrer Partei treu blieb...“. Siehe Alexander Rüstow, Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes, in: Soziale Sicherheit, hrsg. v. Bernhard Külpe und Wilfried Schreiber, Köln-Berlin 1971, S. 20. Dort finden sich weitere Quellenbelege für die Verknüpfung von Politik und sozialer Sicherung im Kaiserreich.

³ Siehe hierzu auch Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936. Stuttgart 1986, S. 400f.

Socialpolitik zusammen. Sie gewannen schnell politischen Einfluß und ebneten den Weg zur Abkehr von der liberalen Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig bekämpften sie die Laissez-faire-Lehre des „Manchestertums“, die sie in einer völlig verzerrten Version darstellten. Im Zuge dieser Entwicklung und besonders in der Flottenfrage, d.h. des Aufbaus einer deutschen Kriegsflotte, wurden sie später zu Stützen der nationalen Expansions- und Kolonialpolitik. Das langfristige Erbe der damals eingeleiteten Abkehr vom Liberalismus und der öffentliche Rückhalt, den seine Gegner gewannen, ist die tiefsitzende Staatsgläubigkeit vieler Deutscher, die allzu oft im gesellschaftlichen Prozeß auftauchende Probleme mit dem einfallslosen Ruf nach dem Staat beantwortet.

Friedrich Naumann (1860-1919) gilt vielen als der letzte große liberale Repräsentant des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts und als der Schöpfer eines neuen Liberalismus. Raico hält jedoch Naumanns „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“ für ein Werk, dem - anders als den Schriften des klassischen Liberalismus - die theoretische Grundlage und vor allem die Fundierung in der Ökonomik fehlt. Naumanns berühmteste Arbeit, sein Buch „Mitteleuropa“, thematisiert allerdings einen Aspekt, dem heute wieder Aufmerksamkeit widerfährt, nämlich die Schaffung eines mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsraumes, der in der Vision des Autors in einen vierten Weltstaat neben Amerika, Rußland und dem britischen Empire einmünden sollte. Eine recht imperialistische Sicht.

Die Geschichte nach dem ersten und erst recht dem zweiten Weltkrieg ist zwar gänzlich anders verlaufen. Das schließt nicht aus, daß die ungeklärten Fragen der Finalität Europas und die Sorgen ob neuer deutscher Hegemoniebestrebungen im Rahmen einer vertieften Europäischen Union erneut öffentliche Aufmerksamkeit beanspruchen. Die klassisch-liberale Antwort auf ein System konkurrierender Machtblöcke dürfte im Lichte der Arbeiten von Eric L. Jones nicht darin zu sehen sein, daß eine Weiterentwicklung zu einem Weltstaat befürwortet wird. Sie dürfte vielmehr im Verlangen nach der Sicherung des friedlichen Wettbewerbs der Staaten untereinander bestehen. Naumann selbst aber, so meint Raico, kann nicht als ein Liberaler im klassischen Sinne bezeichnet werden, denn dafür waren seine Meinungswechsel zu häufig und seine nationalistische Begeisterung für den Kriegskommunismus zu groß.

Raicos Buch ist aus dem Blickwinkel eines vorzüglich informierten Kenners der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts geschrieben. Es bekundet großen Respekt vor den Liberalen des vorigen Jahrhunderts, ohne deren theoretische Schwächen wie auch – in einigen Fällen – deren Sinneswandel zugunsten staatssozialistischer Modelle zu verschweigen. Es ist zu hoffen, daß Raicos Werk die deutsche Diskussion befruchtet und die Verzerrungen, die sich mittlerweile in die allgemeine Beurteilung des deutschen Liberalismus eingeschlichen haben, nachhaltig zu korrigieren hilft.

Vorwort

Nachdem die Geschichte des Liberalismus lange Zeit vernachlässigt wurde, scheint sie endlich unter Historikern eine gewisse Popularität zu genießen. Erfreulicherweise ist das besonders in Deutschland der Fall. Doch die Gesichtspunkte, unter denen der Liberalismus untersucht wird, sind häufig irreführend und unzutreffend. Vor einigen Jahren bemerkte Christopher Weber: „Erstaunlich ist die Geduld, mit der die deutschen Liberalen die Okkupation ihrer Geschichte durch sozialistisch-sozialdemokratische Theorien hingenommen haben.“ (Weber, 1991, S. 30) Nur allzu häufig sind Historiker an das Studium des deutschen Liberalismus des 18. Und 19. Jahrhunderts mit ihren Voreingenommenheiten an diesen Gegenstand herangetreten, und gewöhnlich wurden diese Annahmen weder dargelegt noch begründet. Im großen und ganzen handelt es sich dabei in der Tat um sozialistische und sozialdemokratische Vorurteile gegen den Liberalismus. Dies hat zwangsläufig zu Mißverständnissen und Fehldeutungen geführt, und die Leser wurden um eine sachgemäße Würdigung dessen gebracht, was der Liberalismus für die neuere Geschichte der Deutschen bedeutet.

Unlängst hat unter einigen jüngeren deutschen Historikern eine Rückbesinnung eingesetzt. Es wird deutlich werden, in welchem großen Maße mir die Arbeit dieser Gelehrten zugute gekommen ist. Die vorliegende Studie wiederum soll unter anderem dazu dienen, weitere Untersuchungen zur Geschichte des echten Liberalismus in Deutschland anzuregen. Immer noch dominiert die ältere Haltung der Feindschaft gegenüber dem deutschen „Manchestertum“ und gegenüber den „entschiedenen“ Liberalen im Deutschland des 19. Jahrhunderts.

Die vorliegende Arbeit versteht sich als ein bescheidener Versuch, diese Lage zu korrigieren. In der Tat ist sie vom liberalen Standpunkt aus verfaßt worden. Genauer gesagt, es handelt sich dabei um jene Art Liberalismus, den unzählige Gegner als dogmatisch und doktrinär charakterisiert haben, der nach meinem Dafürhalten aber treffender als konsistent und als der wesentlichen liberalen Idee am nächsten liegend bezeichnet werden sollte. Historisch gesehen zeichnet sich der Liberalismus dadurch aus, daß er die Ansprüche der Bürgergesellschaft gegen die staatliche Gewalt bejaht und daß er für Privateigentum und offene Märkte als zentrale Einrichtungen blühender Bürgergesellschaften eintritt. Die neuere Forschung neigt dazu, diese Einstellung des Liberalismus zu bestätigen. Danach sind Eigentumsrechte und Märkte die unerläßlichen Grundlagen für die Entwicklung der Zivilisation, vor allem unserer eigenen abendländischen Zivilisation.

Mein Verständnis des Liberalismus fußt auf dem Denken jener Gelehrter, die ich als die besten Vertreter der liberalen Idee im 20. Jahrhundert ansehe: F.A. von Hayek und vor allem Ludwig von Mises, die meine Lehrer in Chicago bzw. New York waren. Was frühere Autoren anbelangt, die ich zu der unverfälschtesten und fruchtbarsten jener Denktraditionen zähle, für die die Bezeichnung liberal in Anspruch genommen wird, so sind die Denker in der französischen Tradition des 19. Jahrhunderts – von Benjamin Constant über Charles Dunoyer und Charles Comte bis Frédéric Bastiat und Gustave de Molinari – in meinen Augen die wichtigsten. Obwohl die deutschen Liberalen, deren Geschichte den Kern dieser Arbeit bildet, in einigen Sachfragen oder hinsichtlich zugrundeliegender philosophischer und ethischer Werte offenkundig nicht einer Meinung waren, stellen sie, von meinem Standpunkt aus gesehen, dennoch eine „Partei der Freiheit“ dar – sie blieben jener Auffassung vom Liberalismus treu, der zufolge die Bürgergesellschaft gegen die Anmaßungen einer ständig übergreifenden Staatsgewalt zu verteidigen ist. Dies ist gleichzeitig die Kernfrage der Moderne.

Im Mittelpunkt meiner Arbeit steht die politische Philosophie. Die Wahl dieses Schwerpunktes wurzelt in der Überzeugung, daß Systeme politischer Ideen zwar keineswegs einen ausschließlichen, aber nichtsdestoweniger einen mächtigen und unabhängigen Einfluß auf den Gang der Geschichte ausüben. Auch in dieser Hinsicht unterscheidet sich das vorliegende Werk von vielen anderen Studien zum deutschen Liberalismus, die dazu neigen, sich auf die politischen Errungenschaften und insbesondere auf die Wahlerfolge und –niederlagen der verschiedenen liberalen Parteien in der Zeit zwischen den 1860er Jahren und 1914 zu konzentrieren. Meine Überlegung geht dahin, daß es sich durchaus lohnt, die Ideen der echten, zumeist seit langem schon vergessenen deutschen Liberalen als solche zu erforschen. Es ist meine Hoffnung, daß diese Arbeit auch den Leser davon überzeugt.

Einige Passagen der vorliegenden deutschen Version meiner Arbeit stammen aus zwei meiner Aufsätze, die in der *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* erschienen sind. Im wesentlichen ist die vorliegende Übersetzung jedoch das Werk von Jörg Guido Hülsmann, dem ich sehr zu Dank verpflichtet bin. Ich bedanke mich auch bei Professor Dr. Christian Watrin und Frau Gabriele Bartel für ihre redaktionelle Mitarbeit. Verschiedene Teile der Untersuchung wurden über mehrere Jahre hinweg am Wirtschaftspolitischen Seminar der Universität zu Köln vorgetragen, wo ich erheblich aus der intellektuellen Auseinandersetzung mit den Mitgliedern des Seminars – mit Professor Watrin und den hervorragenden Studenten, die er ausbildet – profitierte.

Da es mein Freund Leonard P. Liggio war, der mich mit Professor Watrin bekannt machte und der mir zudem unentwegte intellektuelle Anregungen und moralische Unterstützung zukommen ließ, ist es nur angemessen, daß diese Arbeit ihm gewidmet ist. Ich möchte auch Gerd Habermann, Gabriele Cooper,

Hardy Bouillon, Viktor Vanberg, Gerard Radnitzky, Detmar Doering, Hans-Hermann Hoppe, David Gordon, George Smith, Stephen Heimbach, Philip Michelbach und William J. Ganley für ihre Hilfe danken. Der Earhard Stiftung in Ann Arbor/Michigan bin ich für die finanzielle Unterstützung verbunden, die mir die Durchführung meiner Forschungen ermöglichte.

Es soll hier auch bemerkt werden, daß die wörtlichen Zitate der besseren Lesbarkeit halber in die moderne Orthographie übertragen worden sind.

Buffalo, im Oktober 1998

Ralph Raico

Inhaltsverzeichnis

Einführung	
Klassischer Liberalismus im Deutschland des 19. Jahrhunderts.....	VII
Vorwort.....	XIII
Inhaltsverzeichnis.....	XVII

Kapitel 1

Deutscher Liberalismus - ein Überblick.....	1
I. Das alte und das neue Geschichtsparadigma	1
II. Die Stellung des deutschen Liberalismus	5
III. Ursprünge des deutschen Liberalismus im 18. Jahrhundert.....	9
<i>a) Begriffliche Fragen</i>	<i>9</i>
<i>b) Kant und Humboldt</i>	<i>10</i>
<i>c) Der Frühliberalismus vor 1789.....</i>	<i>13</i>
<i>d) Liberalismus am deutschen Oberrhein.....</i>	<i>16</i>
<i>e) Justi, Mauvillon, Jacobi.....</i>	<i>18</i>
IV. Frühe Wirtschaftsreformen und die Bevölkerungskrise	22
V. „Manchestertum“	29
VI. Der Kulturkampf.....	31
VII. Der Staatssozialismus und die Sonderinteressen	38
VIII. Krieg und Weimar	41

Kapitel 2

Die deutsche Freihandelspartei und der deutsche Liberalismus	49
I. John Prince-Smith und seine Schule	49
II. Das anarchistische Zwischenspiel der jungen Freihändler	62
III. Der Kongreß deutscher Volkswirte	67
IV. Der Pakt mit Bismarck	71
V. Prince-Smith als Fürsprecher des Machtstaates	77

Kapitel 3**Eugen Richter: Seine Laufbahn, seine Gedanken und seine Kritiker 87**

I. Eugen Richter in der Literatur	87
II. Die Anfänge.....	93
a) Sozialer Hintergrund und Erziehung.....	93
b) Frühe Karriere und Eintritt in die Politik	96
III. Parlamentarische und politische Laufbahn.....	98
a) Richter und Bismarck	98
b) Richter und die Nationalliberalen.....	102
c) Richter als Etatkritiker.....	103
d) Journalist und Parteiführer	106
IV. Ordnungsidee und politische Weltanschauung	108
a) Richters Sozialphilosophie.....	108
b) Richter als „civic humanist“	111
c) Politische Weltanschauung	114
V. Bürgerliche Freiheit und Rechtsstaat	115
VI. Die Zweifrontenstrategie.....	121
VII. Gegen die Konservativen.....	123
VIII. Gegen die Sozialdemokratie	125
a) Richters lebenslanger Feldzug.....	125
b) „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“	129
IX. Gegen Staatssozialismus und Sozialpolitik.....	131
a) Bismarcks Staatssozialismus.....	131
b) Die Geburt des Wohlfahrtsstaates.....	133
X. Der Triumph der Sonderinteressen	135
XI. Krieg, Frieden und Imperialismus	139
a) Der Kampf gegen die Weltpolitik.....	139
b) Noch einmal „Negativismus“	144
XII. Ab- oder Auflösung des deutschen Liberalismus?.....	146
XIII. Richter heute	151

Kapitel 4**Der Aufstieg des modernen Wohlfahrtsstaates und die liberale Antwort.. 153**

I. Bismarcks Einführung des modernen Wohlfahrtsstaates	153
II. Der konservative Angriff auf die Marktwirtschaft.....	155
III. Liberale Argumente gegen den Wohlfahrtsstaat	160
IV. Die Folgen.....	177

Kapitel 5**Die Rolle der Kathedersozialisten beim Niedergang des deutschen****Liberalismus 181**

I. Der Aufstieg der Kathedersozialisten	181
II. Die Kathedersozialisten, der Staat und der Sozialismus	189
III. Die ersten Vertreter des Sozialimperialismus	197
IV. Reaktionen gegen den Kathedersozialismus	200
V. Ludwig Pohles Kritik	206
VI. Ideen und ihre Folgen	213
VII. Die Kathedersozialisten als Prototypen	217

Kapitel 6**Friedrich Naumann - ein deutscher Modelliberaler? 219**

I. Die Idealisierung von Friedrich Naumann	219
II. Anfänge und christlich-soziale Phase	220
III. Nationaler Sozialismus	227
IV. Ein neuer Liberalismus?	237
V. Der Erste Weltkrieg und Mitteleuropa	245
VI. Weimar und neue Grundrechte	253
VII. Schluß	257

Literaturverzeichnis 263**Personenregister 293****Sachregister 297**

Kapitel 1

Deutscher Liberalismus - ein Überblick

I. Das alte und das neue Geschichtsparadigma

Wenn man sich vor Augen führt, wie politische Ansichten gewöhnlich Verbreitung finden, so kann man eine überraschende Entdeckung machen. Bei gebildeten Menschen - deren Ideen letztlich prägend sind - bestimmen in der Regel weder ökonomische noch philosophische Kenntnisse deren Standpunkt zu den großen politischen Fragen, sondern das, was man von der Geschichte kennt oder zu kennen glaubt. Wie F.A. von Hayek schrieb: „immer schon hingen politische Meinungen eng mit Ansichten über geschichtliche Ereignisse zusammen, und das wird auch immer so bleiben.“ Neue Ideen, die Theoretiker der Politik ersinnen, „erreichen größere Kreise nicht in ihrer abstrakten Form, sondern als Deutung bestimmter Ereignisse. Zumindest insofern ist der Historiker dem Theoretiker - was den direkten Einfluß auf die öffentliche Meinung anbelangt - einen Schritt voraus“ (von Hayek, 1954, S. 3f.). Ob man Anhänger des Privateigentums und der Marktwirtschaft oder des Sozialismus oder irgendeiner Mischform ist, hängt z.B. sehr stark von den persönlichen Ansichten über historische Fragen wie die angebliche Verelendung der Arbeiter während der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert oder die Ursachen der Großen Depression in den 30er Jahren ab.

Über einige Generationen hinweg gab es umfassende Geschichtsdeutungen, die das öffentliche Urteil über Marktwirtschaft („Kapitalismus“) und Sozialismus durchweg prägten und formten. Sie besagten ungefähr folgendes: Im Zusammenhang mit den gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungen der Neuzeit sei die neue Klasse des Bürgertums entstanden und in der Nachfolge des Adels früherer Zeiten zu Anerkennung und Herrschaft gelangt. Der Liberalismus aber war die Ideologie, eben dieses Bürgertums geworden. Gleichzeitig aber sei eine weitere Klasse entstanden - die Arbeiterschaft -, die ihrerseits das Opfer des siegreichen Bürgertums geworden sei. Auch dieser „vierte“ Stand habe nach Anerkennung und Herrschaft gestrebt und seine eigene Ideologie entwickelt, den Sozialismus, der den revolutionären Übergang zu einer höheren Stufe menschlicher Emanzipation verfolgte. Die ebenso unvermeidlichen wie natürlichen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Klassen - im Grunde der Ausbeuter und der Ausgebeuteten - mache die neuzeitliche Geschichte aus und habe letzten Endes in unserer Zeit mit dem Wohlfahrtsstaat zu einer Art Ausgleich geführt.

Mit diesem geschichtlichen Modell sind wir alle wohl vertraut.

Neuerdings aber findet ein anderes Paradigma Verbreitung. Weit umfassender und geschichtlich tiefer verwurzelt, stellt diese Interpretation die moderne Marktwirtschaft, den Liberalismus und den Sozialismus in ein völlig anderes Licht.

Diese Sichtweise, die in jüngerer Zeit von Gelehrten wie David Landes, Jean Baechler, E. L. Jones, Douglass C. North und anderen entwickelt wurde, kann zumindest bis zum großen belgischen Historiker Henri Pirenne zurückverfolgt werden.¹ Im allgemeinen wird sie als der „institutionelle“ Ansatz bezeichnet, manchmal auch als die „Europäisches-Wunder“-Interpretation nach dem bekannten Werk von E. L. Jones (1987).

Das „Wunder“, um das es hier geht, besteht in der Tatsache, daß Menschen zuerst in Europa und seinen Ausläufern ein langanhaltendes Pro-Kopf-Wachstum zustande brachten und auf diese Weise der „Malthus'schen Falle“ entgingen. Nach dem neuen Paradigma liegen die Wurzeln dieses „Wunders“ in der besonderen Wendung begründet, die sich in Europa entwickelnde Zivilisation nahm. Europa entschied sich für solche Institutionen und Werte, die politische Macht begrenzten und individuelle Rechte - besonders Eigentumsrechte - förderten.

Im Gegensatz zu anderen großen Zivilisationen - vor allem China, Indien und die islamische Welt - verwandelte sich Europa nach dem Fall des weströmischen Reiches in ein System geteilter, dezentraler und konkurrierender Mächte und Rechtsprechungen. In diesem System war es im allgemeinen für keine politische Herrschaft ratsam, Eigentumsrechte mit den gleichen Mitteln einzuschränken und zu verdünnen, die in anderen Teilen der Welt an der Tagesordnung waren. Im ständigen Wettbewerb miteinander entdeckten die Fürsten, daß offene Enteignungen, maßlose Besteuerung und Behinderungen des Handels nicht ungestraft blieben. Wie es Erich Weede ausdrückt: „Gerade weil Bürger, Talent, und bewegliches Kapital leicht von einem Gliedstaat in einen anderen übersiedeln konnten, hat das politische Übergriffe in die Wirtschaft dramatisch beschränkt“ (Weede, 1988, S. 181). „Der Wettbewerb der Staaten“ wurde zu dem, was er auch heute noch ist. In den Worten von Gerard Radnitzky: „die wichtigste Garantie für Freiheit.“ (Radnitzky, 1995, S. 204)

Zudem brachten der Feudaladel und eine Nationen übergreifende Kirche in jedem Gemeinwesen Gegenkräfte zur Zentralgewalt hervor. Durch einen Jahrhunderte währenden Kampf wurde jedes Gebiet in Landsitze, Orden, freie Städte, religiöse Gemeinschaften, Universitäten mit jeweils eigenen garantierten Freiheiten aufgeteilt. Fürsten sahen ihre Hände durch Volksvertretungen und Frei-

¹ Pirenne (1951; eine Sammlung seiner Schriften, hauptsächlich aus den 1920er und 1930er Jahren); Landes (1970); Baechler (1971); Baechler (1995); North/Thomas (1973); North (1981); Jones (1987); Powelson (1994). Siehe desweiteren Rosenberg/Birdzell, Jr. (1986); Baechler/Hall/Mann (1988); Weede (1990); Radnitzky (1991, S. 139ff.). Für Übersichtsarbeiten zur Literatur siehe Weede (1988, S. 172ff.); Raico (1994, S. 37ff.). Für eine kritische Erörterung der Position von Douglass C. North siehe Wischermann (1993, S. 239ff.).

briefe gebunden, die zu gewähren sie gezwungen waren. Der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit galt - zumindest theoretisch - in ganz Europa.

Mit der Zeit wurden die Eigentumsrechte - einschließlich der Rechte an der eigenen Person - genauer definiert und besser geschützt, so daß Eigentümer verstärkt in den Genuß der Früchte ihrer Investitionen und Verbesserungen kamen. Mit der freieren und besser gesicherten Verfügung über das private Eigentum entstand die Möglichkeit fortlaufender Neuerungen, die auf dem Markt erprobt wurden. In den Städten kam eine neue gesellschaftliche Klasse auf. Sie setzte sich aus Händlern, Kapitalisten und Fabrikanten zusammen und genoß „Immunität vor den Einmischungen der gewaltigen sozialen Kräfte, die Wandel, Wachstum und Neuerungen feindlich gegenüberstanden.“ (Rosenberg/Birdzell, 1986, S. 24). Schließlich erlangte die Wirtschaft ein Maß an Autonomie gegenüber der politischen Macht, welches - von relativ kurzen Zeiträumen abgesehen - in der übrigen Welt unbekannt war.

Eine entscheidende Rolle in dieser Entwicklung war der mittelalterlichen katholischen Kirche vorbehalten. Dies ist ein Umstand, der besonders von Harold J. Berman hervorgehoben wurde.² Ab dem 11. Jahrhundert schufen Papst Gregor VII. und seine Nachfolger eine „korporative, hierarchische Kirche [...] unabhängig von Kaisern, Königen und Feudalherren“ die dadurch in der Lage war, dem Machtstreben der weltlichen Gewalten paroli zu bieten (Bermann, 1974, S. 56).

Im Westen erlaubte diese institutionelle Entwicklung eine bessere Verwertung des anti-staatlichen christlichen Gedankengutes. So hat Karl Ferdinand Werner (Werner, 1988, S. 172) auf die Einsicht des klassischen Historikers Friedrich Klingner aufmerksam gemacht, welcher bereits 1941 darlegte, daß das christliche Denken, besonders das von St. Augustin, den Staat radikal *entheilige*: „Augustins Gedanke unterscheidet sich [...] dadurch, daß er Rom als metaphysische Größe entthront. [...] Augustin hat es aus dem Unbedingten, Endgültigen der überirdischen Wesenheiten in das Bedingte, Bezogene des Irdischen gerückt. Nun erscheint es in der Lage, worin sich alles Irdische, Vergängliche befindet.“³ In der mittelalterlichen Scholastik entstand eine Theorie, die die politische Gewalt sowohl durch weltliche als auch durch theologische Mittel in solchem Ausmaß begrenzte, daß Lord Acton über Thomas von Aquin als dem ersten Whig sprechen konnte.

² Berman (1974, S. 49ff.); Berman (1983). Die Umriss dieser Interpretation können zumindest bis zu Lord Acton zurückverfolgt werden.

³ Klingner (1941, S. 54f.). Hans Albert betont auch die Schlüsselrolle, die die katholische Kirche im Mittelalter spielte. Er spricht von der „Spaltung und [dem] Konflikt zwischen religiöser und politischer Autorität“ und fügt hinzu: „Der Konflikt zwischen der Kirche und den Monarchen ermöglichte es, dem Adel und den Bürgern, sich zu sozialen Gebilden von einiger Kohäsion zu entwickeln und auf diese Weise repräsentative Gremien zustandezubringen.“ Albert (1986, S. 20).

Hans Albert zieht das Fazit des heutigen institutionellen Ansatzes: „Es stellt sich heraus, daß die grundlegende Idee, auf die sich der europäische Beitrag zur Weltzivilisation beziehen läßt, die *Idee der Freiheit* ist. Sie bringt am besten zum Ausdruck, was die Eigenart des europäischen Sonderwegs ausmacht.“ (Albert, 1986, S. 30f., Hervorhebung im Original.)

Aus dieser Perspektive ist der Liberalismus besser verständlich. Tief im Boden Europas verwurzelt gärt der Liberalismus im 17. Jahrhundert als eine Reaktion auf den Ansturm des Absolutismus gegen die hergebrachten Freiheiten der Europäer. In den folgenden Jahrhunderten entwickelt er sich als eine vielgesichtige Weltanschauung, in deren Zentrum ein Ordnungsbegriff steht, der die Freiheit in ihrer einzigen, der modernen Welt angepaßten Form einschließt. Schritt für Schritt, in Praxis und Theorie, werden Bereiche menschlichen Handelns der obrigkeitlichen Kontrolle entzogen und dem freiwilligen Handeln der sich selbst ordnenden Gesellschaft überlassen. Mit jedem gesellschaftlichen Fortschritt haben, wie Weede beobachtet, die „politische Philosophie und die politische Ökonomie (oder Volkswirtschaftslehre) [...] diese Errungenschaften verarbeitet, gerechtfertigt und systematisiert.“ (Weede, 1989, S. 33)

Das besondere Merkmal des Westens und seines offensichtlich phänomenalen Erfolges war die Beschneidung der politischen und der entsprechende Aufbau gesellschaftlicher Macht. Als geistiger Ausdruck dieses Merkmals war der Liberalismus von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der modernen Welt. Dies wird z.B. von Pierre Manent vermerkt, wenn er schreibt, daß der Liberalismus „seit etwa drei Jahrhunderten die erste und wichtigste Strömung und sozusagen den *basso continuo* der modernen Politik Europas und des Westens darstellt.“ (Manent, 1987, S. 9)

Wenn das die Bedeutung des Liberalismus ist, was ist dann die des Sozialismus? Dazu hat Ernst Nolte eine Interpretation vorgestellt, die von vielen als skandalös empfunden wird. Dennoch läßt sie sich in das neue Paradigma einordnen:

„[...] die eigentliche Revolution [ist] diejenige des liberalen Kapitalismus, oder der Wirtschaftsfreiheit [...] Dieser Revolution des Individualismus trat schon früh der sogenannte revolutionäre Sozialismus mit seiner Orientierung an der Urgemeinschaft und einer archaischen Durchsichtigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse als die umfassendste Konterrevolution entgegen, nämlich als die Tendenzen zum totalitären Kollektivismus.“ (Nolte, 1987, S. 20f.)

So gesehen liegt hier eine ungewöhnliche Analyse des Sozialismus auf der Hand: Sofern letzterer nicht darin bestand, die Interessen bestimmter Gesellschaftsschichten (z.B. der organisierten Arbeiter) unter Aufgabe des Allgemeinwohls zu rationalisieren, war er im Kern ein verzweifelter Gegenschlag, mit dem Ziel, die „erweiterte Ordnung“ eines komplexen Marktsystems rückgängig zu machen, um an ihre Stelle die leicht verständliche, „transparente“ Ordnung einer

Befehlswirtschaft zu setzen.⁴ Dies ist eine neue Sicht, von der aus die Geschichte des europäischen Sozialismus neu geschrieben werden kann. Gleichzeitig wird auch der Gebrauch der Bezeichnung „Reaktionär“ neu überdacht werden müssen. Diese Verunglimpfung würde üblicherweise jenen zuteil, die gegen den Strom von Sozialismus und gewaltbereiten Gewerkschaften schwammen.

Obwohl das neue Interesse am Liberalismus im Vergleich zu seiner Bedeutung immer noch recht bescheiden ist, stellt es doch eine willkommene Neuentwicklung dar. In Europa, den Vereinigten Staaten und anderen Orten wird schon seit vielen Jahrzehnten die Geschichte des Sozialismus - vor allem des Marxismus - mit ungeheurem wissenschaftlichen Aufwand erforscht. Selbst *minutiae* der sozialistischen Theorie und Praxis wurden endlos gesichtet und immer wieder neu aufgewärmt. Zwischenzeitlich widerfuhr dem Werk vieler wichtiger Vertreter des Liberalismus seitens der Wissenschaft wenig Aufmerksamkeit, und die breite gebildete Öffentlichkeit kennt noch nicht einmal ihre Namen. Florin Aftalion schreibt in der Einleitung zu seiner Sammlung der *Oeuvres économiques* von Frédéric Bastiat:

„Wie kommt es, daß [Bastiat] - der für den Freihandel kämpfte bevor die Mehrheit der Industrieländer ihn hundert Jahre später zu ihrer offiziellen Doktrin erhob, der den Kolonialismus hundert Jahre vor der Entkolonialisierung verurteilte und [...] der vor allem eine Ära des wirtschaftlichen Fortschritts und des Wohlstands aller Gesellschaftsklassen ankündigte - heute vergessen ist, während die meisten seiner intellektuellen Widersacher, die Propheten der Stagnation und Verarmung - die Unrecht hatten - immer noch Bleiberecht in unserer Erinnerung genießen?“ (Aftalion, 1983, S. 8)

Dieses, seit langer Zeit bestehende Versäumnis ist sogar noch offensichtlicher im Fall jener deutschen Liberalen, die Bastiats Sicht einer freien Gesellschaft teilten und die der Gegenstand dieser Arbeit sind. In jüngerer Zeit haben allerdings Gelehrte - insbesondere in Deutschland - begonnen, ihr Augenmerk verstärkt auf die Liberalen des 18. und 19. Jahrhunderts zu richten. Es mag daher endlich die Zeit gekommen sein, den intellektuellen Grundfesten unserer eigenen Zivilisation zumindest ebensoviel wissenschaftlicher Eifer zuteil werden zu lassen wie den sterilen Visionen von Lassalle und Marx, Kautsky, Bebel und Rosa Luxemburg.

II. Die Stellung des deutschen Liberalismus

Obgleich das wachsende Interesse an der Geschichte des deutschen Liberalismus willkommen ist, hat die Forschung doch bei weitem noch nicht die Jahr-

⁴ Siehe von Hayek (1988); vgl. Ludwig Pohles Kommentar, in: Pohle (1931, S. 305): „Die Geschichte des Sozialismus ist die Geschichte des Mißverstehens der modernen Volkswirtschaft [...]“.

zehnte der Vernachlässigung dieses bedeutenden Forschungsgebietes wettgemacht.⁵ Dieses Versäumnis kann mit Theo Schiller im wesentlichen auf „die allgemein akzeptierte Feststellung [zurückgeführt werden], daß dem klassischen Liberalismus die gesellschaftliche Interessenlage des Bürgertums zugrunde lag.“⁶ Darüber hinausgehend ist dieser Mangel jedoch auch bedingt durch die politische Niederlage, die der Liberalismus in Deutschland zum Ende des 19. Jahrhunderts erlitt. Die Verdrängung des deutschen Liberalismus durch den Sozialismus und vor allem durch national-soziale und autoritär-imperialistische Strömungen führte dazu, daß die Liberalen, besonders die „entschiedenen“ Liberalen und die „Manchesterländer“ im Deutschland des 19. Jahrhunderts, als historische Kuriositäten, ja sogar als Geschöpfe, die ihrer natürlichen Umwelt absurd entfremdet waren, abgetan wurden. Oswald Spengler sprach für die gesamte nationalistisch-autoritäre Schule seiner Zeit - und noch für manche andere - als er schrieb:

„Es gibt in Deutschland verhaßte und verrufene Grundsätze, verächtlich aber ist auf deutschem Boden allein der Liberalismus.“⁷

Ironischerweise trug Spengler mit dieser Aussage dazu bei, die Vorurteile deutschfeindlicher Ausländer bis zum heutigen Tage zu bestärken. Nicht nur Propagandisten vom Schlage eines William S. Shirer, sondern auch achtbare ausländische Historiker waren - aus welchen Gründen auch immer - vom Wunsch beseelt, das deutsche Volk aus der Geschichte des Westens herauszuschreiben; folglich versuchten sie, die Geschichte des Liberalismus in Deutschland zu marginalisieren. Doch solch eine Haltung zeigt nichts als Blindheit gegenüber verbürgten Tatsachen, die weit zurückreichen. Wie Franz Schnabel schrieb:

„Die geschichtlichen Wurzeln der liberalen Gedankenwelt lagen [...] im deutschen wie im westeuropäischen Leben und reichten zurück bis zu den Freiheiten des Mittelalters, so daß der Liberalismus auch für Deutschland das Wort der Frau von Staël, ‚In Frankreich ist die Freiheit alt, der Despotismus neu‘, in Anspruch nehmen konnte.“ (Schnabel, 1987, S. 174)

⁵ Siehe das Urteil solcher Gelehrter wie Fenske (1992, S. 457); sowie Jarausch/Jones (1990, S. 3). Sie behaupten: „Die gegenwärtige deutsche Geschichtsliteratur ist geprägt vom weit verbreiteten Interesse am Schicksal des Liberalismus und vom Mangel an speziellen Büchern zu dieser Thematik.“

⁶ Schiller (1979, S. 19); Beate Carola Padtberg (1990, S. 331, 343f.) ist bloß auffälliger als die meisten übrigen Historiker, wenn sie von der fortgesetzten „Dichotomie“ spricht, die im deutschen Liberalismus zwischen „rechtsstaatlichen Theorien für alle Menschen“ und „wirtschafts- und gesellschaftspolitisch geprägten Forderungen für bürgerliche Schichten“ spricht. Padtberg zufolge ist der deutsche politische Liberalismus ständig von einem „Rückfall“ in die Lage einer rein „bürgerlichen Klassenpartei“ bedroht, wenn er sich weigert, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten.

⁷ Spengler (1924, S. 33, 53). Es mag nebenbei bemerkt werden, daß Spenglers Verachtung des Liberalismus nur zu erwarten war, da er in demselben Essay vorbrachte: „Ideen, die Blut geworden sind, fordern Blut. Krieg ist die ewige Form höheren menschlichen Daseins, und Staaten sind um des Krieges willen da.“

Gemeinsam mit den anderen Völkern West- und Mitteleuropas hatten die Deutschen an jener institutionellen Evolution Anteil, die freie Städte und Parlamente hervorbrachte und der der verbriefte Schutz der persönlichen Freiheit und des Eigentums heilig war. Zudem entwickelte sich im Verlauf des Spätmittelalters unter den Bürgern der Reichsstädte, aber auch in Norditalien, in den Niederlanden und an anderen Orten ein politisches Modell, welches als „implizite Politiktheorie“ gezeichnet wurde. Als eine Form des bürgerlichen Republikanismus legte es, neben kommunalen Rechten und Pflichten, „die für alle Bürger unterschiedslos gültigen Freiheitsrechte“ (*Schilling*, 1988, S. 137) fest. Zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg erfuhr diese Theorie eine Renaissance und diente auch dazu, der aufkommenden Ideologie fürstlicher Allgewalt entgegenzutreten.

Der Kernbegriff des Liberalismus, die Begrenzung politischer Macht zugunsten der bürgerlichen Gesellschaft [civil society], war in deutschen Landen so tief verankert, daß die absolutistischen Ideen Jean Bodins, die gegen Ende des 16. Jahrhunderts in das Reich eingeführt wurden, zunächst auf eine Ordnung trafen, „deren Kennzeichen gerade war, daß niemand, nicht einmal theoretisch, unumschränkte Macht beanspruchen konnte.“ (*Stolleis*, 1977, S. 13f.). Noch 1653 konnte Braunschweig-Wolfenbüttel auf dem Reichstage erklären, daß Abgaben „gegen die Natur einer Staatsgesellschaft [seien], da man sich nur in der Hoffnung, das Seine zu behalten, in bürgerliche Verbindungen einzulassen“ (*Dietzel*, 1923, S. 414f.) habe.

Heinz Schilling bemerkte, daß der in Deutschland wie auch anderswo stark kommunale und genossenschaftliche Charakter des bürgerlichen Republikanismus eine wichtige Rolle beim Widerstand gegen die Machtanmaßung der Fürsten und später beim Aufstieg des individualistischen Naturrechts spielte: „Die gemeindlich-genossenschaftliche Reaktion im Stadtbürgertum des 16. Jahrhunderts gab den Resonanzboden für diese neuen Ideen [des Naturrechts und, in einer späteren Phase, des Liberalismus] ab. Sie erscheinen eher als Schritt auf einer vorgezeichneten Linie denn als Wechsel der Richtung. Ja noch mehr: Das gemeindlich-genossenschaftliche Denken selbst war offensichtlich keineswegs unfähig, sich mit diesen neuen Ideen zu verschmelzen.“⁸

Das Zeitalter des Absolutismus sah freisinnige Ideen auf dem Rückzug und stellte eine Herausforderung für sie dar. Das galt natürlich nicht nur für Deutschland, sondern für alle Länder. Aber im späten 18. Jahrhundert erfuhren die freiheitlichen Ideen in Deutschland ein verblüffendes Wiederaufleben.⁹ Die liberale Weltanschauung der Meister deutscher Dichtkunst, besonders Goethes, Schillers und Lessings, ist bekannt. Die Tatsache hingegen, daß sie in der Lite-

⁸ *Schilling* (1988, S. 140). Vgl. die englische Version dieser Passage in dem Essay „Civic Republicanism in Late Medieval and Early Modern German Cities“, in: *Ders.* (1992, S. 55f.).

⁹ *Koch* (1987, S. 39): „Der deutsche Liberalismus entstand, nicht anders als seine westeuropäischen Vorbilder, als Gegenbewegung gegen den Siegeszug der absolutistischen Staatsräson, gegen ihre bürokratische Pragmatik und ihren lenkungswirtschaftlichen Merkantilismus.“

raturgeschichte anderer Nationen nicht ihresgleichen findet, wird vielleicht nicht genügend gewürdigt. Zudem brachte Deutschland mit Immanuel Kant und Wilhelm von Humboldt zwei Geistesheroen des Liberalismus hervor, deren Ideen das liberale Denken bis auf den heutigen Tag beschäftigen.

Doch auch darüber hinaus entstand im 18. Jahrhundert in Deutschland liberales Gedankengut, welches erst jetzt durch das Werk von Gelehrten wie Diethelm Klippel bekannt wurde. Obwohl dieser deutsche Frühliberalismus häufig von westlichen Modellen inspiriert war, übte er selber wiederum eine tiefe Wirkung auf den Liberalismus im allgemeinen aus. Benjamin Constant und Mme de Staël, die Quellen der fruchtbarsten Ader des liberalen Denkens im 19. Jahrhundert, verdanken ihm ihre Ideen. Mme de Staëls Achtung vor der deutschen Aufklärung ist bekannt; weniger bekannt ist die Haltung Constants, der am Ende des 18. Jahrhunderts schrieb: „In den letzten zwanzig Jahren erfuhren *les lumières* in Deutschland einen erstaunlichen Fortschritt; kein anderes Volk besitzt stichhaltigere, tiefere und reifere Ideen als die Deutschen.“ (*Guillemin*, 1958, S. 123f.) So viel Irreführendes und Beschuldigendes wurde über den „deutschen Sonderweg“ geschrieben, daß es wichtig ist, diese Tatsache zu betonen: Was der allgemeine Liberalismus in der Tradition von Constant und Staël am deutschen Denken jener Zeit so lohnend fand, war genau das, was dieses von der französischen Aufklärung unterschied, vor allem das deutsche Verständnis für den Wert religiösen Glaubens und die nicht-hedonistische Ethik.

Wie in allen anderen Ländern war im Deutschland des späten 18. Jahrhunderts der Wirtschaftsliberalismus ein Grundbestandteil der Gegenwehr gegen den Absolutismus. Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts waren liberale Schriftsteller und Aktivisten in der Lage, den Weg aus der - die Deutschen genau wie andere europäische Völker bedrohenden - Bevölkerungskrise zu weisen, und die Neuordnung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zu fördern. Die Ära des größten liberalen Einflusses - die 1860er und 1870er Jahre - sah die Schaffung eines vereinigten deutschen Staates, eines Rechtsstaates, der sich auf Privateigentum und Vertragsfreiheit gründete. In den Worten Knut Borchardts:

„Um 1870 hatte sich die neue kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bereits weitgehend durchgesetzt. Damit war auch das Wachstum ‚institutionalisiert‘. Es waren Institutionen geschaffen, die eine effizientere Allokation der Ressourcen, hohe Kapitalbildung und eine größere Rate technischen Fortschritts gleichsam erzwingen.“ (*Borchardt*, 1985, S. 57)

Weiterhin bestanden Mängel, wie überall, doch es gab keinen Grund zu der Annahme, daß sie nicht im liberalen Sinn behoben werden könnten. Mit Hilfe des Liberalismus war den Deutschen ein Haus gegeben, in dem sie friedlich und in zunehmendem Wohlstand leben konnten.

Mit Beginn der 1870er Jahre setzte jedoch in intellektuellen Kreisen und auf höchster Regierungsebene eine anti-liberale Reaktion ein, die sich bald schon in Wahlergebnissen niederschlug. Es begann der Niedergang des deutschen Liberalismus und mithin ein Prozeß, in dem sein größter politischer Führer, Eugen

Richter, drei Jahrzehnte lang unverzagt Rückzugsgefechte kämpfte, um damit das zu bekräftigen, was Rainer Koch als die „historische Identität [des Liberalismus] als Exponent gesellschaftlicher Selbstbehauptung“ (Koch, 1987, S. 54) bezeichnete. Gegen den Strom herkömmlicher Meinungen macht Koch in einer scharfsinnigen Analyse geltend:

„Der Liberalismus ist keineswegs das Opfer einer gesellschaftlichen Entwicklung geworden, die seinen Intentionen und Rahmenvorstellungen zuwiderlief. [...] An den ordnungs- und sozialpolitisch begründeten Loyalitäten zum interventionistischen Obrigkeitsstaat, nicht an der gesellschaftlichen Entwicklung selbst, ist der Liberalismus im 19. Jahrhundert zersplittert.“ (Koch, 1987, S. 53f.)

Unter den Anfeindungen von Rechts und Links geriet er in einem solchen Maße in Verruf, daß Spengler sich das oben zitierte hämische Urteil über die Verächtlichkeit des Liberalismus erlauben konnte. Daß die „Tragödie des deutschen Liberalismus“ den Deutschen nicht zum Besten gereichte, ist weithin bekannt.

III. Ursprünge des deutschen Liberalismus im 18. Jahrhundert

a) Begriffliche Fragen

So verwunderlich es auch erscheinen mag - lange Zeit war die Frage strittig, ob der Liberalismus in Deutschland vor 1789 überhaupt existierte. Bis vor kurzem war es unter Historikern in der Tat üblich, das Erscheinen eines „Frühliberalismus“ auf 1814/15 zu datieren (Wilhelm, 1991, S. 416f.). Vor einigen Jahren kamen die Teilnehmer einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für die Erforschung des 18. Jahrhunderts gemeinsam zu dem Ergebnis, daß - in den Worten von Hans Fenske - „von Liberalismus in Deutschland vor 1789 keine Rede sein [kann]“, da kein deutscher Schriftsteller eine „volle politische Partizipation“¹⁰ vorgeschlagen hätte.

Solch eine Behauptung unterstellt jedoch, daß Liberalismus ohne Demokratie nicht denkbar ist - was keineswegs der Fall ist. Die Anwendungsbereiche beider Begriffe sind völlig verschieden, wie etwa Wilhelm von Humboldt gezeigt hat. Er schrieb, daß das Studium politischer Institutionen zwei wesentliche Ziele habe:

„einmal die Bestimmung des herrschenden, und dienenden Teils der Nation [...] dann die Bestimmung der Gegenstände, auf welche die einmal eingerichtete Regierung ihre Tätigkeit zugleich ausbreiten und einschränken muß. Dies letztere, welches eigentlich in das Privatleben der Bürger eingreift, und das Maß ihrer freien ungehemmten Wirksamkeit bestimmt, ist in der Tat das wahre, letzte Ziel, das erstere ein notwendiges Mittel, dies zu erreichen.“ (von Humboldt, 1903, S. 99)

¹⁰ Fenske (1992, S. 458). Daß Fenske diese Ansicht nicht teilt, wird deutlich in seinen „Notizen zum deutschen Liberalismus“, vgl. Fenske (1990, S. 94f.), wo er selbst für einen politischen Liberalismus im deutschen Denken des 18. Jahrhunderts Belege findet.

Die Rangfolge, die Humboldt hier einführt, kann als das charakteristische Kennzeichen der liberalen im Gegensatz zur demokratischen Theorie bezeichnet werden. In jedem Fall stand der Liberalismus, historisch gesehen, dem demokratischen Regierungssystem häufig entweder indifferent oder ablehnend gegenüber. Das Wesentliche am Liberalismus war das Modell einer sich selbst ordnenden Gesellschaft, die auf weitreichende individuelle Rechte gegründet ist. Unter verschiedenen geschichtlichen Umständen haben Liberale es als annehmbar oder gar notwendig empfunden, die Herrschaft der Mehrheit bzw. Formen demokratischer Machtausübung zu suspendieren, um möglichst viel von einer liberalen Ordnung zu retten, wenn diese sich als unfähig erwies, die Unterstützung des Volkes zu gewinnen.

Johann Baptist Müller hat in seinem Werk *Liberalismus und Demokratie* eine nützliche Typologie von Liberalismus-Schulen aus den Dichotomien Interventionismus / Marktwirtschaft und Demokratismus / Elitendemokratie abgeleitet (Müller, 1978). Obwohl einige von Müllers Interpretationen anfechtbar sind, ist sein Begriff einer „elitendemokratischen“ Linie des liberalen Denkens - d.h. eines Liberalismus, der Volksregierungen mißtrauisch, ambivalent oder negativ gegenübersteht - von heuristischem Wert. Müller zeigt, daß „ideologische Repräsentanten“ dieses Liberalismus „in jeder Entwicklungsphase der bürgerlichen Gesellschaft auszumachen sind“ und verweist als deutsche Beispiele für das 18. Jahrhundert auf Kant und Humboldt (Müller, 1978, S. 40ff.). Wie wir noch sehen werden, wurden ähnliche Auffassungen von einer Anzahl bedeutender deutscher Liberaler nicht nur im 18., sondern auch im späten 19. Jahrhundert vertreten.

Daher darf die mangelnde Demokratiebegeisterung einiger politischer und ökonomischer Autoren im Deutschland vor 1789 keineswegs als Zeichen irgendwelcher Unzulänglichkeiten in ihren liberalen Überzeugungen und mithin als Beweis für das angebliche Fehlen eines vorrevolutionären Liberalismus gewertet werden. Gleiches gilt für den Abstand, den diese Autoren zur Verfassungsfrage hielten, für ihr Mißtrauen zum „Pöbel“ und für ihren Glauben an die natürliche Ungleichheit menschlicher Talente.

b) Kant und Humboldt

Die beiden bedeutendsten Figuren in der Geschichte des deutschen Liberalismus des 18. Jahrhunderts sind selbstverständlich Immanuel Kant und der junge Wilhelm von Humboldt. Kants Beiträge zum Liberalismus sind größtenteils gut bekannt. Sie bestehen hauptsächlich in seiner völligen Verwerfung der „Glückseligkeit“ der Bürger als geeignetes Ziel staatlicher Tätigkeit und in seinem Beharren, daß der Staat in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Gerechtigkeit handeln muß. In dieser Hinsicht war Kant einer der Väter der Philosophie des Rechtsstaats, dessen mächtiger Einfluß nicht nur auf die deutsche Entwicklung

sich erstreckt, sondern in der gesamten westlichen Welt sichtbar wurde.¹¹ In seiner Definition des Rechts als des „Inbegriffs der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann“ (Kant, 1923a, S. 230), nahm Kant im wesentlichen bereits vorweg, was Herbert Spencer später als „the law of equal freedom“¹² bezeichnen sollte.

Wesentlich für Kants politischen Standpunkt war der Glaube an eine freie Marktwirtschaft und an Privateigentum. Es war ihm klar, daß diese Institutionen zu bedeutender materieller Ungleichheit führen würden, aber er fand dies vollkommen akzeptabel, solange die Freiheit respektiert wurde. Für Kant mag das Individuum alles vererben, was

„als Eigentum erworben und auch von ihm veräußert werden kann, und so in einer Reihe von Nachkommen eine beträchtliche Ungleichheit in Vermögensumständen unter den Gliedern eines gemeinen Wesens (des Söldners und Mieters, des Guteigentümers und der ackerbauenden Knechte, u.s.w.) hervorbringen; nur nicht verhindern, daß diese, wenn ihr Talent, ihr Fleiß und ihr Glück es ihnen möglich macht, sich nicht zu gleichen Umständen zu erheben befugt wären.“ (Kant, 1923b, S. 293).

Von den großen Systembildnern in der deutschen Philosophie nach Kant kann der Liberalismus im folgenden Jahrhundert - wenn man den jungen Fichte außer Acht läßt - nur Arthur Schopenhauer für sich in Anspruch nehmen. Schopenhauer war unbeugsam in seinen liberalen Anschauungen, die jenen von Humboldts *Ideen* nahekamen (Hübscher, 1973, S. 209). Er war der Meinung, daß „der Staat wesentlich eine bloße Schutzanstalt ist, gegen äußere Angriffe des Ganzen und innere der Einzelnen unter einander.“ Schopenhauer war beißend scharf, wenn er jene verurteilte, die - wie Hegel und seine Schule - den Staat verherrlichten:

„Von diesem Gesichtspunkt aus sieht man deutlich die Borniertheit und Platttheit der Philosophaster, welche, in pompösen Redensarten, den Staat als den höchsten Zweck und die Blüte des Daseins darstellen und damit eine Apotheose der Philisterei liefern.“¹³

¹¹ Von Hayek (1971 [1960], S. 252), behauptet, daß Kants wichtigster Beitrag zur Theorie des Rechtsstaats darin bestand, daß er das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit im Rahmen einer Moraltheorie entwickelte. Der kategorische Imperativ betone die „Notwendigkeit des allgemeinen und abstrakten Charakters aller Regeln, wenn solche Regeln einen freien Menschen leiten sollen“, und erwies sich daher „in der Vorbereitung des Bodens für die Entwicklung des Rechts von größter Wichtigkeit.“

¹² „Every man has the freedom to do all that he wills, provided he infringes not the equal freedom of any other man.“ Spencer (1969 [1851], S. 103).

¹³ Schopenhauer (1919, S. 258). Siehe auch Hübscher (1973, S. 186ff.), sowie Horkheimer (1955, S. 52), der Schopenhauers „intransigenten Nominalismus“ betont, so wenn er feststellt, daß „im Menschengeschlecht [sind] nur die Individuen und ihr Lebenslauf real, die Völker und ihr Leben bloße Abstraktionen.“ Ebenso Schubert (1918, S. 241f.): „Schopenhauer hat ja Staat und Geschichte überhaupt sozusagen abgelehnt“, weit davon entfernt, eine

Selbstverständlich ist auch Wilhelm von Humboldt als eine liberale Persönlichkeit der klassischen Periode gut bekannt. Weniger bekannt ist, daß er der Autor einer kleinen Schrift war, die mit Miltons *Areopagitica*, Benjamin Constants *De l'esprit de conquête et de l'usurpation* und sehr wenigen anderen zu den Klassikern des Liberalismus zählt, nämlich den *Ideen zu einem Versuche, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen*.

Es war das seltsame Schicksal dieses Buches, daß es mit Ausnahme weniger Kapitel erst ein halbes Jahrhundert nach seiner Erstellung und zwei Jahrzehnte nach dem Tod seines Autors veröffentlicht wurde.¹⁴ Gegen 1851 hatte ein vom Hegelianismus tief beeinflusstes Meinungsklima Humboldts Denken für viele gebildete Deutsche unverständlich gemacht, so daß der erste Herausgeber des Werkes, Eduard Cauer, behaupten konnte: „Unser Ideal staatlicher Zustände liegt in einer ganz anderen Richtung, als die Humboldt'sche.“¹⁵ Wenngleich Humboldts *Ideen* auch für die deutschen Liberalen eine fortgesetzte Inspiration bedeuteten, wurde dieses Buch doch außerhalb seines Heimatlandes stets mehr geschätzt. John Stuart Mill, dessen *On Liberty* die in englischsprachigen Ländern bekannteste Verteidigung individueller Freiheit ist, wurde zur Abfassung dieses Werkes durch die Lektüre der 1854 erschienenen englischen Übersetzung von Humboldts *Ideen* angeregt. Der Rezensent in der *Westminster Review*, John Chapman, mutmaßte, daß die Veröffentlichung von Humboldts Werk ein neues Zeitalter ankündigte; er pries es insbesondere dafür, daß es den Liberalismus von der Demokratie unterschied und daß es die liberale Lehre auf eine festere Grundlage als die des Utilitarismus stellte (*Chapman*, 1854, S. 473ff.). In Frankreich verwendete Édouard Laboulaye Humboldts Buch als Grundlage für sein *L'état et ses limites* (*Laboulaye*, 1863). Den Österreichern Ludwig von Mises und F. A. von Hayek erschienen Humboldts *Ideen* als der geschliffenste Ausdruck liberalen Denkens, der aus Deutschland hervorgegangen war.

Der bleibende Wert der Humboldtschen Schrift liegt in ihrem Beweis der wesentlichen Unvereinbarkeit einer freien Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit mit den Erfordernissen des bürokratischen Staates. Trotz der Versuche einiger Gelehrter, die Bedeutung von Humboldts *Ideen* zu minimieren¹⁶ oder de-

Anstalt zur Moralität zu sein oder konkrete Sittlichkeit zu verkörpern, ist der Staat nichts als „organisierter Gesamt egoismus.“ „Die Vergewaltigung friedlicher Ackerbauvölker durch kriegsgerische Raubvölker ist ihm das geschichtliche Unrecht“, und für Schopenhauer besteht „die politische Geschichte zumeist aus solchen Räubereien.“

¹⁴ Siehe die Einleitung von Cauer zur ersten Auflage (1851, S. ii-xv).

¹⁵ Cauer (1851, S. xxiii). Er schreibt weiter: „Nicht unseren Willen gegen die Gewalt des Staates sicher zu stellen, ist unser Ziel; das Ziel ist, ihn in die Staatsgewalt hineinzutragen. Nicht vom Staate, sondern im Staate wollen wir frei sein.“ (Hervorhebung im Original.)

¹⁶ Siehe Sweet (1978, S. 103ff.), wo der Autor mit Nachdruck die Auffassung vertritt, das Werk sei „utopisch.“ Eine Verteidigung Humboldts, insbesondere gegen die Beschuldigung, daß er „Egoismus“ und „Isoliertheit“ verfechte, findet sich bei Kawohl (1969, S. 115ff.).

ren Grundsätze in Richtung des heutigen Wohlfahrtsstaates zu verbiegen,¹⁷ kann mit einiger Sicherheit gesagt werden, daß John Stuart Mill ein besseres Verständnis für die Bedeutung dieser Schrift als Verteidigung des Individuums gegen den Zwangsstaat hatte als jene.

c) Der Frühliberalismus vor 1789

Aber Kant und der junge Humboldt waren nur die Hauptvertreter. Es ist das herausragende Verdienst einer Anzahl jüngerer deutscher Gelehrter, die überraschend starken Strömungen liberalen Denkens im Deutschland des *Ancien Régime* identifiziert und erforscht zu haben (vgl. *Klippel*, 1987b, S. 59f. und *passim*; *Klippel*, 1987a). Denker in vielen Teilen Deutschlands schufen - zugegebenermaßen gewöhnlich unter dem Einfluß französischer und britischer Modelle - ein kohärentes und hochentwickeltes Gedankengut, welches bereits die meisten Bestandteile der späteren liberalen Lehre und insbesondere ihre Kernidee enthielt. Jörn Garber formuliert dies so:

„Vor 1789 entwirft der Frühliberalismus ein Strukturmodell einer autoharmonisch funktionierenden Gesellschaft, die ohne Staats- und Ständeeingriffe ein Maximum an materieller Produktion hervorbringt. Die Struktur dieser ökonomischen Gesellschaft ist geprägt durch ein System individualistischer Arbeits- und Marktbeziehungen, durch die die zyklische Unterproduktion des Feudalismus umgepolt wird zu einer dynamischen Wachstumsgesellschaft ohne Hungerkrise.“¹⁸

Während die demokratische Theorie und die demokratische Bewegung im Verlauf der französischen Revolution sich beachtlich entwickelten, wurde der Liberalismus wenig von ihr berührt: Garber stellt heraus, daß deutsche Liberale die Revolution mit Hilfe von Kategorien interpretierten, die den „protoliberalen“ Diskussionen des Naturrechts und der politischen und ökonomischen Theorie seit 1760 entlehnt waren. Sie beurteilten die Revolution vom Standpunkt der Frage, ob sie die Verwirklichung des liberalen Gesellschaftsmodells förderte oder behinderte (*Garber*, 1989, S. 262).

Mit der irreführenden Vermischung von Liberalismus und demokratischer Theorie war, wie Garber betont, die Abwertung des wirtschaftlichen Gesichtspunktes im deutschen Frühliberalismus verbunden.¹⁹ Obgleich solch eine Unterschätzung keineswegs auf diese Phase des deutschen Liberalismus und noch nicht einmal auf den deutschen Liberalismus überhaupt beschränkt war - man braucht

¹⁷ *Battisti* (1987). Für eine neuere objektive Behandlung von Humboldts frühem politischen Denken siehe *Bouillon* (1997, S. 11ff.).

¹⁸ *Garber* (1989, S. 274). Siehe auch die frühere Behandlung dieses Themas in *Angermann* (1963, S. 100), wo der Autor auf die geistige Entwicklung in Deutschland und Europa Bezug nimmt: „Neben die rechtlich-politische Ordnung des Gemeinwesens durch den Staat tritt somit eine eigenständige Struktur, deren Elemente man sich mehr und mehr gewöhnte, unter der Bezeichnung Gesellschaft zusammenzufassen.“

¹⁹ *Garber* (1989, S. 261): „Bislang sind die rechtlichen Bestimmungsmomente des Liberalismus zu stark betont worden gegenüber dem Ökonomiekonzept dieser Bewegung.“

in diesem Zusammenhang bloß Ruggieros gefeierte *Storia del liberalismo europeo* (Ruggiero, 1925) zu zitieren - taucht sie mit bemerkenswerter Häufigkeit in Standardwerken auf. So erklärte Friedrich C. Sell: „Sprach Voltaire so mehr für die Gerechtigkeit, so brachte Rousseau [sic] den Freiheitsgedanken nach Deutschland“ (Sell, 1981, S. 16), um anschließend die Geschichte des deutschen Liberalismus im 18. Jahrhundert zu umreißen, ohne auch nur ein Wort über ökonomische Ideen zu verlieren. In Leonard Kriegers Geschichte (Krieger, 1957) werden Schlettwein, Mauvillon und andere frühe Wirtschaftsliberale nicht einmal genannt. In dem Bestreben, die Wirtschaftsliberalen so weit wie möglich aus der Geschichte des deutschen Liberalismus herauszunehmen, resümiert Dieter Langewiesche: „Es existierte immer, auch wenn das meist bestritten wird, ein Sozialliberalismus. Er steht am Anfang, nicht der Wirtschaftsliberalismus“²⁰ und er verschweigt ebenso die Autoren und Schulen, die hier genannt werden.

Eine solche Behandlung und Verdrängung der wirtschaftlichen Seite des Liberalismus führt zu ernsthaften Verzerrungen seiner Intentionen. Dies gilt vor allem weil, im Hinblick auf die Belange der meisten Menschen zu allen Zeiten, viele der wichtigsten Fragen, die eine politische Philosophie beantworten muß, ökonomischer Natur sind. Zweitens, weil aus rein logischen Gründen eine Theorie der Güterproduktion jeglicher Theorie der politischen Umverteilung von Gütern vorausgehen muß: Selbst wenn es in Deutschland einen Sozialliberalismus vor dem Wirtschaftsliberalismus gegeben haben sollte - was nicht bewiesen ist - würde ersterer eine in erheblichem Umfang unvollständige Gesellschaftstheorie bleiben, wenn er keinen Anhaltspunkt dafür liefern könnte, wie die zur Sicherung „erweiterter Lebenschancen“ erforderlichen Güter zunächst einmal zu produzieren sind. Wie Christopher Weber herausgestellt hat, ist zudem mit einer Interpretation des Liberalismus, welche Nachdruck auf die Erweiterung der Lebenschancen durch staatliche Eingriffe legt, „eine eigentliche Grenze gegenüber der Sozialdemokratie moderner Observanz gar nicht mehr sichtbar.“ Ebenso wenig könnte in dieser Hinsicht eine Grenze zum modernen deutschen Konservatismus gezogen werden.²¹ Da schließlich auch die Theorie sich selbstregulierender Märkte schon früh der bestentwickeltste Teil der allgemeinen liberalen Theorie gesellschaftlicher Selbstregulierung war, muß die Vernachlässigung dieser Dimension oder gar ihre Auslassung zu einem verzerrten Bild des Liberalismus führen.

²⁰ Langewiesche (1988, S. 7). Langewiesches befremdliche Vernachlässigung der neueren Literatur über den deutschen Liberalismus des 18. Jahrhunderts wird aufgezeigt in Wilhelm (S. 416, Anm. 7 und S. 417 Anm. 10).

²¹ Weber (1991, S. 28f.). Hinsichtlich der Reduktion des Liberalismus auf den Kampf für „erweiterte Lebenschancen“ fügt Weber die treffende Beobachtung an, daß „eine solche Bestimmung das Fehlen eines Verständnisses dafür [offenbart], daß der Liberalismus gerade eine inhaltliche Bestimmung dessen, was jeder einzelne als seine Chance, und was als Einschränkung ansieht, gar nicht vornehmen kann und will.“

Welchen heuristischen Wert auch immer das Konzept vom deutschen „Sonderweg“ gehabt haben mag, es ist ohne Zweifel zu viel benutzt worden. Diethelm Klippel, einer der wichtigsten Autoren, die sich an der Erforschung des deutschen Liberalismus im 18. Jahrhundert beteiligt haben, weist auf mehrere politische Faktoren hin, die zu verschiedenen Zeiten die Billigung eines entweder negativ oder positiv beladenen Konzepts des deutschen „Sonderwegs“ verursacht haben (Klippel, 1987a, S. 84ff.). Besonders hat Klippel die Sichtweise von Leonard Krieger, die „eine eigentümliche deutsche Einstellung zur Freiheit“ gegen eine (undefinierte) „westliche“ Konzeption ausspielte, treffend kritisiert. Tatsache ist, daß im Deutschland des späten 18. Jahrhunderts neben den vom Physiokratismus beeinflussten Denkern „ein breiter Strom demokratischer und liberaler Ideen in allen möglichen Schattierungen“ (Klippel, 1984, S. 218f.) vorhanden war.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt Klippel dem „jüngeren deutschen Naturrecht“ des späten 18. Jahrhunderts, welches das ältere, am Absolutismus orientierte Naturrecht der Schule Christian Wolffs ablöst (Klippel, 1976; Klippel 1981). Methodologisch unter dem Einfluß von Kant und inhaltlich von John Locke inspiriert, baut diese Schule ihre Lehren auf die begriffliche Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft auf. Gelehrte wie Leopold Friedrich Fredersdorff, Heinrich Stephani, Samuel Simon Witte und Karl Ludwig Pörschke entwickelten eine Theorie der Vorrangigkeit der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber dem Staat, des Privateigentums, der Privatunternehmung und des Wettbewerbs als Elemente der sich selbst regulierenden Gesellschaft und von der Notwendigkeit, das gesellschaftliche Leben gegen staatliche Eingriffe zu schützen (Klippel, 1976, S. 135ff.). Pörschke erklärte ausdrücklich: „Der Bürger hat das Recht, sich ganz willkürlich seines Eigentumes zu bedienen [...] selbiges ins Unendliche zu vermehren oder zu vermindern, es in jede beliebige Form zu bringen und umsonst und für einen Preis jedem anzubieten.“ (Klippel, 1981, S. 327ff. und S. 328, Anm. 99; Klippel, 1976, S. 146f.)

Klippel betont, daß sich die wirtschaftsliberalen Positionen dieser Gelehrten „gerade gegen Rechtspositionen von Teilen des Bürgertums richten,“ gegen die Zünfte, aber ebenso „gegen Monopole und Privilegien der Manufakturen und Fabriken.“ (Klippel, 1981, S. 335) Er hebt hier eine Facette des wirtschaftlichen Konflikts hervor, die von Autoren, die sich auf das marxistische und nicht auf das liberale Konzept des Klassenkampfes stützen, systematisch mißverstanden wird.

Ein entscheidender, von Klippel unterstrichener Punkt ist, daß die Forderung nach Freiheitsrechten im jüngeren Naturrecht auf eine höhere Ebene gelangte: Sie wurde nicht nur erhoben für ein

„als vereinzelt gedachtes Individuum, sondern für eine vom Staat getrennte Gesellschaft von Individuen [...] Freiheitsbegriff und Menschenrechte können folglich nicht als Freiheitsforderungen nur für das Individuum verstanden werden; mit ihnen fordert die bürgerliche Gesellschaft Freiheit und verleiht den Ansprüchen des Individuums einen bisher ungekannten Nachdruck.“ (Klippel, 1976, S. 141)

Jörn Garber hat unter den Liberalen des 18. Jahrhunderts August Hennings, einem Beamten und Journalherausgeber aus Schleswig-Holstein einige Aufmerksamkeit gewidmet. Hennings Schriften basierten in jedem Abschnitt seiner Laufbahn auf dem liberalen Gesellschaftsmodell. Er mied aprioristische „Systeme“ und berief sich darauf, seine Lehren auf Beobachtungen zu stützen. Dabei wählte er die Frage zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen, warum England die Nationen des Kontinents an Reichtum überflügelt hatte. Er gelangte zu der Schlußfolgerung, daß der Grund in der größeren Freiheit liege, derer sich seine Bürger erfreuten. Auf diese Weise liefert Hennings, wie so viele andere in Deutschland und anderswo, ein beredtes Zeugnis für die Macht des „Demonstrationseffektes“ relativ liberaler Gesellschaften (Holland, England, Vereinigte Staaten). In England, schrieb Hennings, „geht [alles] seinen Gang von selbst, da ein jeder uneingeschränkt des ungestörten Besitzes seines Eigentums versichert ist.“ Interessanterweise ließ Hennings' Bewunderung für England im Laufe der Zeit nach, als er sich der Untaten des Britischen Imperialismus, besonders im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg zunehmend bewußt wurde. Im Bereich bürgerlicher Freiheiten verteidigte er die Pressefreiheit „nicht als Geschenk, sondern als ein heiliges und nicht zu raubendes Recht.“ Er war ein genauer Beobachter und unermüdlicher Kommentator der Französischen Revolution und beurteilte jede der aufeinanderfolgenden Regierungsformen danach, ob sie „den Personen und dem Eigentum Schutz erteilt(en).“ (Garber, 1989, S. 263, 267f.; Schemperschofe, 1981, S. 153, 155ff.)

Das Beispiel Englands - eine Nation, in der die bürgerliche Gesellschaft eine Schöpfungsgabe aufzuweisen schien, die die jedes Staates auf dem Kontinent übertraf - beeindruckte viele deutsche Besucher, die wiederum ihre Eindrücke weiter vermittelten. Wie andere Ausländer war Johann Wilhelm Archenholtz überrascht, als er erfuhr, daß die gefeierte Londoner „Gesellschaft zur Förderung der Künste und Wissenschaften“ keine königliche, steuerfinanzierte Einrichtung war, sondern das Ergebnis der Bemühungen von Privatleuten, von deren freiwilligen Beiträgen sie getragen wurde. Archenholtz schrieb: „Diese Industrie zu befördern und sowohl den Ackerbau als die Manufakturen und Fabriken in größere Aufnahme zu bringen, ist im ganzen Reich kein Kollegium, ja nicht ein einziger Mensch, der verpflichtet wäre dafür zu sorgen. Alles geht seinen Gang von selbst, da ein jeder uneingeschränkt und des ungestörten Besitzes seines Eigentums versichert ist.“ (Maurer, 1987, S. 92f.)

d) Liberalismus am deutschen Oberrhein

Der deutsche Oberrhein, mit Vorposten in Straßburg und Basel, war ein wichtiges Zentrum liberalen Denkens in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts (Thomann, 1990). Besonders in den badischen Markgrafschaften entstand eine hochentwickelte liberale Publizistik, zu der Denker wie der deutsche „Hauptphysiokrat“ Johann August Schlettwein und der Karlsruher Gymnasiallehrer Gottlob August Tittel zählten. Vieles, aber nicht alles von diesem oberrheinischen Liberalismus beruht auf westlichen Modellen: Locke, soweit es die Erkenntnistheorie

betrifft, und die französische Physiokratie, soweit es um soziale und wirtschaftliche Grundgedanken geht. DuPont de Nemours selbst erteilte dem Erbprinzen Karl Ludwig, dem Gründer der Karlsruher ökonomischen Gesellschaft, Unterricht in den Grundlagen der physiokratischen Lehre. Mutmaßungen zufolge gehörte eine Zeit lang „fast die ganze Beamtenschaft“ der Markgrafschaften zu den „Anhängern“ der Physiokratie (Gerteis, 1983, S. 101ff.).

Diese Schriftsteller priesen einen gesunden Egoismus, d.h. einen solchen, der die gleichen Rechte anderer respektierte, und gingen von der natürlichen Harmonie der rechtverstandenen Interessen aller Gesellschaftsmitglieder aus. Das Recht auf Eigentum, einschließlich seines freien Gebrauchs und der freien Verfügung über es, stand im Mittelpunkt der Anschauungen der liberalen Publizistik des Oberrheins: „Freiheit und Eigentum“ war ihr gemeinsamer Wahlspruch, und aus dieser Formel leiteten diese Schriftsteller „die Grundsätze eines wirtschaftsliberalistischen Systems ab.“ Sie attackierten vom Staat eingeräumte Monopole, willkürliche Steuern, Eingriffe in den Handel und eigentlich das ganze Aufgebot an merkantilistischen Regulierungen (Gerteis, 1983, S. 174f.).

Noch ehe die Ideen von Adam Smith bekannt waren, verbreiteten in Deutschland Physiokraten wie der badische Regierungsbeamte und spätere Professor an der Universität Giessen, Johann August Schlettwein die Lehre vom Freihandel. Schlettwein, ein typischer Vertreter der europäischen Aufklärung und Weltbürger, füllte seine Werke mit Hinweisen auf die aus den natürlichen Rechten des einzelnen erwachsenden ewigen Naturgesetze der Gerechtigkeit in der Gesellschaft, deren Beachtung das Glück aller und den Frieden zwischen den Völkern sichern würde. Seine Darlegungen lasen sich häufig wie die eines frühen Cobden oder Bastiat. Dazu ein Beispiel: „Uneingeschränkte Freiheit in Handel und Wandel, eine Freiheit, an allen Orten zu verkaufen und an allen Orten zu kaufen, ist die Voraussetzung, der Segnungen der natürlichen Ordnung teilhaftig zu werden.“²²

Im Gegensatz zu späteren demokratischen Verfechtern der Französischen Revolution glaubten diese oberrheinischen Liberalen an die natürliche Ungleichheit der Menschen. Sie kümmerten sich weder um Verfassungsfragen noch um die Teilnahme am politischen Prozeß: Die ideale Verfassung ist diejenige, die Freiheit und Eigentum am besten sichert. In Übereinstimmung mit ihrer Betonung des Eigentums mißtrauten sie im allgemeinen dem Eindringen des „Pöbels“ in Staatsangelegenheiten. Dennoch fand der amerikanische Unabhängigkeitskrieg, der großes Interesse in Deutschland hervorrief, starke Unterstützung bei den deutschen Liberalen (Dippel, 1977). Interessanterweise sah der Baseler Physiokrat Isaak Iselin in ihm in erster Linie den Kampf einer freien Wirtschaftsauffas-

²² Zitiert nach Köhler (1926, S. 23). Siehe auch die zahlreichen Zitate in Klippel (1976) und Gerteis (1983).

sung gegen den englischen Merkantilismus bzw., in seinen Worten, gegen die „kaufmännische Universalmonarchie der Engelländer.“²³

Die Verbindung zwischen individueller Freiheit und moralischer Entwicklung kündigte sich in Themen an, die den deutschen Liberalismus im ganzen Verlauf seiner verdrußvollen Geschichte begleiteten. Johann Georg Schlosser, „einer der radikalsten Verfechter des Vernunftindividualismus,“ bezeichnete es als Irrtum, anzunehmen, „der Mensch sei zu dumm, um sich selbst aufzuklären, man müsse ihn immer am Gängelband führen.“ In Worten, die Humboldts *Ideen* vorwegnahmen, griff Schlosser das System einer vom Staat auferlegten Zielhierarchie an, selbst wenn diese das Gemeinwohl im Auge hat; er kritisierte „den obrigkeitlichen Verwaltungsstaat, der alles erfassen, alles bestimmen, alles kontrollieren wollte, wenn auch mit den besten Absichten.“ An seiner Statt trat er für eine pluralistische Gesellschaft ein, deren mannigfache Ziele von den Individuen bestimmt werden, aus denen sie sich zusammensetzt. „Der Staat ist am glücklichsten, in welchem die Menge und die Verschiedenheit [der individuellen] Ingredienzien am größten ist.“ (*Gerteis*, 1983, S. 99, 171) Ein anderer Autor unterstrich, daß Freiheit eine Voraussetzung für die Erziehung zur individuellen Verantwortlichkeit sei. Denn „die heilsame Entwicklung der moralischen Kräfte [kann] nur durch Freiheit und Selbständigkeit vor sich gehen [...] es folgt von selbst, daß aller Zwang, der dieselbe zurückhält, tötendes Gift für die allgemeine Glückseligkeit sein müsse.“ (*Gerteis*, 1983, S. 202)

Diese Schriftsteller waren entschiedene Anwälte der geistigen Freiheiten. Sie sprachen sich ferner für eine unabhängige Rechtssprechung aus, besonders um das von Eingriffen des absolutistischen Verwaltungsstaates freie Recht auf Eigentum zu sichern. Zuweilen wurden alte und neue Rechtsvorstellungen kombiniert, um Staatseingriffen in die Haushalts- und Familienangelegenheiten der Bürger entgegenzutreten.

e) *Justi, Mauvillon, Jacobi*

Uwe Wilhelm zufolge existierte seit den frühen 1760er Jahren ein Gedankengebäude, das den politischen *und* den ökonomischen Liberalismus miteinander verbindet, und zwar im Denken einer wichtigen Figur, die in diesem Zusammenhang gewöhnlich nicht beachtet wird. Johann Heinrich Gottlob von Justi, Administrator and bekannter Kameralist, durchlief eine Entwicklung, die ihn am Ende zu einer an Montesquieu erinnernden Verfassungskonzeption führte und zu einer Sichtweise des Wirtschaftslebens, die sich auf das liberale Gesellschaftsmodell stützte (*Wilhelm*, 1991, S. 415ff.). Der „späte“ Justi „betrachtet den Bürger nicht länger als Fürsorgeobjekt absolutistischer Wohlfahrtspflege, sondern als sozial und wirtschaftlich selbstverantwortlich handelndes Subjekt.“ Offensicht-

²³ *Im Hof* (1967, S. 144). Im Verlauf des Krieges gelangte die öffentliche Meinung in Deutschland zunehmend zu der Ansicht, daß nicht England, sondern Amerika das Musterland der Freiheit sei; *Dippel* (1977, S. 151, 211).

lich gelangte Justi in weiten Teilen durch eigene Erfahrungen - und nicht so sehr aufgrund britischer und französischer Quellen - zum Entwurf einer Wirtschaft, die durch Eigeninteresse angetrieben und durch Wettbewerb geordnet wird:

„Es ist eine ungezweifelte, aber vielleicht noch nicht genugsam erkannte Wahrheit, daß das eigene Interesse das Band ist, welches die ganze Gesellschaft zusammen hält; und eine Gesellschaft darf nur frei sein, und keiner in derselben eine Macht über dem andern haben, so wird eben dieses Interesse eine solche Richtung nehmen, und einen solchen Zusammenhang in dem gesamten Nahrungsstande hervorbringen, als zu dem blühenden Zustande desselben erfordert wird.“

„Die Unverletzlichkeit des Eigentums, und sich aller Eingriffe in dasselbe zu enthalten,“ sind die Grundregeln, die eine weise Regierung „niemals außer Augen setzen darf.“ „Die Commerzien [d.h. Handel] und Gewerbe,“ erklärte Justi, „bedürfen nichts als Freiheit und Schutz.“ (Wilhelm, 1991, S. 436ff.)

Eine Schlüsselfigur im deutschen Liberalismus des späten 18. Jahrhunderts und - indirekt - in der Geschichte des gesamten europäischen Liberalismus war Jakob Mauvillon, der unter den zahlreichen Positionen, die er im Verlaufe seines relativ kurzen, aber sehr aktiven Lebens innehatte, auch die eines Professors für Politikwissenschaften in Braunschweig bekleidete. Obwohl er gewöhnlich als Erz-Physiokrat bezeichnet wird, nahm sich Mauvillon im Bereich der ökonomischen Theorie Turgot zum Vorbild, dessen *Réflexions sur la formation et la distribution des richesses* er übersetzte und veröffentlichte (Herz, 1908, S. 12ff.). Mauvillon war in der Tat „doktrinärer“ - d.h. konsequenter in der Ausarbeitung des *Laissez-faire*-Prinzips - als irgendein französischer Schriftsteller seiner Zeit. Er befürwortete die Privatisierung des Postsystems, des Erziehungssystems von den Volksschulen bis hin zu den Universitäten, des Unterhalts des Klerus und, unter idealen Bedingungen, vielleicht des ganzen Apparates der Sicherheitspolizei (Herz, 1908, S. 87f.; auch Hoffmann, 1987, S. 199).

Mauvillon stritt unermüdlich in seinen Veröffentlichungen für die Sache des *Laissez-faire*. Seine Ideen drangen schließlich in die Welt der höheren Berliner Beamten ein, welche in den 1790er Jahren zunehmend mit dem Ruf „Freiheit zu besitzen, zu genießen und zu erwerben“ (Hoffmann, 1981, S. 296) konfrontiert wurden. Doch der wichtigste Weg, den Mauvillons Einfluß nahm, führte ohne Zweifel über einen 20jährigen Freund aus Lausanne, für den er eine Art Vaterfigur und Mentor war: Benjamin Constant. Ein Kenner Constants behauptete sogar: „Es ist unmöglich, die Bedeutung zu überschätzen, die Mauvillon für Constants geistige Entwicklung hatte.“ (Kloocke, 1984, S. 58, auch S. 53ff.; Kloocke, 1989, S. 24ff.)

Constant verdankte Mauvillon die Grundidee seines „Freiheitsgedankens, der Freiheit vom Staat.“ Von ihm übernahm Constant auch „die Forderung nach einer kompromißlosen Anerkennung der Religion als Grundbestand einer staatsfreien Sphäre.“ Die Begriffstrias persönliche Freiheit, Rechtsstaat und *Laissez-faire*, die Constant in den Mittelpunkt seines Liberalismus rückte und die ein Jahrhundert lang in Europa das Wahrzeichen des Liberalismus bleiben sollte, mag auch an-

dere Wurzeln gehabt haben. Jedenfalls spiegelte sie - bis hin zur unverzichtbaren Forderung das Erziehungssystem von jeglicher Staatsbeteiligung frei zu halten - in vollkommener Weise Mauvillons politische Philosophie wider (*Hoffmann*, 1981, S. 297ff.).

Wie bei so vielen anderen Denkern waren die ökonomischen Ansichten des Philosophen Friedrich Heinrich Jacobi durch die Physiokraten beeinflusst, oder - genauer gesagt - durch Turgot, den er hoch schätzte: Jacobi war begeistert von Turgots Ernennung zum Minister im Jahre 1774 und dann tief enttäuscht über dessen Entlassung zwei Jahre später. Dennoch hatte er genügend Vertrauen in den Triumph von Gerechtigkeit und Reformen, um zu schreiben: „Der Turgots werden mehr kommen und man wird sie nicht alle stürzen.“²⁴

Obwohl Jacobi noch mit einem undifferenzierten Begriff der *societas civile* arbeitete und daher nicht deutlich zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft unterschied, teilte er die grundlegende ökonomische Orientierung der anderen Schriftsteller, die hier behandelt werden: Jeder Bürger hat ein Recht auf größtmögliche Freiheit, die mit der gleichen Freiheit aller anderen vereinbar ist. Pflicht des Staates sei die Sicherung der individuellen Freiheit, einschließlich der „Sicherung von Eigentum und Nutzung des Eigentums.“ Einem Freund schrieb er, es sei sein Grundsatz, „daß die Gesetzgebung, in so fern sie mit Zwangsmitteln verknüpft wird, schlechterdings nur negative Zwecke haben darf. [...] Ich halte den Despotismus für das größte von allen Übeln, und mag ihm keine Brücke lassen, wenn auch manches Gute zurück bleiben sollte. Die ganze Geschichte, *so weit sie geht*, bestärkt mich in diesen Gesinnungen.“²⁵ Er griff merkantilistische Regulierungen an, wollte den Handel von allen Fesseln befreien und die Schutzzölle abschaffen. Zünfte genau wie räuberische Kapitalisten, die von staatlichen Begünstigungen profitierten, fanden in ihm einen Gegner (*Homann*, 1973, S. 67, 71ff.).

Vielleicht die interessanteste Facette in Jacobis politischem Denken ist seine Kritik einiger Aspekte der Aufklärung, für deren grundsätzliche Werte er dennoch große Sympathie empfand. Indem er sich von seinen Zeitgenossen in einigen entscheidenden Punkten distanzierte, brachte Jacobi vorausschauend Themen zur Sprache, die die nächsten Generationen liberaler Denker beschäftigen sollten.

Viele deutsche Aufklärer, besonders in Berlin, neigten zu einer anti-katholischen Hexenjagd und begrüßten den Einsatz staatlicher Willkür gegen die Kirche, wie in den „Reformen“ Josephs II. Jacobi entgegnete, daß „ich keinen Sinn für den Schrecken habe, den der Heilige Vater zu unseren Zeiten einjagen kann.“ Er trat daher der Verfolgung erbittert entgegen. Die selbsternannten Aufklärer waren in seinen Augen blind für das, „was uns jetzt am meisten bedroht und wirklich in die Enge treibt,“ nämlich den „weltlichen Despotismus.“ (*Homann*,

²⁴ *Homann* (1973, S. 76); siehe auch *Beiser* (1992, S. 138ff.) sowie *Hammacher/Hirsch*, (1993).

²⁵ *Jacobi* (1987, S. 47f.), Hervorhebung im Original; und ebenda („Einleitung“ S. x-xi); auch *Homann* (1973, S. 63 und 76).

1973, S. 64ff., Anm. 85) Jacobi erklärt: „ich ärgere mich über die Dummheit der Leute, die *in unserm Jahrhundert* den Aberglauben für gefährlicher ansehen, als die anwachsende Macht unumschränkter Alleinherrscher.“ (Jacobi, 1987, S. 35, Hervorhebung im Original.) Er stellt fest:

„Was den Despotismus anlangt, der sich *einzig und allein* auf Aberglauben gründet, so halte ich auch diesen für weniger schlimm als den weltlichen. Jener entzieht dem Verstande die Erleuchtung nur gleich einer Wolke, die vor die Sonne tritt. [...] Der weltliche Despotismus hingegen greift die Vernunft in ihrem Keim an. [...] Nur dieses muß ich noch erinnern, daß der Aberglaube, so lange weltlicher Despotismus nicht mit ihm gemeine Sache macht, dem menschlichen Charakter nicht, wie dieser, alle Würde raubt, sondern ihm Entwicklung in reichem Maße gestattet [...]“ (Jacobi, 1987 S. 117f., Hervorhebung im Original.)

In dieser Sache versetzt Jacobi nicht nur den deutschen Aufklärern, sondern mithin auch deren geistigen Vätern in Frankreich einen liberalen Hieb. Er nimmt das nachrevolutionäre Urteil von Benjamin Constant vorweg, daß der Kampf der Aufklärung gegen katholische Kirche und religiösen Glauben nicht nur zunehmend unnötig, sondern sogar höchst gefährlich sei, da er die Aufmerksamkeit von der neuen und sehr realen Bedrohung ablenke, die vom allumfassenden Staat ausgeht. Jacobi gab auch das Urbild einer ideal-liberalen Antwort auf den Kulturkampf, den die ideologischen Abkömmlinge seiner aufklärerischen Gegner ein knappes Jahrhundert später in Gang setzen sollten. Während der Französischen Revolution, deren leidenschaftlicher Beobachter er war, griff Jacobi verstärkt diejenigen an, die bereit waren, die individuelle Freiheit zu untergraben und die Macht des Staates zur Verwirklichung ihrer „rationalistischen“ Werte unbegrenzt auszudehnen.

Jacobis Denken mußte für Constant von Interesse sein. Schließlich bestand eine tiefe Übereinstimmung zwischen Constants Ideen und dem, was Mme de Staël von Jacobi sagt: „Er war der erste, der die auf Interesse gegründete Moralität bekämpfte, und indem er das religiöse Empfinden als Grundsatz seines eigenen Moralsystems ansah, schuf er eine von Kant verschiedene Lehre.“ (Mme de Staël, 1959, S. 342) Auch in einem anderen wichtigen Bereich überschneidet sich Jacobis Denken mit dem von Constant - was angesichts des starken Einflusses der schottischen Aufklärung auf beide Denker vielleicht nicht verwunderlich ist: Die ganze Problematik nämlich, wie eine freiheitliche Ordnung in der modernen Gesellschaft bewahrt werden könnte. Jacobi zufolge muß die Rechtsstruktur einer solchen Ordnung ihrerseits vom „lebendigen Willen des Volkes“ getragen werden. Doch wie ist das möglich, wenn sich die Bevölkerung stattdessen egoistischen Vergnügen hingibt? Jacobi sieht einen möglichen Ausweg aus diesem Dilemma in der Beteiligung des Volkes an der „Staatsverwaltung.“ Dadurch würden die Menschen in staatsbürgerlichen Idealen und in der Anteilnahme am Leben ihrer eigenen freien Gesellschaft geschult.

Dies war zum Teil die Lösung, zu der Constant - und nach ihm vor allem Tocqueville - gelangten. Karl Homann wirft die interessante Frage auf, ob dies Jacobi nicht als Liberalen im gewöhnlichen Wortsinne disqualifiziert, und in der

Tat ist das seiner Ansicht nach der Fall, da dies Zweifel am selbstregulierenden Charakter der liberalen Gesellschaft weckt: „Mit diesen Überlegungen weicht er entscheidend von jeder liberalistischen Staatskonzeption ab, nach der Freiheit sich durch die immanente Gesetzmäßigkeit der vom Staat freigesetzten Gesellschaft herstellt.“ (Homann, 1973, S. 79f., 88, 91ff.) Doch diese Schlußfolgerung ist voreilig. Constant selber, der wie Jacobi der Ansicht war, daß religiöser Glauben als partielles Gegengift gegen zügellosen Egoismus und mithin zur Unterstützung der Freiheit erforderlich wäre, ging soweit, die staatliche Finanzierung religiöser Sekten vorzuschlagen (Constant, 1872, S. 144f.). Das war eine Maßnahme, der Jacobi, der dem Grundatz strikter Nichteinmischung des Staates in Religionsangelegenheiten anhing, nicht beipflichten konnte (Beiser, 1992, S. 153).

IV. Frühe Wirtschaftsreformen und die Bevölkerungskrise

Im späten 18. Jahrhundert und zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Universität Göttingen das in Deutschland wichtigste Zentrum für die Verbreitung liberaler Ideen, besonders der Lehren Adam Smiths (Treue, 1951, S. 102ff.). Durch Vorlesungen und Schriften von Männern wie Feder, Lueder, und Sartorius lernten die Studenten die neuen Gedanken kennen. Einige ergriffen selber den Lehrberuf. Der bekannteste darunter ist Christoph Jakob Kraus, der an der Universität Königsberg lehrte, wo er, ein enger Freund Kants, das andere große Zentrum zur Verbreitung der Lehre von einer freien Wirtschaft gründete.

Es war die hohe Zeit des Beamtenliberalismus in Deutschland (Faber, 1975, S. 21f.). Viele, die in Göttingen mit der liberalen Gedankenwelt vertraut geworden waren, nahmen hohe Posten besonders in der preußischen Regierung ein. Zu diesen Männern zählte etwa Christian von Eggers, der die Befreiung der Leibeigenen in Dänemark förderte und sich später für die Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen einsetzte (Vopelius, 1968, S. 31ff.). Die berühmtesten sind jedoch Hardenberg und Freiherr vom Stein. Wenn auch ihr intensives Studium des *Wealth of Nations* - und im Falle Steins dazu das der Werke Turgots - nicht Ausgangspunkt ihrer liberalen Wirtschaftsauffassung war, so wurde diese dadurch doch stark gefestigt. Jene Männer, die an der Spitze der preußischen Reformbewegung standen, die Preußen nach Jena erneuerten, die die Leibeigenen befreiten und Industrie und Handel Auftrieb gaben, fanden Rückhalt in dem Bewußtsein, daß sie sich bei ihren Bemühungen von den besten ökonomischen Denkern ihrer Zeit inspiriert fühlen konnten. Wilhelm Treue berichtete, daß in

„Steins [persönlichem] Exemplar von Smiths *Wealth of Nations* [...] zu den verhältnismässig wenigen darin zwei- und dreifach angestrichenen Stellen gehören [...]: „Es scheint also, nach den Erfahrungen aller Zeiten und Völker, glaube ich, daß die Arbeit, die freie Menschen leisten, letzten Endes billiger ist als die, welche

Sklaven verrichten' [...] und],Das Eigentum, das jeder an seiner eigenen Arbeit besitzt, ist, da es die ursprünglichste Grundlage allen sonstigen Eigentums bildet, das heiligste und unverletzbarste.“²⁶

Unterdessen hielt Kraus ab 1794 in Königsberg Vorlesungen über Landwirtschaft und Gewerbekunde. Die Zahl seiner Studenten, die in der preußischen Bürokratie zu Amt und Würden kamen, wuchs ständig, während er selber durch Gutachten u.ä. die preußische Regierung persönlich beeinflusste. Stein, der zu seinen Bewunderern zählte, war dabei keine Ausnahme. Treue meint dazu:

„Vergleicht man [...] politische Tatsachen, nämlich die wichtigsten Edikte der preußischen Reformzeit, mit Kraus' Vorschlägen und Forderungen, die er immer wieder in Schriften, Briefen, Kollegs und Unterhaltungen erhoben hat, so zeigt sich, daß diese ,in der Tat so ziemlich alles enthalten, was Kraus angestrebt hatte': die Aufhebung des Zunftzwanges und die des Mühlenzwanges, den erleichterten Besitz und freien Gebrauch des Grundeigentums, sowie die Abschaffung der Gutsuntertänigkeit.“²⁷

Die preußische Zollreform von 1818, die später vom Zollverein übernommen wurde, machte die preußischen Zölle zu den niedrigsten unter den großen europäischen Nationen (Henderson, 1950, S. 296). Später waren die deutschen Freihändler besonders stolz darauf, daß die Freihandelsidee nicht in England oder Frankreich, sondern in Preußen zuerst verwirklicht wurde. Dieser Stolz klingt in August Lammers Worten nach: „Der preußische Tarif von 1818 blieb für geraume Zeit ein Vorbild, nach welchem aufgeklärte europäische Staatsmänner wie z. B. Huskisson in England strebten und hinwiesen.“ (Lammers, 1869, S. 5f.)

Diese Reformen waren nur ein erster Schritt zur freien Wirtschaft. Sie galten überdies größtenteils nur für Preußen. Und selbst dort setzte eine wirtschaftliche Reaktion ein, und einige Reformen wurden wieder rückgängig gemacht.

Doch in der Zwischenzeit hatte sich eine gewaltige strukturelle Krise entwickelt, die zu einer weitverbreiteten und zunehmenden Verarmung (Pauperismus) führte. In den 1840er Jahren gehörte „fast die Hälfte der Einwohnerzahl zum ,Proletariat' nach dem damaligen Sprachgebrauch, und zwar ohne stärkeren Einfluß der Industrialisierung [...] Für weite Teile der Unterschicht galt, daß sie in ,irländischer Weise', d.h., vorwiegend von Kartoffeln, dem ,Proletarierbrot',

²⁶ Treue (1951, S. 109). Im Original lauten die Passagen bei Smith: „It appears, accordingly, from the experiences of all ages and nations, I believe, that the work performed by freemen comes cheaper in the end than that performed by slaves“ und „The property which every man has in his own labor, as it is the original foundation of all other property, so it is the most sacred and inviolable.“ Für eine abweichende Meinung zum Einfluß von Smith auf Stein siehe Schmolders (1961, S. 235ff.). Die Ansicht von Krieger (1957, S. 147), daß Stein „in keinem Sinne ein politischer Denker“ war, und seine übertriebene Dichotomie zwischen „Theorie“ und „Praxis“ im Falle Stein sind angesichts von Treues Feststellungen gelinde gesagt überraschend.

²⁷ Treue (1951, S. 117f.). Siehe jedoch Tribe (1988, S. 146ff.) als eine Sichtweise, die Kraus' Bedeutung als Kommunikator Smithscher Ideen möglichst klein darstellt.

lebte [...]“²⁸ Die deutschen Staaten fanden sich in einer Situation, vor der fast alle europäischen Völker über kurz oder lang standen: Sie sahen sich gezwungen, eine Bevölkerungsexplosion zu bewältigen. Wie Hans-Ulrich Wehler schreibt: „Das Fundamentalfaktum, mit dem jede Erörterung des Pauperismus zu beginnen hat, ist das vor der Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzende und länger als ein Jahrhundert anhaltende vehemente Bevölkerungswachstum.“ (Wehler, 1987, S. 284) In ähnlicher Weise hat Hagen Schulze die Wurzel des Pauperismus verortet:

„Am Anfang stand das demographische Problem. Nach jahrhundertlangem Gleichgewicht, brutal ausbalanciert durch Kriege, Epidemien und Hungersnöte, begann seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Bevölkerung Europas sprunghaft zuzunehmen. [...] Deutschland machte da keine Ausnahme“ (Schulze, 1985, S. 49).

Die Statistiken erzählen eine Geschichte, deren volle Bedeutung von den meisten selbst heute kaum erfaßt wird. In den Grenzen des Deutschen Reiches von 1871 wuchs die Bevölkerung nach verlässlichen Schätzungen wie folgt (Wehler, 1987, S. 69; Armengaud, 1973, S. 29).

Jahr	Bevölkerung
1700	16.000.000
1750	16-18.000.000
1800	24.500.000
1850	31.700.000
1900	50.600.000
1910	58.500.000

Die großen Emigrationswellen nach Übersee sind hierbei nicht berücksichtigt. Die Folge war das Aufkommen einer riesigen verarmten Klasse, für die in der Wirtschaft jener Zeit kein Raum war. Diese Erscheinung - die mit dem ersten Anzeichen der Industrialisierung und dem allgemeinen Vormarsch des Wirtschaftsliberalismus in Politik und öffentlicher Meinung zusammenfiel - hinterließ eine nachhaltige Wirkung im allgemeinen Urteil über die Marktwirtschaft (Scholder, 1970, S. 4). Die Legende von der Verelendung der Arbeiterklasse im industriellen Kapitalismus war geboren und erwies sich bis in unsere Zeit als der hartnäckigste aller historischen Mythen. Nachdem sie in Deutschland von Sozialisten und sozialreformerischen Akademikern im Verlaufe des späten 19. Jahr-

²⁸ Conze (1954, S. 347, 349). Siehe auch Faber (1975, S. 210): „Der wachsende Bevölkerungsdruck, mit dem die Produktion noch nicht Schritt hielt, äußerte sich in Agrar- und Ernährungskrisen, im ‚Pauperismus‘ der Landbevölkerung und in der Verarmung von Sektoren des Handwerks sowie in mehreren, auf die Krisen antwortenden Auswanderungswellen“; und Pallach (1986, S. 296ff.).

hundreds verbreitet wurde, spielte diese Geschichtsdeutung eine bedeutende Rolle bei der Herausbildung politischer Orientierungen, aber auch in der praktischen Politik.²⁹

Von der aufkommenden Verarmung waren die ländlichen Gegenden, insbesondere im Osten am stärksten betroffen.³⁰ Zu weiten Teilen entsprang die Verschlechterung der Löhne und der Arbeitsbedingungen, die im Frühstadium der deutschen Industrialisierung beobachtet werden konnte, der Massenwanderung der Landbevölkerung in die Städte und in den Westen, vor allem infolge der Einführung größerer individueller Freizügigkeit. Ein prominenter Sozialwissenschaftler der wilhelminischen und Weimarer Ära, der gegenüber der Legende von der kapitalistischen Verelendung immun war, war Franz Oppenheimer. Er richtete seine Aufmerksamkeit auf die auf dem Land herrschenden Bedingungen. Die schrecklichen Szenen der Armut, für die Kapitalismus und Industrialisierung verantwortlich gemacht wurden, „waren nicht im mindesten Nova, sondern uralte Tatsachen; und sie waren nicht erst soeben in den Städten *entstanden*, sondern sie waren nur soeben auf dem städtischen Schauplatz *erschienen*.“ Auf den Gütern der Großgrundbesitzer, „auf die die Blicke der städtischen Volkswirte nie gefallen waren,“ war Armut in einem für Stadtbewohner unvorstellbaren Ausmaß seit langem das Los der Vielen. Dann, mit der Bauernbefreiung und der Freizügigkeit, „ergoß sich mit einem Male diese ganze ungeheure Masse alten, aufgehäuften Elends über die Städte und ihre unglücklichen Bewohner.“ In Vorwegnahme der Schlußfolgerungen moderner Wirtschaftshistoriker führte Oppenheimer aus, daß Liberalismus und freier Wettbewerb weit davon entfernt waren, die weitverbreitete Misere verschuldet zu haben. Im Gegenteil, die waren „die Kräfte des Segens.“ (Oppenheimer, 1919, S. 69ff., Hervorhebung im Original.) Es ist im übrigen interessant, daß Oppenheimer, der als einer der wenigen Gelehrten seiner Zeit die Fabel von der Verelendung der Arbeiter durch die industrielle Revolution so nachdrücklich kritisierte, der verehrte Lehrer Ludwig Erhards war. Dieser hingte Oppenheimers Bild in sein Arbeitszimmer im Bundeswirtschaftsministerium (Altmann/Gross, 1972, S. 25f.).

Die deutschen Politiker, die mit der Verarmungskrise in der Mitte des 19. Jahrhunderts fertig werden mußten, stellten fest, daß dem wirtschaftlichen Wachstum zahlreiche und weit verbreitete Hindernisse entgegenstanden: Privilegien, Monopole, Preistaxen und Zinsbeschränkungen, Transitzölle innerhalb des Zollvereins, fortgesetzte Beschränkungen der Freizügigkeit und eine Gewerbegesetzgebung, die, wie es Viktor Böhmert formulierte, ein Engländer oder

²⁹ Vgl. unter vielen Beispielen den Kommentar *Achingers* (1963, S. 23), zu Gustav Schmoller: „Bei ihm wie bei Lorenz von Stein findet sich zugleich das spezifische Vertrauen in das preußische Königtum, das auch das Unrecht wieder gutmachen werde, das dem Arbeiterstande im Industriezeitalter zugefügt wurde.“

³⁰ *Wehler* (1988, S. 288f.), wo der Verfasser zeitgenössische Quellen zitiert, aus denen hervorgeht, daß das „Proletariat des Ackerbaus“ das Hauptproblem darstellte.

Amerikaner eine „absurdity“ genannt und ein Franzose mit dem Wort „esclavage“ belegt hätte (Böhmert, 1884, S. 201f.).

Die Perversität der Wirtschaftsorganisation kann durch das Konzessionswesen illustriert werden, jenes System, das eine spezielle behördliche Genehmigung verlangte, ehe irgendeine neue wirtschaftliche Tätigkeit - die Produktion einer neuen Ware, die Eröffnung eines neuen Geschäfts, besonders die Errichtung einer neuen Fabrik usw. - in Angriff genommen werden konnte. Die Entscheidung erfolgte gewöhnlich nach Gutdünken der Polizeibehörde. Böhmert, einer der Liberalen, die sich besonders aktiv für die Gewerbefreiheit einsetzten, wies auf die Verankerung dieses Systems in der politischen Philosophie des Absolutismus hin, wie sie zum Beispiel im Entwurf für ein bayrisches Gesetz zum Ausdruck kam. Danach sei

„das Recht der Verleihung von Gewerbsbefugnissen jeder Art [...] Ausfluß der Souveränitätsrechte des Landesherrn und der Staatsgewalt und [...] eines ihrer wichtigsten Attribute.“ Demgemäß bezeichnet „die Oberaufsicht und Leitung der ganzen Landesindustrie von Seiten der Regierung [...] wichtige Staatszwecke.“ (Böhmert, 1866, S. 159)

Der hochgestellte bayrische Ministerialrat, der dies schrieb, sprach auch vom

ersten Grundprinzip, das die vom Staate zu erlassenden Vorschriften über diejenigen Bedingungen, unter denen die selbstständige Ausübung eines Gewerbes stattzufinden hat, (ihrerseits) die Grundlage einer Organisation der industriellen Arbeit des ganzen Volkes bilde(ten) (Böhmert, 1866, S. 159).

Kein Wunder, daß dies für Böhmert „der gerade Weg zum sozialistischen Staat“ war und daß die Liberalen immer wieder die von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Maßnahmen mit der Wirtschaftsordnung des Absolutismus von ehemals verglichen.

Wie das Konzessionssystem in der Praxis gehandhabt wurde, illustriert Böhmert am Beispiel einer bayrischen Stadt:

„Der Magistrat [...] verweigerte eine Konzession zur Bereitung von Äpfelwein, weil erstens [in diesem Ort] seither alle Welt Bier getrunken habe, zweitens der Äpfelwein aus Mangel an Konkurrenz vielleicht nicht gut werde zubereitet werden, und drittens die Bereitung des Äpfelweins möglicherweise zu einer zu großartigen Ausfuhr führen und dann der Obrigkeit die Mittel zur Beaufsichtigung fehlen könnten.“ (Böhmert, 1866, S. 164)

Es gab Versuche, sich für die seit der Reformära noch immer unvollkommen entwickelte Wirtschaftsstruktur der deutschen Staaten einzusetzen. Just der erste Grundrechtsartikel in der 1849 von der Nationalversammlung angenommenen Verfassung enthält den Passus:

„Jeder Deutsche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes seinen Aufenthalt und Wohnsitz zu nehmen, Liegenschaften jeder Art zu erwerben und darüber

zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen.“³¹

Allerdings waren die Revolutionäre von 1848 wesentlich mehr an der Erörterung von Verfassungen und nationalen Fragen denn an ökonomischen Problemen interessiert. In diesem Umfeld entwickelte sich die deutsche Freihandelsbewegung. Wenn die Männer, die sich hier zusammenfanden, an die Formulierung der Lehren des Wirtschaftsliberalismus mit größerer Strenge und Folgerichtigkeit herangingen, so lag dies vor allem daran, daß sie eine aus den damaligen Zuständen wachsende Notwendigkeit erkannten.

Wodurch wurde letzten Endes eine „irische Lösung“ des deutschen Wirtschaftproblems verhindert? Conzes Antwort ist ein Echo des von Böhmert, Prince-Smith und der Freihandelspartei vorgeschlagenen Programms:

„Zollverein, gesteigerte Kapitalbildung, sodann erhöhte Wirtschaftsinitiative, Gunst der Konjunktur und technologisches Aufholen nach [1848] - all dies wies in die gleiche Richtung. Nicht Zerstörung oder Behinderung der Maschine, sondern durch Technisierung und Rationalisierung sowohl der Urproduktion wie der industriellen Arbeit konnte das Problem der sozialen Frage gelöst werden. [...] Die Hungerlöhne der 40er Jahre hatten ihren Ursprung nicht zuerst in der Gewinnsucht der Unternehmer als vielmehr im Zwang der wirtschaftlichen Enge gehabt.“

Mit der Zeit wurde die Krise überwunden. Die Bevölkerung wuchs weiterhin in dramatischem Ausmaß, aber sie konnte durch die schöpferischen Kräfte, die durch die Wirtschaftsreform freigesetzt wurden, versorgt werden:

„[...] das Entscheidende war zunächst geschehen: die Arbeitsstellen waren geschaffen worden und wurden weiter geschaffen; eine relative Sicherung der Existenz wurde erreicht. Zwar waren die Lebensbedingungen noch immer knapp und „proletarisch“, aber sie lagen doch über dem Stande des Pauperismus der 30er und 40er Jahre und wurden im Laufe der Jahrzehnte weiter verbessert. Damit war der grundlegende Schritt zur Eingliederung des Proletariats getan.“³²

Hans-Ulrich Wehlers neuere Behandlung dieses Themas gelangt im wesentlichen zu dem gleichen Schluß: „Als im Vormärz die vorhandene ökonomische

³¹ „Die Grundrechte des deutschen Volkes“, Art. I, § 133, *Federici* (1946, S. 260).

³² *Conze* (1954, S. 361f.). Als Grundbedingungen für den wirtschaftlichen Fortschritt der deutschen Arbeiterbevölkerung zitiert *Conze*, ebenda, S. 363: „die fortgesetzte Höhe der Tragfähigkeit infolge der modernen Technik und Rationalisierung. Dies ermöglichte nicht nur das weitere Wachstum der Bevölkerung, sondern nicht minder seine fortgesetzte Erhöhung des materiellen Lebensstandards und der Reallöhne.“ Siehe auch *Pallach* (1986, S. 304ff.). Vgl. über England in der analogen Situation die Schlußfolgerung von *Evans* (1983, S. 153): „Es ist sachdienlich, einen kontrafaktischen Punkt zu erwähnen: Was wäre mit Großbritanniens überbordender Bevölkerung geschehen, wenn das industrielle Wachstum sie nicht vor einer Malthusschen Armutsfalle bewahrt hätte? Es ist schwer zu sehen, wie ein ‚Rückschlag‘ von sogar noch katastrophalerem Ausmaß als die irische Hungersnot von 1845-47 hätte vermieden werden können, und in diesem nicht unerheblichen Umfang machte es die industrielle Revolution möglich, daß eine viel größere Bevölkerung überlebte und auf lange Sicht zu Wohlstand gelangte.“

Kapazität in Landwirtschaft und Gewerbe durch die Übervölkerung definitiv überfordert wurde, trat im Pauperismus eine säkulare Krisensituation zutage, die erst durch den erfolgreichen Industriekapitalismus - nicht Ursache, sondern Retter - bewältigt wurde.“ (Wehler, 1988, S. 286)

Wenn dies die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert war, dann sind die deutschen Wirtschaftsliberalen der Wahrheit näher gekommen als Lassalle oder Marx. Natürlich hatte Marx angesichts der Bevölkerungskrise keine Vorschläge zur Hand, abgesehen von der Idee, den Zusammenbruch des Marktsystems und die Ankunft des Sozialismus abzuwarten. Was Lassalle anbelangt, so wäre es vielleicht interessant gewesen, die Folgen seines Vorschlags abzuwarten, den Nöten der deutschen Bevölkerung, die von 1850 bis 1900 um 60% anstieg, durch staatsfinanzierte Arbeiterkooperativen beizukommen.

Vor dem Hintergrund dieses Zusammenhangs muß die These von Lothar Gall bewertet werden, bezüglich derer sich die Industrialisierung zu einem niederschmetternden Trauma für den deutschen Liberalismus entwickelte, bis zu dem Punkt, an dem sie an Bedeutung verlor und zur bloßen Klassenideologie wurde. Diese These,³³ die von Eric Voegelin vorweggenommen war, beinhaltet im wesentlichen, daß das Erwartungsmodell des Frühliberalismus

„seine mit dem Zielbild einer entprivilegierten klassenlosen Bürgergesellschaft der Zukunft verbundene gesamtgesellschaftliche Dynamik und Integrationskraft mit dem Durchbruch der sogenannten industriellen Revolution und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen verlor. Erst hierdurch verengte und veränderte es sich, so die Hauptthese, zur blossen Klassenideologie, wurde der Liberalismus von einer gesamtgesellschaftlichen Reformbewegung zur Klassenpartei mit immer stärker sozial-konservativen Zügen.“³⁴

Doch abgesehen von der Tatsache, daß durch die Kennzeichnung als „bloße Klassenideologie“ ohne jedes Argument der Standpunkt der Gegner des Liberalismus übernommen wird, vernachlässigt Gall ein entscheidendes Element in der Kausalkette. Es besteht kein Zweifel, daß der Liberalismus in den mittleren Jahrzehnten des Jahrhunderts einen Wandel durchlief, noch daß die von vielen frühen Liberalen erstrebte Zukunft den von Gall vorausgesetzten liberalen Erwartungen zumindest recht nahe kam.³⁵ Die Möglichkeit dieser idyllischen, weitgehend

³³ Siehe Voegelin (1970, S. 36f.) zum ursprünglichen liberalen Modell, das Locke, Jefferson und andere inspirierte: „Die ursprüngliche harmonische Balance von Bürgern gleichen wirtschaftlichen Machtpotentials wurde durch die Entwicklung der Industriegesellschaft vernichtet. Eine neue Machtstruktur machte sich geltend, mit der der ursprünglich agrarische Liberalismus nicht gerechnet hatte. Wenn sich die Gesellschaft in Kapitalisten und Lohnarbeiter differenziert, ist das Modell einer Gesellschaft von freien, gleichen Bürgern von einer Realität überholt, die sich zum Klassenkampf zuspitzt.“

³⁴ Gall (1976, S. 12); siehe auch Gall (1976, S. 162ff.); Gall (1979, S. 98ff.); Koch (1978, S. 605ff.); sowie Koch (1982, S. 832ff.).

³⁵ Selbst am Ende des Jahrhunderts hoffte der Freihändler und Philanthrop Viktor Böhmert in seinem Buch (Böhmert, 1900, S. 51), auf „eine schönere Zeit [...] wo aus einer gleichmäßige-

landwirtschaftlichen Gesellschaft wurde jedoch durch die Bevölkerungskrise zu nichte gemacht. Mit Recht bemerkt Ludwig von Mises über dieses Ideal so vieler Sozialreformer, daß es an der historischen Entwicklung scheiterte. Sein Fehler war, daß ohne grundlegenden ökonomischen und politischen Wandel „Bevölkerungswachstum in zunehmender Armut enden muß.“ Da die Struktur der älteren Gesellschaft dem Druck des Bevölkerungswachstums nicht gewachsen war, führte dies zu „Herausbildung einer riesigen Masse landloser Proletarier“, die die Ränder einer Gesellschaft bewohnten, welche keine Verwendung für sie hatte (von Mises, 1949, S. 831). Industrialisierung war die Lösung dieses Problems; sie rettete die Massen und brachte sie auf den Weg zu einem bescheidenen, aber guten Leben. Daß die großen Kapitalisten und Unternehmer letztlich reicher als die größten Grundbesitzer wurden, spiegelt den unermeßlich größeren Wohlstand wider, den das neue System hervorbrachte.³⁶

V. „Manchestertum“

Wenn dem deutschen Liberalismus als Ganzem eine relative Geringschätzung und selbst Verhöhnung zuteil wurde, so gilt dies in noch höherem Maße für den Wirtschaftsliberalismus und seine locker organisierte Erscheinungsform, die deutsche Freihandelsbewegung. Sie wird in der Literatur oft mit demselben Namen belegt, den ihr ihre politischen Feinde gaben: das deutsche Manchestertum. Wie ein Führer der Freihändler vermerkte, war es Ferdinand Lassalle, der das Schmähwort „Manchestertum“ erfand. Alsdann durchlief es die konservative Presse und bildete nun „das A und O der politischen Weisheit“, selbst für Teile der preußischen Regierung, die Gefallen daran fand Schulze-Delitzsch mit beinahe den gleichen Worten zu brandmarken, die zuvor sein alter Gegenspieler Lassalle gebraucht hatte (Faucher, 1870, S. 158).

Der Angriff per Terminologie zeigte Lasalles politischen Scharfsinn; man könnte fast sagen, daß er den ganzen Fall von Anfang an entschied. Durch ihn wurden die deutschen Gelehrten, Journalisten und Politiker, die für eine liberale Wirtschaft eintraten, als Außenseiter gebrandmarkt, als Verfechter einer fremden Ideologie, und zwar der Ideologie einer Nation, England, die vielfach beneidet und der oft mißtraut wurde. Zusätzlicher Nutzen wurde daraus gezogen, daß man die Lehre vom internationalen Freihandel mit dem Makel belastete, sie nutze eher den englischen als den deutschen Interessen. Das Manchestertum setze sich für den Freihandel ein, weil dieser im Interesse Manchesters, d.h. der britischen Industrie liege. Schließlich konnte die ganze Ladung antiliberaler Schlagworte

ren Bildung und günstigeren Lebensstellung der verschiedenen Volksklassen eine Milderung der Gegensätze und sozialer Friede entspringen wird.“

³⁶ Ernst Noltes Untersuchung der ideologischen Folgen der Industrialisierung scheint den Tatsachen gerechter zu werden; eine Zusammenfassung findet sich bei Nolte (1977, S. 100ff.).

und verzerrender Begriffe, die in England schon von Schriftstellern wie Carlyle und Ruskin zusammengebraut worden waren, unbegrenzt nach Deutschland importiert und der polemischen Verwendung zugänglich gemacht werden.³⁷

Ein wahrer Gelehrter wie Wilhelm Roscher war noch fähig, den Liberalen in hohem Grade gerecht zu werden. 1874 protestierte er gegen die Unterschätzung dieser „geistreichen, tatkräftigen Männer“. Er schreibt:

„Um die Praxis von Deutschland haben sich diese Männer unstreitig sehr verdient gemacht [...] durch ihre tatkräftige Bekämpfung aller wirtschaftlichen Privilegien und grundlos gewordenen Partikularismen. Alle jene Reformen, welche der Zollverein angebahnt hat, das neue Reich zu vollenden bestimmt ist, sind in der Zwischenzeit durch ihre Agitation mächtig gefördert worden.“ (Roscher, 1874, S. 1016)

Roschers Warnung war notwendig, weil unter dem Einfluß von Gustav Schmoller, Adolph Wagner sowie ihren Kollegen im Verein für Socialpolitik eine andere Ansicht propagiert wurde. Wie Schmoller in seiner Eröffnungsansprache bei der ersten Sitzung des Vereins in Eisenach im Jahre 1872 feststellte, war der Zusammenschluß von denjenigen gegründet worden, „welche der Tyrannei der Manchesterpartei entgegenzutreten wollen ... [die] das absolute *laissez faire et laissez passer* in der sozialen Frage nicht für das richtige halten.“ (Schmoller, 1890, S. 1f.) In Kürze war die Standardkarikatur des Liberalismus geschaffen und setzte sich in der deutschen Geistesgeschichte durch. Die „Manchesterpartei“ - das waren die amoralischen Fürsprecher einer auf zügellosem Egoismus beruhenden Gesellschaftsordnung mit „Freiheit“ für Kapitalbesitzer und einer neuen Sklaverei für die Arbeiterklasse. Ein typisches Beispiel ist das 1907 veröffentlichte, einflußreiche Werk von Julius Becker *Das Deutsche Manchestertum*, eine politische Schmähschrift, die dennoch über lange Zeit das Standardwerk auf diesem Gebiet war und immer noch in der Literatur zitiert wird. Beckers Einstellung läßt sich daraus erahnen, daß er dem Urteil von Lasalle über „die Manchester männer“ voll und ganz zustimmt: Sie waren die „modernen Barbaren.“³⁸

Über Jahrzehnte hinweg war diese Karikatur die herrschende Auffassung. Erst vor etwa zwanzig Jahren kritisierte Volker Hentschel in einer sowohl ob ihres wissenschaftlichen Wertes, als auch ob ihrer kühlen Objektivität bewunderns-

³⁷ Für eine seltene und gutinformierte Verteidigung dieser Schule des Liberalismus siehe Reichel (1996, S. 107ff.); Doering (1994, S. 80ff.).

³⁸ Becker (1907, S. 106). In einem immer noch häufig zitierten Standardwerk von Lindenlaub (1967, S. 2), erklärt der Verfasser, der Ausdruck „das deutsche Manchestertum“ sei ursprünglich auf „die Berliner Ökonomen“ angewandt worden: „Die ‚Manchesterschule‘ hat ihren Namen von einer Gruppe von Interessenten, die sich zwischen 1820 und 1850 in der Handelskammer von Manchester zusammenfanden, unter Richard Cobden und John Bright für den Freihandel eintraten, um die Erhöhung der Lebenshaltungskosten durch steigende Getreidepreise zu verhindern.“ Es dürfte schwer fallen, eine bündigere Verleumdung der beiden Männer zu erfinden, die im 19. Jahrhundert zu den gesinnigsten Mitgliedern des House of Commons zählten.

werten Arbeit die Behandlung der deutschen Freihandelsschule (*Hentschel*, 1975). Erstens sei die große Bedeutung dieser Schule für die moderne wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands selten richtig gewichtet worden. Nach Hentschel hat die von den Freihändlern von 1865 bis 1875 befürwortete Wirtschaftsgesetzgebung

„die rechtlichen und institutionellen Grundlagen geschaffen, auf denen unsere Wirtschaftsordnung auch heute noch ruht [...] es kann nicht geleugnet werden, daß die Freihändler auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte nachhaltig gestaltenden Einfluß ausgeübt haben. Das scheint bislang selten gesehen zu sein.“ (*Hentschel*, 1975, S. 283)

Zweitens sei das Bild der Freihandelsschule, das sich in den Geschichtsbüchern widerspiegele, von ihren Feinden gezeichnet worden, die von den Liberalen als „Kathedersozialisten“ angegriffen wurden:

„Das von Schmoller, Schönberg oder Wagner verbreitete Bild des deutschen Wirtschaftsliberalismus [wirkte] zunächst auf die Meinung der interessierten Öffentlichkeit und später auch auf das Urteil der Historiker sehr viel nachhaltiger ein als alle originalen freihändlerischen Äußerungen. Es hat den Anschein, als sei ganz in Vergessenheit geraten, daß man es mit einer polemischen Skizze aus der gegnerischen Position zu tun hat.“ (*Hentschel*, 1975, S. 11)

VI. Der Kulturkampf

Große Teile Europas waren in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts das Feld, auf dem sich eine Kampagne abspielte, deren Ziel es war, die Freiheit der katholischen Kirche im Interesse einer sich ausbreitenden Staatsmacht einzuzengen und ihren Einfluß zu verringern (*Becker*, 1981, S. 422ff.). Ab 1871 führte Bismarck eine Serie anti-katholischer Maßnahmen in Preußen und im Reich durch, die als Kulturkampf bekannt wurden. Mit wenigen Ausnahmen fand er sowohl bei den National-, als auch bei den Linksliberalen im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus eine glühende Anhängerschaft, und alle Liberalen unterstützten einige Elemente seines Programms.³⁹ Selbst Eugen Richter pflichtete der Säkularisierung der Schulen enthusiastisch bei, obwohl er andere Facetten der anti-kirchlichen Politik scharf attackierte. Alles in allem war der Kultur-

³⁹ Vgl. *Klein-Hattungen* (1912, S. 4ff.). Typisch für die Nationalliberalen war die Haltung Rudolf Hayms: Er hoffte, daß Bismarck gegen die katholische Kirche den gleichen Erfolg erzielen würde wie gegen Frankreich. „Hayms Liberalismus war ein klassischer Fall des moralischen Imperialismus - die Duldung kultureller Verschiedenheit war niemals Teil seines Programms.“ (*Kahan*, 1989, S. 84)

kampf das schändlichste Kapitel in der Geschichte des echten deutschen Liberalismus.⁴⁰

Bismarck verfolgte in dieser Kampagne konkrete Machtinteressen. Es war seine Absicht, die neuformierte katholische Zentrumspartei zu ruinieren und den Widerstand zu brechen, den katholische Bevölkerungsteile in Süddeutschland und im Rheinland gegen die Zentralisierungstendenzen der Reichsregierung leisteten (Gall, 1980, S. 470f.). Hingegen sah die Mehrheit der Liberalen - abgesehen davon, daß sie die Zentralisierung begrüßte - die Auseinandersetzung als eine weltanschauliche an: Sie erschien ihnen als ein Kampf zur Förderung der Werte der modernen Zivilisation gegen den Einfluß Roms unter Pius X. sowie dessen *Syllabus errorum* und sein Unfehlbarkeitsdogma. Blackbourn beurteilt zumindest viele Liberale richtig, wenn er deren tiefe Abneigung gegen die katholische Kirche auf der einen Seite in Verbindung bringt mit ihrem Streben nach Wirtschaftswachstum durch „Modernisierung“ von Wirtschaft und Staat. In der Wahrnehmung dieser Liberalen bekämpfte die Kirche weite Teile dieses Programmes.⁴¹ Weder zum ersten noch zum letzten Mal opferten damals Liberale ihre Grundsätze, um eine - ideologisch oder sozio-ökonomisch verstandene - „Modernisierung“ mittels der Staatsmacht voranzubringen.

Bismarck ernannte Adalbert Falk, welcher als Vertreter des „praktischen Hegelianismus“ den Staat als souveränen Führer der Gesellschaft in Fragen der Moral ansah, zum Vollstrecker der anti-katholischen Kampagne (Bornkamm, 1950, S. 298f.). Ein Hauptstreitpunkt war das Erziehungssystem.⁴² Neue Gesetze engten den Einfluß der Kirche ein, indem sie dem Staat die alleinige Schulaufsicht verschafften und die Priester zwangen, staatliche Universitäten zu besuchen und dort Prüfungen in säkulären Fächern abzulegen. Eine steigende Anzahl von Ausnahmegesetzen beschnitt das Recht des Klerus, sich zu öffentlichen Angelegenheiten zu äußern, unterdrückte den Jesuiten-Orden, ersetzte im Bereich der katholischen Kirche Preußens die Autorität des Papstes durch die des Staates und verstärkte den Angriff noch auf andere Weise. Der katholische Widerstand führte zu einer Serie von Strafgesetzen und diese wiederum zur Verhaftung von

⁴⁰ Die Zustimmung der „Staatspartei“ zu Hitlers Ermächtigungsgesetz vom März 1933 ist natürlich in höchstem Maße verwerflich. Es ist jedoch eine These der vorliegenden Arbeit, daß kein guter Grund besteht, solche politischen Gruppierungen wie die „Staatspartei“ als liberal zu bezeichnen.

⁴¹ Blackbourn (1988, S. 16). Karl Braun, der ständige Vorsitzende des Kongresses deutscher Volkswirte, erblickte im Kanonischen Recht „die ergiebigste Quelle der Irrtümer [...] auf wirtschaftlichem Gebiete insbesondere.“ Ihm zufolge erklärte es „die Massenarmut und die Armut der Einzelnen für eine Notwendigkeit“ und war verantwortlich für die „gemeinschaftliche Ausdehnung der Armenpflege.“ Braun (1866, S. 18ff.).

⁴² Interessanterweise widersetzten sich Katholiken liberalen Plänen im Erziehungswesen unter anderem auch deshalb „weil liberales Drängen auf eine strikter durchgesetzte Schulpflicht und neue Lehrpläne die Verfügbarkeit über Kinderarbeit in der Landwirtschaft und in den Werkstätten einzuschränken [...] drohte.“ Blackbourn (1988, S. 29).

Priestern und Bischöfen und zur Vertreibung aller religiöser Orden mit Ausnahme derjenigen, die sich der Pflege Kranker widmeten. 1876 waren schließlich alle Bischöfe Preußens entweder im Gefängnis oder im Exil.

Man kann die Ironie der Auseinandersetzung darin sehen, daß sich gerade das Zentrum und die katholische Kirche konform zu den Grundsätzen des Liberalismus verhielten. Indem sie sich auf die Lehren des Naturrechts stützten, widersprachen die Katholiken der der Bismarckschen Politik zugrundeliegenden - und von den Liberalen geteilten - Prämisse „unbedingter Staatshoheit“. Stattdessen forderten sie einen Handlungsspielraum, der nicht dem staatlichen Zugriff ausgesetzt war, und bestanden darauf, daß es das Recht katholischer Organisationen sei, von der Staatsaufsicht unabhängig zu sein. Die katholische Position - die sicherlich auch die liberale Position hätte sein sollen - fand einen glänzenden Ausdruck in der 1878 gehaltenen Reichstagsrede des Zentrum-Führers Ludwig Windthorst:

„Wir hören auf vielen Stellen die Lehren vom omnipotenten Staate: Der Staat soll alle Lebensverhältnisse der Menschen ordnen, außer ihm ist gar nichts [...] Wenn wir die Sozialdemokratie mit Erfolg bekämpfen wollen, dann müssen wir zunächst diese Lehre vom omnipotenten Staate aufgeben, dann müssen wir vor allen Dingen anerkennen, daß es Rechte, Institutionen gibt, welche eine andere Basis haben als die des Staates, wir müssen anerkennen, daß es Rechte gibt, die älter sind als der Staat, daß der Staat nicht der allein Recht erzeugende ist, daß er vielmehr nur darum ist, um die gegebenen Rechte zu schützen, nicht aber um sie nach Willkür und nach Zweckmäßigkeitsgründen zu modeln.“ (Becker, 1981, S. 433)

Es ist richtig, daß die Katholiken auch den Erhalt des religiösen Charakters der Volksschulen forderten. Doch war dies mit liberalen Anschauungen nicht unvereinbar, denn es gab zum einen staatliche Schulen und zum anderen die Wünsche der Eltern, die dieser Forderung entsprachen.

Ein wichtiger Anführer des katholischen Widerstandes war der Mainzer Bischof Wilhelm von Ketteler. Nach Ketteler hatte sich ein philosophischer Wandel innerhalb des deutschen Liberalismus vollzogen. Während die Liberalen von 1848 der Kirche ihre notwendigen Freiheiten zugestanden hatten, wurde nunmehr der Staat mit einem unzweifelhaften Vorrang gegenüber den Elementen der bürgerlichen Gesellschaft versehen.⁴³ Die Kirche fand sich in ihrem Wirkungsbereich vom angeblich herrschenden Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz ausgeschlossen. Ketteler erklärte:

⁴³ Ein ähnliches Abdriften zum Staat schritt jedoch innerhalb des deutschen Katholizismus voran - mit Bischof Ketteler als einem ihrer geistigen Führer. Es ist wohl bekannt, daß Ketteler ein starker Verfechter staatlicher Interventionen war, um sich der mit der Industrialisierung in Zusammenhang gebrachten Übel anzunehmen. Diese Richtung verdrängte letztlich die frühere Orientierung, die etwa 1848 anlässlich der ersten Generalversammlung der katholischen Vereine in Mainz zum Ausdruck kam. Bei dieser Gelegenheit sprach man „dem Staat die Kraft und den Beruf ab, die soziale Frage zu lösen und behielt sie ganz der Kirche vor.“ Diese „staatsnegierende Richtung“ der katholischen Sozialpolitik wurde noch 1858 von Peter Reichensperger verteidigt. Vogel (1951, S. 58).

„Die katholische Kirche kann leben und freudig und wohlthätig wirken unter allen politischen Verhältnissen, unter allen staatlichen Verfassungen, wenn sie nur Freiheit gewähren. Möge man daher fortschreiten zu einer vollständigen Trennung von Kirche und Staat; wenn man nur redliche Freiheit auf allen Gebieten, vor allem auf dem Gebiete der Erziehung and des Unterrichts gewährt.“ (*Birke*, 1971, S. 94).

Da der Kulturkampf auf die „innere Entkatholisierung“ Deutschlands abzielte, seien, so Ketteler, eventuell auch sehr weitreichende Maßnahmen angezeigt. Ketteler erwog einige Zeit die Möglichkeit einer vollständigen Trennung von Kirche und Staat nach amerikanischem Vorbild. Diese auch von französischen katholischen Liberalen wie Montalembert geteilte Haltung erschien ihm für die Kirche der beste Ausweg in einem Reich, das sich der Wiederbelebung einer absolutistischen Kontrolle des sittlichen Lebens eines ganzen Volkes zuzuwenden schien (*Birke*, 1971, S. 94ff.). Aber die materiellen Verluste, die die Kirche durch die Trennung voraussichtlich erlitten hätte, machten es unwahrscheinlich - und zwar selbst in dem Fall, daß die antikatholische Politik nicht schließlich doch eingestellt worden wäre. Wie Adolf M. Birke feststellte, ist es dennoch bemerkenswert, daß diese traditionelle liberale Forderung der Trennung von Staat und Kirche nicht von den Liberalen selber, sondern von einem ultramontanen Bischof vorgebracht wurde (*Birke*, 1971, S. 96).

Wahrhaft beschämende Szenen ereigneten sich, als etwa ein liberaler Bürgermeister die preußische Infanterie anforderte, um gegen katholische Pilger in einem Dorf des Saarlandes vorzugehen, wo eine Erscheinung der Jungfrau Maria behauptet wurde. Blackbourn bemerkt einsichtig: „Dies waren deutsche Liberale, die den Staat als soziale und kulturelle Dampfwalze betrachteten und ganz offensichtlich Genuß dabei empfanden, deren verheerende Wirkung an anderen zu beobachten.“ (*Blackbourn*, 1988, S. 39f.) Während katholische Konservative beim Anblick der staatlichen Allgewalt zutiefst beunruhigt waren, wurden die Liberalen „staatsfreudig,“ aufgeheitert in dem Wissen, daß das Reich nun „ihr“ Staat war, bereit und fähig, der deutschen Gesellschaft *ihre* Werte aufzuerlegen.

Selbst Eduard Lasker, der gefeierte Verteidiger des Rechtsstaates, bekundete, daß es Aufgabe des Staates sei, eine führende Rolle in den erzieherischen, religiösen und kulturellen Angelegenheiten der Nation zu übernehmen. Schmidt-Volkmar schreibt, die Linksliberalen

„wollten an die Stelle der Allmacht der Kirche den uneingeschränkten Einfluß des Staates auf das kulturelle Leben setzen und waren deshalb bereit, in diesem Fall an die Tradition des absoluten preußischen Staates anzuknüpfen, des Staates, den sie im übrigen ebenso leidenschaftlich bekämpften.“⁴⁴

⁴⁴ Schmidt-Volkmar (1962, S. 80). Vgl. auch Bornkamm (1950, S. 52f.): „Der gesamte Liberalismus mußte während des Kampfes in Kauf nehmen, daß seine praktische Politik mit wesentlichen Grundlagen seiner eigenen Lehre in Widerspruch trat. Von einer grundsätzlichen Freiheitsidee aus betrachtet, stand er beidemale in der falschen Front: während der Entfaltung des Kampfes stimmte er für lauter Zwangsgesetze, beim Abbau gegen den Frieden und die

Die deutschen Liberalen konnten in weiten Teilen mit den Befürchtungen eines Jacob Burckhardt nichts anfangen, für den die große Gefahr darin lag, daß der Staat zunehmend die bürgerliche Gesellschaft einschließlich der Religion in sich aufsaugen würde: „Das Wichtigste aber ist, daß sich die Grenzen zwischen den Aufgaben von Staat und Gesellschaft gänzlich zu verrücken drohen. [...] Man will eben die größten Hauptsachen nicht mehr der Gesellschaft überlassen.“ (Burckhardt, 1978, S. 135; siehe auch Bornkamm, 1950, S. 69f.).

Das war im übrigen eine Gefahr, die seit langem schon in Frankreich erkannt worden war. Seit Constant und Mme de Staël agierten die französischen Liberalen vor einem Hintergrund, an dessen vorderster Stelle die Lehren der Revolution und der napoleonischen Epoche standen. Daher begriffen sie, daß die Moderne die ständige Bedrohung durch staatliche Allgewalt in sich trug. Ob nun die Verfassungsfragen im Detail geklärt waren oder nicht - die Herrschaft der Kirche über den Staat war jedenfalls keine aktuelle Streitfrage mehr. Was man vielmehr zu fürchten hatte, war die Herrschaft des Staates über die Kirche und die bürgerliche Gesellschaft. Deswegen mußten religiöses Leben und religiöse Institutionen als Gegengewicht zur „Allmacht des modernen Staates“ begrüßt werden. Man fühlt sich an Jacobis Empörung erinnert, die er in den letzten Tagen des alten Regimes gegen die Aufklärer richtete, welche „in unserm Jahrhundert“ den „Aberglauben“ für gefährlicher ansehen, als die anwachsende Macht des weltlichen Despotismus.

David Blackbourn hat einiges von dem festgehalten, was deutsche Katholiken zum gesellschaftlichen Reichtum beigesteuert haben: „unabhängige Priesterseminare, geschlossene Orden, katholische Schulen und ein ausgedehntes Netz karitativer Stiftungen.“ (Blackbourn, 1988, S. 17) Anstatt in diesen vielfachen Beschränkungen der Staatsausdehnung - oder etwa in Bischof Kettlers Einwendungen gegen den Sedanstag - die Keime des Widerstands gegen die Vermessenheit des modernen Staates zu erkennen, griffen die Liberalen die Wurzeln dieses mächtigen potentiellen Verbündeten an, und dies mit einer oft erstaunlichen Heftigkeit.

Der Urheber des Begriffs „Kulturkampf“ war auch einer seiner Hauptideologen. Rudolf Virchow war ein weltbekannter Wissenschaftler und über Jahrzehnte und alle Splitterungen der linksliberalen Partei hinweg der treue Verbündete Eugen Richters im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus. Was den Kulturkampf anging, so war er freilich ein Fanatiker: Wie unerheblich der gerade diskutierte Punkt auch immer sein mochte, er „konnte einfach nicht aufhören,“ in häufig wilden und überspannten Worten gegen die Kirche zu wettern (Boyd, 1991, S. 156).

Wenn Virchow auch kein Materialist im strengen Sinne war, so war er doch sicherlich ein Rationalist, bei dem nicht nur jede Spur eines religiösen Glaubens

Gewährung neuer Freiheiten. Es ist völlig deutlich, aus welchen weltanschaulichen Voraussetzungen der Liberalismus diesen Widerspruch auf sich nehmen mußte.“

fehlte, sondern der auch keinerlei Respekt vor religiösen Anschauungen hatte: Nur „das unvollkommene, unwissenschaftliche Bewußtsein“ konnte in seinen Augen „das Menschengeschlecht zur Transzendenz treiben.“ (Bussman, 1978, S. 278) Virchow machte sich ein Vergnügen daraus, Christen zu verhöhnen, etwa mit seiner berühmten Erklärung: „Ich habe Tausende von Leichen seziiert, aber keine Seele darin gefunden.“ (Vasold, 1988, S. 127)

Virchows Motto „Politik ist Medizin im Großen“ verhiess nichts Gutes für die individuelle Freiheit. Manfred Vasold schrieb über ihn: „Virchow zog es vor, Menschen durch Aufklärung zu vernünftigen Handeln zu bewegen; aber er hatte auch nichts dagegen, vernünftige Maßnahmen mit staatlichen Zwangsmitteln durchzusetzen, wo es nicht anders ging.“ (Vasold, 1988, S. 185) In der Tat war Virchow in Deutschland der große Wegbereiter dessen, was Thomas S. Szasz „den therapeutischen Staat“ (Szasz, 1976, 1980) genannt hatte. Er argumentierte für „ein neues Verhältnis zwischen Staat und Medizin,“ und faßte darunter auch die Errichtung eines Reichsministeriums für die öffentliche Gesundheitspflege, sowie dessen Erweiterung, um die medizinische „Behandlung“ Krimineller zu gewährleisten (Bussman, 1978, S. 276).

Eine Rundreise in Schlesien, wo er die unhygienischen Lebensbedingungen der Bevölkerung beobachtete, bestärkte Virchow in seinem Hochmut gegenüber der - „im Interesse der Mutter Kirche“ aufrechterhaltenen - Rückständigkeit der katholischen Unterklassen und in seinem Glauben an die Notwendigkeit „einer Art vormundschaftlicher Leitung.“ Dieses Anliegen verallgemeinerte er. Es oblag dem Staat, alle Menschen zu erziehen; zu diesem Zweck war „die gesamte Leitung des Unterrichts in seiner Hand“ erforderlich, um „das Volk mit gemeinsamem Wissen zu durchdringen.“ (Vasold, 1988, S. 20, 135 und Bussman, 1978, S. 282) Er hatte keine Bedenken, öffentliche Schulen dazu zu nutzen, um Treue zum Papst in der jüngeren Generation zu beseitigen. (Boyd, 1991, S. 162)

Jeder intellektuelle Fortschritt, so erklärte Virchow, sei „ketzerisch“ gewesen: „Wann hat die Kirche den intellektuellen Fortschritt zu fördern gesucht? Gar nicht. Dieser Fortschritt hat sich vollziehen müssen trotz der Kirche, gegen die Kirche.“ (Vasold, 1988, S. 289) Virchow demonstrierte die für das 19. Jahrhundert charakteristische Besessenheit der Freidenker mit Fällen wie dem Galileos. Doch wie ungerecht diese auch immer waren - Virchow ging niemals der Frage nach, wie die moderne Wissenschaft aus einer Kultur hätte hervorgehen können, über die eine Kirche herrschte, die so gegen die Wissenschaft eingestellt war, wie er das von der katholischen Kirche behauptete. Mit anderen deutschen Liberalen schlug Virchow alte Schlachten aufs Neue - eine Haltung, die dem letzten Teil des 19. Jahrhunderts kaum angemessen war.

In ähnlicher Weise wie zuvor John Stuart Mill bekundete Virchow, sein Ziel sei das freie, sich selbst bestimmende Individuum. Doch wie auch Mill weigerte er sich, die Entscheidung des Individuums, einer religiösen Lehre Gehorsam zu leisten, und die freiwillige Fügsamkeit gegenüber religiösen Autoritäten als mit der Freiheit vereinbar anzusehen. Genau wie Mill in seinem berühmten Essay *On*

Liberty die lächerliche Behauptung wagt „ein einzelner Jesuit ist im höchsten Maße der Erniedrigung der Sklave seines Ordens,“ (*Mill*, 1977, S. 308) erklärt Virchow seinerseits: „Jeder Fortschritt, den eine Kirche im Aufbau ihrer Dogmen macht, führt zu einer weitergehenden Bändigung des freien Geistes.“ (*Vasold*, 1988, S. 279) Diejenigen, die dazu neigen, den Liberalismus im Sinne Mills und Virchows zu verstehen, sollten vielleicht über die Worte Rainer Kochs nachdenken:

„Wer heute in dem Sinn einer „offenen Gesellschaft“ das Wort redet, daß er meint, die Atomisierung der Individuen, die Souveränitätserklärung der Monaden, sei der Weg in Freiheit und Selbstbestimmung, der wird, auch wenn er dies nicht will, ja, wenn es gegen seine erklärte Absicht geht, zum heimlichen Verbündeten, zum Wasserträger des bürokratischen Interventionismus.“ (*Koch*, 1987, S. 54)

Ludwig Bamberger, ein anderer prominenter Liberaler, unterstützte den Kulturkampf unter anderem deshalb, weil er die Bildung einer Front anti-kapitalistischer Elemente, darunter die Sozialisten und das Zentrum, spürte, die die neugewonnenen wirtschaftlichen Freiheiten bedrohten. Aber auch Bamberger glaubte, daß er die Sache der Gedankenfreiheit und die Aufhebung der Bevormundung fördere. Unter Hinweis auf eine *guerre à outrance* gegen die katholischen Kräfte bekämpften er und andere Liberale zusammen mit der Reichsregierung und der preußischen Regierung die „nie versagende Maschine,“ welche kein Glied rühre, „ohne daß es von oben (d.h. von Rom) befohlen“ werde. Gegen solch einen Feind war es notwendig, „mit möglichster Kaltblütigkeit sich auszurüsten,“ und für Ausnahme Gesetze zu stimmen, die den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit zur Karikatur machten (*Weber*, 1987, S. 160ff., insbesondere S. 171).

Mit dem Tode Pius IX. im Jahre 1878 zeichnete sich ein Kompromiß zwischen Bismarck und dem Vatikan ab. Auch jetzt noch, da ein Katholikengesetz nach dem anderen aufgehoben oder geändert wurde, geschah dies gegen die Stimmen einer Mehrheit der national- und vieler der linksliberalen Abgeordneten. Virchow kämpfte ein Rückzugsgefecht, um so viel wie möglich vom alten Unterdrückungssystem zu retten, doch sein Einfluß ließ nach. Richter selbst war, wie die offizielle katholische Geschichte des Kulturkampfes zugesteht, „nie ein professioneller Kulturkämpfer.“ (*Kissling*, 1916, S. 286, 297, 316) Noch 1882 hatte Virchow die Stirn, zu erklären: „Wir wollen weder die Freiheit noch die Unfreiheit der Kirche, am liebsten wollen wir gar keine Kirche.“ (*Kissling*, 1916, S. 286)

Lothar Gall hat wachen Auges die langfristige Bedeutung des Kulturkampfes so beschrieben:

„Der eigentliche Sieger war eine übergreifende und überpersönliche Tendenz [...] zu immer tieferen Eingriffen des Staates in alle individuellen und gesellschaftlichen Verhältnisse [...] Die starken Reserven, die gegen den modernen Interventionsstaat im liberalen Zeitgeist bestanden, wurden durch ihn [...] abgebaut [...] der absolutistische Staat [war] im Vergleich zu dem, was nun heraufzog, in vieler Hinsicht ein förmlicher Nachtwächterstaat [...] der Kulturkampf hat eben hier als erster entscheidende Widerstände abgebaut. Durch ihn hat man sich an den Eingriff des

Staates in immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens mehr und mehr gewöhnt.“ (*Gall*, 1980, S. 478)

VII. Der Staatssozialismus und die Sonderinteressen

Die liberale Gesellschaftskonzeption beruht darauf, daß sich die Gesellschaftsmitglieder jenem System allgemeiner Regeln verpflichtet fühlen, die dieses Modell definieren. Vor allem gilt, daß das Individuum seine Interessen im Rahmen freiwilliger Tauschhandlungen verfolgt, nicht aber durch Mißbrauch der Staatsgewalt. Diese Konzeption wurde im Zuge des Entstehens der Massendemokratie durch das Aufkommen der Interessenpolitik zerstört. Dadurch sank die Bedeutung des Liberalismus für die moderne Politik.

In Deutschland setzt dieser Prozeß mit fast wissenschaftlicher Genauigkeit mit der Wende zum Protektionismus in den späten 1870er Jahren ein (siehe z.B. *Lambi* (1963, passim). Nach der Freihandelsperiode des Norddeutschen Bundes und den ersten Jahren des Bismarck-Reiches setzte, vor allem mit der Depression des Jahres 1873, eine Reaktion ein. Sonderinteressen, wie die der Eisen-, Textil- und chemischen Industrie, sowie die ostelbischen Agrarier, organisierten sich glänzend. 1873 entstand der Verein Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, wenige Jahre später der umfassendere Zentralverband Deutscher Industrieller. Von begüterten Aristokraten geführt, bildeten die Agrarier die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer; später wurde der Bund der Landwirte Repräsentant der Agrarier und zu einer gewichtigen Macht im Staate. Ziel all dieser Gruppen war eine Neufestsetzung der Zölle, welche den Vereinsmitgliedern zugute kommen sollte.

Die Strategie der Produzentenvereinigungen stimmte mit Bismarcks staatssozialistischen Plänen weitgehend überein. Danach sollten Gruppierungen, die Wirtschaftsinteressen vertraten, an die Stelle der politischen Parteien, die abstrakten Prinzipien huldigten treten.⁴⁵ Bismarcks Pläne standen in direktem Gegensatz zu den grundlegenden liberalen Überzeugungen. Die liberale Position im Jahre 1858 hatte in Böhmerts ursprünglichem „Aufruf zu einem Kongress deutscher Volkswirte“ schon recht früh eine musterhafte Formulierung gefunden: „Wir wollen nicht einen einzelnen Stand und seine speziellen Interessen vertreten. Nur wer sich dessen bewußt ist, daß seine Interessen zugleich denen der Gesamtheit des Volkes entsprechen, soll uns mit seinen berechtigten Wünschen willkommen sein.“ (*Grambow*, 1903, S. 12)

⁴⁵ Wie Theodor Barth später kommentierte: „Wenn unser gesamtes politisches Leben sich gegenwärtig um Interessenkämpfe dreht, so hat die Bismarcksche Schulung sicherlich nicht wenig zu dieser Entwicklung beigetragen.“ *Barth* (1904, S. 10).

Während des Ringens von 1878 und 1879 waren die Freihändler durch eine seltsame Apathie gelähmt. Volker Hentschel schreibt: „Die Industriellen organisierten sich, die Freihändler beschlossen bis 1879 ungezählte Male, sich zu organisieren.“ (Hentschel, 1975, S. 240) Doch das sollte nicht überraschen. Denn die Liberalen waren sich durchaus im Klaren über die *public-choice* Dynamik, die hier am Werk war. Schon in den Zeiten des Aufschwungs des Liberalismus stellte August Lammers fest:

„die schutzzöllnerischen Interessen konzentrieren sich regelmäßig in wenigen, aber stark und lebhaft interessierten, gewöhnlich angesehenen und einflußreichen Personen, die es vergleichsweise leicht finden, das Ohr dieses oder jenes Regierungsmitgliedes zu gewinnen; während der Freihandel, als ein dünner und gleichmäßiger verteilter Interesse der konsumierenden Masse, was er immer ist [...] in der Regel unvertreten bleibt.“ (Lammers, 1869, S. 29)

Zwar begannen die „natürlichen Sachführer, die Kaufleute in den Seehandelsstädten [...] sich zu regen“ - obwohl „das konsumierende Publikum [...] noch stumm“ (Lammers, 1869, S. 30) blieb. Zehn Jahre später war die Bündelung der Produzenteninteressen so weit gediehen, daß die kleine Schar jener, die noch mit den Interessen der Verbraucher übereinstimmten, leicht majorisiert werden konnte. Eine auf Grundsätzen basierende politische Idee konnte einer Politik, die auf offenkundig selbstsüchtigen Gruppeninteressen beruhte, keinen ausreichenden Widerstand entgegensetzen.

Theodor Barth, zu jener Zeit ein Manchestermann, gab die übliche liberale Klage mit den Worten wieder, daß „die volkswirtschaftliche Bildung in unserem Volke unverhältnismäßig gering geblieben ist.“ Daher „muß es die unablässige Aufgabe der liberalen Opposition sein [...] stets aufs Neue den Zusammenhang der Dinge klar zu machen.“ (Barth, 1885, S. iii-iv) Somit bestand das liberale Rezept und die letzte Verteidigungslinie der Marktwirtschaft wieder einmal in Erziehung - oder genauer gesagt: in ideologischer Mobilisierung. Viel später war dies auch die Strategie Ludwig Erhards. Franz Böhm berichtet, wieviel Energie Erhard in seine „unermüdliche Aufklärungsarbeit [steckte]. Sie war einer der Hauptprogrammpunkte der Erhardschen Politik [...]“ (Böhm, 1972, S. 419) Glücklicherweise sah sich Erhard aber einer völlig anderen Bedingungskonstellation gegenüber. Nach den Jahren des nationalsozialistischen Dirigismus und der Mobilisierung zum totalen Krieg war die deutsche Öffentlichkeit für eine Abwendung vom Interventionsstaat aufnahmefähig.

In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts verbreitete sich jedoch bereits eine „gesellschaftskritische Unterströmung“ im deutschen Bildungsbürgertum, die als „Sozialisierung der Gesinnung“ bezeichnet wurde.⁴⁶ 1893 konnte Theodor

⁴⁶ Conze (1950, S. 357); sowie Hellpach (1948, S. 196), der die Erfahrung dieser „Sozialisierung der Gesinnung“ machte als „das jungmenschliche Bekenntnis zu einer neuen Welt, welche bereit stand, die alte abzulösen.“ Der marktwirtschaftliche Ökonom Ludwig Pohle gab zu, daß er sein Studium als begeisterter Sozialist begonnen hatte: „In dem Jahrzehnt zwischen 1880 und 1890 ging eine so starke sozialistische Welle durch das öffentliche Leben Deutsch-

Mommsen schreiben, infolge des „Interessenkrieges“ seien die Liberalen „mehr eine Reminiszenz als ein politischer Faktor.“ (Mommsen, 1905, S. 473ff.) Die Ironie liegt darin, daß die Marktwirtschaft im Zuges dieses Meinungsumschwungs ob ihres angeblichen „Eigensinns“, ihres „rücksichtslosen Egoismus“ usw. abgelehnt wurde. Tatsächlich erleichterte jedoch gerade die Ablehnung der Marktwirtschaft das gnadenlose Aufeinandertreffen rücksichtsloser Sonderinteressen.

Auch bei dem österreichischen Ökonomen Carl Menger verfehlte dieser Widerspruch nicht seine Wirkung. In einem im Grundtenor kritischen Aufsatz über das „Manchestertum“ bemerkt er sarkastisch zur neuen Wirtschaftspolitik Deutschlands: „Das von den Sozial-Politikern so arg verpönte Selbstinteresse ist nicht aus der Welt verschwunden, sondern zu einem kollektivistischen, zu einem nationalen und Klassen-Egoismus ausgeartet, welcher nicht die Steigerung des Gesamtertrages (des Teilungsobjektes!), sondern einen möglichst großen Anteil am Gesamtprodukt für jede einzelne Gesellschaftsklasse erstrebt.“⁴⁷

Wie auf den Angriff der Sonderinteressen zu reagieren sei, wurde zum Dauerproblem der Liberalen. Anläßlich der Besprechung des damals gerade veröffentlichten Werkes *Liberalismus* von Ludwig von Mises fragte der österreichische ökonomische Schriftsteller Walter Sulzbach: Warum haben sich sowohl die Intellektuellen als auch die Massen vom Liberalismus abgewandt? Einen gewöhnlich dafür angeführten Grund findet er nicht überzeugend, nämlich

„daß die freie Konkurrenz vor der sozialen Frage versagt habe ist ebenfalls nur sehr bedingt richtig, bedenkt man, welche ungeheure Zunahme der Bevölkerung der Kapitalismus ermöglicht hat. Wie sollte es da möglich gewesen sein, daß alle die vielen neu Hinzugekommenen auch noch hätten leben können?“ (Sulzbach, 1928, S. 386)

Für Mises ist der Niedergang des Liberalismus die Folge eines intellektuellen Fehlers auf Seiten der Massen, den Opfern anti-liberaler Politik. Die Lösung liegt wiederum in weitgestreuter ökonomischer Aufklärung. Jeder muß zum Verständnis der Tatsache geführt werden, daß der Liberalismus seinen eigenen langfristigen Interessen entspricht. Hiergegen äußert Sulzbach Bedenken. Staatliche Privilegien können sehr wohl im langfristigen Interesse der begünstigten Gruppen liegen: „Somit ist das Problem weniger das eines gegenwärtigen Verzichts zugunsten der Zukunft als das eines persönlichen Verzichts zugunsten des größeren sozialen Kreises.“ Sulzbach stellt sich auf die Seite derer, die ökonomische Erziehung nicht für ausreichend hielten:

lands und, wie schon erwähnt, auch durch die deutsche Wissenschaft, daß ein lebhafter jugendlicher Geist sich kaum ihrem Einfluß entziehen konnte.“ (Pohle, 1931, S. vi).

⁴⁷ Menger (1939, S. 244f.). Die Bemerkung ist angebracht, daß hinter dem „kollektivistischen“ Egoismus häufig ein Fall „individualistischen“ Egoismus stand, der ganz vom alten Schlage war und lediglich beabsichtigte, politische Mittel einzusetzen.

„Damit eine Sondergruppe sich so verhalte, wie es der „Allgemeinheit“ nützlich ist, bedarf es eines Appells an ihr Gewissen, aber nicht der Aufklärung, wie der rationalistisch orientierte Liberalismus schließlich immer glaubt.“ (Sulzbach, 1928, S. 390)

In der Weimarer Republik verstärkt sich das Problem derart, daß der Staat selbst lahmgelegt wird. Inmitten des wirtschaftlichen Zusammenbruchs spricht Alexander Rüstow von der

„jämmerlichste[n] Schwäche des Staates, einer Schwäche, die sich des vereinten Ansturms der Interessenhäufen nicht mehr erwehren kann. Der Staat wird von den gierigen Interessen auseinander gerissen. Jeder Interessent reißt sich ein Stück Staatsmacht heraus und schlachtet es für seine Zwecke aus [...] Was sich hier abspielt, steht unter dem Motto, „Der Staat als Beute“ [...]“ (Rüstow, 1963, S. 255)

Wie Richter, Sulzbach und andere Liberale glaubt Rüstow, nichts Besseres empfehlen zu können als den Appell an das Gewissen:

„In jedem Staatsbürger, selbst in dem egoistischsten, borniertesten Interessenten, steckt irgendwo ein anständiger Kern, der danach verlangt, anständig regiert zu werden, im Sinne des Ganzen regiert zu werden.“ (Rüstow, 1963, S. 257)

Mit wenigen Ausnahmen gibt die Geschichte der modernen demokratischen Politik jedoch kaum einen Hinweis darauf, daß Apelle an das Gewissen und den Gemeinsinn ausreichen, um dem Drang selbstsüchtiger Sonderinteressen zu widerstehen, sobald einer aktivistischen Gesetzgebung erst einmal Tür und Tor geöffnet sind.

VIII. Krieg und Weimar

1907 sprach der alte freihändlerische Journalist Arwed Emminghaus von „einer nun herrschend werdenden Weltanschauung, die in alle Lebensgebiete, vor allem in das politische, wirksam eingreift. Sie kennt keine absoluten Grenzen der Staatstätigkeit, weil sie keine spezifische Staatsaufgabe anerkennt.“ Er schrieb die Verbreitung dieser Anschauung hauptsächlich den Kathedersozialisten zu, die anfangen, „den Staat für die einzige wirkliche Kulturmacht zu erklären [...] die sich aller Kulturinteressen der Nation schützend in erster Linie, aber auch regulierend, wegeleitend, anzunehmen und mit ihrem Einflusse das ganze Volksleben maßgebend zu durchdringen habe.“ Selbst Religion und Kunst, klagte Emminghaus, seien unter die Kontrolle des Staates geraten (Emminghaus, 1907, S. 157).

Tatsächlich dehnten wachsender Militarismus, Imperialismus, wirtschaftlicher Interventionismus und Sozialpolitik ständig die Macht des Staates in alle Richtungen aus. Die einst revolutionären Sozialisten machten unauffällig ihren Frieden mit dem Staat und nahmen selbst die Sozialpolitik hin, die sie einst bekämpft hatten. Zum Wandel ihrer Einstellung mag freilich die Beschäftigung von etwa

100.000 sozialdemokratischen Funktionären in den Verwaltungen verschiedener Wohlfahrtsämter des Reiches beigetragen haben (Steinmetz, 1991, S. 33).

Die Kehrseite der Staatsbegeisterung war die Verunglimpfung individueller Bestätigung, vor allem auf ökonomischem Gebiet. In jenen Jahren vollzog sich der Zusammenbruch der liberalen Idee der individuellen Freiheit als dem Weg, der zu gesellschaftlichen Verbesserungen führt. Selbst jene, die sich, wie Friedrich Naumann, für Liberale hielten, verabschiedeten sich von der liberalen Grundkonzeption des Vorrangs der bürgerlichen Gesellschaft und bejubelten den Staat als den vorherbestimmten Organisator und Lenker der Gesellschaft.

Mit Ausbruch des Krieges konnte die pausenlose anti-kapitalistische, anti-utilitaristische und anti-„egoistische“ Propaganda über zwei oder mehr Generation hin ihre Ernte einbringen. Der Kriegssozialismus wurde die Politik aller wichtigen kriegführenden Nationen, doch keine ergab sich ihm wie Deutschland. In Deutschland hatte das allgemeine Absinken in die kollektivistische Hysterie eine besondere anti-kapitalistische Note. Theologen, die den Krieg in ihren Schriften rühmten, weil „wir [...] über den Mammondienst des Krämersinns den Idealismus geistigen Strebens erheben,“ (Greschat, 1986, S. 50) waren nicht untypisch.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß die deutschen Intellektuellen, die im Ersten Weltkrieg zu freiwilligen Propagandisten ihres Staates wurden, so un-rühmlich ihre Bemühungen auch waren, einigen ihrer Gegenspieler im Ausland nicht das Wasser reichen konnten. Nichts in der deutschen Kriegspropaganda kommt etwa dem Aufruf zum Völkermord gleich, den die Erklärung Rudyard Kiplings vom Mai 1916 durchblicken läßt: „Wir müssen einsehen, daß - wann auch immer ein deutscher Mann oder eine deutsche Frau einen geeigneten Boden findet, auf dem sie gedeihen - er oder sie Tod und Verlust für die zivilisierten Menschen bedeuten, genau wie Keime einer Krankheit [...] Haß oder Zorn oder Aufregung haben mit diesem Sachverhalt genauso wenig zu tun wie das Auswaschen eines Spülbeckens.“⁴⁸

Die deutsche Propaganda ist bedeutsam, weil sie offensichtlich die Frucht desjenigen Wertesystems war, das seit langer Zeit von so vielen Seiten gepredigt wurde. Dieses fand seine Verherrlichung und zugleich seine *reductio ad absurdum* in einem Werk desjenigen Gelehrten, der damals wahrscheinlich der bekannteste Wirtschaftshistoriker der Welt war, nämlich in *Händler und Helden* von Werner Sombart (1915). Diesem Buch, das seinerzeit insbesondere unter Intellektuellen enormes Aufsehen erregte, liegt die These zugrunde, daß die Weltgeschichte ein ewiger Streit zwischen Händlergeist und Heldengeist sei. Händler und Helden seien heute in zwei Völkern verkörpert, Engländern auf der einen Seite und Deutschen auf der anderen. Die Händler seien Egoisten und von Gewinnsucht getrieben, während die Helden - selbst wenn sie Kaufleute der Hanse sind - dem Diktat der Pflicht folgen. Soweit es nicht einen Lobgesang auf

⁴⁸ Wilson (1977, S. 299f.). Kipling fügte hinzu: „was uns anbelangt, so ist der Deutsche ein Typhus oder eine Plage.“

Krieg und Tod darstellt, ist Sombarts Werk recht amüsant. So etwa, wenn der Verfasser der englischen Wissenschaft ein Kapitel widmet, ohne Isaac Newton zu erwähnen, oder wenn er behauptet, die Engländer hätten seit Shakespeare keine kulturellen Werte mehr hervorgebracht.⁴⁹

Viel ernster und für das Zeitalter bezeichnender ist es aber, wenn Sombart Ferdinand Lassalle nachbetet und das liberale Ideal als den verachtenswerten „Nachtwächterstaat“ abtut, den ein paar deutsche Schurken von England übernommen hätten. Sombart beschreibt die Blütezeit und Verfall dieses Ideals wie folgt:

„Dann kam aber noch eine trübe Zeit für Deutschland, als in den 1860er und 1870er Jahren die Vertreter der sogenannten Manchesterschule die englischen Importwaren ganz schamlos auf den deutschen Gassen als deutsches Erzeugnis feilboten [...] Und bekannt ist, wie diese „Manchestertheorie“ heute von den Theoretikern und Praktikern in Deutschland als gänzlich verfehlt und unbrauchbar mit Verachtung beiseite geschoben ist.“

Die beiden Sätze, die diese Textstelle beschließen, sind allerdings mit Fragezeichen versehen:

„So daß wir vielleicht sagen dürfen, daß in der Staatsauffassung der deutsche Geist in Deutschland selbst zur Alleinherrschaft gelangt ist? Oder spukt doch noch in manchen Köpfen englischer Händlergeist?“ (Sombart, 1915, S. 75)

Sombart brauchte sich nicht zu grämen. Obwohl scheinbar der Wirtschaftsliberalismus in einigen Nestern überlebt hatte⁵⁰ und einige wenige Denker dessen schließliche Wiedergeburt unauffällig vorbereiteten, brachten der Krieg selbst und die Nachkriegsjahre den Liberalismus auf seinen bis dato tiefsten Punkt. Wie tief er gesunken war, wird durch die Tatsache deutlich, daß Walther Rathenau gewöhnlich zu den Liberalen dieses Zeitabschnitts gezählt wird.⁵¹ In *Von kommenden Dingen* (1917) drückt sich Rathenau wie folgt aus:

„Die Staaten unsrer Tage sind tiefverschuldete Bettler. Die höchsten, allmächtigen Gebilde, die bestimmt sind, die Menschheitszweige unter dem Bilde der Willensorganisation darzustellen, die das Recht haben, jedes Hindernis, das einer reinen Willensentfaltung entgegensteht, niederzubrechen und in dauernder Wandlung sich ihren Elementen die gültige Form, den zeitlichen Ausdruck zu schaffen, diese Ge-

⁴⁹ Sombart (1915, S. 9, 17ff., 48). Diese Besprechung von Sombart soll natürlich keineswegs zu verstehen geben, daß Deutsche während des Ersten Weltkrieges eine Art Monopol auf hysterische Ausfälle gegen den Feind besessen hätten. Was den vielleicht noch verhängnisvollen englischen Deutschenhaß angeht, siehe Raico (1988c, S. 253ff.).

⁵⁰ Am Vortag des Ersten Weltkrieges klagte ein Anhänger des Kathedersozialismus, daß man in Deutschland immer noch auf *Laissez-faire*-Ideen treffen könne: „der wirtschaftspolitische Einfluß des deutschen Manchestertums ist gebrochen - die Weltanschauung lebt noch fort.“ Gehrig (1914, S. 134).

⁵¹ Siehe z.B. Federici (1946, S. 373ff.); Sell (1981, S. 394ff.) sowie Orth (1992, S. 72ff.). Ludwig von Mises erkannte hingegen, daß Rathenau eine Art Sozialist war (von Mises, 1932, S. 416).

bilde, die auf der Erde uns das hohe Vorbild und die experimentelle Gewißheit kollektiver Geistesverschmelzung und übergeordneter Geisteseinheit geben: sie sind heute an die trivialsten aller Fragen, „was kostet es“ und „langt es“ gebunden.“ (Rathenau, 1918, S. 113f.)

Auch wenn es grotesk anmutet - dieser Möchtegern-Erfinder eines neuen sozio-ökonomischen Systems hatte keine Ahnung von der Funktion von Marktpreisen (Weber, 1961, S. 401).

Er fährt fort:

„Das Ziel aber ist der materiell unbeschränkte Staat. Er muß mit seinen Mitteln dem Bedürfnis vorausseilen, nicht nachhinken, nicht die Frage stellen, „wie bringe ich auf“, sondern „wie bringe ich unter.“ Er soll eingreifen können in jeder Not, zu jeder Sicherung des Landes, zu jedem großen Werk der Kultur, zu jeder Tat der Schönheit und der Güte. Auf des Staates Macht, Reichtum und Überschwang mag der Bürger mit stolzer Freude blicken, nicht auf seinen eigenen, beiseitegetragenen, gespeicherten Mammon.“

Und um all dem die Krone aufzusetzen, geht Rathenau verächtlich über jene hinweg, die womöglich Einwände gegen die Konzentration der Macht im Staat vorbringen:

„Wer diese Umlagerung der Kräfte für grundsätzlich unmöglich hält, weil er Mißbrauch durch die Regierenden, Reptilienwesen, Umtriebe fürchtet, der mißtraut seinem Volk und sich selbst [...]“ (Rathenau, 1918, S. 115f.)

Vermutlich ist dies die kindische Erwiderung Rathenaus auf jene Warnungen vor staatlicher Machtballung, die die Geschichte des Liberalismus ausmachen - von Montesquieu und Madison, Constant und Tocqueville, über Burckhardt und Lord Acton zu Herbert Spencer, Yves Guyot, Eugen Richter und Ludwig Bamberg. Einem Geist wie dem von Rathenau kommt es niemals in den Sinn, daß der Staat, den er so liebevoll mit weitreichender Macht ausgestattet hat, eines Tages in die Hände sehr böser Männer fallen könnte.

Rathenau selbst ist nicht besonders bedeutend. Sein Versuch, die Aufhebung des Individuums aus dem allseits bekannten Tatbestand der Teilung gesellschaftlicher Arbeit abzuleiten, sagt einiges über seine Denkfähigkeiten.⁵² Im allgemeinen geben Rathenaus sozio-ökonomische Vorstellungen Anlaß zur Vermutung, das Wort „verschwommen“ sei zu ihrer Beschreibung erfunden worden, und er scheint auch keinen nennenswerten philosophischen Einfluß ausgeübt zu haben. Daß jedoch Äußerungen dieser Art 1917 als Ausdruck liberalen Denkens angese-

⁵² Rathenau (1918, S. 94ff.): „Jeder bedarf [...] des Korns, das er nicht gesät, des Leinens, das er nicht gesponnen hat. Das Dach, unter dem er schläft, die Straße, die er betritt, das Werkzeug, das er hebt, dies ist alles von der Gesamtheit geschaffen [...] Selbst die Luft, die er atmet, ist nicht frei; sie ist geschützt und rein gehalten von Ausdünstungen und Dämpfen [...] [es] dämmert die Erkenntnis [...] daß jeder, was er besitzt und kann, allen schuldet.“

hen wurden, war ein schlimmes Vorzeichen für das Schicksal des Liberalismus in den Jahren, die nun kommen sollten.⁵³

* * *

Die Weimarer Republik wird häufig als eine der wichtigsten liberalen Perioden der deutschen Geschichte angesehen - eine Auslegung, die nur möglich ist, wenn man die zentrale Bedeutung der wirtschaftlichen Freiheit für die Idee des Liberalismus nicht begreift.⁵⁴ Dennoch war das übliche Bild der Weimarer Republik das eines sozial fortgeschrittenen, menschlichen und zukunftsweisenden demokratischen Staates, der tragischerweise an inneren reaktionären Kräften und am allgemeinen Gang der Weltwirtschaft zerbrach. Ein anderes Bild tritt jedoch, aus der jüngeren Forschung hervor, wo die „Überforderung des Weimarer Sozialstaates“ aufgezeigt wird.

Während das letztliche Scheitern der Republik, das schließlich zum Nationalsozialismus mit all seinen Übeln führte, ausgiebig und von verschiedenen Standpunkten aus untersucht wurde, beschränken sich ökonomische Betrachtungen bislang im allgemeinen auf die anfängliche Hyperinflation und auf den Zeitabschnitt nach 1929. Die schweren Mängel der sozio-ökonomischen Struktur, die die Republik auch vor der Depression schon destabilisierten und sie wahrscheinlich von Anfang an dem Untergang weihen, wurden weitgehend vernachlässigt. Auf diesen Aspekt konzentrieren sich Gelehrte nun in zunehmendem Maße.⁵⁵

Die Keime der Weimarer Tragödie liegen im Kaiserreich; denn jenes brachte, wie Hagen Schulze beschreibt: „Schutzzolltarif, Kartellgesetzgebung, Subventionswesen, Sozialversicherung [hervor] - der moderne Interventionsstaat entsteht,

⁵³ Sell (1981, S. 397) erklärt: „Aus dem liberalen Gedankengut lag Rathenau nur zweierlei fern: der wirtschaftliche Liberalismus und das liberale Mißtrauen gegen die Allmacht des Staates.“ Dies zeigt, wie leicht sich einige Geschichtsschreiber des Liberalismus von ein paar unklaren Bemerkungen haben beeinflussen lassen, mit denen bestimmte Persönlichkeiten auf „soziale Gerechtigkeit“, Mitbestimmung und das Arbeiter-Räte-System Bezug nahmen. Vgl. Berglar (1970, S. 171f.). Rathenau erklärte etwa in *Von kommenden Dingen* (1918, S. 139f.) „Verbrauch, wie Wirtschaft überhaupt, ist nicht Sache des einzelnen, sondern der Gemeinschaft. Aller Verbrauch belastet die Weltarbeit und den Weltertrag.“ Warum jemand mit solchen Ansichten eher zur liberalen als zur national-sozialistischen Tradition gezählt werden sollte, ist ein Geheimnis. Hayek kam der Sache sicherlich viel näher, als er in *Der Weg zur Knechtschaft* [1945], S. 218 über Rathenau schrieb, daß er „sich zwar schauernd abgewandt haben würde, wenn er sich über die Folgen seiner totalitären Wirtschaftspolitik im klaren gewesen wäre, dem aber doch in einer eingehenderen Geistesgeschichte des Nationalsozialismus ein hervorragender Platz zukommt.“

⁵⁴ Siehe etwa die Darlegung von Jarausch/Jones (1990, S. 19): „Die Gründung der Weimarer Republik bedeutete den Höhepunkt einer liberalen Wiederbelebung, die seit der Jahrhundertwende im Gange war.“

⁵⁵ Vgl. von Krüedener (1985 S. 358ff.); Borchardt (1982, S. 183ff.); Borchardt (1990, S. 99ff.); von Krüedener (1990, S.xi-xxx); sowie James (1990, S. 30ff.); Bessel (1990, S. 120ff.). Vgl. die Bestätigung von Borchardts Position in Turner (1985, S. 40).

zuständig für alles und jedes, die gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Probleme und Gegensätze in sich aufnehmend und ausgleichend.“⁵⁶ Der erste Weltkrieg führte zu einer mächtigen Verstärkung der interventionistischen Tendenz auf institutioneller und ideologischer Ebene. Unter anderem wurde zur Abwehr der revolutionär-marxistischen Bedrohung die neue Republik als Sozialstaat gegründet und auf die Grundlage der Programme der „staatstragenden Parteien“, der Sozialdemokraten und das Zentrum, gestellt.⁵⁷ Dies war die sicherste Gewähr für die „zunehmende Verflechtung von Staat und Wirtschaft“ (Schulze, 1982, S. 43) - der Fluch des kurzlebigen Staates.

Selbst nach der großen Inflation (1922/23) und besonders während ihrer sogenannten „goldenen Jahre“ (1924-29) wurde die Republik von ihren chronischen ökonomischen Leiden geplagt. Durch verschwenderische Großzügigkeit der öffentlichen Hand versuchte der Staat, eine große Anzahl von Sonderinteressen zu befriedigen. Trotz der großen Verringerung der Rüstungsausgaben erlebten die öffentlichen Ausgaben einen Höhenflug. Private Investitionen und die Arbeitsproduktivität stagnierten. Dennoch stiegen die Reallöhne weiterhin an, und die „Sozialbeiträge“ nahmen sogar noch schneller zu. Da diese letztlich von den Löhnen in Abzug gebracht wurden, waren selbst die Arbeiter nicht zufrieden.

Es kam zur Einführung dessen, was der sozialistische Theoretiker Rudolf Hilferding „den politischen Lohn“ nannte. Staatliche Schlichtung bestimmte das Ergebnis der Tarifkonflikte - mit einer starken Bevorzugung der Gewerkschaften angesichts deren enger Verflechtung mit dem Reichsarbeitsministerium (Abels-hauser, 1987, S. 26 und Petzina, 1987, S. 255). Nicht nur die Reallöhne stiegen, sondern es dominierten gleichzeitig strukturelle Rigiditäten auf den Arbeitsmärkten. Die Arbeitslosigkeit blieb im Vergleich zur Vorkriegszeit außerordentlich hoch.⁵⁸

In großem Umfang war der Staat zum Zentrum der Umverteilung des Sozialproduktes geworden. Knut Borchardt beschreibt den politisch entscheidenden Unterschied zwischen einer Allokation über den Staat und über den Markt wie folgt:

„Die weitgehend anonyme Marktmechanik läßt zwar auch wirtschaftliche Konflikte entstehen, aber sie entscheidet zugleich über den Ausgang solcher Konflikte, ohne

⁵⁶ Schulze (1982, S. 33). Vgl. Borchardt (1982, S. 190): „Der Staat war schon vor dem Krieg in erheblichem Maße an der Zuteilung und dem Entzug von wirtschaftlichen Chancen und Befriedigungsmitteln beteiligt. Es gab also eine Tradition der Politisierung von Verteilungskonflikten oder des Einsatzes von politischen Instrumenten zur Milderung solcher Konflikte.“

⁵⁷ Von Kruedener (1990 „Introduction“, S. xxviii) behauptet, die Weimarer Republik sei aus diesen Gründen „von Anfang an aus objektiven Gründen unfähig gewesen, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen.“

⁵⁸ Petzina (1987, S. 240f.) zufolge lag von 1907 bis 1913 die höchste jährliche Arbeitslosenquote bei 2,9% und der Jahresdurchschnitt bei 2,3%. In der Zeit von 1924 bis 1928 hingegen betrug die niedrigste Quote 6,9% und der Durchschnitt 11,2%.

daß Verantwortlichkeiten direkt adressierbar wären. Man wird Opfer oder Nutznießer „des Marktes.“ Damit ist in der Regel auch eine Dezentralisierung von Konflikten verbunden. Demgegenüber vollziehen sich die über den Staat vermittelten ökonomischen Konflikte tendenziell in aller Offenheit, ja sie werden, demokratische Verfassung vorausgesetzt, systemnotwendig dramatisiert.“ (Borchardt, 1982, S. 187).

Die Ersetzung der „fast zufälligen“ Verteilung über den Markt durch politische Prozesse war genau das, was die Kathedersozialisten gefordert hatten. Der Staat würde, so behaupteten sie, die Gesellschaft auf eine höhere ethische Stufe bringen. In der Praxis aber führt die Übertragung wirtschaftlichen Wettbewerbs vom Marktplatz in die politische Arena dazu, daß jede Wählergruppe sich danach drängte, die Besetzung politischer Spitzenstellungen zu bestimmen - eine wirkliche „Ellenbogen-Gesellschaft“ entstand. In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation oder wirtschaftlichen Niedergangs - wie in der Weimarer Republik - führte dies zu einem unerbittlichen Kampf um die Beherrschung des Staates. Welche Seite den Sieg auch immer davontrug - letztlich verlor der Staat seine Legitimation. So wurde nach Hagen Schulze „die zunehmende Aushöhlung des Parlamentarismus durch die unkontrollierbaren Einflüsse außerparlamentarischer *pressure-groups* geradezu herbeigezwungen.“ (Schulze, 1982, S. 65) Auf diese Weise hat sich nach seiner Auffassung der Weimarer Sozial- und Interventionsstaat selbst zerstört. Denn:

„indem er die sozialen Kosten übernimmt und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegensätze auszugleichen verspricht, gerät er in eine unhaltbare Situation, wenn in der Wirtschaftskrise sämtliche Probleme, für die er sich zuständig erklärt [...], miteinander aufgipfeln, und in geballter Form gelöst werden“ [sollen]. (Schulze, 1982, S. 66)

Kann den alten Liberalen wie Eugen Richter eine gewisse Voraussicht abgesprochen werden, wenn Schulze schließlich feststellt, daß es „eine Grenze [gibt], jenseits derer der Problemlösungsdruck die Institution Staat einfach überfordert“ und daß unter dem Weimarer System „der Staat unter dem gebündelten Erwartungsdruck der gesellschaftlichen Gruppen in die Knie“ [geht]. In den Anfängen des deutschen Sozialstaates, im Jahre 1881, hatte Richter bereits vorausgesagt, welche Folgen sich ergeben, wenn sich der Staat für alle Unzufriedenen in der Gesellschaft verantwortlich fühlt:

„Wenn nun schließlich der Staat immer mehr Verantwortlichkeit übernimmt für eine solche Abhilfe und sich immer weniger als leistungsfähig herausstellt, um wirklich abzuhelpen, dann kehrt sich zuletzt [...] Unzufriedenheit, die mehr und mehr sich ansammelt, gegen den Staat selbst.“⁵⁹

⁵⁹ Stenographische Berichte des Reichstags (im folgenden *SBR*) (1881b, S. 710). Siehe auch seine Erklärung (*SBR*, 1884d, S. 472), daß wenn die Menschen erst einmal glauben, daß „es darauf ankommt, ob die Minister Zeit haben, sich mit gewissen Fragen zu beschäftigen, ob das ganze wirtschaftliche System der Nation krank oder gesund ist, dann erweckt man Ansprüche an den Staat, die keine Regierung befriedigen kann.“

Neben den wirtschaftlichen Lasten, die ihrem Charakter als „fortgeschrittenstem Sozialstaat der Welt“ entsprangen, hatte die Weimarer Republik noch an einer Vielzahl weiterer schwerer Probleme zu tragen. Und selbst im Hinblick auf diese wurde behauptet, daß jeder Versuch, den Wohlfahrtsstaat und die Macht der Gewerkschaften zu beschneiden, politisch unmöglich sei; neben anderen Überlegungen müsse eine potentiell mächtige, links-revolutionäre Bewegung berücksichtigt werden, die bereit sei, solch einen Rückzug ihrerseits auszuschlachten. Doch die Forderungen, die die Menschen an die Politik stellen und selbst ihre Bereitschaft, Gewalt zu gebrauchen, fallen nicht einfach vom Himmel. Letztlich entspringen sie den Vorstellungen, die sich die Menschen machen. Daß es in der Weimarer Republik so wenig „Handlungsspielräume“ gab - daß das ökonomisch Unerläßliche politisch unmöglich geworden war - war letzten Endes weitgehend durch die politischen und ökonomischen Ideen bedingt, die diese Republik geerbt hatte.

Kapitel 2

Die deutsche Freihandelspartei und der deutsche Liberalismus

I. John Prince-Smith und seine Schule

John Prince Smith war der Begründer der deutschen Freihandelsbewegung und deren wichtigster Vertreter von 1840 bis kurz vor seinem Tod im Jahre 1874.¹ In Wilhelm Roschers Augen war er „der Führer dieser ganzen [freihändlerischen] Richtung“ (*Roscher*, 1874, S. 1015) und der britische Wirtschaftshistoriker W. O. Henderson sah in ihm den Rivalen Friedrich Lists. Prince-Smith, wie er in Deutschland gewöhnlich hieß, wurde 1809 in London geboren und begann im Alter von dreizehn Jahren - nachdem er Eton ob des Todes seines Vaters vorzeitig verlassen mußte - für eine Londoner Handelsfirma zu arbeiten, bevor er sich später dem Journalismus zuwandte. Seine Tätigkeit als Journalist brachte ihn nach Deutschland, wo er 1831 eine Stellung als Lehrer für Englisch und Französisch am Gymnasium der ostpreußischen Stadt Elbing annahm. Während dieser Jahre vollendete er seine Kenntnisse der deutschen Sprache in einem solchen Maß, daß er seinen Lebensunterhalt als Autor volkswirtschaftlicher und politischer Schriften verdienen konnte.

Es ist wahrscheinlich, daß Prince-Smith als junger Mann in England noch nicht umfassend mit der ökonomischen Literatur vertraut war und daß er sich die Grundlagen dieses Fachs erst nach seiner Emigration aneignete. Einer der wenigen von ihm bestätigten Einflüsse auf sein Denken war der von Jeremy Bentham. Das wurde sowohl in seinem ausgeprägten Positivismus im Bereich der Gesetzgebung als auch in seinem Beharren, alle wirtschaftlichen Fragen vom streng utilitaristischen Blickwinkel aus zu behandeln, offensichtlich:

„Im Volkshaushalt führen sich alle Rechtsfragen auf Zweckmäßigkeitsfragen zurück, auf Fragen nach Einrichtungen zur Erzielung der möglichst großen Menge

¹ Die einzige Biographie stammt von seinem Anhänger *Wolff* (1880, S. 209ff.). Über Prince-Smith und die Bewegung als ganzes, siehe vor allem *Hentschel* (1975); *Grambow* (1903); *Mayer* (1927); *Gehrig* (1914); *Becker* (1907); *Henderson* (1950, S. 295ff.); sowie *Raico* (1988b, S. 341ff.).

von Befriedigungsmitteln. Nur insofern eine Einrichtung diesen Zweck erfüllt, ist sie wirtschaftlich berechtigt.“²

Wie noch deutlich werden wird, war seine Hingabe an das *Laissez-faire*-Prinzip in beträchtlichem Maße „doktrinärer“ – d.h. in sich schlüssiger – als die Benthams.³ Prince-Smiths Interesse an der Volkswirtschaftslehre wurde durch die Agitation gegen die Korngesetze angeregt, die damals in England aufkam und die er genau verfolgte. Die Ursprünge der Freihandelsbewegung in Deutschland können daher genau wie die von Bastiat geführte Bewegung in Frankreich auf Anstrengungen, die von Cobden, Bright und deren Verbündeten in Großbritannien ausgehen, zurückgeführt werden. Als Cobden im Jahre 1847 Stettin besuchte, wo zu seinen Ehren ein Festessen gegeben wurde, war dies ein Meilenstein in der Geschichte der deutschen Bewegung.

Noch als Lehrer am Elbinger Gymnasium steuerte Prince-Smith Artikel zu einem Lokalblatt bei, darunter einer aus dem Jahre 1835 über die Bestimmungsgründe der Lohnhöhe. In dieser Schrift stellte er bereits seine „optimistische“ Sicht vor, nach der eine freie Marktwirtschaft langfristige Verbesserungen gerade für den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung bereithält. Daß er schon Mitte der 1830er Jahre im weiteren Sinne ein Liberaler war, geht aus seiner Haltung zu den Göttinger Sieben hervor, jenen Professoren der Universität Göttingen, die 1837 gegen die Aufhebung der Hannoveranischen Verfassung protestierten und im Anschluß daran entlassen wurden. Prince-Smiths Versuch, in Elbing Proteste in die Wege zu leiten, rief einen scharfen Verweis durch die Behörde des preußischen Innenministers hervor. Weitere Schwierigkeiten mit der Erziehungsbehörde, die zum Teil auf sein mangelndes Talent zurückzuführen sind, zwölf und dreizehn Jahre alte Jungen zu unterrichten, führten dazu, daß er im Jahre 1840 seinen Posten aufgab. Er wandte sich nun hauptberuflich der freien Schriftstellerei zu.

Seine erste Arbeit war eine Artikelserie, die er mit dem Titel „Apologie der Gewerbefreiheit“ versah und in der er sich unter anderem mit den Ursachen der Verarmung befaßte. Das war zu dieser Zeit ein aktuelles Thema. Er führte den Pauperismus hauptsächlich auf die Kosten einer übertriebenen Kriegsmacht zurück (Wolff, 1880, S. 234f.). Diese Einstellung gegen Militarismus und Krieg wandelte sich nicht bis zu seinen letzten Lebensjahren. Dann fand er, wie so viele andere Liberale, Gefallen an den blendenden preußischen Triumphen über Österreich und Frankreich. Die Wahrnehmung der Bedrohung, die von der aufkommenden sozialistischen Bewegung ausging, wandelte seine Einstellung zur preußischen, militärisch-authoritären Herrschaftsform. 1863, zwanzig Jahre nach seinem Frühwerk, behauptete er jedoch noch immer:

² Prince-Smith (1877, S. 390). Über seinen Gesetzespositivismus siehe Prince-Smith (1877, S. 150ff.); zu Benthams Einfluß Wolff (1880, S. 215).

³ Zu Bentham siehe Robbins (1953, S. 38ff.).

„Der große Übelstand für die Arbeiter liegt darin, daß der Kapitalgewinn und die Kapitalsvermehrung so wesentlich gekürzt wird durch die Staatsausgaben zu unproduktiven Zwecken; - die Kapitalisten würden den Leuten, die für sie arbeiten, viel mehr zu verzehren geben können, wenn sie nicht daneben so viele Friedenssoldaten unterhalten müßten, die ihre Zehrung nicht durch Arbeit wiedererstaten. Würde bei allen europäischen Staaten das schweizerische Milizsystem eingeführt, so müßte in kurzer Zeit das Kapital so anwachsen, der Lohn so steigen, daß von Not des Arbeiterstandes nicht mehr die Rede wäre. Hier liegt die Lösung der Arbeiterfrage“. (Prince-Smith, 1877, S. 20)

Der Vorschlag, das stehende Heer Preußens durch eine Bürgermiliz zu ersetzen, zeigt, daß Prince-Smith in dieser Hinsicht ein *politisch* sehr viel radikalerer Denker war, als dies bisher angenommen wurde. Die Folgen dieses zugegebenermaßen utopischen Plans wären für die obrigkeitliche Preußenmonarchie unberechenbar und vielleicht sogar fatal gewesen.

Eine von Prince-Smith 1843 in Königsberg veröffentlichte Flugschrift mit dem Titel „Über Handelsfeindseligkeit“ war ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der deutschen Freihandelsbewegung. Hier stellte er die Sache des Freihandels in einen geschichtlichen und soziologischen Zusammenhang, der mehr an die „industrialistische“ Schule französischer Denker der Restaurationszeit - Charles Dunoyer, Charles Comte und der junge Augustin Thierry - denn an Bentham und seine Schule erinnert.

Auch in einem anderen wichtigen Punkt steht Prince-Smith den *Industrialistes* und ihren Nachfolgern in der französischen liberalen Tradition sehr viel näher. Während der Utilitarismus Benthams keine Grenze für mögliche Staatsaufgaben sieht, befürwortete Prince-Smith eine streng minimalstaatliche *Laissez-faire*-Position: „Dem Staate erkennt der Freihandel keine andere Aufgabe zu, als eben die Produktion von Sicherheit“ („la production de la securité“ war das Schlagwort der *Industrialistes* für die Aufgabe der Regierung).⁴ Diese Regel sei unabdingbar, um der Dynamik der Staatstätigkeit Einhalt zu gebieten:

„Der Staatsmacht aber will die Rolle des bloßen Produzenten von Sicherheit nicht genügen. Sie möchte auch als die Quelle der Gottseligkeit, Sittlichkeit, Bildung, und des Wohlstands angesehen werden, möglich viele Funktionen an sich reißen, möglich viele volkswirtschaftliche Interessen an die ihrigen knüpfen.“ (Prince-Smith, 1866, S. 441)

Obwohl Prince-Smith in seinem Denken wie nach Recht und Gesetz ein preußischer Staatsbürger wurde, mußte er schon sehr früh Angriffe über sich ergehen lassen, daß er „der Engländer“ sei. Später brachten seine protektionistischen Feinde die Geschichte in Umlauf, er stünde in Lohn und Brot für englische Interessen (Mayer, 1927, S. 53). In einem an Robert Peel gerichteten Schreiben, das von Prince-Smith verfaßt und von ihm und einigen seiner Verbündeten abgesendet worden war, beglückwünschte er den britischen Premierminister zur Schaffung einer Einkommensteuer, zum Notenbankgesetz und vor allem zur Aufhe-

⁴ Charles Gide und Charles Rist (1926, S. 522) sehen in dieser Hinsicht eine Verbindung zwischen Prince-Smith und Charles Dunoyer.

bung der Korngesetze. Peel antwortete - was eine kleinere *cause célèbre* verursachte - und erzeugte dadurch eine öffentliche Diskussion der Freihandelsfrage. Später, im Jahre 1846, zog Prince-Smith nach Berlin um.

In Verfolgung seines Zieles, eine Bürgerbewegung nach dem Modell der *Anti-Corn Law League* zu gründen, versammelte Prince-Smith im Dezember 1846 eine Anzahl führender Geschäftsleute und Publizisten um sich, um die Bildung eines deutschen Freihandelsvereins zu erörtern. Trotz dauernder Interventionen seitens der Polizei fand das Treffen im April 1844 in der Halle der Berliner Börse statt. Dort waren etwa 200 Personen - in der Mehrzahl Geschäftsleute - anwesend (unter ihnen ein Mendelssohn) (Wolff, 1880, S. 267f.). Niederlassungen des Vereins wurden in Hamburg, Stettin und in anderen norddeutschen Städten eingerichtet.

Zu etwa der gleichen Zeit sammelte Prince-Smith eine Gruppe aufgeweckter und idealistischer junger Männer mit journalistischen Ambitionen um sich, die er in ökonomischen Fragen beriet und für die Freihandelslehre begeisterte. Aber das war nur der Anfang. Wie einer der prominentesten unter ihnen, Julius Faucher, es später beschrieb: „Bald fand sich in Berlin ein Kreis zusammen, welcher gelernt hatte, in jener englischen Reformbewegung *viel mehr* zu sehen, als ein Auflehnen gegen den Zollschutz, nämlich eine neue, *keinem* Zweifel mehr unterworfenen Auffassung der Aufgaben des Staats, welche ihre Adepten alsbald in Apostel verwandelte.“ Die Abschaffung des Schutzzolles war für sie nichts als „das Hineintreiben des ersten Keils in die allgemeine Versorgungsanstalt und Beglückungsmaschine, welche die Epigonen des achtzehnten Jahrhunderts auf dem Festland aus dem Staate gemacht hatten“. Die Pflichten des Staates seien begrenzt auf seine Funktion als „Träger und Hüter der notwendigen Gewalt zum Schutze des Rechts und der Grenzen und“ - so fügte Faucher bedeutungsvoll hinzu - „wenn nötig, auch zur Ausdehnung der Grenzen.“ (Faucher, 1870, S. 155, 157; Hervorhebung im Original.) Die jungen Idealisten um Prince-Smith erstrebten nichts geringeres als eine Revolution der Werte und Institutionen im Deutschland ihrer Zeit: „von vorn herein“ hatte sich die Freihändlerpartei Ziele gesteckt, „für welche das einzelne Menschenleben nicht ausreicht.“ In der Tat beabsichtigten sie, die fast staatsfreie Utopie des jungen Wilhelm von Humboldt zu verwirklichen (Faucher, 1870, S. 166, 168).

Prince-Smith führte die deutsche Delegation beim berühmten Freihandelskongreß, der im September 1847 in Brüssel tagte. Sein Biograph Otto Wolff beschrieb das abschließende Bankett der Konferenz als „den Höhepunkt jener ersten Periode der Europäischen Freihandelsbewegung, welche in der Englischen Tarifreform ihren großen Triumph gefeiert hatte.“ Und mit der charakteristischen Geringschätzung, die der Prince-Smith-Kreis für einen bloß politischen Liberalismus und vor allem für gewaltsame Revolutionen empfand, fügte Wolff hinzu: „[der] ohne Zweifel schon damals auch in einem großen Teile des Kontinents zu praktischen freihändlerischen Reformen geführt haben würde, wenn nicht die Revolution des Jahres 1848 mit ihren Folgen dazwischen getreten wäre.“ (Wolff, 1880, S. 273)

Die große liberale Verfassungsreformbewegung von 1848 übte in der Tat kaum einen Einfluß auf Prince-Smith aus. Er richtete seine Bemühungen vielmehr weiterhin auf wirtschaftliche Verbesserungen. Er und Faucher reisten nach Frankfurt in der Hoffnung, die Beratungen der Nationalversammlung zu beeinflussen. Im August 1848 richteten sie an die Versammlung eine Petition betreffs den „Schutz gegen Beschränkung des Verkehrs“ und skizzierten ihre Sicht des damaligen Stands der Dinge (Wolff, 1880, S. 286). In Europa herrsche ein „bewaffneter Frieden“. Bezeichnend dafür sei die Haltung stehender Armeen, der übermäßige Einfluß des Staates, „monströse“ Steuern, die Verarmung der Massen und die Bedrohungen der sozialen Ordnung. Die Ursache liege in den Ambitionen der politischen Gewalt, die zu einem Selbstzweck geworden sei. Abhilfe sei im Freihandel und in der größtmöglichen wirtschaftlichen Freiheit zu suchen.

Die Petition erregte jedoch wenig Aufmerksamkeit bei den Männern der Paulskirche, die sich just auf die Fragen konzentrierten, die Prince-Smith als zweitrangig ansah. Viel ergiebiger waren hingegen neue persönliche Kontakte. Max Wirth wurde für die gemeinsame Sache gewonnen und beschloß, sein Leben der Verbreitung der Ideen des Wirtschaftsliberalismus zu widmen. Faucher brachte Otto Wolff von seiner sozialistischen Gesinnung ab und machte ihn zum Mitglied des engeren Kreises. Faucher zufolge waren süddeutsche Liberale beeindruckt, als sie auf „nie zuvor gehörte Gedanken einer maßlosen Freiheit des Tuns und Lassens [...], als Etwas, das sich ganz von selbst verstände,“ konfrontiert wurden. Ihm zu glauben, fällt nicht schwer, wenn er berichtet, die Süddeutschen „standen verdutzt und eingeschüchtert vor dem, was, daß so viele so ganz übereinstimmend es aussprachen, anfangs ihnen wie eine Art Freimauerei erschien.“ (Faucher, 1870, S. 161f.; Braun, 1893, S. 131ff.)

Zu dieser Zeit hatte Prince-Smith Auguste Sommerbrod, die Tochter eines wohlhabenden Berliner Bankiers, geheiratet und sich Unter den Linden niedergelassen; nachdem die revolutionären Unruhen verhallt waren, wandte er sich erneut seiner Sache zu. Eine andere Organisation wurde gegründet, der Zentralbund für Handelsfreiheit, welcher sich jedoch keine nennenswerte Gefolgschaft sichern konnte, obwohl freihändlerische Kreise in Küstenstädten wie Hamburg und Stettin in ihm mitwirkten.

Schnell erkannte Prince-Smith den unschätzbaren Wert, den die Schriften Frédéric Bastiats für seine Sache hatten. Er übersetzte Bastiats *Volkswirtschaftliche Harmonien* und veröffentlichte sie im Jahre 1850.⁵ Wenn in der Tat irgend-

⁵ Dieses Werk war der erste Band einer „Bibliothek Volkswirtschaftlicher Schriften“, die von Prince-Smith herausgegeben und in Berlin veröffentlicht wurde. Die Wirkungsgeschichte von Bastiats Werken bzw. die in den 1850er Jahren beginnende „Bastiat-Welle“ ist ein bedeutendes, aber vernachlässigtes Kapitel in der Geschichte des Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Siehe das wichtige Werk von Rothbard (1995a, S. 448ff.); sowie Rothbard (1995b, S. 327ff.). Besonders in Deutschland war dieser Eindruck groß. Selbst eine grundsätzlich unsympathische Erscheinung wie Johannes Miquel war imstande, 1852 an August Lammers zu schreiben: „Ich selber verdanke dem Studium Bastiat's die Errettung aus sozialistischen

ein „fremder“ Geist in der deutschen Freihandelsbewegung den Vorsitz führte, dann war es kein englischer, sondern ein französischer in der Gestalt von Bastiats Denken. Es stimmt, daß Prince-Smith das naturrechtliche System Bastiats nicht hinnehmen konnte. Anders als andere Freihändler wie Karl Braun und Viktor Böhmert gab es nach seinem Dafürhalten keine „unzerstörbaren“ Rechte, da keine Gesetze existierten, die unabänderliche Rechte festlegten (*Prince-Smith*, 1877, S. 150f.). Doch in Bezug auf volkswirtschaftliche Lehren lag der Fall anders. Prince-Smith hatte bereits zu einem frühen Zeitpunkt gezeigt, daß er die pessimistischen Prognosen Malthus' und Ricardos hinsichtlich der Entwicklung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und der Gesellschaft nicht teilte. Im charakteristischen Optimismus Bastiats fand er eine Bestätigung und Bestärkung seiner eigenen Ansichten.⁶ Es ist darauf hingewiesen worden, daß ein Hauptgrund für den Erfolg der Freihändler darin zu suchen sei, daß sie ihr Programm nicht als eine Sammlung von *ad hoc* Forderungen darstellten, sondern es aus einer umfassenden und verständlichen Sozialphilosophie - der von Bastiat nämlich - ableiteten (*Gehrig*, 1914, S. 96).

Es liegt daher eine gewisse Ironie darin, daß Bastiat, dem eine erlauchte Tradition des französischen ökonomischen Denkens so viel zu verdanken hat, der aber ohne Einfluß auf die Gesetzgebung seines eigenen Landes blieb, seine größten Triumphe in Deutschland feiern sollte (*Gehrig*, 1914, S. 106).

Prince-Smiths Vorrede zu den von ihm zusammengestellten Ausgewählten Schriften Bastiats ist von einigem Interesse, da sie seine damaligen Prioritäten andeuten. Er beginnt mit der Feststellung, daß die Aufgabe der damaligen Politik „wesentlich sozial“ sei. „Immer mehr in den Vordergrund drängt sich nämlich die Frage: ‚Wie produziert man Brot für alle Arbeitskräfte?‘“ Darauf erfolgt die Warnung:

„Bis zur Lösung dieser Frage duldet die fatale Stimme brotloser Millionen nicht, daß die Träger des modernen Staates sich in Ruhe einwiegen, als wäre ihr Werk ein gelungenes, ein gesichertes. [...] Diejenigen, welche Brot haben, glauben nämlich, daß die Aufgabe an sich unlösbar sei. Unfähig sich ein Produzieren für alle vorzustellen, denken sie zunächst an ein *Festhalten* für sich - und begnügen sich damit, eine öffentliche Gewalt zu stützen, welche die Darbenden wenigstens ein stilles Verhalten gebietet“.

In ihrer blinden Verzweiflung hätten die Armen jedoch den Eindruck, daß die Abschaffung von Privateigentum und Erwerbsfreiheit die einzige Abhilfe sei. Doch die Wirtschaftswissenschaft, wie sie in den Schriften Bastiats vorliegt, zeige, wie man „müßige Hände“ dazu bringt, „hungernde Mägen“ zu füllen, nämlich durch Kapitalakkumulation. Ein Haupthindernis für solch eine Akkumulation sei, wiederum, der Militärhaushalt: Hätte Preußen eine „ausreichende

und Viertenstandes-Herrschafts-Schwärmereien und bin deshalb schon aus Dankbarkeit sein Verehrer.“ *Emminghaus* (1907, S. 53).

⁶ Siehe *Gehrig* (1914, S. 99, 104), der jedoch den Eindruck erweckt, daß Prince-Smith seine optimistischen Schlußfolgerungen von Bastiat entlehnte.

Staatsgewalt um zehn Millionen Taler jährlich wohlfeiler bestellen können, so könnte man jetzt in Preußen eine Million guter Arbeitsstellen, Brot für eine *Million Familien* mehr haben.“ (*Bastiat*, 1880, S. v-vii; Hervorhebung im Original.)

Diese Bemerkungen sind denkwürdig sowohl was ihre Zurückweisung der Selbstgefälligkeit der Reichen als auch was den Vorrang von Prince-Smith so genannten „Sozial-“ oder „Arbeiterfrage“ angeht. Später sollte Prince-Smiths augenscheinliches Leugnen einer „Arbeiterfrage“ von einer langen Reihe von Kritikern als klarer Beweis für seine manchesterliche Herzlosigkeit bzw. sogar für seine Blindheit gegenüber offensichtlichen Tatsachen herangezogen werden. Doch seine Schriften zeigen von Anfang an, daß die Sache nicht so einfach liegt, wie häufig angenommen wurde.

Prince-Smith strebte in dieser Phase vor allem danach, die deutschen *politischen* Liberalen vom Wert des Freihandels zu überzeugen, denn viele der führenden Liberalen Süd- und Westdeutschlands waren Protektionisten. Er sorgte sich auch: „wenn die Freihändler nicht dem Volksgeiste die genügende Nahrung bieten, wird er sich zu der Kost der Sozialisten wenden.“ Um Anhänger aus demokratischen und radikalen Kreisen zu werben, traten Julius Faucher und seine Freunde in die Redaktion des von Eduard Meyen in Berlin herausgegebenen Blattes *Die Demokratische Zeitung* ein. Der Name wurde in Berliner *Abendpost* abgeändert. Was hier vertreten wurde, kennzeichnet Wolff als Programm „des äußersten politischen Radikalismus [...] um die Demokratie von den sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen zu trennen“. Wie noch zu sehen sein wird, waren Faucher und die anderen in der Tat zu Anhängern eines individualistischen Anarchismus geworden bzw. zu einem „Anarcho-Kapitalismus“ in heutiger Terminologie. Solcher Radikalismus war überhaupt nicht nach Prince-Smiths Geschmack; er beschränkte seine Beiträge auf streng ökonomische Themen, obgleich er seinen jüngeren Mitarbeitern als „der eigentlich leitende Geist“ diente.⁷ Nach wenigen Monaten ihres Erscheinens wurde die *Abendpost* als ordnungsgefährdendes Element bezeichnet und von der Verbreitung durch die Post ausgeschlossen. Da praktisch ihre gesamte Leserschaft aus Abonnenten bestand, war sie gezwungen zu schließen. Prince-Smith schrieb:

„Der Zweck meiner Mitwirkung bei der „Abendpost“ ist zum großen Teile erreicht worden: ich habe bei der äußersten Linken die Freihandelslehre zu Ansehn gebracht; Freihandel und Bürokratie, oder Konkurrenz und Ausbeutung gelten nicht mehr für identisch bei der Partei, deren verkehrte Auffassung vom Eigentum sie gefährlich machte. Ich habe bewiesen, daß die Lehre der volkswirtschaftlichen Freiheit viel freisinniger sei, als alle Projekte und Lehren willkürlicher und nur durch barbarischsten Zwang durchzusetzender Bestimmungen über Besitz und Er-

⁷ Wolff (1880, S. 313ff.). Prince-Smith kann an der zuweilen recht jünglingshaften Haltung der *Abendpost* kaum Gefallen gefunden haben, über die etwa ein anonymer Kritiker bemerkt: „Als die *Abendpost* über Sir Robert Peels Tod berichtet, dessen Verdienste sie im Übrigen gebührend anerkennt, kann sie sich doch des Ausrufs nicht enthalten: Gott sei Dank, wieder ein *Staatsmann* weniger!“ o. V. (1850, S. 220).

werb, die übrigens auf die Dauer durch keinen erdenklichen Zwang durchzuführen wären“. (Wolff, 1880, S. 315f.)

Die Ausweitung des Zollvereins kam zu dieser Zeit mit großen Schritten voran, und Prince-Smith trug wahrscheinlich dazu bei, eine Anzahl ihm bekannter preußischer Verhandlungsführer, darunter Manteuffel als wichtigstem Minister, in Richtung des Freihandels zu beeinflussen. Überhaupt neigte er stets mehr dazu, jene, die an der Macht waren nach Kräften zu überzeugen, statt eine oppositionelle Haltung einzunehmen. In Fortsetzung seiner Agitation verfaßte er im Namen west- und ostpreußischer Vereine von Geschäftsleuten und Grundbesitzern eine Erklärung, in der Gewerbefreiheit und freier Handel gefordert wurden. Prince-Smith war sich vollkommen darüber im Klaren, daß sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien Freihandel mit Hilfe konkreter wirtschaftlicher Interessen erreichbar war: „Denn der bloß logischen Gewalt weichen bestehende materielle Hemmnisse nicht; zu ihrer Beseitigung bedarf es allemal einer materiellen Kraft.“ (Prince-Smith, 1866, S. 438) Die theoretische Bedeutung der Erklärung liegt darin, daß Prince-Smith hier den Protektionismus mit einem „systematischen Sozialismus“ in Verbindung brachte - eine gängige Verkettung in den Schriften Bastiats, die auch Teil des rhetorischen Arsenal der deutschen Freihändler wurde.⁸

Im Jahre 1858 wurde der Kongreß deutscher Volkswirte gegründet, der die wichtigsten Anhänger des Freihandels zusammenbrachte. Viele von ihnen hatte Prince-Smith im Verlauf von zwanzig arbeitsreichen Jahren zuvor an die gemeinsame Sache herangeführt. Obwohl er dem Kongreß nicht vorsah, nahm er an dessen jährlichen Treffen teil und hielt dabei Vorträge wie den gegen gesetzliche Beschränkungen des Zinssatzes auf dem Treffen in Köln 1860, die Rede auf der Tagung in Dresden (1863) gegen Patente und die in Hannover (1864), in der er sich gegen uneinlösbares Papiergeld mit „sogenanntem obligatorischen Wechselkurs“ wandte.

Von 1860 bis zu seinem Tode war Prince-Smith der Kopf der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin; sein Haus war ein Treffpunkt preußischer Politiker, darunter die Führer der Deutschen Fortschrittspartei und später der Nationalliberalen Partei. Ab 1863 erschien in Berlin die *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik, und Kulturgeschichte*, die von Prince-Smiths engstem Mitarbeiter Julius Faucher herausgegeben wurde. Als Organ der Freihändlerpartei sollte die Zeitschrift in den nächsten dreißig Jahren unter der Leitung von Faucher, Karl Braun und anderen publiziert werden.

Die *Vierteljahrschrift*, die Berliner Volkswirtschaftliche Gesellschaft, der Kongreß und die informelle Beeinflussung von Politikern und Amtsinhabern waren allesamt Bestandteile der gleichen Bewegung, Facetten der gleichen Betrieb-

⁸ Vgl. etwa Julius Fauchers Bemerkung (Faucher, 1870, S. 165), daß das, was die Konservativen erstrebten, „sozialistische Vielregiererei durch ihre Leute“ sei.

samkeit, und alle waren in dem einen oder anderen Maß durch das Werk John Prince-Smiths bedingt.

Von 1862 bis 1866 vertrat Prince-Smith Stettin im Preußischen Abgeordnetenhaus. Dort spielte er keine herausragende Rolle und ergriff nur selten und dann hauptsächlich zu im engeren Sinne ökonomischen Fragen das Wort. Es war die Zeit des erbitterten und letztlich entscheidenden Konflikts zwischen Bismarck und den deutschen Liberalen, deren Vorhut 1861 die Fortschrittspartei gründete. Prince-Smiths verfassungspolitische Anschauungen waren immer „gemäßigt“, und als sich die Mehrheit der Liberalen angesichts der in ihren Augen willkürlichen und verfassungswidrigen Handlungen der Regierung radikalisierte, distanzierte er sich zunehmend von ihnen. 1866 lehnte er es ab, für die Wiederwahl zu kandidieren. Er wurde für Anhalt-Zerbst in den kaiserlichen Reichstag gewählt, doch seine gesundheitliche Verfassung erlaubte ihm kaum noch die Teilnahme an den Sitzungen. Eine Ausnahme waren zwei Reden vor dem Haus, die er im November 1871 über Währungsreform hielt.

1875 starb er in dem Wissen, daß er alles in seiner Macht stehende getan hatte, damit Deutschland nun vereinigt und mächtig, dem Freihandel verpflichtet war. In Julius Beckers hämischen Worten:

„Er hatte das Glück, das wenigen Männern des öffentlichen Lebens beschieden ist, in einem Augenblick zu sterben, wo der definitive Sieg der von ihm vertretenen Ideen nur noch die Frage einer kurzen Zeit schien, und wo die wenigen Gegenzeichen noch nicht entfernt ahnen ließen, wie rasch die ganze Herrlichkeit zusammenbrechen sollte“. (Becker, 1907, S. 41)

Wie noch gezeigt wird, kann in Wirklichkeit keine Rede davon sein, daß Prince-Smith bei seinem Tod ob der Aussichten für eine freie Gesellschaft zufrieden sein konnte. Jedenfalls gibt es kaum einen Zweifel, daß das Ansehen Prince-Smiths wie das des gesamten deutschen Liberalismus - geschichtlich gesehen - unter dem Zusammenbruch der Ideen gelitten hat, für die er kämpfte. Dennoch verdient John Prince-Smiths Denken in mehrfacher Hinsicht eine nähere Betrachtung.

Methodologisch vertraten er und seine Anhänger eine nach seinen Worten „radikal individualistische Auffassung volkswirtschaftlicher Verhältnisse.“ Die Wirtschaft ist einfach „ein Nebeneinander von Einzelhaushalten“, die miteinander zu gegenseitigem Vorteil verkehren (Prince-Smith, 1866, S. 439; Hervorhebung im Original; Gehrig, 1914, S. 107). In einer charakteristischen Passage, die vorwegnahm, was Carl Menger erst mehr als ein Jahrzehnt später schreiben sollte, behauptete Prince-Smith:

„Tatsächlich gibt es gar kein Volkseinkommen, sondern jeder im Volke hat sein besonderes Einkommen; und nur wenn man, behufs eines statistischen Überschlags, die Einzeleinkommen zusammenzählt, hat man zwar die *Vorstellung* eines Volks-

einkommens aber die Sache selbst ist doch nirgends zusammen; bloß als Sammelwort gibt es ein ‚Volkseinkommen‘“.⁹

Neben dem methodologischen Individualismus stützte sich Prince-Smiths Schule auf die abstrakt-deduktive Methode zur Entwicklung wirtschaftswissenschaftlicher Theoreme. Weil alle Erscheinungen der Wirtschaft das Endergebnis komplizierter Verursachungsketten sind, vermag die empirische Beobachtung, die diese verwickelten Ketten aus eigener Kraft nicht voneinander trennen kann, ökonomische Gesetze nicht zu widerlegen. Wie Faucher schrieb: „Wollen Resultate der Geschichtsforschung oder Daten der Statistik mit einem solchen, seinen Beweis in sich selbst tragenden Gesetze nicht stimmen, so ist nicht das Gesetz falsch, sondern dann ist die Geschichtsforschung ungenau und die Statistik schlecht gearbeitet.“ (Faucher, 1870, S. 124) Faucher bestritt nicht, daß historische oder statistische Daten das ökonomische Denken bzw. Überdenken anregen könnten. Doch er bestand darauf, daß man zu jeder neuen oder verbesserten ökonomischen Lehre durch logische Ableitungen gelangen müsse. Wie der methodologische Individualismus erinnert auch diese Regel stark an die Österreichische Schule der Nationalökonomie. Da die Freihändler auf dieser methodologischen Ebene von Lujo Brentano, Adolf Held und anderen Fürsprechern der „jüngeren Historischen Schule“ (Gehrig, 1914, S. 165ff.) angegriffen wurden, scheint der berühmte Methodenstreit, der später zwischen Gustav Schmoller und Carl Menger ausbrach, im wesentlichen eine Fortsetzung des Kampfes gewesen zu sein, den die Historische Schule zuvor gegen die deutschen Manchestermänner geführt hatte.

Was die politische Ökonomie anbelangt, so war Prince-Smiths Essay „Die sogenannte Arbeiterfrage“ nach seiner Veröffentlichung im Jahre 1864 über Jahrzehnte hinweg das Ziel harscher Angriffe, was auch auf seinen provozierenden Titel zurückzuführen ist.¹⁰ Die Rede von der „sogenannten Arbeiterfrage“ sollte nicht so verstanden werden, als ob Prince-Smith gegenüber den häufig verzweifelten Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen, die ihm im übrigen wohl bekannt waren, gleichgültig war. In seiner gesamten Laufbahn als Schriftsteller stand die Lage der deutschen Arbeiter im Vordergrund seines Interesses. Der ironische Tonfall im Titel entspringt - wenn er denn so gemeint war - Prince-Smiths

⁹ Prince-Smith (1877, S. 405; Hervorhebung im Original). Vgl. Menger (1969, S. 86f.; Hervorhebung im Original): „Das Volk, als solches, ist kein großes, bedürftendes, arbeitendes, wirtschaftendes und konkurrierendes Subject, und was man eine ‚Volkswirtschaft‘ nennt, ist keine den Singularwirtschaften im Volke [...] analoge Erscheinung [...] Die Phänomene der ‚Volkswirtschaft‘ sind somit auch keineswegs unmittelbare Lebensäußerungen eines Volkes als solchen [...] sondern die *Resultante* all der unzähligen einzelwirtschaftlichen Bestrebungen im Volke [...] Wer die Erscheinungen der ‚Volkswirtschaft‘, jene komplizierten Menschheitsphänomene, welche wir mit dem obigen Ausdrucke zu bezeichnen gewöhnt sind, theoretisch verstehen will, muß deshalb auf ihre *wahren* Elemente, auf die *Singularwirtschaften im Volke* zurückgehen [...]“

¹⁰ Prince-Smith (1877, S. 26ff.). Eine leidlich objektive Kritik findet sich bei Herkner (1908, S. 512ff.).

Überzeugung: „Unter ‚Arbeiterfrage‘ versteht man nämlich die Frage: ‚Wie läßt sich die wirtschaftliche Lage der Lohnarbeiter plötzlich verbessern, unabhängig von der allgemeinen Hebung des Volkshaushalts, auf die man nicht warten will?‘“ Prince-Smith war der Auffassung:

„Gegen einen Mangel an Befriedigungsmitteln gibt es selbstverständlich kein anderes Hilfsmittel, als eben vermehrtes Schaffen. Und offenkundig läßt sich nur dadurch mehr schaffen, daß man die Kenntnisse, die Geschicklichkeit, den Fleiß und vor allem das Kapital vermehrt. Und erfahrungsmäßig ist die Erhebung ganzer Volksklassen auf eine höhere Wirtschaftsstufe das Werk einer allmählichen, bisher sehr langsamen Entwicklung des Volkshaushalts“. (*Prince-Smith*, 1877, S. 29ff.)

Dem von Lassalle verkündeten „ehernen Lohngesetz“ hielt Prince-Smith das wahre „goldene Gesetz“ entgegen, „welches [die Arbeiter] zu einer immer behaglicheren Lebensweise zu erheben die Wirkung hat.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 21, 32f.; siehe auch *Habermann*, 1997, S. 134ff.) (Irgendwie hat Leonard Krieger es geschafft, gerade diesen wesentlichen, wahrscheinlich von allen Lehren Prince-Smiths am besten bekannten Punkt falsch darzustellen.¹¹) „Kapitalisierung,“ erklärte Prince-Smith, „ist Lohnsteigerung.“ In einem früheren Essay legte er dar, die Fabrikarbeiter litten keineswegs in dem Maße wie jene, die in vorkapitalistischen Produktionsweisen eingespannt waren: „Die wirklich Darbenden sind solche, deren Arbeitskraft fast gar nicht durch Kapital unterstützt wird und daher entsprechend wenig schafft, solche, die noch auf einer vorwirtschaftlichen Stufe stehen geblieben sind, und für deren Einreihung in den eigentlichen Wirtschaftsbetrieb das vorhandene Kapital noch nicht ausreicht.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 21f.) Zudem verbessert die Vermehrung des Kapitals die Lage der Arbeiter nicht nur durch steigende Löhne, sondern auch „durch Verwohlfeilerung der Verbrauchsmittel:“ die allgemeine Erfahrung zeige, daß viele Gegenstände, die für die arbeitenden Menschen unerreichbar waren, ihnen nun zugänglich sind (*Prince-Smith*, 1877, S. 34, 41).

In seinen Äußerungen zum Lohnvertrag brachte Prince-Smith elementare ökonomische Vernunft zum Ausdruck. Seine Ansichten gingen jedoch bald verloren,

¹¹ Leonard Krieger behauptet, daß Prince-Smith im Jahre 1864 „Ricardos ehernes Lohngesetz verkündete.“ Dies soll Teil des Übergangs des Kongresses deutscher Volkswirte zu einem „wachsenden Klassenbewußtsein“ gewesen sein, die angeblich auch in der Verwerfung der Gewinnteilung deutlich wird und im Leugnen der Auffassung, daß Gewerkschaften die Löhne der Arbeiterklasse als ganzer anheben können (*Krieger*, 1957, S. 412). Doch Prince-Smith erklärte so deutlich wie nur möglich: „Bei gesteigertem Gesamtprodukt kann selbst der auf die unterste Klasse fallende Bruchteil mäßige Bedürfnisse behaglich erfüllen. Ein Darben der untersten Klassen ist durch kein wirtschaftliches Gesetz bedingt.“ *Prince-Smith* (1877, S. 8). Da Prince-Smith das Gegenteil des „eisernen Gesetzes“ verkündete und weil es selbst vom Standpunkt der meisten Arbeiter und der Gesellschaft im allgemeinen achtbare Argumente gegen die Erwünschtheit von Gewinnteilung und Gewerkschafterei gibt, hat Krieger niemals die Existenz des von ihm behaupteten „wachsenden Klassenbewußtseins“ erwiesen. Es überrascht nicht, daß er in dieser Frage auf Julius Beckers Polemik verwies; vgl. *Krieger* (1957, S. 524, Anm. 40).

als die aufstrebende Schule des Kathedersozialismus endlos das Schlagwort wiederholte, daß Arbeiter „Untertanen“ seien und jeder Lohnvertrag ein „Notvertrag“:

„Die Vorstellung, daß der Kapitalist willkürlich den Arbeitspreis diktieren könne, weil er nicht wie der Vorratslose vom täglichen Hunger gedrängt wird, ist grundfalsch. Der Kapitalist für seine Person kann wohl warten, aber sein Kapital nicht; es muß immer durch Arbeit in Bewegung gesetzt werden, sobald es nur einen Augenblick ruht, fängt es an, sich selber zu fressen.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 39)

Prince-Smith schlägt einen pessimistischeren Ton an, wenn es um die Klasse geht, die unter den armen Arbeitern und sogar noch unter den Arbeitern in vorkapitalistischen Verhältnissen angesiedelt ist. Die wirkliche Unterklasse bestehe aus den Verwahrlosten der Gesellschaft, jenen Menschen ohne Aussichten und ohne Hoffnung. „Von Vorsorge und Selbstbeherrschung ist bei diesen vollends keine Rede [...] sie greifen nach jedem gegenwärtigen Genuß.“ Es verstehe sich von selbst, „daß die Nachkommen solcher Geschöpfe nicht anders sein können als ihre Erzeuger. Und so erbt sich die Verwahrlosung fort und fort“. Prince-Smith zeigt sich hier überraschend aufgeschlossen für eine radikale Umformung der Gesellschaft (*social engineering*), die sehr viel mehr mit Benthams als mit Bastiats Sinnesart in Einklang steht: „Gegen wuchernde Verwahrlosung gibt es nur ein Hilfsmittel: man muß sie austilgen, wie man den Hausschwamm austilgt, indem man die Luft und das Licht der Kultur bis in die tiefsten und verborgensten Räume des sozialen Gebäudes leitet, und womöglich die Kinder ihren verdumpte[n] Geburtsstätten entreißt.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 36f.)

Georg Mayer stellt die provokative Behauptung auf, daß Prince-Smith im Bereich der historischen Soziologie eine überraschende Ähnlichkeit zum Marxistischen historischen Materialismus zeigte. Dies gelte vor allem in seinem frühen Essay „Über den politischen Fortschritt Preußens“ (1843) (*Mayer*, 1927, S. 56f.). Dort schreibt Prince-Smith:

„Die politische Phase hängt immer von der sozialen ab; und wenn auch die erste auf Ausbildung der letzten mächtig einwirkt, so gehen doch die dauerhaften politischen Umgestaltungen immer erst aus einer veränderten sozialen Basis hervor. Das neue soziale Element, welches unserer eigentlichen Zeitrichtung als Triebkraft zu Grunde liegt, ist das angesammelte Kapital und die darauf beruhende großartige Industrie. [...] Der Impuls des angesammelten beweglichen Kapitals indessen ist es, der mit unwiderstehlicher Macht und unabweisbarer Forderung das ganze soziale Leben in Fluß gebracht hat, um dasjenige wegzuräumen, was ihm hinderlich, und dasjenige aufzubauen, was ihm förderlich ist [...]“ (*Prince-Smith*, 1879, S. 62)

Gelegentlich neigt Prince-Smiths Ausdrucksweise sogar einer technologischen Interpretation zumindest der jüngsten Geschichte zu: „erst jetzt haben Erfindung und Wissenschaft [die Industrie] zur Suprematie über alle anderen Gesellschaftsmomente erhoben. Die prädominierende Macht der Industrie hebt die Bedürfnisse auf, aus denen der Absolutismus hervorging, und stellt entgegengesetzte hin; sie wird durch das Genie, das Wissen, die Kraft des Volks gegründet und erhalten, erfordert also völlige Freiheit [...]“ (*Prince-Smith*, 1879, S. 67) An-

gesichts dieser geschichtlichen Entwicklungen befinde sich Preußen nun in einem Stadium, in dem das feudale Element im Innern notwendig verschwindet und friedliche Wirtschaftsbeziehungen in auswärtigen Angelegenheiten zur Regel werden.

Ähnlich der Gedankengang in einem anderen frühen Essay „Über Handelsfeindseligkeit.“ Viele von Prince-Smiths wichtigsten Thesen - über die Abhängigkeit der gesellschaftlichen und politischen Institutionen von der „materiellen Basis“, über das Entstehen einer modernen Produktivität, „welche alle früheren bei Weitem übersteigt“, über das Aufkommen von Massen von Lohnarbeitern durch ein sich ständig vermehrendes Kapital, über die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf die ganze Welt - lesen sich wie die ersten Seiten des *Kommunistischen Manifests*, nur unter verändertem Vorzeichen und fünf Jahre vor demselben (Prince-Smith, 1879, S. 83f.).

„Die materielle Basis ist es, was hauptsächlich die Gestaltung der sozialen und staatlichen Einrichtungen bedingt [...] Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen also haben den Übergang von dem Territorialstaate zu dem industriellen Staate herbeigeführt[:] neue Quellen des Reichtums sind eröffnet worden. Wissenschaftliche Ausbildung der Gewerbe, Erfindungen in der Mechanik, Anhäufung des beweglichen Eigentums, erleichterte Kommunikation, vermehrte Geschicklichkeit, erweckte Tätigkeit haben eine Produktivität zu Wege gebracht, welche alle frühere bei Weitem übersteigt. [...] In den Städten ist eine große Masse von Lohnarbeitern durch das entstandene Gewerbekapital in's Leben gerufen. [...] Das industrielle System der Arbeitsverteilung und des Austausches umfaßt und vereint die ganze Welt. [...] Der Grundbesitz tritt an Bedeutsamkeit gegen das bewegliche Erwerbseigentum zurück. Das Interesse des letzten aber fordert, an Stelle der Abgrenzung, das Niederreißen aller Hemmungen seines freiesten Umschwungs [...]“ etc. (Prince-Smith, 1879, S. 83f.).

Doch Verwandtschaften mit dem Kommunistischen Manifest werden nur jene überraschen, die noch der Vorstellung anhängen, daß sich die Geschichtsschreiber vor Marx auf Erzählungen über Könige und Schlachten beschränkten. Obwohl zuzugeben ist, daß Prince-Smith den technologischen Faktor mehr als üblich betonte, argumentiert er doch im Grunde genommen im Rahmen der allgemeinen soziologischen Analyse seiner Zeit. Dabei stützt er sich im wesentlichen auf die französische Schule der *Industrialistes*. Vielleicht wäre eine Untersuchung über Prince-Smith und seine Schule angebracht, die auch diesen wichtigen, aber vernachlässigten französischen Schriftstellern Aufmerksamkeit verschafft. Zugleich könnte sie dazu beitragen, die Fabel vom Alleinanspruch des Marxismus auf die Idee vom „Primat des Ökonomischen über das Politische“ zu berichtigen.

Diese Idee des „Primats“ - Prince-Smiths Bild von der unwiderstehlichen Macht ökonomischer Kräfte, die unerbittlich eine liberale politische Ordnung herbeiführen sollten - hatten schwerwiegende Rückwirkungen auf die politischen Auffassungen und Handlungen der Freihändlerpartei.

II. Das anarchistische Zwischenspiel der jungen Freihändler

In seiner 1880 veröffentlichten Prince-Smith-Biographie kommt Otto Wolff auf die Episode der Berliner *Abendpost* zu sprechen und bezeichnet die politische Einstellung des Blattes als „den äußersten Radikalismus“, der sich anschickte, „den Sozialismus und den Kommunismus vom Standpunkte der *Freiheit* aus zu bekämpfen.“ Fast alle Mitarbeiter schwärmten inbrünstig für die radikale Freiheitslehre, die sie mit einer „Fülle höchst realer volkswirtschaftlicher Anschauungen und Kenntnissen“ verbanden. Ihr Radikalismus war ein „allseitiger Radikalismus“, der Prince-Smith persönlich zuwider war, obschon er weiterhin mit dem Blatt zusammenarbeitete (Wolff, 1880, S. 313ff.; Hervorhebung im Original).

1870 widmete Julius Faucher dieser Episode einige wenige Seiten und meinte, daß die *Abendpost* „die stolze und wilde Sprache jener Zeit sprach,“ doch, wie er betonte, „nur, bis in das letzte Wort hinein, um das Volk, das nur noch diese Sprache verstand, von der Revolution ab- und der Arbeit und Unternehmung zuzuwenden.“ (Faucher, 1870, S. 164) Was Wolff sich scheute darzulegen und was Faucher stillschweigend - und dabei unaufrichtigerweise - verneinte, war, daß die Lehre, für die die Berliner *Abendpost* eintrat, der Anarchismus war.

Es ist verständlich, daß die Freihändler Jahrzehnte später versuchen sollten, ihre frühere Betätigung zu verschleiern. Wolff, Faucher und besonders Otto Michaelis waren in der bourgeoisen Welt aufgestiegen und nunmehr bekannte und geachtete Verfechter der Freihandelslehre, die zur Umgestaltung der deutschen Gesellschaft beigetragen hatte.

Ein Brief Otto Wolffs an seinen Bruder vom Juni 1851 wirft Licht auf die wirkliche Einstellung der Gruppe zu jener Zeit. In diesem Brief, den Karl Braun nach dem Tode Wolffs 1893 veröffentlichte (Braun, 1893, S. 135ff.), erklärt Wolff, daß er das Mitglied einer Gruppe in Berlin sei.

„die sich um die praktische Politik insofern garnicht kümmert, als sie das wirkliche Unheil, als die Ursache alles Elends, als das große Hindernis des Kulturfortschritts eben den Staat an sich betrachtet. Diese Partei kann ich Dir mit keinem kürzeren Namen bezeichnen, als etwa „radikale Freihändler.“ Wir vertreten die Interessen der freien Gesellschaft gegenüber dem Zwangs-Staate.“

Wolff beeilte sich, seinem Bruder zu versichern, daß er und seine Freunde nicht bloß „ideale Schwärmer“ seien: „wir fußen vielmehr auf sehr realem Boden; wir studieren die wirklichen Bedürfnisse der Menschen und den Entwicklungsgang der Geschichte, und sind dabei zu dem Resultate gekommen, daß der Kulturfortschritt in unserer Zeit sich gegen allen Zwang richtet.“ Beweise für diese Abwendung vom Zwang als gesellschaftliches Organisationsprinzip findet Wolff in Entwicklungen in Amerika und auch in England. Hier verweist er auf die Partei Cobdens, „d.h., diejenige der dort ohne Zweifel die Zukunft gehört [...] das Staatsschiff immer mehr abtakeln will“, auch wenn sie, gemäß englischer Gepflogenheiten, einem gradualistischen Vorgehen anhänge und „nicht einmal theoretisch konsequent“ sei, was vermutlich bedeutet, daß die englischen Freihändler

sich nicht zur Abschaffung des Staates haben entschließen können. Doch wenn Wolff erklärt, daß „erst ein langes Studium der Volkswirtschaft und der Kulturgeschichte dazu gehört, um sich von allen den Vorurteilen über Notwendigkeit der Justiz, usw. loszumachen,“ so bleibt es unklar, ob er dabei jegliche Justiz im Sinne hat oder bloß das staatliche Monopol auf die Justiz, mit anderen Worten, ob die Position dieser radikalen Freihändler vielleicht mit derjenigen übereinstimmt, die zu dieser Zeit in Paris von Gustave de Molinari vertreten wurde, der die Bereitstellung von Sicherheit privaten Einrichtungen übertragen will (*de Molinari*, 1849, S. 277ff.; *Rothbard*, 1995a, S. 453ff.). Wie späteren Stellungnahmen ihrer Gegner zu entnehmen ist, war dies wahrscheinlich ihr Standpunkt.

Jedenfalls kann angesichts solcher Auffassungen die Erklärung nicht überraschen, daß „[uns] auch blutwenig an der sogenannten politischen Freiheit [liegt], und Gewerbe- und Handels-Freiheit ist uns z.B. unendlich mehr wert, als demokratisches Wahlrecht.“ Wolff war angewidert von der „Dummheit aller Parteien,“ doch er war sich „im ganzen [seiner] Ansichten über den weiteren Entwicklungsgang zu gewiss,“ um sich dadurch in seinem Gleichmut stören zu lassen.

Braun veröffentlichte den Brief als Wolffs „politisches Testament“ aus diesem Abschnitt seines Lebens und der Geschichte der Freihandelspartei. Was er jedoch nicht erwähnte, war die Verbindung zum deutschen individualistischen Anarchisten Max Stirner.

In seinem Werk *Der Einzige und Sein Eigentum* predigt Stirner eine nihilistische Variante des Anarchismus, die alle dem Individuum auferlegten Beschränkungen als „Spuk“ ablehnt. Bei wörtlicher Auslegung ist dies offensichtlich unvereinbar mit einer geordneten menschlichen Gesellschaft, geschweige denn mit der Freihandelslehre. Doch Stirner war genügend am Wirtschaftsliberalismus interessiert, um Adam Smith und J.-B. Say ins Deutsche zu übersetzen (*Nettlau*, 1930, S. 176). Zusammen mit Bruno Bauer war er eine Hauptfigur in dem informellen Berliner Kreis, der als „die Freien“ bekannt war und der in den 1840er Jahren gewöhnlich in Hippels Weinstube in der Friedrichstrasse zusammentrat. Zu den Mitgliedern des „inneren Kreises“ zählten Dr. Eduard Meyen, der spätere Herausgeber der *Abendpost* (*Nettlau*, 1930, S. 179) sowie Julius Faucher. Nach der Darstellung von John Henry Mackay, dem deutschen individualistischen Anarchisten und Biographen Max Stirners, waren es gleichgesinnte Teilnehmer des Kreises der „Freien“, darunter Prince-Smith, Georg Eduard Wiss, Otto Michaelis und Otto Wolff, die einen „Freihandels-Verein“ bildeten. Meyens und Fauchers *Abendpost* lobte Mackay in den höchsten Tönen, was angesichts seiner eigenen Auffassungen nicht verwunderlich ist. Denn er sah sie als

„eine der bestredigiertesten, radikalsten und interessantesten Tageszeitungen, die jemals existiert haben. Da sie dem ‚Zwangsstaat‘ von mehr als einer Seite und mit den schärfsten Waffen zu Leibe ging, machte dieser ihr das Leben auf seine bekannte Art und Weise unmöglich und Faucher ging mit dem ebenfalls an ihr beteiligten Dr. Meyen nach London.“ (*Mackay*, 1898, S. 80f.)

Weitere Beweise für den frühen Anarchismus der jungen Freihändler enthalten die Erinnerungen Johann Caspar Bluntschlis. Dieser hatte seinen Freund Otto Schulhess nach Frankfurt geschickt, um die Aktionen der Nationalversammlung zu beobachten und darüber zu berichten. Im Juni 1848 berichtet Schulhess von neuen Bekannten mit äußerst radikalen Ansichten; Bluntschli zitiert den Brief, um zu zeigen, „was für tolle Gedanken damals in Frankfurt gärten.“ Auf dem Weg zum Versammlungsort traf Schulhess nämlich einen Herrn Faucher, Redakteur einer Stettiner Zeitung. Fauchers Ansichten verstand er wie folgt:

„Der und seine Freunde spekulieren auf absolute Auflösung alles Bestehenden. Er sagte wiederholt: „Ich will nicht Monarchie, nicht Republik, nicht Aristokratie, nicht Demokratie, ich will *Akratie*, keinen Staat, keine Kirche, keine Gesetze, keine Tyranisierung der Minoritäten durch die Majoritäten, keine Steuern. Alles soll *freiwillig*, alles durch die *freie Assoziation* geschehen, wie Cobden uns das in Stettin auseinandergesetzt hat“. (Bluntschli, 1884, S. 95f.; Hervorhebung im Original.)

Marx, Engels und ihren deutschen Verbündeten waren die Versuche bekannt, den Kommunismus mit einem von Stirner entlehnten Anarchismus zu bekämpfen. Darauf mag Faucher angespielt haben, als er schrieb: „Die junge sozialistische Partei bewies durch die Art ihrer Angriffe, wie sie sehr gut verstand, daß sie es mit Gegnern zu tun habe, deren Blick gerade so sicher and gerade so fern in die Zukunft hinaus trug, wie ihr eigener.“ (Faucher, 1870, S. 158) Auf jeden Fall gab es für die Marxisten eine logische Verbindung zwischen Stirner und der Freihändlerpartei: Der Stirnersche Egoismus im ideologischen Bereich zeige sich im Bereich der Gesellschaft als kapitalistische „freie Konkurrenz.“ (Marx/Engels, 1902, S. 100f.). In den Worten Franz Mehrings:

„Julius Faucher ließ sich erst als andächtiger Schüler zu den Füßen Stirners nieder, um von ihm die Schlagworte zu lernen, wodurch die allgemeine Schacherei zum tausendjährigen Reich der Menschheit aufgestutzt werden konnte. In ihrem ersten Organ, der *Berliner Abendpost*, predigte die junge Schule der deutschen Freihändler die Abschaffung der Moral und des Staates, frei nach Stirner und ganz im Interesse des süßen Handels“.

Mehring war der Ansicht, daß dies die einzige greifbare Spur von Stirners Werk im deutschen Leben sei (Mehring, 1976, S. 251f.).

Obwohl Otto Wolffs Brief an seinen Bruder auf den Juni 1851 datiert war, behauptete er in seiner Prince-Smith-Biographie, daß die jungen Freihändler mit der Schließung der *Abendpost* von „der sie gefangen haltenden Macht des Radikalismus“ befreit und zu Jüngern „der lediglich auf ihre wirtschaftlichen Konsequenzen sich beschränkenden Freihandelslehre“ wurden. Wolff verglich die Episode mit dem formellen Ende der Schule Saint-Simons in Frankreich: „die Übertrei-

bungen und Verkehrtheiten der Schule wurden mit einem Schlage beseitigt, nur der gesunde Kern der volkswirtschaftlichen Anschauungen blieb übrig.“¹²

Jedenfalls hatten die Freihändler 1848 eine irrige Strategie verfolgt. Das lag nicht nur daran, daß - wie Wolff es ausdrückt - „die Zeit des Radikalismus [...] ohnehin zu Ende“ war. Es gab herzlich wenig durch den Versuch zu gewinnen, die radikalen Demokraten und Sozialisten unter Berufung auf Anarchismus und sittlichen Nihilismus (falls das wirklich ihre Position war) links zu überholen. Die entscheidende potentielle Anhängerschaft für die Sache des Freihandels war das Bildungs- und Besitzbürgertum, sowie die gehobene Bürokratie. Bei diesen Gruppen hätte solch ein „äußerster Radikalismus“ allerdings wohl kaum Anklang gefunden.

So kurz wie dieser Zeitabschnitt auch scheinbar war, die bescheidenen Wellen, die er schlug, verursachten in den kommenden Jahren doch wüste Beschimpfungen von seiten verschiedener Lager. Als Lassalle 1863 seine Verteidigungsrede vor dem königlichen Kammergericht in Berlin hielt, ersuchte er seine Richter abschließend um Verständnis dafür, daß er und sie „Hand in Hand“ auf der selben Seite stünden, der Seite des „uralte[n] Vestafeuer[s] aller Zivilisation, de[s] Staat[es]“:

„Sie, meine Herren gehören ja nicht den Manchestermännern an, jenen modernen Barbaren, welche den Staat hassen, nicht diesen oder jenen bestimmten Staat, nicht diese oder jene Staatsform, sondern *den Staat überhaupt!* Und welche, wie sie das hin und wieder deutlich eingestanden, am liebsten allen Staat abschaffen, Justiz und Polizei an den Mindestfordernden verganten und den Krieg durch Aktiengesellschaften betreiben lassen möchten, damit nirgends im ganzen All noch ein sittlicher Punkt sei, von welchem aus ihrer kapitalbewaffneten Ausbeutungssucht ein Widerstand geleistet werden könnte“.¹³

Es fällt schwer, hierin keine Bezugnahme auf den „Anarcho-Kapitalismus“ Fauchers und seiner Freunde bei der *Abendpost* zu sehen. Daß Lassalle darauf beinahe anderthalb Jahrzehnte nach der Einstellung der Zeitung anspielen sollte, legt die Vermutung nahe, daß der „Anarcho-Kapitalismus“ möglicherweise die inoffizielle „aber auf dauer eingenommene“ Position einiger Freihändler geblieben sein mag.

Ein knappes Jahrzehnt später, im Jahre 1872, findet sich in H.B. Oppenheims berühmter Flugschrift *Der Katheder-Sozialismus* ein ähnlicher Hinweis, der

¹² Wolff (1880, S. 317). Es ist recht belustigend, die späteren, gutsituierten Freihändler bei dem Versuch zu beobachten, die Ansichten ihrer Jugend zu beschreiben, ohne das schreckliche Wort „Anarchismus“ zu gebrauchen.

¹³ Lassalle (1912, S. 127). Lassalles Rede könnte an Verherrlichung des Staates kaum übertroffen werden. Ein Beispiel: „Dem Staate schreibe ich die hohe, gewaltige Aufgabe zu, die Keime des Menschlichen zu entwickeln, wie er dies, seitdem die Geschichte steht, getan hat und für alle Ewigkeit tun wird.“ Für ihn war es wahrscheinlich überflüssig, seine Lehre als „im höchsten Grade eine Staatsdoktrin!“ auszuweisen. (Ebenda. Betonung im Text und in der Fußnote wie im Original.)

Lassalles Ausdrucksweise in seltsamer Weise widerspricht. Oppenheim, der sich hier in jedem Fall als eher pragmatischer denn grundsatztreuer Gegner staatlicher Eingriffe erweist, gab sich peinliche Mühe, seine Haltung von der einiger Mitglieder der Freihandelspartei zu unterscheiden. Letztere sei in jüngster Zeit so erfolgreich bei der Umsetzung ihres Programms gewesen, „daß den jüngeren Anhängern derselben wohl der Kopf schwindeln durfte. Aus diesem Rausch ist eine Doktrin entstanden, welche den Staat in eine Aktiengesellschaft verwandeln und seine großen Aufgaben an den Mindestfordernden feilbieten möchte. Sie leugnet die sittliche Natur des Staats und betrachtet denselben nur als ein notwendiges Übel.“ (Letzteres hätte einen seltsamen Widerspruch auf Seiten jener Männer bedeutet, die angeblich die Abschaffung des Staates erstrebten.) Oppenheim fügte überflüssigerweise hinzu, daß diese Haltung von Adam Smith nicht geteilt wurde (Oppenheim, 1872, S. 34f.).

Einige Jahre zuvor spielte der Freihändler August Lammers ebenfalls auf die Zeit der *Abendpost* an, nannte aber vollkommen entgegengesetzte Gründe als Ursache für ihre radikale Einstellung:

„Nichts zeigte drastischer die Hoffnungslosigkeit ihrer [d.h., der Freihändler] praktischen Bestrebungen für den Augenblick als die vollendete Unbekümmertheit, mit welcher sie in ihrem kurzlebigen Organ von dazumal, der Berliner *Abendpost*, den Staat theoretisch ganz abschaffte, der ihnen in der Praxis keine Handhabe darbieten wollte“.¹⁴

Durch Lammers Schrift erfuhr Lujo Brentano von diesem berüchtigten, wenn auch flüchtigen Kapitel in der Geschichte der Freihändler. Er benutzt es in einer 1873 verfaßten Streitschrift, um ausgerechnet Ludwig Bamberger anzugreifen.¹⁵

Sowohl Oppenheim als auch Lammers scheinen jedoch bei ihren Interpretationen falsch zu liegen. Außer für den unwahrscheinlichen Fall, daß Faucher und die anderen noch in den späten 1860er Jahren weiterhin ihre anarchistischen Ansichten verbreiteten, hatte Oppenheimer Unrecht, wenn er dies auf einen durch die Erfolge der Freihandelspartei erzeugten „Rausch“ zurückführte. Ebenso wenig ist Lammers Erklärung richtig, daß die Freihändler die Abschaffung des Staates forderten, weil sie es ihm verübelten, daß ihnen der gewünschte Erfolg versagt blieb. Zum einen läßt diese Argumentation sich weder mit Prince-Smiths noch mit Wolffs Darstellung des Zwecks der *Abendpost* vereinbaren. Zum anderen

¹⁴ Lammers (1869, S. 31). Hentschel (1975), der grundsätzlich mit Lammers einer Meinung zu sein scheint, schreibt in *Die deutschen Freihändler*, S. 68, über die „so extreme wie augenblicksgebundene Idee“ der jungen Freihändler, daß sie nicht ihre Staatsfeindlichkeit beweise, weil „sie keineswegs einer ausgearbeiteten Theorie über Staat und Gesellschaft entsprungen war.“ Wolffs Brief deutet jedoch auf etwas anderes hin. In jedem Fall scheint solch ein endgültiges Urteil fragwürdig zu sein, solange keine Untersuchung der Archive der *Abendpost* vorliegt, die vermutlich nicht mehr erhältlich sind.

¹⁵ Lujo Brentano (1873, S. 12), wo er schreibt, daß die Freihändler in ihrer Berliner *Abendpost* „den Staat theoretisch ganz abschaffte[n]!“ Die ungläubige, um nicht zu sagen panische Angst verkündende, Hervorhebung stammt natürlich von Brentano.

berücksichtigt sie weder den mit den Berliner „Freien“ gegebenen Hintergrund, noch die Tatsache, daß Faucher seine Ansichten, wenn man Bluntschlis Informant trauen darf, schon vor dem Zerfall revolutionären Hoffnungen propagierte.

Die richtige Erklärung dürfte viel einfacher sein: Es handelte sich um aufgeweckte junge Männer - in der Tat waren sie alle zwischen zwanzig und dreißig -, die sich eine Idee zu eigen gemacht hatten, nämlich die Idee der individuellen Freiheit, und die eine zeitlang glaubten, sie zu einer Art logischem Abschluß in einem freihändlerischen anarchistischen Utopia bringen zu können. Ihre anarchistische Haltung gaben sie recht bald auf; es blieb allerdings die Geringschätzung der politischen Freiheit, die im Sinne einer bürgerlichen Beteiligung an der Politik verstanden wurde, und der Abscheu vor Parteipolitik, zumindest in der Form, in der sie von Oppositionspolitikern betrieben wurde.

So kurz sie auch war, diese Episode ist bemerkenswert. Dies vor allem, weil ein freihändlerischer Anarchismus, ob er nun machbar ist oder nicht, von unbestreitbarem theoretischen Interesse ist, da er die ideale Vervollständigung des liberalen Modells einer sich selbst regulierenden bürgerlichen Gesellschaft darstellt.¹⁶ Zweitens zeigt die Episode, daß man, ideengeschichtlich gesehen, um die Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland wie in Frankreich mit de Molinari zum „Grenzfall“ eines radikalen Wirtschaftsliberalismus gelangte. Schließlich liefert sie einen weiteren Beleg für die pulsierende und schillernde libertäre „Welle“, die um die Jahrhundertmitte über Europa hinwegzog, - somit dem Erscheinen von z.B. Herbert Spencers *Social Statics*, der ersten vollständigen Ausgabe von Humboldts *Ideen* und mit der Verbreitung der Werke Bastiats. Das Zwischenspiel der *Abendpost* sollte in Deutschland für knapp eineinhalb Jahrhunderte das letzte Beispiel für eine „radikale Freihandelslehre“ sein.¹⁷

III. Der Kongreß deutscher Volkswirte

Im Verlauf der 1850er Jahre wurde die Idee des Freihandels immer häufiger als wichtiger Teil einer Antwort auf die von der Bevölkerungsexplosion verursachte deutsche Wirtschaftskrise betrachtet. Mehrere Freihändler hatten sich in der karitativen Armenhilfe betätigt. Es wurde ihnen nun klar, daß „philantropische Notschilderungen und Klagen, Wohltätigkeitsbemühungen und öffentliche Ermahnungen zur Hilfstätigkeit [...] im Winde verwehen [würden]; besser sei es, auf die Beseitigung der Ursachen der Not tatkräftig hinzuwirken.“ „Die mächtigste dieser Ursachen“ war für sie „die Unkenntnis der Gesetze der Volkswirtschaft.“ *Emminghaus* (1907, S. 73f.) Die Freihändler, die in vielen Teilen

¹⁶ Zur theoretischen Bedeutung der idealtypischen Dichotomie Anarchismus/Totalitarismus vgl. *Herzog* (1971, S. 118f.).

¹⁷ Das heißt bis zur Veröffentlichung der Arbeit von *Hoppe* (1987). Siehe auch *Doering* (1995, S. 165ff.); sowie *Blankertz* (1995, S. 176ff.).

Deutschlands auftraten, organisierten sich im 1858 gegründeten Kongreß deutscher Volkswirte, der bis zu seiner letzten Versammlung 1885 der institutionelle Kern der Freihandelsbewegung war.¹⁸

Die Idee zu einem Kongreß deutscher Volkswirte stammte von Viktor Böhmert, dem Herausgeber des *Bremer Handelsblattes* und späteren Professor an der Universität Zürich. Er hoffte, die Entscheidungsträger in der Regierung für seine Sache zu gewinnen, und zwar sowohl durch direkte Beeinflussung, als auch durch eine öffentliche Meinung, die sich der zentralen Bedeutung des freihändlerischen Programms bewußt geworden war.¹⁹

Von Anfang an standen aktuelle Fragen im Vordergrund. Wie Böhmert schrieb, wollten die Organisatoren „sofort mit der Beratung brennender praktischer Tagesfragen beginnen, um die bei der deutschen Gründlichkeit gefahrvolle Beratung von theoretischen und formellen Fragen zu vermeiden.“ (Böhmert, 1900, S. 17f.) Das erste Treffen fand im September 1858 in Gotha statt und wurde polizeilich überwacht. „Publizisten, Beamte, Rechtsanwälte, Gelehrte, Handwerker - aus ihnen setzte sich die erste Versammlung vornehmlich zusammen. Vertreter der Industrie und des Kapitals fehlten völlig.“²⁰ Die Abwesenheit der letzteren sollte nicht überraschen. Von Anfang an wurde in scharfer Abgrenzung zu den Sonderinteressen auf das gemeinsame Wohl Aller Bezug genommen. So war in Böhmerts Gründungsaufwurf besonders von der Abschaffung der „Schutzzölle zu Gunsten privilegierter Gewerbetreibender und reicher Aktionäre“ die Rede (Böhmert, 1900, S. 201).

Es sollte hervorgehoben werden, daß die Kongreßmitglieder großen Anteil am Wohlergehen der ärmeren Bevölkerungsschichten nahmen. Der Kongreß umfaßte Männer wie Böhmert, August Lammers, Wilhelm-August Lette und andere, die einen guten Teil ihres Lebens damit zubrachten, sich für philanthropische Zwecke der einen oder anderen Art einzusetzen. Die Volkswirte befaßten sich vor allem mit den arbeitenden Armen. Die Liberalen fühlten sich als Vertreter der Interessen dieser armen Klassen gegenüber den Privilegierten, so etwa bei ihrem Ein-

¹⁸ Zum Kongreß siehe Grambow (1903) und vor allem Hentschel (1975).

¹⁹ Böhmert (1884, S. 193ff.). Die auf den Tagungen des Kongresses geführten Verhandlungen wurden regelmäßig in der *Vierteljahrschrift* veröffentlicht. Ein Beispiel für ihre Beeinflussung von führenden Regierungspolitikern gibt das Schreiben August Lammers an seinen Duzfreund Böhmert betreffs der Notwendigkeit, die Teilnahme von Rudolf von Bennigsen, der später der einflußreiche Führer der Nationalliberalen war, am Treffen des Kongresses 1858 sicherzustellen: „von Bennigsen ist ein werdender Staatsmann, künftiger hannoverscher Minister, der nicht früh und vollständig genug mit dem Weine der wirtschaftlichen Wahrheit getränkt werden kann.“ Emminghaus (1907, S. 76).

²⁰ Hentschel (1975, S. 35). Die Objektivität von Hentschels Behandlung der Freihändler wird deutlich beim Vergleich mit dem einstigen Standard in der Literatur, z.B. Albert Müssiggang (1968, S. 121) über den Kongreß: „Das Programm dieser Partei war durch das wirtschaftliche Interesse der kaufmännischen und industriellen Unternehmerschaft bestimmt, die dem Ideal des wirtschaftlichen Liberalismus anhing.“

treten für die Gewerbefreiheit, die von Böhmert „eines der ersten Menschenrechte - die Freiheit der Arbeit“ (Böhmert, 1900, S. 18). bezeichnet wurde. Böhmert wandte sich 1857 an die deutschen Regierungen:

„Wenn ihr dem eigenen Urteil, den Gesetzen der Wissenschaft und Erfahrung, dem Beispiel aller fortgeschrittenen Industrievölker nicht vertraut, so fragt die Hunderttausende eurer Fabrikarbeiter, deren einziges Gut, die Arbeitskraft, ihr durch Innungen, Prüfungen, Konzessionen beschränken wollt“ (Hentschel, 1975, S. 28).

Diese Botschaft vermittelten sie durch Arbeitervereine, Versammlungen usw. auch den Arbeitern selbst. Julius Faucher war berühmt für seine Vortragsreisen, auf denen er als eine Art „volkswirtschaftlicher Wanderprediger“ auftrat.

Das war die „Makroebene“, auf der die Frage, wie das Los der Arbeiter zu verbessern sei, behandelt wurde: Der Lebensstandard der Arbeiter würde auf längere Sicht durch den normalen Gang des Systems privater Unternehmen, das mit Hingabe zu vervollständigen die Liberalen sich anschickten, erhöht werden. Auf der zweiten Ebene, der „Mikroebene“ befaßten die Liberalen sich mit der kurzen Sicht: Die Arbeiter wurden zur Annahme guter Gewohnheiten angehalten, wie etwa zu Nüchternheit, zu Sparsamkeit und der Bereitschaft, hart zu arbeiten, sowie zur Selbstbeherrschung, die Anzahl ihrer Kinder entsprechend ihrer Mittel zu begrenzen. Desweiteren wurde ihnen empfohlen, sich im Rahmen von Genossenschaften und anderen freiwilligen Verbindungen gegenseitig Hilfe zu leisten und sich und ihre Kinder zu bilden.²¹ Im ganzen war dieses Programm als „Selbsthilfe“ bekannt. Es hat sarkastische Kommentare von seiten vieler Historiker hervorgerufen, was eigentlich nur verwundern kann, da es genau die Formel für das Weiterkommen innerhalb einer Marktwirtschaft ist.

Weite Teile der fortschrittlichen Elite Deutschlands standen mit dem Kongreß in Verbindung. Zu seinen Teilnehmern zählten Führer der verschiedenen liberalen Parteien und Mitglieder der deutschen Parlamente, darunter besonders des Preußischen Abgeordnetenhauses und später, in der Ära des Norddeutschen Bundes und zur Kaiserzeit, des Reichstags. Auch Beamte der Regierungen im Reich und in den Einzelstaaten waren häufig anwesend.

Das bedeutendste Medium, mit dem die Ansichten des Kongresses in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wurden, war die Presse. Die beiden hervorragendsten Organe der Freihändler waren das *Bremer Handelsblatt*, das eine Zeitlang von Böhmert herausgegeben wurde, und die *Ostseezeitung*, die Otto Wolff von 1853 bis 1884 herausgab. Zu den weiteren Zeitungen, welche die Position des Kongresses vertraten, gehörte die *Bremer Weser-Zeitung*, an deren Spitze der bekannte Journalist Alexander Meyer stand. Die von dem liberalen Politiker Heinrich Rickert herausgegebene *Danziger Zeitung*, die *Hamburgische Korrespondenz* und die *Hamburgische Börsenhalle* schlugen sich ebenfalls auf die

²¹ Alle Volkswirte einschließlich Prince-Smith waren, so scheint es, eifrige Unterstützer eines öffentlichen Erziehungswesens.

Seite des Freihandels. Andere Blätter, in denen freihändlerische Ideen vertreten wurden, waren die *Nationalzeitung*, die *Kölnische Zeitung*, und die *Frankfurter Zeitung* von Leopold Sonnemann. Bereits 1863 konnte Otto Michaelis resumieren: „Die Wahrheit, daß die Einmischung der bevormundenden Staatsverwaltung in das wirtschaftliche Leben des Volkes von Übel sei, ist in ziemlich allgemeiner Anerkennung.“ (Gehrig, 1914, S. 119) Die Lage war so, daß der Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller, einer protektionistischen Lobby der Schwerindustrie, sich bei späterer Gelegenheit darüber beklagte, daß „die gesamte Presse entschieden freihändlerisch“ sei, mit dem *Mercur* in Frankfurt a.M. als der einzigen wesentlichen Ausnahme. Die öffentliche Meinung sei von der Idee des Freihandels erobert worden: „Der Volkswirtschaftliche Kongreß, in dem sich die Lehren des Manchestertums verkörpert hatten, war mit seinen Anschauungen maßgebend für alle Kreise geworden.“ (Bueck, 1902, S. 127f., 130) Adolph Wagner, einer der wichtigsten Kathedersozialisten, äußerte bezeichnenderweise Unwillen darüber, daß sich die Berliner Presse angeblich in der Hand freihändlerischer Juden befände (Kirchgässner, 1991, S. 86).

Die damals von Bismarck betriebene Einigung Deutschlands wurde von den Teilnehmern des Kongresses leidenschaftlich begrüßt. Von Anfang an wurden ihre Bemühungen von der Überzeugung geleitet, daß - wie Böhmert es ausdrückte - „man den Aufbau eines heiß ersehnten deutschen Staates auf der realen Grundlage wohlbefestigter materieller Verhältnisse beginnen [...] und Preußen politisch an die Spitze Deutschlands bringen müsse.“ (Böhmert, 1900, S. 21) Die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme Deutschlands wurden eines nach dem anderen eingehend besprochen und Lösungen ausgearbeitet. Mit der Schaffung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1867 setzten die Führer des Kongresses, die sich mittlerweile mehrheitlich in der regierungsnahen Nationalliberalen Partei versammelt hatten, ihre Fachkenntnisse zum Wohle ihres Landes ein.

Diese Vereinigungsphase war der Höhepunkt der praktischen Wirksamkeit der Freihandelsbewegung. Otto Michaelis arbeitete als Vortragender Rat für Angelegenheiten von Handel und Industrie mit Rudolf Delbrück im Finanzministerium. Kongreßmitglieder im Reichstag führten den Kampf um die Freizügigkeit und um die Abschaffung der traditionellen Höchstzinssätze. Im April 1868 wurden die gesetzlichen wirtschaftlichen Beschränkungen der Eheschließung aufgehoben, und im nächsten Monat die Schuldhaft (Hentschel, 1975, S. 154ff.).

Die Gewerbeordnung vom Juni 1869 erfüllte die vom Kongreß gestellten Forderungen und stellt den Gipfel der freihändlerischen politischen Bemühungen dar. Sie hob „den Innungszwang, die Prüfungspflicht, die Beschränkung gewisser Gewerbe auf die Städte und das Verbot, mehr als ein Gewerbe gleichzeitig zu treiben,“ auf (Hentschel, 1975, S. 157). Verständlicherweise waren die Führer des Kongresses stolz auf das, was sie erreicht hatten. Böhmert stellt fest: „Seine Berichte und Arbeiten, Vorschläge und Beschlüsse haben in der neueren deutschen Gesetzgebung die umfassendste Berücksichtigung gefunden und sind in den Motiven vieler neuer Gesetze oft wörtlich enthalten.“ (Böhmert, 1884, S. 225)

Der ständige Vorsitzende Karl Braun rühmt den Kongreß zu recht dafür, daß er praktische Ergebnisse erzielte, wie sie keine andere Vereinigung in Europa vorweisen konnte.²²

Nach 1871 waren die meisten liberalen Reformen fester Bestandteil der Gesetzesstruktur des Reiches, und andere Reformen, zum Beispiel die Münzeinheit auf der Basis der Goldwährung (im übrigen ein weiterer Vorschlag des Kongresses) wurden in den frühen siebziger Jahren von der kaiserlichen Regierung verwirklicht. Vor allem im Bereich des internationalen Handels wurden die vom Kongreß verfochtenen Ideen zunehmend zur Grundlage staatlicher Betätigung. Der Freihandel schien alles überrollt zu haben. 1876 verkündete Ludwig Bamberger: „Niemand wagt mehr uns heute das alte Lied von dem Schutzzoll vorzutragen. Es ist ja auch nicht mehr möglich, es gibt keine Schule mehr, keine Lehrer, keine Doktrin, in Deutschland wenigstens, die den Schutzzoll vertritt.“ (Bueck, 1902, S. 136) Kaum drei Jahre später jedoch änderte der Mann, der diese Politik betrieben hatte, der Freihändler-Held Bismarck, seine Meinung, und die Welt des Freihandels sollte über Nacht eine andere werden.

IV. Der Pakt mit Bismarck

1863, inmitten des preußischen Verfassungskonfliktes, fügte Prince-Smith seinem Essay „Der Markt“ einige im Geiste der *Industrialistes* geschriebene Sätze zur wahren Bedeutung politischen Fortschritts hinzu. Er führt in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit des Staates, wie es damals gang und gäbe war, auf die Tatsache zurück, daß „neben der Nötigung, Befriedigung durch Arbeit zu schaffen, [...] [der Mensch auch] die Neigung [hat], sie in der Gewalt zu suchen.“²³ Während der Staat somit notwendig sei, um gewisse Individuen davon abzuhalten, ihre Bedürfnisbefriedigung durch Gewaltanwendung zu betreiben, erfolge der staatlich gewährte Schutz seinerseits jedoch „oft auf eine willkürliche,

²² Hentschel (1975, S. 167f.). Vgl. Julius Fauchers Kommentar zum Kongreß in Faucher (1870a, S. 165f.): „Die mächtig durchgebrochene wirtschaftliche Reform, des Ganzen wie der Teile, ist fast ausschließlich sein Werk.“ Die Errungenschaften der Freihändler in dieser Periode wurden selbst von ihren Gegnern anerkannt; siehe etwa Gehrig (1914, S. 119, Anm. 1 und S. 120).

²³ Dieser Gemeinplatz der französisch-deutschen liberalen Gesellschaftswissenschaft des 19. Jahrhunderts wurde zum Ausgangspunkt für Franz Oppenheimers Untersuchung des Staates, die 1909 erstmals veröffentlicht wurde: „Es gibt zwei grundsätzlich entgegengesetzte Mittel, mit denen der überall [durch den] gleichen Trieb der Lebensfürsorge in Bewegung gesetzte Mensch die nötigen Befriedigungsmittel erlangen kann: Arbeit und Raub [...] die eigene Arbeit und de[r] äquivalenten Tausch gegen fremde Arbeit [heißt] das ‚ökonomische Mittel‘, und die unentgeltene Aneignung fremder Arbeit das ‚politische Mittel‘ der Bedürfnisbefriedigung [...]“ Oppenheimer stellt dann seine klassische Definition des Staates vor: „Der Staat ist die Organisation des politischen Mittels.“ Oppenheimer (1990, S. 20f.).

den Wirtschaftsbedürfnissen wenig entsprechende Weise, er [der Staat] bestimmt, aus einseitiger Gewalt, Umfang und Art seiner Leistung und ebenso den Preis dafür.“ Dank unerbittlicher historischer Kräfte werde diese vom Staat ausgehende Gefahr - übrigens die einzige, die Prince-Smith erwähnt - aber in jedem Fall abnehmen:

„In dem Maße aber, in welchem die Wirtschaft fortschreitend und stärker wird, nötigt sie den Staat, sich mehr und mehr nach ihren Bedürfnissen und Grundsätzen einzurichten, also möglichst Freiheit zu lassen und den unentbehrlichen Schutz möglichst billig zu gewähren; - und hierin liegt der politische Fortschritt.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 24f., Hervorhebung im Original.)

Der Primat wirtschaftlicher über politische Kräfte schloß daher für Prince-Smith eine automatische Entwicklung zum Minimalstaat ein. Politischer Fortschritt war nichts als die Verwirklichung dieses Minimalstaates, der wenig Steuern fordert und seinen Bürgern im übrigen die Freiheit läßt, ihre eigenen Angelegenheiten zu verfolgen. Diese höchst begrenzte und überaus ökonomistische Auffassung ließ keinen Platz für eine genauere Befassung mit der Errichtung konkreter Verfassungsschranken für die Regierungsgewalt. Letztere würden schon von selbst entstehen, und zwar als Folge des wirtschaftlichen Fortschritts. Erst recht schloß diese Auffassung aus, daß die Beteiligung der Bürger an den Staatsangelegenheiten einen wie auch immer gearteten unabhängigen Wert besitzt. Die *Vierteljahrschrift* drückte den freihändlerischen Standpunkt des Jahres 1864 so aus:

„Es steckt schon politisches Moment, in letzter Instanz das alles entscheidende politische Moment, in volkswirtschaftlichen Fragen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind der Zweck der politischen Rechte. Vom Zweck aus nimmt die Bewegung den Anfang, die im Kampfe um das Mittel als politisches Leben erscheint“. (*Schunke*, 1916, S. 7)

Dies war die maßgebliche Haltung einer kleinen aber einflußreichen Gruppe von Freihändlern im Preußischen Abgeordnetenhaus der 1860er Jahre, zu der neben Prince-Smith auch Julius Faucher und Otto Michaelis zählte.

Meinungsverschiedenheiten zwischen den parlamentarischen Liberalen und der Regierung über die Reform des Militärwesens hatten zu einer Blockierung geführt. Die entschiedensten Liberalen, die in der Fortschrittspartei vereinigt waren, bestanden darauf, daß das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses das Recht einschloß, die von der Regierung vorgeschlagene Reorganisation der Streitkräfte zu untersagen oder abzuändern, und damit letztlich das Recht zu deren Kontrolle. Das zuzugestehen, war Wilhelm I. nicht bereit. Der dramatische Verfassungskonflikt zwischen Regierung und Mehrheit im Abgeordnetenhaus ließ die Wogen im ganzen Land hochgehen, und das Wort „Revolution“ machte die Runde.

Als Bismarck 1862 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, um die Regierung zu retten, hielt die Mehrheit der Liberalen innerhalb und außerhalb des Preußischen Abgeordnetenhauses ihn zunächst für einen gefährlichen Reaktionär. Heinrich von Treitschke etwa schrieb an seinen Schwager: „Höre ich aber einen

so flachen Junker wie diesen Bismarck von dem ‚Eisen und Blut‘ prahlen, womit er Deutschland unterjochen will, so scheint mir die Gemeinheit nur noch durch die Lächerlichkeit überboten.“ (Gall, 1980, S. 258) Die Spannungen setzten sich ebenso fort wie der Verfassungsstreit, begann aber mit dem Dänischen Krieg allmählich sich zu wandeln. Der glänzende Sieg von 1866 über Österreich machte schließlich die Mehrheit der Liberalen zu Konvertiten. Sie bekehrten sich zu begeisterten Anhängern Bismarcks.

Die Freihändlerpartei hingegen bedurfte einer solchen Bekehrung nicht. Ihre Mitglieder suchten eifrig nach Zeichen der Übereinstimmung in ökonomischen Fragen. Ihr Interesse daran war sehr viel größer als ihr Interesse an Meinungsverschiedenheiten in Verfassungsfragen. Wie Viktor Böhmert es ausdrückte, haben sie sich „zu Bismarck nie in einem so prinzipiellen Gegensatz befunden, wie die abstrakte Politik und staatsrechtliche Doktrin.“ (Böhmert, 1866, S. 270) Vielmehr waren sie von Anfang an für ihn, um so das Freihandelsabkommen mit Frankreich gegen starken Widerstand im Zollverein durchzusetzen (Lammers, 1869, S. 45f.). Warum sollten sie einem Kabinett, das sich in Wirtschaftsfragen so kooperativ erwies, mit Feindschaft begegnen, vor allem, wenn Verfassungsfragen ihrem Verständnis nach den alles überragenden ökonomischen Meinungsverschiedenheiten untergeordnet waren?

Es stimmt, daß die Freihändler vor übermäßigen Militärausgaben warnten: Nach der Auffassung Fauchers ist „die Wehrverfassung eines Staates in ihrem weitesten Umfange verstanden [...] der Vorrat des Staats an Wehrkraft.“ Militärische Stärke sei nicht an der Anzahl der Soldaten in der stehenden Armee, sondern am Nationalreichtum und der Qualität und dem Zuwachs der Bevölkerung zu messen. Der Staat müsse äußerste Vorsicht walten lassen, um das richtige Gleichgewicht zu bewahren, und dürfe keinesfalls die wahre Wehrhaftigkeit durch unnötige Wirtschaftslasten aufzehren. Faucher mahnte zu Mäßigung und Kompromißbereitschaft im Umgang mit der Regierung und vermittelte den Anschein, daß die vorliegende Streitfrage eine rein technische sei - „es gibt keine beste Heeresverfassung, als diejenige, welche volkswirtschaftlich die beste ist“. Er verkannte die tiefer liegenden Fragen, die der Einführung einer dreijährigen Dienstzeit und der Abschaffung der Landwehr zugrundelagen.²⁴ Diese Haltung zog ihm den Zorn des demokratisch-liberalen Führers Waldeck zu:

„Die Volkswirtschaft ist allerdings auch bei der Militärfrage an ihrer Stelle, aber es ist eine entfernte, es ist eine zweite, sie kann nicht den Anspruch machen, daß sie

²⁴ Faucher (1864a, S. 111ff.). In diesem und dem darauffolgenden Artikel (Faucher, 1864b, S. 130ff.), offenbart Faucher eine nationalistisch-militaristische Haltung, die ihn außerhalb der normalen Grenzen des liberalen Denkens zu diesen Fragen im 19. Jahrhundert stellt: Kriege rechtfertigen sich seiner Ansicht nach nicht nur aus „verletzte[m] [nationalen] Recht“ und der Bewahrung nationaler Unabhängigkeit, sondern auch aus „gekränkte[r] National-Ehre“ und, wie im Fall des Krieges mit Dänemark, aus langfristigen militär-strategischen Gründen, sowie um „die nationale Machtstellung“ zu behaupten.

durch Rechenexempel und Zahlen die Frage der Politik, die Frage der Wehrhaftigkeit, der Verfassung lösen kann“.

Waldeck hatte erkannt, daß die freihändlerische Strategie auf eine Kapitulation vor der Regierung hinauslief. Er klagte, er könne die Volkswirte nicht mehr von den Konservativen unterscheiden, die den „Feudalstaat, den aristokratischen Staat, den Militärstaat wollen.“ (*Schunke*, 1916, S. 22f.)

Solche Angriffe ließen die Freihändler kalt. Aus ihrer Sicht war ihre Position eine konsequent liberale. Sie hatten die Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Staat so weit getrieben, daß die einzigen Rechte, die sie als letztlich für entscheidend hielten, jene waren, die der gesellschaftlichen Sphäre zugeordnet sind und die den Kern von Benjamin Constants „moderner Freiheit“ (*Constant*, 1872, S. 539ff.) ausmachen. Politische Rechte hatten bestenfalls instrumentellen Charakter und dienten der Stützung der *eigentlichen* Rechte, vor allem der Rechte auf Eigentum und Vertragsfreiheit. Falls es sich unter bestimmten Umständen erweisen sollte, daß die Rechte der bürgerlichen Gesellschaft am besten durch die Beschneidung politischer Rechte gewährleistet wurden, falls die Regierung wirtschaftliche Freiheiten mehr fördern sollte als das Parlament oder sie besser zu verwirklichen in der Lage wäre, dann war es für die Freihändler nicht schwer, die Seiten zu wechseln: Es lag ihnen wirklich „blutwenig an der sogenannten politischen Freiheit.“

Doch mit der Vernachlässigung dessen, was Constant das „System der Garantien“ genannt hatte, waren Risiken verbunden. Als die *Vierteljahrschrift* 1863 recht hochtrabend verkündete „Es stirbt die Politik und die Volkswirtschaft allein belegt das gewonnene Gebiet mit Beschlag“ (*Schunke*, 1916, S. 15), so bezog sich das nicht auf das Ende der Politik an sich. Der preußische Staat hatte eindeutig nicht die Absicht sich aufzulösen; er mußte zumindest deshalb weiter bestehen, um die deutsche Einigung zu festigen und sie gegen ihr feindlich gesonnene Mächte verteidigen. Was die Freihändler stattdessen verkündeten, war das Ende jeglicher Befassung mit konstitutionellen Fragen.²⁵ Es ist, als ob der Umstand, daß viele von ihnen früh dem Anarchismus verbunden waren, bei ihnen eine dauerhafte Abneigung gegenüber der politischen Auseinandersetzung hinterlassen hätte. Während dieser Konflikt für die Hauptströmung des westlichen Liberalismus - einschließlich des entschiedenen Liberalismus in Preußen - ein notwendiger Grundzug liberaler Bestrebungen war, neigten die Freihändler der Meinung der französischen Physiokraten und *Industrialistes* zu, welche Verwicklungen in die Politik als Ablenkung von der Wirtschaft und damit vom eigentlichen Mittelpunkt des sozialen Lebens empfanden. Ob jedoch eine freie Wirtschaft angesichts des Fehlens eines freien Verfassungssystems auf einem festen Fundament ruhen würde, ist eine offene Frage.

²⁵ Der DDR-Historiker *Roland Zeise* (1980, S. 162) schreibt allzu richtig von der „Abneigung der extremen Freihändler um Prince-Smith gegen jede Behandlung der Verfassungsfrage.“

Durch die in der Mitte der 1860er Jahre erzielten Triumphe des preußischen Militärs fielen die Freihändler mehr und mehr einem patriotischen Rausch zum Opfer. Unmittelbar nach Königgrätz schrieb Böhmert verzückt:

„Die kühnsten Träume deutscher Patrioten reifen der Verwirklichung entgegen. Was wir erst in Jahrzehnten durch friedliche politische Arbeit zu erreichen hofften – die Umgestaltung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat mit preußischer Spitze unter Ausschluß Österreichs – liegt wenigstens nach Außen hin bereits halbfertig vor unsern überraschten Augen da“. (Böhmert, 1866a, S. 269)

Hätten die Liberalen im Preußischen Landtag nur gewußt, daß die Reorganisation der Armee *hierzu* führen würde, so hätten sie niemals „den unseligen Konflikt, welcher mehrere Jahre die Krone vom Volke trennte,“ fortgesetzt. Böhmert notiert ergeben: „die Volkswirtschaft [d.h. die Nationalökonomie] ist an sich die geschworene Feindin von Krieg, Revolution und Gewaltpolitik“. Damit verteidigt er die Ansicht, daß man sich nun so schnell wie möglich mit „den vollendete[n] Tatsachen“ abfinden solle, um „frisch und freudig“ neue Tätigkeiten zu entwickeln (Böhmert, 1866a, S. 269f.).

Im Artikel VI des von der Regierung Bismarck im Juni 1866 vorgelegten Bundesreformprojektes sieht Böhmert „den eigentlichen Wendepunkt in der Geschichte der nationalen Bestrebungen,“ da er wesentlich zur Durchsetzung des freihändlerischen Programms beitrage. Im künftigen deutschen Parlament werden „nicht abstrakte politische Doktrinen, sondern praktische Interessen und materielle Lebensfragen der Nation [...] den Hauptkern der Beratungen ausmachen.“ (Böhmert, 1866a, S. 271f.) Angesichts einer rückwärts gewandten öffentlichen Meinung sei im letzten deutschen Parlament, der Nationalversammlung von 1848, eine rationale Neuordnung der Wirtschaft nicht möglich gewesen; zwischenzeitlich hätten jedoch solide ökonomische Lehren in ganz Deutschland Verbreitung gefunden, nicht zuletzt durch die Bemühungen des Kongresses deutscher Volkswirte. (Böhmert, 1866a, S. 279)

Deutsche wanderten in so großer Zahl in die Fremde aus, erklärt Böhmert, um in den Genuß von Grundrechten zu kommen. Dazu zählt er die Freiheit der Arbeit, des Grund- und Bodenerwerbs und der Verheiratung ohne obrigkeitliche Erschwernisse. Höchst glaubwürdig betont er, daß „an diesen materiellen Rechten [...] Millionen von Deutschen weit mehr als an den idealen politischen Rechten [liegt].“ (Böhmert, 1866a, S. 291) Böhmert geht soweit, daß er sogar den Vorschlag Fauchers und Michaelis' unterstützt, nach dem die künftige deutsche Verfassung vorsehen sollte, daß von der Zustimmung der Volksvertretung unabhängige Steuerquellen geschaffen werden, „um den Rechtszustand im Innern und die Macht nach Außen aufrechtzuhalten.“²⁶

²⁶ Vgl. Böhmert (1866a, S. 301). Wie Zeise (1980, S. 166) beobachtet: „Das war nicht nur eine Preisgabe traditioneller liberaler Forderungen, sondern geradezu eine Legalisierung der Bismarckschen Lückentheorie.“

Wie die Mehrheit der preußischen Liberalen sprachen die Freihändler nun von „Realpolitik“ und von der „Macht der Tatsachen“; natürlich setzten sie sich eifrig für die Indemnitätsvorlage ein, mit dem Bismarck den Ausgleich mit der Opposition über die Verfassungsfrage suchte, während er sich aller Zusicherungen hinsichtlich des künftigen Verhaltens der Regierung enthielt. Die entschiedenen Liberalen wie Waldeck, Schulze-Delitzsch, Hoverbeck, Virchow und - damals noch nicht im Parlament - der junge Eugen Richter wiesen den Antrag zurück. Die Freihändler waren unter den ersten, die die Fortschrittsfraktion 1867 verließen, um, nicht ohne Kritik an ihren früheren Waffengefährten, die neue Nationalliberale Partei zu bilden. Michaelis bezeichnete sich und seine Verbündeten als „Abgeordnete, die überhaupt an der heftigen temperamentvollen Weise der Fraktion keinen Gefallen fanden.“ Da die Sorge der Freihändler der Wirtschaft galt, hatten sie „selbst unter dem Konflikt eine sehr starke und positive Gemeinsamkeit mit der Regierungspolitik und deren persönlichen Vertretern.“ (*Schunke*, 1916, S. 50)

Otto Michaelis war eine Hauptfigur unter den Freihändlern. Er war der Herausgeber des Wirtschaftsteils der *Nationalen Zeitung* und später Vortragender Rat unter Rudolf Delbrück im Finanzministerium, wo er bei der Gestaltung der Wirtschaftsgesetzgebung und insbesondere der Bankgesetze von 1870 und 1875 mitwirkte. Ihm wurde eine „gouvernementale Natur“ bescheinigt, denn er war stets zu Kompromissen bereit. Ja er erhob Kompromisse zu einem Wert an sich. Er schrieb:

„Es ist ein oft wiederholter Satz, daß die praktische Entwicklung sich in Kompromissen bewege. Ich bin so weit entfernt, in dieser Wahrheit eine Quelle der Entmutigung zu sehen, daß ich vielmehr in der Dialektik dieser Kompromisse die schöpferische Kraft erkenne, welche die Einrichtungen schafft, die so genau den Anschauungen und Bedürfnissen der Zeit entsprechen, daß die Fortschritte im Sinne unserer Prinzipien, welche sich in diesem Kompromisse vollziehen, gegen jede Reaktion gesichert sind.“ (*Michaelis*, 1873, S. vi.)

Sehr bald sollte sich zeigen, daß Michaelis' Ansicht weniger eine erfahrene politische Weisheit als naives Wunschdenken war.

Wie andere Freihändler flüchtete Michaelis sich in die Hoffnung, daß sich die Reichsverfassung von selbst in eine liberale Richtung entwickeln würde. Statt mit der Regierung im Streit zu liegen, sei es notwendig, „daß wir vielmehr der historischen Bildungskraft unseres Volkes vertrauen müssen.“ (*Schunke*, 1916, S. 82) Das würde zu einer spontanen Evolution nach englischem Muster führen. Was Michaelis jedoch verkannte, war die Tatsache, daß im Laufe der englischen Geschichte in kritischen Augenblicken entschiedenes und militantes Handeln gefordert war, um den freiheitlichen Charakter der englischen Verfassung zu wahren und zu mehren. Selbst Wilhelm I. hatte - anders als die Freihändler - die Re-

levanz begriffen, die Karl I. und Cromwell für die preußischen Ereignisse der 1860er Jahre hätten haben können.²⁷

V. Prince-Smith als Fürsprecher des Machtstaates

Im Mai 1870, auf dem Gipfel des freihändlerischen Erfolgs, wurde in Berlin ein „Aufruf zur Vereinigung der deutschen Freihändler“ veröffentlicht, der mit einem von Prince-Smith erstellten Programm versehen war (o.V., 1870, S. 149ff.). Trotz großer Erfolge in den Jahren des Norddeutschen Bundes gab es noch „Überbleibsel des Schutzsystems“, die abgeschafft werden müssen. Die Autoren des Aufrufs waren sich einig, daß „das Geschäft der Kreditvermittlung, die eigentliche Banktätigkeit, ein freies Gewerbe sein müsse,“ doch sie fügten hinzu, daß dies mit dem Bestehen eines Notenbankmonopols, also „einer Zentralbank, ohne Beschränkung konkurrierender Anstalten“²⁸ vereinbar sei. Mit einer ehrerbietigenden Geste gegenüber den maßgebenden Stellen, die als Freunde und Verbündete betrachtet wurden, betont Prince-Smith, daß „die Forderung auf Beseitigung von Schutzzöllen nicht verknüpft sei mit einer Forderung auf Kürzung von Staatseinnahmen“. Dies verband er mit einem Zugeständnis, das bei jedem echten Liberalen Erstaunen hervorrufen muß: „Wieviel für den staatlichen Schutz aufzubringen sei, ist eine politische Frage; die Frage für die Freihändler ist nur, wie der Betrag aufzubringen sei mit geringster Beeinträchtigung wirtschaftlicher Produktion.“

Bemerkenswert am Aufruf ist, daß die Kritik am Zollschutzsystem von einem Angriff auf die aufstrebende sozialistische Bewegung begleitet ist. Es werden jene verurteilt, deren Unkenntnis der Funktionsweise des Wirtschaftssystems dazu führe, daß sie dessen „willkürliche Umgestaltung“ und „Experimente mit dem Kapitale“ predigten, „deren unabweisbare Folgen doch nur in der Zerstörung

²⁷ Es soll hier natürlich nicht unterstellt werden, daß eine Revolution im Preußen der 1860er Jahre möglich gewesen wäre, sondern nur, daß eine Art revolutionärer Handlung den Verfassungskonflikt im Sinne der liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhaus hätte entscheiden können.

²⁸ Böhmert vertrat auch mit Nachdruck die Wichtigkeit eines nicht zentralisierten und nicht monopolistischen Banksystems (Böhmert, 1866a, S. 288f.). Siehe auch Smith (1990, S. 57ff., 114ff.) über deutsche Fürsprecher des free-banking. Die Frage war von größter Bedeutung für die Freihändler. Wie Schunke (1916, S. 26) schrieb: „Den Volkswirten schien es dringend nötig, gerade das Bankwesen unter die regelnde Gewalt der freien Konkurrenz zu stellen, aus dem Zirkel eines Konzessionierungs- und Monopolsystems und eines unter dieser Übermacht verkümmerten lokalen Bankwesens herauszukommen.“ Otto Michaelis, der führende Vertreter der Freihändler in Sachen Bankfreiheit, erklärte: „Es ist Sache des Unternehmungsgeistes, aus diesem Bann herauszutreten und durch Schöpfung von Depositenbanken ein Bankwesen ins Leben zu rufen, dessen eigene Kraft die Fesseln der Reglementierung zu zersprengen und die Bankfreiheit zu erobern ist.“ Zitiert ebenda.

eines erheblichen Teiles der Mittel zum Unterhalt der Lohnarbeiter bestehen könnten, und schweres Leiden zumeist den unteren Volksschichten bereiten müßten.“

Die beabsichtigte Vereinigung kam nicht in Gang, doch die Freihändler waren zunehmend über den Sozialismus beunruhigt. Im Jahr zuvor war in Eisenach eine sozialdemokratische Partei mit Bebel und Liebknecht an der Spitze gegründet worden. Eine typische Reaktion aus dem Lager der Freihändler ist die von Julius Faucher, für den der Sozialismus nichts weniger als eine „Gefahr für die ganze Zivilisation“ (*Faucher*, 1870, S. 162) darstellt. Zur gleichen Zeit kritisierte Prince-Smith in mehreren Veröffentlichungen sowohl das Programm der Sozialdemokraten als auch Johann Jakobis Wiederbelebung des Lassallschen Planes der Produzentenkooperativen - eines der „Experimente mit dem Kapitale“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 357ff., 400ff.), die bereits im Aufruf angegriffen wurden. In Antwort auf jene Kritik an der Marktwirtschaft, die sich auf das Pathos der Arbeiterbewegung stützte, wird Prince-Smith nicht müde, die liberale Sichtweise zu wiederholen:

„Der Lohn für Händearbeit läßt sich nicht anders erhöhen, als durch stärkeres Ansammeln von Kapital, neue Erfindungen zur Steigerung der technischen Wirksamkeit des Kapitals, geschicktere Betriebsleitung, kaufmännisch zweckmäßigere Verlegung der Betriebszweige, und höhere geistige, sittliche und technische Ausbildung der Handarbeiter“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 422).

Jakobi hält er entgegen, die Arbeiter hätten zwar einen berechtigten Grund zur Klage gegen den Staat, der ihre Verdienstmöglichkeiten in früheren Zeiten auf mannigfache Art geschmälert habe, doch nichts rechtfertige eine Klage gegen ihre Arbeitgeber, die das Kapital bereitstellten, das ihnen ihren Lebensunterhalt zu verdienen erlaubt. Er spottete über Jakobis Behauptung, der Arbeiter sei „nach und nach von seinen Arbeitsmitteln getrennt“ worden - als ob die Millionen Menschen, die zur Bevölkerung hinzugekommen sind, einst Werkzeuge oder Land mit entsprechendem Kapital besessen hätten, das ihnen irgendwie entzogen worden sei. Im Gegenteil, erklärte Prince-Smith mit Worten, die bereits damals „politisch nicht korrekt“ waren: „Nicht die Arbeiter haben das Kapital geschaffen, sondern umgekehrt, das Kapital hat die jetzige Anzahl der Arbeiter ermöglicht.“²⁹

²⁹ *Prince-Smith* (1877, S. 399, 418). Ludwig Bamberger war wahrscheinlich der letzte deutsche Liberale, der es sich erlaubte, so geradeheraus von den Verdiensten der Kapitalisten zu sprechen. Er schrieb (1898), daß Krupps Jahreseinkommen von sieben Millionen Mark wenig im Vergleich zu dem Reichtum wäre, den sein Unternehmen schaffte, einschließlich der Löhne an seine Tausenden von Beschäftigten - „und die alle vereinigt hätten nicht ins Leben gerufen, was der eine Kopf des Unternehmers geschaffen hat.“ Bambergers Bewunderer *Hartwig* (1900, S. 23) hatte vermutlich recht, als er schrieb: „Niemand hat den Handelsstand gegen sozialistische Weltverbesserer, hochmütige Aristokraten und die Weisheit der Gelehrten und Bürokraten so zu vertreten gewußt wie er.“

Prince-Smiths letztes Werk war ein größerer Essay mit dem Titel „Der Staat und der Volkshaushalt“, den Karl Braun als sein „politisches und volkswirtschaftliches Testament“³⁰ bezeichnet. Obwohl er immer wieder betont hatte, daß seine Absicht darin bestehe, Wege zur Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung zu weisen, trug Prince-Smith doch niemals jene „sentimental-humanitäre“ Miene zur Schau, wie Viktor Böhmert. Aber selbst hieran gemessen ist sein letzter Essay bemerkenswert hart in Ton und Ansatz. Er präsentiert sich als ausgesprochener Darwinist, nach dessen Meinung die Ökonomen bereits seit langem die Hauptbotschaft des Darwinismus rezipiert haben, nach der die „Entstehung der Arten durch natürliche Auslese oder das Erhaltenbleiben der begünstigten Rassen im Ringen um die Existenz“ – so der Darwinsche Buchtitel – bestimmt ist.

Um jeglicher Berufung auf „soziale Gerechtigkeit“ oder auch auf ein liberal-individualistisches Naturrecht vorzubeugen, bezieht Prince-Smith als strikter Gesetzespositivist Stellung: „Rechte stehen einem nur insofern zu, als sie durch Gesetz einem zugesprochen sind [...] Wo kein Gesetz und keine zu dessen Durchführung eintretende Staatsmacht vorhanden ist, da gibt es kein Recht.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 150) Im Ergebnis bedeutet das ein Hobbes'sches Gesellschaftsbild, in dem ein allmächtiger Herrscher das, was Recht ist, bestimmt und die zum Glück aller Untertanen erforderliche Ordnung aufrechterhält. Gleichheit auf dem Marktplatz – im Sinne einer Abschaffung von Privilegien und die Öffnung des Berufszugangs für jedermann – sei gerechtfertigt, weil sie zum größten wirtschaftlichen Fortschritt führt. Doch Gleichheit im Reich der Politik kann so nicht gerechtfertigt werden; hier sei uns die Aufgabe gestellt, „nicht Gleichheit herzustellen, sondern eine herrschende Übermacht zu errichten und zu unterhalten.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 155)

Im Hinblick auf eine zentrale Frage gibt Prince-Smith hier seine früheren Überzeugungen auf. Wo es sich um Militarismus und Krieg handelt, geht er sogar so weit, daß er genau die Einstellungen verspottet, die er als junger radikaler Freihändler vertreten hatte. Er verurteilt Vorschläge, „wie sie auf gewissen Programmen figuriert haben“ zur Einführung eines Milizheeres und die drastische Verringerung des Militärhaushalts. Er verhöhnt jene, die glauben, daß „jedes Volk nur widerstrebend in die von den Regierungen angezettelten Kriege getrieben werde.“³¹ Stillschweigend wendet er sich von Cobdens Vorschlag ab, Kriege mit Hilfe von Schiedsgerichten abzuschaffen. Das sei gut gemeint, aber zweck-

³⁰ *Prince-Smith* (1877, S. 133ff.); Vorrede, Friedrich Bastiat, *Eine Auswahl aus seinen Werken*, S.vi-vii. Braun vermerkt hier die scharfe Kehre in Prince-Smiths Ansichten über Militarismus, die „nach Aufrichtung des deutschen Nationalstaats“ erfolgt ist.

³¹ *Prince-Smith* (1877, S. 161f., 184f.). Im Jahre 1850 drückt Prince-Smith etwa seinen tiefen Verdacht gegen die politischen Obrigkeiten, deren Gewohnheit es war, „Schutz- und Kriegsteuern den gegeneinander gehetzten Völkern aus der Tasche“ zu ziehen; zitiert in *Wolff* (1880, S. 315).

los, da sich souveräne Staaten solchen Schiedssprüchen nicht unterwerfen könnten, wenn ihre lebenswichtigen Interessen auf dem Spiel stünden (*Prince-Smith*, 1877, S. 166f.).

Liberales, die immerfort gegen den Krieg predigten, seien blind für die Wirklichkeit. In ihrer einseitigen Konzentration auf den Volkshaushalt lehnten sie es ab, das Vorhandensein und den Einfluß „des Staatsinnes des Volkes“ zu sehen. Prince-Smith versucht, diesen „Staatsinn“ mit eigenartigen psychologischen Nützlichkeitsbegründungen zu rechtfertigen:

„Durch diesen Staatsinn nun fühlt sich der schwache Einzelmensch eins mit einer starken Gemeinschaft, einem Staatswesen, welches eine gebieterische Macht entfaltet und sich vor der Welt Achtung erzwingt. Er rettet sich dadurch vor dem erdrückenden Gefühl seiner Ohnmacht in der Vereinzelung, gegenüber dem wogenden Gedränge des Lebens. In dem Bewußtsein der Staatsangehörigkeit gewinnen die Schwachen Selbstgefühl; die Niedrigen sehen sich von Glanz umstrahlt. Denn ein auffällender Zug bei allen Menschen ist die Fähigkeit, sich durch die Einbildungskraft die Leistungen anderer anzueignen.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 162)

In einer Passage, die sich liest, als ob sie zur Bestätigung der marxistischen Lehre von der ideologischen Mystifikation des Kapitalismus verfaßt worden wäre, stellt Prince-Smith fest, daß der Trieb, sich mit einer Gemeinschaft eins zu fühlen, auch deshalb wertvoll ist, weil er uns „über manche Entbehrung“ hinweghilft und „uns befähigt, manches Ungemach leichter zu tragen.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 163)

Prince-Smiths Essay legt gleich das Verständnis für Realpolitik, so wie es im vorangegangenen Jahrzehnt bei den Freihändlern vorherrschte, offen. Wir müßten die Wirklichkeit sehen, wie sie sei: Der Staat „existiert als ‚Macht‘, und das Wesen der Macht ist es überhaupt unter ihren Willen den Willen Anderer zu beugen.“ Wenngleich es zwei Sphären des sozialen Lebens gäbe, nämlich den Staat und die Gesellschaft bzw. den „Volkshaushalt“, habe „die Rücksicht auf den Volkshaushalt [dort] kein Gewicht, wo sie staatlichen Forderungen gegenübersteht,“ da letztere „Existenzfragen“ seien. Wir seien bereit - und müßten bereit sein -, unser Vermögen und selbst unser Leben für die Erhaltung der Souveränität unseres Staates zu opfern. (*Prince-Smith*, 1877, S. 163f.)

Das sind verblüffende Zugeständnisse vom einstigen Erzvater des methodologischen Individualismus und des Minimalstaates. In der Wirtschaft sei das Einzelinteresse maßgebend, „aber wir haben auch das Bedürfnis, uns bisweilen frei zu fühlen von der Herrschaft unseres Einzelinteresses,“ das Bedürfnis, „für die Gemeinschaft zu wirken.“ Ökonomen hätten das nicht durchgängig verstanden. Vielmehr blickten sie auf den Staat bloß als ein Übel, „wenn auch ein notwendiges,“ dessen einzige Aufgabe darin bestehe, „die unerlässliche Sicherheit“ für Arbeit und Eigentum mit geringster Belastung zu garantieren. Das ist genau die Haltung, die Prince-Smith über Jahrzehnte hinweg verteidigte. Der Ökonom, so gibt er zu verstehen, solle von den Fachpolitikern lernen, für die das Staatsleben

„die Quelle eines stärkenden und erhebenden Selbstbewußtseins“ sei. (*Prince-Smith*, 1877, S. 166)

Nicht nur im Hinblick auf das Außenverhältnis tritt Prince-Smith für die Staatsmacht ein, sondern auch im Innern. Dabei ist er ein Gegner parlamentarischer Regierungsformen. Der ihn beherrschende Gedanke kommt in der Bemerkung zum Ausdruck, die Parlamentsherrschaft in England sei kein Beweis für deren Fähigkeit, sich „vor Weiterwälzungen der Souveränität und den neuen Wandlungen der Staatsform [zu schützen], womit die heraufblutenden sozialistisch-politischen Wogen sie bedrohen.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 171)

Was Deutschland anbelangt, so wendet sich Prince-Smith besonders gegen das Programm der Fortschrittspartei: Das Unterhaus des Parlaments dürfe keine Macht haben, der Regierung Steuern zu verweigern. Wo auch immer ein Abgeordnetenhaus das Recht geltend mache, „die Regierung einnahmelos und alle Welt von gesetzeswegen zu Steuerverweigerern zu machen,“ habe jene keine andere Wahl, als solcher Anmaßung mit Gewalt zu begegnen. In ähnlicher Weise dürften die Minister nur dem König Verantwortung schulden; auf parlamentarischer Verantwortung zu bestehen, bedeute die Forderung, „stets Mittel in der Hand zu haben, womit man die organisierte Regierung desorganisieren und die Revolution unter gesetzlicher Form und voller Unsträflichkeit der Urheber, in Szene setzen kann.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 174, 176).

Prince-Smith weist den ehrwürdigen liberalen Begriff der „Teilung der Macht“ von sich - „als ob sich Macht ‚teilen‘ liesse!“ Stattdessen müsse der Monarch - als dauerndes Bollwerk gegen die Verwüstung der Finanzen - „eine überwiegende Geltung“ gegenüber ihrer „Usurpation“ durch „Redner des Parlaments“ besitzen. Unter Wiederaufnahme eines Arguments, das die französischen Physiokraten zugunsten des *despotisme légal* gebrauchten, behauptet Prince-Smith, daß die Monarchie den gleichen Vorteil besitze, „der einem Landgute erwächst aus der Verwaltung eines permanenten Eigentümers, der nicht auf den augenblicklichen, sondern auf den nachhaltigen Ertrag und eine tunliche Kultursteigerung sinnt, im Vergleich mit dem Raubbau seitens einer Reihe von Zeitpächtern.“³² Interessanterweise hat Prince-Smith auf diese Weise die Entwicklung der demokratischen Regierungsformen zu einem System prinzipiell ungezügelter Besteuerung vorausgeahnt.

Doch der unmittelbarere und dringendere Grund dafür, eher dem Monarchen als dem Parlament die Macht zu übertragen, liege darin, daß letzteres wenig Schutz biete „gegen die Usurpation der unwissenderen Klassen, deren Bestrebungen gerichtet sind auf Unterwühlung der Grundbedingungen unserer bestehenden Kultur.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 162) Hier treffen wir auf den Kern der Sache.

³² Eine neuere Ausarbeitung dieses Arguments findet sich bei *Hoppe* (1994, S. 319ff.).

Prince-Smith fürchtet die Folgen des allgemeinen Wahlrechts, das in die neue Reichsverfassung eingeführt worden war. Er mag sich dessen bewußt gewesen sein, daß Sozial-Konservative wie Hermann Wagener gerade deswegen dafür stritten, weil sie hofften, es bedeute das Ende des *Laissez-faire*.³³ In jedem Fall sei es die einfache Wahrheit, daß das Volk nicht weiß, „was seine wahren Interessen sind,“ und leicht von Demagogen verführt werde. Auf sich alleine gestellt, würde es die Konfiszierung von Eigentumsrechten gutheißen oder, wie er bereits im Zusammenhang mit der Frankfurter Nationalversammlung glaubte beobachten zu können, den Wettbewerb beschränken, um die eine oder andere Produzenten-Gruppe zu privilegieren. Es könne daher nicht gestattet werden, daß die Existenz der Gesellschaft den Händen des Volkes anvertraut wird:

„Es handelt sich um die Grundlagen unserer staatlichen und wirtschaftlichen Kultur; diese dürfen nicht erschüttert werden; denn es sind keine beliebig erfundenen und willkürlich bestimmten Grundlagen, sondern solche, die sich bewährt haben, nachdem viele sich als nicht haltbar erwiesen und darum schwanden.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 184f.)

In Prince-Smiths Sicht ist die kapitalistische Gesellschaft zu einem Rennen gegen die Zeit verurteilt. Jahre zuvor war er sich sicher, daß die Einführung eines freien Marktes schnell zu Wohlstand führen würde: Es „läßt sich zur vollen Beschäftigung aller das genügende Kapital unschwer und sogar rasch schaffen bei voller Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung, - wenn nur nicht der Staat zu viel vom Geschafften verschlingt.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 21f.) Nun ist sein früher Optimismus - genau wie seine kritische Haltung gegenüber den Staatsausgaben, vor allem für das Militär - verschwunden. Die Zahl derer, die bislang eine komfortable wirtschaftliche Lage erreicht hätten, ist seinem Eingeständnis nach klein. Solange das der Fall sei, sei die Gesellschaft „immer der Gefahr des Umsturzes ausgesetzt.“ Die einzige Hoffnung liege darin, die Massen einstweilen in Schach zu halten, damit der Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung die gesellschaftliche Basis jener ausweitet, die ihr Interesse an der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung klar erkennen können. Der Volksbildung überantwortet er es, die Wahrheiten der politischen Ökonomie zu vermitteln und das „Zutrauen zu den Hütern des Gemeinwohls“ zu stärken, damit „politischer Friede und staatliche Ordnung ihren vollen Segen spenden können.“

Indessen müsse jenen entgegengetreten werden, „welche, aus Ungeduld völlig rücksichtslos geworden, in ihrem Unmute die Stützsäule des Tempels umreißen möchten.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 186, 191) Prince-Smiths Verzweiflung äußert sich in seinem Lob für monarchischen Pomp zu Zeiten des Absolutismus: Die Epoche sei unvermeidlicherweise arm gewesen, doch hätten die ärmeren Klassen zumindest eine gewisse Befriedigung nachempfunden in der königlichen Zur-

³³ Wagener begrüßte das allgemeine Wahlrecht hauptsächlich, weil „die breiten Schichten [...] die Regierenden nun zu durchgreifenden sozialpolitischen Maßnahmen und zur Absage zu Manchester zwingen [würden].“ *Saile* (1958, S. 96).

schaustellung von Reichtum (*Prince-Smith*, 1877, S. 159). Der tiefere Sinn dieses Lobs liegt darin, daß ein ähnliches „Opiat“ für die Massen durchaus auch für die Zeit des Übergangs zu einer reicheren kapitalistischen Gesellschaft erforderlich sein könnte.

Doch wenn die Gesellschaft durch „das schrankenlose Walten des Volkshauens“ bedroht wird, kann die Antwort nicht in der Herrschaft der Oberklassen liegen. Die Erinnerung sei allzu frisch, wie diese ihre Macht dazu benutzt hätten, um mit Hilfe des Staates sich Privilegien zu verschaffen. In einer prophetischen Passage bemerkt Prince-Smith, daß die Idee des Freihandels von geringem Gewicht wäre, wenn es wieder Aussicht auf die Wiedereinführung der Privilegien gäbe:

„Jetzt freilich ist die Erkenntniss schon allgemeiner verbreitet, daß das eine Interesse nicht auf Kosten der anderen, sondern nur im Verein mit den anderen gefördert werden kann. Aber darauf wäre nur schwacher Verlaß, wenn erst die Sonderinteressen wieder in die Lage, mithin in die Versuchung kämen, ihren alten Monopolgelisten zu fröhnen.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 191)

Was also ist zu tun? Das unerbittliche Fortschreiten des kritisch-rationalen Geistes, der alles in Frage stellt, führe, so wertvoll das auch in vieler Hinsicht sei, mit Sicherheit auch zur Infragestellung der privaten Eigentumsordnung. Prince-Smith räumt ein: „Die Sache ist eine sehr heikle.“

Vielleicht sollten wir das Wahlrecht nur für mehr als dreißig Jahre alte Personen einräumen oder besser noch auf die über vierzig Jahre alten? Was den Volksunterricht anbelangt, so habe er bislang nicht sonderlich gut funktioniert, doch vielleicht wären größere Anstrengungen in dieser Richtung hilfreich? Prince-Smiths Zuflucht zum öffentlichen Erziehungswesen, um die Marktwirtschaft zu retten, verrät seine Mutlosigkeit; in einem früheren Essay behauptet er, es sei für Beamte natürlich, dem Sozialismus zuzuneigen, da ihre eigene Stellung in der Gesellschaft eine sozialistische sei (*Prince-Smith*, 1877, S. 363). Aber er führt kein Argument an, warum es sich bei den mit dem öffentlichen Erziehungswesen betrauten Beamten auch nur einen Deut anders verhalten sollte.

Auf jeden Fall führten polizeiliche Maßnahmen gegen die Verbreitung sozialistischer Ideen zu Nichts, da letztere lediglich populäre Ansichten zum Ausdruck bringen. Vielmehr sollten alle Anstrengungen unternommen werden, „um allgemein einen Grad von Kenntnissen und Verstandesbildung zu verbreiten, der die, seitens der Einsichtslosen, stets drohende Gefahr zu beseitigen oder wenigstens zu mindern vermochte.“ Jahre zuvor hatte Prince-Smith geschrieben: „Unsäglich schwierig ist es, das Verständnis gesunder Volkswirtschaft zu verbreiten“ - nicht wegen der erforderlichen geistigen Fähigkeiten, sondern weil menschliche Schwäche sich der Annahme ökonomischer Wahrheiten widersetze (*Prince-Smith*, 1877, S. 26). Es kann daher nicht überraschen, wenn er in zutiefst pessimistischem Ton zu dem Schluß kommt: „ob man das Volk werde zur Ein-

sicht erheben können, ehe seine Einsichtslosigkeit allzu großen Schaden anrichtet, ist leider sehr ungewiß.“ (*Prince-Smith*, 1877, S. 191ff.)

Prince-Smith sah sich mit einem Problem konfrontiert, das viele liberale Denker vor und nach ihm beschäftigen sollte: Wenn das auf Privateigentum beruhende Gesellschaftsmodell tatsächlich das einzige ist, das mit den Interessen der großen Mehrheit in Einklang steht, wie kann man dann sein Fortbestehen sichern, wenn die Mehrheit unfähig oder nicht Willens ist, diese Tatsache zu erfassen?

In dem vier Jahre zuvor veröffentlichten Artikel „*Die Sozialdemokratie auf dem Reichstag*“ hatte Prince-Smith bereits den Gebrauch von Gewalt gegen die Verbreitung sozialistischer Ansichten verworfen.³⁴ In ähnlicher Weise wies er die Suche nach einem „Retter der Gesellschaft“, um „durch Errichtung einer staatlichen Willkürherrschaft den Volkshaushalt schützen zu können“, (*Prince-Smith*, 1877, S. 398) als töricht zurück. Es ist nicht klar, ob er so noch am Ende seines Lebens dachte. Jedenfalls zeigt „*Der Staat und der Volkshaushalt*“, wie weit er angesichts der sozialistischen Bedrohung von früher vertretenen, eher typisch liberalen Positionen abwich. Die unbestrittene Herrschaft des Monarchen, der Staat und seine Macht als höchstes Gut, die bereitwillige Hinnahme des Krieges und die Förderung irrationaler Werte als Ersatz für subjektive Überlegungen, die sich auf kurze Sicht gegen die Marktordnung richten könnten – all' dies wird als Mittel hingenommen, um die Gesellschaft vor selbstzerstörerischen Massen zu bewahren.

Interessanterweise gelangte zu etwa der gleichen Zeit Boris Tschitscherin, der größte liberale Denker Rußlands im 19. Jahrhundert, zu ähnlichen Schlußfolgerungen: „Beim Anblick dieser kommunistischen Bewegung bleibt dem aufrichtigen Liberalen nichts anders übrig, als den Absolutismus zu unterstützen [...]“ (*Leontovitsch*, 1957, S. 142). Zumindest erlaube die absolute Monarchie weitreichende bürgerliche Freiheiten, vor allem hinsichtlich des Privateigentums, wohingegen die Errichtung eines sozialistischen Systems mit Abschaffung des Privateigentums die Grundlage aller anderen bürgerlichen Freiheiten zerstören würde.

Prince-Smith mag gut und gern das erste Beispiel dafür sein, was man das „Pareto Syndrom“ nennen könnte. Zu Vilfredo Paretos Zeit war das Parlament zum Hort der Sonderinteressen geworden, welche Steuerzahler und Verbraucher nach Belieben ausplünderten, während gleichzeitig eine radikal-sozialistische Arbeiterbewegung privaten Eigentümern genau wie Arbeitern Gewalt antat, ohne von den apathischen Staatsorganen daran gehindert zu werden. Diese Umstände veranlaßten Pareto sich solchen Lehren zuzuwenden, die Irrationalismus und Gewalt als Faktoren des sozialen Lebens betonten. Politisch, aber nicht ökonomisch, gab

³⁴ *Prince-Smith* (1877, S. 363): „Den Sozialdemokraten das freie Herausreden beschränken, hieße eingestehen, daß man ihnen nicht Gründe, sondern nur Gewalt entgegenzustellen hätte.“

er seine früheren radikal-liberalen Werte auf und akzeptierte eine autoritäre Antwort auf die wachsende Bedrohung der auf Privateigentum beruhenden Ordnung. Am Ende unterstützte er auch die faschistische Machtergreifung (*Finer*, 1968, S. 440ff.; *Rothbard*, 1995a, S. 455ff.).

Wolfgang Mommsen spricht in diesem Zusammenhang von der „mangelnde[n] Resistenz des Liberalismus“ gegen den Faschismus. Sie sei in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts vor allem in Italien, aber auch in Deutschland zu beobachten. Seiner Ansicht nach hängt dies

„wesentlich damit zusammen, daß die traditionelle liberale Theorie gegenüber den neuen Problemen der industriellen Massengesellschaft auf weiten Strecken ratlos war und daher in liberalen Kreisen die Neigung weckte, die antimodernistischen Tendenzen des Faschismus mit einer gewissen Sympathie zu betrachten, ohne sich die Unvereinbarkeit des eigenen Ethos mit eben dieser Position voll einzugestehen.“ (*Mommsen*, 1979, S. 167f.)

In dieser Interpretation liegt ein gerüttelt Maß an Wahrheit, wenn „die neuen Probleme der industriellen Massengesellschaft“ in bestimmter Weise interpretiert werden. Das zentrale „Problem,“ das ein gewisses liberales Abdriften zum Faschismus hervorrief, lag im Auftauchen einer politischen Bewegung, die behauptete, von der Masse der Industriearbeiter gestützt zu werden, und die beabsichtigte, die auf dem Privateigentum beruhende Gesellschaftsordnung zu zerstören. Ob sie sich nun auf das allgemeine Wahlrecht stützte, wie zu Zeiten Prince-Smiths, oder auch auf gewaltsame Mittel, wie in der Epoche der Komintern - diese Wirklichkeit gewordene radikal-sozialistische Bedrohung machte viele europäische Liberale „ratlos.“ In Italien unterstützten Liberale wie Pareto, Alberto de Stefani und Luigi Einaudi die faschistische Machtergreifung nicht aus einer Neigung zum „Antimodernismus,“ sondern aus Furcht vor einer zwangsweisen Leninisierung ihres Landes.³⁵ Aus ihrer Sicht lag der verhängnisvolle „Irrationalismus“ ganz auf seiten der ökonomisch ungebildeten Sozialisten und ihrer übertölpelten Anhänger, die sich anschickten, ein Regime von Hunger und Massenterror einzuführen.

In den 1880er Jahren brachte Ludwig Bamberger seine Bewunderung über die von ihm vermutete Standfestigkeit der englischen Elite gegenüber einer sozialistischen Revolution zum Ausdruck. Dies sei eine Elite, die „wenn es zum Ernst der Entscheidung über diese Dinge käme, keinen Spaß verstünde.“ (*Bamberger*, 1886, S. 13) Für viele italienische Liberale der frühen 1920er Jahre - wie für einige andere an anderen Orten zu späterer Stunde - war es genau dazu gekom-

³⁵ Vgl. *Raico* (1996, S. 1ff.); ebenso *Vivarelli* (1991). Zu Einaudi im besonderen siehe *Vivarelli* (1981, besonders S. 310ff.).

men; und sie verstanden bestimmt keinen Spaß.³⁶ Es war in der Tat eine historische Tragödie, nicht zuletzt deshalb, weil die politische Philosophie, die damit begonnen hatte, eine Welt nahezu grenzenloser Freiheit zu entwerfen - wie in den frühen Essays von Prince-Smith - unter historischen Zwängen damit endete, daß sie sich auf die Seite des autoritären Staates schlug. Aber wer trug dafür letztlich die Verantwortung?

³⁶ Die Unterstützung der faschistischen Bewegung durch einen prominenten italienischen Wirtschaftsliberalen findet einen typischen Ausdruck durch *Antonio de Viti de Marco* (1929, S. viii-ix).

Kapitel 3

Eugen Richter: Seine Laufbahn, seine Gedanken und seine Kritiker

Den rechten Kämpfer jedoch für die Rechte und Freiheiten des Volkes erkennt man daran, daß er auch in den für den Liberalismus ungünstigen Zeiten auf dem Platze bleibt. – *Eugen Richter*¹

I. Eugen Richter in der Literatur

Besonders für Ausländer, die sich mit dem deutschen Liberalismus befassen, ist die Feindseligkeit manchmal auffallend, die ihm sowohl in seiner Zeit als auch seitens der Historiker widerfahren ist. Wie nicht anders zu erwarten ist, steht diese Antipathie in direktem Zusammenhang mit der Folgerichtigkeit und der Integrität der jeweiligen Ausprägung des Liberalismus. So spricht etwa Paul Kennedy in seinem Werk über die im späten 19. Jahrhundert wachsende Feindschaft zwischen Deutschland und England von der „Giftigkeit und [dem] blinden Haß, die hinter so vielen der Angriffe auf das Manchestertum in Deutschland stecken.“ (*Kennedy*, 1980, S. 152)

Diese feindselige Einstellung galt - und gilt - besonders Eugen Richter, dem Mann, der über drei Jahrzehnte lang in Deutschland *der* politische Vertreter der alle Kulturvölker umfassenden liberalen Bewegung war. Das sollte jedoch nicht überraschen. Sowohl die Konservativen als auch die Sozialisten - jene beiden Lager, die am meisten Einfluß auf die Darstellung der deutschen Geschichte genommen haben - fanden Richter unerträglich. Folglich wurde er abschätzig behandelt oder sogar völlig übergangen, so daß er heute auch der Mehrzahl gebildeter Personen nahezu unbekannt ist. Vom traditionellen Geschichtsbild aus gesehen, ergibt dieser Umstand vielleicht einen gewissen Sinn; er entspricht aber keineswegs der neueren Sicht. Deshalb ist ein Versuch, Richters Bedeutung für den deutschen Liberalismus und die deutsche Geschichte darzustellen, zulässig und vielleicht auch notwendig. Im folgenden werden Richters Gedanken, seine politische und seine Gesellschaftsphilosophie recht ausführlich behandelt. Das ist bei solchen Kommentatoren selten anzutreffen, die von vornherein davon ausgehen, daß seine Ideen von keinerlei Interesse sind. Die wichtigsten Punkte der an Richter geäußerten, schablonenhaften Kritik werden ebenfalls erörtert.

¹ *Stenographische Berichte des Reichstags* (im folgenden *SBR*, 1884d, S.1115).

Wer erinnert sich heute an Eugen Richter? Sein hundertfünfzigster Geburtstag im Jahre 1988 blieb vollkommen unbeachtet, und dies sogar in Hagen, der Stadt, die er drei Jahrzehnte lang im deutschen und im preußischen Parlament vertrat. Dennoch stellte ein neuerer Kritiker Richters fest, daß den „Zeitgenossen [...] sein Name - im Guten oder im Bösen - sicher nicht minder geläufig [war] als der des ‚Eisernen Kanzlers‘, geläufiger [...] als der des langjährigen Führers der deutschen Sozialdemokratie.“²

Während des größeren Teils der Ära des Kaiserreiches war Eugen Richter der meisterhafte, wenn auch strenge Führer der Fortschrittspartei und später des Freisinns - des „entschiedenen“ (oder Links-) Liberalismus.³ Er war der prominenteste Oppositionsführer im deutschen Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus,⁴ darüber hinaus ein unermüdlicher Journalist und Zeitungsherausgeber.⁵ In der Tat war er der bedeutendste politische Repräsentant des echten Liberalismus in der ganzen Geschichte Deutschlands.

Zumindest auf einem verborgenen Nebenweg setzte sich Richters Einfluß noch lange nach seinem Tod fort: Ludwig Erhard, der Deutschland nach der Katastrophe des Nationalsozialismus auf den Weg zur Marktwirtschaft brachte, bezeugt, daß er in einem „liberalen Elternhaus“ aufgewachsen war, „liberal im guten alten Sinne.“ Erhards Vater war „ein glühender Anhänger“ von Eugen Richter.⁶

² *Fleck* (1988, S. 69). Das einzige mir bekannte Gedenken an Richters Geburt, neben Flecks wenig wohlwollendem Artikel in *liberal*, war mein eigener, bescheidener Beitrag (vgl. hierzu *Raico*, 1988a, S. 77ff.).

³ Die Literatur über Richter ist äußerst dürftig. Siehe vor allem *Rachfahl* (1912, S. 261ff.); dann *Richter* (1894; 1896); *Richter* (1893); *Klein-Hattungen* (1912); *Ullstein* (1930); *Rohfleisch* (1946) und *Raico* (1989, S. 99ff.). Siehe auch *Fleck* (1988) sowie *Seeber* (1986, S. 302ff.). Die neueste umfassendere Behandlung von Richter, die nun unglücklicherweise häufig als das Standardwerk angesehen wird, stammt von Ina Susanne *Lorenz* (1980). Sie ist vor allem wegen des unerschöpflichen Widerwillens der Verfasserin gegen ihren Untersuchungsgegenstand und ihr Unverständnis des „entschiedenen“ Liberalismus in Deutschland bemerkenswert.

⁴ Zur Geschichte der linksliberalen Parteien, denen Richter der Reihe nach vorstand, siehe *Koch* (1981, S. 88ff., 106ff.).

⁵ Siehe die informative, aber höchst kritische Arbeit von *Ullstein* (1930); siehe auch *Koszyk/Pruys* (1970, S. 223ff.).

⁶ *Henkels* (1972, S. 551). Siehe auch *Altmann/Gross* (1972, S. 23): „Die Wurzeln dieses Engagements [für Marktwirtschaft und Demokratie] mögen in Ludwig Erhards eigener Tradition zu suchen sein, auch der Tradition seiner Familie - sein Vater war ein Anhänger Eugen Richters. Der Freisinn hat zweifellos dazu beigetragen, den geschichtlichen Hintergrund seines Denkens auszuprägen.“ Die Autoren legen jedoch dar, daß Erhard dem Staat einen wesentlich größeren Umfang an Betätigungen gestattete, als Richter es tat. Dennoch ist es - was den Kampf mit den Sozialisten betrifft - möglich, Spuren eines Richterschen Einflusses im Denkansatz Erhards zu sehen, und zwar in der Tatsache, daß Erhard, „im Unterschied zu Adenauer, diese Auseinandersetzung [über Marktwirtschaft oder Planwirtschaft] fast ausschließlich als geistige verstanden hat, nicht als Machtkampf zwischen bürgerlicher Regie-

Der Höhepunkt von Richters politischer Laufbahn kam im Jahre 1884, als er zum Vorsitzenden einer vereinigten linksliberalen Partei gewählt wurde, nämlich zu dem der Deutschen Freisinnigen Partei, die mit mehr als hundert Mandaten die größte Fraktion im Reichstag stellte. Die Stunde des Liberalismus in Deutschland schien gekommen zu sein: Kaiser Wilhelm I. war 87 Jahre alt, und der Kronprinz Friedrich war der freiheitlichste aller Hohenzollern. Aber es kam anders, als es vielleicht für die Deutschen zu wünschen gewesen wäre: Das politische Geschick Bismarcks sorgte dafür, daß die Freisinnige Partei in zwei Wahlen zertrümmert wurde, und als Friedrich 1888 endlich den Thron bestieg, war er todkrank. Diese Wechselfälle haben jedoch der politischen Einstellung Richters nichts anhaben können. Für weitere anderthalb Jahrzehnte hielt er eisern an seinen Grundsätzen fest, welche allerdings seinen zahllosen Kritikern zunehmend überholt und belanglos erschienen. Unglücklicherweise ist der Verfall des deutschen Liberalismus mit Eugen Richters Laufbahn eng verknüpft. Am Ende war er der letzte echt liberale Führer, der im Parlament einer großen Nation verblieben war.

* * *

Jenseits eines engeren Freundes- und Mitarbeiterkreises waren die über Richter geäußerten Meinungen und Stellungnahmen sowohl zu seinen Lebzeiten als auch später unter Historikern außergewöhnlich negativ. Das ist auch weiterhin der Fall. Verständlich ist das seitens seiner damaligen politischen Feinde: Ob Rechte oder Linke - Richter ersparte ihnen niemals die Hiebe seiner ansehnlichen analytischen Fähigkeiten und seines beißenden Sarkasmus, und er konnte sie bis aufs Blut reizen. Maximilian Harden nennt einige Feinde, die sich Richter gemacht hatte:

„Von denen, die [...] unter Bambergers Führung zu ihm gekommen waren, wieder verlassen und unheilbarer Tyrannis angeklagt. Von den Sozialdemokraten geschmäht, wie sonst nur die um Fingersbreite vom Dogmenwege gewichenen Genossen. [...] Wie schalten und höhnten wir ihn! Fanden ihn, wenn wir ihn angeschwärzt, noch immer nicht schwarz genug. Hießen ihn rückständig, einen Kalkulatorkopf, blind, fossil“ (*Harden*, 1906, S. 419).

Kronprinz Wilhelm, der spätere Wilhelm II., heckte sogar einen - allerdings niemals verwirklichten - Plan aus, Richter von sechs Unteroffizieren „durchhauen“ zu lassen.⁷

Bismarck, der „den Fortschritt resp. dessen Nachfolgerin, die deutsch-freisinnige Partei, als seinen schlimmsten Feind“ (*Wagener*, 1884, S. 78) ansah, ging so weit, Richter und die anderen Führer der Fortschrittspartei „die deutsche Version der russischen Nihilisten“ zu nennen. Es vertraute dem greisen Kaiser Wilhelm I. an, unter Männern wie Richter sei „das Material für Conventsdeputierte“ zu fin-

„rung und sozialistischer Opposition.“ Damit wird angedeutet, daß Adenauer einem eher Bismarckschen Ansatz folgte.

⁷ Nach dem Bericht des Kronprinzen Rudolf von Österreich-Ungarn; *Hamann* (1978, S. 333).

den (Buchner, 1975, S. 732). Hans Delbrück verglich Richter mit dem athenischen Demagogen Kleon und brandmarkte ihn als den Führer einer Partei, „deren Enthusiasmus der Silberling“ ist (Delbrück, 1926, S. 136ff.; Thimme, 1955, S. 31f.). Für Theodor Heuss war Richter ein „verstimmer, wenn auch gescheiter Philister“, der von „phantasiarmer Rechthaberei“ (Heuss, 1963, S. 81) erfüllt war. Seitens der Linken drückte Franz Mehring die Antipathie seiner marxistischen Genossen dadurch aus, daß er Richter als einen „Diener und Helfer des Großkapitals“⁸ bezeichnete. Richter für seinen Teil erwiderte diese Schmähung. August Bebel, der Führer der Sozialdemokraten, klagte: „Richter macht den Eindruck, als sähe er uns alle mit souveräner Geringschätzung an.“ (Bebel, o.J., S. 92)

Richters Ansehen sank in den Jahrzehnten nach seinem Tod 1906, da der echte Liberalismus in Deutschland zur reinen Erinnerung verkam. Historikern, die den großen Kanzler und alle seine Taten verherrlichten und priesen, erschien sein wichtigster Gegenspieler als ein nörgelnder Erbsenzähler, ein reiner Querschüsser. Dieser Eindruck resultiert besonders aus dem Umstand, daß Richter, anders als Bismarcks Gegner unter den Sozialisten und dem Zentrumsabgeordneten, keine geistigen Erben hinterließ und von jenen, die sich nach ihm „Liberales“ nannten, ausdrücklich nicht anerkannt wurde. Auch für Historiker der sozialistischen Bewegung, die Richters Widerstand gegen Bismarck gebilligt haben mögen, war der unermüdliche Feind der marxistischen Bewegung und bekannte Autor der spöttischen *Sozialdemokratischen Zukunftsbilder* eine Unperson. Was die Sozialisten Richter nie verzeihen konnten, war, daß er nicht wie andere Politiker - und anders als die Mehrheit der Historiker - den Sozialismus nach den gutgemeinten *Absichten* seiner Möchtegern-Gründer beurteilte, sondern nach den wahrscheinlichen *Folgen* der von ihnen verkündeten Grundsätze gesellschaftlicher Organisation.

Da mittlerweile die Skepsis über den bleibenden Wert der Bismarckschen Errungenschaften und über das Emanzipationspotential des Sozialismus gewachsen ist, könnte man meinen, es sei nun die Zeit für eine gerechtere Würdigung Richters gekommen. Doch im Zeitalter einer fast universellen Zustimmung zum Wohlfahrtsstaat ergeht es Richter, der neben Ludwig Bamberg der aggressivste Kritiker seiner Anfänge war und der niemals Abbitte für seine Gegnerschaft leistete, nicht besser als früher. Unter modernen Historikern sind Richters „Doktrinarismus“, „Dogmatismus“, „Negativismus“ und „Starrsinn“ fast sprichwörtlich geworden. Thomas Nipperdey meint zum Beispiel, die Steigerung der theoretischen Orientierung des Liberalismus durch Richter sei „bis ins Extrem des starren Dogmatismus“⁹ gegangen. Oft bleiben die politischen Voreingenommenheiten, die den Verdammungsurteilen zugrundeliegen, kaum verborgen. In seinem Stan-

⁸ Mehring (1966). Warum aber gerade des Großkapitals, bleibt unklar.

⁹ Nipperdey (1972, S. 238); siehe auch Born (1957, S. 28); ebenso Barkin (o.J., S. 239), wo der Verfasser Richter dafür anklagt, daß er „nicht den dogmatischen liberalen Grundsatz des Nichteingreifens abgelegt hatte.“

dardwerk über die deutschen Parteien stellt Ludwig Bergsträsser Richter dem Freisinnigen Albert Hänel gegenüber und behauptet: „Hänel hatte bei völlig liberaler Gesinnung ein starkes Staatsgefühl,“ während andererseits Richter „in der oppositionellen Stellung nunmehr stecken blieb“ - so als ob es vollkommen klar wäre, daß „ein starkes Staatsgefühl“ im Deutschland der Zeit Richters eine wünschenswerte Eigenschaft war. Bergsträsser geht auch auf Richters „blinde Opposition“ und seine vermeintliche Stellung als „reiner Kritiker“ ein (Bergsträsser, 1960, S. 132, 183f.). Das fast einstimmig akzeptierte Urteil der Fachwelt faßt Winfried Baumgart dahingehend zusammen, daß er ihn als „den ewigen Nein-Sager“ (Baumgart, 1986, S. 135) charakterisiert.

Andererseits war Richter gerade da, wo er seinen Kritikern „dogmatisch“ und „doktrinär“ erschien, für die abnehmende aber standhafte Schar seiner Anhänger um die Jahrhundertwende „unerschütterlich und unbeugsam“¹⁰ in seinen Grundsätzen - „die fleischgewordene liberale Doktrin,“¹¹ wie es einer von ihnen ausdrückte.

Doch neben den politisch beeinflussten Urteilen gibt es einen Bereich der Übereinstimmung zwischen Freunden und Feinden. Gerade so sprichwörtlich wie Richters „Dogmatismus“ waren seine Arbeitswut und seine außergewöhnlichen Fähigkeiten, besonders sein Fachwissen in allen, vor allem aber den das Militär betreffenden Finanzangelegenheiten. Bismarck selbst mußte zugeben: „Richter war wohl der beste Redner, den wir hatten. Sehr unterrichtet und fleißig; von ungefälligen Manieren, aber ein Mann von Charakter. Er dreht sich auch jetzt nicht nach dem Winde [...]“ (Harden, 1906, S. 429) Theodor Heuss, der zu seinen Gegnern im liberalen Lager zählte, gesteht eher unwillig zu, daß Richter der „einflußreichste Führer des entschiedenen Liberalismus“ war, und „gewiß der im Einzelstück [sic] kenntnisreichste Abgeordnete der deutschen Parlamente.“ (Heuss, 1949, S. 180)

Diese Seite Richters wurde von den Spezialisten für den deutschen Liberalismus des späten 19. Jahrhunderts - ob sie ihm nun sympathisierend gegenüberstanden oder nicht - besser gewürdigt als von Gelehrten mit eher allgemeineren Interessen. Letztere neigen dazu, sie zu übersehen. So hebt der DDR-Historiker Gustav Seeber, der Richter als den „haßerfüllte[n] Gegner der revolutionären Arbeiterbewegung“ und als „Verfechter unmittelbarer wirtschaftspolitischer Interessen der Bourgeoisie“ (Seeber, 1986, S. 302, 310) bezeichnet, nichtsdestotrotz seine „Arbeitskraft und Arbeitslust“ und seine „schier unerschöpfliche[] Produktivität“ (Seeber, 1986, S. 316, 310) hervor. Unter den neueren Kritikern

¹⁰ Eickhoff (1927, S. 21). Das Urteil stammt aus dem Jahre 1899, anlässlich des 25. Jahrestages von Richters Vertretung der Stadt Hagen. Eickhoff zufolge mußten selbst Richters Feinde zugeben, daß er sich „zum begabtesten, uneigennützigsten, mutigsten Vorkämpfer der freiheitlichen, der liberalen Weltanschauung in unserem deutschen Vaterlande“ (ebenda) entwickelt hatte.

¹¹ So das Urteil Felix Rachfahls in seinem Aufsatz „Eugen Richter und der Linksliberalismus im Neuen Reich“ (Rachfahl, 1912, S. 372).

hat Hans-Georg Fleck „sein[en] überragende[n] Arbeitsfleiß, eine große rhetorische Begabung, ausgeprägtes Organisationstalent und eine flinke, nie ermüdende Feder“ (Fleck, 1988, S. 73) eingeräumt. Das ist geschichtlich bedeutsam, weil es gerade diese Eigenschaften waren, die Richters Führungsrolle im deutschen Linksliberalismus über so viele Jahrzehnte hinweg begründeten.

Vielleicht ist noch ein Wort zu Richters Persönlichkeit von Interesse. Hans-Peter Goldberg beschreibt Richter mit den Augen seiner zeitgenössischen Kritiker als einen Mann mit „einem Auftreten, das auch im persönlichen Umgang nie einfach und rückhaltlos gewesen sei [...] rechthaberisch, Unterordnung fordernd, unwirsch - ein Mann mit wenig Freunden. Starrsinnig und unbeugsam [...]“ (Goldberg, 1993, S. 57). Im großen und ganzen trifft das wahrscheinlich zu.¹²

Doch bevor zuviel Aufhebens um die Frage der Persönlichkeit Richters gemacht wird, sollten wir uns das Urteil Friedrich Naumanns über seinen alten Widersacher in Erinnerung rufen: Richter war, so Naumann, „ein Mann aus einem Guß.“ (Naumann, 1919, S. 46) Er war schließlich der linksliberale Führer im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus, Führer der im ganzen Reich vertretenen linksliberalen Partei und Herausgeber einer Tageszeitung; nach der Beschreibung eines Zeitgenossen war er „der fleißigste Mann des deutschen Reichstags, der Tag und Nacht am Schreibtisch saß“ und der seiner Arbeit schließlich auch seine Gesundheit opferte (Müller-Meinigen, 1926, S. 184). Berücksichtigt man all das und auch die Tatsache, daß er für anderthalb Jahrzehnte in der deutschen Politik der große Gegenspieler des berühmtesten und mächtigsten Mannes in Europa war, so wird es möglich, seine „unattraktiven“ Züge richtig einzuordnen. Obwohl sich, Heuss zufolge, Theodor Barth und Richter „wechselseitig haßten“, ist es Barth, der vielleicht am knappsten all das ausdrückte, was zur Persönlichkeit seines Gegners gesagt werden muß: „Es lag Größe in der Herbheit seines Charakters, in der Geschlossenheit seines Wesens. Ein mächtiger Wille beherrschte dieses Leben [...]“¹³

¹² Als Richard Eickhoff, ein Freund und Anhänger Richters, einige Erinnerungen an den liberalen Führer veröffentlichte, fand er es angemessen, einige Worte über „den Menschen Eugen Richter“ anzufügen. Das tat er in Form eines Berichts über eine Soirée, die Richter für eine Anzahl seiner engsten Freunde am Abend des 7. Februar 1902 gab. Wenngleich ein großzügiger und beispielhaft aufmerksamer Gastgeber, war Richter selbst „wie immer in der Gesellschaft, schweigsam.“ Eickhoff (1927, S. 31ff.) Obwohl das Fest offenbar harmonisch war, ist es dennoch bemerkenswert, daß Eickhoff, der ihn seit 1869 kannte, nichts Aufschlußreicheres über „den Menschen Eugen Richter“ zu berichten wußte, als diese Episode.

¹³ Barth (1923, S. 86). Heuss' Kommentar findet sich in Heuss (1949, S. 180). Vielleicht lohnt es sich, Maximilian Hardens Bemerkung aus Harden (1906, S. 432) zu beachten: „Dieser derbe deutsche Kerl wollte lieber einsam sein als in einer Gesellschaft, die ihm nicht behagte. Das trug ihm Haß ein; schuf ihm aber auch Bewunderung, dem Rauhen sogar zärtliche Liebe.“

II. Die Anfänge

a) Sozialer Hintergrund und Erziehung

Richter wurde am 30. Juli 1838 in Düsseldorf geboren (irgendwie schafft es seine Biographin Ina Susanne Lorenz, das Geburtsdatum falsch wiederzugeben¹⁴). Sowohl sein Vater wie auch sein Großvater waren Regimentsärzte. Die Atmosphäre im Elternhaus war „oppositionell“: so wird berichtet, daß man die *Kölnische Zeitung* „mit großem Interesse“ las. Der alte Richter war liberal gesinnt und eine Art lästiges Element für die Militärbehörden. Ohne Genehmigung der hohen Vorgesetzten veröffentlichte er scharfe Kritiken an den medizinischen Vorkehrungen in der preußischen Armee, was jedoch schließlich zu Reformen führte. Die einsamen und langwierigen Kämpfe, die sein Vater gegen halsstarrige Behörden führte, waren dem jungen Richter Anschauungsunterricht dafür, wie ein standfestes Individuum mit den „mannigfachen Zurücksetzungen, Kränkungen und Anfeindungen, welche unzertrennlich sind von jeder öffentlichen Tätigkeit,“ (*Richter*, 1893, S. 18) fertig wird. Jahre später erinnert sich Richter daran, daß sein Vater ihn als Jungen dazu ermutigte, solche Werke wie die von Pertz geschriebene Biographie des Freiherrn vom Stein und Gervinus' *Geschichte des 19. Jahrhunderts* zu lesen.

Als Schüler am Gymnasium zu Koblenz mußte Richter die Festrede zum Geburtstag König Friedrich Wilhelm IV. halten. Aus diesem Anlaß wollte er ein paar Worte sowohl über die verfassungsmäßigen Rechte der Preußen, als auch über die angestammten Freiheiten der Deutschen hinzufügen, aber die Zensur des Gymnasialdirektors durchkreuzte seinen Plan. Seine „vornehmlich kritisch-verstandesmäßige Anlage“ entwickelte Richter von früher Jugend an (*Rachfahl*, 1912, S. 262f.).

Richter ist eines der herausragenden Beispiele für den Einfluß der Ideen auf die Politik.¹⁵ Er studierte Jura in Bonn, wo er bei Friedrich Dahlmann hörte, und in Heidelberg, wo er die Vorlesungen von Robert von Mohl besuchte. Auf diese Weise wurden ihm die Ideen des Rechtsstaates durch zwei seiner berühmtesten Vorkämpfer vermittelt. Gleichfalls in Heidelberg erfuhr Richter den für ihn wichtigsten akademischen Einfluß, und zwar durch die Vorlesungen von Karl Heinrich Rau, dem damals bekanntesten Gelehrten Deutschlands auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft. Als Schüler Raus erwarb Richter jene beiden Eigenschaften, um deretwillen er als Parlamentarier am meisten gerühmt wurde: seine „soliden Kenntnisse auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft“ und seine „uner-

¹⁴ Lorenz (1980, S. 27) gibt als Richters Geburtstag den 28. Mai an, was falsch ist. Siehe Richter (1893, S. 181); vgl. auch Meyers *Konversations-Lexikon* (1889, S. 815).

¹⁵ Zu jenen, die seine regierungsfeindliche Haltung auf die Schwierigkeiten zurückführten, die er mit einer reaktionären Verwaltung hatte, erwiderte Richter: „Ich habe aber dieselben Grundanschauungen, welche ich späterhin parlamentarisch vertrat, in Folge von Erziehung und Bildungsgang schon lange gehabt [...]“ Richter (1893, S. 136).

schütterlichen freihändlerischen Überzeugungen.“¹⁶ Während seiner drei Semester in Heidelberg verpaßte Richter keine von Raus Vorlesungen; außerdem war er Teil einer kleinen Studentengruppe, die sich in Raus Studierstube traf und dabei lernte, „volkswirtschaftliche Einzelercheinungen nach den allgemeinen Lehrsätzen der Nationalökonomie [zu] begreifen und [zu] erklären.“ (*Richter*, 1893, S. 25)

Von Rau erhielt Richter eine so gute Einführung ins ökonomische Denken, wie sie zu jener Zeit nur irgend erhältlich war. Erich Streissler macht auf die lange Zeit vernachlässigte deutsche „proto-neoklassische“ Tradition in der Volkswirtschaftslehre aufmerksam, von der Rau ein herausragendes Beispiel ist. Während die englische Volkswirtschaftslehre noch in den Widersprüchen der Arbeitswertlehre steckte, hatten die Deutschen bereits den subjektiven Nutzen als Grundlage wirtschaftlichen Werts entdeckt.¹⁷ Als wichtiger Vertreter dieser fruchtbaren Tradition zeichnet Streissler Rau für bedeutende Fortschritte verantwortlich, wie etwa für „die symmetrische Behandlung aller Preise (einschließlich der Faktorpreise) nach dem Muster von Angebot und Nachfrage und für die Theorie der Preisgrenzen; er verwendet auch Opportunitätskostengedanken, erklärt die wechselseitige Vorteilhaftigkeit des Tausches [...] zeichnet ein Diagramm der Nachfrage- und Angebotskurven bei gegebenem Angebot mit dem Gleichgewichtspreis im Schnittpunkt der Kurven [...]“ Zudem war Rau einer der ersten, die die Bedeutung des Unternehmers betonten. Er behandelte die „unternehmerische Betätigung[en] als einen vierten Produktionsfaktor.“¹⁸ Das für Richter wichtigste Element in Raus Gedankengut war dessen Auffassung von der Marktwirtschaft als *einem Ganzen* - als ein feingespinnnes und geordnetes System, das vom Eigennutz angetrieben und durch Wettbewerb im Gleichgewicht gehalten wird. Es ist daher kaum verwunderlich, daß sich Richter Jahre später, als er auf Leute wie Gustav Schmoller und Adolph Wagner, also auf Freunde der Sozialpolitik und des Staatssozialismus traf, nicht von deren akademischen Glanze blenden ließ.

Raus Ansichten zur Regierungspolitik entwickelten sich von einem frühen kameralistischen Konservatismus zu einer ausgesprochen liberal-individualistischen

¹⁶ *Rachfahl* (1912, S. 264). Auch Viktor Böhmert war ein Student von Rau, nachdem er in Leipzig bei Roscher gehört hatte; Böhmert bezeichnet Rau als „Anhänger und hervorragenden deutschen Vertreter“ der Schule Adam Smiths; *Böhmert* (1900, S. 13).

¹⁷ *Streissler* (1990, S. 31ff.). Vgl. auch das Kapitel über „Die deutsche Gebrauchswertschule,“ in *Brandt* (1992, S. 169ff.). Gottlieb Hufeland nahm etwa bereits 1807 den Ansatz der modernen Österreichischen Schule vorweg; Brandt zufolge vertrat er die Auffassung, daß „nicht die Produktionskosten [...] über die Preise [bestimmen], sondern die subjektiven Gebrauchswerte. Der Gebrauchswert ist die Tauglichkeit eines Gutes als Mittel zu einem bestimmten Zweck. Objektiv lassen sich solche Gebrauchseigenschaften nicht fassen, sie sind Ausdruck subjektiver Wertung.“ (*Brandt*, 1992, S. 171)

¹⁸ *Streissler* (1990, S. 51). Streissler erklärt, Rau sei nach seiner Sicht „einer der am weitesten unterschätzten Pioniere in der Geschichte des ökonomischen Denkens.“

- obgleich keinesfalls „doktrinären“ - Position, was sich in den verschiedenen Ausgaben seines einflußreichen Lehrbuches widerspiegelt. Richter traf Rau wahrscheinlich auf dem Höhepunkt seines Wirtschaftsliberalismus. Was die Wirtschaftspolitik angeht, können wir auch sehen, daß viele von Richters eigenen Ansichten auf vorangehenden Darstellungen in den Schriften seines Lehrers beruhen: „gut individualistisch sind die leitenden sozialpolitischen Grundsätze,“ wie ein Kenner von Raus Denken schreibt.¹⁹ Sozialistische Bestrebungen lehnt Rau als „Wahngebilde“ (Neumann, 1927, S. 75) ab - eine Schlußfolgerung, die auch der künftige Autor der *Sozialdemokratischen Zukunftsbilder* zog.

Schließlich mag Rau Richter durchaus noch auf eine weitere Art beeinflußt haben, die den liberalen Führer später der Kritik aussetzte. Karl Neumann registriert „die etwas kleinliche und pedantische Wesensart Raus,“ die schon früh durch „den kameralistischen Erziehungsgang in die ihr zusagenden Bahnen gedrängt [worden .. und], allen spekulativen Gedankengängen, allen ‚luftigen Brücken der Philosophie‘, abhold [war].“ (Neumann, 1927, S. 12f.) Hier liegt womöglich ein Vorbot der „Faktenbesessenheit“ und des „Mangels an einer weiteren Sicht,“ die Richter häufig vorgeworfen wurde.

Richter verfaßte Vorträge für Raus Studierstube, die er alsbald als Artikel an Zeitungen schickte. In einem von diesen, der sich gegen die Wuchergesetze richtet, drückt der Zwanzigjährige bereits aus, was die Säule seiner liberalen Sozialphilosophie werden sollte - die Harmonie der langfristigen Interessen aller Gesellschaftsklassen: „Jeder Unbefangene aber muß einsehen, wie ohne das Kapital, das der Sparsame aufhäuft, überhaupt keine Produktion denkbar ist.“ Kapital und Arbeit sind daher letztlich Verbündete, und ihre Interessen befinden sich im Einklang (Seeber, 1986, S. 305).

An der Berliner Universität nahm Richter am Seminar des Statistikers Carl Friedrich Wilhelm Dieterici teil. Doch weit mehr als von den Vorlesungen fühlte sich Richter von den Sitzungen des Preußischen Abgeordnetenhauses angezogen. Der Aufenthalt in Berlin verschaffte auch Gelegenheit zum Kontakt mit jenen Männern, die damals den Kongreß deutscher Volkswirte ins Leben gerufen hatten, darunter John Prince-Smith und seinen Kreis. Er besuchte mehrere der jährlichen Treffen des Kongresses und hielt sogar Ansprachen. Zudem lieferte er Beiträge für die *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte*, die damals zu erscheinen begann. Viele Jahre später erinnert sich Richter der Ansprache, die Karl Braun, der Vorsitzende aller Tagungen des Kongresses, 1859 in Frankfurt a. M. hielt und deren Hauptpunkt lautete: „Hätten wir auch noch kein deutsches Reich, so gäbe es doch eine deutsche Nation, derer *allgemeinen* wirt-

¹⁹ Neumann (1927, S. 95). Rau bevorzugte Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe zur Verbesserung der Lage der Arbeiter: „insbesondere ist zu wünschen, daß die Arbeiter die volkswirtschaftlichen Gesetze kennen lernen, um sich vor Irrwegen zu hüten.“ Er empfahl Arbeitervereine zur Unterstützung von bedürftigen Mitgliedern, Verbrauchergenossenschaften und „Hilfskassen [...] mit freiwilligem Beitritt und Beteiligungsmass“ für Invalidität und Alter, sowie für die Hinterbliebenen. (Neumann, 1927, S. 95f.)

schaftliche Interessen der Kongreß zum Unterschied von den Kongressen für einzelne Berufsklassen zu vertreten hat“ (*Richter*, 1893, S. 32. Hervorhebung im Original). Auch Richter hielt eine Rede vor dieser Versammlung, und zwar „vom Standpunkt des Lernenden“ über die damalige mangelhafte volkswirtschaftliche Ausbildung an deutschen Fakultäten.

Es war die heroische Zeit des Wirtschaftsliberalismus in Deutschland. Seine zuversichtlich gestimmten Wortführer setzten das Programm auf, das in der Reichsgesetzgebung von 1867 bis 1875 verwirklicht werden sollte. Sie halfen so bei der Grundlegung der modernen deutschen Wirtschaftsordnung. In Richters Augen übertrugen diese Männer das in die politische Wirklichkeit, „was sich mir zunächst als wissenschaftliche Überzeugung während der Universitätsstudien aufgedrängt hatte.“ (*Richter*, 1893, S. 33) Für einen deutschen Liberalen war dies eine Zeit, da alles möglich schien, und Richter hat sie als junger Mann erlebt.

b) Frühe Karriere und Eintritt in die Politik

In diesen Tagen begegnete Richter auch Schulze-Delitzsch, dem Führer der Genossenschaftsbewegung, der später sein enger Bundesgenosse und Mitarbeiter werden sollte. Richter schlug die Laufbahn eines Beamtenanwärters ein. Dabei bekleidete er untergeordnete Positionen und absolvierte die erforderlichen Prüfungen, während er sich gleichzeitig in Konsumgenossenschaften und Arbeiterbildungsvereine einbrachte.²⁰ Seine journalistischen und politischen Betätigungen - einschließlich erster Scharmützel mit den Lassalleschen Sozialisten - verwickelten ihn jedoch in Schwierigkeiten mit einer reaktionären Administration. Aber nicht nur die fehlende politische Konformität erschwerte sein Vorankommen, sondern auch der Überfluß an Assessoren - ein Element der Herausbildung eines intellektuellen Proletariats im damaligen Deutschland (*O'Boyle*, 1970, S. 471ff.). Richter schrieb später: „Ich fand an mir selbst aufs Schärfste die nationalökonomische Lehre bestätigt, daß der Verkehrswert von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage abhängt, und der Arbeitsaufwand noch nicht den Gebrauchswert garantiert.“ (*Richter*, 1893, S. 115) Seine Ernennung zum Bürgermeister von Neuwied wurde von übergeordneten Behörden aus politischen Gründen widerrufen. Über diese Entscheidung hörte man in späteren Jahren Bismarck klagen: „Es war eine Dummheit; im Kommunaldienst war der Mann ungefährlich; und ich glaube, er wäre mit seinen rechnerischen Talenten ein vorzüglicher Bürgermeister geworden.“ (*Harden*, 1906, S. 420) Richter trat vom Staatsdienst zurück.

Er fing an, gegen gutes Geld ausgiebig für August Lammers *Elberfelder Zeitung* zu schreiben, doch mit Rücksicht auf den Wunsch seiner Eltern, ihn in

²⁰ Es scheint keinen Beleg für das von Gustav Schmoller in seinem Werk (*Schmoller*, 1922, S. 42), vertretene Urteil zu geben, daß die fleißigsten und versiertesten Mitglieder des Parlaments „ihren Stempel [...] als Beamte bekommen: der Fortschrittsmann Eugen Richter so gut wie dieser oder jener frühere, später frondierende Landrat.“

sichereren Verhältnissen zu sehen, nahm er eine Stelle als Leiter der Abteilung für Gesetzgebung und Literatur bei der Magdeburger Feuerversicherungsanstalt an. Obwohl er hier von der Energie und der Effizienz privaten Unternehmertums beeindruckt war, überraschten ihn die von seiten einer Privatgesellschaft unternommenen Versuche, seine Redefreiheit zu beschränken. Dieses Ansinnen wehrte er ab, doch die Gegenwart eines mächtigen und ihm feindlich gesonnenen Politikers im Verwaltungsrat der Gesellschaft - Richters erste Erfahrung mit „Partnerschaften“ von Regierung und Wirtschaft - legte es sowohl ihm, als auch dem Geschäftsführer der Gesellschaft nahe, seine Tage als gezählt zu betrachten.

Anfang 1866 zog Richter wieder nach Berlin, wo er als „freier Schriftsteller“ arbeitete und ein Anführer der Konsumgenossenschaftsbewegung wurde. Hier erlebte er die aufregenden Tage, in denen der Preußische Verfassungskonflikt kulminierte und die deutschen Vereinigungskriege geführt wurden. Er beschloß, sich der Politik zuzuwenden - natürlich als ein Fortschrittler. Als es über die Indemnitätsvorlage in der Fortschrittspartei zur Spaltung kam, offenbarte er seine radikale Orientierung, indem er sich gegen die neuformierte Nationalliberale Partei und auf die Seite der alten Fortschrittler schlug. Seine allererste Rede als Kandidat für den Gründungsreichstag des Norddeutschen Bundes deutete bereits an, welche Rolle er in der deutschen Politik spielen sollte:

„Man kann in Betreff der Erweiterung von Rechten Kompromisse abschließen, aber an den bereits erworbenen Volksrechten muß unter allen Umständen festgehalten werden. Ich wenigstens fühle keinen Beruf und kein Geschick in mir, ein einfaches Privatleben mit der Stelle eines politischen Totengräbers für die Volksrechte zu vertauschen“. (*Richter*, 1893, S. 171)

Wie aus dem defensiven Ton dieser Erklärung hervorgeht - und wie Richter in seinen Erinnerungen einräumte - sollten „ungünstige politische Konstellationen“ bestimmend dafür werden, daß sein Lebenswerk „mehr zum Gegenstand hatte, den Rückschritt zu verhindern, als große Fortschritte herbeizuführen.“ (*Richter*, 1893, S. 196)

Im Gründungsreichstag des Norddeutschen Bundes unterstützten Richter und die anderen Fortschrittler die Revision des Verfassungsentwurfes in Richtung eines größeren Einflusses des Parlaments auf die Minister, den Haushalt und das Militär. Wegen des kleinmütigen rechten Flügels der Nationalliberalen, besonders der Abgeordneten aus Hannover und Kurhessen, führte das zu nichts: Diese Männer „schätzten damals die Gefahren für den Liberalismus überaus gering und schwelgten wesentlich nur in der Genugtuung darüber, ihrer bisherigen Landesväter los und ledig geworden zu sein.“ (*Richter*, 1893, S. 189) In ihrem Eifer, Bismarcks Plänen entgegenzukommen, stimmten die Nationalliberalen dem Sy-

stem autoritärer Herrschaft zu, das das neue Reich bis an sein Ende kennzeichnen sollte.²¹

Richter wurde nicht in den ersten regulären Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt. Doch er gelangte zu dem Schluß, daß eine wirksame Tätigkeit im Parlament davon abhing, sich Anerkennung als Fachmann in dem einen oder anderen Gebiet zu verschaffen; von einer gewissen, von Jugend an erkennbaren „Zahlenwut“ angetrieben, nutzte Richter seine Ruhepause, um sich in finanzstatistische Untersuchungen über den preußischen Haushalt zu stürzen. 1869 gelangte er ins Preußische Abgeordnetenhaus und 1871 wurde er in den ersten kaiserlichen Reichstag gewählt. Dort war er von der ersten Sitzung an Mitglied der Budgetkommission. Er diente in beiden Häusern bis kurz vor seinem Tod im Jahre 1906.

Natürlich stimmt es nicht, daß Richter während dieses sehr langen Zeitraums durchweg „negativ“ eingestellt war: Viele Punkte in der von Bismarck und den Nationalliberalen vorangetriebenen liberalen Gesetzgebung fanden seine Zustimmung. Interessanterweise widersetzte er sich jedoch 1874 sowohl aus politischen, als auch aus ökonomischen Gründen der Errichtung der Reichsbank. Gegen ihn trat der Liberale und Bankier Ludwig Bamberger für das Projekt mit der Begründung an, alle zivilisierten Nationen besäßen Zentralbanken (*Rohfleisch*, 1946, S. 75f.).

Zutreffend ist, daß Richter sich durch Opposition gegen alle Regierungsinitiativen hervortat, die er als unvereinbar mit seinen Prinzipien ansah. Seiner Meinung nach war dies in sehr vielen Fällen angezeigt. Trotz allem hatte er guten Grund zu der Annahme, daß er mit der Verwerfung der staatssozialistischen Wirtschaftspolitik der Regierung im Interesse der großen Mehrheit - der Konsumenten und der Steuerzahler - handelte. Und indem er sowohl Ausnahmegesetze als auch die Militär- und Kolonialpolitik bekämpfte, diente sein „Negativismus“ der Freiheit und dem Frieden seines Landes.

III. Parlamentarische und politische Laufbahn

a) Richter und Bismarck

Es war von weltgeschichtlicher Bedeutung, daß es der deutsche Liberalismus im späteren 19. Jahrhundert mit einem Gegner wie Bismarck zu tun bekam. Neben politischem Genie besaß Bismarck sowohl Geist als auch Charakter, die in vieler Hinsicht große Bewunderung abverlangten, vor allem im Vergleich mit den meisten seiner politischen Gegner. Der Schriftsteller Theodor Fontane, selbst ein

²¹ Richter zufolge (*Richter*, 1893, S. 189f.) gestand Bismarck ironischerweise später ein, daß er bereit war, den Liberalen bedeutende Zugeständnisse hinsichtlich der Verfassung zu machen, wenn sich das als notwendig erwiesen hätte.

Liberaler, bekannte seiner Tochter, daß es für ihn, verglichen mit den forensischen Fähigkeiten von sechs Progressiven, weit interessanter war, wenn Bismarck nieste oder „Gesundheit“ sagte (*Remak*, 1964, S. 47). Den einzigen Fortschrittler, für den Fontane eine Ausnahme machte, der einzige Liberale, dessen Wissen, Witz und Schlagfertigkeit er mit Bismarcks vergleichbar fand, war Eugen Richter (*Eyck*, 1963, S. 47f.).

Die erste Hälfte von Richters Laufbahn als linksliberaler Politiker im Reichstag war vom ständigen „Duell“ zwischen ihm und Bismarck beherrscht. Die Rededuelle waren ein herausragender Zug der deutschen Politik in den späten 1870er Jahren und in den Folgejahren bis zu Bismarcks Entlassung im Jahre 1890.²² Für viele seiner Zeitgenossen war Richter ganz einfach, wie Naumann es formulierte, „der Kritiker Bismarcks“, der „mit Hartnäckigkeit von Winter zu Winter mit dem Riesen“ (*Naumann*, 1919, S. 47) kämpfte.

Richters Attacken gegen den Kanzler waren unbarmherzig; für ihn war Bismarck niemand geringeres als der Anstifter, der Vollstrecker und die Hauptstütze jeder falschen Wendung, die das deutsche politische Leben nahm. Bismarck seinerseits war genauso unerbittlich. Er verachtete alle Ideengebäude im allgemeinen und den Liberalismus im besonderen. „Die Freiheit ist ein vager Begriff“, versicherte er, ein Begriff, der „die Freiheit zu verhungern“ einschließt. Die Linksliberalen würden niemals müde, die Freiheit zu beschwören, doch was sie in Wirklichkeit meinten, sei „Herrschaft.“ Mit einer Beweisführung, die im 20. Jahrhundert zum Standardrepertoire der Feinde der offenen Gesellschaft werden sollte, behauptete Bismarck, daß für die Liberalen die „Freiheit der Rede“ der „Herrschaft der Redner“ gleichkomme und daß sie „unter Freiheit der Presse [...] den vorherrschenden und vorwiegenden Einfluß der Redaktionen und der Zeitungen“ (*SBR*, 1884b, S. 76) verstehen.

Wenn Bismarck die liberale Rhetorik verachtete, so war sein Urteil über die politische Rolle des Linksliberalismus keineswegs günstiger. Die Fortschrittspartei hatte nach ihrer Zurückweisung der Reichsverfassung (1867) alles in ihrer Macht stehende getan, „um den Gang der Maschine zu erschweren.“ Das traf vor allem auf Richter zu: „Der Herr Abgeordnete Richter will immer das Gegenteil von dem, was die Regierung will.“ (*Harden*, 1906, S. 416)

Auch wenn Bismarck als erster den Vorwurf des „Negativismus“ gegen Richter lancierte, der dann von so vielen Historikern nachgeredet wurde, so war dies doch nicht der eigentliche Grund für seine Antipathie. 1884, anläßlich der Reichstagsdebatte über die Verlängerung der Sozialistengesetze, forderte Richter Bismarck offen heraus. Dem Schein zum Trotz war es klar geworden, „daß es dem Herrn Reichskanzler weit mehr um Bekämpfung der Fortschrittspartei oder

²² *Goldberg* (1993, S. 57 Anm. 14) spricht vom „große[n], die parlamentarische Szenerie der 1880er Jahre prägende[n] Dauerkonflikt Bismarck-Richter [...]“

der freisinnigen Partei²³ zu tun ist, als um die Unterdrückung der Sozialdemokratie.“ (SBR, 1884c, S. 498) Zu dieser Zeit lag Richter in Führung und Bismarck fürchtete ernsthaft, daß unter dem kommenden Kaiser Friedrich die Liberalen nachhaltig an Boden gewinnen könnten. Das erklärt seinen bemerkenswerten Auftritt im Reichstag, in dem er seine unbändige Abneigung gegen Richters Liberalismus, der auf nichts weniger denn auf Parlamentsherrschaft abziele, Ausdruck verlieh. Bismarck verkündete: „die Aufgabe meines Lebens“ und „meine Pflicht dem Kaiser und dem Lande gegenüber [ist es], diesen Liberalismus zu bekämpfen bis zum letzten Atemzug.“ (SBR, 1884c, S. 500) Indem er somit Richters Hauptvorwurf einräumte, setzte er den Angriff auf den Liberalismus und die ihn stützende Kultur wie folgt fort:

„Ich halte die Fortschrittspartei für viel gefährlicher für die künftige Ruhe und die Fortentwicklung unseres Staates, als die Sozialdemokratie, weil erstere feiner operiert [...] ihr Gift ist mächtiger als das der Sozialisten. Bei den falschen geschichtlichen Traditionen, welche lügenhafte Historiker des Liberalismus seit 50, 100 Jahren in die Welt gesetzt haben und seit länger noch, ist die fortschrittliche Mischung viel giftiger als die der Sozialisten.“ (SBR, 1884c, S. 501)

Selbst der terroristische russische Nihilismus sei bloß „eine klimatische Abart des Fortschritts.“ In einem kurzen Exkurs erläuterte Bismarck das Aufkommen der russischen Revolutionsbewegung mittels einer damals bereits weitverbreiteten Theorie, die später von Joseph Schumpeter popularisiert werden sollte: Danach liegen die Wurzeln revolutionärer Umtriebe in der Klasse der Unzufriedenen, die durch die Überproduktion von Halbgebildeten hervorgerufen werde - Halbgebildete, die keine ihrer Ausbildung entsprechende Anstellung finden könnten. In seinem schneidenden Angriff wandte Bismarck diese Erklärung auch auf die deutschen Linksliberalen an (SBR, 1884c, S. 480). Daß er seine Zuflucht dazu nahm, die Partei Theodor Mommsens, Rudolf Virchows und Albert Hänels als eine Sammlung halbgebildeter Unzufriedener zu charakterisieren, zeigt, wie weit der Kanzler bei seinen Versuchen die Freisinnigen anzuschwärzen, gehen würde.

Die damalige Reichstagsdebatte veranschaulicht, wie wenig andere parlamentarischer Gegner - so Windthorst, Bebel oder Liebknecht - über die gleiche Gabe wie Richter verfügten, Bismarck zur Verzweiflung zu bringen.²⁴ Nach einem ihrer häufigen Zusammenstöße ging Bismarck dem Vernehmen nach so weit zu sagen: „Ich verlasse die Sitzung, sobald Herr Richter das Wort greift, nicht weil ich mir nicht zutraue, seine Rede zu beantworten, sondern weil der oppositionelle Duft, welcher die ganze Person umgibt, meine Nerven affiziert, und weil er Satisfaktion für eine Grobheit nur durch gesteigertes Schimpfen zu geben pflegt. Was

²³ Obwohl die vereinigten liberalen Kräfte zu dieser Zeit den Namen Deutschfreisinnige Partei angenommen hatten, machte Bismarck Ausflüchte, den neuen Namen zu gebrauchen, und bevorzugte den älteren Ausdruck „Fortschrittspartei.“

²⁴ *Harden* (1906, S. 423). Hardens Charakterstudie enthält interessante Einsichten; seine unsinnige und durch keine Belege gestützte Behauptung, daß Richter an einer unerwiderten „Liebe“ zu Bismarck litt, muß jedoch zurückgewiesen werden.

er sagt, ist mir übrigens Wurst im Superlativ; bekehren werde ich ihn nicht, und besiegen wird er mich nicht, und so ist es am besten, wenn wir uns von weitem bewundern.“ (*Rachfahl*, 1912, S. 316f.) Doch das „Duell“, wie auch Bismarcks Wut nahm kein Ende. Theodor Barth, einer der zahlreichen Gegner Richters im liberalen Lager, fällt ein überraschendes Urteil über Bismarcks übersteigerte Reaktionen auf Richter: „Bismarck war Richter dialektisch nicht gewachsen, und die häufigen Ausbrüche des Bismarckschen Temperaments gegen den unerbittlichen Oppositionsmann entsprangen nicht selten dem Gefühl, daß der allmächtige Kanzler den kürzeren ziehen würde.“²⁵

Bezeichnenderweise war Richter der einzige linksliberale Führer, der es uneingeschränkt begrüßte, als Bismarck 1890 sein Amt verließ. In einem Leitartikel in der *Freisinnigen Zeitung* mit dem Titel „Der Rücktritt des Fürsten Bismarck“²⁶ vermied er alle „Höflichkeitsphrasen und falschen Sentimentalitäten.“ In seinen Augen war Bismarck verantwortlich für den Kulturkampf, für die Entfesselung der Partialinteressen, für „das Anschwellen der Steuerlasten des Reiches,“ für das Wachsen der sozialistischen, der antisemitischen und der Agrarbewegung, sowie dafür, daß das deutsche Volk am politischen Gängelband gehalten wurde. In prophetischer Weise behauptete Richter: „Erst eine spätere Generation wird ein vollkommen gerechtes Urteil über den Fürsten Bismarck fällen. Wir sind der Meinung, die Nachwelt wird seine 28-jährige Wirksamkeit in ihrer Gesamtheit weniger in den Himmel heben, als es die Mitwelt vielfach getan hat.“ (*Röttger*, 1932, S. 97)

Nicht nur Bismarck, sondern auch andere Regierungsmitglieder waren das Ziel der ständigen Kritik Richters als Abgeordneter und als Journalist. Diese eher leicht verständliche Haltung verleitete Hans-Peter Goldberg zu der Schlußfolgerung: „so war Richter durchdrungen vom Prinzip personaler Verantwortlichkeit für politische Vorgänge.“ (*Goldberg*, 1993, S. 59) Diese Behauptung trägt dazu bei, die Vorstellung von Richters griesgrämiger Engstirnigkeit zu verstärken. Sie trifft jedoch weitaus nicht zu. Richter stellte anläßlich des Rücktritts von Bismarck 1890 ausdrücklich fest:

„Unser Kampf gegen den Fürsten Bismarck war ein durchaus sachlicher, weil wir *das System seiner inneren Politik als ein für das Land überaus verderbliches ansahen*. So wenig unsere Gegnerschaft während seiner Amtsdauer durch Haß oder Feindschaft gegen die Person bedingt war, so wenig kann der Rücktritt seiner Person die Gegnerschaft gegen eine falsche Regierungspolitik aufheben oder auch nur mildern“. (*Röttger*, 1932, S. 96. Hervorhebung im Original)

²⁵ Barth (1923, S. 84). Vgl. Bonn (1953, S. 50f.): „[Richter] war wohl der einzige Parlamentarier, dessen Gegnerschaft im Reichstag der Kanzler wirklich zu fürchten schien. [...] Gewöhnlich verließ er das Haus, wenn Richter sich erhob, der dann dem fortgehenden Kanzler nachrief: „Da geht er! Aber es wird ihm wenig nützen, er wird meine Rede morgen auf dem Frühstückstisch finden!““

²⁶ Wieder abgedruckt in *Röttger* (1932, S. 96ff.).

Richter sah die Niederlage des Liberalismus im preußischen Verfassungskonflikt der 1860er Jahre zu keinem Zeitpunkt als endgültig an. So kämpfte er bis zum Schluß für die Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Parlament und sogar für die zweijährige Wehrpflicht. Während seiner ganzen politischen Laufbahn griff er das *System* des „Scheinkonstitutionalismus“ an, das Bismarck politisch geschickt Deutschland aufgezwungen hatte, und das, wie der Gang der Dinge zeigt, Bismarcks Entlassung überlebte. Richters fortgesetzter „Negativismus“ gegenüber jedem Nachfolger Bismarcks beweist, daß ihn nicht persönliche Antipathie antrieb, sondern seine Abneigung gegen die politische Ordnung des neuen Reiches.

b) Richter und die Nationalliberalen

Richters prinzipientreue Opposition gegen Bismarck wurde vom Gros der deutschen Liberalen nicht geteilt. Das trifft besonders auf die Nationalliberalen zu. Selbst die unverfälschtesten Liberalen unter ihnen, wie etwa Ludwig Bamberger, waren bis zum Schluß Gefangene des Bismarck-Mythos: „nach schwersten Enttäuschungen“ war Bamberger fähig zur (in Englisch abgegebenen) Erklärung „Bismarck for ever!“ (Hartwig, 1900, S. 33) Bei anderen Liberalen hatte die Ergebenheit gegenüber Bismarck ernstere Rückwirkungen. Richard Eickhoff, an sich ein freisinniger Abgeordneter, kommentierte die Haltung der Nationalliberalen wie etwa Rudolf von Bennigsen oder Eduard Lasker dahingehend, daß sie, „in einseitiger Bewunderung der Größe des Fürsten Bismarck, immer mehr und mehr alle auf jede selbständige Bedeutung des Parlaments verzichtet und so den Liberalismus in Deutschland an den Rand des Abgrundes geführt haben.“ (Eickhoff, 1927, S. 13) Wie Eickhoff machte Richter Bennigsen mehr als jeden anderen für die Selbstzerstörung des Liberalismus verantwortlich. Als sich Bennigsen 1879 entschloß, den Getreideschutzzoll zu unterstützen, stellte Richter gnadenlos „die ganze politische Natur“ des Führers der Nationalliberalen bloß. In einer vernichtenden Anklage beschrieb er Bennigsen als den Idealtypus des politischen Opportunisten:

„Es ist jene vornehme Passivität, welche von keiner politischen Frage tief ergriffen wird, Strömung und Gegenströmung miteinander kämpfen läßt, sich alsdann das Fazit aus den Kräften berechnet und dies als eigene Meinung zu einem Kompromiß formuliert. Gegenüber solchen energisch aktiven Naturen wie Fürst Bismarck sind solche Politiker wie Bennigsen für die Verteidigung der Festung die gefährlichste Besatzung; sie schließen von vornherein den Angriff als Erwiderung des Angriffs aus, bestimmen die Zweifelnden zur Untätigkeit, wecken den Scharfsinn mehr für die Formulierung von Kapitulationsbedingungen als für die Kraft des Widerstandes, und ziehen dann, wenn das Kampfesgetümmel erst begonnen, die weiße Fahne auf. Was der Gegner erringt, besitzt er alsdann um so sicherer, weil er es nicht als äußerlich erzwungen, sondern innerlich zugestanden ergreift.“

Eine liberale Niederlage folge der anderen, besonders wenn der Gegner, wie im Falle Bismarcks, in der Lage sei, Sonderinteressen in den Dienst seiner Sache zu stellen. Die einzige Verteidigung des öffentlichen Interesses gegen die Beute-

züge politischer Koalitionen liege in einer scharf umgrenzten und gemeinsam akzeptierten Überzeugung. Diese sei allerdings bereits verraten worden:

„Im Volke geht das Bewußtsein der tiefen Gegensätze auf politischem Gebiet verloren; das öffentliche Leben verfällt in dieselbe Passivität; die Machthaber werden im Volke um so mächtiger und, wenn sie noch dazu Interessenfragen energisch aufrufen, unwiderstehlich. So ist unter Bennigsens Führung der Liberalismus von Kompromiß zu Kompromiß gesunken“. (Eickhoff, 1927, S. 14)

Vieles mag angeführt werden, um die Vernünftigkeit und Klugheit zu verteidigen, mit der die Nationalliberalen Bismarck seit der Indemnitätsvorlage in der Gesetzgebung des Reichstags des Norddeutschen Bundes und während der ersten Jahre des kaiserlichen Reichstages Rückhalt gewährten, um so die Grundlagen für eine moderne Industriegesellschaft zu legen. Nichtsdestoweniger zeigt ihre Politik ab 1878 - angefangen von der Unterstützung der Sozialistengesetze und der Einführung von Schutzzöllen, im weiteren ihr Eintreten für Sozialpolitik und schließlich für Weltpolitik - den Zerfall einer Partei, deren Richtung angeblich von liberalen Grundsätzen bestimmt wurde. Für Richter war das 1884 verabschiedete Heidelberger Programm der Nationalliberalen der logische Abschluß einer Folge von Treubrücken gegenüber dem Liberalismus, die 1867 mit der Genehmigung der Indemnitätsvorlage begonnen hatte.²⁷

c) Richter als Etatkritiker

Im Reichstag war Richter vor allem als der Etatkritiker *par excellence* bekannt. Wie ein Zeitgenosse bekundet: „Richters Reden zum Etat waren die parlamentarischen Jahresereignisse.“ (Müller-Meinungen, 1926, S. 186) Naumann nannte ihn ironisch den „Staatsanwalt der Reichsfinanzen“ und den „freiwillige[n] Oberkontrollleur der Reichssmillionen,“ aber er erkannte die Bedeutung der Rolle, die Richter sich auferlegt hatte an: „Damit machte er erst das parlamentarische Recht der Finanzkontrolle zu einem wirklichen Recht, denn was hilft es, wenn der Reichstag zwar formell über Einnahmen und Ausgaben zu beschließen hat, wenn aber von allen 397 Volksvertretern kein einziger sich fachmännisch und berufsmäßig in das Labyrinth von Zahlen hineinarbeitet?“ (Naumann, 1919, S. 48)

Richter kannte sich in den Finanzangelegenheiten Preußens und Deutschlands wie kein Zweiter aus (Rachfahl, 1912, S. 274f.). Seine Überlegenheit gründete sich sowohl auf Faktenkenntnis wie auf Beherrschung statistischer Techniken; letztere war so ausgeprägt, daß sich Richter, wie bei einer Reichstagsrede aus dem Jahre 1882, keck über Bismarcks unbeholfene Versuche lustig machen konnte, es ihm auf diesem Gebiet gleichzutun: „Nun, meine Herren, was ist das

²⁷ Wie Richter es in einer Reichstagsrede ausdrückte, war es insbesondere das Heidelberger Programm, „welches einen tiefen Grenzgraben zwischen uns und ihr [die Nationalliberale Partei] gezogen hat.“ Dennoch gab er zu, daß „es Gebiete gibt, in denen wir als Partei zu einander am nächsten stehen [...] beispielweise, in Fragen des kommunalen Lebens und des Unterrichtswesens [...]“ (SBR, 1892, S. 3842).

überhaupt für eine Art, hier Statistik vorzutragen und Schlußfolgerungen daran zu knüpfen?“ (Goldberg, 1993, S. 60)

Von Anfang an galt Richters besondere Aufmerksamkeit dem Militäretat. Dieser Gegenstand, der den Verfassungskonflikt der 60er Jahre heraufbeschwor und das liberale Lager mehrmals spaltete, begleitete sein ganzes politisches Leben. Als Verfechter einer niedrigeren Steuerbelastung, besonders der unteren Schichten (Richter, 1896, S. 103, 127, 58, 68f.), ging es ihm um die Mäßigung der finanziellen Ansprüche des Militärs. Doch vor allem lag ihm an der parlamentarischen Kontrolle der Armee und am Vorrang des Staatsbürgers vor dem Soldaten – daher sein Bemühen um eine zweijährige statt dreijährige Dienstzeit, auf der er bis in die 1890er Jahre bestand.

Richters unermüdliches Nachforschen hinter jeder einzelnen Ausgabe veranlaßte Bismarck zu dem Ausruf, auf diese Weise würde man mit dem Haushalt niemals fertig werden (Rohfleisch, 1946, S. 103). Richter schreckte sich nicht einmal vor Auseinandersetzungen mit dem ehrwürdigen Grafen von Moltke zurück. Im Zusammenhang mit einer parlamentarischen Anfrage zu einer Finanzangelegenheit, die er im Reichstag an einen Minister richtete, schrieb Richter mit stolzer Hervorhebung über sich selbst: „Ich ließ aber nicht locker.“ (Richter, 1896, S. 68) Was die öffentlichen Ausgaben betrifft, hätte dies sein Motto sein können. Max Weber, der als politischer Verbündeter Naumanns keineswegs viel Sympathie für Richter hegte, erklärte:

„Eugen Richters trotz ausgesprochener Unbeliebtheit innerhalb seiner eigenen Partei unerschütterliche Machtstellung z.B. beruhte auf seiner überaus großen Arbeitsamkeit und insbesondere auf seiner unerreichten Kenntnis des Etats. Er war wohl der letzte Abgeordnete, der dem Kriegsminister jeden Pfennig, bis in die letzte Kantine hinein, nachrechnen konnte; das ist wenigstens mir gegenüber, trotz allen Verdrusses, von Herren dieser Verwaltung öfter bewundernd anerkannt worden.“²⁸

Richters Konzentration auf den Etat gab, wie nicht anders zu erwarten war, Anlaß zu kritischen Kommentaren. Seine sozialistischen Gegner beschuldigten ihn, eine bloß „kalkulatorische [...] Opposition“ auszuüben und ein „Rechenknecht“ zu sein. Gustav Seeber behauptet, Richter hätte die „Mentalität eines aufstrebenden Bourgeois und eines kleinbürgerlichen Pfennigfuchers,“ während der liberale Hans-Georg Fleck schreibt, Richter betrachte „auch die prinzipiellen po-

²⁸ Weber (1958, S. 333). Vgl. Bonn, ein weiterer eher unsympathischer Beobachter (1953, S. 50f.): „Richter war mit allen Einzelheiten des Budgets, insbesondere des Militärbudgets, vertraut. Er wußte über jeden Punkt bescheid. Generäle und Kriegsminister zitterten vor seiner Wißbegier. Er verkörperte die phantasielose, aufrechte, antimilitärische Haltung des deutschen Mittelstandes jener Tage, der nicht einmal dem größten Staatsmann, den sein Volk hervorgebracht hatte, freie Hand zu lassen gewillt war.“

litischen Entscheidungen, zum Beispiel der Außen-, Kolonial- oder Wehrpolitik, allzusehr aus der Perspektive des Haushalts- und Fiskalpolitikers.“²⁹

Seebers Bemerkung, Richter sei ein „kleinbürgerlicher Pfennigfuchser“, könnte kaum einfältiger sein. Schließlich waren es ja nicht seine eigenen Mittel, die Richter so eifersüchtig kontrollierte; wo es um dieses ging, förderte Richter vielmehr großzügig jene Ideen, die das voranbrachten, was er als das öffentliche Wohl ansah. So subventionierte er etwa persönlich seine *Freisinnige Zeitung*. Falls er ein Pfennigfuchser war, so gilt das in Bezug auf die Steuergelder des Volkes, und Richter bekämpfte die Regierungsausgaben aus den gleichen Gründen wie höhere Steuern. Seine Erklärung lautete: „Der Staat hat aber wieder nicht, was er nicht anderweitig den Steuerzahlern wieder fortnimmt.“ (SBR, 1881d, S. 1533)

Was Fleck angeht, so mißversteht er, was Hans-Peter Goldberg treffend als Richters „Formulierung politischer Kritik als Etatkritik“ bezeichnet. Goldberg stellt heraus: „Wie kein anderer Parlamentarier machte sich Richter das wirkungsvollste Instrument des Reichstags, das Budgetrecht, zunutze, übte er politische Kritik unter dem Gesichtspunkt haushaltspolitischer Solidität und Effizienz.“ So in Debatten mit Marineexperten, die Tirpitzens Flottengesetze durchdrücken wollten. Hier bestand er darauf, daß seine Argumente auf der Grundlage von „einfachen finanziell-politisch-technischen, nicht marine-technischen Rücksichten“ (Goldberg, 1993, S. 59) basierten. Man mag bedauern, daß Richter diese Argumente gewöhnlich nicht mit allgemeineren, grundsätzlichen Erwägungen verband. Doch ist es unangemessen, ihn dafür zu tadeln, daß er der von einer ganzen Regierung ausgehenden Herausforderung lieber auf einem Gebiet entgegentrat, auf dem er über Vorteile verfügte.

An Richters gründlicher und kritischer Prüfung des Staatshaushaltes kann ein wichtiger Aspekt des parlamentarischen Liberalismus verdeutlicht werden. Ihm gab Frédéric Bastiat Ausdruck, als er von Frieden und Freiheit und ihrer Verbindung mit den „eigigen Zahlen“ eines „vulgären Staatsetats“ schrieb:

„Die Verbindung ist so eng als wie nur möglich. Ein Krieg, eine Kriegsdrohung, eine Verhandlung, die den Krieg zur Folge haben könnte - nichts davon vermag zustande zu kommen ohne eine kleine Klausel, geschrieben in diesem großen Band [dem Etat], dem Schrecken des Steuerzahlers [...] Suchen wir zuerst Sparsamkeit beim Regieren - Frieden und Freiheit werden wir dann als Zusatz bekommen.“³⁰

²⁹ Goldberg (1993, S. 61f.); Seeber (1986, S. 312); sowie Fleck (1988, S. 73f.). Goldberg bemerkt jedoch, daß man ebensogut behaupten könnte, „daß hier einer nämlich prinzipielle Negation nur haushaltstechnisch bemäntele.“

³⁰ Bastiat (1854, S. 410f.). Sogar in Lorenz' höchst kritischem Werk über Richter (Lorenz, 1980, S. 235) wird angedeutet, daß man, bei allem Feilschen Richters um die militärischen Ausgaben, an vielen Stellen „den Geist unbedingter Opposition“ verspüre, „der über das Sparen am Militäretat dem Volke den Militarismus ersparen will.“ Vgl. auch Sell (1953, S. 241):

Auch ein anderer Gesichtspunkt von Richters parlamentarischer Tätigkeit hat für Kritik gesorgt, diesmal von seiten Hans-Peter Goldbergs. Im Verlauf einer Erörterung, der es keineswegs an erhellenden Einsichten gebricht, betont Goldberg nichtsdestoweniger die Tatsache, daß „mehr als die Hälfte seiner Redeschlüsse [...] von patriotischen und monarchischen Bekenntnissen getragen“ waren; Goldberg meint: das „verrät Kalkül.“ (Goldberg, 1993, S. 67) Daß solch ein „Kalkül“ bei einer politischen Persönlichkeit, die ständig des mangelnden Patriotismus, der Reichsfeindlichkeit und selbst der Verwandtschaft mit den russischen Nihilisten beschuldigt wird, ohne weiteres verständlich ist - daß es sogar als Überlebensstrategie angesehen werden kann - scheint Goldberg entgangen zu sein.³¹

In diesem Zusammenhang sollte vielleicht erwähnt werden, daß Richter auch die Monarchie mit einer Schärfe, die außerhalb der sozialistischen Reihen im Reichstag nicht ihresgleichen fand, anzugreifen in der Lage war, wenn er glaubte, daß sie die Nation gefährde. Im Mai 1897 erklärte er, daß die Monarchie infolge der Handlungen Wilhelms II. dabei sei, ihr moralisches Kapital „in einer Weise [zu verspielen], wie ich es vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten hätte.“ Richter behauptet: „Deutschland ist ein monarchisch konstitutionelles Land; aber nach dem Programm: sic volo, sic jubeo - regis voluntas suprema lex mag man vielleicht in Rußland noch eine Zeit regieren können, das deutsche Volk läßt sich auf die Dauer nicht danach regieren.“ Er ging soweit, eine verschleierte Drohung auszusprechen:

„Daran wollen wir uns doch erinnern, daß das Deutsche Reich als solches keine angestammte Dynastie hat, und daß das Kaisertum in Deutschland nicht älter ist als der Reichstag.“ (SBR, 1897, S. 5911f.; Fehrenbach, 1969, S. 131)

Es scheint auf der Hand zu liegen, daß, vergleicht man Richter mit anderen Liberalen jener Zeit, nicht er es war, der „Kalkül“ im Umgang mit den Launen Wilhelms II. verriet.

d) Journalist und Parteiführer

Obwohl er ein sehr aktiver Politiker war, war Richter sein Leben lang immer auch Journalist. Er führte eine endlose Broschüren-Agitation, gründete mit seinem engen Verbündeten Ludolf Parisius (dessen Witwe er heiratete) die Zeitschrift *Der Reichsfreund*, und veröffentlichte die *Parlamentarische Korrespondenz*; jede dieser letzten beiden Publikationen hatte etwa 20.000 Abonnenten

„Mit dem Rechenstift des gewissenhaften Buchhalters suchte Richter das dynastische Machtstreben des Militarismus zu bekämpfen.“

³¹ Nach dem Ersten Weltkrieg bemerkte ein linksliberaler Verbündeter Richters, der die Angriffe auf Richter von seiten der Imperialisten und Flottisten beobachtet hatte: „Schmutz und Kot musste auch dieser ‚Märtyrer der politischen Wahrheit‘ in Massen gegen sich schleudern lassen, weil er die Dinge so nannte, wie sie sich später auch den blindesten Anbetern dieses falschen Systems [des kaiserlichen Deutschlands] wirklich darstellten.“ (Müller-Meinigen, 1926, S. 188)

(Koszyk, 1966, S. 153). Nach der 1884 erfolgten Gründung der Freisinnigen Partei durch den Zusammenschluß der Fortschrittspartei mit den „Sezessionisten“, die mit den Nationalliberalen über Bismarcks Wendung zum Protektionismus gebrochen hatten, setzte Richter sein ehrgeizigstes Vorhaben in Gang. Die Sezessionisten hatten stets einen ausgesprochen starken Einfluß auf die Presse. Nun, da er der Kopf einer vereinigten linksliberalen Partei mit allerdings beträchtlichen inneren Spannungen war, sorgte Richter für eine werbewirksame Verbreitung seiner eigenen Ansichten. (Röttger, 1932, S. 69). 1885 gründete er *Die Freisinnige Zeitung*, die er bis 1904 herausgab und deren Defizite er aus seinen eigenen recht begrenzten Mitteln deckte. Das Blatt erschien in einer Abendausgabe und „konnte dadurch seine Berichte mit einem halben Tag Vorsprung gegenüber den restlichen Berliner Blättern auf den Markt bringen.“ (Goldberg, 1993, S. 56)

Als Parteiführer schuf Richter eine straff gefügte Parteiorganisation mit zentralem Wahlfonds, örtlichen Wahlkomitees, sowie mit Parteiveröffentlichungen wie der *Parlamentarischen Korrespondenz*, um mit Organisationen an der Basis in Fühlung zu bleiben. Neben anderen Qualitäten besaß Richter die Fähigkeit, einzelne Wählergruppen, die durch die Bismarcksche staatssozialistische Gesetzgebung bedroht wurden, zu sich herüberzuziehen. Das demonstrierte er in der Tabakagitation von 1880 und, drei Jahre später, in der Kampagne gegen das Brandweinmonopol, als „sämtliche Schankwirte mobil gemacht“ wurden (Röttger, 1932, S. 71).

Richters Führung des parlamentarischen Linksliberalismus wurde, besonders nach 1884, häufig als „diktatorisch“ kritisiert. In einem gewissen Sinn war sie das ohne Zweifel, aber nicht - so weit zu sehen ist - wegen seines persönlichen Machtanspruchs. Mit einigem Recht sah Richter seine eigenen Auffassungen als die liberale Senkschnur; gelegentlich hatte er es mit Abtrünnigen in den eigenen Reihen zu tun, die entweder zur „Linken“ abwichen - d.h. zum Bündnis mit den Sozialisten - oder zur „Rechten“ - d.h. zur Bereitschaft, mit der Regierung in militärischen und anderen Fragen Kompromisse zu schließen. Richter kämpfte mittels seiner journalistischen Bemühungen ohne Unterlaß gegen solche „Abweichungen“; auf diese Weise wurde die linksliberale Massenbasis für eine Bewahrung dessen gewonnen, was er als die echt liberale Position ansah (Röttger, 1932, S. 54f.). Die letzte Zwangsmaßnahme gegen die Kompromißler war der Parteiausschluß, den Richter gegebenenfalls ohne Zögern vollzog. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Sache des entschiedenen deutschen Liberalismus mit mehr Durchlässigkeit zu den mächtigen Strömungen links und rechts besser gedient gewesen wäre.

Zuweilen wurde Richter dafür gescholten, daß er als Parteiführer *nicht* fest genug sei. So führte er den Wahlkampf von 1879 unter der Losung „Fort mit Bismarck!“, doch nach den Wahlen ließ er diese in aller Stille wieder fallen. Gustav Seeber, der wie andere DDR-Historiker bestrebt ist, Gelegenheiten zu entdecken, bei denen Richter die fortschrittliche Bewegung in Deutschland „verraten“ hat, kritisiert ihn, daß er das Ziel des Sturzes Bismarcks aufgegeben habe

(Seeber, 1986, S. 317, 321). Hält man sich vor Augen, daß die Losung in den 1879er Wahlen, in denen die Fortschrittspartei von 62 auf 35 Sitze im Reichstag zurückfiel (und die Nationalliberalen von 171 auf 90), nicht funktioniert hatte,³² so scheint dies nur ein weiterer Fall dafür zu sein, daß jeder Vorwand ergriffen wird, um Richter zu tadeln.

Ähnlich verhält es sich mit Richters Entscheidung aus dem Jahre 1886, einen Kompromiß über den Militärhaushalt zu schließen. Die bestehende Regel war ein „Septennat“ bzw. ein Siebenjahreshaushalt; die Fortschrittspartei hingegen hatte immer auf jährlichen Haushalten bestanden. Richter entschied sich für ein „Triennat“, d.h. einen Dreijahreshaushalt. Für Seeber ist das „die Bankrotterklärung der linksbürgerlichen Opposition.“ (Seeber, 1986, S. 319f.) Doch hier wird übersehen, daß Richters Kompromiß eine Annäherung an die Position der Sezessionisten darstellte, die zu keinem Zeitpunkt für jährliche Haushalte eintraten (Röttger, 1932, S. 53f., 75). Richter wird also als „dogmatisch“ angesehen, wenn er auf der Grundlage seiner fortschrittlichen Grundsätze handelt; wenn er hingegen wie ein Parteiführer agiert, der auf alle wichtigen Flügel seiner Partei Rücksicht nehmen muß, wird er als „Verräter“ gescholten.

IV. Ordnungsidee und politische Weltanschauung

a) Richters Sozialphilosophie

Es stimmt, daß Richter wie seine Kritiker beklagen, in seinen vielen tausend parlamentarischen und anderen Reden, Zeitungsartikeln, Flugschriften usw. selten eine Vision seiner politischen Ideale und Werte darlegte. Hans-Peter Goldberg geht soweit, zu schreiben: „Richters Beredsamkeit fehlte jeder Idealismus und selbst für die alten, uneingelösten liberalen Ideale verstand er nicht zu werben.“ Während August Bebel für seinen Teil „nach vorne gerichtete Visionen“ zur Schau stellte, konnten Richters Reden „nicht nur nicht wärmen, ihnen fehlte jeder positiver Entwurf.“³³

Das wiederum ist zuviel behauptet. Es gab Gelegenheiten bei denen Richter es schaffte, sich über die Einzelheiten der betreffenden Angelegenheit zu erheben und seine Kritik in den Rahmen einer weiterreichenden Sozialphilosophie anzupassen. Historiker haben seinen Ordnungsbegriff und die auf ihm aufbauende

³² Über die mangelnde Wirksamkeit der unter dem Motto „Fort mit Bismarck!“ stehenden Kampagne, siehe Röttger (1932, S. 18).

³³ Goldberg (1993, S. 67). Auch Ullstein (1930, S. 217) folgerte: „Vor allem fehlte Richters politischem Programm und seiner propagandistischer Vertretung jede unmittelbare Beziehung zu grundlegenden Traditionswerten, Bildungswerten, Weltanschauungswerten.“ (Alle Hervorhebungen im Original) Wie noch zu sehen sein wird, ist das allerdings zu kategorisch.

politische Weltanschauung weitgehend verkannt. Doch gerade dieser ist der Schlüssel für das Verständnis des entschiedenen Liberalismus in Deutschland.

Grundlage der Richterschen Sozialphilosophie ist die aus dem deutschen Naturrecht des 18. Jahrhundert stammende Unterscheidung zwischen dem Staat als Träger der öffentlichen Gewalt und der Gesellschaft als dem „Verhältnis der Menschen zueinander, soweit es auf Freiwilligkeit beruht.“ (Richter, 1890, S. 6f.) Als sich Richter im Oktober 1878 Bismarcks ursprünglichem Entwurf eines Sozialistengesetzes widersetzte, nahm er die Gelegenheit wahr, die wichtigsten Grundsätze seiner Sozialphilosophie genauer darzustellen.

In einer früheren Rede hatte Bismarck das Wachstum der Sozialdemokratie auf das Konto der neueren, liberalisierenden Gesetzgebung gebucht, welche eine gewisse „Unzufriedenheit“ in der Öffentlichkeit geschaffen habe. Richter bestritt diese Ansicht und entlarvte zugleich sowohl die innere Übereinstimmung zwischen Bismarcks Position und der sozialistischen Sicht der Dinge, als auch die Hilfe, die dem Anliegen der Sozialisten durch des Kanzlers Vorgehensweise zuteil wurde:

„Das ist ja das außerordentlich Charakteristische in der Anschauung des Herrn Reichskanzler: die übertriebenen Vorstellungen, welche er von der Macht der Gesetzgebung in guter oder böser Richtung hat. Das ist gerade diejenige Anschauungsweise, die ihm im letzten Grunde gemeinschaftlich ist mit der Sozialdemokratie [...] Wir umgekehrt sind bemüht, die übertriebenen Vorstellungen von der Macht des Staats, die in unserer Bevölkerung vielfach verbreitet sind und die durch die Redeweise des Herrn Reichskanzlers bei vielen Gelegenheiten genährt werden, diese übertriebenen Vorstellungen auf das richtige Maß zurückzuführen, damit die Unzufriedenheit, die naturgemäß ja vielfach besteht über allerlei Mißverhältnisse im Leben und in der bürgerlichen Gesellschaft, sich nicht gegen den Staat wendet [...]“ (SBR, 1878, S. 236)

Nach dieser Auffassung hat die bürgerliche Gesellschaft [civil society] Vorrang vor dem Staat. Das Rückgrat der bürgerlichen Gesellschaft sind vor allem die mittleren Schichten. Diese werden nicht so sehr in statischer Weise als Klassen des mittleren Einkommens definiert, sondern dynamisch verstanden als jene motivierenden persönlichen Werte, welche der Tendenz nach dazu führen, ein mittleres Einkommen und einen mittleren Lebensstil anzustreben:

„Wer etwas vor sich bringen will mit seiner eigenen Kraft, wer sich langsam emporarbeiten, in eine bessere Lebenslage führen will, als die äußeren Verhältnisse ihm gesetzt haben, der wartet nicht auf das Schlaraffenland des sozialistischen Staats [...] sondern er will selbst seines Glücks Schmied sein [...] Solcher Mann will als kleiner Arbeiter zunächst etwas vor sich bringen, um nicht aus der Hand in den Mund zu leben; er sucht dann weiter, ein kleiner Unternehmer zu werden, aus dem kleinen dann ein größerer Unternehmer. Wenn er etwas erspart hat, dann kauft er sich, allerdings mit geringer Anzahlung, ein Haus; dann bemüht er sich allmählich, die Hypothekenschulden abzutragen, und er schreckt dann selbst nicht vor der Aussicht zurück, es am Ende bis zum Kapitalisten zu bringen“. (SBR, 1878, S. 237)

„Solche Persönlichkeiten haben wir sehr viele in Berlin,“ fügt Richter hinzu „und hätten wir derer noch mehrere, es wäre noch besser.“ Auf die Gefahr hin, sich nicht nur dem Spott des Bismarckschen Lagers auszusetzen, sondern auch dem der Sozialisten, legt Richter dar, was unzweifelhaft stimmte, nämlich daß „auch Borsig, der Millionär, [...] ursprünglich ein so kleiner Mann mit der vom Herrn Reichskanzler getadelten Unzufriedenheit [war], als er mittelst der Freizügigkeit hier in Berlin einwanderte.“ (SBR, 1878, S. 237)

Richter begriff, daß die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus in großem Maß eine Schlacht um ethische Ideale war, wie sie in real existierenden sozialen Erscheinungen verkörpert waren. „Es ist dies gerade diejenige Klasse, welche die Sozialdemokratie am meisten haßt und die sie glaubt verächtlich mit dem Namen ‚Bourgeoisie‘ brandmarken zu können.“ (SBR, 1878, S. 238) Es sei kaum ein Wunder, daß die Mittelklasse den Zorn der Sozialisten auf sich ziehe, da sie - und nicht die Regierung - das wichtigste Hindernis für das sozialistische Experiment darstelle: „Diese Klassen sind auch hier in Berlin vorzugsweise der Wall gegen die Sozialdemokratie, der uns noch in der Hauptsache schützt.“ Zudem sei die Mittelklasse der Hauptträger der Ideale bürgerlicher Verantwortlichkeit, die eine Voraussetzung der Selbstregierung in einem freien Staat sei. Aus ihren Reihen kommen die Stadtverordneten, die unbesoldeten Magistratsmitglieder usw.: Allein in Berlin, schätzt Richter, gäbe es 10.000 unbesoldete Kommunalämter, die von Freiwilligen aus der Mittelklasse besetzt seien. Sie stellten die Zukunft eines freien und wohlhabenden Deutschland dar, weil „in diesen Klassen des bürgerlichen Fortschritts [...] auch so viel Sinn und Verständnis für politischen Fortschritt“ (SBR, 1878, S. 238) zu finden ist.

Die wirtschaftliche Seite der bürgerlichen Gesellschaft ist die Marktwirtschaft, und Richter war ein Verfechter jener Politik, die der freien, wettbewerblichen Marktwirtschaft ihren Gang läßt. Seine Überlegungen gründeten sich auf den bekannten liberalen Grundsatz: „der Wetteifer der Privatbesitzer, der Wetteifer der Privatunternehmer untereinander wird sie auch zwingen [...] dem öffentlichen Interesse mehr zu dienen, als es die Staatsverwaltung, der Staatsbesitz tut.“ (SBR, 1881b, S. 705)

Doch innerhalb dieses Rahmens zeigt Richter deutlich seine Vorliebe für die kleine und mittlere Industrie gegenüber der großen. Daher sind Beschuldigungen, daß Richter ein Agent des „Großkapital“ sei, besonders verwunderlich. Ein Argument, das Richter gegen den von Bismarck geforderten Staatszuschuß zur Unfallversicherung vorbrachte, lautete, daß diese Subvention eine Privilegierung der Schwerindustrie darstelle. Da der Gesetzesentwurf eine Versicherung nur für die Industriearbeiter vorsah, bedeutete jeder Staatszuschuß, daß die Mittel auch von den ärmeren Klassen aufgebracht werden würden, besonders von den Landarbeitern im Osten. Die Lebensbedingungen der letzteren waren so viel schlechter als diejenigen der Industriearbeiter, daß sie in großer Zahl zu den Fabriken im Westen wanderten. Folglich bedeutete jeder zusätzliche Beitrag des Staates eine „Subvention zu Gunsten des Westens, zu Gunsten dieser Großindustrie [...] aus

den Mitteln des ganzen Landes, also auch aus den Mitteln des Ostens.“ (SBR, 1881d, S. 1531)

Der klarste Ausdruck der Vorliebe Richters für kleinere statt große Betriebe in der Marktwirtschaft findet sich vielleicht im Zusammenhang mit seinem Angriff auf den 1879 vorgeschlagenen Schutzzoll:

„Ich bin der letzte, der etwa künstlich die Konkurrenz der Großindustrie und des Großkapitals nieder halten will im Interesse des Handwerks, aber noch viel weniger will ich künstlich die Interessen der Großindustrie und des Großkapitals fördern dadurch, daß hier das deutsche Handwerk, das wir noch haben, verkümmert wird durch diese Art von Zöllen“. (SBR, 1879a, S. 977)

Ein Hauptgrund für Richters Mißtrauen gegenüber der Großindustrie war ihr unheilvoller Einfluß auf die Politik. Bei einer Gelegenheit brachte er im preußischen Abgeordnetenhaus gegen die *big-business*-Fraktion unter Führung des Freiherrn von Stumm vor, daß es ungewiß sei, welcher politischen Parteiung sie angehöre. Möglicherweise wisse sie das selber nicht einmal, da sie immer „mit demjenigen [gehe], der die Gewalt hat, und dazu habe sie auch alle Ursache, schon weil sie stark an Lieferungen für Reich und Staat beteiligt sei.“³⁴ Wie immer schon, neigten die Großunternehmen dazu, die „Partei des Hofes“ zu sein.³⁵

b) Richter als „civic humanist“

Seit einigen Jahren läuft unter Gelehrten der englischsprachigen Welt eine heftige Kontroverse über die relative Bedeutung des „Lockeschen Liberalismus“ und des „bürgerlichen Humanismus“ (civic humanism) in der modernen Politik.³⁶ Der Liberalismus gehe angeblich von der zentralen Rolle individueller Rechte aus, besonders vom Recht auf Eigentum und freien Tausch. Der bürgerliche Humanismus hingegen, so wird behauptet, beruhe auf den Rechten und Pflichten der Menschen als Bürger. Während vom Liberalismus angenommen werde, er sei individualistisch, ja sogar egozentrisch und betone die Welt des Genusses, die durch immer weiter zunehmende Vorteile des wirtschaftlichen Fortschritts möglich werde, werde der bürgerliche Humanismus als kommunitarisch interpretiert, da er die Vorzüge eines dem Gemeinwohl verpflichteten politischen Lebens hervorhebe.

Als Idealtypen haben die so verstandenen Begriffe „Liberalismus“ und „bürgerlicher Humanismus“ zweifellos ihren Wert. Es wäre allerdings ein Fehler, zu meinen, daß sie sich in jeder historischen Verkörperung des Liberalismus gegenseitig ausschließen. So verbinden etwa die Gründer der amerikanischen Republik,

³⁴ *Stenographische Berichte des Preußischen Abgeordnetenhauses* (im folgenden SBPA, 1897, S. 3381. Hervorhebung im Original).

³⁵ Die Theorie der Public Choice Schule würde das durch den Umstand erklären, daß die Transaktionskosten des Strebens, sich an Steuergeldern zu bereichern, für große Betriebe deutlich niedriger sind als für kleine Unternehmen.

³⁶ Siehe etwa Pocock (1981); Winch (1985); Kramnick (1982); sowie Hamowy (1990).

darunter sogar Thomas Jefferson, beide Ideale, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Gleiches trifft für viele andere zu, die gewöhnlich einfach als „Liberalen“ eingeordnet werden, wobei Benjamin Constant vielleicht das herausragendste Beispiel darstellt.

Eugen Richter präsentiert auch ein Beispiel für eine solche Verknüpfung.³⁷ Als er bei der Einführung des Schutzzolls 1879 gegen einen Sturm von Sonderinteressen Widerstand leistete, konnte er geradezu beredsam die Verpflichtung des preußischen Beamtentums des frühen 19. Jahrhunderts auf das Gemeinwohl, hervorheben. Die Stein-Hardenbergschen Reformen - selber eine Mischung liberaler und bürgerlich-humanistischer Elemente - ernteten sein höchstes Lob. Richters Worte in diesem Zusammenhang würden wahrscheinlich jene überraschen, die in ihm weiterhin einfach den „doktrinären Manchestermann“ sehen:

„Das war jene große Zeit, die für ganz Europa zuerst die allgemeine Wehrpflicht und zu gleicher Zeit die allgemeine direkte Steuerpflicht der Bürger schuf. Auf diesen beiden Fundamenten hat dieses Preußen, dieses von Natur so arme Land die schwere Rüstung für ganz Deutschland allein tragen können, bis zu der Zeit, wo das deutsche Reich entstanden ist“ (SBR, 1879a, S. 981).

Obwohl Richter fraglos ein Liberaler im klassischen Sinne war, ist es klar, daß wir es in seinem Fall mit einer anderen Art Liberalismus zu tun haben als im Fall des antipolitischen Liberalismus, wie er etwa bei Bastiat, und dem *Journal des Économistes* oder bei Herbert Spencer und den englischen Individualisten des späten 19. Jahrhunderts oder besonders auch bei der deutschen Freihändlerpartei anzutreffen ist.

Der bürgerliche Humanismus schließt die Gegnerschaft zu bürokratischer Steuerung ein und neigt dazu, die Dezentralisierung der Macht zu fördern und zu fordern. Auch Richter war ein treuer Anhänger des Grundsatzes der Dezentralisierung, der heutzutage häufig als „Subsidiaritätsprinzip“ bezeichnet wird. Als in der Debatte über die Unfallversicherung die Forderung nach einem staatlichen Monopol aufgeworfen wurde, war Richters Haltung, daß er gegen Monopole auf allen Ebenen sei. Doch wenn zwischen einem Monopol auf der Ebene des Reiches und einem auf der Ebene der Einzelstaaten zu wählen sei, „dann entscheiden wir uns für das Monopol des Einzelstaates aus dem Grunde, weil das Monopol, je mehr die Zentralisation dazu kommt, um so verderblicher wird.“ (SBR, 1881c, S. 1474) Richter legt ferner den Grundsatz der Subsidiarität in unzweideutigen Worten dar:

„Ich gehe von dem politischen Grundsatz aus, daß, was in öffentlichen Dingen in kleinen Kreisen erreicht werden kann, auch in kleinen Kreisen durchgeführt werden soll und nicht auf größere zu übertragen ist.“ (SBR, 1881c, S. 1474f.)

Den Drang zur Zentralisierung führt Richter spöttisch auf einen „gewissen Reichsenthusiasmus“ (SBR, 1881b, S. 706) zurück. Obwohl er es nicht ausdrück-

³⁷ Eine Persönlichkeit, in der sich der bürgerliche Humanismus in höherem Maße zeigte, war Richters enger Verbündeter Albert Hänel; siehe *Vitzthum* (1971).

lich sagt, war dieser „Reichsenthusiasmus“ am deutlichsten bei den Nationalliberalen ausgeprägt, selbst auf ihrem „linken Flügel“, d.h. bei denen, die mit besten Gründen als echt liberal bezeichnet werden können. Es war dieser „Reichsenthusiasmus“, der es ihnen erlaubte, Bismarck viele seiner Vergehen nachzusehen, so etwa bei Karl Braun, einem eingefleischten Feind des „Partikularismus“ oder bei Ludwig Bamberger, der später Sezessionist und Richterfeindlicher Freisinniger wurde und der bekannte, wie er von Jugend auf vom „Sinn für die geistige Erziehungskraft des Großstaates [angetan war ...] Der breite und starke Luftstrom, welcher die Millionen eines großen Staates gleichzeitig und gleichmäßig in Bewegung setzt, und dies Gesamtbewußtsein auf der Höhe des großen Lebens hält, war für mich und blieb das Ideal des politischen Lebens, selbst mit der Gefahr, die Zentralisation mit einigen ihrer Schattenseiten zu fördern.“ (Bamberger, 1899, S. 43) Die grundlegende Uneinigkeit über die Zentralisierungsfrage und ihrer Folgen enthüllt Unterschiede zwischen den Liberalismusauffassungen von Männern wie Richter und Bamberger, die von großer Bedeutung für die Geschichte des europäischen und westlichen Liberalismus im allgemeinen sind.

In der gleichen Rede, in der Richter den Grundsatz der Dezentralisierung postuliert, drückt er auch seine Gegnerschaft zur Idee des Nachtwächterstaates aus:

„Ich halte die sogenannte Nachtwächteridee vom Staate für eine durchaus nicht richtige und sie ist auch praktisch bei uns nicht durchgeführt [...] das kommunale Budget hat fast ausschließlich Aufwendungen, die über den Rechtsschutz hinausgehen, die eine positive Fürsorge erhalten.“ (SBR, 1881b, S. 709)

Er legt zum Beispiel dar, daß sich die von den Fortschrittlichen regierte Stadt Berlin gebührenfreier Grundschulen, Turnhallen, Spielplätze und öffentlicher Gärten rühmte. Der springende Punkt sei, daß - abgesehen vom Schulunterricht, der ein Dienst für die Unmündigen und daher ein weiterer Bereich gerechtfertigter Staatsaktivität sei - „alle diese Anstalten für alle Bürger gleichmäßig getroffen werden.“ Bismarcks Sozialpolitik hingegen sei auf einen „Klassengegensatz [gegründet], der die Arbeiter in einen Gegensatz zu allen anderen Bürgern bringt.“³⁸

Schließlich fühlt sich Richter dem Begriff der bürgerlichen Teilhabe an der Regierung als einem Wert an sich verpflichtet. Im Gegensatz zur Freihändler-Schule und den französischen *Industrialistes* erwartete er nicht, daß man über die Politik in dem Sinne hinauskommen könne, daß das Netzwerk des Tausches eines Tages fast alles, was in der Gesellschaft existiert, in sich aufsaugt. Bis in die ferne Zukunft hinein würde die Politik weiterhin das Leben der Nation formen. Daher sei es unerlässlich, daß die Menschen in die Welt der Politik eintreten, daß sie Subjekte und nicht bloß Objekte politischen Handelns werden. Als er bei

³⁸ SBR (1881b, S. 709). Diese Position sollte als Grundlage für die Zurückweisung des Wohlfahrtsstaates problematisch werden, da Sozialprogramme sich mit der Zeit allgemein verbreiteten. Richter setzte jedoch auch andere Argumente gegen den Wohlfahrtsstaat ein; siehe das 4. Kapitel der vorliegenden Arbeit.

Bismarcks Rücktritt spürt, daß sich das System möglicherweise öffnen werde, schreibt er:

„Vor allem hoffen wir, daß nunmehr in Deutschland überall wieder *ein kräftiges, selbstbewußtes, politisches Leben erwacht*. Statt in stumpfer Passivität hinzuhorchen, was von oben kommen wird, muß man sich wieder überall mit dem Gedanken durchdringen, daß das Volk selbst berufen ist, an seinem Geschehniß mitzuarbeiten. Auf die Dauer wird kein Volk anders regiert, wie es regiert zu werden verdient“. (Röttger, 1932, S. 98; Hervorhebung im Original)

c) Politische Weltanschauung

Bemerkungswert an Richters politischer Tätigkeit ist, daß er schon als junger Mann, und dann sein ganzes Leben lang, nicht nur die wirtschaftlichen Nachteile des veralteten bürokratisch-merkantilistischen Systems hervorhebt, sondern zugleich die Beeinträchtigungen der bürgerlichen und politischen Freiheit betont, die mit diesem System verbunden sind. In einer frühen Flugschrift „Über die Freiheit des Schankgewerbes“ verteidigt er die Gewerbefreiheit und greift zugleich das Konzessionswesen an, da es den Behörden mit weitreichenden Regulierungsbefugnissen für alle Gewerbe überträgt:

„Solange in unserm Staate die Polizeiverwaltung eine solche gesetzgebende, richterliche und vollziehende Gewalt in sich vereinigt, verdient Preußen noch nicht den Namen eines Rechtsstaates“. (Richter, 1893, S. 66)

Grundstein von Richters politischer Weltanschauung ist der enge Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit, wobei letztere seinem Verständnis nach besonders die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Parlament und ein demokratisches Wahlrecht einschließt. Seine Sorge gilt stets den politischen wie auch den wirtschaftlichen Folgen der jeweiligen Gesetzesvorlage. So lehnt er indirekte Steuern nicht nur deshalb ab, weil sie die ärmeren Klassen unverhältnismäßig belasten, sondern auch, weil sie die Macht der Exekutive erhöhen: Wären sie erst einmal eingeführt, hätte der Reichstag keine weitere Kontrolle über sie. Richter widersetzt sich Bismarcks Plan für ein staatliches Tabakmonopol nicht nur aus dem wirtschaftlichen Grund der allgemeinen Ineffizienz staatlicher Industrien, sondern auch, weil er, wie in Frankreich, eine große Zahl von Bürgern wirtschaftlich von der Regierung abhängig machen würde (Röttger, 1932, S. 6, 23).

Zwei Jahrzehnte nach seiner Flugschrift über das Schankgewerbe schließt Richter seine große Rede gegen Bismarcks Schutzzollpolitik mit den Worten:

„Keine Freiheit ist einem Volke jemals geschenkt worden. Jede Freiheit, die von oben gegeben wurde, mußte entweder im Kampfe behauptet oder im Kampfe wieder errungen werden. Die wirtschaftliche Freiheit hat keine Sicherheit ohne politische Freiheit, das erfahren wir jetzt, und die politische findet ihre Sicherheit nur in der wirtschaftlichen Freiheit“. (SBR, 1879a, S. 987)

Diese Passage kann als Rechtfertigung der unerschrockenen Fortschrittler gelesen werden und als Vorwurf gegen die Nationalliberalen, besonders gegen die

Partei der Freihändler in ihren Rängen. Von den Tagen der Indemnitätsvorlage über den Gründungsreichstag des Norddeutschen Bundes bis zur Gründung des Reiches unterstützten sie das Bismarcksche System in der Erwartung, zeitweilige Zugeständnisse an der politischen Front durch dauerhafte Gewinne an der wirtschaftlichen Front ausgleichen zu können. Nun waren sie zu der Erkenntnis gezwungen, daß ein Kanzler, der dem Reichstag nicht verantwortlich und der weitgehend immun gegenüber der öffentlichen Meinung ist, die von ihm gewährten wirtschaftlichen Freiheiten von einem auf den anderen Tag wieder aufheben könnte.³⁹

Angesichts dieser Zusammenhänge ist es der unsinnigste aller Vorwürfe gegen Richter, daß er die politische Freiheit nicht beachtet habe, um sich ganz auf die wirtschaftliche Freiheit zu konzentrieren. Gustav Seeber behauptet, daß Richter „die Auseinandersetzung mit dem Polizeistaat unter dem engen Aspekt der wirtschaftspolitischen Interessen der Bourgeoisie [sah], wie das für die Doktrinaire des rigorosen Wirtschaftsliberalismus, die sogenannte Manchesterschule, charakteristisch war.“ (Seeber, 1986, S. 307) Wenn das stimmte, hätte Richter sich 1867 mit Nationalliberalen, die Prince-Smiths und Fauchers Gesinnung teilten, verbündet und Bismarck in den 1870ern unterstützen können, anstatt mit seiner Fortschrittspartei in der politischen Wüste zu verbleiben. Richters gesamte politische Laufbahn war in der Tat von seiner *Weigerung* bestimmt, wirtschaftliche und politische Freiheit zu trennen.

Auch wenn solch eine polemische Verdrehung der Haltung Richters von einem DDR-Historiker wie Seeber nicht weiter verwunderlich ist, was soll man von der Erklärung Leonard Kriegers halten, die er in seinem bekannten Werk *The German Idea of Freedom* abgibt: „Der radikale Liberalismus neigte bei ihm [Richter] dazu, völlig im Dogma von der wirtschaftlichen Freiheit aufzugehen“? (Krieger, 1957, S. 397) Richters lebenslanger Kampf für den Rechtsstaat, die Vorherrschaft des Parlaments und die Geistesfreiheit ist in der Literatur so wohlbekannt, daß man zu erwidern versucht ist: Sozialdemokratische Vorlieben sind eine Sache, vorsätzliche Verdrehungen aber eine andere. Es besteht natürlich auch die Möglichkeit, daß Krieger elementare Tatsachen aus der Laufbahn des berühmtesten liberalen Politikers im Deutschland des 19. Jahrhunderts schlicht unbekannt waren.

V. Bürgerliche Freiheit und Rechtsstaat

In Fragen der Bürgerrechte und des Rechtsstaats ist es augenscheinlich, daß Richter viel von Dahlmann, Mohl und den deutschen Liberalen gelernt hat, mit

³⁹ Richter würde dem Zugeständnis schließlich nahe kommen, daß das Problem nicht in mangelnder „politischer Freiheit“ im Sinne einer Lenkung durch das Parlament lag. Die Herrschaft der Sonderinteressen wohnt der modernen Massendemokratie inne. Mit anderen Worten sie haftet der „politischen“ Freiheit selbst an.

denen er in seiner Jugend verkehrte. In seiner ganzen Laufbahn kämpft er gegen Mißbräuche der Polizeigewalt und Verletzungen der Bürgerrechte. Er bekämpft Vorlagen, „welche durch ihren kautschukartigen Charakter die Zulässigkeit jeder öffentlichen Kritik der Behörden, der politischen und der sozialen Zustände in das diskretionäre Ermessen der Staatsanwälte und Gerichte stellten.“ Zu solchen Vorlagen zählen Beschränkungen der „Schmähungen oder Verhöhnungen von Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Behörden, [...] öffentliche Angriffe auf das Institut der Ehe, der Familie oder des Eigentums.“ (*Richter*, 1896, S. 128f.) Als 1871 im Reichstag Protest gegen die Verhaftung August Bebels erhoben wurde, der als Reichstagsabgeordneter ein Recht auf Immunität besaß, war Richters Unterschrift eine der fünfzehn erforderlichen; das Ergebnis war die Befreiung Bebels und zweier seiner Kollegen. (*Herrmann/Emmrich*, 1989, S. 129f.)

Richter trat auch gegen die berüchtigten Sozialistengesetze auf, mit denen Bismarck die Sozialdemokratie zu vernichten suchte. Für ihn waren diese Gesetze „die bloße Bekämpfung der Ideen“. Doch „eine Überzeugung vertreibt man nicht anders, als daß man eine bessere Überzeugung an ihre Stelle setzt.“ (*SBR*, 1884c, S. 471) Es stimmt, daß Richter zumindest einmal zu verstehen gab, daß es hier eher um eine Frage der Klugheit denn um eine grundsätzliche Frage ging, da die Sozialdemokraten selber keine sauberen Hände hatten:

„Die sozialistische Partei erntet jetzt nichts anderes als die Gewalt, die sie damals selbst gesät hat anderen Parteien gegenüber, indem sie ihre Versammlungen und Vereine sprengte. Moralisch hat die Sozialdemokratie also kein Recht, sich über das Gesetz zu beklagen, nur die Zweckmäßigkeit der gewählten Maßregeln kann ihr gegenüber in Frage kommen.“⁴⁰

Die Klage über die von den Sozialisten betriebene Zersetzung wird übrigens auch von Rudolf Virchow erhoben. Er verurteilt die Agenten der sozialistischen Partei, die „in unsere Versammlungen eindringen, unsere Versammlungen sprengen, unsere Verhandlungen durch Geschrei und wüste Eingriffe hinderten.“ (*Vasold*, 1988, S. 360) Nichtsdestoweniger spricht und schreibt Richter gegen das Gesetz als ein Ausnahmegesetz, als es 1878 zum ersten Mal eingebracht wird und danach bei jeder seiner Verlängerungen. Sein Verhalten bei der 1884 anstehenden Verlängerung bringt ihm viel Kritik ein (*Lorenz*, 1980, S. 141ff.). Ihm ist klar, daß Bismarck bereit war, die Ablehnung der Verlängerung zum Anlaß zu nehmen, den Reichstag aufzulösen, um dann Propaganda gegen die Liberalen als sozialistenfreundliche Reichsfeinde zu machen. Richter fürchtet eine vernichtende Niederlage beim Umengang:

„Wenn es zur Wahl kommen sollte, nach der Ablehnung [...] Es handelt sich um weit mehr, als um das Sozialistengesetz, es wird sich dann in dem Kampfe einzig und allein darum handeln, ob der Liberalismus in der nächsten Zeit in Deutschland noch eine Zukunft hat, oder ob es dem Herrn Reichskanzler gelingt, dem Liberalismus diese Zukunft zu verbauen.“ (*SBR*, 1884c, S. 500)

⁴⁰ SBR (1878, S. 238). Siehe auch *Richter* (1894, S. 135ff.) wo er feststellt, daß die Störungen „unter Zulassung des Ministers des Innern“ erfolgten.

Im Glauben, daß hier viel auf dem Spiele steht, nimmt Richter ausnahmsweise die Rolle des Politikers statt der des prinzipientreuen Liberalen ein und sorgt hinter geschlossenen Türen für entsprechende Stimmabgaben und Enthaltungen seiner Fraktion zwecks Verabschiedung der Vorlage.⁴¹ Es ist allerdings nicht eindeutig, daß die Verlängerung des Gesetzes auf Richters Eingreifen zurückzuführen ist.⁴² Dennoch gibt es keinen Zweifel daran, daß Richter in diesem Moment die Zukunft seiner Partei und seiner Sache über die Treue zu eben jenen liberalen Grundsätzen stellt, die er so lange hoch gehalten hat.

Der wichtigste Grund dafür, daß sich viele deutsche Liberale - und Liberale des europäischen Festlandes - gegen Geistesfreiheit und Gleichheit vor dem Gesetz versündigten, war der Kampf gegen den ultramontanen Katholizismus eines Pius IX. und des ersten vatikanischen Konzils. In Deutschland wurde die von Bismarck betriebene Kampagne - die der mit Richter befreundete führende Liberale Rudolf Virchow „Kulturkampf“ nannte - von der Mehrheit der Fortschrittler befürwortet. Richter hielt die Verweltlichung des Staates eindeutig für einen Teil der liberalen Lehre, und da er das preußische Erziehungssystem unterstützte, zählte dazu auch die Verweltlichung der Schulen. So war das wichtigste preußische Gesetz, das seine Billigung fand, das 1872 während der ersten Phase des Kulturkampfes verabschiedete Schulaufsichtsgesetz. Dieses ersetzte die geistlichen Schulleiter in Preußen durch staatliche Inspektoren. Damals brachte Richter seine Hoffnung zum Ausdruck, daß „diesem Schritt noch mehrere folgen werden, um unser preußisches Unterrichtswesen, das seit Friedrich Wilhelm I. unter der Leitung des Staates sich so entwickelt hat, auf das man im Auslande mit Neid blickt, auf seiner Höhe zu erhalten.“ (*Schmidt-Volkmar*, 1962, S. 80)

Doch Richter war niemals ein wirklicher Anhänger dieses verhängnisvollen Kampfes, der so viel dazu beigetragen hat, die Gegnerschaft der katholischen Kirche zum Liberalismus zu verhärten.⁴³ Als die Katholikengesetze den Charakter von Ausnahmegesetzen annahmen, trat Richter und eine Handvoll anderer Linksliberaler ihnen - vor allem auf Reichsebene - entgegen. Er stimmte etwa gegen das Jesuitengesetz und war einer von nur zwölf Fortschrittlern aus der 47köpfigen Fraktion, die für ein Nein zum Kanzelparagraphen votierten.⁴⁴

⁴¹ Pack (1961, S.81f., 153ff.). Über Richters schwierige Position im Parlament zur Zeit der Verlängerung der Sozialistengesetze siehe Röttger (1932, S. 58ff.).

⁴² Zur genauen Analyse der Abstimmung siehe Pack (1961, S. 157, Anm. 2).

⁴³ Siehe Sheehan (1971, S. 127). Bornkamm (1950, S.51) sagt über Richter: „Seine Hoffnung war, daß [die Kirchen] dabei verkümmern würden [...]“ Sein Verweis auf *Klein-Hattungen* (1912, S.29ff.) liefert jedoch keinen eindeutigen Beweis für diese Behauptung, welche im übrigen nicht mit anderen Erklärungen Richters zu vereinbaren ist, in denen sich dieser z.B. über die Nützlichkeit katholischer karitativer Institutionen zur Bekämpfung des Sozialismus äußert.

⁴⁴ Anderson (1981, S. 152). Der einzige von 125 Nationalliberalen, der gegen den Kanzelparagraphen stimmte, war Eduard Lasker. Anderson mißversteht jedoch Richters Haltung - und ausdrückliche Erklärung - zum Expatriierungsgesetz, durch das Geistlichen ihre Staatsange-

Seinerzeit stellte Richter sein eigenes Programm für die Trennung von Kirche und Staat vor:

„Man gebe dem Volke volle Vereins- und Versammlungsfreiheit, man schaffe freie Privatschulen, man befreie die öffentlichen Schulen von der Aufsicht der Geistlichkeit, man schaffe Zivilstandsregister und führe die obligatorische Zivilehe ein, man dotiere die Kirche aus öffentlichen Mitteln nicht mehr als sie aus privatrechtlichen Titeln verlangen kann.“ (SBR, 1871, S. 518)

Jene seiner liberalen Kollegen, die sich an der Not ihrer katholischen Feinde weideten, warnt Richter: „Das kann mich nicht trösten, daß der reaktionäre Spieß, nachdem er bisher mehr gegen links gekehrt war, nun gegen das Zentrum gerichtet wird, dieselbe Hand, die ihn nach rechts gedreht hat, kann ihn auch wieder nach links drehen,“ und er fügte wachen Auges hinzu: „auch gegen die sozialdemokratische Partei.“ (SBR, 1871, S. 519)

Die Tatsache, daß Richter sich auf diese Weise von der Mehrheit seiner Mitliberalen unterscheidet, wird wiederum von Katholiken anerkannt; in der bitter umkämpften Reichstagswahl von 1878 gewinnt Richter die Stichwahl nur durch die Unterstützung des Zentrums (Röttger, 1932, S. 11). Als unter Liberalen die Leidenschaft bei der Verfolgung von Katholiken abflaute, konnte sich Richter rühmen, „keinem der Reichsgesetze, die man zu dem sogenannten Kulturkampf zählt, zugestimmt [zu haben] und auch manchem Landesgesetze [in Preußen] in dieser Beziehung nicht.“⁴⁵ Richter kam mit seiner Haltung der echt liberalen Lehre so nahe wie kein zweiter deutscher Liberaler. Er bestand auf strikter Trennung von Staat und Kirche bei voller Freiheit für Privatschulen und Ablehnung jeder staatlichen Subvention für irgendein Bekenntnis (Rohfleisch, 1946, S. 37ff.; Rachfahl, 1912, S. 278).

Richter teilt sicherlich nicht den giftigen Haß auf den Katholizismus, der in liberalen Zirkeln gepflegt wurde. Gelegentlich bringt er seine Wertschätzung für die Arbeit katholischer Wohltätigkeitsgruppen zum Ausdruck, für die Gesellenvereine, Bonifaciusvereine usw., „in denen sie den geistigen Bedürfnissen größerer Volksklassen zu entsprechen suchten, [so] daß diese wesentlich dazu beige-

hörigkeit entzogen werden konnte. Sie schreibt (ebenda, S. 177), daß Richter sich der Stimme enthielt, „damit, wie Richter später zugab, seine Verabschiedung ‚in keinem Falle zu verhindern‘ sei.“ Als Beleg wird Richters *Im alten Reichstag*, Bd. 1, (1894, S. 96), angeführt, wo er erklärt, daß Hoverbeck als Fraktionschef darum ersucht hatte, daß die fortschrittlichen Abgeordneten ihre Meinungsverschiedenheit nicht nach Außen zeigen sollten, wie das bei früheren derartigen Gesetze und vor kurzem noch beim Militärgesetz der Fall war. Richter fügt hinzu: „Da nun die Annahme des Gesetzes in keinem Falle zu verhindern war, fügten diejenigen, welche gleich mir Gegner des Gesetzes waren, sich dem Wunsche des Führers und nahmen an der Abstimmung nicht teil.“

⁴⁵ SBR (1878, S. 239). Daher übertreibt Blackbourn (1988, S. 49), wenn er, sich auf Lorenz stützend, Richter als einen „der wenigen Liberalen, die den Kulturkampf vorbehaltlos ablehnten,“ bezeichnet.

tragen haben, der sozialistischen Agitation einen Damm entgegenzusetzen.“ (SBR, 1878, S. 239)

Auf der anderen Seite mißt er der Religion keinen großen Wert als Schranke gegen den Sozialismus zu, eine Hoffnung, die von vielen gehegt wurde. In seiner Sicht schreibt keine Religion eine bestimmte Regierungsform oder ein bestimmtes Wirtschaftssystem vor. Der sozialistische Aufruhr werde nur dann ein Ende finden, wenn in hinreichend weiten Kreisen begriffen werde, daß das sozialistische Programm „kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt wäre.“ Hier konnte Richter der Versuchung nicht widerstehen, der andere liberale Fürsprecher eines öffentlichen Bildungswesens im 19. Jahrhundert anheim fielen: die öffentlichen Schulen zur Vermittlung liberaler Ideen zu nutzen.⁴⁶

Besonders interessant ist es, daß für Richter „die Privatschule noch eine letzte mögliche Zuflucht“ vor den Zwängen zur Anpassung an den autoritären Staat bleibt (Müller-Plantenberg, 1971, S. 201). Im Gegensatz zur Mehrheit deutscher - und auch französischer und anderer - Liberaler seiner Zeit war er nicht willens, Privatschulen, einschließlich konfessioneller Schulen, Hindernisse in den Weg zu legen, um so seine eigene, säkulare Weltanschauung zu fördern. Er drückt das so aus:

„Wenn es auch wirklich wäre, daß mit dem Gebrauch des freien Privatunterrichtswesens Schulen entstünden, die meiner Richtung weniger genehm wären, so würde ich mich dadurch nicht beirren lassen, nicht davon ablassen aus Katholikenfurcht oder aus Sozialistenfurcht.“ (Müller-Plantenberg, 1971, S. 201)

Diese Verteidigung privater Erziehung stammt aus dem Jahre 1892, zwanzig Jahre nach Richters ebenso naiver wie begeisterter Billigung staatlicher preußischer Schulen zur Zeit des Schulaufsichtsgesetzes. Daß er aus Erfahrung gelernt hatte und nun um die politischen Gefahren wußte, die selbst mit dem preußischen Erziehungswesen, so herausragend es auf seine Weise auch war, einhergingen, ist eine interessante Hypothese, wenngleich sie heute wahrscheinlich nicht mehr zu belegen ist.

Was die Freiheit deutscher Juden angeht, so war Richters Haltung wesentlich eindeutiger. Er zieht gegen den aufkommenden Antisemitismus zu Felde, während Bismarck mit der neuen Bewegung kokettiert, um den Liberalen ein weiteres Mal das Wasser abzugraben. Richter brandmarkt den Antisemitismus als „antina-tional“ und nennt ihn eine „unsere nationale Ehre schädigende Bewegung.“⁴⁷ Die Antisemiten ihrerseits etikettierten die Linksliberalen um Richter als „Juden-schutztruppe.“ (Stern, 1987, S. 524) Nach dem Vorbild der Sozialdemokraten versuchten die Antisemiten liberale Versammlungen in Berlin gewaltsam aufzu-

⁴⁶ SBR (1878, S. 239). Siehe auch dazu, daß das Christentum der Politik keine Normen vorgibt, SBR (1881b, S. 700).

⁴⁷ Richter (1896, S. 176ff., 200f.) und seine Artikel, „Antisemiten“ und „Juden,“ in Richter (1898, S. 17ff. und 174ff.); auch Low (1979, S. 392ff.).

lösen; gegen diese Angriffe mußten die Fortschrittler zu einer Art Privatpolizei Zuflucht nehmen (*Richter*, 1896, S. 203).

Die Beziehung der deutschen Judenschaft zu den Linksliberalen, vor allem zu den Liberalen Richterscher Prägung, war von besonderer Art. Jüdische Wähler zogen nicht-jüdische Kandidaten aus Richters Fraktion sogar den jüdischen Kandidaten anderer liberaler Parteien vor. Richters starker Widerstand gegen die aufkommende antisemitische Bewegung und seine Treue zum Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat erklären dies zum Teil, aber wahrscheinlich spielen andere Faktoren hinein, z.B. Richters Antimilitarismus und Antisozialismus. Jedenfalls bildete der deutschjüdische Mittelstand - besonders in Berlin - bis zum Ende von Richters Laufbahn einen wesentlichen Teil seiner Gefolgschaft (*Pulzer*, 1976, S. 179f.; *Low*, 1979, S. 389f.). Interessanterweise war die Herrschaft der Freisinnigen in der Stadt Berlin dem konservativen Establishment solch ein Dorn im Auge, daß Gustav Schmoller noch 1916 über den Berliner kommunalen Freisinn klagen konnte, „[...] der sozial auf semitischer Millionärbasis beruhend, unsere Hauptstadt mehr oder weniger beherrscht.“ Schmoller führt den Wunsch der liberalen Juden nach Demokratisierung der deutschen Gesellschaft darauf zurück, daß „ihr eng zusammenhaltender Kreis die Universitäten, das Heer, das hohe Beamtentum noch nicht so unbedingt beherrsche, wie das bezüglich der Stadt Berlin und ihrer Verwaltung der Fall sei.“⁴⁸

Eine wichtige rechtsstaatliche Streitfrage betraf die polnische Bevölkerung in den östlichen Gebieten Preußens. Sie wurde in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts immer schärferen Gesetzen und Regulierungen unterworfen. Für Richter wie für seine Partei kam die Unabhängigkeit oder Autonomie der Polen nicht in Frage, und nationalistische polnische Agitatoren mußten unterdrückt werden. Doch im Rahmen dieser Vorgaben widersetzte er sich aus verschiedenen Gründen der staatlichen Germanisierungspolitik - Enteignung polnischer Grundbesitzer, Ansiedlung deutscher „Kolonisten“, Verdrängung der polnischen Sprache aus den Schulen usw. Der wichtigste Grund lag darin, daß die jeweiligen Gesetze - in direktem Widerspruch zu Artikel 4 der Verfassung - Ausnahmegesetze waren, die sich gegen einen Teil der Bevölkerung richteten und damit Menschen betrafen, die letzten Endes doch preußische und deutsche Bürger und Steuerzahler waren. Aber Richter und seine Kollegen legten auch dar, daß der Feldzug der Regierung Ressentiments und Haß zwischen den beiden Völkern erzeugte, die in Posen, Oberschlesien, Ost- und Westpreußen zusammen lebten und arbeiteten. Auf diese Weise wurde die wirtschaftliche Entwicklung der Ostgebiete, wie auch die stufenweise und langfristige Assimilierung der Polen verhindert. Nicht der

⁴⁸ *Schmoller* (1922, S. 24). Die Sorge über den jüdisch-liberalen Einfluß war den Kathedersozialisten und den ihnen Nahestehenden gemein; Adolph Wagners Antisemitismus ist z.B. gut belegt. Als Albert Schäffle 1870 die Gelegenheit zu einer Unterredung mit Kaiser Franz Josef hatte, warnt er ihn vor der „Minoritätsherrschaft [...] des Grosskapitals mit Unterstützung des doktrinären Liberalismus,“ und stellt heraus, daß der liberale Großbesitz „überwiegend jüdisch“ war. *Schäffle* (1905, S. 201).

geringste Einwand von Seiten Richters galt natürlich der Politik des Kaufes polnischen Landes für deutsche Landwirte die sich als außerordentlich teuer erwies. Bei all dem hatten die mit dem Zentrum verbündeten Linksliberalen den zunehmenden Angriffen der Regierung, der Konservativen und der Nationalliberalen zu begegnen. Deren Ziel war es, eine „national geschlossene, möglichst große Masse“ zu schaffen, um sich für „die zukünftigen schweren Kämpfe, denen wir entgegensetzen“ (Balzer, 1990, S. 48f., 128, 132, 291 und passim) zu wappnen, wie es ein konservativer Sprecher ausdrückte. In der polnischen Frage wurde das Wirken Richters, wie in seiner ganzen politischen Laufbahn, von der Annahme bestimmt, daß rivalisierende Ideen und Kulturwerte nicht mit Gewalt zu bekämpfen sind, sondern ruhig der Bühne der bürgerlichen Gesellschaft überlassen bleiben können.

VI. Die Zweifrontenstrategie

Richter war von der gegenseitigen Abhängigkeit politischer und wirtschaftlicher Freiheit überzeugt. Das prägte seine politische Strategie. Er führte einen „Zweifrontenkrieg“ von der Art, wie sie für europäische Liberale seit der Zeit der französischen Restauration oder sogar des *Directoire* geboten war. Auf der einen Seite kämpfte er gegen die autoritäre Regierungsform des Bismarckschen „Scheinkonstitutionalismus“ und den wiederbelebten Merkantilismus, auf der anderen Seite gegen den emporkommenden Sozialismus.⁴⁹

Richter sah seinen Zweifrontenkampf als eine Auseinandersetzung zwischen dem Liberalismus und zwei Arten staatlicher Bevormundung. Der Sozialismus und das Bismarcksche System bedeuteten jeweils Rückschritte in Richtung einer älteren Ordnung, nämlich - in der wohlbekannten Typologie des englischen Rechtshistorikers Henry Maine - zur „Statusordnung“ statt zur „Vertragsordnung“. Beide wiesen gewisse innere Verwandtschaften auf (Maine, 1963). Richters Deutung einer Gemeinsamkeit zwischen Sozialismus und preußischem monarchischem Konservatismus wurde von Ferdinand Lassalle, dem Begründer des deutschen Sozialismus, geteilt. Sie bildete die Grundlage der Lassalleschen politischen Strategie in den späten 1850er und frühen 1860er Jahren. 1863, am Ende seines Prozesses vor dem königlichen Kammergericht zu Berlin, erklärte Lassalle seinen Richtern:

„Wie breite Unterschiede Sie und mich auch von einander trennen, meine Herren, - dieser Auflösung alles Sittlichen [die aus dem Lager der Liberalen drohte] gegen-

⁴⁹ Kahan (1989, S. 68f.) schreibt vom „klassischen Dilemma, das alle Liberalen des 19. Jahrhunderts erfuhren, ob sie nun Deutsche, Franzosen oder Engländer waren. Sie befanden sich alle in der mißlichen Lage, einen Zweifrontenkrieg zu führen: oben eine Front zu den Aristokraten und der Regierung, unten die andere, um die Angriffe der Demokraten und der Unterklassen abzuwehren. Im Ergebnis schwächte diese Teilung ihrer Kräfte sie überall, und gab den Liberalen starke Anreize, mit dem einen oder anderen Gegner Bündnisse einzugehen.“

über stehen wir Hand in Hand! Das uralte Vestafeuer aller Zivilisation, den Staat, verteidige ich *mit* Ihnen gegen jene modernen Barbaren [die Manchestermänner]“.
(Lassalle, 1912, S. 127. Hervorhebung im Original)

Richter erlaubte Bismarck niemals, die geheimen Unterredungen zu vergessen, die jener als Ministerpräsident mit Lassalle zur Zeit des preußischen Verfassungskonfliktes führte, als er die Strategie erwog, Lassalle zu benutzen, um die Arbeiter gegen das emporkommende liberale Bürgertum aufzubringen; seine damalige Handlungsweise sei - so hielt Richter dem Kanzler ständig vor - nicht gerade geeignet gewesen, „Lassalle in seinen Bestrebungen zu entmutigen, im Gegenteil [...]“ (SBR, 1878, S. 238)

Richter betonte, daß die rechtsstehenden Parteien - Konservative und Antisemiten - dem Sozialismus halfen und zwar „insbesondere [durch ihre] Hetze [...] gegen das mobile Kapital, gegen angebliche Ausbeutung durch dasselbe, dazu [durch] die allen Berufsklassen erteilten Versprechungen auf besondere Staatshilfe und Staatsfürsorge“. Das beste Beispiel für solche Versprechungen war Bismarcks Sozialpolitik, die der Sache der Sozialisten einen mächtigen moralischen Beistand verschaffte - einen Beistand, der leicht für den geringfügigen Schaden entschädigte, der durch die Sozialistengesetze entstand. Denn die sozialpolitische Gesetzgebung fußte auf dem Grundsatz, daß Industriearbeiter im Vergleich zu anderen Gesellschaftsklassen anders - und damit besser - behandelt werden mußten; diese Auffassung wiederum basierte auf der Unterstellung, daß sich die bourgeoise Gesellschaft eines Unrechts an der Klasse der Industriearbeiter schuldig gemacht habe (SBR, 1881d, S. 1532).

Das gemeinsame Gedankengut von Konservativen und Sozialisten dokumentierte sich nach Richters Auffassung ganz offen in den Argumenten, die die Konservativen in der Debatte über Bismarcks Unfallversicherungsentwurf gegen private Versicherungsunternehmen vorbrachten. Indem sie geltend machen, daß das private Versicherungssystem „nur“ für Profit und nicht für das öffentliche Wohl arbeite, wiederholten die Konservativen ständig die sozialistische Unterstellung, eines Gegensatzes zwischen Gewinnstreben und Allgemeinwohl. Sie stellte dadurch die ganze moderne Wirtschaftsordnung in Frage. Richter war wiederholt zur Darstellung einiger recht bekannter Argumente gezwungen, die der Marktwirtschaft zugrundeliegen, z.B. daß privates Unternehmertum für die Förderung des öffentlichen Interesses wesentlich ist und ihm nicht widerspricht. Der Angriff der Konservativen auf das Gewinnmotiv in der Versicherungsindustrie - und auch ihr ständiger, abwertender Gebrauch des Ausdrucks „spekulieren“ - könnte genauso gegen die private Produktion von Nahrungsmitteln gerichtet werden. Die Sozialisten könnten sagen „ja, wie kann man es dulden, daß die Ernährung des Volkes, die Produktion von Brot und Fleisch der Spekulation der Herren Grundbesitzer preisgegeben ist? Daß diese Herren spekulieren dürfen, ob sie Korn oder etwas anderes [an-]bauen, daß sie dabei bloß danach zu fragen haben, was ihnen am meisten einbringt, und nicht nach den Ernährungsinteressen des Volkes?“ Richter und seine Zuhörer waren sich der Tatsache bewußt, daß dies ein sozialistisches Standardargument gegen die Marktwirtschaft war. Was er zeigen wollte

war, daß die Konservativen die Unkenntnis der Sozialisten über die komplexe Funktion der Preise und des Preissystems teilten, sowie deren altertümliche Vorliebe nach einer Produktion für den „Bedarf“ (SBR, 1881b, S. 705). Wer so gegen das private Unternehmertum argumentiert wie es die Konservativen getan haben, „der kann sich nicht wundern, wenn die sozialistischen Vorstellungen als logische Konsequenz eine weitere Verbreitung finden.“ (SBR, 1884c, S. 472)

VII. Gegen die Konservativen

In Richters Denken war die Unterscheidung zwischen konservativen und liberalen Positionen glasklar: Sie lief auf den Gegensatz zwischen einer auf Gewalt und einer auf freiwilliger Kooperation ihrer Mitglieder beruhenden Gesellschaftsordnung hinaus. Die konservative Neigung zu autoritären Regierungsformen in der Politik - mit den traditionellen aristokratischen Klassen als Beherrschern des Staates und Vormündern der Bürger - ging einher mit ihrer Vorliebe für die staatlich Lenkung des Wirtschaftslebens. Richter drückte es so aus:

„Meine Herren, das ist überhaupt der fundamentale Unterschied der konservativen und liberalen Partei: Ihre Überschätzung des Zwangs, der Einwirkung der Polizei, der polizeiliche Bevormundung, und auf unserer Seite die Hochhaltung und Würdigung dessen, was freiwillig und aus eigenem Interesse geschieht, was die Konkurrenz der Interessen von selbst mit sich bringt. [...] Wir sind umgekehrt der Meinung [...] daß der Staat überhaupt nur sehr ergänzend eintreten kann; daß er aber leicht viel mehr verderben als helfen kann“. (SBR, 1881b, S. 704)

So sehr neigen die Konservativen dazu, sich zur Lösung von Problemen an die Staatsgewalt zu wenden, daß sie, so Richter, ironischerweise den vermeintlichen Gipfel ihrer eigenen Sozialphilosophie aushöhlen. Denn, wie Richter darlegte, ist „das korporative, genossenschaftliche Leben [...] das Ziel der modernen konservativen Wirtschaftspolitik.“ Doch indem sie staatliche Sozialversicherungsmodelle förderten, gaben die Konservativen ihr eigenes Anliegen auf. Während der konservative Gesetzgeber einerseits versucht, einigen Genossenschaften durch das künstliche Mittel des Staatseingriffs Leben einzuhauchen, greift derselbe Gesetzgeber andererseits „in die bestehenden Genossenschaften hinein, reißt ein Stück heraus und organisiert eine bürokratische Schablone, die an Stelle der bestehenden Genossenschaften gesetzt wird.“ Doch die historische Tatsache ist, daß genossenschaftliche Organisationen, die sich unter natürlichen Umständen als lebensfähig erwiesen haben und sich einen Platz im industriellen Leben schafften, typischerweise mit „gegenseitiger Unterstützung, gegenseitiger Versicherung“ begannen. Das ist es, was Menschen zunächst zusammenbringt, „alles übrige wächst erst daraus heraus.“ Anstatt diese Entwicklung zu nähren, haben die Konservativen ihre selbsterklärten Ziele verraten: „hier wird nun die natürliche Grundlage zu Gunsten einer bürokratischen Schablonisierung entzogen.“ (SBR, 1881b, S. 704)

Wenn er zu jenen Konservativen kam, die als Agenten „finsterer Agrarinteressen“ handelten, sparte Richter nicht mit seinem Sarkasmus. Genau wie er später die vornehmen imperialistischen Akademiker als den „Landsturm der Flottenprofessoren“ bezeichnete, so betitelte er den Bund der Landwirte als den „Bund für Lebensmittelverteuerung.“ (Goldberg, 1993, S. 64ff.) Richter hatte zu den jüngeren Männern gezählt, die den alten 1848er Radikalen Franz Ziegler in einer Tischrede zur Feier seines 70. Geburtstages ausrufen hörten: „Nur immer Selbstvertrauen, dem Mutigen gehört die Welt! Erfüllen Sie sich etwas mit dem wilden Mut und Selbstvertrauen des Junkertums.“ (Richter, 1893, S. 51) Ob Richter solcher Ermutigungen bedurfte oder nicht: keiner seiner Gegenspieler vermochte ihn zu entnerven oder auch nur zu beeindrucken - weder Bismarck, noch der ehrwürdige Moltke, noch Tirpitz und die geballten „Vons“ in der Partei der Landwirte, geschweige denn die Funktionäre der Sozialdemokratie und die Ordinarien des „Systems Althoff.“ Er war sogar fähig, die Großgrundbesitzer ob ihrer Finanznot zu provozieren, wenn er von jenem großen Teil des Junkertums sprach, „das nichts mehr zu verlieren hat, weil es wirtschaftlich schon halb bankrott ist und deshalb auch nicht vor dem politischen Hazardspiel zurückzuschrecken braucht.“ (SBR, 1897, S. 5911)

Hans-Peter Goldberg hat kürzlich auf Richters Reichstagsrede gegen die Privilegierung der Brennereien ostelbischer Landbesitzer hingewiesen, ein bemerkenswerter Angriff auf die Agrarier im Mai 1887:

„Es ist fast immer dieselbe Gesellschaft [...] Einmal sagen sie: das Holz ist zu billig, die Holzzölle müssen erhöht werden, - und dann wird der ganze Holzhandel durcheinandergeworfen. Dann ist ihnen der Roggen, der Weizen zu billig, da müssen Kornzölle eingeführt werden; dann wird das wieder verteuert. Dann erinnern sie sich daran, daß ihnen die Schafszucht jetzt zuwenig bringt; dann verlangen sie Wollzölle. Wenn sie nicht wissen, wo es sie eigentlich schmerzt, dann klagen sie über das Münzsystem, dann verlangen sie, daß die ganze Münzwährung geändert wird. Dann meinen sie wieder, es müsse der Kornzoll erhöht werden. Machen wir doch mit der Gesellschaft ein Ende! Kaufen wir sie aus! Dann haben wir Frieden. [Große Heiterkeit und Unruhe]“. (Goldberg, 1993, S. 66)

Richter schlug sogar vor, daß das Auskaufen der Landbesitzer „nach dem Muster der Polengesetze“ erfolgen solle. Wie Goldberg darlegt, hätte Richters Angriff nicht verheerender sein können: „Ehrenrührig geradezu für den Ostelbier ist der Vergleich mit der Enteignung der Polen, überhaupt die Disponibilität ererbten, adligen Grundbesitzes, dazu das Pejorativ ‚Gesellschaft‘ [...]“ (Goldberg, 1993, S. 66). Als Charles Sumner, seines Zeichens Sklavereieegner und liberaler Senator von Massachusetts, sich 1856 in einer umfassenden Verurteilung der Sklavenhalter-Klasse des Südens erging, wurde er im Sitzungssaal des Senats von einem Kongreßabgeordneten und Hitzkopf aus Alabama brutal durchgeprügelt. Es ist überraschend, daß Richter niemals einem ähnlichen Angriff durch einen wütenden Junker zum Opfer fiel.

Die wirtschaftlichen Nöte der Junker wurzelten natürlich in den ökonomischen Realitäten jener Zeit. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten reichten immer

höhere Zölle und staatliche Subventionen niemals aus, um die ostelbischen Landbesitzer wirtschaftlich gesunden zu lassen. Doch ihr Parasitentum hielt bis zum bitteren Ende an und spielte sogar eine Rolle in der Krise, die im Januar 1933 Hitler an die Macht brachte.

VIII. Gegen die Sozialdemokratie

a) Richters lebenslanger Feldzug

Richters Zweifrontenstrategie umfaßte neben seinem unermüdlichen Angriff auf den Scheinkonstitutionalismus und Neo-Merkantilismus der Rechten gleichzeitig auch seine Gegnerschaft gegen den wachsenden Einfluß des Sozialismus. Als Liberaler hielt Richter am Grundsatz der Harmonie rechtverstandener Interessen in einer Marktwirtschaft fest, d.h. an der Harmonie der langfristigen Interessen aller Klassen, die dort besteht, wo von Gewalt und Betrug kein Gebrauch gemacht wird. Bereits 1858 schrieb er in einem Zeitungsartikel: „Jeder Unbefangene aber muß einsehen, wie ohne das Kapital, das der Sparsame aufhäuft, überhaupt keine Produktion denkbar ist.“ (Seeber, 1986, S. 305) Die Interessen von Kapitalisten und Arbeitern befinden sich letzten Endes im Einklang. Die Arbeiter als ganzes haben von der Kapitalakkumulation mehr zu gewinnen als von der Tätigkeit von Gewerkschaften, geschweige denn von der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft hin zum Sozialismus.

Angesichts dieser klar abgegrenzten Position ist es einfältig, Behauptungen der Art aufzustellen, wie sie kürzlich von A.J. Nicholls zu lesen waren, daß nämlich Richters Feldzug gegen den Sozialismus motiviert gewesen sei von seiner Sorge, „das Eigentum der Mittelklasse vor sozialistischen Übergriffen zu schützen.“ (Nicholls, 1994, S. 19) Ob er in der Wahl der Mittel eine glückliche Hand hatte oder nicht - Richters Ziel war es, das Gemeinwohl der Deutschen zu fördern.

Richters Streit mit dem Sozialismus geht auf die frühen 1860er Jahre zurück, als er begann, sich mit Ferdinand Lassalle auseinanderzusetzen. In seinen Erinnerungen schrieb er: „Den damals gegen die Sozialdemokratie begonnenen Kampf habe ich, von denselben Anschauungen ausgehend, nunmehr bald 30 Jahre hindurch fortgesetzt.“ (Richter, 1893, S. 96) In der Tat hatte die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus für Richter, zumindest zeitweilig, sogar noch Vorrang vor dem Streit mit den Konservativen. In einem 1877 gehaltenen Vortrag ging er so weit, zu behaupten:

„Lassen Sie uns den Kampf der Fortschrittspartei mit den anderen politischen Parteien nach rechts hin immer als Nebensache betrachten und verweisen wir unsere Freunde, wie andere politische Parteien, darauf, daß es unsere Hauptaufgabe ist, den uns allen gemeinsamen Gegner, die Sozialdemokratie, zu besiegen.“ (Seeber, 1986, S. 315)

Ein Grund für diese Haltung ist Richters Überzeugung, daß nur die Linksliberalen, die sich von der sozialistischen Ideologie nicht hatten infizieren lassen, den Sozialismus wirkungsvoll bekämpfen konnten. Auf die eher gedankenlose Bemerkung eines rechten Reichstagsabgeordneten „was wir am Sozialismus bekämpfen, ist die Methode,“ antwortete Richter: „Nun, meine Herren, wir bekämpfen nicht bloß die Methode der Sozialisten, sondern wir bekämpfen ihre wirtschaftlichen Grundsätze.“⁵⁰

Richter ist häufig dafür kritisiert worden, daß er sich auf die Auseinandersetzung mit der deutschen Sozialdemokratie konzentrierte. Hans-Georg Fleck, einer seiner neueren Kritiker, gibt sogar eine recht erstaunliche Erklärung:

„Gerade Richter war es, der den zu einem Gutteil verbalradikalen Lassalleanismus und Vulgärmarxismus der deutschen Sozialdemokratie durch seine anti-sozialdemokratischen Streitschriften zu einem Popanz aufbaute und dem auf sozialdemokratischer Seite gehegten Vorurteil von der einheitlichen „reaktionären Masse“ aller übrigen Klassen Vorschub leistete“. (Fleck, 1988, S. 76)

Im Rückblick ist es einfach, Richters Ansicht zu den vom deutschen Sozialismus ausgehenden Gefahren zu bekritteln und zum bloßen „Verbalradikalismus“ herabzustufen und vom „Vulgärmarxismus“ und vom Sozialismus als einem „Popanz“ zu sprechen. Heutzutage ist jeder mit dem stetigen, sich über Generationen erstreckenden Rückzug der deutschen Sozialdemokraten von ihren einst verkündeten Grundsätzen und Zielen vertraut, - ein Rückzug, der sein vorläufiges Ende im Godesberger Programm und der Reduzierung der sozialistischen Idee auf bloße Umverteilung des von privaten Unternehmen geschaffenen Reichtums gefunden hat.

Doch die Sache lag anders zur Zeit Richters, als das, was Fleck als „Vulgärmarxismus“ verharmlost, der offizielle deutsche Sozialismus war, nämlich die geltende und allenthalben verbreitete Position der Sozialdemokratie, die sie in ihrem Parteiprogramm kundtat, die ihre anerkannten Führer von Bebel über Liebknecht bis Kautsky ausbauten und auf der ihre Agitatoren und gewählten Vertreter ein ums andere Mal mit Nachdruck bestanden. Dieser „Popanz,“ der mit jedem Jahr an politischem und gesellschaftlichem Einfluß gewann, machte keinen Hehl daraus, was ihm vorschwebte. Zwar stellte er verschiedene demokratische Forderungen auf, die „zunächst“ zu verwirklichen seien. Doch die Sozialdemokraten betrachteten den Klassenkampf zwischen „Bourgeoisie“ und „Proletariat“ als „Angelpunkt allen revolutionären Sozialismus.“ (Engelberg, 1983, S. 26) Ihr Endziel war die Abschaffung von Privateigentum, freiem Markttausch und „Warenproduktion“ und die Ersetzung der Kapitalisten, Unternehmer und Händler durch politische Funktionäre. In heiterer Gelassenheit vertrauten die Führer des

⁵⁰ SBR (1879a, S. 983). Vgl. auch Richters Erklärung, SBR (1884c, S. 473): „mag das Sozialstengesetz angenommen werden, mag es abgelehnt werden - dieses Regierungssystem und die konservativen Parteien, sie sind nach ihrer ganzen Art und Weise nicht im Stande, der Ausbreitung der sozialistischen Bewegung in Deutschland einen wirksamen Damm entgegen zu setzen.“

deutschen Sozialismus darauf, daß fünfzig Millionen Deutsche unter solch einem Regime leben und zu Wohlstand gelangen könnten. Richter hatte guten Grund, vom Gegenteil überzeugt zu sein.

Richter wußte, daß es Wandlungen in der sozialistischen Bewegung gegeben hatte, seitdem er zum ersten Mal den Kampf mit ihr aufgenommen hatte. Doch am auffallendsten war für ihn der Wandel vom Lassallschen „Allheilmittel der Produktivgenossenschaften“, welches die deutschen Sozialisten beinahe achtundzwanzig Jahre predigten, zum orthodoxen Marxismus des Erfurter Programms von 1891 (Richter, 1893, S. 96f.). Franz Mehring, wahrscheinlich der prominenteste Publizist der damaligen sozialistischen Bewegung, war ein Vertreter des vorherrschenden sozialdemokratischen Standpunkts, mit dem sich Richter konfrontiert sah. Noch 1903 schrieb Mehring in der *Neuen Zeit* über die deutsche „Bourgeoisie“ (einschließlich ihrer liberalen Verteidiger): „Sie mußte sich darüber klar sein and war sich im Grunde darüber klar, daß sie ohne Hilfe der Arbeiterklasse den Absolutismus und Feudalismus nicht besiegen könne. Sie mußte sich ferner darüber klar sein and war sich im Grunde auch darüber klar, daß sie im Augenblick des Sieges den bisherigen Bundesgenossen als Gegner sich gegenüber haben werde,“ um diesem dann in der letzten, endgültigen Auseinandersetzung zu erliegen. Das war es letzten Endes, was nach den Geschichtsgesetzen geschehen mußte, und zwar „mit der Unvermeidlichkeit eines Naturgesetzes,“ wie die Marxisten prophezeihten.

Nichtdestoweniger bestand Mehring darauf, die „Bourgeoisie“ hätte aus diesem angeblichen Tatbestand den Schluß ziehen sollen, „daß ein Pakt mit der Arbeiterklasse auf leidliche Bedingungen für sie die einzige Möglichkeit biete.“ (Mehring, 1966, S. 553) Da für Liberale wie Richter aber das marxistische Szenario gar nicht so „leidlich“ war, ist es verständlich, daß Richter den „sozialdemokratischen Zukunftsstaat“ als zwar im Augenblick weniger gefährlich, im Wesen aber „weit schlimmer“ als den bestehenden „Militärstaat“ bezeichnete.⁵¹

Als Liberaler sah Richter den Sozialismus als eine Art Gegenrevolution an, als ein verzweifelter und einfältiger Aufstand gegen die Privatrechtsordnung. Die Kritik, die der Sozialismus an der auf Privateigentum beruhenden Wirtschaftsordnung übte, war in ebenso grundlegenden wie verhängnisvollen Irrtümern befangen: In einer auf Wettbewerb beruhenden Wirtschaft gibt es keine Ausbeutung der Arbeiter, keinen angeeigneten Mehrwert, keinen ihr innewohnenden Klassenkampf, keine natürliche Tendenz zur Herrschaft der Monopole. Doch die Verbreitung solch irriger Ansichten blieb nicht ohne Folgen. Selbst wenn es nur darum ging, dem Volk ein rationales Verständnis der modernen Gesellschaft beizubringen, mußte der Sozialismus bekämpft werden - ganz abgesehen von der

⁵¹ Gilg (1965, S. 135ff.). Gilg fügt hinzu: „Zu dieser Gegnerschaft [Richters gegen die Sozialdemokraten] trug natürlich die Revolutionstheorie des sozialdemokratischen Programms, die jede Zusammenarbeit nur als Mittel zur Gewinnung der Alleinherrschaft gelten ließ, und außerdem die erfolgreiche Konkurrenz der Sozialdemokratie im Ringen um die städtischen Wählermassen wirksam bei.“

Tatsache, daß das Erreichen sozialistischer Ziele nach Richters Überzeugung zu einem Zustand tiefster Armut und zugleich zu staatlichem Absolutismus führen mußte.

Es mag durchaus sein, daß man heute in einer günstigeren Position als frühere Kommentatoren ist, um Richters Standpunkt zu würdigen. Die Bedeutung des echten Marxismus, der im wesentlichen das Ziel von Richters Kritik war, ist durch die Erfahrung mit Regierungsformen, die ihn zu verwirklichen gesucht haben, klarer geworden. Selbst wenn wir die *Absichten* der sozialistischen Führer außer Acht lassen und annehmen, sie seien ausschließlich wohlwollend, was waren dann die *Ergebnisse* des Versuchs, die „Warenproduktion,“ d.h. die Marktwirtschaft abzuschaffen? Das Urteil Alexander Yakovlevs - für Ideologie zuständiger Sekretär des Zentralkomitees, in den späten 1980er Jahren Mitglied des Politbüros und enger Verbündeter Gorbatschows - ist eindeutig: „Das marxistische Programm zur Ausschaltung von Markt und Marktbeziehungen erwies sich in Wirklichkeit als ein Programm zur Zerstörung der Säulen menschlicher Zivilisation.“⁵² In gleicher Weise gelangt Martin Malia nach einer umfassenden Untersuchung über die Rolle des Marxismus in der Geschichte des Sowjetkommunismus zu der Schlußfolgerung:

„Der abscheulichen Wahrheit muß doch ins Auge gesehen werden [...] der Sozialismus - im wesentlichen bzw. maximalistischen Sinne von Marx und der Zweiten Internationale - ist das Idealrezept für den Totalitarismus. Denn die Unterdrückung des „Kapitalismus“ - in Form von Privateigentum, Gewinn und Markt - bedeutet die Auslöschung der bürgerlichen Gesellschaft und die Verstaatlichung aller Aspekte des Lebens“ (Malia, 1994, S. 498f.).

Es scheint, als ob Richter eine genauere Vorstellung als viele seiner Kritiker darüber hatte, was beim Kampf gegen den Sozialismus auf dem Spiel stand. Nichtsdestoweniger wird häufig die Auffassung vertreten, daß Richter die Endziele der Sozialdemokraten nicht weiter hätte beachten und den Linksliberalismus mit ihnen verbünden sollen, da dies die einzige Hoffnung für einen wirksamen Widerstand gegen das militärisch-autoritäre Kaiserreich gewesen wäre.⁵³

⁵² Yakovlev (1993, S. 73). Yakovlev fügt hinzu: „Trotz aller Bemühungen wurde dieses Programm nicht vollständig durchgeführt. Es gelang nicht, weil der Markt, der von jeher die optimale Form der wirtschaftlichen Existenz und ihr Wesen ausmachte, [...] aus der Tür gejagt wurde, nur um durch das Fenster wieder zurückzukehren - allerdings in korrupten, verzerrten Formen [...]“

⁵³ Bebel selbst beklagte sich bitterlich über Richters Haltung. Bei einer Gelegenheit, in den 1878er Wahlen, wies Richter die Fortschrittler an, den konservativen statt den sozialdemokratischen Kandidaten in der Stichwahl zu unterstützen. Bebel (o.J., S. 599), kommentierte: „Sein Haß gegen uns machte ihn gegen die selbstverständlichsten Regeln der Wahltaktik blind, denn der Sozialdemokrat war so gut wie die Liberalen Gegner der Bismarckschen Wirtschaftspolitik, und der Zukunftsstaat stand nicht in Frage.“

Richters berühmter „Starrsinn“ und „Doktrinarismus“ hätten größtenteils Schuld daran, daß eine solche Vereinigung nicht zustande gekommen sei.⁵⁴

Doch wenn es zutrifft, daß die deutsche Sozialdemokratie eine „sich radikal gebende Ideologie“ mit einer „sozialreformerischen Praxis“ (Steinberg, 1967, S. 150) in sich vereinte, dann müssen jene, die aus welchen Gründen auch immer behaupten, einer echt marxistischen Bewegung vorzustehen, auch das Gros der Schuld am Nichtzustandekommen einer solchen gemeinsamen Front tragen. Aber gesetzt den Fall, daß sich Richter in Bezug auf die im wesentlichen reformerische Natur der deutschen Sozialdemokratie irrte, so heißt das nicht, wie einige annehmen, daß Naumann, Barth und ihre Kollegen letzten Endes auch nur einen Deut realistischer waren.

b) „Sozialdemokratische Zukunftsbilder“

Als die Sozialistengesetze 1890 schließlich nicht mehr verlängert wurden, verhöhnte *Vorwärts*, das Organ der sozialistischen Partei, die Gegner des Sozialismus, die „voll Zittern und Zagen dem heutigen Tage entgegensehen haben [...] [denn] wo ist der ‚geistige Kampf‘, den sie uns angekündigt haben? Sie zetern nach der Polizei, dem Staatsanwalt, nach der Ultima ratio der Kanonen [...] Das sind ihre geistigen Waffen! Andere haben sie nicht!“ (Wolf, 1892, S. v-vi. Hervorhebung im Original.)

Natürlich entsprach das nicht der Wahrheit. Der intellektuelle Angriff hatte insbesondere bereits an der Flanke eingesetzt, an der die Sozialisten am verwundbarsten waren. 1879 veröffentlichte Theodor Barth eine Streitschrift mit dem Titel *Der sozialistische Zukunftsstaat* und kritisierte darin das Modell der Sozialisten, soweit es der Darlegungen ihrer allgemeinen Grundsätze entnommen werden konnte (Barth, 1890). Diese Kritik war in den Augen Barths unerlässlich, obwohl die Sozialdemokraten „es zum Teil geradezu für eine Unverschämtheit [erklären], daß man von ihnen eine Darstellung ihres Staatsideals verlangt.“ (Barth, 1890, S. 27)

Auch Richter war darüber bestürzt, daß die Sozialisten zum Wesen ihres Zukunftsstaates fast gänzlich schwiegen: „Die Sozialdemokraten sind sehr redselig in der Kritik der heutigen Gesellschaft, hüten sich aber, das Ziel, welches durch Zerstörung derselben erreicht werden soll, irgendwie näher klarzustellen.“ (Richter, 1898, S. 307) Sie führen als Entschuldigung an, daß es „verfrüht“ sei, ein Bild der sozialistischen Zukunft zu entwerfen. Hätten sie erst einmal „die Klinke der Gesetzgebung in der Hand,“ so würden sie schon zeigen, was zu tun sei. Das empörte Richters gesunden Menschenverstand: „Was in aller Welt kann denn jemand veranlassen, den Sozialdemokraten die Klinke der Gesetzgebung in

⁵⁴ Aus marxistischer Sicht ist natürlich nicht Richter persönlich, sondern die zu jener Zeit herrschende Klassensituation daran Schuld, daß keine gemeinsame antimilitaristische Front zustande kam. Das hindert marxistische Historiker allerdings nicht, Richters Stellungnahme zu rügen; siehe Seeber (1968, S. 333ff. und 355ff., besonders S. 351f., 358f.).

die Hand zu drücken, wenn dieselben nicht den Nachweis zu führen vermögen, daß dasjenige, was sie machen wollen, besser ist und *nicht weit schlechter, als das Bestehende?*“ (Richter, 1890, S. 7. Hervorhebung im Original). Dieser ebenso einfache wie entscheidende Punkt ist Generationen von Marxisten vor und nach Richters Zeit irgendwie entgangen. Sie nahmen an, daß das Zusammenstellen eines genügend großen Kataloges von „Übelständen“ des Kapitalismus die zentralen Fragen klären würde:

„Daß die bestehenden Zustände ebenso unvollkommen sind, wie die Menschen überhaupt, bezweifelt niemand. Die Frage ist nur, ob die sozialdemokratische Weltordnung imstande ist, etwas Besseres an die Stelle zu setzen, vorausgesetzt, daß sie überhaupt ausführbar erscheint.“ (Richter, 1890, S. 3)

1890 griff Richter diese Frage in seinem Büchlein *Die Irrlehren der Sozialdemokratie* auf. Doch vom agitatorischen Standpunkt aus gesehen war das kleine Werk, das er im folgenden Jahr unter dem Titel *Sozialdemokratische Zukunftsbilder* (Richter, 1907) veröffentlichte, viel erfolgreicher. Zu ihrer Zeit war diese Schrift mit dem ironischen Untertitel „Frei nach Bebel“ eine Sensation. Allein in Deutschland wurden mehr als eine Viertelmillion Exemplare gedruckt. Sie wurde in zwölf Sprachen übersetzt; es gab zwei französische und - in englischer Sprache - mindestens eine amerikanische und vier britische Auflagen. Einführungen zu den ausländischen Ausgaben stammten teilweise aus der Feder führender Individualisten, wie Thomas Mackay in Großbritannien und Paul Leroy-Beaulieu in Frankreich.

Über das letztlich entscheidende ökonomische Argument gegen den Sozialismus, daß ohne Marktpreise für Kapitalgüter eine rationale Wirtschaftsrechnung nicht möglich ist, verfügte Richter natürlich noch nicht. Es wurde in seiner endgültigen Form in den 1920er Jahren von Ludwig von Mises vorgestellt und dann von Mises, F.A. von Hayek und anderen im Verlauf der Debatte über die Wirtschaftsrechnung ausgearbeitet.⁵⁵ Bei seiner Schilderung der sozialistischen Zukunft war Richter daher in ökonomischer Hinsicht auf zweitrangige - aber immer noch gewichtige - Punkte beschränkt, die hauptsächlich die Anreizstruktur betreffen. Diesen fügte er politische und soziale Themen hinzu, die sich um die allumfassende Staatsgewalt drehen, zu der der Sozialismus, wenn schon nicht der erklärten Absicht nach, so doch in der Praxis führen würde.

Es ist zuzugeben, daß Richters Ausführungen kein zuvor unvermutetes dichtorisches Talent ans Tageslicht bringen. Die Darstellung basiert zu sehr auf Emotionen über Familienschwierigkeiten, die vom neuen sozialistischen System ausgehen sollen. Die Vorstellung einer beinahe vollkommenen wirtschaftlichen Gleichheit, die eigentlich kein wesentlicher Bestandteil des Sozialismus ist, wird zu stark betont, obwohl sie, wie Richter beobachtet, in der Tat „das Hauptlockmittel der Sozialdemokraten“ war.

⁵⁵ Vgl. von Mises (1932); von Hayek (1935); Lavoie (1985); Steele (1992); sowie Watrin (o.J., S. 45ff.)

Richter vermochte jedoch mit bemerkenswerter Klarheit viele Eigenschaften einer marxistisch geprägten Staatsform vorauszusehen. In einem marxistischen Deutschland werde die Auswanderung verboten sein, denn „Personen, die ihre Erziehung und Bildung dem Staate verdanken, kann die Auswanderung nicht gestattet werden, solange sie noch im arbeitspflichtigen Alter stehen.“ (Richter, 1907, S. 32) Nach Richter sind Bestechung und Unterschlagung im sozialistischen Gemeinwesen überall zu finden, und die Produkte der verstaatlichten Wirtschaft sind im Weltmarkt nicht konkurrenzfähig (Richter, 1907, S. 42f., 48). Vor allem aber legt er Gewicht auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Freiheit:

„Was nützt die Pressefreiheit, wenn die Regierung in Besitz aller Druckereien ist, was hilft die Versammlungsfreiheit, wenn alle Versammlungslokale der Regierung gehören [...] In einer Gesellschaft, worin es keine persönliche und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen mehr gibt, [ermöglicht] auch die freieste Staatsform keine politische Selbstständigkeit.“ (Richter, 1907, S. 50, 53)

Richter sah auch voraus, daß der Versuch des Sozialismus, das gesamte Wirtschaftsleben auf zentraler Planung aufzubauen, allem Gerede über „Genossenschaften“ usw. zum Trotz eine zentralisierte Lenkung durch den Staat erforderlich machen würde. So malte Richter in seinen kleinen *Sozialdemokratischen Zukunftsbildern* bereits ein getreues Bild dessen, was ganze Völker erst in qualvoller Erfahrung lernen mußten, daß nämlich das sozialistische Projekt die Zerstörung der Zivilgesellschaft zur Folge haben würde.

IX. Gegen Staatssozialismus und Sozialpolitik

a) Bismarcks Staatssozialismus

Ab den späten 1870er Jahren sprach Bismarck häufig von der Notwendigkeit, den „Staatssozialismus“ im neuen Reich eine Heimstatt zu geben, so etwa in seinem Kommentar: „Der Staatssozialismus paukt sich durch. Jeder, der diesen Gedanken aufnimmt, wird ans Ruder kommen.“ (Busch, 1899, S. 44; vgl. auch Gall, 1980, S. 606) Zuweilen war an seinen Äußerungen weniger dran, als es schien. Als er einmal hochtrabend vom „Recht auf Arbeit“ sprach, das jedem deutschen Arbeiter gewährt werden sollte, und Richter ihn dafür schalt, daß er den Kampftruf der aufständischen Pariser vom Juni 1848 exhumierte, erwiderte Bismarck ebenso verächtlich wie widersprüchlich, daß solch ein Recht bereits im preußischen Landrecht existiere. Richter legte jedoch dar, daß alles, was Bismarck im Sinn hatte, „das Recht auf das Arbeitshaus“ (SBR, 1884c, S. 481, 495, 500, 508) war.

Dennoch formulierte Bismarck ein weitreichendes staatssozialistisches Programm, das Richter mit wechselndem Erfolg bekämpfte. Hierzu zählte die Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen, die Errichtung von Staatsmonopolen

für Tabak und Branntwein, sowie Eingriffe in den Markt durch Schutzzölle und Sozialpolitik. Durch all diese Maßnahmen sah Richter seine Ansicht bestätigt, daß Bismarck und die Konservativen in vieler Hinsicht die ökonomischen Lehrmeinungen der Sozialdemokratie teilten.

Der erste große Streitpunkt war Bismarcks Wende zum Protektionismus, die er im Dezemberbrief von 1878 ankündigte. Keine politische Position kennzeichnet den Liberalismus des 19. Jahrhunderts in Europa oder Amerika besser als der internationale Freihandel. Es stand daher zu erwarten, daß Richter den Angriff auf Bismarcks Zuwendung zur Schutzzollpolitik und damit zur Verteuerung der Lebensmitteleinfuhren (wodurch der große Sozialpolitiker sein Mitgefühl für die Armen offenbarte) anführen würde. Richter benutzte im großen und ganzen die bekannten freihändlerischen Argumente und stützte sie mit vielen Fakten und Zahlen. Er wendete nicht nur ein, daß die um Deutschland errichtete Zollmauer das Leben besonders der arbeitenden Klassen härter mache, sondern auch, daß sie außerdem die schwerwiegende Folge habe, Monopole zu begünstigen.

Aufgrund seiner wirtschaftspolitischen Überzeugungen war Richter gegen Monopole: „Das Privateigentum, das ich wahrlich sehr hoch halte als Grund der wirtschaftlichen Ordnung, verträgt sich nicht mit dem Monopol, verträgt sich nur mit der freien Konkurrenz aller Eigentümer miteinander, aller Produzenten.“ (SBR, 1879a, S. 977) Der Grund hierfür war zumindest seit den Zeiten Adam Smiths bekannt: Monopole heben die Konkurrenz auf, während, wie Richter es ausdrückte, „der Wetteifer der Privatbesitzer, der Wetteifer der Privatunternehmer untereinander“ die Produzenten dazu zwingt, „dem öffentlichen Interesse mehr zu dienen, als es die Staatsverwaltung, der Staatsbesitz tut.“ (SBR, 1881b, S. 705)

Schutzzölle tragen dazu bei, daß die Marktwirtschaft nicht mehr so wirken kann, wie sie es soll, nämlich zum Wohle aller. Richter glaubte nicht, daß Monopole stets ein natürliches Produkt des Wettbewerbssystems seien, vor allem eines Systems, das weltweiter Konkurrenz ausgesetzt sei. Der „engagierte Kartellgegner“ Richter sah in der Zollmauer den „idealen Nährboden“ für Kartelle; dadurch liefere sie die notwendigen Bedingungen für das Entstehen dessen, was später als „organisierter Kapitalismus“⁵⁶ bekannt werden sollte. Richter legte dar, wie der Schutzzoll die Bildung eines Kartells von Lokomotivfabrikanten ermöglicht, das seine Produkte billiger in Rußland und Österreich verkaufen konnte als zu Hause (SBR, 1879a, S. 975f.). Infolge dessen entstanden Forderungen, den durch Kartellvereinbarung verursachten Schaden wiedergutzumachen. Mit bemerkenswerter Voraussicht warf Richter ein Schlaglicht auf die Dynamik des Interventionismus, die in den kommenden Jahren die Staatstätigkeit ständig erweitern sollte:

⁵⁶ *Blaich* (1973, S.230, 59). Siehe auch *Henderson* (1975, S.179 und 185), der darlegt, daß sowohl die Reichsregierung, als auch die Sozialdemokraten die Zunahme von Kartellen begrüßten - letztere, weil die Konzentration der Industrie ihrem Szenario für das Ableben des Kapitalismus entsprach. Richter hingegen habe Kartelle als Auswuchs des Protektionismus verurteilt.

„So dreht sich die Wirtschaftspolitik immer im Kreise, indem sie immer eine Medizin verschreibt zur Heilung des Übels, das sie selbst hervorruft.“ (SBR, 1879a, S. 976)

Hinter dem Drang zum Sozialismus machte Richter die geistige Übereinstimmung zwischen Konservativen und Sozialisten aus, die sich wiederholt in konservativen Angriffen auf Gewinnstreben, Dividenden und Spekulation zeigte.

Hierzu gehörte auch Bismarcks Unterscheidung zwischen „produktiven“ und „unproduktiven“ Gesellschaftsklassen: Erstere umfaßte Klassen wie jene, die sich mit Landwirtschaft oder Industrie befassen, letztere jene Bevölkerungsschicht, die „von Tausch und Austausch lebt oder nur mit der Kouponschere ihre Tätigkeit abschließt.“ (SBR, 1884c, S. 502) Richter war verblüfft durch die Reden eines politischen Repräsentanten einer Nation, deren System auf Privateigentum und privatem Unternehmertum beruhte und der zugleich einen Kreuzzug gegen den Sozialismus führte, der aber wahllos mit Bemerkungen dieser Art um sich warf. Es war in der Tat ein unheilvolles Vorzeichen, daß Deutschland - anders als andere westliche Nationen, wie Großbritannien, Frankreich, Belgien usw. - eine große Klasse einflußreicher Eigentümer beherbergte, die bereit waren, das ganze Repertoire sozialistischer Schlagworte und Argumente zu nutzen, um auf Kosten der Allgemeinheit Privilegien durchzusetzen.

b) Die Geburt des Wohlfahrtsstaates

Richter war nicht gegen alle Arten staatlicher Eingriffe in das Arbeitsverhältnis; er befürwortete Sicherheitskontrollen in Fabriken und die Begrenzung der Kinderarbeit.⁵⁷ Doch das Bismarcksche Programm ging weit darüber hinaus. Das Ziel der kaiserlichen Botschaft von 1881, erklärte der Kanzler, bestünde darin, die Politik der preußischen Monarchen aus dem 18. Jahrhundert neu aufleben zu lassen; wie Friedrich der Große wollte Wilhelm I. „roi des gueux“ sein, „Schützer der wirtschaftlichen Schwachen.“ (SBR, 1884c, S. 503)

Als Bismarck jene Maßnahmen einführte, mit denen das Fundament des neuzeitlichen Wohlfahrtsstaates gelegt wurde, war Richter neben Ludwig Bamberger der Hauptredner der Opposition, und er blieb seiner Auffassung auch treu, als andere Liberale sich zur Sozialpolitik bekannten.⁵⁸ Es ist diese Opposition gegen

⁵⁷ SBR (1879b, S. 1300). Vor Richter gestattete Prince-Smith, trotz seines Rufs als uneingeschränkter Anhänger des Laissez-faire, „eine polizeiliche Einschränkung der Frauenarbeit, und ein Verbot der Verwendung von Kindern unter einem gewissen Alter“; *Prince-Smith* (1877, S. 409).

⁵⁸ Einen Anhaltspunkt für die Denkweise heutiger Historiker zu dieser Frage liefert der Aufsatz von *Theiner* (1985, S. 50), wo er sich ob der von ihm erwähnten Tatsache, daß „noch lange nach dem Inkrafttreten der Bismarckschen Sozialversicherungsgesetze [...] der politisch organisierte Liberalismus, namentlich auf seinem linken Flügel“ solche Sozialpolitik weiterhin bekämpfte, befleißigt fühlt, seine ungläubigen Leser zu beruhigen: „Dies mag sich heute erstaunlich anhören [...]“

die Sozialpolitik, die Richter vor allem vorgeworfen wird. Im Deutschland vor 1914, als der Richtersche Liberalismus noch in lebhafter Erinnerung war, um wirkliche Abneigung hervorzurufen, konnte ein bekannter Gelehrter vom „eiskalte[n] Laissez-faire auf dem Gebiete der Arbeiterfrage“ sprechen und behaupten: „Der [Richtersche] Liberalismus stand dem Interesse der großen Masse gleichgültig und gefühllos gegenüber.“ (*Stillich*, 1911, S. 125) In unseren Tagen begnügen sich Historiker damit, Richters Opposition u.a. auf seine „manchesterliche Blindheit“ (*Langewiesche*, 1988, S. 196) zurückzuführen, wie das etwa Dieter Langewiesche tut.

Als besonders berüchtigt galt und gilt noch Richters Behauptung: „Eine besondere soziale Frage existiert für uns nicht. Die soziale Frage ist die Gesamtheit aller Kulturfragen.“ (*Richter*, 1896, S. 124f.) Wie eigentlich jeder andere Historiker, der diese Haltung Richters kommentiert hat, ereifert sich Hans-Peter Goldberg:

„Wirtschafts- und sozialpolitisch hing Richter eisern dem Manchestertum an. Sozialpolitik blieb reduziert auf die Theorie der Selbsthilfe, das Genossenschaftswesen [...] sowie den garantierten, individuellen Aufstieg durch Fleiß und Sparsamkeit [...] Für jeden weiteren sozialen Fortschritt wurde der Hörer von Richter auf ‚allgemeine Kulturentwicklung‘ verwiesen. Schlimmer noch [...]“ (*Goldberg*, 1993, S. 57f.)

Doch Historiker haben vielfach nicht verstanden, was Richter unter „Gesamtheit aller Kulturfragen“ und der „allgemeinen Kulturentwicklung“ subsumierte. Wenn er von der sozialen Frage sprach, so benutzte Richter diese Begriffe im gleichen Sinne wie Prince-Smith und die anderen Freihändler, wie Bamberger und wie die ganze Schule der deutschen Wirtschaftsliberalen. Sie bezogen sich auf die Summe all der Faktoren, die dazu geeignet sind, die Produktivität der Arbeit zu steigern und die Reallöhne zu erhöhen, wie etwa eine erhöhte Kapitalakkumulation (und die Faktoren, die wie Sicherheit der Eigentumsrechte und niedrige Steuern wiederum positiv auf die Akkumulation einwirken), effizientere Kapitalmärkte, verstärkte gesellschaftliche Arbeitsteilung einschließlich des Freihandels (der regionale und internationale Spezialisierung mit sich bringt), die Verbreitung der Alphabetisierung und andere Investitionen in Humankapital, sowie internationaler Frieden. Richter gestand zu, das Übelstände existierten. Doch er weigerte sich, das moderne politische Spiel mitzumachen und den Bürgern mehr zu versprechen, als die Politik zu halten in der Lage war:

„Wir sagen dem Arbeiter: die Verbesserung eures Loses hängt von euch selbst und dem Gesamtfortschritt der Kulturverhältnisse ab. Was wir tun können als Abgeordnete, beschränkt sich darauf: wir können sehen, daß sparsam gewirtschaftet wird, daß etwas weniger Steuern bezahlt werden, daß die Militärlast etwas geringer wird, daß die Kosten des Staates gerechter verteilt werden, aber [...] darüber hinaus geht unsere Macht nicht.“ (*SBR*, 1884c, S. 472; siehe auch *SBR*, 1881b, S. 710)

Die liberale Haltung war, daß letzten Endes der Lebensstandard der Arbeiterklasse - wie der aller Gesellschaftsklassen - einzig durch höhere Produktivität

verbessert werden könne und daß höhere Produktivität mittels der Arbeitsweise privater Unternehmen angestrebt werden müsse. Auf der „Mikroebene“ waren Fleiß, Sparsamkeit und die Teilnahme am Genossenschaftswesen Wege, die dem Einzelnen zur Verbesserung seiner Lage offenstanden - welcher Einfluß auch immer von seiten der „Makroebene“ auf den Lebensstandard ausgeübt wurde. Es ist schwer zu sehen, was an dieser Sichtweise so verwerflich sein sollte.⁵⁹

Es lohnt sich auch, darauf hinzuweisen, daß man, bei allem Gerede über wirtschaftsliberalen „Doktrinarismus,“ nicht die Tatsache aus den Augen verlieren sollte, daß es eine unter Historikern anscheinend weit verbreitete Ansicht gibt, die „sozialpolitischer Doktrinarismus“ genannt werden könnte. Es handelt sich um den - von keinem erkennbaren Beweis gestützten - Glauben, daß Sozialpolitik und Einkommensumverteilung in bedeutendem Umfang und zu jedem gegebenen historischen Zeitpunkt betrieben werden können, ohne besondere bzw. ernstliche wirtschaftliche Folgeerscheinungen hervorzurufen.

Wenn man vom Standpunkt der Weltgeschichte als Weltgericht urteilt, so hatte Richter bei seinem Kampf gegen die Sozialpolitik unrecht: Der Wohlfahrtsstaat ist heute im Begriff, die ganze Erde zu erobern. Sogar die grandiose marxistische Idee droht zum bloßen Wohlfahrtsideal miniaturisiert zu werden. Doch zumindest einer der Gründe, die Richter für seine Opposition gegen den entstehenden Wohlfahrtsstaat anführte, ist seither von der geschichtlichen Erfahrung bestätigt worden. Richters Erklärung: „Indem man alle selbständige Kassenbildung erschwerte oder beschränkte, drängte man auf den Weg der Staatshilfe und *erweckte hier wachsende Ansprüche an den Staat, die kein Staatswesen auf die Dauer befriedigen kann*“ (Richter, 1896, S. 173. Hervorhebung durch d. Verf.), hört sich heute so an, als ob er die Krise des Weimarer - und vielleicht auch des heutigen - Sozialstaates vorausgesagt hätte.

X. Der Triumph der Sonderinteressen

Mit der Einführung des Schutzzolls, der Sozialversicherung und ähnlicher Maßnahmen verfolgte Bismarck eine allgemeine politische Absicht, die über seine besonderen Ziele im vorliegenden Fall hinausging. Er wollte das System der - im herkömmlichen Sinne verstandenen - parlamentarischen Vertretung des

⁵⁹ Ein selten anzutreffendes Verständnis für die linksliberale Opposition zur Sozialpolitik zeigte Erich Eyck, als er schrieb: „Trotz alledem entbehrt jene Opposition nicht einer inneren Rechtfertigung. Denn sie beruht auf dem Gedanken, daß das Gefühl der persönlichen Verantwortung des einzelnen Staatsbürgers für sein Schicksal unentbehrlich sei zur gesunden Entwicklung eines Volkes, und daß die Omnipotenz des Staates auf die Dauer mit der Freiheit des Individuums unverträglich sei.“ Eyck (1944, S. 372). Ähnlich auch Born (1957), der zugibt: „Der Kampf des Linksliberalismus gegen die Bismarcksche Arbeiterversicherung war nicht ein Kampf gegen die Arbeiterschaft, sondern ein Kampf gegen die Ausdehnung der staatlichen Kompetenz.“

Volkes umstürzen und durch eine Vielzahl von Wählergruppen ersetzen, die jeweils für sich besondere Privilegien durchsetzen wollen (das man heutzutage als *rent-seeking* bezeichnen würde). 1884 erklärte Bismarck vor dem Reichstag:

„Im übrigen aber glaube ich, daß die politischen Parteien und die Gruppierung nach hoher Politik und politischen Programmen sich überlebt haben. Sie werden allmählich, wenn sie es nicht freiwillig tun, gedrängt werden, daß sie Stellung nehmen zu den wirtschaftlichen Fragen und mehr als bisher Interessenpolitik treiben“. (SBR, 1884b, S. 75)

„Die politischen Parteien,“ - das heißt, die Parteien, die auf Grundsätzen und Idealen fußen - verkündete Bismarck, „sind der Verderb unserer Verfassung und der Verderb unserer Zukunft.“ (SBR, 1884c, S. 503)

Richter war sich niemals im Unklaren über Bismarcks Strategie; zur Zeit der Debatte über den Schutzzoll hatte er bereits erklärt: „Etwas Reichsfeindlicheres als dieser Plan ist niemals geplant worden, das Sonderinteresse hier hineinzutragen in die politischen Parteien.“ (SBR, 1879b, S. 1365) Dem Reichstag gegenüber führte er aus, welche tiefere politische Bedeutung dem Triumph der Sonderinteressenpolitik über eine ideengeleitete Politik zukommt:

„Dann haben wir die Regierung eben als Instanz, die allein das allgemeine Interesse vertritt, und alle Abgeordneten vertreten nur Einzelinteressen, Sonderinteressen, und bei dem Widerspruch der Interessen ist natürlich immer der Wille der Regierung entscheidend. Dann ist das autokratische Element fertig in der Form des Scheinkonstitutionalismus“. (SBR, 1884d, S. 1117)

Richter attackierte die Nationalliberalen, weil sie sich Bismarcks Strategie geöffnet hatten:

„Hier vollzieht sich seitens der nationalliberalen Partei eine Scheidung vom Liberalismus, schwerer, als sie je auf irgendeinem Gebiete in einer Frage stattgefunden hat“. (SBR, 1884d, S. 1117)

Richter hatte nichts für jene Sicht der demokratischen Regierungsform übrig, nach der diese ein Schauplatz der wohlthätigen Begegnung konkurrierender Ansprüche auf Privilegien ist. Wie er sagte, macht „nicht die Addition und Subtraktion von Sonderinteressen [...] das Staatsinteresse aus, sondern das Staatsinteresse bedingt, daß man von vornherein von demjenigen ausgeht, was nur dem allgemeinen Interesse dient.“ (SBPA, 1896/97, S. 3381. Hervorhebung im Original.) Richters Zorn und seine bittere Verachtung für die Folgen der erlaubten Privilegienjagd (des *rent-seeking*) findet sich in seinen Memoiren, wo er anschaulich beschreibt, was sich während der „Debatten“ über die neuen Schutzzölle ereignete:

„Im Verlauf der Session wurde die Agitation für Vermehrung und Erhöhung der Schutzzölle immer lebhafter. Das Foyer des Reichstages glich einem Marktplatz, auf welchem über die Aufnahme der einzelnen Artikel in den Zolltarif hin und her gehandelt wurde [...] Abg. Stumm schloß seine Rede ausdrücklich mit der Erklärung, daß, wenn nicht eine Erhöhung des Zolles auf Eisenwaren von 6 auf 10 beziehungsweise 15 Mark bewilligt würde, die Eisenschutzzöllner nicht für die gleich

darauf zur Abstimmung gelangende Verdoppelung des Roggenzollens stimmen würden [...] Derart schraubte eine Interessenklasse sich an den Ansprüchen der anderen hinauf [...] Wo die großen Interessengruppen derart an der Tafel der Schutzzölle schwelgten, wäre es hartherzig gewesen, den Appetit der kleinen ungestillt zu lassen. Es brauchten zuletzt aus irgend einem Wahlkreise bloß ein paar Fabrikanten, vielleicht auch nur ein einziger, bei einem gefälligen Abgeordneten sich eine Zollerhöhung, beispielsweise auf Korkstöpsel, Dachschiefer, Korbweiden zu bestellen, so konnten sie sicher sein, wenn das Haus sonst bei guter Laune war, den Zoll auch zu erhalten [...] Der Reichstag spendete derart nach allen Seiten Wohltaten. Diejenigen, aus deren Leder die Riemen geschnitten wurden, die Interessen der Konsumenten, kamen dagegen nicht in Betracht.“ (Richter, 1896, S. 124f.)

Damals wie auch später machte Richter Bismarck dafür verantwortlich, die Staatsprofiteure (*rent-seekers*) losgelassen zu haben. Doch hier überschätzt er Bismarcks persönliche Rolle bei weitem. Denn von der gleichen Erscheinung berichtet einige Jahre später auch der große Ökonom Eugen von Böhm-Bawerk aus Wien. Die politischen und - in Österreich - die nationalen Parteien gewährten ständig allerlei Vorteile an „ihre Konnationalen oder Wählerkreis auf Kosten der Öffentlichkeit.“ Aber infolge des Wettbewerbes unter den Parteien „muß oft genug das an eine Partei Konzedierte sofort kompensationsweise auch nach anderen Seiten ausgeteilt werden.“ So entsteht ein ganzes System:

„Aus einer einzelnen kostspieligen Konzession wird sofort ein ganzes Bündel kostspieliger Konzessionen, wenn es gut geht mit dem Erfolg einer politischen Eintagszufriedenheit. Am nächsten Tage geht aber das Wünschen und Fordern wieder weiter [...] es gibt keinen Dank und keine Saturierung“.⁶⁰

Was Richter erlebte, war einfach die Geburt der modernen demokratischen Politik - wenn auch Bismarcks Politik im Deutschen Reich ihre unmittelbare Ursache gewesen sein mag.

Was war die Lösung? Jahre zuvor hatte Richter bei der ersten Versammlung des Kongresses deutscher Volkswirte im Jahre 1859 eine bessere ökonomische Bildung für das Volk gefordert (Hentschel, 1975, S. 55). Das ist eine zentrale liberale Auffassung, die mindestens bis zu jenen Engländern zurückgeht, die die Ideen der klassischen politischen Ökonomie unter die Leute brachten: Jeder muß zum Verständnis dessen erzogen werden, daß wirtschaftliche Freiheit seinem eigenen *langfristigen* Eigennutz wie auch dem Gemeinwohl dient und daß *kurzfristige* wirtschaftliche Vorteile dafür geopfert werden müssen. Doch Richter geht über diesen Appell an den individuellen Eigennutz hinaus. Angesichts des Schauspiels einer von der Selbstsucht gesteuerten Hetzjagd, tritt er für eine erneuerte Verpflichtung auf den bürgerlichen Gemeinsinn ein:

„Der Verfassungsartikel, wonach jeder Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes sein soll, hat nie weniger Bedeutung gehabt als in diesen Reichstagen. Solche Dinge, wie wir sie damals erlebt haben, würden nicht vorgekommen sein, wenn das öffentliche Rechtsbewußtsein im Volke schärfer dagegen reagiert hätte, wenn der

⁶⁰ Böhm-Bawerk (1914), zitiert nach Streissler (1987, S. 13), mimeographiert.

Gemeinsinn auch in weiteren Kreisen während der letzten Jahre sich nicht hätte von schnöden Sonderinteressen überwuchern und zurückdrängen lassen“.⁶¹

In einer dreistündigen dauernden Reichstagsrede gegen den Schutzzoll lobte Richter sogar die alte preußische Bürokratie, die in der Lage gewesen sei, die öffentlichen Interessen zu wahren und den Sonderintessen Schranken zu setzten. Doch die Tatsache, daß Richter zum preußischen Beamtentum als Wächter des Gemeinwohls Zuflucht nahm, enthüllte ein unentrinnbares Dilemma in den Auffassungen, die er von der Politik hatte.

Von Anbeginn an war der Liberalismus damit konfrontiert, daß es Sonderinteressen gab, die systematisch die Regierungspolitik zum Schaden der Allgemeinheit manipulierten. Turgot, Smith und andere Väter der liberalen Theorie zogen über die Privilegien her, die den Nutznießern des Merkantilismus und des Kolonialismus gewährt wurden. Dieser Kreuzzug setzte sich in das nächste Jahrhundert fort, als in Großbritannien z.B. die Manchesterschule gegen die Korngesetze und den britischen Imperialismus kämpfte und als in den Vereinigten Staaten die Jacksonisten das „Whig“-Programm, das aus öffentlichen Bauarbeiten, Schutzzöllen und Zentralbank bestand, angriffen.⁶²

Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts glaubten viele Liberale, eine Lösung gefunden zu haben. Die Manchesterliberalen, darunter insbesondere John Bright, die Philosophischen Radikalen und die amerikanischen Jacksonisten stimmten überein: Demokratie - die Herrschaft der Mehrheit - sei die Antwort auf die permanenten Machenschaften der Vertreter von Sonderinteressen. Die systematischste Darstellung der Lösung erfolgte durch die Philosophischen Radikalen. Den von Jeremy Bentham sogenannten „finsternen Interessen“ würde ein Strich durch die Rechnung gemacht werden, indem das Volk - vertreten durch seine Abgeordneten - selbst der Gesetzgeber sei, denn „das demokratische Interesse [...] ist kein anderes als das *allgemeine* Interesse.“ Dann würde das uralte System der durch den Staat verliehenen besonderen Privilegien ein Ende finden. Wie Bentham erklärte: „Das Volk? Welches Interesse kann es daran haben, schlecht regiert zu werden? - daran, sein allgemeines Interesse irgendwelchen nachteiligen Sonderinteressen zu opfern? [...] die Abhilfe - zwei Worte: *demokratische Herrschaft*.“⁶³

Doch womit Richter nun konfrontiert wurde, das war der Triumph partieller und höchst sinisterrer Interessen in der Zitadelle der Demokratie im deutschen Staat. Der Reichstag, für dessen Rechte und Privilegien er sein Leben lang gekämpft hatte, war dabei, zu einer Maschine für den systematischen Verrat am Gemeinwohl zu werden.

⁶¹ Richter (1896, S. 126). Der von Richter erwähnte Artikel war Artikel 29 der Verfassung des Kaiserreichs, die festsetzte, daß kein Mitglied des Reichstags durch Weisungen gebunden sein dürfte, sondern die ganze Nation vertreten sollte.

⁶² Zur Bedeutung, die das Konzept der Ausbeutung durch mit dem Staat verbundene Klassen für die liberale Theorie hat, siehe Raico (1991), und die dort zitierte Literatur.

⁶³ Bentham (1962, S. 445f., Hervorhebung im Original.) Vgl. auch Harrison (1983, S. 195ff.).

Als Bismarck offen verkündete, daß die Tage der auf Prinzipien beruhenden Parteien gezählt seien und daß die Parteien, ob sie dies nun wollten oder nicht, „mehr als bisher Interessenpolitik treiben“ müßten, sah er klarer als Richter:

„Es liegt das im Geiste der Zeit, der stärker ist, als sie [die grundsatztreuen Parteien] sein werden. [...] Sie werden genötigt sein, sich nach neuen Programmen auf wirtschaftlichem Gebiete umzusehen, und [...] die Wähler, die das gleiche Interesse haben, [werden] sich zusammenfinden [...] Ich glaube, wir werden es noch erleben, daß man auf den heutigen Standpunkt, der [...] mehr an die Zeitperiode der dreißiger anschließt als an die wirkliche Realität des menschlichen Lebens, mit Achselzucken zurückblicken wird; jedenfalls werden unsere Kinder und Enkel [es tun]. (SBR, 1884b, S. 75)

Ironischerweise zeigten sich am Ende sowohl die Freihändler (die Bismarck vertrauten), als auch die entschiedenen Liberalen wie Richter (die ihn erbittert bekämpften) ratlos angesichts einer Entwicklung, die er so kühl vorhersagte. Keines der Lager konnte angesichts der Bismarckschen Strategien eine angemessene Lösung für das Problem finden, daß der demokratische Kampf um staatliche Privilegien - und mithin um wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen - auf lange Sicht mit der dauerhaften Existenz einer Marktwirtschaft unvereinbar ist.

XI. Krieg, Frieden und Imperialismus

a) Der Kampf gegen die Weltpolitik

Vielleicht als Folge der in der deutschen Literatur üblichen Geringschätzung für Richter, fühlen sich ausländische Gelehrte zuweilen frei, ihn auf überraschend alberne Weise zu behandeln. Leonard Krieger wurde diesbezüglich bereits genannt. Ein neueres Beispiel ist der britische Gelehrte Nicholas Stargardt. In einer Arbeit über radikale und sozialistische Kritiker des deutschen Militarismus von 1866 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs erwähnt er Richter in den Kautsky und Karl Liebknecht gewidmeten Kapiteln fast nie. Ein Hauptgrund für die Vernachlässigung eines herausragenden radikalen Kritikers des Militarismus liegt offensichtlich im Glauben des Verfassers, daß Richter bereits zur Zeit von Bismarcks Entlassung gestorben sei oder sich zurückgezogen habe (Stargardt, 1994, S. 30). Richter diente jedoch noch fast anderthalb Jahrzehnte in den Parlamenten des Reiches und Preußens - eine entscheidende Periode, in die der Beginn der Weltpolitik Wilhelms II. und Tirpitzens Flottenpläne fiel.

Zu seiner Zeit war Richter für seinen Kampf gegen Militarismus und Weltpolitik genauso berühmt wie für seine Angriffe auf den Sozialismus. Obwohl er keineswegs ein Pazifist war und Kriege zur Vereinigung einer Nation - wie jene, die Preußen von 1864 bis 1871 führte - unterstützte, teilte er im großen und ganzen die Ansichten der europäischen Radikalliberalen des 19. Jahrhunderts. Viele Liberale gingen sicherlich weiter als Richter: Unter britischen Liberalen war unbedingter Widerstand gegen die Wehrpflicht üblich, und Bastiat befürwortete sogar

eine einseitige Abrüstung Frankreichs. Richter stand fest im Lager jener Liberalen, die gegen Krieg waren, sofern er nicht der Selbstverteidigung diene.⁶⁴ Sie glaubten, daß - wie Ludwig von Mises es später in einer klassischen Darlegung der liberalen Idee ausdrücken sollte - „nicht der Krieg, sondern der Frieden der Vater aller Dinge ist.“ (von Mises, 1927, S. 21) Als überzeugte Freihändler hingen sie der Lehre von der langfristigen Interessensharmonie der Völker - wie auch der sozialen Klassen - an, und sie waren Fürsprecher des Ideals „Frieden durch Freihandel.“

1879 beklagte Richter die Kriegskosten der letzten zwanzig Jahre in Europa und Amerika, die er nach Frédéric Passy auf 2.500.000 Tote und 70 Milliarden Mark Ausgaben schätzte. Der bewaffnete Frieden, der an die Stelle des eigentlichen Krieges getreten war, war eine zusätzliche Belastung der Wirtschaft (*SBR*, 1879a, S. 973f.). In den folgenden Jahren blieb Richter ein Kritiker des sich beschleunigenden Wettrüstens in Europa. Er identifizierte die Dynamik des Wettrüstens mit dem Hinweis, daß die Verstärkung des deutschen Heeres „wesentlich beigetragen [hat] zu einem nachfolgenden wechselseitigen Hinaufschrauben von Spannungen im Verhältnis zu Frankreich und Rußland.“ (*Richter*, 1896, S. 93)

Neben Ludwig Bamberger war Richter der vornehmste Gegner von Bismarcks kurzlebiger Kolonialpolitik. Da die Verwaltung durch den Staat auf diesem Gebiet „außerordentlich kostspielig“ sei, bevorzugte Richter die private Gründung und Entwicklung von Kolonien:

„Die Verantwortlichkeit für die materielle Entwicklung der Kolonie ebenso wie ihr Entstehen [sind] der Tätigkeit und dem Unternehmungsgeiste unserer seefahrenden und handelstreibenden Mitbürger zu überlassen, und weniger in der Form der Annektierung von überseeischen Provinzen an das deutsche Reich vorzunehmen, als in der Form der Gewährung von Freibriefen nach Gestalt der englischen Royalcharters.“

Die Regierung der Gebiete müsse die Angelegenheit der Privatinteressen und nicht die des Deutschen Reiches sein, und es dürfe keine Stationierung deutscher Garnisonen geben. Der koloniale „Baum“ muß von jenen gehegt werden, die direkt an seinem Blühen interessiert sind, und wenn er sich als nicht rentabel erweisen sollte, „so ist die Pflanze eine verfehlt, und es trifft der Schade weniger das Reich [...] sondern die Unternehmer, die sich in ihren Unternehmungen vergriffen haben.“ (*Spellmayer*, 1931, S. 15f.)

Doch es wurde bald offensichtlich, daß private Investoren mit überseeischen Interessen keineswegs die Absicht hatten, die Kosten der Gründung und des Betriebs von Kolonien auf sich zu nehmen. Vielmehr waren sie bestrebt, diese Ko-

⁶⁴ *Bramstedt/Melhuish* (1978, S. 278ff.). Der organisierten deutschen Friedensbewegung gegenüber hielt Richter immer Distanz, obwohl sein Vetter, Adolf Richter, und ein enger politischer Mitarbeiter, Max Hirsch, zu ihren Führern gehörten; *Chickering* (1975, S. 252, 254).

sten von der Allgemeinheit tragen zu lassen.⁶⁵ Als die Regierung ihren Wünschen in Afrika und im pazifischen Raum zunehmend entsprach, widersetzte sich Richter dieser Politik. Er war der Überzeugung, daß es ihr Kern sei, „die [relativ] Besitzlosen zu belasten zu Gunsten der Besitzenden.“ (Wehler, 1969, S. 444) Sein Schlagwort war hier so treffend wie in anderen Zusammenhängen: „Der Staat hat aber wieder nicht, was er nicht anderweitig den Steuerzahlern wieder fortnimmt.“ (SBR, 1881c, S. 1535) Der fortgesetzte Feldzug zur Beschneidung sowohl der direkten und indirekten Subventionen für kapitalistische Kolonisten als auch der aufgeblähten Militärbudgets, hat ein Anhänger Richters 1899 dargelegt, war das Ziel, „den eben erst sich hebenden Volkswohlstand nicht wieder verkümmern zu lassen.“ (Eickhoff, 1927, S. 22)

Nach dem Rückzug Bambergers aus der Politik zeichnete sich Richter durch seine Opposition zur Weltpolitik Wilhelms II. aus. Für sie hatte er überhaupt kein Verständnis: Auf die Frage „Was ist denn Weltpolitik?“ gab er die bewundernswert Cobdenistische Antwort: „Daß man überall dabei sein will, wo was los ist.“ (Müller-Plantenberg, 1971, S. 284)

Richter machte die Flottengesetze, die, wie er richtig erkannte, Deutschland in einen Kollisionskurs zu England brachten, zu einem besonderen Ziel seiner Kritik (siehe z.B. „Die Deutsche Flotte“ in: Richter, 1998, S. 416ff.). Bereits 1889 begann er jenen Feldzug, der über den Rest seiner politischen Laufbahn anhalten sollte. Er verurteilte den Marinehaushalt, weil er keine rationale Bewertung der deutschen Verteidigungsbedürfnisse aufwies, „sondern [nur] eine ganz einseitige subjektive Marineliebhabelei [...] Dieser Liebhabelei können wir nicht Rechnung tragen.“ (Röttger, 1932, S. 88)

Richters Kreuzzug nahm an Heftigkeit zu mit der Ernennung von Alfred von Tirpitz zum Chef der Marine und zum Vollstrecker der kaiserlichen Pläne. So kampflustig war Richter, daß er nicht einmal Tirpitzens Ankunft in Berlin abwartete, um das Feuer zu eröffnen. Tirpitz berichtet in seinen *Erinnerungen*: „Als ich im Frühjahr 1897 den Rückberufungsbefehl aus Ostasien bekam und über Amerika heimreiste, teilten mir in Salt Lake City neugierige amerikanische Journalisten mit, Eugen Richter hätte in den Zeitungen bereits gegen mich als den künftigen Staatssekretär geschrieben.“ Für Tirpitz wurde - und blieb - Richter „mein unerbittlicher Gegner.“⁶⁶

⁶⁵ Vgl. Henderson (1975, S. 228), der bemerkt, daß private Unternehmen dazu neigten, eine uneingeschränkte Handhabe abzulehnen, wodurch „die mit der Eroberung und Beherrschung des Kolonialreiches zusammenhängende Verantwortung und die Kosten auf das Reich fielen.“ Bis einschließlich 1913 kosteten die Defizite des Kolonialhaushalts die deutschen Steuerzahler über 1.000 Millionen Mark.

⁶⁶ Von Tirpitz (1920, S. 79). Siehe auch Berghahn (1971, S. 128), wo Richter als „der uner müdliche Flottengegner“ bezeichnet wird.

1897 erklärte Richter im Reichstag:

„Liegt etwa in der Zahl der Schiffe mehr oder weniger die Frage der Wehrkraft Deutschlands? Nein, sie entscheidet nur über die Grenzen der Phantasie einer Welt-politik, geeignet, die Kräfte Deutschlands zu zersplittern und durch überseeische Handel uns den Frieden in Europa zu gefährden“. (SBR, 1897, S. 5911)

Da die Vertreter der Marine eine teilnahmslose öffentliche Meinung bekehren wollten fürchteten sie nicht nur Richters Gegenoffensive im Parlament, sondern auch seine journalistischen Angriffe (von Tirpitz, 1920, S. 98, Anm. 1 und S. 99). Die Offiziere im Nachrichtenbüro der Marine studierten „täglich die *Freisinnige Zeitung* Eugen Richters [...], die einzige Zeitung, die einer zweifachen, intensiven Durchsicht unterzogen wurde,“ um in der Lage zu sein, auf die nicht nachlassenden Argumente Richters zu antworten (Deist, 1976, S. 77).

Der einflußreiche Weimarer radikaldemokratische Historiker Eckart Kehr behauptete später, Richter habe die Weltpolitik und die Flottenvorlagen bloß aus „kapitalistischen Motiven“ abgelehnt, weil sie nicht rentabel gewesen seien.⁶⁷ Zutreffend ist, daß Richter, wie stets, seine Stellungnahme zu diesen Fragen auf viele von Zahlen und allerlei „pragmatische“ Argumente stützte. Aber auch Kehr mußte zugeben, daß für Richter ebenso gewisse Prinzipien auf dem Spiel standen. Kehr schreibt, es sei Richters Standpunkt:

„daß der Staat den Export den Exporteuren, der Industrie und der Kaufmannschaft überlassen solle, sich aber nicht mit den Interessen des Exporteurstandes identifizieren dürfe. [...] Wenn die Industrie [...] doch Wert auf den Schutz durch Kriegsschiffe lege, möge sie nur ruhig einen Teil ihres so erbeuteten Mehrgewinnes herausrücken und sich davon selber die Kreuzer bauen.“ (Kehr, 1930, S. 297f.)

Der Hauptwiderspruch in Richters antiimperialistischer Haltung wurde im Zusammenhang mit China deutlich. Als Deutschland Kiautschou besetzte und dann mit dem Bau einer Eisenbahn nach Schantung begann, stand Richter diesem Vorgehen wesentlich freundlicher gegenüber als früheren Unternehmungen. Anders als in Afrika und in der Südsee bot das Vorgehen in China endlich Aussicht auf Rentabilität: „was hätten wir überhaupt für ein Interesse daran, die Chinesen zu beherrschen? Wir wollen an ihnen *bloß Geld verdienen*, weiter gar nichts!“ Trotzdem war sein Rat der Verwaltung gegenüber: „*abwarten!*“ (SBR, 1899, S. 558f. Hervorhebung im Original.)

Der Schlüssel für Richters Inkonsistenz in der Kolonialfrage findet sich in der Beobachtung Lothar Albertins, Richter sei „im Hinblick auf den Imperialismus theorielos geblieben.“ (Albertin, 1975, S. 92f.) Bei seiner Beurteilung einzelner imperialistischer Unternehmungen nach dem scheinbar ökonomisch-rationalen Kriterium der Rentabilität hat er nie systematisch die Frage gestellt: „Rentabel für wen?“ So hat er die liberale Position unterhöhlt, genauso wie es der Freihändler Viktor Böhmert in den 1860er Jahren getan hat, als er nach der „Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande [...] und An-

⁶⁷ Kehr (1930, S. 293). Die gleiche Kritik übte Mehring (1964, S. 214).

ordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung“ durch den Staat rief (Böhmert, 1866, S. 294). Richter hat sich nicht zur Imperialismusdeutung eines Cobdens durchdringen können, nach der eine wirtschaftliche Expansion, die durch staatliche Mittel unterstützt wird, immer bestimmten Interessenten zum Vorteil und den Steuerzahlern und der Mehrheit der Bürger zum Nachteil gereicht.⁶⁸ Daher gehört Richter in dieser Frage, nach Wolfgang Mommsens Typologie, eher zu den „pragmatischen“ Liberalen als zu den „prinzipientreuen“ Radikalliberalen (Mommsen, 1979, S. 182ff.). Wie Mommsen anerkennt, ist jedoch auch dieser verdünnte liberale Anti-Imperialismus - der auf der Gegnerschaft zu Prestigepolitik und Verherrlichung des Militärs und nicht zuletzt auf der Weigerung beruht, Steuergelder in kolonialen Abenteuern zu verschwenden - nicht zu verachten, denn: „hätte der Liberalismus konsequent auf dieser Linie bestanden, so wäre der Welt, und insbesondere den ehemals kolonialen Völkern, viel Unheil erspart geblieben.“⁶⁹

Fast zwei Jahre nachdem er die Besetzung Kiautschous gutgeheißen hatte, dachte Richter über die Sache noch einmal nach. Nach dem Boxer-Aufstand bekannte er, daß er „diese Erwerbung *viel weniger* günstig ansehe, als es damals der Fall war.“ Nun war er - im Gegensatz zur Regierung - der Meinung: „der Platz an der Sonne ist schon heiß genug für uns in Kiautschou.“ Der Außenposten koste Deutschland mehr als es am ganzen Handel mit China verdient; in jedem Fall ist „Deutschland [...] *nicht berufen*, in Ostasien *eine führende Stellung einzunehmen*.“ (SBR, 1900a, S. 53, 57. Hervorhebung im Original) Richter bekräftigte nun wieder seine grundsätzliche Gegnerschaft zur Weltpolitik, einschließlich weiterer Abenteuer in Übersee:

„Meine Herren, die Zukunft Deutschlands liegt nicht auf dem Wasser, die Zukunft Deutschlands liegt im Lande selbst, and da bieten sich so viel schwierige und große Aufgaben für die Regierungen dar, deren Lösung weit fruchtbringender ist and viel dankbarer empfunden wird als alle überseeischen Probleme in Ostasien oder sonst wo.“ (SBR, 1900a, S. 61)

Im nächsten Monat, im Dezember 1900, geht Richter wieder zum Angriff über. Er ist bestürzt über die steigenden Kosten der Kolonien; Deutschland werde unter einem Berg öffentlicher Schulden begraben. Richter entwirft die unerläßli-

⁶⁸ Lorenz (1980, S. 103) liegt völlig falsch, wenn sie sagt, daß Richters „Abweichung“ zugunsten der Kolonialpolitik in Kiautschou „als Ergebnis der verfänglichen Prinzipientreue zum Manchestertum gesehen werden“ muß, weil das Vordringen in China „gewinnversprechend war.“ Es ist erstaunlich, daß diese Autorin, die es auf sich nahm, eine Studie über Eugen Richter zu verfassen, glauben konnte, daß „Manchestertum“ die Verteidigung von „gewinnversprechenden“ staatlichen Militäraktionen bedeutet. Selbst eine flüchtige Bekanntschaft mit Cobdens Kritik der Opiumkriege oder mit Brights Kampf gegen die Besetzung Ägyptens hätte sie darüber eines Besseren belehren müssen.

⁶⁹ Mommsen (1979, S. 172). Mommsen verteidigt Richter gegen die von dem DDR-Historiker Ludwig Elm vorgebrachte Beschuldigung, daß er mit seiner Unterstützung für Kiautschou ins imperialistische Lager wechselte (Mommsen, 1979, S. 185).

che Lösung in Worten, denen die Zustimmung William Graham Sumners sicher gewesen wäre. Sumner, der beinahe zeitgleich mit Richter lebte, hatte zwei Jahre zuvor in ähnlicher Weise den amerikanischen Imperialismus in seiner Rede über „Die Eroberung der Vereinigten Staaten durch Spanien“ (Sumner, 1992, S. 272ff.) verurteilt. Richter erklärte:

„Es geht deshalb gar nicht anders, als daß man aufhört mit der fortgesetzten Vermehrung der Soldaten, der Schiffe, der Kolonien und auch der afrikanischen Eisenbahnen. Es muß an der Stelle aller Phantasien über Weltpolitik und Weltwirtschaft und Weltreich mehr das nüchterne Einmaleins wieder zu seinem Rechte kommen. Nicht der Glanz und der Ruhm der Monarchen und auch nicht die Macht des Reiches ist der Selbstzweck eines Staatswesens, sondern nur die Wohlfahrt des Volkes und aller seiner einzelnen Berufsklassen.“ (SBR, 1900b, S. 442ff.)

Es paßte hierzu, daß Richters letzte Rede vor dem Reichstag am 14. Juni 1904 und auch seine letzte Stimmabgabe sich gegen die Aufnahme einer Anleihe für das Schutzgebiet Togo richteten.⁷⁰

b) Noch einmal „Negativismus“

Die in den letzten Jahren übliche Auffassung läuft darauf hinaus, daß „die Entwicklungen gegen die [Richter] sich stemmte, aus heutiger Sicht durchaus konträr zu beurteilen sind.“ (Goldberg, 1993, S. 68) Das heißt, während Richters Kampf gegen Sozialismus und Sozialpolitik verschoben war, war zumindest seine verbissene Gegnerschaft gegen Imperialismus und Militarismus lobenswert. Winfried Baumgarts Klage ist daher überraschend, Richter sei der „ewige[] Nein-Sager.“ (Baumgart, 1986, S. 135) Baumgart fällt dieses Urteil im Zusammenhang mit den Anfängen der Wendung des Linksliberalismus in Richtung der Unterstützung der Rüstungspolitik Wilhelms II. - eine Wendung, die erst nach dem Tode Richters möglich wurde. Es scheint, und dies ist bemerkenswert genug, als ob Baumgart hier *eine Kritik* an Richters Opposition zu jener Rüstungspolitik einschließlich dem Aufbau der Flotte beabsichtigt. In ähnlicher Weise ist es nicht weniger überraschend, aus der Feder Hans-Georg Flecks, der vermutlich ein Liberaler ist, den Vorwurf zu hören, daß Richter „kein Auge besaß für die Erfordernisse des nationalen Machtstaates“⁷¹

⁷⁰ SBR (1904, S. 3147ff.). Nach Richters Tod übernahm es Ernst Müller-Meinigen, Richters Partei zu einer flottenfreundlichen Einstellung zu führen. Einem Informanten der Marine zufolge stand Müller-Meinigen der Flotte bereits „in der schlimmsten Richterschen Zeit“ sympathisch gegenüber; als Richter nun gegangen war, gab es noch fortlebende Schwierigkeiten „bei den verstockten Richterianern (nämlich den Berlinern)“, doch Müller-Meinigen war zuversichtlich, daß diese überwunden werden könnten, wie es auch sehr bald schon geschah. Berghahn (1971, S. 572ff.).

⁷¹ Fleck (1988, S. 77). In ähnlicher Weise behauptet auch Nipperdey (1992, S. 533), daß Richters Freisinnige Volkspartei nach 1893 „eine versteinert doktrinaire Opposition“ blieb, während die Freisinnige Vereinigung, besonders nach dem Beitritt Friedrich Naumanns, Anzeichen einer Entwicklung in Richtung auf Welt- und Sozialpolitik aufwies.

Es wäre interessant, zu hören, warum genau Baumgart das Richtersche „Nein“ zur Wilhelminischen Weltpolitik unangemessen findet und was Fleck zufolge jene „Erfordernisse“ des Deutschen Reiches um die Jahrhundertwende waren. Richter bevorzugte und stimmte für Militärbudgets, die zur Verteidigung des Reiches gegen potentielle kontinentale Angreifer gereicht hätten, und er befürwortete eine Marine, die die deutschen Küsten zu verteidigen in der Lage war. Doch er war überzeugt, daß die wahren Interessen seines Vaterlandes nicht darin lagen, irgendeinem trügerischen Schicksal als „Weltmacht“ zu folgen, sondern im Frieden mit den anderen Großmächten, vor allem mit England, zu leben. Aus diesem Grund trat er Militärbudgets entgegen, deren Größe Rußland und Frankreich beunruhigen mußten, und er widersetzte sich leidenschaftlich der Schaffung einer großen Hochseeflotte, die unvermeidlich aus England einen Feind machen würde. Indem er „die Erfordernisse des nationalen Machtstaates“ heraufbeschwört, schreibt Fleck nach der Art seines Helden Friedrich Naumann - und zwar so wie dieser schrieb, bevor der August 1914 ihn darüber belehrte, wie verhängnisvoll die Wunschgebilde waren, die er, Naumann, vom Zeitgeist der Wilhelminischen Ära in sich aufgenommen hatte.

Während die Beschuldigungen des „Dogmatismus“ und des „Doktrinarismus“ wenigstens nachvollziehbar sind, fällt es schwer, die Klage über Richters „Negativismus“ zu verstehen. Das gilt vor allem vom Standpunkt des elementaren Grundsatzes der Logik, daß jede negative Aussage in eine positive umgewandelt werden kann (z.B. „er war gegen höhere Steuern“ übersetzt sich als „er war für niedrigere Steuern, d.h. dafür, daß die Leute mehr von ihrem eigenen Geld behalten“; oder „Er war gegen die Sozialistengesetze“ bedeutet „Er war in dieser Hinsicht für die Freiheit der Sozialisten“). Zweitens unterstellt die Klage über „Negativismus“ die moderne - von Ludwig Pohle aufgedeckte und heftig angegriffene - Haltung, daß es Aufgabe der politischen Klasse sei, einen unendlichen Strom gesetzgeberischer Maßnahmen für jeden tatsächlichen oder bloß vermeintlichen „sozialen Mißstand“ vorzuschlagen. Schließlich war der Vorwurf „Negativismus“ des „ewigen Nein-Sagers“ ein eher durchsichtiges politisches Manöver Bismarcks, das dauernd wiederholt wurde. Sein taktischer Zweck in Bismarcks Kampf gegen den Linksliberalismus wurde von Richter entlarvt. Er bestritt zum Beispiel, daß sich seine Partei „negativ“ verhielt,

„indem wir für die Aufrechterhaltung der schwer errungenen Rechtsgleichheit gegenüber der Durchbrechung durch ein Ausnahmegesetz positiv eintreten. [...] Das ist es ja eben, daß der Herr Reichskanzler positiv und negativ immer nur nach seiner eigenen Auffassung nimmt; was er will, ist positiv, und was er nicht will, ist negativ.“ (SBR, 1878, S. 241)

Die Verbannung solcher Begriffe wie „Negativismus“, „Doktrinarismus“ und „Dogmatismus“ hätte den Vorteil, eine Diskussion der Vor- und Nachteile von Richters Stellungnahmen zu den jeweiligen Sachfragen zu ermöglichen.

XII. Ab- oder Auflösung des deutschen Liberalismus?

Die endgültige Kapitulation des deutschen Liberalismus bewirkte Friedrich Naumann (s. Kap. 6 des vorliegenden Werkes), der heutzutage in einigen liberalen Kreisen Deutschlands als eine Art Heiliger gilt. Naumann war ein scharfsinniger, umtriebiger und höchst ehrgeiziger Politiker, der früh erkannte, wie sich mit dem Einzug der Sonderinteressen in den Wahlkampf die politischen Spielregeln geändert hatten. Auch Richter erkannte dies. Der Unterschied zwischen ihm und Naumann war jedoch, daß letzterer die neuen Spielregeln bejahte und bestätigen wollte (*Naumann*, 1964b, S. 257f.).

Unter dem Einfluß seines großen Freundes Max Weber versuchte Naumann einen den Verhältnissen des 20. Jahrhunderts „angepaßteren“ Liberalismus zu kreieren. Die Voraussetzung dafür war, daß das ganze Richtersche Erbe über Bord ging. Ungleich dem ganz und gar prosaischen Richter, wußte Naumann eine politische Vision zu entwerfen und sie der neuen, dem klassischen Liberalismus entfremdeten Generation vorzuhalten, allerdings ohne großen Erfolg.⁷² Nach seiner Auffassung sollte sich der Linksliberalismus der Sozialdemokratie annähern, indem er die Sozialpolitik und andere „Ansprüche“ der Arbeiter unterstützte. Naumann war insbesondere ein großer Förderer der Gewerkschaften, während Richter zwar das Koalitionsrecht der Arbeiter bejahte, doch aufgrund der bewährten ökonomischen Theorie daran zweifelte, daß die Gewerkschaften die Löhne der Arbeiterklasse als ganze über das Marktniveau heben könnten.⁷³

Der neue Liberalismus sollte Naumann zufolge nicht nur auf die Sozialpolitik und zu den Gewerkschaften blicken, sondern gleichzeitig den Konservativen und Nationalliberalen die nationale Sache entreißen, indem er zum eifrigsten Verfechter der Weltpolitik und des Imperialismus werde und den deutschen Trieb nach „Weltgeltung“ schätzen lerne. Der neue Liberalismus müsse daher sowohl „staatssozialistische Elemente aufnehmen“ (*Naumann*, 1964b, S. 252), als auch ein Verständnis für den „Machtkampf der Völker“ untereinander entwickeln (*Naumann*, 1964b, S. 224) - kurz, der Liberalismus solle „national-sozial“ werden. Natürlich war Naumann auch ein starker Befürworter der Flottenpolitik. Bereits im Jahre 1900 erwartete er den Krieg mit England, den er als eine „Gewißheit“ (*Kennedy*, 1980, S. 340) ansah.

Naumann begriff recht gut, daß, um seiner Vision von der Zukunft des Liberalismus willen, Richter „bestimmt zu bekämpfen“ sei (*Naumann*, 1964b, S. 234). Zumindest aus politischen Gründen zeigte er für ihn oft eine Art gutmütiger Verachtung. So erklärte er auf einer Versammlung der Nationalsozialen:

⁷² Müller-Plantenberg (1971, S. 89) schreibt sehr treffend über Richter: „In seinen politischen ABC-Büchern für freisinnige Wähler verarbeitete er eine Fülle von Statistiken, Daten, Fakten, Gesetzparagrafen zu rationalen Argumenten, die mangels eines Ganzen, das dahinter hätte zum Vorschein kommen müssen, doch nie voll durchschlagen konnten.“

⁷³ Richter bemerkte, daß die Arbeiter, die während eines Streikes weiter arbeiten wollten, mit bewaffneten Begleitwagen gegen Gewalttätigkeiten zu schützen seien. *SBR* (1884c, S. 471).

„Eugen Richter ist unveränderlich, und das ist seine Größe. [Heiterkeit] Aber unter diesem Mann mit der einzigartigen Arbeits- und Willenszähigkeit, die selbst der bewundern muß, der ihn für eine eigentümliche Versteinerung hält, gibt es eine ganze Reihe von Leuten, die in Versammlungen und privatim sagen: Natürlich sind wir für die Flotte, aber solange Richter lebt - der Mann hat doch einmal seine Größe [...] [Heiterkeit]“ (Naumann, 1964b, S. 232)

Es war nicht schwer, den bereits unzufriedenen liberalen Politiker Theodor Barth, der auch auf eine Öffnung zu den Sozialisten und zur Klasse der Industriearbeiter drängte, als Verbündeten zu gewinnen. In Barths Fall könnte, genau wie bei Naumann selber, ein rastloser Ehrgeiz von der Sorte, wie er Richter - zum Guten wie zum Schlechten - niemals zu eigen war, am Werk gewesen sein.⁷⁴

Maximilien Harden stellte über Barth und seine Kollegen in der Freisinnigen Vereinigung eine scharfsinnige Überlegung an:

„Das Wähnen der Zeitgemäßerer, die damals, als Bambergers Gemeinde, selbst die sanfteste Form des Kathedersozialismus verpönten und bald danach, als Herbergsväter des Herrn Naumann, dicht an die roten Genossen heranrückten, das Wähnen, eine Bourgeoispartei könne in absehbarer Zeit „die Arbeiter zurückgewinnen,“ hat ihn [Richter] nie geblendet.“ (Harden, 1906, S. 432)

Der politische Veteran Richter besaß zumindest einen weitaus größeren Sinn für politische Möglichkeiten wie die vollkommen fehlgeschlagene Strategie Naumanns und Barths.

Entweder aus persönlichem Ehrgeiz oder aus ideologischen Gründen oder aus beidem entwickelte sich bei den jüngeren Führern von Richters eigener Splitterpartei wachsende Kritik an seinem Widerstand gegen Kolonien und Kriegsflotte.⁷⁵ Im Jahre 1902 hat Richters Protégé Richard Eickhoff „im Name seiner Wähler dem Kriegsminister gedankt. Gleichzeitig nahm er die Gelegenheit wahr, weitere Kontrakte zu verlangen, denn: ‚l'appetit vient en mangeant‘ - der Appetit kommt beim Essen.“ (Chickering, 1975, S. 255) Die Tatsache, daß wir heute am Ende des 20. Jahrhunderts, nichts von alledem überraschend oder befremdlich finden, zeigt vielleicht den Unterschied zwischen unseren politischen Maßstäben und denjenigen, die Richter noch zu bewahren versuchte.

⁷⁴ Zumindest ist das die Ansicht von *Ernst Müller-Meiningen* (1926, S. 189f.), der beobachtete: „Die Aussichtslosigkeit für einen liberalen Mann, in eine maßgebende Stellung in dem damaligen Preußen und im Reiche zu gelangen, reizte Naturen wie die Theodor Barths zu immer größerem Radikalismus.“ Der einstige strikte Individualist und „Manchestermann“ hatte sich so „außerordentlich nahe“ zu den Sozialisten hinübergelehnt, daß, wenn Barth nicht frühzeitig gestorben wäre, so die Spekulation Müller-Meiningsens, er durchaus wie sein junger Schüler Breitscheid als Sozialdemokrat geendigt haben könnte.

⁷⁵ *Müller-Meiningen* (1926, S. 187), wo der Autor über „schwere innere Kämpfe“ unter den Freisinnigen zwischen Richter und den „Jungen“ spricht, „vor allem auch in der Marine- und Kolonialpolitik.“

Mit dem Tod Eugen Richters im Jahre 1906 war sowohl die liberale „Negativität“ in militärischen und kolonialen Fragen als auch die Geschichte des echten Liberalismus in Deutschland zu Ende. Der deutsche Linksliberalismus hatte nichts mehr gegen den kaiserlichen Militäretat einzuwenden, und auch nichts gegen Weltpolitik und das Ringen um Kolonien.⁷⁶ Im Gegenteil: Die selbsternannten „Linksliberalen“ traten nun überschwenklich dem Kampf um Deutschlands Platz an der Sonne bei - bis zum Sommer 1914, und dann noch ein Weilchen länger.

* * *

Nur wenige Jahre nach Richters Tod sprach der bekannte Historiker Erich Marcks von der „Ablösung des älteren Liberalismus“. Dieser Liberalismus habe zwar alles Leben der modernen Völker durchtränkt und befruchtet, er wirke überall nach, er sei, so Marcks, „unausrottbar“. Aber der Bismarck-Biograph und -Verehrer fügt hinzu:

„Mit seinem eigensten staatlichen Prinzipie ist er jetzt überall in den Schatten geraten. Der Gedanke der gesteigerten Staatsgewalt, der Gedanke der Macht hat ihn verdrängt. Und es ist dieser Gedanke, der überall die leitenden Männer kräftig erfüllt und entscheidend beherrscht: diesen selben Antrieb haben wir, ganz abgesehen von Rußland, wo er nie verschwunden war, bei [Theodor] Roosevelt und bei [Joseph] Chamberlain angetroffen, und kennen ihn bei Bismarck und Kaiser Wilhelm II.“ (Marcks, 1916, S. 260)

Im Wirtschaftsleben übernahm der Staat eine immer größere Rolle. Diese Entwicklung wurde von denjenigen, die nun die Nationalökonomie an den deutschen Universitäten beherrschten, enthusiastisch begrüßt. Der Antiliberalismus Schmollers und seiner Kollegen entwickelte sich zu einer umfassenden Ideologie, die den Zielen der herrschenden Kreise des Kaiserreichs diene und die bereit war, sich auch anderen Machthabern dienstbar zu machen.⁷⁷

Am Ende trug die Feindseligkeit zwischen England und Deutschland, die Richter so verbissen bekämpft hatte, erheblich zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei. Wider den modischen Wechsel der Meinungen, besonders auf Seiten Naumanns, begriff Richter, daß es keinen ökonomischen Grund für die Gegnerschaft mit England gab und daß letztere vielmehr Entscheidungen politischer Natur entsprang. Daß dies zutrifft, zeigt sich in der Tatsache, daß England und die USA ebenfalls Konkurrenten auf den Weltmärkten waren - und natürlich auch gegenseitige Kunden -, ohne daß Streit entstand. Aus dem Krieg aber, den

⁷⁶ Theiner (1983, S. 155); vgl. Kehr (1930, S. 298): „Mit seinem Tode brach auch der immanente Liberalismus zusammen: er allein war es gewesen, der ihn so lange erhalten hat. Die Linksliberalen schlossen sich zu einer einheitlichen Fraktion zusammen und unterstützten seitdem den Staat bei seiner Machtpolitik und seinem Flottenbau.“

⁷⁷ Die von Fichte und Adam Müller bis zu Adolph Wagner und Werner Sombart reichende Verwurzelung des national-sozialistischen Wirtschaftsdenken in der etatistischen, anti-individualistischen deutschen Tradition wird untersucht von Barkai (1977, besonders S. 59ff.).

Richter zu verhindern suchte, ging eine weitere gewaltige Zunahme der Macht des Staates hervor und eine Unzahl von Übeln für Deutschland.

War Richter „der Totengräber des deutschen Liberalismus“?⁷⁸ Richter führte den Umstand, daß er seine Bemühungen mehr darauf verwendete, „den Rückschritt zu verhindern, als große Fortschritte herbeizuführen“, auf die „ungünstigen politischen Konstellationen“ seiner Zeit zurück. Naumann selbst gab zu, es sei Richters „Schicksal [gewesen], das Rückzugsgefecht des deutschen Liberalismus führen zu müssen.“ (Naumann, 1919, S. 48) Doch hier ging es um eine Entwicklung, die sich in allen westlichen Ländern einschließlich Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vollzog. Der Liberalismus im klassischen Sinne hatte eine defensive Erscheinungsform angenommen, so daß Säulen der liberalen Orthodoxie wie Herbert Spencer in England und William Graham Sumner in den Vereinigten Staaten als „Konservative“ abgestempelt werden konnten. In den englischsprachigen Ländern unterlief sogar das Wort „Liberalismus“ einen Wandel. Es wurde dort praktisch ununterscheidbar zur Bezeichnung eines reformistischen bzw. - in Deutschland - eines revisionistischen Sozialismus. Zu dem Zeitpunkt, da Joseph Schumpeter seine große *Geschichte der ökonomischen Analyse* schrieb, fühlte er, daß er den Leser darauf aufmerksam machen müsse, daß er mit „ökonomischem Liberalismus“ „Laissez-faire“ meine also die „Theorie, daß man die wirtschaftliche Entwicklung und das Wohl der Allgemeinheit am besten fördert, wenn man die Wirtschaft des privaten Unternehmertums von allen Fesseln befreit und sich selbst überläßt.“ Der Grund für seine Warnung war, daß „dieser Ausdruck seit der Jahrhundertwende [...] eine andere - tatsächlich fast entgegengesetzte - Bedeutung angenommen hat: Die Gegner des Systems des privaten Unternehmertums haben es für klug befunden, sich dieses Etikett anzueignen und ihm damit ein großes, wenn auch nicht beabsichtigtes Kompliment gemacht.“ (Schumpeter, 1965, S. 493)

Hätte sich Richter für eine solche Bewegung hergeben sollen? Das scheint der tiefere Sinn von Hans-Peter Goldbergs Behauptung zu sein, daß Richter „arm an Entwicklung und inneren Wendepunkten“ (Goldberg, 1993, S. 57) war. Doch worin hätten solch eine Entwicklung und solche Wendepunkte bestanden? In einer Wendung zu jener Art Sozial- und Weltpolitik, die Naumann verfocht? Beides stellte einen Verrat an dem Liberalismus dar, für den Richter einstand. Am Ende war es nicht die Sozialpolitik, sondern, wie Richter sich ausdrückte, die allgemeine Kulturentwicklung, die die arbeitenden Klassen zum Wohlstand erhob - genau wie Richter es prognostiziert hatte; und das Ergebnis der wilhelminischen „Weltpolitik“ ist zu bekannt, als das es eines Kommentars bedürfte.

Theodor Heuss wiederholt noch eine weitere Kritik an Richter, als er ihn ob „seiner monumentalen Kleinbürgerlichkeit“ schielt - obgleich es unklar bleibt, ob Heuss hier von einem junkerlichen oder von einem marxistischen Standpunkt aus

⁷⁸ Goldberg (1993, S. 56) bemerkt, daß diese Beschuldigung „ein konstanter Vorwurf [gegen Richter war], der sich wissenschaftlich modifiziert bis in die neuere Forschung hinein zieht.“

urteilt (Heuss, 1949, S. 180). Theodor Barth, ein Vorgänger von Heuss, spottet über diese gleiche Eigenschaft Richters, als er auf die Frage, was der Unterschied zwischen der eigenen und der Richterschen Fraktion sei, scherzhaft antwortet: Wenn jemand Mosel- von Rheinwein unterscheiden könne, gehöre er zur Freisinnigen Vereinigung, wenn nicht, zur Freisinnigen Volkspartei, d.h. Richters Gruppierung (Barth, 1923, S. 100). Ein weniger freundlicher Kommentator könnte auf die Idee verfallen, daß das wahre Zeichen der Angehörigkeit zu Barths Grüppchen darin bestand, sich einer einträglichen Verbindung zur Deutschen Bank zu erfreuen. Allerdings muß eingeräumt werden, daß Richter immer eine gewisse Aura mittelständischer Gesinnung anhaftete. Doch genau diese Eigenschaft Richters gefiel seiner Anhängerschaft im deutschen Mittelstand, in den freien Berufen und den Kleinbetrieben, besonders in den Großstädten, und vor allem in Berlin.⁷⁹ Der treue linksliberale Anhänger findet eine klassische Beschreibung durch den Journalisten Alexander Meyer, der für Richters *Freisinnige Zeitung* schrieb. Meyer fand für diesen Menschenschlag Worte, die ihn zur deutschen Version von William Graham Sumners „Vergessenem Menschen“ (Sumner, 1911) machen. Der Freisinn, schreibt Meyer, ist

„die Partei des kleinen Mannes, der sich auf sich selbst und seine eigenen Kräfte verläßt, der keine Geschenke von dem Staate verlangt, sondern nur wünscht, daß man ihn nicht hindere, seine Lage nach Kräften zu verbessern und dahin zu streben, daß er seinen Kindern ein besseres Los hinterläßt, wie ihm selbst zuteil geworden ist.“ (Müller-Plantenberg, 1971, S. 146)

Eine seltene, aber bewegende Schilderung eines solchen Menschen gibt Bruno Walter am Beispiel seines Vaters, eines Berliner Juden:

„Buchhalter in einer größeren Seidenfirma, der er in allmählich gesteigerter Stellung und mit wachsendem Einkommen über fünfzig Jahre angehören sollte. Er war ein stiller Mann von strengem Pflichtgefühl und vollkommener Zuverlässigkeit und kannte außer seinem Beruf nur seine Familie [...] [Politisch war er ein Mitglied der Linken], der liberal wählte und Rudolf von Virchow und Eugen Richter verehrte.“ (Walter, 1947, S. 16, 21).

Von Grund auf „kleinbürgerlich“, hegten solche Menschen keine Neigung für Weltpolitik und dramatische Kriege oder gar für das Liebäugeln mit einer möglichen Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse im Zeichen der marxistischen Utopie; und obwohl sie dem wechselnden Beschuß durch gegenteilige politische Meinungen von links und rechts ausgesetzt waren, hielten sie bis zuletzt an Richter fest. Es liegt viel Wahrheit in Franz Mehrings freilich sardonisch gemeintem Urteil, daß Richter „nicht die Freisinnige Partei nach seinem Ebenbild geschaffen habe, sondern daß sie ihn zu ihrem Führer gewählt habe, weil sie in ihm ihr treffendstes Ebenbild sah.“ (Mehring, 1966, S. 165)

⁷⁹ Vgl. Wegner (1968, S. 99ff.). Die einzigen beiden Wahlkreise im Kaiserreich, die in jeder Reichstagswahl von 1871 bis 1912 linksliberal stimmten, waren die Wahlkreise Hagen-Schwelm (der von Richter) und Berlin-Mitte; Goldberg (1993, S. 53, Fn. 8).

XIII. Richter heute

Fünfundzwanzig Jahre nach Richters Tod warf der Historiker Erich Eyck im Jahre 1931 die Frage auf, ob Eugen Richter „uns heute noch etwas bedeutet.“ (Eyck, 1963, S. 47) Nach dem Untergang von Bismarcks Reich beantwortet Eyck, der die verbreitete Auffassung über Richters „Doktrinarismus“ und „Negativismus“ teilt, seine Frage wie folgt:

„Aber heute sehen wir die Vorzüge dieser Fehler und [...] wissen wir einen Mann doppelt zu schätzen, der nie seine in ernster Gedankenarbeit erworbene Überzeugung verleugnete und mit ungebrochenem Mut für sie kämpfte, auch wenn Wind und Wetter gegen ihn waren“ (Eyck, 1963, S. 49).

Nach allem, was die Deutschen seit diesen Worten durchmachen mußten, ist es vielleicht leichter, Richters eigentliche Bedeutung zu erfassen. Er war in Deutschland *der* große politische Advokat der liberalen Weltrevolution, die den Sinn der modernen Geschichte ausmacht. Über vier Jahrzehnte hinweg hat er als Publizist und Politiker für ein Wertesystem gekämpft, das Werner Sombart als „englischen Händlergeist“ verwarf, das aber nichtsdestotrotz tiefe Wurzeln im deutschen Boden hat: für den Rechtsstaat; für Privateigentum; für Marktwirtschaft und Freihandel; für Pluralismus und friedliche Diskussion anstelle gewaltvoller Auseinandersetzung zwischen den Weltanschauungen; für staatsbürgerliche Selbstachtung statt Untertanenmentalität; für Frieden statt Imperialismus und Krieg. Entgegen allen konservativen Vorwürfen war Richter ein stolzer Patriot. Nur hat er niemals verstehen können, warum ausgerechnet Deutsche weniger Freiheitsrechte genießen sollten als die anderen.

Sicher ist Richter „gescheitert“. Aber wenn dies als Grund zur Vernachlässigung des wichtigsten politischen Vertreters des deutschen Liberalismus angesehen wird, so ist zu fragen, welche Politiker in der neueren deutschen Geschichte vor Adenauer und Erhard eigentlich nicht letztendlich gescheitert sind? Nationalliberale wie Bennigsen und Miquel? Sozialistische Führer in der Zeit der Zweiten Internationale, wie Bebel, Kautsky und Rosa Luxemburg? Das konservative Establishment vor 1914? Der Hohepriester des Zeitgeistkultes Friedrich Naumann? Oder gar Bismarck selbst?

Für das, was Richter war, was er vertreten hat und - wenn ein Ausländer wagen darf, dies zu sagen - für die bloße Tatsache, daß dieser Deutsche „keiner Regierung je vertraut hat“ (Müller-Plantenberg, 1971, S. 200), verdient der rheinische Liberale eine bessere Behandlung seitens der Historiker; und seitens der Deutschen verdient er, daß er nicht vergessen wird.

Kapitel 4

Der Aufstieg des modernen Wohlfahrtsstaates und die liberale Antwort

I. Bismarcks Einführung des modernen Wohlfahrtsstaates

Der preußische Wohlfahrtsstaat des 18. Jahrhunderts entstand unter der Schirmherrschaft der absoluten Monarchie. Zusammen mit der merkantilistischen Wirtschaftspolitik, zahllosen Kriegen und Kriegsvorbereitungen, sowie der Lehre vom Gottesgnadentum bildete er die Grundlage des absolutistischen Systems.¹ Der „zweite“ oder moderne Wohlfahrtsstaat trat in den 1880er Jahren unter Bismarck in einem demokratischen Regime ins Leben. Damals war der Liberalismus in der westlichen Welt zur herrschenden Weltanschauung aufgestiegen. Er verfügte über ein hoch entwickeltes Gedankengut und hatte Fürsprecher in den Parlamenten aller westlichen Nationen. Besonders im kaiserlichen deutschen Reichstag waren die Verteidiger der liberalen Ideen deutlich zu vernehmen und ihrer Sache sicher. Daher mußten jene, die die Grundlagen der modernen Sozialpolitik legten, für deren Akzeptanz bei der Öffentlichkeit und ihren gewählten Vertretern sorgen, und ihre frühen Gegner waren darauf vorbereitet, die trügerischen Annahmen und vorausschbaren Fehler dieser Politik zu analysieren und bloßzustellen. Untersucht man einige der rhetorischen Strategien, die von beiden Seiten eingesetzt wurden, so zeigt sich eine Reihe von Eigenheiten, die den Marsch des Wohlfahrtsstaates durch das folgende Jahrhundert - und darüber hinaus - begleiten sollten.

Die führenden Gegenspieler zu Bismarcks Sozialpolitik im kaiserlichen Reichstag waren Eugen Richter, der im vorliegenden Werk an anderer Stelle behandelt wird,² und Ludwig Bamberger. Wie andere unter den echten deutschen Liberalen ist Bamberger beim gebildeten Publikum zumeist in Vergessenheit geraten. Daher ist vielleicht ein Wort über ihn, der zu den interessantesten Persönlichkeiten in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts zählt, angebracht.³

¹ Zu allen wesentlichen Fragen hinsichtlich des - absolutistischen und modernen - deutschen Wohlfahrtsstaates siehe vor allem *Habermann* (1997). Zum früheren Wohlfahrtsstaat vgl. *Dorwart* (1971). Siehe auch *Ritter* (1991); *Beck* (1995).

² Zu Richters Opposition gegen Bismarcks Sozialpolitik vgl. Kapitel 3 der vorliegenden Arbeit.

³ Vgl. *Weber* (1987); auch *Zucker* (1975); sowie *Hartwig* (1900).

Bamberger wurde 1823 in Mainz geboren und starb 1899. Als Radikaler der 1848er Revolution ging er ins Exil und hielt sich hauptsächlich in Paris und London auf, wo er im Bankgeschäft zu Vermögen kam. Bastiats Schriften, die ihm ein „wahrhaft entzückender Reisebegleiter“ waren, bestätigten ihn in seinen freihändlerischen Auffassungen (*Bamberger*, 1899, S. 215). Nach der preußischen Amnestie kehrte er gerade rechtzeitig nach Deutschland zurück, um in die Begeisterung über Bismarcks Vereinigung des Vaterlandes einzustimmen: Bamberger war und blieb sein ganzes Leben lang ein inbrünstiger kleindeutscher Patriot und Bewunderer Bismarcks, des Reichsgründers. Er trat den Nationalliberalen bei und beteiligte sich am Aufbau der wirtschaftlichen Institutionen des neuen Reichs, besonders der Goldwährung.

Bamberger brach mit den Nationalliberalen anlässlich ihrer Wendung zum Protektionismus und wurde einer der Führer der „Sezession“. 1884 trat er der neuen linksliberalen Fraktion, der Deutschfreisinnigen Partei bei. Diese wurde von Eugen Richter geleitet, den er persönlich allerdings unerträglich fand. 1893 lehnte er es ab, zur Wiederwahl für den Reichstag anzutreten. Das entsprang teils seinem Widerwillen gegen den unverfrorenen Antisemitismus, mit dem ihm die konservativen Abgeordneten begegneten, und dem kleinmütigen Schweigen von „drei Viertel der sämtlichen Kollegen, die das gar nicht stört,“ teils seinem Überdruß am von ihm so empfundenen Sisypheuskampf zur Bewahrung einer freien Gesellschaft in Deutschland (*Hartwig*, 1900, S. 75). Zwar konnte er es weder als Parteiführer noch als Parlamentsredner mit Richter aufnehmen, doch sein scharfer Verstand, seine Vertrautheit mit der Literatur und dem politischen Denken Westeuropas und sein glänzender Schreibstil machen seine Werke auch heute noch zu den lesenswertesten liberalen Lektüren jener Zeit.

* * *

Als Bismarck seine Sozialpolitik 1881 mit einer Vorlage zur gesetzlichen Unfallversicherung einleitete, begann er gleichzeitig, deren Annahme mit einer rhetorischen Strategie vorzubereiten, zu der auch zählte, der liberalen Opposition die niedrigsten Motive zu unterstellen.⁴ Die Liberalen fürchteten Eingriffe des Staates zum Schutz der Schwachen, erklärte Bismarck, weil es den Kapitalisten dadurch schwerer würde, ihre Opfer auszubeuten und zu unterdrücken (*Born*, 1957, S. 71). Hermann Wagener und sein Kreis, dem er damals sehr nahe stand, klangen in seinen Worten nach, als er meinte:

„Die Fortschrittspartei und die Clique der Manchesterpolitiker, die Vertreter des mitleidlosen Geldsacks, sind immer unbillig gewesen gegen die Armen, sie haben immer nach Kräften dahin gewirkt, daß der Staat verhindert, sie zu schützen. Laissez-faire, möglichst viel Selbstregierung, Unbeschränktheit, Gelegenheit zur Aufsaugung des kleinen Geschäfts durch das Großkapital, zur Ausbeutung der

⁴ Nach einer von Bismarcks Reden zur Sozialpolitik sah sich Bamberger zu der Klage veranlaßt, es sei „eine verhärtete, schlechte Gewohnheit des Herrn Reichskanzlers, daß er nicht reden kann, ohne persönlich gehässigen und ungerechten Verdacht zu schleudern.“ *SBR*, (1889, S. 1836).

Unwissenden und Unerfahrenen durch die Klugen und Geriebenen. Der Staat soll bloß Polizei sein, besonders für die Ausbeuter“ (von Bismarck, 1965, S. 339).

Bismarck war somit der erste Staatsmann, der danach strebte, jeglicher Opposition zum Wohlfahrtsstaat die Berechtigung abzusprechen, indem er den Gegnern der Sozialpolitik persönliche Unmenschlichkeit und Feindschaft gegenüber deren mutmaßlichen Nutznießern nachsagte.⁵

II. Der konservative Angriff auf die Marktwirtschaft

Doch die persönliche Schmähung der liberalen Politiker war nur ein kleiner Teil eines heftigen Sperrfeuers antikapitalistischer Rhetorik. Über die Bedeutung, die einer Beeinflussung der Sprache im politischen Kampf zukommt, sind häufig kritische Bemerkungen gemacht worden, von denen die bekanntesten vielleicht von George Orwell stammen. Der Soziologe Helmut Schoeck bemerkt: „Wer den Willen eines anderen brechen möchte, fährt am besten, wenn er sein Opfer zwingen kann, eine neue Sprache zu lernen. Die Pseudosprache des Angreifers raubt dem zu Unterjochenden die Begriffe, mit denen er bis dahin Recht und Unrecht, Sinn und Unsinn zu scheiden wußte.“ Schoeck hatte dabei den begrifflichen Angriff auf die „bürgerliche Gesellschaft“ im Sinn, den die Linksradikalen in den 1960er und 1970er Jahren aus ihren Bastionen in Medien, Schulen und Künsten führten:

„Sicher ist aber, daß ‚Bürger‘ und ‚bürgerlich‘ innerhalb weniger Jahre wieder zu Diffamierungsvokabeln gemacht wurden, denen man sich meist ohne ernsthaften Widerstand beugt, ja sie selbst oft - mit albernem Lächeln vor einem schlechten bürgerlichen Gewissen - im Sinne der Linken verwendet“.

Das ist es, was Schoeck „Sprache als Trojanisches Pferd“ (Schoeck, 1973, S. 21, 23) nennt. Letztlich war dies auch das Ergebnis der sprachlichen Offensive, die ganz ähnlich in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erfolgte.

Bevor Bismarck sein Sozialprogramm vorstellte, war schon einige Jahre lang ein Feldzug gegen die angeblichen Übel des kapitalistischen Systems und die ihm zugrundeliegende Ethik im Gange. Der Hauptangriff wurde nicht direkt von den „Linken“, sondern überraschenderweise von vielen Mitgliedern der gesellschaftlichen Elite Deutschlands geführt. Kirchenführer und das Professorat, sowie die von Agrariern gelenkte Presse spielten wichtige Rollen. Als Bismarcks Programm für den „Staatssozialismus“ auf dem Tisch lag, darunter die Pläne für die Sozial-

⁵ Die die Opposition betreffenden Tatsachen lagen jedoch anders, wie Born (1957, S. 72) darlegt: „Nicht daß die Lage der Arbeiter gebessert werden sollte, rief die Linksliberalen auf den Plan, sondern daß es durch staatlichen Zwang geschehen sollte, daß sich die Staatsmacht dabei auf einem Gebiete ausbreitete, das nach der Lehre des klassischen Liberalismus allein der freien Entfaltung der Einzelpersonlichkeit vorbehalten war.“

versicherung, kamen der Kanzler, seine Minister und die Konservativen im Reichstag hinzu.

Vetreter der Regierung sprachen verächtlich von „Kuponabschneidern“ und gebrauchten sogar Begriffe wie „kapitalistische Produktionsweise“ in ihrer marxistischen Bedeutung (*Bamberger, SBR, 1881a, S. 679*). Als er im Reichstag den Reden folgte, die die Rechten über die Missetaten des Kapitals und die Schrecken der freien Konkurrenz hielten, fühlte sich Ludwig Bamberger an die von ihm „längst vergessenen“ Schmähungen von Marx und Engels aus seinen alten Tagen als radikaler 48er erinnert (*SBR, 1888, S. 578*).

Bamberger war eine Zeit lang über die antikapitalistische Ränkeschmiederei unterrichtet, die einflußreiche Konservative im Umfeld Bismarcks betrieben. Dazu zählten Lothar Bucher, Robert Meyer und vor allem Hermann Wagener, der „konservative Sozialist“ und erbitterte Feind des Wirtschaftsliberalismus, seines Zeichens „der engste Mitarbeiter Bismarcks auf sozialpolitischem Gebiete.“⁶ Wie Bamberger bemerkt, entlehnten diese Konservativen ihre Schlagworte von Marx, Engels, Lassalle und Schäffle, um vom „Recht auf Arbeit“, von „unproduktiven Klassen“, über „die auf dem Kehrlicht oder dem Mist verhungernenden Proletariat“ oder vom „Urbrei der in Atome aufgelösten Gesellschaft“ (gegen Gewerbefreiheit) zu reden (*Bamberger, 1886, S. 11*). Eine Begriffswelt sei geschaffen worden, so Bamberger, die die Grenzen festlegte, innerhalb deren gesellschaftliche Fragen erörtert werden durften. Dabei sei es höchst bedeutungsvoll, daß diese Begriffswelt ihren Ursprung im „kommunistischen Jargon“ habe, der das „amtliche“ wie auch das „hochkirchliche Deutsch“ durchdrang und der ins „akademische Wörterbuch“ aufgenommen wurde bevor er Eingang in das „offizielle Wörterbuch“ fand (*Bamberger, 1886, S. 12, 14f.*).

Bamberger zufolge waren Angriffe auf die vorhandene Wirtschaftsordnung von den höchsten Stellen im Staat alltäglich geworden. Der preußische Finanzminister erklärte z.B., daß private Industrien zumindest genauso gut vom Staat geführt werden könnten. Wenn dies tatsächlich der Fall war, welche Argumente blieben dann noch gegen die Sozialdemokratie? Da der Minister seine Behauptung auf das Beispiel der Armee stützte, konnte Bamberger erwidern: „Dabei war nur die Kleinigkeit vergessen, daß der Privatbetrieb jährlich 350 Millionen verdienen und sich absparen muß, um dies Armeegeschäft in Blüte zu erhalten.“ (*Bamberger, 1886, S. 15*) Im Reichstag zeigte sich Bamberger erschüttert über das „Odium, das überhaupt jeder privaten Tätigkeit heutzutage hier entgegengesetzt wird.“ (*SBR, 1881d, S. 1540*)

⁶ Vgl. *Vogel* (1951, S. 27); sowie *Schoeps* (1956, S. 196), der Wagener als „Mentor und Berater Bismarcks für alle Fragen der Sozialpolitik“ bezeichnet. Bamberger beobachtete: „Durch Hermann Wagener und Bucher stand Bismarck von lange her unter dem Einfluß eines gewissen sozialistischen Dämonismus. Beide haßten die Welt des prosaischen bürgerlichen Erwerbs.“ *Bamberger* (1898a, S. 89). Vgl. auch *Saile* (1958), sowie *Wagener* (1884).

Zwei Schlüsselphrasen der marktfeindlichen Rhetorik wurden von Bismarck unter das Volk gebracht. Er behauptete, seine Sozialreformen seien einfach „praktisches Christentum“, und er stempelte private Unfallversicherungsunternehmen als unmoralisch ab, weil sie „Dividenden aus menschlichem Elend“ zögen.⁷

„Praktisches Christentum“ war Teil einer Gruppe von ebenso emotional geladenen wie nebulösen Worten, zu denen auch „Großmut“, „Menschenliebe“ und „Hartherzigkeit“ zählten und die im Kampf gegen den Wirtschaftsliberalismus zugunsten der Sozialpolitik verwendet wurden. Bamberger ließ keines davon gelten. In seinen Augen waren diese Worte ihrem Bedeutungszusammenhang im privaten Leben entrissen und unzulässigerweise in die Sprechweise von Gesetzgebern eingeführt worden. Großmut zum Beispiel „übt zunächst doch jeder an seiner eigenen Person, an Opfern, die er mit sich, mit Gut und Blut bringt.“ Ihn jedoch im Namen des Volkes zu praktizieren, „das ist Großmut aus der Tasche der Steuerzahler.“ (SBR, 1883, S. 2332) Was Bismarcks Gleichsetzung der Sozialpolitik mit „praktischem Christentum“ anbelangt, so fühlt sich Bamberger durch sie stark an einen der Ursprungstexte des europäischen Sozialismus erinnert, an Saint-Simons *Le Nouveau Christianisme*, wo der Gedanke vorgetragen wird, daß der Sozialismus einfach die Moderne angemessene Form des Christentums sei (SBR, 1881d, S. 1543f.). Doch die Ausübung christlicher Tugend sollte, genau wie die auch in anderen Religionen gepredigte Nächstenliebe, dem freien Willen des Individuums überlassen bleiben und nicht zu einer Sache des Gesetzes gemacht werden.⁸

Bismarcks Argument, es sei unanständig, „Dividenden aus menschlichem Elend“ zu ziehen, wurde von liberalen Sprechern lächerlich gemacht. Zunächst einmal legten sie recht aufmerksam dar, daß „nicht das Eintreten eines Unfalls [...] die Unterlage für die Dividenden [abgibt], sondern umgekehrt das Ausbleiben.“ (Vogel, 1951, S. 49) Als dann gab Bamberger die eigentlich naheliegende Antwort - ein an die konservativen ostelbischen Getreideproduzenten gerichtetes *tu quoque*, in dem auch die ausbeuterischen Getreidezölle nicht unerwähnt blieben: „Wird man es nun deshalb als etwas empörendes bezeichnen, daß beim Brotbacken Gewinn gezogen wird? [...] ist da je behauptet worden, daß aus Liebe

⁷ Gegenüber Moritz Busch erklärte Bismarck, was er unter „praktischem Christentum“ verstand: „Mitleid, hilfreiche Hand, wo Not ist [...] der Staat muß die Sache in die Hand nehmen. Nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung [...]“ Busch (1899, S. 44). Offensichtlich kam es Bismarck nicht in den Sinn, daß das Christentum die Linderung der Armut stets als „Almosen“ betrachtete, das aus Liebe gegeben wird, und nicht als ein „Recht“, das beim Staat eingeklagt wird.

⁸ SBR (1881a, S. 680). Wie Bamberger scharfsinnig bemerkt, widerspricht die Berufung auf „praktisches Christentum“ auch einem anderen vorgebrachten Argument: daß Sozialpolitik der sozialistischen Bewegung den Wind aus den Segeln nehmen werde. Es sei unvereinbar mit dem Geist des Evangeliums, bei der Mildtätigkeit darauf zu sehen, „einen Effekt auf den Verpflichteten hervorzubringen.“ Solch eine Haltung zur Religion sollte als „heidnisch, mehr, das ist cäsarisch [...]“ bezeichnet werden. SBR (1881d, S. 1541).

das Getreide gebaut werde? daß nur aus Liebe die Kornzölle erhöht wurden?“ (SBR, 1884b, S. 86) Richter war bereit, eine Grundlektion in der Theorie der liberalen Wirtschaftsordnung zu geben. Private Versicherungsfirmen dafür anzugreifen, daß sie für eigenen Gewinn, nicht aber für das öffentliche Wohl arbeiten, komme der Methode der Sozialisten gleich. Für jeden, der an eine auf dem Privateigentum beruhende Gesellschaftsordnung glaube, sei jedoch „das Privatunternehmen nicht der Gegensatz zum Arbeiterinteresse, zum öffentlichen Interesse, sondern gerade das Privatunternehmen, die Privatspekulation, ist diejenige Form, die zugleich dem öffentlichen Interesse am meisten dient.“⁹

Bamberger zufolge diene die von den Konservativen betriebene verbale Zerstörung der freien Marktwirtschaft mehreren Zwecken. Erstens rechtfertige sie die Räubereien der Agrarier selbst, die vom Protektionismus und von einem zu ihren Gunsten gewichteten Steuersystem zu profitieren gedachten.¹⁰ Zweitens mache sie Stimmung gegen „mobiles Kapital“ oder allenfalls gegen mobiles Kapital plus städtische Grundstücke - in der Hoffnung, daß der Grundbesitz der Agrarier selbst irgendwie aus dem Blickfeld geraten würde.¹¹ Der typische Ausruf eines agrarischen Abgeordneten „Die Börse muß bluten!“ spiegelte beide Motive wider (Meyer, 1885, S. 8).

Noch größere Bedeutung kam in Bambergers Sicht allerdings den unbeabsichtigten Folgen dieser Strategie zu. Die von allen Seiten kommende, ständige Wiederholung gewinn- und geschäftsfeindlicher Redeweisen erzeuge in der Bourgeoisie „ein Armesünderbewußtsein“; den Mittelklassen würde das Gefühl beigebracht, daß sie „von den ‚Enterbten‘ Verzeihung für [ihre] Existenz [...] erlangen“ müssen. Dadurch verlören die natürlichen Verteidiger der bestehenden Ordnung, die, wie Bamberger betont, allen Klassen zugute kommt, jenes Vertrauen in ihre Sache, das das eigentliche Bollwerk gegen soziale Revolutionen ist. In ihrer leichtfertigen Koketterie mit kommunistischen Lehren spielten die herrschenden Klassen mit Feuer (Bamberger, 1886, S. 12).

⁹ SBR (1881b, S. 705). Bismarck zeigte seine Unkenntnis der grundlegenden Wirkungsweise der Marktwirtschaft mit der Bemerkung, daß sich das Reich „wohlfeiler“ versichern würde, „weil kein Gewinn gesucht wird.“ Quandt (1938, S. 21).

¹⁰ In einem seiner letzten Essays „Wandlungen und Wanderungen in der Sozialpolitik“ (Bamberger, 1898b, S. 327f.) beobachtete Bamberger spaßhaft, wie der auf das Laissez-faire-Prinzip - statt auf den Kapitalismus an sich - begrenzte Angriff von geschäftlichen Interessen genutzt wurde, die die Öffentlichkeit mit Hilfe von Schutzzöllen ausbeuten wollten: „Jeder Tropf, der für seine Hornknöpfe oder seine Bürstenwaren eine höheren Preis haben wollte, schwang sich auf den ‚höheren Standpunkt‘, von dem aus er mit unaussprechlicher Verachtung auf das ‚öde Manchestertum‘, auf das ‚laissez faire‘ und ‚laissez aller‘ [...] herabsah.“

¹¹ Bamberger (1886, S. 19f.). Wagoner bezeichnet es in „Erlebtes“ (1884, S. 7) als „die wesentliche Schwäche“ Lassalles und Marxens, „stets nur das produzierende und nicht das spekulierende Kapital in das Auge“ gefaßt zu haben. Keiner der beiden sozialistischen Denker war Wagoners Behauptung zufolge genügend gegen die Börsenkapitalisten eingestellt.

Bismarcks Sozialistengesetze waren angesichts des ideologischen Beistands, den die Konservativen der sozialistischen Sache leisteten, besonders absurd. An die Rechten im Parlament gewandt, fragte Bamberger, worin eigentlich der Sinn bestehe, die Propaganda der offiziellen sozialistischen Partei zu verbieten, wenn genau die gleichen Ideen „in Ihrer kleinen Presse, zum Teil auch in Ihrer großen Presse, in Reden und Versammlungen und sogar in Ausführungen hier im Reichstag“ verbreitet würden. Die Ausflüsse konservativer Propaganda zögen „mit allen korrupten Ideen sozialdemokratischer Natur gegen Eigentum, gegen Kapital, gegen alle feststehenden Begriffe, auf denen die bürgerliche Ordnung beruht, mit allen Mitteln, allem Raffinement, allen Argumenten tagtäglich zu Felde.“ Während die Gesetze sozialistischen Aufruhr bestrafen, würden „die sozialistischen Ideen, die scheinbar mit diesem Gesetz bekämpft werden sollten, tiefer und immer tiefer in das Bewußtsein, in die Ideen der Nation hineingetragen.“ „Wenn Sie die Verbrecher suchen, welche die sozialdemokratischen Ideen in Deutschland verbreiten“, erklärte Bamberger den Reichstagsabgeordneten, so sollten sie auf sich selber schauen. Die wahren Feinde des Sozialismus seien Bamberger und seine Partei; unter Hohnrufen von der Rechten bekundete er stolz, „daß ich immer ein hartgesottener Manchestermann gewesen bin, und daß ich als solcher zu leben und zu sterben denke.“¹²

Die scharfe Reaktion Bambergers und der anderen Liberalen auf die Konservativen, die sozialistische Ideen salonfähig machten, sollte nicht überraschen. Ihre Empörung entsprang der besorgten Einsicht in die grundlegenden Bedingungen des von ihnen verteidigten Systems: Die Marktwirtschaft ist ihrer Natur nach eigenartig undurchsichtig und politisch zerbrechlich.

Die „umfassende Ordnung“ des Marktes ist, wie F. A. von Hayek betont, solcherart, daß ihre Rationalität - einschließlich der funktionalen Notwendigkeit einiger ihrer Kernbestandteile, wie Handel, Geld, Waren- und Terminbörsen usw. - nicht leicht durch den Augenschein erfaßt werden kann, sondern größtenteils erst durch einen abstrakten Denkvorgang einsichtig wird (*von Hayek*, 1988, S. 89ff. und passim). Dieser Grundzug gewinnt mit wachsender Komplexität der Ordnung, besonders mit Verstärkung der Arbeitsteilung, immer mehr an Gewicht. Für die meisten Leute ergeben große Teile der Marktordnung - vor allem die Gründe für das Einkommen vieler hochbezahlter Marktteilnehmer - schlichtweg keinen Sinn.¹³

Zur intellektuellen Undurchdringlichkeit des Marktes gesellt sich ein weiterer Zug, der seine Existenz ständig gefährdet. Wie Schumpeter später betonen sollte, hat der Kapitalismus als Gesellschaftssystem mit dem schweren Handicap zu kämpfen, daß er in einem Zeitalter des Rationalismus und Säkularismus groß

¹² *SBR* (1888, S. 577f.). Vgl. Bambergers Bemerkung in: *Bamberger* (1886, S.32): „Das größte Übel ist, falsche Ideen zwar mit äußeren Mitteln zu bekämpfen, ihnen aber selbst innerlich Nahrung zuzuführen.“

¹³ Zur Feindlichkeit der ostelbischen Grundbesitzer gegenüber der Börse, die von ihrer Unfähigkeit herrührt, die Funktionen der Börse zu verstehen, vgl. *Meyer* (1885, S. 8ff.).

wurde. Er konnte sich daher keiner Rechtfertigung durch Herkommen oder religiösen Glauben erfreuen (*Schumpeter*, 1950, S. 143ff.). Im Gegenteil, seine rationale Grundlage - der Anspruch, daß dieses komplexe und feingesponnene System alles in allem den Interessen jeder Gesellschaftsklasse entgegenkommt - mußte sich gegen eingefleischte Denkweisen, schiere Unkenntnis, den Neid der weniger Begüterten und gegen das menschlich verständliche Ressentiment jener, deren Leben durch sich ändernde Marktkräfte zerstört wurde, behaupten. Angesichts dessen kann man vielleicht den Zorn der Liberalen gegen jene verstehen, die durch Stützung marktfeindlicher Argumente und durch die gedankenlose Annahme und Verbreitung sozialistischer Rhetorik die argumentativen Schwierigkeiten noch verstärkten.

III. Liberale Argumente gegen den Wohlfahrtsstaat

Als im Verlauf der 1880er Jahre ein sozialpolitischer Vorschlag dem anderen folgte, erarbeiteten Bamberger und Richter Argumente gegen die neue Richtung, die von sehr viel mehr als bloß historischem Interesse sind. Doch bevor sie erörtert werden, seien zwei Überlegungen erwähnt, die, soweit festzustellen ist, nicht benutzt wurden.

Das erste ist recht offensichtlich. Obwohl die Sozialversicherungsgesetze Beiträge von Arbeitgebern und Arbeiternehmern vorsahen (außer im Fall der Unfallversicherung, wo die Arbeitgeber alle Beiträge leisten), werden *beide* „Beiträge,“ *sowohl die des Arbeitgebers, als auch die des Arbeiternehmers, in Wirklichkeit vom Arbeiternehmer bezahlt.*¹⁴ Vom Blickwinkel des Arbeitgebers ist es weitgehend unerheblich, ob die mit der Beschäftigung eines Arbeiters verbundenen Kosten nur als Lohn oder in einer Kombination aus Löhnen und anderen Leistungen ausgezahlt werden. Roland Vaubel schreibt:

„Bismarck wollte bei den Versicherten den Eindruck erwecken, als ob die Sozialversicherung eine Umverteilung von den Arbeitgebern zu den Arbeitnehmern bewirke. Tatsächlich ist bei flexiblen Löhnen, wie sie damals weitgehend üblich waren, für Nettolöhne und Beschäftigung gleichgültig, ob die Versicherungsbeiträge von den Arbeitgebern oder den Arbeitnehmern gezahlt werden. Die von Bismarck

¹⁴ Das war den damaligen Liberalen nicht klar. Als zum Beispiel die Verabschiedung der Unfallversicherungsvorlage eine ausgemachte Sache war, legte Richter dar: „Wir sind für die alleinige Tragung dieser Prämie von Seiten der Arbeitgeber.“ *SBR* (1881d, S. 1531). Bamberger warf die Frage der Abwälzung der Arbeitgeberbeiträge auf, doch er erklärte, daß es von den Umständen abhängt, ob der Beitrag auf die Industrie oder auf den Arbeiter fällt; *SBR* (1881d, S. 1540). Der einzige Teilnehmer an der Debatte, der begriffen zu haben schien, daß alle Beiträge den Löhnen der Arbeiter entstammten, war Lujo Brentano.

bezweckte Umverteilungssillusion hat jedoch den Nachteil, daß die Arbeitnehmer die von ihnen getragenen Kosten des Versicherungsschutzes unterschätzen“.¹⁵

Dieser Punkt wird auch von dem in Österreich geborenen Ökonomen Walter Sulzbach unterstrichen: „Die Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung sind der Teil der Entlohnung ihrer Angestellten, den letztere nicht in der Weise frei ausgeben dürfen wie sie ihre gewöhnlichen Löhne ausgeben.“ Sulzbach fügt hinzu:

„Praktisch überall wurde die Geschichte der Sozialversicherung zu einem großen Teil von der verbreiteten Überzeugung getragen, daß die Arbeitgeber nicht nur scheinbar, sondern tatsächlich ihren Beitrag leisten“ (Sulzbach, 1947, S. 95f.).

Nicht nur die Geschichte der Sozialversicherung, sondern auch die entsprechende Geschichtsschreibung wurde weitgehend von dieser optischen Täuschung bestimmt. Deutsche wie ausländische Historiker haben über Bismarcks Sozialpolitik, und folglich über die liberale Opposition zu ihr, gewöhnlich unter der Annahme geschrieben, daß die Arbeiter zumindest unmittelbar von einem Transfer profitierten, der in Form der „Beiträge“ der Arbeitgeber erfolgte. Man fragt sich, ob eine Konfrontation mit den ökonomischen Fakten des vorliegenden Falles die Meinung dieser Gelehrten ändern könnte.

Ein weiteres Argument, das von den Liberalen vernachlässigt wurde, ist ganz anderer Natur: daß nämlich Bismarcks Wohlfahrtsgesetze durch die Anwendung von Zwang und Umverteilung des Eigentums, die natürlichen Rechte der betroffenen Individuen verletzen. Doch über dieses naturrechtliche Argument konnten die liberalen Kritiker nicht mehr verfügen: Über mehrere Generationen hinweg hatten philosophische Lehren, besonders unter dem Einfluß Hegels, sowohl in der Öffentlichkeit, als auch in der politischen Klasse Deutschlands den Glauben des 18. Jahrhunderts an natürliche Rechte praktisch zerstört.¹⁶

Obwohl die Kernargumente gegen die Sozialpolitik, wie sie von Bamberger entwickelt und von Richter unterstützt wurden, sich teilweise überschneiden und miteinander verflochten sind, können sie zweckmäßigerweise wie folgt unterteilt werden:

¹⁵ Vaubel (1989, S. 43). Vgl. auch Buchanan/Flowers (1975, S. 322): „In beiden Fällen kann gefolgert werden, daß der Arbeitnehmer sowohl seinen, als auch den Teil des Arbeitgebers an der Steuer bezahlt. In der Tat dient die Unterscheidung zwischen den beiden Teilen weitgehend dazu, die Täuschung zu schaffen, daß der Arbeitgeber zahlt - eine Täuschung, die durch die elementare ökonomische Analyse bald vertrieben wird.“ Vgl. auch Rothbard (1962, S. 521f.).

¹⁶ Siehe aber Klippel (1987), der auf S. 277ff. Beweisgründe dafür anführt, daß eine naturrechtliche Tradition - gewöhnlich unter dem Namen der Rechtsphilosophie - in Deutschland selbst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts fortlebte. Wie Klippel allerdings darlegt, entwickelte sich diese bereits in die Richtung von „Wohlfahrtsrechten.“

(1) *Sozialpolitik würde die sozialistische Bewegung stärken*

Bamberger und Richter verweisen mit Nachdruck darauf, daß Bismarcks Staatssozialismus und besonders seine Sozialpolitik die Sache der Sozialisten fördere. Fürsprecher von Sozialversicherungsplänen, meinte Bamberger, mußten sich klarmachen, daß diese „die beiden Grundbedingungen des modernen sozialistischen Staatsgedankens“ in sich schlossen: „einerseits den Zwang“ und, sofern sie einen Zuschuß aus der Reichskasse erforderten,¹⁷ „die Unterhaltung des Individuums auf allgemeine Kosten.“ (SBR, 1889, S. 1837) In einer effektvollen Analogie behauptet Bamberger, das Handeln der Regierung erfolge „gewissermaßen nach homöopathischer Methode Gleiches mit Gleichem zu bekämpfen.“ (Bamberger, 1897, S. 247)

Richter macht ebenfalls geltend, die Regierung bejahe den sozialistischen Grundsatz, daß Industriearbeiter ein Recht hätten, anders und bevorzugt behandelt zu werden. Auf diese Weise gestände sie die „Schuld“ der bourgeois Gesellschaft gegenüber der Arbeiterklasse ein und betätige sich mit eigenen Worten und Taten faktisch als Verstärker der sozialistischen Propaganda: „Es konnte gar nichts erdacht werden, womit man den Sozialisten mehr hätte aufhelfen können, in dem Ansehen in ihren Kreisen und ihrer Bevölkerung, als durch dieses Gesetz in Verbindung mit dem Staatszuschuß.“ (SBR, 1881d, S. 1532) Bamberger stimmt dem zu und bemerkt, es sei leicht zu sehen, welches Kapital sozialistische Agitatoren aus diesen Zugeständnissen „des bösen Gewissens“ der Bourgeoisie schlagen würden (Hartwig, 1900, S. 65f.). Durch seine offizielle Politik teilt der Staat selbst - einschließlich des Monarchen - den Arbeitern mit, daß sie eine besondere Behandlung verdienen, weil sie die Opfer der kapitalistischen Gesellschaft seien. Ist es verwunderlich, so fragen die Liberalen, daß mehr und mehr von ihnen anfangen, diese Meinung zu teilen?

Historiker schenken dieser liberalen Darlegung jedoch im allgemeinen nicht viel Glauben. Zumeist betrachten sie das beständige Wachsen der Sozialdemokratie als eine „natürliche“ Antwort auf die sich ausbreitende Industrialisierung. Doch Großbritannien und die Vereinigten Staaten verzeichnen offensichtlich keine vergleichbare Zunahme des Sozialismus; und kein anderes westliches Land (Belgien, Frankreich, die Schweiz) kam dem Reich in dieser Beziehung gleich. Vielleicht lohnt es sich, der Frage aufs Neue nachzuspüren, ob nicht die weitverbreiteten konservativen Angriffe auf die Marktwirtschaft - einschließlich Bismarcks eigener Neigung zu Staatssozialismus und staatssozialistischer Rhetorik - eine Rolle beim pilzartigen Wachstum des Sozialismus in Deutschland spielten. Dadurch wurden weitere Dilemmata geschaffen, die im Vergleich zu anderen Nationen den Spielraum für rationales wirtschaftliches Handeln verringerten.

¹⁷ Das war der Fall beim ursprünglichen Plan zur Unfallversicherung, bei der Alters- und Invaliditätsversicherung und, in geringem Umfang, bei der Krankenversicherung.

(2) *Für die Verbesserung des Lebensstandards ist Marktwirtschaft viel wichtiger als Sozialpolitik*

Die Liberalen führten an, daß der Lebensstandard der Arbeiter sich gebessert habe und daß er sich auch weiterhin verbessern würde, solange die Marktwirtschaft nicht durch Gesetzgebung dazu außerstande gesetzt würde. Der Zollverein, die Freiheit der Arbeit und Zügelung der Gilden, die stete Akkumulation von Kapital, die Verstärkung der Arbeitsteilung, technische Erfindungen und Neuerungen, der effizienzsteigernde Wettbewerb zwischen Firmen - das alles brächte genau wie die anderen bekannten Mechanismen der Marktwirtschaft den gewünschten wirtschaftlichen Fortschritt herbei. Das zumeist stille, aber ungemein mächtige Wirken der Märkte sei von weit größerer Bedeutung für den Lebensstandard der Arbeiter und aller anderen Klassen als die vermutlichen Wohltaten, die von der Sozialpolitik ausgingen.

Bei normalem Gang der Dinge könne man annehmen, daß die Arbeiter bei steigender Lebenshaltung anfangen würden, sich zu versichern, genau wie sie ihren Verbrauch anderer Güter erhöhten. Warum sollte das Netz der staatlichen Versicherung gerade dann über die ganze Arbeiterklasse ausgebreitet werden, wenn sowieso mehr und mehr von ihnen dahin gelangten, daß sie sich Versicherungen leisten könnten?

Ludwig Bamberger führt an, daß die Lage der Arbeiterklasse nicht mit staatlichen Versprechungen verbessert werden könne; vielmehr „ist die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen, soweit sie nicht Utopien sind, eine Angelegenheit geschichtlicher Entwicklung und nicht eine solche willkürlicher Gesetzgebung.“ (SBR, 1881b, S. 729) Auf den Vorwurf „So willst du, daß nichts geschehe für das soziale Wohl?“ erwiderte Bamberger, daß „im bescheidenen Namen der bürgerlichen Freiheit unendlich mehr“ erreicht werde als durch den „patriarchalischen Zwang zur Bevormundung und Hebung der Stände.“ Während die Arbeiter ihr Los auf dem Markt verbesserten, Sorge eine verbesserte Produktion dafür, daß die Preise ihrer Konsumgüter fielen (Bamberger, 1886, S. 27ff.).

In den Debatten der 1880er Jahre bemerkt Richter die sonderbare Unvereinbarkeit zwischen der Unermeßlichkeit des Elends, dem die Arbeiter nach Darstellung der Regierung ausgesetzt seien, und der Dürftigkeit der Mittel, mit denen man ihr Los erleichtern wolle. Alle Versicherungspläne zusammengenommen wären nur „winzig“ im „Vergleich zu den Problemen und zu den Zielen, die der Herr Reichskanzler den Arbeitern gegenüber hinstellt.“ (SBR, 1884d, S. 496) Bamberger, der gegen Ende seines Lebens über die Pläne zur Sozialpolitik, die in der Welt entstanden waren, nachdachte, war ähnlich bestürzt über deren relative Bedeutungslosigkeit. „Manche davon waren gut, manche schlecht“, stellte er fest, „aber auch die schlechtesten halten die Welt nur wenig auf.“ Was ihn am Ende des Jahrhunderts beeindruckte, war, daß „die Schaffenskraft der Individuen [...] so unerschöpflich und so sehr vom Geist der Neuzeit befruchtet [ist], daß sie auch alle Übel, die ihr Gesetzgeber antun, siegreich überwindet.“ Wenngleich die politischen Führer sich den Fortschritt an ihre Fahnen heften, seien es in Wirk-

lichkeit die vereinigten individuellen Bemühungen - „von Unternehmern dirigiert und vom Kapital gespeist“ -, die die Gesellschaft voranbrächten:

„Ständen diese Einzelkräfte auch nur einen Tag lang still, so wären die schönsten sozialpolitischen Einrichtungen zum Teufel, aber im umgekehrten Fall, wenn diese Einrichtungen, auch die besten, wieder verschwänden, würde am Gang der Welt wenig zu merken sein“ (*Bamberger*, 1898d, S. 361).

Bambergers ungebrochener Glaube an die Marktwirtschaft zum Ende des 19. Jahrhunderts wird einigen als verfehlt erscheinen, zumal vor dem Hintergrund der von Hans Rosenberg verbreiteten Ansicht, daß in den etwa fünfundzwanzig Jahren zuvor eine „große Depression“ geherrscht habe (*Rosenberg*, 1967). Diese Meinung wird jedoch von Wirtschaftshistorikern in Zweifel gezogen und erscheint gegenwärtig kaum noch haltbar. W.O. Henderson bemerkt etwa, daß Rosenberg einen Rückgang der Preise, Gewinne, Zinssätze und der *Rate* privater Investitionen mit einer tatsächlichen Schrumpfung der Wirtschaft verwechselt. Tatsächlich sei die industrielle Produktion und der Überseehandel gewachsen, während - und das ist von höchster Bedeutung - die Reallöhne in solch einem Maße zunahmen. So konnte der britische Handelsattaché in Berlin 1898 schreiben: „Heute ist allenthalben ein Wohlstand zu sehen, von dem die begeistertsten Patrioten vor zwanzig Jahren kaum zu träumen wagten.“ (*Henderson*, 1975, S. 175f.; siehe auch *Saul*, 1979) In jedem Fall aber müssen diejenigen Historiker, die weitreichende Interpretationen an die Behauptung einer „Großen Depression“ knüpften, erst einmal erklären, wie dann der revisionistische Sozialismus entstehen und wie eine Krise in der deutschen Sozialdemokratie aufkommen konnte, wenn das kapitalistische System im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts tatsächlich in einer Depression gesteckt hätte.¹⁸

(3) *Der Staat drückt den Lebensstandard von Arbeitern und anderen*

Die Liberalen zeigten auf, daß die Regierung zwar behauptete, die Klasse der Industriearbeiter mittels der Sozialversicherung zu subventionieren, daß sie jedoch in Wirklichkeit den Lebensstandard der Arbeiter durch andere Eingriffe direkt und indirekt verringerte. 1878 hatte Bismarck seine Außenhandelspolitik geändert. Statt wie früher den Freihandel zu unterstützen, drückte er nun ein System von Schutzzöllen gegen die starken Einwände der Fraktion Richters und des von Bamberger geführten „linken Flügels“ (d.h. der entschiedenen Liberalen) der Nationalliberalen durch. Um die nötige Unterstützung im Reichstag zusammenzubringen, enthielt das Programm Eisen- und Stahlzölle für die Industriellen im Westen und Getreidezölle zu Gunsten der Grundbesitzer im Osten. Unbestreitbar wirkten sich die Zölle auf die unteren Einkommensschichten härter als auf die oberen aus. So stiegen die Lebenshaltungskosten insbesondere für arbeitende

¹⁸ Vgl. *Koch* (1987, S. 49), wo Koch bemerkt, daß die Große Depression „genau beschen keine Depression [war], wohl aber ein entscheidender Rückgang der Wachstumsraten und ein damit verbundener Wechsel der ökonomischen Erwartungshaltungen.“

Menschen, und die gestiegenen Kosten für Nahrungsmittel und andere Güter waren eine Bürde, die die Wohltaten, die vermeintlich durch die verschiedenen sozialen Versorgungspläne entstanden, mehr als ausglich.¹⁹ Die Schutzzölle für Nahrungsmittel wurden in genau den Jahren weiter angehoben, in denen Bismarck seine Wohlfahrtspläne vorantrieb: 1885 stiegen sie im Durchschnitt um 300% und 1887 verdoppelten sie sich wieder (Gall, 1980, S. 669).

Wenn die Regierung so sehr um Hilfe für die ärmeren Klassen besorgt sei, argumentierten die Liberalen, stünden die Mittel bereit: Abschaffung der Schutzzölle, angefangen mit den Getreidezöllen, und Verringerung der Verbrauchssteuern auf Güter des täglichen Bedarfs.

Die Schutzzölle hatten verheerende Wirkungen auf die Haushaltskassen: „die Arbeiter leiden unter der Verteuerung der Lebensmittel“, erklärte Richter. Nun würden, in Form der Unfallversicherung mit einem Staatszuschuß, Regierungshilfen in Aussicht gestellt, die „geeignet [sind,] ihre Aufmerksamkeit abzulenken von dem, was bisher gegen sie geschehen ist.“ Doch zumindest der Sozialbeitrag der Arbeiter sei eine weitere Last, eine direkte Steuer auf ihr Einkommen.²⁰ Zudem seien auch die Arbeiter Steuerzahler, und ihr Lebensstandard werde, mit jenem der Gesellschaft im weiteren Sinne, durch die erhöhten Steuern, die der Vorschlag der Regierung erforderte, verringert. Dies zu verneinen hieße einer sprachlichen Täuschung zum Opfer zu fallen, nämlich anzunehmen, daß „der Staat“ über Mittel verfügt, die getrennt und verschieden von denen des Volkes sind. In Wirklichkeit, so Richter, hat der „Staat [...] aber wieder nichts, was er nicht anderweitig den Steuerzahlern wieder fortnimmt.“ (SBR, 1881d, S. 1534)

Auch Bamberger war sich des sprachlichen Tricks bewußt, den Ausdruck „Staat“ zu mystifizieren. Es würde der Klarheit dienen, „wenn man jedesmal da, wo es heißt, ‚der Staat‘ soll etwas tun, eine bessere Terminologie einführt und hineinsetzt: die *Steuerzahler* sollen dafür sorgen.“ In diesem Fall „würde die Debatte einen ganz anderen Lauf nehmen in den meisten Fragen.“ (SBR, 1883, S. 2333. Hervorhebung im Original) Wahrscheinlich hatte Bamberger, der ergebene Anhänger Bastiats, hier den berühmten Aphorismus des französischen Ökonomen im Sinn, nach dem der Staat die große Fiktion ist, durch die jeder versucht, auf Kosten aller anderen zu leben.

¹⁹ Im Ausland kritisierte der italienische liberale Ökonom Vilfredo Pareto das Programm Bismarcks: „Es stimmt, daß Bismarck dem Reichstag die Sozialgesetzgebung vorlegte, doch zuerst ließ er das Gesetz über Abgaben auf Getreide und Fleisch verabschieden, wodurch das Volk den Landbesitzern Tribute zahlte [...] Diese mildtätige Besorgtheit des Staates um das Volk ist der der Mönche sehr ähnlich, die - wie Boccaccio spottete - im Tausch gegen das enorme Vermögen, das sie den Gläubigen abnötigten, ein paar Schalen Suppe an den Türen ihrer Klöster verteilten.“ *Bucolo* (1980, S. 47).

²⁰ Richter, SBR (1881d, S. 1534). Wie oben erwähnt wurde, waren sich die Liberalen der Tatsache nicht bewußt, daß der sogenannte Arbeitgeberbeitrag auch ein Lohnabzug war.

Doch daß die Arbeiter insgesamt auf der Verliererseite stehen würden, wenn die Jagd auf staatliche Privilegien erst einmal begonnen hätte, war zu erwarten. Schmoller und die anderen Kathedersozialisten hatten niemals verstanden, daß das *Laissez-faire*-Prinzip kein „religiöses Dogma“ und nicht nur Ausdruck einer impliziten Sozialphilosophie war. Es handelt sich um eine Politikregel und errichtet eine Schranke gegen die Ausplünderung des Volkes durch die politisch Mächtigen. Wenn die Gesetzgebung zu einer Sache von *ad hoc* Entscheidungen wird, öffnen sich die Tore für eine unbegrenzte Zahl von Übergriffen, die notwendig demjenigen zugute kommen, der gerade nahe genug an den Hebeln der Macht sitzt. Meistens geht diese Art von Eingriffen auf Kosten der Allgemeinheit.

Bamberger hat diesen Grundsatz in den Jahren gelernt, die er in Frankreich verbrachte, „diesem klassischen Lande der Schutzzölle und Monopole.“ Dort brachte die Tätigkeit der Regierung „politische Korruption, die Ausbeutung der Schwachen durch die Geldmächte, die Ansammlung riesiger Kapitalien, die Bildung von sog. Ringen geschützter Produzenten, usw.“ (Hartwig, 1900, S. 54) mit sich. Mit seinen Erfahrungen aus Frankreich erwarb Bamberger den scharfsichtigen Zynismus, den die französischen und später die italienischen liberalen Ökonomen gegenüber hochtönenden Argumenten für Staatseingriffe an den Tag legten. Wie bei seinem Kampf gegen die staatlich subventionierte Somoa Gesellschaft war er sich zutiefst bewußt, daß die Sorge des Staates um das „öffentliche Wohl“ einen Deckmantel bietet, unter dem „finstere Interessen“ wuchern; das war in Wirklichkeit der Hauptgrund dafür, daß er „prinzipiell ein Feind aller Einmischung des Staates in Handelsgeschäfte“ (Hartwig, 1900, S. 59f.) wurde.

(4) *Staatliche Unternehmen führen zu Verschwendung und sind privaten Unternehmen unterlegen*

Im Versicherungswesen wie im Wirtschaftsleben allgemein, behaupteten die Liberalen, seien Privatunternehmen einer staatlichen Geschäftsführung überlegen. Daher bevorzugten sie im Hinblick auf die Arbeiterunfallversicherung eine Überarbeitung des Haftungsgesetzes von 1871, um die Beweislast bei Unfällen den Arbeitgebern aufzuerlegen und es ihnen dann zu überlassen, die geeignetsten privaten Versicherungspolicen ausfindig zu machen. Der Wettbewerb zwischen den Versicherungsfirmen würde die Kosten senken und die Leistungen mehren (Bamberger, SBR, 1881a, S. 677). Zudem hätte eine private Lösung den Vorteil, der der Dezentralisierung zueigen ist. Zu den wichtigsten davon zähle die Erkenntnis von und der Umgang mit Fehlern. Richter führt aus:

„Wenn gesagt wird, man könne die Fehler leichter verbessern, meine Herren, die Hauptsache ist, daß man die Fehler erkennt, und da habe ich viel mehr Bürgschaft, wenn eine Anzahl selbstständiger Direktoren da sind, die mit einander wetteifern, Fortschritte zu machen und Fehler zu verbessern, als wenn alles von der Berliner Weisheit, von einigen Geheimen Räten und zuletzt von einer einzigen Person in

Berlin abhängt, die entscheidet, wie das Unfallversicherungswesen in ganz Deutschland geregelt werden soll.“ (SBR, 1881c, S. 1474)

Desweiteren biete eine Vielzahl konkurrierender Firmen die Flexibilität, die zur Befriedigung unterschiedlicher Bedürfnisse ungleicher Versicherungsnehmer erforderlich sei. Wie Richter es ausdrückt: „Jeder Zwang hat Schablonen, hat Schematismus, hat Normativbestimmungen zur Folge, die es verhindern, daß das einzelne Verhältnis die Berücksichtigung findet, die es verdient.“ (SBR, 1881b, S. 700ff.)

Staatliche Versicherungen würde nicht nur private Versicherungsfirmen aus dem Markt drängen, sondern auch Versicherungsgenossenschaften, die schon Verbreitung gefunden hätten.²¹ Richter bemerkt, wie verwunderlich es angesichts der Tatsache sei, daß die Konservativen, die sich ansonsten zur Sozialphilosophie des Korporatismus bekannten, auf diesem Gebiet die staatliche Vorsorge unterstützten (SBR, 1881b, S. 704).

Zur Staatsindustrie meint Bamberger:

„Der Staat arbeitet vielleicht, wenn er neue Institutionen einsetzt, mit einer gewissen Schärfe, Regelmäßigkeit und Strammheit; aber daß ihm auf die Länge der Stimulus fehlt, der aus der Konkurrenz entspringt, die Verbesserungslust, die Lust das Publikum heranzuziehen und sich dessen Dankbarkeit durch wachsende Dienstwilligkeit zu erwerben, - daß ihm dies fehlt, das ist doch gar keine Frage“.

Häufig werde gesagt, bemerkt Bamberger, „daß in einzelnen Kunstbranchen z.B. die Staatsindustrie vorzügliches leiste; aber daß sie es billiger leiste, daß sie dem Publikum dienstbarer sei“ als die Privatindustrie sei kaum glaubwürdig (SBR, 1881a, S. 676).

Bamberger verweist auf das englische Versicherungssystem, das vollkommen privat, auf Haftpflicht basiere und gut funktioniere. Er sah deswegen in Bismarcks Entwurf einer staatlichen Versicherung einen weiteren Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft. Das Ergebnis sei, „daß wir sofort wieder eine Reihe von privaten Anstrengungen vernichten.“ Die Grundlage der deutschen Gesellschaftsordnung sei individuelle Initiative und freier Zusammenschluß. Die Sozialversicherungspläne seien dagegen Teil einer neuen Haltung zur Tätigkeit des Staates, welche „sehr verhängnisvoll“ sei, wo man „bald da, bald dort anpocht, um zu sehen, ob das, was der Fleiß, das Nachsinnen, die Betriebsamkeit der Einzelnen geschaffen haben, nicht etwa von Staatswegen vernichtet und verändert werden kann.“ (SBR, 1881a, S. 674f.)

Indem er die übliche Sicht, daß eine zunehmend komplexe Welt vermehrte Eingriffe der Regierung verlange, auf den Kopf stellt, verkündet Bamberger, was später ein Leitgedanke der liberalen Schule von Mises und Hayek werden sollte:

²¹ Vgl. *Seldon* (1985, S. 65), der die „Opportunitätskosten“ des Wohlfahrtsstaates hervorhebt, nämlich „den Verlust der Entwicklung der verschiedengestaltigen privaten Dienste, seien sie kommerziell oder genossenschaftlich, die [durch staatliche Monopolisierung auf diesem Gebiet] praktisch unterdrückt wurden.“

daß eine rationale Lenkung und Leitung durch eine zentrale Behörde gerade deshalb ausgeschlossen ist, weil die soziale Wirklichkeit der Moderne unberechenbar komplex ist:

„Meine Herren, je mehr die Welt sich entwickelt, desto unmöglicher wird es werden, diese zwingende Hand des Staats über alle diejenigen Institutionen und Beziehungen auszudehnen, aus denen der menschliche Verkehr und die menschliche Ernährung die Quellen ihres Daseins herleiten, desto weniger wird es gelingen, unsere wirtschaftliche Gesetzgebung rückwärts zu führen [zum Merkantilismus], oder sie in der Richtung vorwärts zu treiben, wie die sozialistischen Bestrebungen sie nach einer anderen Seite schablonisieren wollen“. (SBR, 1881a, S. 680)

Im Fall der Altersversicherung, so legen die Liberalen dar, habe die private Versicherung den Vorteil, ein bestimmtes Kapital für die versicherte Person anzuhäufen und dadurch eine Klasse kleiner Kapitalisten hervorzubringen, die mit dem Fortschritt der Gesellschaft wachsen würde (Weber, 1987, S. 228). Der Staat könne der Masse der Versicherten unter die Arme greifen, indem er die Währung nicht entwerte und dadurch ihre Lebensersparnisse vermindere oder zerstöre (Weber, 1987, S. 228).

(5) *Die Sozialpolitik kommt nicht unbedingt den Ärmsten zugute*

Ein von Richter wiederholt vorgebrachtes Argument lautet, daß die Sozialversicherungspläne keineswegs jenen Mitgliedern der Gesellschaft halfen, denen es am schlechtesten ging. In dem Maß, in dem ein Reichszuschuß notwendig werde, gäben „hier [...] die Armen den Armen“, da die Mittel aus Verbrauchssteuern auf Güter des täglichen Bedarfs kommen sollten. In Wirklichkeit käme die staatliche Subvention „aus den Mitteln der ärmeren Klassen, [...] die zum Teil noch ärmer sind wie diejenigen, denen die Mittel zu gute gereichen“, und stelle somit eine Übertragung von den relativ Schlechter- zu den relativ Bessergestellten dar.

Das folge aus dem Umstand, daß Fabrikarbeiter, die mutmaßlichen Nutznießer, im allgemeinen wohlhabender als viele andere Klassen in der Gesellschaft seien - als Land- und Heimarbeiter, Hausdiener usw. - von denen die Steuern aufgebracht werden mußten. Da der Reichszuschuß den Industrien, die für Unfälle am anfälligsten seien, einen Teil ihrer Kosten abnehmen würde, „scheint [es] eine Subvention der Armen, es *scheint* eine Subvention der Arbeiter [zu sein], in Wirklichkeit läuft es auf nichts heraus, wie auf eine Subvention der Großindustrie“ - was angesichts der Tatsache, daß die führenden Persönlichkeiten der Schwerindustrie den Feldzug für die staatliche Versicherung angezettelt hatten, nicht verwundern sollte.²² Jede öffentliche Finanzierung erfolge aus Steuern, die auch von den Landarbeitern in Ostdeutschland erhoben würden. Jeder staat-

²² SBR (1881b, S. 709. Hervorhebung im Original). Unter der Führung des Saar-“Barons“ Freiherr von Stumm fiel die Schwerindustrie bei ihrem Drängen nach staatlichen Zwangsversicherungen, einschließlich der Alters- und Invaliditätsversicherung, auf; vgl. Vogel (1951, S. 38ff.).

liche Zuschuß stelle daher eine Subvention „zu Gunsten des Westens, zu Gunsten dieser Großindustrie [...] aus den Mitteln des ganzen Landes, also auch aus den Mitteln des Ostens“²³ dar.

Die Gründe für diesen perversen Zustand liegen in der Logik der Politik. Bismarck sorgte sich nicht um eine mögliche Bedrohung von seiten unorganisierter und politisch bedeutungsloser Landarbeiter, sondern von seiten der organisierten Industriearbeiter, die zur Unterstützung des Sozialismus geködert werden konnten. Folglich existierte keine angemessene Korrelation zwischen den in Aussicht gestellten Vorteilen und der Bedürftigkeit der vermeintlichen Nutznießer.

Zwar wandelte sich die von Richter beschriebene Situation, als das Sozialversicherungssystem ausgeweitet und das Steuersystem geändert wurde. Dennoch gilt das durch sie veranschaulichte Prinzip für alle Wohlfahrtsstaaten: In der Praxis werden real existierende Wohlfahrtsprogramme in ihrer Umverteilungswirkung nicht dem von Philosophen ersonnenen Ideal sozialer Gerechtigkeit gerecht, sondern sie entsprechen dem Druck, der aus verschiedenen Lagern im politischen Prozeß ausgeübt wird.²⁴ Der Abstand zwischen der „idealen“ Absicht und dem politischen Ergebnis wird vom Spiel der Kräfte bestimmt.

(6) Sozialpolitik bahnt den Weg für ein ungebremses Wachstum der Staatsmacht

Unter Bedingungen moderner demokratischer Regime sahen die liberalen Führer eine besondere Gefahr in der Sozialpolitik. Richter und besonders Bamberger nahm somit einige der wichtigsten Lehren der heutigen *Public Choice* Lehre vorweg.²⁵

Bamberger begriff sehr wohl „die Kunst“ der Regierungsfinanzierung im Zuge der modernen Politik und ihrer Wahlkämpfe. Er war sich vollkommen über den *Public Choice* Grundsatz im Klaren, daß eine Regierung mit einiger Wahrscheinlichkeit auf Unterstützung zählen kann, wenn die Vorteile eines Programms konzentriert und für die Empfänger einsichtig sind, während die Kosten für diejenigen, die zahlen müssen, diffundieren und unkenntlich gemacht werden. Über Bismarcks System schrieb er:

²³ *SBR* (1881d, S. 1531). Mit dem gleichen Argument wurde von Bismarcks Untersekretär Theodor Lohmann gegen den Staat vorgebracht, daß er „der Industrie Zuschüsse gibt aus Mitteln, welche zum allergrößten Teile von Volksklassen aufgebracht werden müssen, welche, wie die ganze Hausindustrie, das kleine Handwerk und die landwirtschaftlichen Arbeiter, wirtschaftlich viel ungünstiger gestellt sind als die Mehrzahl der industriellen Arbeiter [...]“ Kober (1961, S. 135).

²⁴ Vgl. Kaufmann (1985, S. 47ff.), der auf S. 49 selbst für den Fall, daß Wohlfahrtsprogramme von „Gesellschaftswissenschaftlern“ formuliert werden, erklärt: „ihre Ziele sind hauptsächlich politischer Natur.“

²⁵ Siehe Weede (1990, S.101ff., 155ff.); Buchanan/Tollison (1984); Tullock (1983) sowie Buchanan/Tollison/Tullock (1980).

„Der Grundsatz ist der, auf möglichst wenig merkbare Weise nehmen und auf möglichst merkbare Weise dagegen schenken. [...] Es heißt ja jeden Augenblick, wenn bei uns eine Steuer oder ein Zoll motiviert wird: sie sind so klein, sie kommen so allmählich zur Erhebung, man fühlt es nicht, daß man bezahlt. Das ist die ganze Kunst: der Patient wird zur Ader gelassen, ohne daß er es fühlt, und wenn nun ein großes Netz von Schröpfköpfen über die ganze Nation ausgespannt ist, das überall heimlich ihr das Blut abzapft, so fließt das alles oben im Staat zusammen“.
(SBR, 1881d, S. 1541)

Auf der einen Seite stehe die „große Masse, aus welcher, ohne daß sie es merken soll, die Quellen fließen sollen, und dann kommt der Reichskanzler als oberster Spender der Gnade und teilt Gaben aus an jeden, der sich etwas will schenken lassen.“ Dieses System werde sich notwendig ausweiten, da „der Appetit beim Essen“ kommt. Bamberger beschrieb das neue System, das bald die demokratische Welt überschwemmen sollte, nicht vom Standpunkt der empfangenden Massen - der gewöhnlich von Historikern eingenommen wird - sondern aus der Sicht des kühl berechnenden „politischen Unternehmers“:

„Das ist der leitende Gedanke der Wirtschaftsreform des Kanzlers, daß jede einzelne Klasse von Staatsangehörigen sichtbarlich verpflichtet werden soll, durch Gaben, die ihr von oben gespendet werden“.
(SBR, 1881d, S. 1542).

Die Sozialversicherungspläne entsprangen einer *ad hoc* Haltung, einer von-der-Hand-in-den-Mund-Einstellung zur Gesetzgebung, die kaum einen Gedanken an die weiter reichenden Folgen staatlichen Handelns verschwendete. Die „Herren des Tages“ wünschten davon nichts zu wissen: „Ihre Losung ist: jedem Tage seine Sorge. Das ist auch Politik, aber was für eine!“ (Bamberger, 1886, S. 16) Für Bamberger darf der wahre Gesetzgeber „die Geschicke der Nationen nicht bloß vom Standpunkte der Sorge von heute auf morgen ansehen und lenken.“ (Bamberger, 1886, S. 22) Doch welche Anreize gibt es, über die nächsten paar Wahlen hinauszublicken?

Bamberger, der den Vorzügen der Demokratie viel skeptischer gegenüberstand als Richter, war der Auffassung, daß es bei allgemeinem Wahlrecht ständige Agitation unter den Armen und den arbeitenden Klassen für vermehrte Wohltaten geben werde, während „weniger zu geben, zurückzukommen, das würde schier unmöglich sein.“ (SBR, 1889, S. 1837) Mit Schärfe forderte Bamberger seine Kollegen im Reichstag auf, sich eine Wählerversammlung während des Wahlkampfes vorzustellen: Wer würde dem Druck widerstehen können, in das Bekenntnis einzustimmen „es ist wenig, wir müssen sehen, mehr zu gewähren“? In ihrem „logischen Nihilismus“ drückten sich die Anwälte der Sozialpolitik vor der Einsicht, „daß die Gedanken sich in der Welt folgereicht verwirklichen.“²⁶ Für seinen Teil konnte Bamberger kein logisches Ende der Wohlfahrtsgesetzge-

²⁶ SBR (1889, S. 1839). Bereits 1957 verwies Günther Schmolders auf „die merkwürdige Einbahnigkeit der Aufwärtsbewegung [...] die schlechthin irreversibel zu sein scheint,“ d.h. auf die „Unfähigkeit des modernen Staates, eine einmal eingetretene Aufblähung eines Apparates, seiner Aufgaben und Ausgabenansätze wieder rückgängig zu machen [...]“ Schmolders (1957, S. 5).

bung erkennen, sobald sie erst einmal grundsätzlich angenommen war. Die der Wählerentscheidung unterworfenen Politik würde dafür sorgen, daß sich die Wohltaten astronomisch vermehrten. Die Vorstellung, daß das Vermögen der „Reichen“ - der etwa 8.000 Individuen in Deutschland, deren Jahreseinkommen 20.000 Mark überstieg - genügen würde, all diese nationalen Programme zu finanzieren, sei absurd: „die massenhaften Bedürfnisse des Staates [können] nur aus den Massen bestritten werden.“ (Bamberger, *SBR*, 1881a, S. 680f.) Daher würden die Steuern für jedermann steigen müssen, und, unheilvoller noch, Schulden würden sich anhäufen, mit denen künftige Generationen klarkommen müßten. Zuletzt würde es eine Nichtanerkennung der Schulden geben - in Form der Inflation. Hinter den Sozialversicherungsentwürfen sah Bamberger „das Papiergeld“ und am Ende „die Assignatenwirtschaft.“ (*SBR*, 1884a, S. 56)

Bismarck und seine konservativen Anhänger kurbelten einen Prozeß an, der eine ihm eigene Dynamik hatte. Die Klassengesetzgebung - Protektionismus wie auch Sozialpolitik - werde einen Zustand herbeiführen, in dem jede unzufriedene Gruppe den Staat um Hilfe anrufe. Bamberger ahnte, daß der Weg in eine politische Sackgasse führte, in der versucht würde, „so viele selbstständige einander widerstrebende Interessen im Reiche großzuziehen als möglich, in deren gegenseitigen Kampf die Herrschaft leichter wird, aber das Reich aufreißt.“ (*SBR*, 1883, S. 2333) Ähnlich die Ansicht Richters, daß Bismarcks Sozialpolitik „wachsende Ansprüche an den Staat [erzeugt], die kein Staatswesen auf die Dauer befriedigen kann.“ (Richter, 1898, S. 173. Hervorhebung im Original)

(7) Die Frage der Gesellschaftsordnung

Die Liberalen waren überzeugt davon, daß ihr Kampf gegen die Sozialversicherungspläne sich nicht gegen einige Gesetze im gewöhnlichen Sinne richtete. Vielmehr glaubten sie, daß sie vor einer großen historischen Weggabel stünden. Was auf dem Spiel stand, war *die Frage, welche Gesellschaftsordnung Deutschland* - und vielleicht sogar alle übrigen Nationen - wählen sollten.²⁷

²⁷ *SBR* (1881a, S. 677), wo Bamberger behauptet, daß die Reichsregierung „einen großen bezeichnenden Schritt nicht bloß in der geschichtlichen, gesetzlichen Entwicklung Deutschlands, sondern vielleicht der ganzen Welt getan“ hat. Vgl. *Habermann* (1997, S. 184ff.), der unter Rückgriff auf F.A. Hayek feststellt, daß es für die deutschen Liberalen „nicht um den Kampf um etwas mehr oder weniger Staatsintervention [ging], sondern um die Grundsatzentscheidung, in welche Richtung sich die Gesellschaft weiterentwickeln sollte. Nämlich ob in Richtung eines sich selbst regulierenden ‚Kosmos‘ [...] oder wieder in die Richtung einer mehr staatlich gebundenen Gesellschaft (‚Taxis‘)“. Die Dichotomie von liberalem Individualismus und Sozialstaatlichkeit wird selbst von einem Verteidiger der Sozialpolitik wie Hirschman zugestanden. In seinem Werk (*Hirschmann*, 1991, S. 131f.) meint er: „Gerade die Werte, die solch einer [liberalen] Gesellschaft in einer Phase dienlich sind - der Glaube an die Individualität als höchsten Wert, das Beharren auf individuellen Errungenschaften und individueller Verantwortung - können später eine Art Hindernis sein, wenn ein kommunikativer, solidaristischer Ethos betont werden muß. Vielleicht ist das der Hauptgrund dafür, daß man

In den Augen der Liberalen stritten zwei Weltanschauungen miteinander.²⁸ Wie Richter vor dem Reichstag sagte, handelte es sich um die Frage, ob man auf Zwang und Polizeimacht bauen wolle (die konservative Richtung) oder auf freiwillige Handlungen (die liberale Richtung). Was die Methode anging, so befanden sich die Konservativen in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den Sozialisten.²⁹ Ganz ähnlich war für Bamberger nicht so sehr „dieser kleine Anfang“ von entscheidender Bedeutung, als vielmehr seine „unfehlbare Konsequenz.“ „Denn es ist zu fragen, ob an die Stelle der menschlichen Individualität, der Selbstbestimmung, der freien Initiative des mündigen Staatsangehörigen, die Oberaufsicht der Polizei und die fürsorgende Hand des Staats gesetzt werden soll.“ (SBR, 1884a, S. 58; SBR 1881a, S. 680)

In der Nachfolge liberaler Denker des 19. Jahrhunderts arbeitend, nutzten Richter und Bamberger ein Schema, das die „alte“ Gesellschaft, aus der Europa hervorging, der „modernen“ Gesellschaft der Zukunft gegenüberstellt. Liberale bedienten sich nicht immer der gleichen Sprache. Für Benjamin Constant ging es etwa um den Gegensatz zwischen „militärisch“ und „kaufmännisch“, für Herbert Spencer um den zwischen „kriegerisch“ und „industriell“ und für Henry Maine um den zwischen der „Statusgesellschaft“ und der „Vertragsgesellschaft“. Doch was durch diese verschiedenen Begriffe ausgedrückt werden sollte, war das Gleiche, nämlich auf der einen Seite die Gesellschaftsordnung des Absolutismus, des Merkantilismus und des staatlichen Paternalismus und die Ordnung des Rechtsstaates, des Freihandels und der individuellen Freiheit auf der anderen.

Die deutschen Liberalen der 1880er Jahre kämpften nach ihrer Überzeugung für die fortschrittlichen, zukunftsweisenden Ideale Wilhelm von Humboldts, während Bismarck den diskreditierten und obsoleten Paternalismus des absolutistischen Staates des 18. Jahrhunderts wieder einführte.³⁰ Bamberger glaubte, daß nur der Individualismus - bzw. das „Manchestertum“ - eine tragfähige Grundlage

im Deutschland Bismarcks - einem Land, das in einzigartiger Weise unbelastet von einer starken liberalen Tradition war - mit der Sozialpolitik voranging. [...] Die Spannung zwischen dem liberalen Herkommen und dem neuen Solidaritätsethos wird für eine lange Zeit nicht zu lösen sein [...]“

²⁸ Vgl. etwa *Bamberger* (1897, S. 309), wo er sich auf „die neue Weltauffassung“ bezieht, die in Bismarcks Programm vorgestellt wird. Bambergers Ansicht nach nahm Bismarck jedoch die Implikationen seiner Äußerungen zur Sozialpolitik nicht ernst.

²⁹ *SBR* (1881b, S. 704). Vgl. *Dorwart* (1971, S. ix, 13): „Ein Wohlfahrtsstaat gründet sich auf Zwang, auf die Ausübung der Polizeigewalt, um die Handlungen des Individuums zu regulieren. [...] Grundlegend für jeden Wohlfahrtsstaat ist seine Polizeimacht, das Gewalt- bzw. Zwangselement, die der Regierung innewohnende Amtsgewalt.“

³⁰ *SBR* (1889, S. 1836). Vgl. die Darlegung von *Stolleis* (1977, S. 9): „Die Übernahme der Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft durch den nachliberalen Staat kann die verwandtschaftlichen Züge mit der merkantilistischen Bindung der Wirtschaft an staatliche Zwecke nicht verleugnen. Ähnliche Parallelen lassen sich zwischen der vom modernen Sozialstaat intendierten materiellen Gleichheit und dem absolutistischen Staatszweck der ‚Glückseligkeit‘ ziehen.“

für eine moderne, fortschrittliche Gesellschaft abgeben könne. Vor einem Reichstag, dessen Mitglieder seit Jahren gewohnt waren, den Ausdruck „Manchestertum“ als Synonym für politische Niedertracht zu verstehen, erklärte Bamberger:

„Ich will Ihnen sagen, was Manchestertum ist. Es ist die Staatsordnung, welche sich auf die Sittlichkeit basiert und die Sittlichkeit anerkennt in der Freiheit, welche keine unmündigen Menschen erhalten will, die sich nicht emporarbeiten könnten aus niedrigen Geschicken zu höheren, welche davon ausgeht, daß jede lenkende Staatsweisheit und jede obrigkeitliche Klugheit nur unvollkommenen Erfolg herbeiziehen kann. Das einzige Wohl, die einzige Zukunft der Menschheit liegt darin, daß in jedem Einzelnen der Keim der Selbstbestimmung und der allmählichen Befreiung aufgerufen wird.“ (SBR, 1881d, S. 1543)

Im Bekenntnis zu einem zentralen Element des Liberalismus, so wie er sich von Turgot bis Mises entwickelte, unterstrich Bamberger die Macht der Ideen: „Die Gedanken setzen sich allmählich in Taten der Gesetzgebung, zunächst dann der Sitte und zuletzt der Empfindung um.“ (Bamberger, 1897, S. 275) Die Zuflucht zum Staat in der Sozialpolitik war Bambergers Meinung nach nur ein Teil des allgemeinen Umschwungs in den Vorstellungen des deutschen Volkes. „Die frühere individualistische Auffassung [hat sich] im Laufe weniger Jahre“ in „die jetzige staatvergötternde und menschenverachtende“ verwandelt. In Umkehrung der Humboldtschen Konzeption habe „der Mensch [nun] seine Kraft nicht mehr in sich zu suchen, sondern nur von außen zu empfangen.“ Allein „Gesetz und Regierung sollen überall und Jedem helfen.“ Die bürgerliche Gesellschaft werde gegen sich selbst gekehrt, da der schwächere Mensch belehrt werde, „den ihm an Kraft Überlegenem als seinen Feind [zu] hassen, mit Ausnahme immer des einen allgerechten und allmächtigen Staates, d.h., der Leute, welche im Besitz der höchsten Stellen sind.“ So gehe die bürgerliche Gesellschaft in der Staats- und Regierungsmaschinerie auf und an Stelle des Bürgersinns herrsche die allgemeine „Anbetung der Staatsmacht, von deren Abglanz nach Außen und Innen alles andere leben muß.“ (Bamberger, 1897, S. 242ff.) Die Lebenskräfte der Menschen würden erodieren, und die Charakterzüge der alten Gesellschaft tauchten wieder auf: „Lenksamkeit, blindes Vertrauen und blinder Gehorsam nicht bloß im Tun, sondern auch im Denken gelten bereits heute als eine erste Bürgertugend.“ (Bamberger, 1897, S. 257)

Ein knappes Jahrhundert liberalen Denkens auswertend beschreibt Bamberger die Beziehung zwischen wachsender Unterwürfigkeit der Menschen und Militarismus in Deutschland. Der Untertanengeist würde zunehmen mit dem „nachhaltigen Eindruck, den das stets vor Augen stehende Bild der gewaltigen lebendigen Kriegsmaschine auf den Geist des Volkes ausüben muß.“ Die großen Ereignisse der Reichsgründung hätten eine tiefe Wirkung auf die nationale Gemütsverfassung ausgeübt:

„Die so lange staatslose und zum Aschenbrödel unter ihren Schwestern gewordene deutsche Nation sieht ihr Reich plötzlich auf die Höhe der furchtgebietenden Macht erhoben und bewundert sich in dem neuen Staatsgebilde und in dem Be-

gründer derselben, sieht in beiden das A und das O alles Gelingens, traut daher dem Staat und dem Mann alles zu [...] So wirkt alles zusammen, die Staatsallmacht als das höchste aller Güter erscheinen zu lassen“ (Bamberger, S. 268, 271).

(8) *Der Wohlfahrtsstaat degradiert die Menschen*

In den Augen der Liberalen ist Sozialpolitik unvereinbar mit dem Streben nach persönlicher Unabhängigkeit und Verantwortung für das eigene Leben auf der Grundlage freiwillig eingegangener Verträge. Dieses Streben aber macht den modernen Menschen aus. Zwar wurde für Bismarcks Pläne mit dem Argument geworben, daß sie Ausdruck des Respekts vor der Würde des Arbeiters seien. Doch tatsächlich setzten sie ihn herab und gäben ihm eine Stellung unterhalb der eines erwachsenen Menschen und Bürgers.

Daß Sozialpolitik mit staatlicher Bevormundung einhergeht, so daß erwachsene Arbeiter wie Kinder behandelt werden, folgt vor allem aus ihrem Einsatz von Zwang im angeblichen Interesse der Arbeiter selbst. Einige Fürsprecher dieser Pläne machten auch keinen Hehl daraus: Albert Schäffle gab umstandslos zu, daß sich die Masse der Arbeiter und besonders der Jugendlichen meist nicht selber versichern wolle - und zwar abgesehen von jenen, die es aus finanziellen Gründen nicht könnten. Von „dieser Sklaverei der Trägheit und Sorglosigkeit“ würden sie durch „Versicherungszwang“ befreit (Vogel, 1951, S. 77).

Bamberger erkannte, daß der Renten- und Invaliditätsplan die Arbeiter nicht als verantwortliche Erwachsene, sondern als künftige Arme behandelte. Zu den anderthalb Millionen Empfängern von Armenhilfe, die es 1889 in Deutschland gab, füge das Gesetz nun, so Bamberger, 12 Millionen „Möglichkeitsarme“ hinzu und verlange von ihnen „Garantien dagegen, daß sie dem Staat und der Gesellschaft nicht zur Last fallen werden.“ Es stimme, daß der Arbeiter Anspruch auf eine Rente erhält, doch wie Bamberger im Reichstag bemerkt, erwirbt er dieses Recht „dadurch, daß Sie ihm zuerst ein Recht *entziehen* [...] das Recht der freien Disposition über sich, der freien Disposition über seine Ersparnisse.“³¹

Man könnte sagen, daß die Liberalen immer noch in gewissem Sinne nach einer Gesellschaft unabhängiger Haushaltsvorstände strebten, die Lothar Gall als das Leitbild des deutschen Frühliberalismus bezeichnet (Gall, 1985, S. 162ff.), dies aber *unter den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft, die durch massives Bevölkerungswachstum notwendig geworden war*. Nach Richters Darstellung befürworteten die Liberalen für die arbeitende Bevölkerung „alles, was geeignet ist, Ersparnisse, Kapitalansammlung, Grunderwerb, und Hauserwerb zu erleichtern und zu fördern.“ (Habermann, 1997, S. 193) Durch die Akkumulation von *Kapital* - in welchen Formen und in welchem Umfang auch immer - würden von einer Generation zur nächsten mehr und mehr Arbeiter und deren Erben all-

³¹ SBR (1889, S. 1838). Vgl. Stolleis (1979, S. 402) über Bismarcks Sozialpolitik: „Der neue Zwang ließ sich in den traditionellen Mechanismus von Unterordnung und Fürsorge, Kompensation des Freiheitsverlustes durch materiellen Schutz einordnen.“

mählich in den Genuß zunehmender Unabhängigkeit gelangen. Was die Sozialpolitik dagegen bot, war das genaue Gegenteil - *staatsabhängige Renten*, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit entmutigten und sie für Millionen von Menschen praktisch unerreichbar machten:

„Die Arbeiter sollen sich gewissermaßen betrachten lernen als solche, die in dieser Beziehung Staatspensionäre sind, und sollen also auch ein Gefühl der Abhängigkeit bekommen, wie es Staatspensionären vielfach eigentümlich ist“ (SBR, 1884e, S. 1117).

Das war in der Tat die Ursprungsidee von Bismarcks sozialer Strategie. Einem Vertrauten sagte er zu der Zeit, da die Versicherungspläne ausgeheckt wurden:

„Wer eine Pension hat für sein Alter, der ist viel zufriedener und viel leichter zu behandeln, als wer darauf keine Aussicht hat. Sehen Sie den Unterschied zwischen einem Privatdiener und einem Kanzleidiener oder einem Hofbedienten an; der letztere wird sich weit mehr bieten lassen, viel mehr Anhänglichkeit an seinen Dienst haben als jener; denn er hat Pension zu erwarten“ (von Bismarck, 1965, S. 337f.).

Diese Ansichten bemühte sich Bismarck noch nicht einmal geheimzuhalten. Sein Vorbild war Napoleon III., dessen Sozialpolitik er während seiner Zeit in Frankreich kennen- und schätzengelernet hatte (Vogel, 1951, S. 140ff.). Genauso wie die Politik des französischen Herrschers darauf abzielte, den Einzelnen dem Staat zu unterwerfen, so nahm Bismarck sich vor, im deutschen Volk eine staatsgläubige Mentalität zu schaffen. 1889 sagte er vor dem Reichstag: „Ich habe lange genug in Frankreich gelebt, um zu wissen, daß die Anhänglichkeit der meisten Franzosen an die Regierung [...] wesentlich damit in Verbindung steht, daß die meisten Franzosen Rentenempfänger vom Staat sind, in kleinen, oft sehr kleinen Beträgen [...] Die Leute sagen: Wenn der Staat zu Schaden geht, dann verliere ich meine Rente.“ (Ritter, 1983, S. 29)

Für den ewigen Paternalisten Bismarck war das letzte, was er mit seiner Sozialpolitik zu erreichen beabsichtigte, eine Nation unabhängiger und auf sich selbst vertrauender Bürger. Rainer Koch drückt es so aus: „Die materielle Sicherheit des Arbeiters solle nicht [wie von den Liberalen gewünscht] durch Vermögensbildung, also nicht durch Verbürgerlichung der Lebenslagen des Arbeiters, und durch gesellschaftliche Prozesse, sondern durch den Staat erfolgen.“³² Sozialpolitik kam der Forderung entgegen, daß, wie Hermann Wagener in einer Denkschrift für Bismarck schrieb, die Arbeiter „durch die Leistungen des Reiches für

³² Koch (1986, S. 30). Dieser Sachverhalt ist auch von Habermann (1997, S. 210f.) gut dargestellt worden: „Sozialversicherung ist Fürsorgeersatz. Auch wird mit der Rentenversicherung kein individuelles Kapital gebildet, sondern im Umlageverfahren, im sogenannten Generationenvertrag werden die Eltern von ihren Kindern auf nationaler Ebene anonym versorgt. [...] So kann auch bei vorzeitigem Tod weder ein Kapitalbestand noch ein Anspruch weitergegeben [werden][...][auf diese Weise] ist der ‚Arbeitnehmer‘ materiell vollständig von Regierung und Parlament abhängig.“

die Reichsidee gewonnen und an diese gekettet werden.“³³ Nachdem das Ziel schließlich darin bestand, jeden mittels einer enorm ausgeweiteten Sozialpolitik an die Gemeinschaft zu „ketten“, wurde dieses Vorgehen von vielen Historikern sogar als „modernisierendes Moment“ interpretiert.

Ebenso wie die Sozialpolitik die Autonomie der Individuen beschränkt, beeinträchtigt sie diese auch als Bürger. Gleich den meisten anderen deutschen Liberalen teilen Bamberger und Richter das „staatsbürgerschaftliche Ideal“, das zur überkommenen und vielfältigen Tradition des bürgerlichen Humanismus [civic humanism] im europäischen Denken gehört. Besonders Richter hält an der Vorstellung fest, daß eine verantwortliche, bürgerliche Teilnahme an den gemeinsamen Angelegenheiten der Nation dem Leben ihrer Mitglieder Würde und Wert verleiht. Die Abneigung, die die Liberalen gegenüber dem entstehenden Wohlfahrtsstaat empfinden, entspringt zum Teil ihrer Befürchtung, daß die Bürger zu bloßen Empfängern materieller Wohltaten erniedrigt werden. Sie sehen darin eine Facette des von Bismarck ausgeklügelten Arbeitsplanes, um die Politik auf ein Greifen und Grapschen nach finanziellen Vorteilen auf Kosten der Mitbürger herabzuwürdigen. Auf diese Weise, stellt Bamberger fest, „wird das ganze Reich zu einer großen Klientel.“ (Bamberger, 1886, S. 23) Die an Idealen orientierte Politik - das ganze liberale Programm individueller Freiheit und Autonomie - werde von einer Politik geschluckt, die nichts anderes sei als eine fortwährende Auktion von Forderungen gegen den Staat.³⁴

Die Liberalen sahen mit Grauen das Aufkommen dessen, was später José Ortega y Gasset in seinem Werk *Der Aufstand der Massen* (1930) beschreiben sollte, nämlich eine Bevölkerung, der jeder herkömmliche Sinn für Staatsbürgertum fehlte und die den Staat als ein magisches Werkzeug ansieht, das aus sich selbst heraus einen nicht versiegenden Strom von Wohltaten gebiert:

„In unserer Zeit ist der Staat eine gewaltige Maschine geworden [...] [Der Massenmensch] sieht ihn, bewundert ihn, weiß daß er *da ist* und für die Sicherheit seines Lebens bürgt; aber er hat kein Bewußtsein davon, daß er eine Menschenschöpfung ist [...] Wenn die Masse irgendein Unbehagen oder einfach ein heftiges Gelüst verspürt, bedeutet die ständige Gewissheit, alles ohne Mühe, Kampf, Zweifel noch Gefahr erreichen zu können, einfach indem man auf einen Knopf drückt und die wundertätige Maschine arbeiten läßt, eine große Versuchung für sie.“³⁵

³³ Stolleis (1979, S. 408). Über Bismarcks Sozialpolitik macht Stolleis (ebenda, S. 394), folgende Beobachtung an: „Sie erwächst aber nicht aus einer besonderen ‚Modernität‘ des Bismarcksreiches, sondern aus der spezifischen und andauernden Labilität der Reichsgründung sowie älteren Schichten von Staatsverständnis und Verwaltungstradition.“

³⁴ Bamberger, *SBR* (1889, S. 1836); sowie Hartwig (1900, S. 55): die Regierung „wird von manchen Rücksichten auf idealpolitische Forderungen der Regierten befreit. Die liberalen Bestrebungen werden von den materiellen Forderungen aufgesogen [...]“

³⁵ Ortega y Gasset (1956, S. 88f.). Vgl. die treffende Beschreibung des gegenwärtigen Zustands durch Radnitzky (1995, S. 189): „Der Leviathan ist zur Milchkuh geworden and wächst und

Deswegen mußte aus Sicht der Liberalen die leichte Verfügbarkeit der Staatsmacht für eine nie endende Reihe von Wohlfahrtsmaßnahmen den Charakter und unterschwellig auch die Mentalität des Volkes verändern. Das ist ein Feld, dem - wahrscheinlich ob seiner immensen Komplexität - von Historikern nicht viel Aufmerksamkeit zuteil wurde. Doch in der liberalen Kritik der Anfänge des Wohlfahrtsstaates steht es im Mittelpunkt des Interesses. Die Menschheit - wie in der Tocquevilleschen Vision - in eine „Herde verschüchterter und fleißiger Tiere mit der Regierung als Hirten“ (*de Tocqueville*, 1992, S. 837) verwandelt - das war die albatraumhafte Umkehrung des liberalen Ideals. Die Teilung der Menschheit in Schmiede und Geschmiedete war nach Meinung der Liberalen ein impliziter Bestandteil der Lehre, der die deutschen Förderer des Wohlfahrtsstaates anhängen, auch wenn sie in dieser Hinsicht nicht so unverfroren waren wie ihre skandinavischen Vettern.³⁶ Am Ende des Weges stand der Sozialingenieur, der sich, wie später Gunnar Myrdal, mit tiefer Befriedigung in Betrachtungen über die Gefügigkeit der menschlichen Natur ergehen würde:

„Wie Haustiere haben Menschen, die in einem westlichen Typus regulierter nationaler Gemeinschaften aufwachsen, keine wirkliche Vorstellung mehr vom wilderen Leben. Für den nachdenklichen Sozialwissenschaftler wird die Anpassungsfähigkeit des Menschentieres an neue Bedingungen niemals aufhören, eines der Weltwunder zu sein“ (*Sandmo*, 1991, S. 221).

IV. Die Folgen

In der Debatte über das Unfallversicherungsgesetz erklärte Bamberger verfrüht: „Es ist der letzte Kampf des gebundenen Staats gegen den Staat der freien Entwicklung, und die freie Entwicklung wird siegen.“ Doch nahezu im gleichen Atemzug räumte er ein: „von heute und von hier an beginnt eine neue Zeit.“ (*SBR*, 1881a, S. 680f.) In der Tat war die Kritik der Liberalen an den Sozialversicherungsplänen von Beginn an von der prophetischen Ahnung getragen, daß sich Deutschland - und womöglich die Welt - auf eine verhängnisvolle Reise begeben werde, die kein gutes Ende versprach. Bamberger empfahl den Abgeordneten für den Fall der Annahme der Unfallversicherungsvorlage, daß sie über die Tür „das

wächst und wächst. Die meisten Bürger sehen den politischen Prozeß als Mittel, um die Kühe anderer zu melken, vermittels der großen Melkmaschine ‚Staat.‘“

³⁶ Es ist unklar, warum der universelle paternalistische Antrieb der Sozialstaatlichkeit im Fall der „wohlwollenden“ skandinavischen Wohlfahrtsstaaten am unverhülltesten auftrat. Der Norweger Ragnar Frisch war z. B. der Meinung, daß Konsummuster, die auf individuellen Entscheidungen beruhten, „ein Echo vergangener Zeiten“ seien und von Gesellschaftsplanern nicht beachtet werden sollten. Letztere sollten sich stattdessen Modellen zuwenden, die sich auf die Erkenntnisse der Medizin und der Physiologie stützten. In Schweden drängte Alva Myrdal darauf, die Möbelindustrie unter gesellschaftliche Kontrolle zu bringen, da arme Familien bei der Ausstattung ihrer Wohnungen irrationale Entscheidungen trafen, indem sie etwa zuviel Geld für breite Sofas ausgaben. *Sandmo* (1991, S. 219f.).

große Wort: „Respite finem!“ - Bedenke das Ende!³⁷ schreiben sollten. Richter warnte, daß „man hier einen ganz unbekannten Weg betritt und einen Weg, auf dem es in manchen Beziehungen keine Rückkehr mehr gibt.“ (SBR, 1881d, S. 1534)

In den folgenden Jahrzehnten wurde das System sozialpolitischer Maßnahmen in Umfang und Richtung ständig erweitert. Es „schlich sich unentrinnbar in die gesamte Lebensspanne der Menschen ein“³⁸ und verwurzelte sich dermaßen in der deutschen Gesellschaft, daß es als wesentlicher Bestandteil einer - von der Freiheit westlicher Nationen oder Amerikas verschiedenen - „deutschen Freiheit“ betrachtet wurde (Naumann, 1964b, S. 445ff.). „Deutsch und treu und pensionsberechtigt“ war die humoristische Beschreibung dieser weitverbreiteten Einstellung (Pohle, 1911, S. 5). Irgendwelche Begrenzungen der Sozialpolitik vorzuschlagen, galt als Rückfall in das allgemein verabscheute „Manchestertum“, es war „politisch unmöglich“³⁹ geworden.

Zweifellos vollbrachte das System staatlichen Zwanges zur Verfolgung sozialpolitischer Ziele, das in Deutschland rasch wuchs, viel Gutes. In einem wichtigen Beitrag berichtet Allan Mitchell anerkennend über einige Errungenschaften des „deutschen“ Systems im Vergleich zum „französischen“ *Laissez-faire*. Um nur ein Beispiel zu nennen: Während der Impfwang in Deutschland praktisch zur Beseitigung der Pocken führte, fielen in Frankreich - wo man sich diesem Zwang widersetzte - in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wahrscheinlich rund 300.000 Menschen dieser Krankheit zum Opfer (Mitchell, 1988, S. 410). Dennoch ist Mitchell zu der Schlußfolgerung genötigt:

„Langfristig aber barg der Interventionsstaat eine große Gefahr. Gerade weil das Kaiserreich vielen Menschen, Bürgern wie Arbeitern, meßbare Fortschritte im Gesundheitswesen bescherte, zeigte sich das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit sehr anhänglich. Die fortwährende Bereitwilligkeit, den deutschen Interventionsstaat hinzunehmen, ja ihn zu billigen, war zwar im ausgehenden 19. Jahrhundert verständlich, erwies sich dann aber im frühen 20. Jahrhundert als verhängnisvoll“ (Mitchell, 1988, S. 416f.).

Wie „verhängnisvoll“ der Interventionsstaat und die Mentalität, die er im Volk erzeugte, am Ende war, kann natürlich nicht festgehalten werden. Daß er dazu beitrug, ein Knäuel unüberwindlicher Probleme für die Weimarer Republik zu

³⁷ SBR (1884a, S. 58). Der lateinische Spruch auf den er anspielte, lautet wie folgt: „Quid quid agis, prudenter agas, et respice finem.“ Was immer du tust, tue es klug und bedenke das Ende.“ (Hrsg.)

³⁸ Steinmetz (1991, S. 35). Diese Aussage erfolgt im Zusammenhang mit dem Wohlfahrtsstaat im allgemeinen.

³⁹ Der Soziologe Helmut Schoeck (1959, S. 8), hat dieses Konzept wie folgt analysiert: „Wir geben zu: ja, jene freiheitliche Lösung eines öffentlichen Problems oder jene steuerpolitische Maßnahme entspräche unserer ethischen oder marktwirtschaftlichen Auffassung, sie wäre theoretisch und praktisch vertretbar; aber wir persönlich oder unsere Partei können uns diese Achillesferse nicht leisten.“

schaffen, liegt auf der Hand. Daneben hatte der von Bismarck genutzte Mechanismus die Folge, daß die sichtbaren Wohltaten des Staates eine „Pensionärsmentalität“ im Volk hervorriefen. Dieses Resultat ist allerdings unabhängig vom besonderen Charakter des jeweiligen Staates. Bismarcks Absicht ging dahin, die preußisch-deutsche Monarchie zu unterstützen. Doch nachdem sein System einmal eingeführt war, konnte jeder deutsche Staat durch es gestützt und gefördert werden. Als der Bischof Graf Clemens August von Galen im Juli 1941 in einer seiner mutigen Predigten die nationalsozialistische Terrorherrschaft anprangerte, sagte er:

„Was in dieser Zeit geschmiedet wird, sind fast ohne Ausnahme wir alle. Wieviele sind abhängig durch Pension, Staatsrenten, Kinderbeihilfen u.a.! Wer ist denn heute noch unabhängig und freier Herr in seinem Besitz oder Geschäft? Es mag sein, daß, zumal im Kriege, eine starke Überwachung und Lenkung [der Wirtschaft] notwendig ist [...] Aber damit ist auch eine Abhängigkeit von vielen Personen und Dienststellen gegeben, die nicht nur die Freiheit des Handelns beschränken, sondern auch die freie Unabhängigkeit der Gesinnung in schwere Gefahr und Versuchung bringen, wenn diese Personen und Dienststellen zugleich eine christentumsfeindliche Weltanschauung vertreten [...] Erst recht ist solche Abhängigkeit gegeben bei allen Beamten [...]“⁴⁰

Vielleicht ist es an der Zeit, daß Historiker für eine Weile davon ablassen, den deutschen Interventions- und Sozialstaat hochzuloben, und daß sie sich anschicken, seine möglichen Verknüpfungen mit den weniger glücklichen Ereignissen der neueren deutschen Geschichte ins Auge zu fassen.

⁴⁰ Portmann (1978, S.352). In diesem Zusammenhang lohnt es sich, darauf hinzuweisen, daß Adolf Hitler ein aufrichtiger und hingebungsvoller Verfechter einer stark erweiterten Sozialpolitik war - natürlich nur für „Arier.“ Vgl. Zitelmann (1990, S.116ff., 145, 470, 489ff.).

Kapitel 5

Die Rolle der Kathedersozialisten beim Niedergang des deutschen Liberalismus

I. Der Aufstieg der Kathedersozialisten

Die Geburt des deutschen Wohlfahrtsstaates war vom Aufstieg einer sich vor allem aus Ökonomen zusammensetzenden Schule von Akademikern begleitet. Sie erhielten schon früh den Namen „Kathedersozialisten“ und nahmen ihn an. Die meisten dieser Gelehrten bevorzugten einen historischen und „ethischen“ Ansatz gegenüber der in ihren Augen übermäßig abstrakten und „individualistisch-egoistischen“ Methode der klassischen Ökonomik. Daher werden sie manchmal auch als „historische Schule“, „jüngere historische Schule“ oder „historisch-ethische Schule“¹ bezeichnet.

Gustav Schmoller war der anerkannte Führer des Kathedersozialismus. Zusammen mit anderen gründete er 1872 den Verein für Socialpolitik, der im wesentlichen „ein Kampfverein für Socialpolitik“² war. Der Verein wurde ausdrücklich als Gegengewicht zum *Laissez-faire*-orientierten Kongreß deutscher Volkswirte ins Leben gerufen, und - wie der Kongreß zuvor - machte auch der Verein für Socialpolitik keinen Hehl aus seinem Ziel, die Meinungen von Regierung und Öffentlichkeit zu seiner Ansicht zu bekehren.³ In den nächsten Jahr-

¹ Siehe Winkel (1977, S. 82ff.); Plessen (1975); Schumpeter (1965, S. 986ff.); Pribram (1983, S. 209ff.); Salin (1951, S. 141ff.); o.V. (1993); o.V. (1994); sowie Betz (1988, S. 409ff.). Obgleich der Ausdruck „historische Schule“ (bzw. „jüngere historische Schule“ - in Abgrenzung zu den älteren Autoren Roscher, Knies und Hildebrand) für die meisten der betreffenden Akademiker angemessen ist, umfaßt er nicht alle von ihnen. Besonders Adolph Wagner - das Hauptziel von Heinrich Oppenheims Streitschrift *Der Katheder-Sozialismus* - verwarf den „historischen“ Ansatz in der Wirtschaftswissenschaft.

² So Alfred Weber, zitiert nach Lindenlaub (1967, S. 33).

³ Vgl. - von einem dem Verein günstig gesonnenen Blickwinkel - Holborn (1969, S. 290): „wenn der politische Einfluß des Vereins auch nicht überschätzt werden sollte, trug er doch sehr zu einem besseren Verständnis gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme auf Seiten gebildeter und politisch interessierter Menschen, die vor allem im öffentlichen Dienst des Staates und des Reiches zu finden waren, bei.“ Siehe auch Ascher (1963, S. 282ff.). Schmoller sprach in einem Brief an Brentano von der Notwendigkeit, „Einfluß auf die breiten bürgerlichen Klassen [...] deren Erziehung unsere Hauptaufgabe ist,“ auszuüben (Lindenlaub, 1967, S. 417). Schmoller würde den öffentlichen Dienst sicherlich zu dieser

zehnten diente er als wichtiges Agitationszentrum für staatsorientierte Reformen in Deutschland.

Alle Kathedersozialisten vertraten mit Nachdruck die Ansicht, daß die Volkswirtschaftslehre als eine „ethische Wissenschaft“ verstanden werden mußte. Auch wenn einige wenige Mitglieder die „historische“ bzw. „realistische“ Methodologie beanstandeten (Adolph Wagner war das herausragende Beispiel), so wählten die meisten - vor allem Schmoller - sie zur Grundlage ihrer Arbeit. Unter Verwerfung der weitgehend deduktiven Methode der klassischen politischen Ökonomie beschäftigten sie sich in eingehenden Untersuchungen mit der Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte. Ihr Treiben wurde von einigen als „Nationalökonomie ohne Denken“ (*Schumpeter*, 1965, S. 982) bezeichnet. Als besonders wichtig wurden die Einzelheiten bürokratischer Vorgänge angesehen. Schmoller erklärte:

„man kann wirtschaftliche Dinge und Zustände nur einigermaßen kennen und beurteilen lernen, wenn man zugleich die ganze Staatsmaschine in ihrem Detail bis zum Nachtwächter und Steuerbeamten herunter kennt, wenn man im Detail weiß, wie die ungeheure Staatsmaschine und die ganze Volkswirtschaft in tausend Fäden zusammenhängen und sich gegenseitig bedingen“ (*Stein*, 1937, S. 120).

Vom Anhäufen geschichtlicher Daten wurde erwartet, daß es schließlich eine Theorie hervorbringen würde, welche die wirtschaftliche Tätigkeit in allen Facetten des sozialen Lebens zusammenfaßte. Doch wie eine wohlwollende Gelehrte über Schmoller schrieb: „Er führte umfangreiches historisches Material vor, dieses diente letztlich doch nur zur Illustrierung der älteren Theorie, denn in seinen Arbeiten zur ökonomischen Theorie gibt es keine neuen Ansätze, keine neue gedankliche Entwicklungslinie.“⁴

Kategorie zählen. Bei anderen Gelegenheiten bezog er sich ausdrücklich auf die Notwendigkeit, die Bürokratie zu beeinflussen.

- ⁴ *Anderson* (1971, S. 58). Vgl. *Winkel* (1977, S. 104): „So ergiebig [Schmollers] archivalisches Quellenstudium auch war, so verschwindend gering blieb der Ertrag der theoretischen Arbeit: Im ganzen umfangreichen Werk Schmollers läßt sich kein theoretisches System erkennen.“ Für eine typische Verteidigung Schmollers unter Hinweis auf sein Ziel, „die ökonomische Theorie empirisch [zu] unterbauen,“ siehe *Stavenhagen* (1969, S. 197ff.). Vgl. auch *Balabkins* (1988), *Kosłowski* (1995, S. 1ff.) gibt zu verstehen, daß das Werk Schmollers und seiner Mitstreiter hilfreich dabei war, den Weg zu einer historischen und kulturellen Theorie der Volkswirtschaft zu zeigen. Für eine verständige Analyse der Hauptpunkte im Methodenstreit siehe *Bostaph* (1978, S. 3ff.). *Bamberger* (1898c, S. 343), macht zu der gewaltigen Sammlung historischen Materials durch den Verein die scharfsinnige Beobachtung: Wenn man frage, „was von nutzbaren Schlußfolgerungen daraus gewonnen worden“ sei, dann müsse die Antwort lauten, daß „die Ausbeute in verschwindend kleinem Verhältnis zur aufgewendeten Arbeit steht. Und das ist nur natürlich: Je höher die Masse des Materials anschwillt, desto stärker wächst das Bedürfnis nach führenden Gedanken, d. h. nach Begriffen und deren Konsequenzen.“ In der Tat geben jene, in deren Augen Schmoller einen „induktiven“ bzw. „empirischen“ Weg zur Wirtschaftstheorie beschriftet, kaum jemals einen Hinweis

Das methodologische Abgehen von der klassischen Tradition - die „historisch-ethische Relativierung“ der klassischen politischen Ökonomie - bestärkte die Kathedersozialisten in ihrer Einstellung zur Wirtschaftspolitik. Bezeichnend für ihr Vorgehen ist des jungen Lujo Brentanos feierliche Ankündigung, er habe nach einer langatmigen - und völlig politisierten - Untersuchung der modernen Wirtschaftsgeschichte die „Grundprinzipien der Volkswirtschaftslehre“ entdeckt, nämlich, „daß die Konkurrenz nur das Prinzip der Starken, der ökonomisch Ausgezeichneten, insbesondere also der Unternehmerklasse, die Vereinigung dagegen das der großen Masse der Arbeiter, des Mittelschlags, ist.“ (Brentano, 1872, S. 317f.)

Die Tatsache, daß die historische Methode sich als so unfruchtbar erwies, verleiht der von einigen Kritikern vorgetragenen Beschuldigung Glaubwürdigkeit, daß der eigentliche Grund für die Verwerfung der deduktiven Methode durch Schmoller und seine Verbündeten gerade darin liegt, daß sie es ihnen nicht erlaubte, die erwünschten politischen Schlußfolgerungen zu ziehen.⁵ Jedenfalls ist es klar, daß ihre Zurückweisung der klassischen Ökonomie zumindest teilweise darauf abzielte, die liberale Ordnung zu unterhöhlen, als deren wichtigste ideologische Stütze sie die Auffassungen von Adam Smith, David Ricardo, Nassau Senior und Jean-Baptiste Say ansahen.⁶ Als sich in Wien eine neue Denkschule herausbildete, die die Marktwirtschaft auf eine festere theoretische Grundlage stellte, als sie den klassischen Denkern verfügbar war, suchte Schmoller den „manchesterlichen“ Emporkömmling im berühmten Methodenstreit zu vernichten.⁷

darauf, zu welchen theoretischen Schlußfolgerungen Schmoller mit dieser Methode gelangt ist.

⁵ Vgl. z.B. Pohle (1911, S. 93f.): „Der Gegensatz des Historismus und Kathedersozialismus gegen die Methode der älteren Nationalökonomie [...] hat seinen Ursprung im Grunde in der Empfindung, daß die Ergebnisse, zu denen die Wissenschaft durch Anwendung dieser Methode gekommen war, für die politischen Bestrebungen des Kathedersozialismus nicht recht zu gebrauchen waren [...]“ Sie seien letztlich nur „mit Hilfe dieser neuen, ganz mit Werturteilen und Gerechtigkeitsvorstellungen durchsetzten nationalökonomischen Theorie“ in der Lage gewesen, zu den erwünschten staatsfreundlichen Schlußfolgerungen zu gelangen. Vgl. auch von Mises (1926, S. 58f.) zur Möglichkeit eines „dritten Weges“, einer Gesellschaftsordnung des „durch staatliche Eingriffe regulierten Verkehrs:“ um „die Behauptung aufrecht halten zu können, daß dieser dritte Gesellschaftszustand denkbar und möglich sei, haben Schmoller, Brentano und ihre Schüler die ganze theoretische Nationalökonomie in Acht und Bann getan.“ Siehe auch von Hayek (1992, S. 63), wo Hayek feststellt, daß sich die Verwerfung der theoretischen Volkswirtschaftslehre durch die jüngere historische Schule ihrem Festhalten an der Sozialpolitik verdankt.

⁶ Pankoke (1970, S. 139f.). Vgl. auch Pohle (1911, S. 92ff.). Müssiggang (1968, S. 227) bemerkt, daß bereits Knies gefordert hatte, „eine ‚dritte Nationalökonomie‘ zwischen ökonomischen Liberalismus und Sozialismus“ zu schaffen.

⁷ Schmoller (1883, S. 239ff.). Dieser Aufsatz enthält einen Angriff auf Carl Mengers *Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften*. Der in erster Linie politische Zweck

Es ist bemerkenswert, daß Anhänger der historischen Ökonomik zuweilen ihr mangelndes Interesse an einer theoretischen Volkswirtschaftslehre geradezu als einen beträchtlichen Vorzug sahen. Albert Müssiggang schrieb hierzu:

„Sie vermochte also keine eigene Theorie herauszuarbeiten, sie ist über eine historische Wirtschaftsschilderung kaum hinausgekommen [...] Die Autoren der Schule schieden nicht zwischen Theorie und Praxis; sie waren völlig von den Aufgaben beansprucht, die ihnen die Zeit stellte. Sie sahen ihre Aufgaben darin, reformierend in die bestehende Wirklichkeit einzugreifen; sie fanden keine Zeit, sich mit erkenntnistheoretischen Skrupeln abzugeben. Sie wollten „soziale Mißstände“ beseitigen und faßten ihre Aufgabe als ethische Forderung, als einen Appell an den Willen“.⁸

Offensichtlich kam es weder Müssiggang noch den Vertretern der jüngeren historischen Schule in den Sinn, daß ohne ökonomische Theorie unmöglich bestimmt werden konnte, ob ihre Reformen Erfolg hatten oder mißlangen.⁹

Es gibt zudem stichhaltige Beweise, daß Schmoller und seine Verbündeten durch ihre Politisierung der Volkswirtschaftslehre die Wirtschaftswissenschaft in Deutschland ruinierten. Erich Schneider war viele Jahre Professor an der Kieler Universität und ein Anhänger der keynesianischen Wirtschaftstheorie und -politik. Schneider berichtet, daß, als er am Ende des Ersten Weltkrieges begann, Volkswirtschaftslehre zu studieren, unter „der mehr als vierzigjährigen Herrschaft der historischen Schule die theoretische Forschung in Deutschland fast völlig zum Erliegen gekommen“¹⁰ war. Moritz Bonn, der zu jener Zeit, über die Schneider schreibt, Rektor der Handelshochschule in Berlin war, erklärte, daß Schmoller „seine Schüler [lehrete], alle wirtschaftlichen Probleme als formlose, sich immer wandelnde Phänomene zu betrachten, deren wahres Wesen man doch

von Schmollers Methodologie wird offensichtlich in der seltsamen Anschuldigung, Mengers abstrakte und „atomistische“ Methode könne treffender als „manchesteristisch-individualistische“ Methode bezeichnet werden und deute daher Mengers Festhalten am Manchesterturn an; (ebenda, S. 241). Zu Schmollers Verwerfung der abstrakt-deduktiven Methode, wie sie von den Ökonomen unter den deutschen Freihändlern gehandhabt wurde, vgl. Kapitel 2 dieses Bandes.

- ⁸ Müssiggang (1968, S. 228, 234f.). Der Autor fügt hinzu: „Ihre wissenschaftlichen Aufgabe sahen sie auf die Herbeischaffung und Sichtung des Tatsachenmaterials beschränkt.“
- ⁹ So behauptet Müssiggang (1968, S. 246) von der historischen Schule: „Ihrer Wirksamkeit und der gleichgerichteter Organisationen ist es zu danken, wenn der Proletarier des 19. Jahrhunderts heute weitgehend Bürger ist und nicht umgekehrt, wie Marx es prophezeite.“ Ohne Theorie gab es für Müssiggang keine Möglichkeit, das zu wissen - selbst wenn es stimmen sollte. Vgl. die Bemerkung Alfred Kruses (1953, S. 138): „Diese Theoriefremdheit nahm der Nationalökonomie jener Zeit die Möglichkeit, die Wirtschaftspraxis auf die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit eingeschlagener Wege hinzuweisen und wirtschaftliche Ratschläge zu erteilen.“
- ¹⁰ Schneider (1969, S. 157f.). Schneider hatte jedoch „das große Glück“ auf Andreas Voigt als Lehrer getroffen zu sein. Schneider verwies insbesondere darauf, daß mit der Einführung des Werks *Theoretische Sozialökonomie* von Gustav Cassel jüngeren Gelehrten in Deutschland die Augen für echte Volkswirtschaftslehre geöffnet wurden.

nicht ergründen könne.¹¹ Nach Urteil von Bonn und anderen sollte dieser durchgängige „Relativismus“ katastrophale Folgen für Deutschland haben, als einflußreiche Bürokraten, die nach Art der historischen Schule erzogen worden waren, gezwungen waren, mit Problemen wie der Hyperinflation der frühen 1920er Jahre fertig zu werden.

* * *

Die Kathedersozialisten trugen in der Regel nur wenig zur unmittelbaren Formulierung und Verabschiedung der Bismarckschen Sozialversicherungsentwürfe bei. Ihre Haltungen zu dessen Plänen variierten in der Tat zwischen allgemeiner Unterstützung (Wagner) über unschlüssige Zweideutigkeit bis hin zu direkter Gegnerschaft (Lujó Brentano) (vgl. *Vogel*, 1951, S. 67ff.; *Schüller*, 1899, S. 97ff., 108ff.). Die entscheidende Bedeutung, die diesen Gelehrten bei der Herausbildung des ersten modernen Wohlfahrtsstaates zukam, war jedoch zweifach. Erstens predigten sie ab Ende der 1860er Jahre ständig die dringende Notwendigkeit, daß der Staat sich „der sozialen Frage“ annehme. In großem Maße zeichneten sie dafür verantwortlich, daß die *Laissez-faire*-Lehre („Manchestertum“) in Verruf geriet, und ebneten dadurch Bismarcks Programm den Weg (*Vogel*, 1951, S. 80f.). Zweitens waren sie in der Zeit nach den Bismarckschen Reformen die Vorkämpfer einer weitreichenden Sozialpolitik, indem sie eine endlose Reihe „sozialer Übel“ aufdeckten und bekanntmachten und indem sie, wie zuvor, daran arbeiteten, die öffentliche und die offizielle Meinung für staatliches Eingreifen zu gewinnen.

Es können kaum Zweifel daran aufkommen, daß die herausragende Stellung, die diese reformierenden Gelehrten erlangten, weitgehend ihrer Verbindung zum Staat zu verdanken ist. Im Blick auf die Entstehungsphase des Sozialstaates analysierte Ludwig Bamberger Ende des letzten Jahrhunderts mit ironischen Worten den Dienst, den der Kathedersozialismus in den Augen eines Regimes leitete, das den Aufstieg des revolutionären Sozialismus fürchtete: „Man nimmt das sozialistische Gift, überträgt es auf das Professoren- und Mandarinentum, und, nachdem es darin gezüchtet, spritzt man es in verdünntem Zustand dem Volkskörper ein, in der Hoffnung, ihn damit gegen die große sozialistische Ansteckung immun zu machen.“ Doch die Wahlen brachten eine ständig zunehmende Unterstützung für die Sozialdemokraten und zeigten somit, daß diese Strategie nicht funktionierte.¹² Immerhin war die Lage aber so, „daß in außerordentlich kurzer Zeit ein Akademiker der Nationalökonomie alten Stils eine Seltenheit geworden war,“ und „die Stichworte, die [der Kathedersozialismus] aus den Katechismen von

¹¹ *Bonn* (1953, S. 53). Bonn bemerkte auf S.51: „Gustav Schmoller war eine Macht im Lande; fast alle Berufungen auf Lehrstühle der Wirtschaftswissenschaft ergingen auf seine Empfehlung.“

¹² *Bamberger* (1898a, S. 81f.). Es mag jedoch sein, daß Bamberger hier die Methode durchschaute, mit der die deutsche Sozialdemokratie für das kaiserliche System relativ harmlos gemacht wurde.

Marx und Lassalle herübergenommen hatte,“ waren nun „als von der ‚Wissenschaft‘ sanktioniert“ (*Bamberger*, 1898, S. 326), anerkannt.

In der Tat lag die Macht der Kathedersozialisten darin begründet, daß sie vor allem in Preußen, wo sie praktisch ein Monopol auf Positionen im Hochschulbereich hatten, sich als Vertreter der „Wissenschaft“ ausgeben konnten. Das enge Verhältnis zwischen Schmoller und Friedrich Althoff, dem Direktor für das Hochschulwesen im preußischen Kultusministerium in der Zeit von 1882 bis 1908, war geradezu „sprichwörtlich.“¹³ In Absprache mit Schmoller sorgte Althoff dafür, daß Gelehrte mit Vorlieben für den Kathedersozialismus und die historische Methode bei Ernennungen bevorzugt wurden (*Krüger*, 1983, S. 19; vgl. auch *von Mises*, 1969, S. 26f.). Nach dem Wort eines Kritikers konnte Schmoller dank seiner engen Beziehungen zu Althoff als der preußische „Schulpapst“ (*Wolf*, 1924, S. 221) auftreten.

Schmollers eigener Standpunkt war kategorisch. Sogar in der Öffentlichkeit wagte er zu verkünden, daß ein strikter „Smithianer“ keinen Platz im deutschen akademischen Leben habe: Als Verehrer einer sterbenden und überflüssigen Neigung und Methode habe solch ein Individuum bewiesen, daß es den Anforderungen der modernen Wissenschaft nicht genüge.¹⁴ Somit stellte „das System Althoff“ über Jahrzehnte hinweg sicher, daß die akademische Ökonomie in Deutschland fest im Griff der Kathedersozialisten bleiben und die Gesellschaftsordnung der Marktwirtschaft wenige Verteidiger in der deutschen „Wissenschaft“¹⁵ finden würde.

¹³ Vgl. *Lindenlaub* (1967, S. 148). Die Worte, die Schmoller bei einem Gedenken an seinen Freund Althoff sprach, trafen auch auf ihn selber zu: „er glaubte, man besäße und übe die Macht viel besser, wenn man nicht vor der Öffentlichkeit als ihr Träger erscheine. Und doch besaß er eine große Macht [...] Er strebte nach dem Wesen der Macht, weil er Gutes tun wollte [...] um seinem Staate und seinem Könige zu dienen. Die Hingabe an den Staat, sein Gedeihen, seine großen Institutionen, das war der Inhalt seines Lebens.“ *Schmoller* (1913, S. 116f.). Angesichts dessen ist die Antipathie gegen „Smithianer,“ die Althoff mit Schmoller teilte, leicht zu verstehen.

¹⁴ *Lindenlaub* (1967, Bd. 2, S. 415). Schmoller schloß auch „strikte Marxianer“ in seine Verurteilung ein, doch angesichts der politischen Lage im damaligen Reich kam die Ernennung solcher Personen kaum ernsthaft in Frage. Was Schmoller von den Lehren Adam Smiths verstand, mag vielleicht seiner folgenden Behauptung entnommen werden: „Die nationalökonomischen Theoretiker jener Tage gehen - vor allem Adam Smith selbst - von dem Gedanken aus, daß alle Menschen gleich seien und daß, wenn man ihnen nur die notwendige Freiheit gebe, sie alle gleichmäßig vorwärts kämen und glücklich würden.“ *Schüller* (1899, S. 106).

¹⁵ 1893 bemerkte der schwedische Ökonom Knut Wicksell, daß die Macht der historischen Schule „bekannt“ sei und daß sie „bis vor kurzem beinahe die alleinherrschende [Schule] war.“ *Wicksell* (1933, S. 2). Noch 1911 erklärte Ludwig Pohle, daß der Kathedersozialismus „heute beinahe eine Monopolstellung bei der Besetzung der nationalökonomischen Lehrstühle an den deutschen Hochschulen besitzt.“ *Pohle* (1911, S. 124f.). Pohle deutete an, daß die Einrichtung von vom Staat einigermaßen unabhängigen Instituten die Lage verbessern könnte (ebenda, S. 128).

Von ihrem aktivistischen Standpunkt aus gesehen, stellten die Fürsprecher der Sozialpolitik ihre Herrschaft über den Hochschulbereich in den Dienst einer guten Sache. Joseph Schumpeter bemerkte: „Die deutschen ‚Kathedersozialisten‘ entsprachen sicherlich genau dem Ideal des fortschrittlichen Politikers und Laien - dem Ideal vom Professor, der Reformen predigt und obstruktive Interessen verurteilt. Lujo Brentano wandte sich an seine Auditorien wie an eine politische Versammlung und erntete Zustimmung und Beifall. Adolf Wagner schrie und stampfte mit den Füßen auf das Katherpodest und drohte imaginären Gegnern mit den Fäusten [...]“¹⁶ Andreas Voigt, ein Ökonom, der seine Ausbildung unter dem Schmoller-Althoff-Regime erhielt, erinnerte sich später:

„Namentlich diejenigen, deren Studienzeit in die erste ‚heroische‘ Zeit des Kathedersozialismus fällt, erinnern sich noch sehr lebhaft der Stimmung, wie sie damals auf deutschen Hochschulen herrschte. Es galt unter den Studierenden geradezu als ein Merkmal der ‚Wissenschaftlichkeit‘, daß man möglichst weitherzig über den Sozialismus urteilte, denn wir wurden belehrt, daß dieser in der Kritik der bestehenden Wirtschaftsordnung im Grunde vollkommen Recht habe, und daß nur die revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie abzulehnen sei. Daß wir diesem nolens volens zusteuerten, stand fest, war wissenschaftlich bewiesen.“ (Voigt, 1913, S. 1)

Adolph Wagner mochte - wie Schmoller und andere damals und wie einige Historiker seither - durchaus einwenden: „Sozialismus im eigentlichen Sinne des Wortes war der sogenannte Kathedersozialismus niemals.“¹⁷ Doch Voigt weist nachdrücklich darauf hin, daß alle, die in dieser Zeit studierten, wußten, daß

„der Kathedersozialismus die Jugend zum Sozialismus erzogen hat [...] Nur das ‚Klassenbewußtsein‘ des einzelnen entschied darüber, ob man Sozialdemokrat, Sozialaristokrat oder Sozialmonarchist wurde. [...] Auf diesem Wege ist der sozialistische Geist auch in das Beamtentum eingedrungen.“ (Voigt, 1913, S. 2)

Was den Wirtschaftsliberalismus anbelangt - „‚Manchestertum‘, wie er ausschließlich genannt wurde“ - so sprach man von ihm „wie von einer geistigen Verirrung, die nunmehr vollkommen und endgültig überwunden sei.“ (Voigt, 1913, S. 2) In der Tat mögen die Proteste der Kathedersozialisten gegen jede Gleichsetzung ihrer Ansichten mit dem Sozialismus *an sich* zu einem gewissen

¹⁶ Schumpeter (1965, S. 980). Pohle (1911, S. 22), beobachtete, daß es sich in deutschen Universitäten der Vorkriegszeit weniger darum handelte, den Verstand der Studenten zu schulen als vielmehr ihren Willen; anstatt Wissen über wirtschaftliche Tatsachen und Zusammenhänge zu vermitteln, versuchten die Lehrer, „das soziale Gewissen zu erwecken, die Stimmung im Hörer hervorzurufen, die ihn für sozialpolitische Eingriffe aller Art geneigt macht [...] das ganze Betrieb ist darauf eingestellt, Gesinnungen bestimmter Art zu erzeugen.“

¹⁷ Voigt (1913, S. 2). Wenn das, was die Kathedersozialisten etwa über den Sozialismus glaubten, wirklich von dem abwich, was sie der Auffassung ihrer Studenten nach sagten, so mag das wohl auf die Eigenschaft dieser Schule zurückgeführt werden, daß, wie Pohle (1911, S. viii), erkannte, „die Mehrzahl von ihnen es überhaupt nicht liebt, in theoretischer Hinsicht klare Farben zu bekennen, daß sie sich vielmehr in einem gewissen theoretischen Halbdunkel, in möglichster Verschwommenheit der zugrunde liegenden theoretischen Auffassungen am wohlsten fühlen.“

Grad eine Abwehrreaktion gegen Kritik wie die von Voigt geäußerte, gewesen sein. Zuvor, im Jahre 1893, hatte etwa der einflußreiche Kathedersozialist Wilhelm Lexis aus Göttingen in seiner Besprechung von Julius Wolfs *Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung* bemerkt: „Die nicht-sozialistische Nationalökonomie hält sich seit einer Reihe von Jahren in Deutschland vorwiegend auf der Defensive [...] Es gehörte daher eine gewisse Kühnheit dazu, wenn J. Wolf [...] wieder einmal offensiv für die bestehende Wirtschaftsordnung eingetreten ist.“ (vom Bruch, 1980, S. 305). Viel später gab Heinrich Herkner, der Schmoller als Präsident des Vereins für Socialpolitik nachfolgte, zu, daß die Einstellung der Kathedersozialisten zum Sozialismus zwischen „Wohlwollen, Neutralität und defensiver Stellungnahme geschwankt“ habe (Habermann, 1997, S. 295f.).

Neben ihrer Beherrschung der Universitätsposten und ihrem Zugang zur Presse, wo ihre Äußerungen als „das Urteil der Wissenschaft selbst“ (Pohle, 1911, S. 129f.) aufgenommen wurden, wirkten die Kathedersozialisten meinungsbildend durch die Tagungen und Veröffentlichungen des Vereins für Socialpolitik. Deutschland wurde „mit einem Netz sozialreformerischer Ideen“ (Lindenlaub, 1967, S. 29) überdeckt. Viele von den 134 Bänden eingehender Forschungen, die bis 1914 veröffentlicht wurden, dienten praktisch als Anklageschriften zu einzelnen Fehlern und Mißständen des bestehenden Systems, und jeder davon rief nach staatlichem Handeln. Nach dem Ersten Weltkrieg erinnerte sich ein sozialdemokratischer Führer daran, wie wertvoll die vom Verein gesammelten Daten für seine Partei im „Wirtschaftskampf“ (Lindenlaub, 1967, S. 28) gewesen seien. Die Aktivitäten des Vereins beeinflussten sowohl die katholische Zentrumspartei, als auch durch den Evangelisch-Sozialen Kongreß, die protestantische Gemeinde Deutschlands.¹⁸

Das Hauptziel der Kathedersozialisten, nämlich einen Meinungsumschwung in der gebildeten Bourgeoisie und insbesondere in der Bürokratie¹⁹ zu bewirken, wurde in großem Maße erreicht. Abneigung gegenüber Marktwirtschaft und Begeisterung für Staatseingriffe wurden zu Gemeinplätzen des politischen Denkens in Deutschland. Kurz nach Schmollers Tod konnte Otto Hintze im Jahre 1917 sagen, daß die sozialpolitischen Forderungen, die Schmoller bereits in den 1860er und 1870er Jahren erhoben hatte, „ja heute Gemeingut unserer öffentlichen Meinung geworden sind.“ (Hintze, 1918, S. 12) Sogar bis in die 1920er Jahre hinein

¹⁸ 1912 konnte Schmoller bei einer Darstellung des Einflusses, den die Ideen seiner Schule auf die politischen Parteien und die Regierung hatten, an Brentano schreiben: „Wie oft haben Sie selbst gesagt, die ganze kathol. Sozialpolitik schreibe, mit Hertling an der Spitze, unsere Schriften aus.“ Lindenlaub (1967, S. 149; vgl. auch S. 29).

¹⁹ Siehe Herkner (1923, S. 93): „Nach der Auffassung der Vereinsgründer sollte Deutschland in der Hauptsache von einem wissenschaftlich hochgebildeten, über den Klasseninteressen und Parteien stehenden Beamtentum regiert werden [...] es [kam] darauf an, das Beamtentum zu erziehen und dann die Pläne eines sozial- und wirtschaftspolitisch erleuchteten Beamtentums nach Umbildung der öffentlichen Meinung politisch realisierbar zu machen.“

stand die ökonomische Literatur in Deutschland weitenteils unter dem Einfluß der historischen Schule (*Winkel*, 1977, S. 120).

Am bemerkenswertesten war die Bekehrung unter den Beamten. Hermann Wagener hatte geklagt, daß in den 1870er und 1880er Jahren „gerade in der Überzeugungstreue eines in manchesterlichen und liberalen Traditionen aufgewachsenen Beamtentums“ der „wesentliche[] Grund für den relativen Stillstand der Sozialreform“ zu suchen war (*Wagener*, 1884, S. 75f.). Doch bereits 1905 notierte der preußische Karrierebeamte von Zedlitz-Neukirch die feindliche Haltung, die geschäftlichen Unternehmungen selbst in der gehobenen Bürokratie entgegenschlug. Diese Einstellung wurde durch die „kathedersozialistische Schulweisheit“ bestärkt, welche aufstrebenden jungen Bürokraten in den Universitätsjahren vermittelt wurde und die dazu beitrug, daß „im Beamtentum die unbewußte Tendenz einer Erweiterung der Grenzen der Staatsgewalt als Selbstzweck“ (*Zedlitz-Neukirch*, 1905, S. 46) erzeugt wurde. Noch 1913 stellte Andreas Voigt uneingeschränkt fest: „die Tatsache, daß die Abneigung [gegen den privaten Unternehmer] besteht und infolge der Lehren, die seit 40 Jahren von deutschen Kathedern verkündigt werden, in der Beamenschaft tief eingewurzelt ist, läßt sich nicht bestreiten.“ (*Voigt*, 1913, S. 4)

II. Die Kathedersozialisten, der Staat und der Sozialismus

Obschon es zwischen den Kathedersozialisten ideologische Differenzen gab,²⁰ standen sie im großen und ganzen in einer langen Tradition deutschen ökonomischen Denkens, die bis Fichte und Adam Müller zurückreicht. Sie setzte sich im späteren 19. Jahrhundert mit Rodbertus, Lorenz von Stein und anderen fort, und im 20. Jahrhundert umfaßte sie die Fürsprecher des Kriegssozialismus und schließlich die Ideologen des Nationalsozialismus.²¹ In jeder Phase stellt diese Tradition eine bewußte Reaktion gegen das dar, was ihre Anhänger als den Hauptstrom des ökonomischen Denkens ansahen und was als westlich (vorwiegend britisch, aber auch französisch und, später, österreichisch), individualistisch und weltbürgerlich gekennzeichnet wurde. Hingegen stimmten diese deutschen Denker, trotz all ihrer Meinungsverschiedenheiten, darin überein, daß die nationale Gemeinschaft, deren höchste und edelste Verkörperung der Staat sei, in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen und sozialen Lebens überhaupt zu rücken sei. Für diese Richtung, die in der kaiserlichen Zeit durch den Verein für Socialpoli-

²⁰ Zu den Unterschieden zwischen „Sozialliberalen“ und „Sozialkonservativen“ vgl. *Brentano* (1931, S. 82ff.); auch *Lindenlaub* (1967, S. 86f.) sowie *Pribram* (1925, S. 225ff.).

²¹ *Barkai* (1977, S. 59ff.). Interessanterweise läßt sich in der ganzen Tradition von Adam Müller bis zu den Nationalsozialisten und insbesondere bei den Kathedersozialisten Georg Friedrich Knapp und Adolph Wagner der Leitgedanke finden, daß Geld eine reine Erschaffung des Staates ist und daß folglich eine reine Papierwährung dem Goldstandard vorzuziehen sei (siehe ebenda, S. 63ff., 70f.).

tik vertreten wurde, war der Staat - in den Worten eines Gelehrten - der „irdische Gott.“²²

Auf der Gründungstagung des Vereins im Jahre 1872 verkündete Schmoller, was das Hauptanliegen und die *raison d'être* der Gruppe werden sollte: Die Verdrängung des liberalen Begriffs vom Staat als ein notwendiges Übel durch die Auffassung vom Staat als „das großartigste sittliche Institut zur Erziehung des Menschengeschlechts.“ (*Schmoller*, 1890, S. 9) Die Welt des Wirtschaftsliberalismus sei ein amoralisches Hobbes'sches Chaos. Schmoller zufolge war „der Standpunkt des Manchestermanns“:

bloße Quantitäten, bloße Machtverhältnisse sollen und müssen die Einkommensverteilung beherrschen; da gibt es nichts Gerechtes und nichts Ungerechtes; der Starke nimmt, der Schwache mag sehen, was ihm übrig bleibt. Das ist die Natur der Wirtschaft (*Schmoller*, 1898, S. 96).

Diese vor-ethische, im eigentlichen Sinne animalische Auffassung sollte durch ein umfassendes sozialpolitisches Programm, das auf ethischen Standards fußte, ersetzt werden. Der Staat habe keine geringere Aufgabe, als „die verschiedenen berechtigten Zwecke der Menschheit [...] durch richtige Gliederung der Gesellschaft und richtige Wechselwirkung unter den Gliedern in Harmonie und Ordnung“ zu bringen (*Pankoke*, 1970, S. 152).

Natürlich setzte die Gestaltung der Gesellschaft in solch einer Größenordnung ungeheure Fähigkeiten bei denen voraus, die mit ihr betraut waren. Demzufolge hatten Schmoller und die meisten anderen Sozialreformer eine äußerst hohe Meinung über den Wert und die Berufung staatlicher Funktionäre. Schmoller selbst war väterlicherseits Abkömmling einer Familie, die dem württembergischen Staat seit dem 17. Jahrhundert gedient hatte; als Jüngling absolvierte er seine Lehrzeit als Beamter unter Aufsicht seines Vaters (*Anderson*, 1971, S. 41). Schmoller betrachtete die Bürokratie mit Hegel als den „allgemeinen Stand,“ der über den Streitigkeiten der bürgerlichen Gesellschaft stehe.²³ Seine größte Furcht bestand scheinbar darin, daß die Gesellschaft ohne amtliche Aufsicht in eine Art Urhölle zurückfallen werde.

Schmollers Studium der preußischen Geschichte hatte ihn von der herausragenden und verdienstvollen Rolle überzeugt, die das Beamtentum bei der Entwicklung der Nation, einschließlich der Führung wirtschaftlicher Unternehmungen,

²² *Stolleis* (1979, S. 398). Wiederum waren Brentano und seine Anhänger die Ausnahme zu dieser Verallgemeinerung. Ein Wirtschaftsliberaler wie *Melchior Palyi* rühmte in seinem Werk *Compulsory Medical Care and the Welfare State* (1950, S. 144f.) Brentano dafür, auf die beste Lösung für die Sozialversicherung, die ein Minimum an Zwang mit sich brächte, gekommen zu sein. Zum gesamten Fragenkreis der politischen und wirtschaftlichen Ansichten der Kathedersozialisten vgl. die überzeugende Untersuchung in *Habermann* (1997).

²³ Schmoller bezeichnete die Krone und den öffentlichen Dienst als „diese berufensten Vertreter des Staatsgedankens, diese einzig neutralen Elemente im sozialen Klassenkampf [...]“ *Vogel* (1951, S. 72).

gen gespielt hatte. Für Schmoller war die staatliche Bürokratie einfach „das Beste, was Deutschland hat.“ (*Schmoller*, 1922, S. 16) Selbst in Kreisen, in denen die Verherrlichung des preußischen Staates und seiner Bürokratie keineswegs selten anzutreffen war, ragte Schmoller noch hervor. Otto Hintze bemerkte, daß Schmollers Stellung als Führer der sozialpolitischen Bewegung zu einem großen Teil darauf beruhte, „daß er vor allem auch von einem so großartigen Vertrauen zur Leistungsfähigkeit der Staatsgewalt und des Beamtentums von jeher erfüllt war.“ (*Hintze*, 1918, S. 13) Schmoller für seinen Teil erfreute sich, vor allem während seiner fünfunddreißig Jahre als Ordinarius in Berlin, enger und einflußreicher Beziehungen zu zahlreichen hohen Vertretern des Staates; er war Mitglied des Staatsrates (ab 1884), Vertreter der Berliner Universität im preußischen Herrenhaus (ab 1899) und ein führendes Mitglied der königlich-preußischen Akademie der Wissenschaften.

Auch unter den anderen Kathedersozialisten waren Lobpreisungen der eigenen Schutzherrn und Schüler in der Bürokratie üblich. Heinrich Herkner, der Schmollers Lehrstuhl in Berlin und auch den Vorsitz des Vereins für Socialpolitik erbte, lobte „die unübertroffene Integrität und Leistungsfähigkeit unseres Beamtentums,“ die mit der „‘moralischen Energie‘ unseres Staates [...] natürlich die vornehmste Voraussetzung des ganzen Kathedersozialismus [bildet].“ (*Lindenlaub*, 1967, S. 167) Gustav Cohn pflichtete Adolph Wagners „Gesetz“ bei, demzufolge die Ausbreitung der Kultur von einem zunehmenden Wirkungskreis der Regierung begleitet werde (was in Wirklichkeit eine Übung in reiner Ideologie war ²⁴), und behauptete, daß „die Höhe der Kultur“ notwendig „der Höhe und dem Reichtum der staatlichen Sphäre“ entspricht. Cohn postulierte eine „überlegene Vernunft des Staates im Vergleiche zu den Einzelhaushaltungen,“ was aus dem Umstand hervorgeht, daß die staatlichen „Bedürfnisse überhaupt durch einen Läuterungsprozeß der Vernunft hindurchgehen oder die Erzeugnisse vernünftiger Erwägung sind.“ (*Lindenlaub*, 1967, S. 114)

Selbst Lujo Brentano, der als der „liberalste“ Kathedersozialist gilt - was zum Teil auf seine Gegnerschaft zum Protektionismus zurückgeführt werden kann -, vertrat zuweilen Ansichten, die der Forderung nach staatlicher Allgewalt gleichkamen. 1871 erklärte er, daß der Begriff der staatlichen „Einmischung“ überhaupt keinen Sinn ergebe. Denn was könnte „Einmischung“ anderes heißen als „ein unberechtigtes Eingreifen eines Fremden in die Angelegenheiten eines Andern.“ Doch der Staat sei kein Fremder; er ist die Organisation des Volkes, oder sollte sie sein, und „die Regierung nichts als der natürliche Brennpunkt des Volkslebens. Alles, worin sich dies Volksleben äußert, kann ihnen nicht fremd sein.“ Daher muß sich der staatliche Wirkungskreis auf das „ganze Kulturleben“ des Volkes ausweiten.

Brehtanos Gedankenführung nahm sogar eine eigentümlich rousseauistische Wendung. Da „der Staat wirklich die Organisation des Volks ist und die Regie-

²⁴ Vgl. *Habermann* (1997, S. 208f.) und die dort zitierten Quellen.

rung das natürliche Zentrum des Volkslebens, kann, wenn der Staat den Willen des Volkes erfüllt, von Staatseinmischung gar nicht die Rede sein. Denn man kann von niemanden, der seinem eigenen Willen gemäß handelt, sagen, er greife unberechtigt in seine Angelegenheiten.“ (Brentano, 1871, S. 126f.) Brentano macht also von derselben verbalen Gaunerei - der Wille des Volkes gleicht dem Willen jedes seiner Mitglieder - Gebrauch wie der Genfer Philosoph, und dies zum selben Zweck: um grundsätzlich jede Sphäre geschützter individueller Rechte abzuschaffen.²⁵

Daß keine grundsätzliche Einengung der Staatsbetätigungen erlaubt ist, war die gewöhnliche Staatsauffassung unter den Kathedersozialisten. Hier folgten sie in den Fußspuren eines ihrer Meister: „Der Staat ist Gott“²⁶ hatte Lassalle erklärt. Schmoller etwa definierte den Staat als „die organisierte Gesamtpersönlichkeit aller.“ (Schmoller, 1870, S. 696) Kurt Eichenberger macht darauf aufmerksam, daß wir hier bereits die Umrisse des „geforderten Staates“ sehen, „des Staates der Gegenwart“ mit seiner „angelegten Allzuständigkeit“, die sich auf „eine bedenkenlose universale Aufgabenzumutung“ stützt. Wie Eichenberger schreibt, unterstellt dieser Ansatz, daß dem Staat „die unbegrenzte Möglichkeit effektiver und effizienter Aufgabenbewältigung auch zugemutet“ wird.²⁷ Doch Brentano, der seiner Arbeit genau diese Annahme zugrundelegt, gibt keinen Grund an, um sie glaubwürdig erscheinen zu lassen. Nichts ist ironischer als seine tatsächliche Methode: Anstatt empirische Belege für die grenzenlose Effizienz des Staates zu liefern, legt dieser Großmeister des Empirismus in pseudo-scholastischer Manier dar, was der Staat „wirklich“ ist und wie sein „wahres“ Wesen die zentrale Lenkung der Gesellschaft mit sich bringt.

Von oberflächlichen Bezugnahmen auf die angebliche Effizienz der preußischen Armee, Eisenbahn und Bürokratie abgesehen, erbrachten die Kathedersozialisten niemals einen Beleg für ihre Prämisse, daß der Staat nach Belieben in Wirtschaft und Gesellschaft eingreifen sollte. In ihrer Nachfolge haben Generationen von staatsorientierten Gesellschaftswissenschaftlern in gleicher Weise einfach „eine positive Einstellung zum Wohlfahrtsstaat als Hilfsmittel zur schrittweisen Reform“ übernommen, ohne sich die Mühe zu machen, eine empirisch

²⁵ Brentano scheint zwischen Phasen größerer und geringerer Staatsorientierung hin- und hergerissen gewesen zu sein. Schmoller sah sich zumindest einmal zur Klage über seine „manchesterlichen“ Neigungen genötigt; vgl. Sheehan (1966, S. 82f.). Anstatt auf staatliche Betätigungen in dem von den anderen vertretenen Umfang, legte Brentano gewöhnlich mehr Gewicht auf die Rolle, die die Gewerkschaften bei der Anhebung des Lebensstandards der Arbeiter spielten.

²⁶ Mayer (1911, S. 196): „Wenn [Julius] Frese [Herausgeber der *Demokratischen Korrespondenz*] ihm öfters einwarf, er mute dem Staate unmögliches zu, so soll er ihm ernsthaft erwidert haben: ‚Was wollen Sie? Der Staat ist Gott!‘“

²⁷ Eichenberger (1977, S. 104, 111). Auf S. 104 stellt Eichenberger heraus, daß das teilweise unter dem Einfluß von „Lehren, die Staat und Gesellschaft nicht mehr unterscheiden wollen [...]“ erfolgt ist.

gestützte Theorie zu entwickeln, die ihre Befürwortung einer unbegrenzten Reihe staatlicher Maßnahmen rechtfertigen könnte (Blau, 1989, S. 27f.).

Die Kehrseite der kathedersozialistischen Staatsanbetung war die Herabsetzung der bürgerlichen Gesellschaft, besonders die sich selbst ordnende Marktwirtschaft. Selbst die „ältere historische Schule“ - vor allem Hildebrand - hatte sich gelegentlich in offener Feindschaft zur Marktordnung gezeigt (Pankoke, 1970, S. 140ff.). Mit den Kathedersozialisten - die stark von Marx und Lassalle, wie auch von Lorenz von Stein, Schäffle, Rodbertus und anderen Kritikern des Kapitalismus beeinflusst waren - wurde diese Neigung ausgeprägter. Häufig spiegelten ihre Lehren die der Sozialisten wider. Schmoller, Wagner und anderen zufolge wohnte der kapitalistischen Gesellschaft die Tendenz zur Vertiefung der Einkommensunterschiede inne, was vom Verschwinden der Mittelklassen begleitet werde. 1876 pflichtete Schmoller in seinem Streit mit Treitschke der Theorie von der Verelendung der Proletarier bei. Wie er versicherte, ging angeblich aus Arbeitsmarkt- und Verbrauchsstatistiken hervor, daß „die großen Einkommen und Vermögen bedeutend rascher wachsen, als der Gesamtwohlstand, und daß daneben die Klasse der Bevölkerung, die ohne Besitz von der Hand in den Mund lebt, heute sowohl absolut, als relativ eine größere ist, als vor 10, vor 30 und 40 Jahren.“ Kurz, er behauptete, daß die Armut in Deutschland seit den 1830er Jahren gewachsen sei (Schmoller, 1898, S. 175). Auch Wagner griff die Verteilung im freien Markt an, indem er Marx und Lassalle beschwor und die grundsätzliche Richtigkeit ihrer Kritik und - stillschweigend - der Marxschen Mehrwertlehre bestätigte (Kirchgässner, 1991, S. 87f.).

Schmoller blickte wohlwollend auf die deutschen Sozialdemokraten - solange sie sich revolutionärer Betätigungen enthielten. Wenn sie weiterhin Führern wie Bebel, Vollmar, Auer und Bernstein folgten, behauptete Schmoller, „so ist die Gefahr für unser Staatsleben und unsere Volkswirtschaft so ziemlich beseitigt.“ (Schmoller, 1913, S. 302) Für ihren Teil zogen die Sozialdemokraten, wie ein Kritiker bemerkte, „nur die praktischen Konsequenzen aus den allgemeinen Sätzen, welche die Kathedersozialisten aufgestellt haben.“ (Pohle, 1911, S. 29, Fn. 1) Im Wettbewerb um die öffentliche Meinung erwies sich diese gegenseitige Bestärkung für beide Seiten als zweckdienlich: Verlierer waren lediglich die doktrinären Liberalen, die, wie Katheder- und Straßensozialisten übereinstimmend fanden, sowieso bloß Apologeten des verrufenen kapitalistischen Regimes waren.

Wie sehr Schmoller das Recht auf Privateigentum abwertete, veranschaulicht eine Erklärung, die zugleich für die Schriftsteller der historischen Schule charakteristisch ist:

„Das Eigentum ist kein absolutes; der Wert des Eigentums ist immer mehr Folge der Gesellschaft als Verdienst des einzelnen; jeder einzelne ist der Gesellschaft und dem Staate so tausendfach verpflichtet, daß sein Eigentum nur denkbar ist mit weitgehenden Verpflichtungen und Lasten gegen das Ganze.“ (Schmoller, 1870, S. 686; Philippovich, 1908, S. XXXI: 45).

Ebensowenig wie dem österreichischen Kathedersozialisten Eugen von Philippovich, der ihn zustimmend zitierte, noch wie Brentano, der in dieser Hinsicht dieselbe Meinung vertrat,²⁸ kam es Schmoller in den Sinn, daß diese Überlegungen - wenn sie stimmten - auch für den Gebrauch der geistigen und wahrscheinlich für den der körperlichen Fähigkeiten des Individuums zuträfen. Die Schlußfolgerung, daß die „Gesellschaft“ (d.h. der Staat) über das Eigentum des Individuums nach Belieben verfügen dürfe, galt mithin auch für seine Person. Doch was könnte das anderes bedeuten, als daß jedes Individuum als Sklave des Staates angesehen werden mußte? Spätere und konsequentere deutsche Verehrer des „irdischen Gottes“ zögerten nicht, diese Folgerung zu ziehen.

Der Essay, in dem Philippovich sich Schmollers Untergrabung des Eigentumsrechtes zueigenmachte, trug den Titel „Das Eindringen der sozialpolitischen Ideen in die Literatur“ und wurde 1908 in einer Festschrift für Schmoller veröffentlicht. Er zeigt, daß die Geisteshaltung, die nach der Beschreibung Andreas Voigts für die „heroische Zeit“ des Kathedersozialismus typisch war, damals in voller Blüte stand, denn der Angriff auf Privateigentum und Marktwirtschaft ist hier brutal und unnachgiebig (*von Philippovich*, 1908, S. 1ff.).

Philippovich skizziert mit größter Sympathie die sozialen Ideen von Heinrich Ahrens, Lorenz von Stein, Albert Schäffle und anderer früher Schriftsteller, die das Denken der Generation Schmollers und seiner Kollegen vorgeprägt hatten. Die klassische Ökonomie ist, so meint er, als eine bloße „Wissenschaft der Habsucht und des Geizes“ (*von Philippovich*, 1908, S. 27) zu verwerfen. In seiner Darstellung ist die kapitalistische Gesellschaft von Klassenkämpfen gespalten, sie unterdrückt den Arbeiter und ist in ihrer gegenwärtigen Form dem Untergang geweiht. Philippovich pflichtet Schäffles Auffassung bei, daß „die zentrale Organisation des Staates [...] alle autonomen Organisationen der Gesellschaft unter sich und mit der eigenen zentralen Einheit verbinden [muß],“ (*von Philippovich*, 1908, S. 31) und er stimmt mit dem grundlegenden Prinzip der Kathedersozialisten überein, daß man „an die Stelle der Rivalität und Konkurrenz eine wahrhafte Organisation aller Gebiete menschlicher Tätigkeit setzen“ (*von Philippovich*, 1908, S. 20) muß.

Man kann Philippovichs ganzen Essay lesen und zu dem Schluß kommen, daß Kapitalisten und Unternehmer nichts anderes betreiben als die Unterdrückung der Arbeiter und die heimliche Planung der Vernichtung ihrer geschäftlichen Rivalen durch erbarmungslose Konkurrenz. Der Essay besteht in weiten Teilen aus Phrasen wie „die wachsende Kluft zwischen arm und reich,“ „die unaufhörlich wachsende Ungleichheit der Klassen,“ „Massenarmut, Aufreißung des Mittelstandes

²⁸ Brentano (1871, Bd. 2, S. 337), wo er über den Besitzer schreibt: „Allein selbst wenn sein Vermögen das Resultat seines eigenen Wirkens ist, so ermöglichte doch nur das Gemeinwesen dessen Ansammlung und die Erhaltung des Angesammelten. Der Besitzer eines Vermögens ist deshalb in keiner Weise berechtigt, dasselbe als ihm zum beliebigen Gebrauche gegeben zu betrachten, sondern nur als von der Gesellschaft ihm anvertraut, um es an deren größten Nutzen und Frommen zu verwalten.“

und ungeheure Vermögensungleichheit durch die Herrschaft des freien Wettbewerbs,“ „der anarchische Zustand ungebundener Konkurrenz und Freiheit,“ „die Ordnung der Gesellschaft beruht auf der Herrschaft des Kapitals über die Arbeitskraft,“ „die Willkür hartherziger Geldsäcke,“ „die wertvollen wissenschaftlichen Ergebnisse der sozialistischen Literatur,“ „der Nihilismus des *laissez faire*“ und - hiermit für Politiker und Bürokraten die Tore zur unbegrenzten Verfügung über das Vermögen jedes Gesellschaftsmitglieds öffnend - „die heutige regellose, fast bloß vom Zufall abhängige Verteilung in der Gesellschaft.“²⁹

Wie die anderen Kathedersozialisten verwarf Philippovich gelegentlich der Form halber den Marxismus und brachte seinen Glauben an eine auf dem Privateigentum beruhende Wirtschaft zum Ausdruck. In der Tat war er im Kern keineswegs so staatsorientiert wie die meisten Mitglieder der Schule: Mit seinem volkswirtschaftlichen Lehrbuch - um die Jahrhundertwende das in Deutschland meistverwendete Grundlagenwerk - führte er die Grenznutzenlehre der Österreichischen Schule an deutschen Universitäten ein, und er erfreute sich großer Bewunderung durch Ludwig von Mises, dessen Lehrer er war.³⁰ Umso bedeutender ist daher der bittere Haß gegen die freie Gesellschaft und das autonome Individuum, den sich Philippovich in seiner Ehrung an Schmoller zu zeigen erlaubte.

Am Schluß des Essays wird der Zweck von Philippovichs kathedersozialistischer Ideologie deutlich. Es ist notwendig, behauptet er, daß „das Prinzip der Gerechtigkeit [...] die gesellschaftlichen Lebensbedingungen so ordnet, daß Verdienst und Macht, Leistung und Besitz und Einkommen, gesellschaftlicher Wert und soziale Stellung der Menschen immer mehr zusammenfallen.“ (von Philippovich, 1908, S. 50)

Philippovich läßt allerdings außer acht, daß es zumindest zwei wichtige Probleme bei diesem „Prinzip“ gibt. Wenn die auf dem Markt von den Marktteilnehmern getroffenen Verteilungsentscheidungen abgelöst werden sollen, muß der neue Standard willkürlich gesetzt werden. Schmoller hatte etwa vom „Durchschnitt der Hohenzollern“ den Eindruck, „daß ihr Einkommen mir durchaus nicht zu groß gegenüber ihrem Verdienst erscheint.“ (Schmoller, 1898, S. 82) Doch einem solchen Urteil werden kaum alle zustimmen. Unter demokratischen Bedingungen würde der Streit darüber, wessen Urteile über Leistung und Anstrengung schließlich die Vermögensverteilung bestimmen sollten, einen echten und wilden Kampf ums Dasein zur Folge haben.

²⁹ Daß der Anteil, den „Glück“ und „Zufall“ am Einkommen und Vermögen haben, im Interesse sozialer Gerechtigkeit unterdrückt werden muß, wurde von Gustav Schmoller in seiner Antwort auf Treitschke betont, in Schmoller (1898, S. 1ff.). Das Ausmaß an Macht, das solch ein Programm jenen verschaffen würde, die mit der Unterscheidung zwischen „Glück“ und „Zufall“ einerseits und „Leistung“ und „Anstrengung“ (sic) andererseits betraut sein würden, stellte für Schmoller kein Problem dar - vermutlich ob seines grenzenlosen Vertrauens in die preußische Bürokratie.

³⁰ Vgl. von Mises (1926, S. 53ff.); zu Philippovichs *Grundriss der politischen Ökonomie* siehe von Hayek (1992, S. 47).

Zudem sagt Philippovich selbst, daß der von ihm empfohlene gewaltige Wandel nur vom „Staat als Verwalter der Gerechtigkeit“ (*von Philippovich*, 1908, S. 19) besorgt werden könne. Der Gipfel einer solchen Sozialphilosophie ist die wachsende Macht des Staates, die - von Bürokraten und Professoren oder vielleicht professoralen Bürokraten - ausgeübt wird, um jeden Aspekt jeder Person in jeder Lebenslage so zu überblicken und zu lenken, daß am Ende „verteilende Gerechtigkeit“³¹ erreicht wird. Wahrscheinlich war es unnötig, daß Philippovich darauf hinwies, daß es für Schäffle, Wagner, Schmoller und die ganze Schule unabdingbar war, „daß das Individuum sich nicht als Selbstzweck, sondern nur als Glied der Gemeinschaft erkenne.“³²

Die Bereitschaft deutscher Ordinarien, sozialistische Lehren heranzuzüchten, ist erstaunten ausländischen Beobachtern nicht entgangen. Der Schwede Gustav Cassel fand es bedauerlich, daß deutsche Akademiker das „mystische Gerede“ und die „sophistischen Gedankengänge“ (*Cassel*, 1957, S. 33) des Marxismus immer noch als „wissenschaftlichen Sozialismus“ bezeichneten. Cassels Landsmann Knut Wicksell beobachtete, der deutsche Sozialismus mache „immer mehr Adepten, auch unter den Gelehrten [...] man trifft nunmehr sehr oft sozialistische Argumente, sogar die am wenigsten haltbaren, unter irgend einer Verkleidung in der deutschen Professorenliteratur.“ (*Wicksell*, 1933, S. 4, Fn. 1) In Rußland schalt der große liberale Rechtsphilosoph Boris Tschitscherin die Kathedersozialisten dafür, daß sie den Sozialisten Arbeit abnähmen, indem sie den Staat als einzige Quelle des Rechts verherrlichten (*Walicki*, 1992, S. 145). In Lausanne spottete Vilfredo Pareto über die deutschen Professoren ob ihrer Schwärmerei für den Staat und ihrer ethischen Anmaßungen. Er verhöhnte sie, „sich eine ‚der ethische Staat‘ genannte Theorie ausgedacht zu haben, die sicherlich der weltfremdeste Traum ist, der jemals in einem menschlichen Hirn herumgespuht hat; und es ist wahrscheinlich wegen ihrer Verachtung aller der Lehren der Geschichte in dieser Hinsicht, daß sie sich den Titel der ‚historischen Schule‘ gewähren.“ (*Pareto*, 1897, S. 54)

Es kann vielleicht nicht überraschen, daß die schärfste Kritik eine Generation zuvor von Francesco Ferrara, dem Wortführer der italienischen Ökonomen und

³¹ Vgl. z.B. auch *Schmoller* (1898, S. 76): „Die Gesetzgebung ist allmächtig; ihr Direktiv ist das Prinzip der Gerechtigkeit, sie wird zu jeder Zeit beherrscht von der Art, wie das Prinzip der Gerechtigkeit in den leitenden Geistern und der öffentlichen Meinung einer Zeit aufgefaßt wird.“

³² *von Philippovich* (1908, S. 49). Es ist atemberaubend, mit welcher lässigen Unbekümmertheit die Kathedersozialisten ethische „Ideale“ aufstellten, die eine durchgreifende Politisierung der bürgerlichen Gesellschaft mit sich brachten. Albert Schäffle zufolge dürfe etwa „der Preis der Arbeitskraft nicht mehr nur nach dem marktwirtschaftlichen Spiel von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage kalkuliert werden. Vielmehr sollte ein neuer ‚sozialer oder gesellschaftlicher Standpunkt‘ der Nationalökonomie begründet werden, von dem aus die menschliche Leistung nicht nach ihrem momentanen Verkaufspreis, sondern nach ihrem gesellschaftlichen Stellenwert im arbeitsteiligen Gefüge ‚bewertet‘ werden könnte.“ *Pankoke* (1970, S. 155).

zählen Verteidiger des *Laissez-faire*-Prinzips vorgebracht wurde. Ferrara verspottete den ausgesuchten Respekt, mit dem deutsche Professoren sozialistische Schriftsteller und ihre Lehren behandelten: Die Deutschen sprächen von den „edlen und großen Gedanken“ der sozialistischen Schule, den „großen Diensten“, die sie der Wirtschaftswissenschaft geleistet hätte und von der „Gewandheit ihrer Kritik.“ „Was wir für kindische Paradoxien [des Sozialismus] halten, wird zu ‚offenkundigen Wahrheiten‘ erklärt, seine Klagen und Flüche zum Schrei recht-schaffenen Leidens, das von ‚positiven und unbestreitbaren Tatsachen‘ herrühre.“ (Ferrara, 1874, S. 986) Ferrara fügt hinzu, daß „diese frechen Verteidiger des Realismus, wie sie sich selber betiteln,“ in ihrer Neigung zu staatlichem Paternalismus „das Wahngebilde eines wahrlich geheiligten Staates ausgebrütet haben.“ (Ferrara, 1874, S. 993)

III. Die ersten Vertreter des Sozialimperialismus

Die Rolle der Kathedersozialisten als Agitatoren für den Wohlfahrtsstaat ging mit einer weiteren selbst auferlegten politischen Funktion einher, - die der Propaganda für die Weltpolitik Wilhelms II. Die Kathedersozialisten waren somit - um einen in den 1960er Jahren in den USA gebräuchliches Wortspiel zu verwenden - die erste Schule moderner *Welfare-Warfare Intellectuals*, d.h. Denker, die gleichzeitig Fürsprecher des Wohlfahrtsstaates als auch des Imperialismus waren.

Als sich Wilhelm II. zu Beginn der 1890er Jahren der Weltpolitik zuwandte, hatte er es mit einer weitgehend apathischen, wenn nicht sogar feindlich gesinnten Öffentlichkeit zu tun. Weltpolitik setzte eine mächtige deutsche Hochseeflotte voraus, aber dafür, klagte der Kaiser, fehlte „auch dem gebildeteren Teile der Bevölkerung“ jegliches Verständnis (Deist, 1976, S. 32). Ohne Unterstützung der Öffentlichkeit für den ersehnten Flottenbau konnten ihn seine Widersacher im Reichstag in Frage stellen (Deist, 1976, S. 34). Die Sozialdemokraten waren natürlich unerbittliche Gegner der Flottenpläne wie auch der Weltpolitik im allgemeinen, doch es besteht kein Zweifel daran, daß aus Sicht der Marine Eugen Richter, der Führer der konsequent Liberalen, der gefährlichste Kritiker war. Angesichts seiner Stellung im Reichstag, seiner Berliner Tageszeitung *Die Freisinnige Zeitung* und nicht zuletzt seiner bis ins einzelne gehenden Kenntnis der einander folgenden Flottenvorlagen, war Richter ein Haupthindernis für des Kaisers Pläne.³³

„Das Volk,“ bemerkte der Kaiser, mußte „gleichsam gegen den Reichstag orientiert und insurgiert werden.“ (Deist, 1976, S. 108) Um das zu erreichen, sollten Meinungsführer für die Sache der Weltpolitik gewonnen werden. Um die „Aufklärung“ zu verbreiten und um dem Einfluß Richters und anderer entgegen-

³³ Von Tirpitz (1920, S. 9, 98, Fn. 1, S. 99) und Deist (1976, S. 121f.). Weitere Aspekte von Richters Haltung zu diesen Fragen werden im 3. Kapitel des vorliegenden Bandes erörtert.

zuwirken (von Tirpitz, 1920, S. 98, Fn. 1), schuf der neue Marinechef Admiral Alfred von Tirpitz ein Nachrichtenamt unter Leitung des Korvettenkapitäns August von Heeringen. Mit Beginn der Arbeit im Herbst 1897 genoß die Anwerbung prominenter akademischer Persönlichkeiten höchste Priorität, um den von Tirpitz vorwurfsvoll so genannten „verkümmerten Welthorizont des Volkes“ zu weiten. Heeringen „reiste in den Universitäten umher, wo“, wie sich Tirpitz mit Befriedigung erinnerte, „sich fast alle Nationalökonomien bis zu Brentano hin in großartiger Weise zur Unterstützung bereit fanden.“ Schmoller, Wagner, Sering und andere erklärten sich dienstwillig, jedes ökonomische Argument zu liefern, das für den Flottenbau benötigt würde.³⁴ Der alte Albert Schäffle wurde vorgeführt, um dem Kreuzzug noch mehr Glanz zu verleihen. Selbst Lujo Brentanos bekannte Anglophilie hinderte ihn nicht daran, sich der Propaganda für eine immer größere Marine anzuschließen; noch bis 1914 sah Brentano keinen Grund dafür, daß das Programm irgendeinen ungünstigen Einfluß auf die deutsch-britischen Beziehungen ausüben könnte (Sheehan, 1966, S. 179f., 183).

Die Kathedersozialisten wurden zu unverfrorenen „Flottenprofessoren“, wie sie Friedrich Naumann, der ihre Ansichten teilte, liebevoll nannte; in vertraulichen Mitteilungen der Marine wurden sie ungezwungen als „unsere guten Freunde“ bezeichnet. „Es gelang dem Nachrichtenbureau, für die ‚Kampagnen‘ zu den beiden Flottengesetzen die Professorenschaft als die führende Kraft der Marinepropaganda zu gewinnen.“ Mit Hilfe dieser vornehmen Persönlichkeiten aus der akademischen Welt, den Vertretern der großen Universitäten Deutschlands, wurde „eine publizistische Lawine ausgelöst.“ (Deist, 1976, S. 102) Die Professoren - besonders in Berlin - ließen nicht einmal davon ab, die Marineagitation in ihre Vorlesungen und Lehrbücher einfließen zu lassen.

Das Vergnügen, das die Kathedersozialisten bei ihren Bemühungen empfanden, erhöhte sich noch durch den Umstand, daß dies eine weitere Front war, an der sie die Obsolenz und Unzeitgemäßheit des alten Liberalismus beweisen konnten. „Manchestertum“ - die Lehre Cobdens, Brights und Bastiats - hatte stets zwei Aspekte: im Inland *Laissez-faire* und auswärts Nichtintervention und Anti-Imperialismus. Genau wie er in der sozialen Frage versagt hatte, meinten die Kathedersozialisten mit Häme, zeige sich der *Laissez-faire*-Liberalismus als völlig unfähig, den Herausforderungen der modernen Welt auf internationaler Ebene zu genügen.

Im Denken der Kathedersozialisten gab es eine natürliche Verbindung zwischen Sozialreform und Imperialismus. Sie und ihre Verbündeten - vor allem der Politiker und Publizist Friedrich Naumann - waren in Deutschland die wichtigsten Beispiele für das Phänomen des „Sozialimperialismus“, der damals in allen Großstaaten auftauchte (Semmel, 1960; Baumgart, 1982, S. 65ff.). Im sozialimperialistischen Denken ist Weltpolitik, als Instrument zur Förderung deutscher

³⁴ Von Tirpitz (1920, S. 95f.). Wagners Spezialität lag darin, zu beweisen, daß es für Deutschland ein Leichtes war, die gewaltigen neuen Flottenausgaben aufzubringen; Ascher (1963, S. 297).

Wirtschaftsinteressen, eine Voraussetzung für die Ausweitung der Sozialpolitik. Andererseits erfordert der Drang zur Schaffung einer Weltmacht die Unterstützung der breiten Massen, denen im Gegenzug Vorteile verschafft werden müßten. Außerdem würde der Staat mit der Ausdehnung in Übersee auch zu Hause wachsen, und „in der Machtsteigerung des Staates [liege] die beste Gewähr für die Verbesserung ihrer [d.h. der Arbeiter] Lebenshaltung“. (*Marienfeld*, 1957, S. 58; vgl. auch S. 56ff.) Wie in anderen Ländern wiesen die Sozialimperialisten in Deutschland kaum einmal auf die *Kosten* von Militarismus und Imperialismus hin, die von Arbeitern und der übrigen Bevölkerung in Form von Steuern und entgangenen Kapitalinvestitionen im Privatsektor zu tragen waren. Jedenfalls waren die Industriearbeiter unter der Führung Bebels und Liebknechts nicht für die grandiosen Pläne der Professoren zu haben.

Als sich das Ausmaß von Tirpitzens Programm nach anfänglicher Geheimhaltung allmählich herausstellte, wurden die dafür vorgebrachten Argumente ehrgeiziger. Zunächst war weitgehend von der Verteidigung Deutschlands, besonders des sich ausweitenden Handels mit Übersee die Rede. Nun wurde mehr und mehr auf Deutschlands „Weltruf“ und „Weltgeltung“ (*vom Bruch*, 1980, S. 89) verwiesen. Unter der Führung Schmollers und Wagners predigten die Kathedersozialisten die Notwendigkeit überseeischer Kolonien; besonders Schmoller war bezaubert von der Vorstellung, eine Kolonie mit zwanzig oder dreißig Millionen Deutscher in Südbrasilien zu begründen.³⁵ Viele Kathedersozialisten wandten sich mit ätzender Propaganda gegen England als den „treulosen Raubstaat.“ Das Kriegsrisiko, das Deutschland mit seiner Weltpolitik einging, konnte die Professoren nicht schrecken. Als Neo-Merkantilisten behaupteten sie, daß gelegentliche Kriege die unvermeidliche Begleiterscheinung des Wirtschaftswachstums seien. Schmoller schrieb:

„Alle kleinen, später auch die großen Kulturstaaten haben eine natürliche Tendenz, ihre Grenzen hinauszurücken, an Meere und große Ströme zu kommen, Handelsniederlassungen und Kolonien draußen in der Welt zu erwerben. Und da stoßen sie stets auf fremde Völker, mit denen sie sich vertragen, häufiger aber kämpfen müssen. Wirtschaftliche Entwicklung und staatliche Expansion, Handelsfortschritt und Machtsteigerung sind meist unlöslich verbunden, auch da, wo der oberflächliche Blick nur Machtfragen sieht.“ (*Schmoller*, 1920, S. 114f.)

Die alte Volkswirtschaftslehre war in der Tat überwunden - nicht nur die Ökonomie von Cobden und Bastiat, sondern auch die von David Hume und Adam Smith, von Turgot, Schlettwein und Mauvillon. Von nun an sollten die Nationen einander nicht mehr als Freunde und als Quellen gegenseitigen Wohlstands betrachten, sondern als Feinde und natürliche Rivalen um die begrenzten Güter

³⁵ *Schmoller* (1920, S. 19). Die Kolonisierung des südlichen Brasiliens war Teil einer weitreichenden Weltpolitik, die Schmollers Meinung nach unerläßlich war, da die Bevölkerung Deutschlands in den nächsten hundert Jahren auf 100-150 Millionen anwachsen würde; (ebenda, S. 6).

auf Erden. Der Weg, der die Welt zum August 1914 führen sollte, wurde nun auch intellektuell geebnet.

Nachdem sie sich in die Schlacht um die Flotte gestürzt hatten, entdeckten die Reformprofessoren, daß ihre Stellung als Vertreter, wenn nicht gar als wahre Verkörperung der deutschen „Wissenschaft“ von unschätzbarem Wert für die gemeinsame Sache war. „Mit einer wahren Flut von Vorträgen, Gutachten, Aufsätzen, Broschüren und Büchern haben sie sich in den Dienst der Sache gestellt und in jener wissenschaftsfreudigen und wissenschaftsgläubigen Zeit entscheidenden Anteil an der Verbreitung und Festigung des Flottengedankens im Bewußtsein der Öffentlichkeit gewonnen.“ (*Marienfeld*, 1957, S. 7) Die Debatte drehte sich häufig um Fragen wie das künftige Bevölkerungswachstum in Deutschland, den Bedarf an Rohmaterialien und das industrielle Wachstum des rivalisierenden Auslands. All das verschaffte ihrem vermeintlichen Expertentum zusätzliches Ansehen. Daß Schmoller und seine Verbündeten nur wegen ihres politisch erworbenen Quasi-Monopols im Hochschulwesen so leicht für „die Wissenschaft“ sprechen konnten, war etwas, wovon die Öffentlichkeit nichts ahnte. Ebenso wenig war sie sich ganz über das Ausmaß im Klaren, in dem nicht die Wissenschaft, sondern Werturteile über Verteilungsgerechtigkeit und Deutschlands rechtmäßigen Platz in der Welt die von den Kathedersozialisten propagierte Politik bestimmten.

Die Bemühungen der Professoren erfreuten sich eines irrwitzigen Erfolges. Eine Denkschrift des Marineministeriums vom September 1900 berichtete triumphierend über das Ergebnis der beispiellosen „Mobilisierung“ des deutschen Professorats: „das deutsche Volk [...] in seinen gebildeten Kreisen“ war nun „fast ganz von der Notwendigkeit einer *allen* Eventualitäten gewachsenen Flotte“ überzeugt (*Deist*, 1976, S. 104. Hervorhebung im Original). Tirpitz war zufrieden: „Auch war namentlich dank der Mitarbeit der Nationalökonomien die öffentliche Meinung in stärkerem Umfang gewonnen, als wir selber erhofft hatten.“ (*von Tirpitz*, 1920, S. 105)

IV. Reaktionen gegen den Kathedersozialismus

Der Aufstieg der Kathedersozialisten zu Einfluß und Macht blieb in Deutschland nicht ohne Gegenströmungen. 1872 veröffentlichte Heinrich Oppenheim, ein liberaler Publizist und enger Freund Ludwig Bambergers, eine Sammlung polemischer Essays, die er mit dem Titel *Der Katheder-Sozialismus* versah, wodurch der Bewegung der Name gegeben wurde, den sie künftig tragen sollte.³⁶ Zu diesem frühen Zeitpunkt beklagte Oppenheim bereits, daß die Kathedersozialisten ein liberales Rezept - die akademische Freiheit - mißbrauchten, um ihre monopolistische Beherrschung der Hochschulen sicherzustellen. Das verletze eine andere

³⁶ *Oppenheim* (1872). Zu Oppenheim siehe *Hentschel* (1976, S. 299ff.).

Freiheit, versicherte Oppenheim: die Freiheit der *Studenten*, von verschiedenen Blickwinkeln aus zu lernen (*Oppenheim*, 1872, S. 6f.).

Oppenheim tadelte „den großen Arbeiterfreund“ Adolph Wagner, der bezweifelte, daß „die unbeschränkte Freizügigkeit und Verehelichungsfreiheit zu den segensreichen Neuerungen gehören.“ Er wirft ihm vor, er wolle „seinen Schützlingen“ „die ersten Menschenrechte“ entziehen, die der Wirtschaftsliberalismus „zu allgemeiner Geltung und Verwirklichung“ (*Oppenheim*, 1872, S. 58) gebracht hat.

Oppenheim räumt ein, daß der Staat wichtige „sittliche Aufgaben“ habe, die sich mit steigender Kultur ausweiten, und daß das Recht auf Privateigentum für die Liberalen „kein religiöses Dogma“ sei (*Oppenheim*, 1872, S. 38). Mit weltmännischer Geste verneint er, daß es bei diesen Fragen um so etwas Unrealistisches wie einen *Grundsatz* ginge. Er selber ist Fabrikgesetzen, der englischen Gesundheitspflege-Gesetzgebung und sogar einer mäßig progressiven Einkommenssteuer durchaus zugeneigt. Die „Erziehungsgewalt des Staates“ läßt er ebenso gelten wie dessen Recht, „den Arbeitsvertrag seiner Kontrolle zu unterwerfen.“ (*Oppenheim*, 1872, S. 8f., 33ff.)

Trotz dieser potentiell gefährlichen Zugeständnisse weist Oppenheim eindringlich darauf hin, daß die von den Kathedersozialisten ständig wiederholten Verwünschungen gegen Bourgeoisie und Kapitalismus grundlos und kontraproduktiv seien: Ein höherer Lebensstandard für die Massen hänge vom Fortschritt in jenem gesetzlichen System ab, das auf Eigentumsrechten und Vertragsfreiheit für alle Marktteilnehmer beruhe. Der Staat könne Beistand leisten, indem er Selbsthilfeorganisationen fördere, Volksschulen einrichte und den Frieden sichere (*Oppenheim*, 1872, S. 18f., 50f.). Doch grundsätzlich liege die Lösung für die Not der Arbeiter im Individualismus, nicht im Kollektivismus; indem sie dies bestritten, gäben Kathedersozialisten, wie Wagner, der aufkommenden sozialistischen Bewegung Hilfe und Stärkung.³⁷

Oppenheims Angriff auf die Kathedersozialisten fand in von Liberalen herausgegebenen Zeitschriften, so der *Ostsee Zeitung* und der *Breslauer Zeitung* von Bamberger, W.E. Eras, Alexander Meyer und anderen, Unterstützung.³⁸ Doch in

³⁷ Interessanterweise scheint Oppenheim das Problem der Wirtschaftsrechnung bei staatlichem Eigentum an den Produktionsmitteln, das später von Ludwig von Mises als das Hauptargument gegen den Sozialismus angeführt wurde, erahnt zu haben. Wagners Hinweis auf die eventuelle Notwendigkeit, den ganzen städtischen Grund in das Eigentum der Gemeinde oder des Staates zu überführen, kommentiert Oppenheimer: „Und wenn das Privatgrundeigentum erst ganz abgeschafft ist, wie soll dann der Staat oder die Gemeinde den Preis des Terrains berechnen?“ (*Oppenheim*, 1872, S. 70).

³⁸ Bei der Erörterung der Angriffe dieser Liberalen auf die Kathedersozialisten behauptet *Sheehan* (1966, S. 63): „Diese Männer vertraten die wirtschaftlichen Interessen in Deutschland - hauptsächlich aus dem Finanz- und Bankbereich - die bei einer Revision der liberalen Wirtschaftspolitik des Reiches am meisten zu verlieren hatten.“ *Sheehan* gibt jedoch keinen Beleg für seine Andeutung, daß die Gegnerschaft zu den Kathedersozialisten dem Bedürfnis

den folgenden Jahren war es der Verein für Socialpolitik, der aufblühte, während es mit dem liberalen Kongreß deutscher Volkswirte zu Ende ging, bis er nach 1883 seine Tätigkeit einstellte. Es war klar, „daß die deutsche nationalökonomische Wissenschaft vollständig auf dem Boden der Sozialpolitik stand,“ (von *Philippovich*, 1908, S. 48) während die *Laissez-faire*-Liberalen, die ohnehin meist Journalisten und Politiker waren, ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung verloren.

1899 warf Julius Wolf, ein Verehrer Bismarcks, die Frage auf, warum der große Kanzler in seinen gerade veröffentlichten *Gedanken und Erinnerungen* seine Sozialreformen der 1880er Jahre nicht einmal erwähnte. Das führte Wolf zu einer Erörterung von Bismarcks allgemeiner Haltung zur Sozialpolitik, wobei der Autor sich die größte Mühe gab, sie von der der Kathedersozialisten zu unterscheiden. In seiner Zeit als Sozialpolitiker - so Wolf - schenkte Bismarck den „Produktions-, Konkurrenz-, Preisverhältnissen im Lande [noch größere Aufmerksamkeit][...] wie dies der Kathedersozialismus im allgemeinen nicht getan hat.“ (Wolf, 1899, S. 482f.) Von hier aus ist, Wolf zufolge, Bismarcks wohlbekannte Gegnerschaft zur Ausweitung des Arbeitsschutzes zu erklären. In Bismarcks Worten:

„Wo ist die Grenzlinie, bis an welche man die Industrie belasten kann, ohne dem Arbeiter die Henne zu schlachten, die ihm die Eier legt? [...] Schwindet ihr Gewinn [d.h. der der Industrie], so tritt das Unglück für den Arbeiter ein, welches meines Erachtens viel größer ist als die lange Dauer der Arbeitszeit, nämlich die Gefahr der Brotlosigkeit mit dem Übergangsstadium der Lohnverringerung.“ (Wolf, 1899, S. 486f.)

Nach Wolfs Interpretation durchlief Bismarck in der Entwicklung seines wirtschaftspolitischen Denkens eine Anzahl von Phasen. Als er einsah, daß man durch Sozialreformen die Massen nicht den Sozialisten abspenstig machen könne, leitete seine Enttäuschung die letzte dieser Phasen ein - eine gänzliche Verwerfung jeder weiteren Sozialpolitik. Diese Haltung fand ihren Niederschlag in Bismarcks Opposition gegen die Vorschläge des neuen Kaisers, die einen weitergehenden Arbeitsschutz in Form einer Begrenzung der Arbeitsstunden und -tage für Männer, Frauen und Kinder anstrebten und die besonders in der Kronratssitzung vom 24. Januar 1890 deutlich wurden. Der alte Kanzler bewies in ökonomischen Dingen einen gesunden Menschenverstand, der den meisten akademischen Ökonomen fehlte:

„Ich glaube nicht, daß der Arbeiter an sich dankbar dafür ist, daß man ihm verbietet, Geld zu verdienen an Tagen und in Stunden, wo er dazu geneigt ist [...] Die Ansicht, daß der Arbeiter von dem Arbeitgeber dauernd gezwungen werde, auch gegen seinen Willen zu bestimmten Zeiten zu arbeiten, kann bei der heutigen

entsprang, die Interessen des Großkapitals zu verteidigen. In seiner Broschüre stellt Oppenheim auf S. 51 fest, daß seine Gesinnungsgenossen „beteuern, daß ihnen das Elend der arbeitenden Klassen ebenso warm am Herzen liege, als ihren Widersachern, daß sie nur nicht an die Heilkraft der sozialistischen Panazeen glauben.“ Vgl. auch *Hentschel* (1976, S. 305).

Eisenbahnen und Freizügigkeit doch nur ausnahmsweise bei ganz besondren Arbeits- und Kommunikations-Verhältnissen richtig sein, schwerlich in der Ausdehnung, daß ein die Gesamtheit treffender Eingriff in die persönliche Freiheit dadurch gerechtfertigt erschiene“.³⁹

In Worten, die Richters und Bambergers Kritik seiner eigenen Sozialversicherungsgesetze wiedergaben, schrieb Bismarck, man spreche „von Arbeiterschutz, es handelt sich aber in der Tat um Arbeiterzwang, um den Zwang weniger zu arbeiten,“ und warnte vor den Folgen, vor allem vor der „Steigerung der Erwartungen und der niemals zu befriedigenden Begehrlichkeit der sozialistischen Klassen [...]“⁴⁰ Aber wie Wolf bemerkte: „Die Mittel, dem gefährlichen Zirkel zu entgehen, nennt Bismarck nicht.“ (Wolf, 1899, S. 494)

Einen weiteren Aspekt berührt Wolf, der Bismarckverehrer, jedoch nicht. Bismarck hat Erhebliches dazu beigetragen, den Geist staatlicher Eingriffe zu entfesseln; niemand hatte sich eindrucksvoller als er für die dringende Notwendigkeit ausgesprochen, die „Untertanen“ des industriellen Systems gegen den „mitleidlosen Geldsack“ usw. zu schützen. Jetzt nahm die Bewegung für allseitige staatliche Eingriffe eine Richtung, die er nicht wünschte und die er als schädlich ansah. Bismarck war somit der erste - aber nicht der letzte - Sozialpolitiker, der bedauern sollte, daß die sozialpolitische Woge über jene Grenzen schwappte, die er ihr in seinem eigenen Denken gezogen hatte. Er mag über die Worte Eugen Richters nachgedacht haben: „Denn alles in der Politik zieht seine Konsequenzen auf für diejenigen, die eine solche Politik eingeleitet haben, [auch] wenn sie sie nicht weiter führen wollen.“ (SBR, 1897, S. 296, 300ff.).

Um die Jahrhundertwende begann eine Gruppe jüngerer Ökonomen - in einigen Fällen mit der Unterstützung industrieller Kreise - mit der Kritik der vorherrschenden Schule des Kathedersozialismus. Zu ihr zählten Julius Wolf, Ludwig Pohle und Andreas Voigt (beide von der Universität zu Frankfurt a.M.), Adolf Weber von der Kölner Hochschule, Ludwig Bernhard von der Universität zu Berlin und andere. Mittelpunkt ihrer Betätigungen war die *Zeitschrift für Socialwissenschaft*, die 1898 von Wolf gegründet und bis 1910 von ihm herausgegeben wurde (vom Bruch, 1980, S. 296, 300ff.).

³⁹ Von Bismarck (1932, S. 489ff.). Vgl. von Mises (1932, S. 438f.): „Wohl hat [die Gesetzgebung] immer wieder den Versuch gemacht, im Arbeiterschutz über das Maß dessen, das die Entwicklung der Industrie von selbst brachte, hinauszugehen. [...] Nicht so sehr der Widerstand der Unternehmer hat sie daran gehindert, als der zwar nicht offen gesprochene und nicht offen vertretene, aber dennoch sehr wirksame Widerstand der Arbeiter selbst. Denn die Kosten jeder Arbeiterschutzbestimmung müßten von ihnen nicht nur mittelbar, sondern auch unmittelbar getragen werden. Wenn die Frauen- und Kinderarbeit beschränkt oder ganz beseitigt wurde, belastete dies gerade so den Arbeiterhaushalt wie die Kürzung der Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter.“

⁴⁰ Von Bismarck (1932, S. 492). Vgl. die Bemerkung Bambergers (1898b, S. 327), daß, was die grundsätzlichen Fragen anbelangte, Bismarck selber nicht im mindesten ein Sozialist war; daß er in der Tat sogar Spuren von „Manchestertum“ zeigen konnte, wie bei seinem Widerstand „gegen die Einmischung der Staatsgewalt in den Fabrikbetrieb.“

Wolf hatte - wahrscheinlich zu recht - eine hohe Meinung vom Beitrag, den er selbst dazu leistete, die Herrschaft der Kathedersozialisten zu brechen. Als er in den 1920er Jahren, vom gewandelten Meinungsklima unter Ökonomen, auf die 1890er Jahre zurückblickte, konnte er sein Eintreten für die Marktwirtschaft mit dem Worte Nietzsches als „Umwertung aller Werte“ bezeichnen. Schließlich war er für die „schmutzige Sache [...] des Unternehmertums“ eingetreten, die, wie es in jener Zeit hieß, „im Banne der Marxschen ‚Ausbeutungs-Theorie‘ stand.“⁴¹ Interessanterweise bekannte Eduard Bernstein später, daß Wolfs Werk ihn dabei bestärkt habe, die marxistische Orthodoxie zu hinterfragen.⁴²

1898 brachte Wolf die erste Ausgabe der *Zeitschrift für Socialwissenschaft* heraus - mit einer Reihe kurzer Essays über „Illusionisten und Realisten in der Nationalökonomie.“⁴³ Er kritisierte die Kathedersozialisten dafür, sich bereits früh auf grundlegende marxistische Lehren eingelassen zu haben - so die Verelendung der Arbeiterklasse, den Kapitalismus als moderne Form der Klassenherrschaft, das Lohnsystem als Form der „Sklaverei,“ das Verschwinden der Mittelklasse unter der Geißel der Konkurrenz usw. - um diese Vorstellungen der öffentlichen Meinung einzupflanzen. Daß sich Schmoller, Wagner und andere in neueren Äußerungen von ihrer früheren Haltungen entfernt hätten, sei erfreulich, wenn es auch verspätet erfolgt.⁴⁴ Aber um ihnen nicht zuviel zugute zu halten, sollte man bedenken, daß selbst sozialdemokratische „Revisionisten“ zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt seien. Außerdem litten die Kathedersozialisten immer noch an der „großen Selbsttäuschung unserer Zeit,“ nämlich „die Umkehrung jenes Verhältnisses, dessen, was die Sozialreform vollbringt und zu vollbringen vermag und dessen, was auf Rechnung der Steigerung der Güterproduktivität der Wirtschaftsordnung kommt.“ (Wolf, 1898, II, S. 95; vgl. auch III, S. 253f.)

„Was die auf sich gestellte Sozialreform vermag im *Vergleich* zu dem, was die in der bürgerlichen Wirtschaftsordnung wirksamen Kräfte des technischen Fortschritts durch das Mittel des freien Marktes leisten, auf dem *sozialen* Gebiet leisten, ist gering und unbedeutend.“⁴⁵

⁴¹ Wolf (1924, S. 216, 218). Als Ludwig Bamberger seine *Erinnerungen* (1899, S. 386), verfaßte, sprach er von den frühen 1870er Jahren als von der „Ära der Verleumdung und Verunglimpfung jeder geschäftlichen Tätigkeit, die sich seitdem so mächtig entfaltet hat.“

⁴² Bernstein (1924, S. 20f.), wo Bernstein über die Arbeit Wolfs und drei Schriften von Schulze-Gävernitz (einschließlich *Der Großbetrieb, ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt*) schrieb: „So sehr ich mich innerlich dagegen wehrte, zogen Zweifel bei mir ein an Sätzen, die ich bis dahin für unwiderleglich gehalten hatte [...]“

⁴³ Wolf (1898, Bd. I, S. 4ff.; II, S. 89ff.; III, S. 249ff.; IV, S. 352ff.; V, S. 407ff.; VI, S. 487ff.).

⁴⁴ Wolf bemerkte, daß offensichtliche Tatsachen der kapitalistischen Entwicklung sogar sozialistische Theoretiker wie Eduard Bernstein gezwungen hatten, zentrale marxistische Positionen aufzugeben, Wolf (1898, III, S. 250f.).

⁴⁵ Wolf (1898, II, S. 89. Hervorhebung im Original.) Vgl. das Fazit *Bambergers* (1898a, S. 275): „Das Rätsel der Erhaltung und Weiterentwicklung der Völker, trotz so vieler Mißregie-

Schriftsteller wie Schmoller, erklärte Wolf, hätten nicht die leiseste Ahnung von den wahren Gründen des steigenden Lebensstandards der Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten. Diese dürften nicht in der Sozialpolitik oder in gewerkschaftlichen Betätigungen gesucht werden, sondern in erster Linie in „dem Erfindergenie, dann dem Talent hervorragender Unternehmer, wie dem vermehrten Arbeitsgeschick der Arbeiter, in Verbindung mit der Einrichtung des freien Marktes und des Privateigentum auch an den Produktionsmitteln.“ (Wolf, 1898, II, S. 89f.) Da die Kathedersozialisten typischerweise die Stellung des Arbeiters als Konsument außer acht ließen, würden sie den ihm aus der Sozialpolitik zukommenden Vorteil übertreiben, der „den Vergleich nicht aushalten kann mit jenen, die in der Verbilligung eines wesentlichen Konsumobjekts oder in einer allgemeinen Erhöhung des Lohnstandes enthalten wären,“ was wiederum die natürliche Folge der kapitalistischen Entwicklung sei (Wolf, 1898, VI, S. 490).

Wolf selber war kein „Manchestermann.“ Als Fürsprecher einer gemäßigten Sozialpolitik könnte er durchaus der erste überzeugte Verteidiger der Marktwirtschaft gewesen sein, der zu ihren Gunsten anführte, daß ihre wachsende Produktivität Sozialpolitik erst möglich macht.⁴⁶ Dennoch lenkte sein Beharren, daß die Kathedersozialisten vollkommen falsch damit lagen, die soziale Frage als eine solche der „ungerechten“ Verteilung anzusehen, während sie im Grunde immer eine der Schaffung von Wohlstand und der dafür erforderlichen Einrichtungen sei (Wolf, 1898, V, S. 409ff.), die Diskussion in rationale Bahnen. Wolfs Warnung vor dem Rezept, daß das gegnerische Lager für die Arbeiter bereithielt - „die politische Macht schlankwegs als Mittel zur Gewinnung der ökonomischen Macht“ (Wolf, 1898, IV, S. 355) zu gebrauchen - prophezeite bereits künftige Schwierigkeiten. In seinem letzten Beitrag zu der oben erwähnten Serie teilt Wolf den Pessimismus, den Bamberger und andere Verteidiger der Marktwirtschaft gegen Ende des letzten Jahrhunderts hegten: Trotz einiger später Zugeständnisse der Kathedersozialisten habe die sich gegenseitig verstärkende Propaganda von Sozialdemokraten und akademischen Reformern die öffentliche Meinung so sehr mit anti-liberalen Ansichten durchsetzt, daß letztere auszurotten „von vornherein als aussichtslos betrachtet werden muß.“ (Wolf, 1898, VI, S. 495)

rung in frei wie in unfrei regierten Ländern, liegt nur darin, das jeder der Millionen Einzeln durch das, was er für sich tut, so viel zum Gedeihen des Ganzen beiträgt, daß die Summe der individuellen Leistungen die Arbeit des Regierens und Gesetzgebens in ihren guten wie in ihren schlechten Folgen millionfach aufwiegt.“

⁴⁶ Wolf (1898, II, S. 95); vgl. auch Wolf (1924, S. 237). Der Untertitel von Wolfs *Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung* war *Kritische Würdigung beider als Grundlegung einer Sozialpolitik*. Dieses Argument ist seitdem unter Verfechtern der Marktwirtschaft recht üblich geworden; vgl. etwa Seldon (1985, S. 68), der erklärt: „die ungeheure Produktivität, die der Markt hervorbringt, kann außerhalb des Marktes verteilt werden, um seine inneren Produktionsanreize zu erhalten.“ (Hervorhebung im Original.)

V. Ludwig Pohles Kritik

Zu den seltenen Stimmen der Opposition, die sich allmählich erhob, gehörte Adolf Weber, ein junger Ökonom, der die Kathedersozialisten im Jahre 1908 ob ihrer „einseitigen Gefühlspolitik“ tadelte: „Es scheint wirklich nötig zu sein, die deutsche nationalökonomische Wissenschaft daran zu erinnern,“ schrieb Weber, daß dort, wo der Verstand vom Gefühl und vom „Willen zur Tat“ in den Schatten gestellt wird, dies zu einer „Überschätzung der eigenen Kräfte, wie des menschlichen Könnens, besonders aber der Staatsgewalt“ führte. Sein Urteil über die Epoche, in der er schrieb, war ebenso pessimistisch wie das von Wolf:

„Ein fast phantastischer Glaube an die Allmacht der öffentlichen Gewalt, auf ‚sozialem Gebiete‘ insbesondere ein über das Maß hinausgehender Glaube an die Wunderkraft der Gesetzesschablone und der Steuerschraube, drängt sich immer mehr vor [...]“ (Weber, 1961, S. 397)

Drei Jahre später wurden die Kathedersozialisten in einer umfassenden Schrift von Ludwig Pohle, der ein Ordinariat an der Universität Frankfurt inne hatte, angeprangert. Pohle war der Nachfolger Wolfs als Herausgeber der *Zeitschrift für Socialwissenschaft* und einer der wenigen deutschen Volkswirte dieser Zeit, die später die Hochachtung der Österreicher Ludwig von Mises und F.A. von Hayek gewinnen sollten; obwohl Pohle die „Einseitigkeit“ des *Laissez-faire* verwarf, schätzte Mises ihn als den „scharfblickenden, aufrechten Ludwig Pohle“ (von Mises, 1978, S. 69; von Hayek, 1991, S. 68, Fn. 23).

Man kann Mises' Urteil nachvollziehen, wenn man mit dem von Pohle 1911 veröffentlichten Werk *Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre. Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Politik und national-ökonomischer Wissenschaft* liest. In dieser kurzen, scharf analysierenden Streitschrift unterzieht Pohle die wissenschaftliche Qualifikation seiner Gegner einer gnadenlosen Kritik und stellt zugleich brilliant die Dilemmata dar, in die die Wirtschaftspolitik moderner Demokratien geraten kann.

Pohle, der 1905 den Verein für Socialpolitik verließ, gibt seiner Untersuchung die Form einer Kritik der Kathedersozialisten. Er tadelt deren wissenschaftsfeindliche Methoden, fragwürdige ökonomische Lehrmeinungen und den schädlichen Einfluß dieser Richtung auf die öffentliche Meinung. Obwohl es Anzeichen für einen Gezeitenwechsel gebe, erklärt Pohle, seien, an internationalen Maßstäben gemessen, „wirkliche Nationalökonom“ in Deutschland immer noch „rares aves.“ Die mehr als eine Generation währende Beherrschung des deutschen akademischen Lebens durch die Reformprofessoren habe dazu geführt, daß in Deutschland praktisch nichts zur Wirtschaftswissenschaft beigetragen worden sei. Das sei kaum verwunderlich, da die deutschen Gelehrten - anstelle einer objektiven Untersuchung ökonomischer Erscheinungen - pragmatische Werke voller Werturteile verfaßten, sehr nach Art der Sprecher des „Manche-

stertums“ zuvor.⁴⁷ Insbesondere hätten sich die Professoren mit unablässigen Angriffen auf „die Besitzenden“ befaßt, mit dem Aufrühren des sozialen Gewissens und mit der Proselytenmacherei für Änderungen in einem Wirtschaftssystem, das in ihren Augen von Grund auf mangelhaft war (Pohle, 1911, S. v, viii, 4ff., 25, Fn. 1). Mittlerweile sei der Punkt erreicht, daß eine süddeutsche satirische Zeitschrift die Nationalökonomie als das definieren könne, was vor sich gehe, „wenn man Arbeiterwohnungen ausmißt und sagt, die wären zu klein.“ (Pohle, 1911, S. 52)

Der Hauptmangel der von den Reformprofessoren gewählten Vorgehensweise ist nach Pohle ihre Methodologie. Der deduktive Ansatz der klassischen politischen Ökonomie sei immer noch - und notwendig - die Methode der Wirtschaftswissenschaft (Pohle, 1911, S. 95f.). Indem Schmoller und seine Anhänger sich von ihr abwendeten, fänden sie sich in einem Vakuum ohne eine schlüssige Theorie über die wirtschaftlichen Zusammenhänge wieder. In einer Kritik, die später von Walther Eucken wieder aufgegriffen werden sollte, legt Pohle den Reformern zur Last, daß sie über keine allgemeine Theorie verfügen und infolge dessen blind seien für alle Folgen ihrer Vorschläge - außer für jene Folgen, die von ihnen und von ebenso wohlwollenden Gesetzgebern *beabsichtigt* seien. Bei der Vorstellung ihrer Nachforschungen über den einen oder anderen „sozialen Mißbrauch“ verhielten sich die Kathedersozialisten, als ob aus der bloßen Darbietung ohne weiteres folgen würde, daß der Staat Abhilfe schaffen könne (Pohle, 1911, S. 13f.).

Ein weiterer Fall, der als Beispiel zitiert wird, ist die Haltung der Kathedersozialisten gegenüber Arbeitern und Gewerkschaften. Die Lehrbücher von Herkner, Brentano und anderen seien voll von kaum verhüllter moralischer Entrüstung über die mißliche Lage des „isolierten“ Arbeiters, der sich dem riesigen Betrieb gegenübersehe, über seine „Machtlosigkeit“ und seine faktische „Knechtschaft.“ Ökonomisch ausgedrückt: die Kathedersozialisten unterstellten eine allgemeine und andauernde monopsonistische Situation auf dem Arbeitsmarkt. Daraus leiteten sie die Notwendigkeit ab, daß der Staat Arbeiterorganisationen und kollektive Lohnverhandlungen unterstützen müsse.

Was diese Wirtschaftsprofessoren aber vernachlässigten, sei die eigentliche Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft: die *Folgen* zu erforschen, die solch eine Betätigung der Gewerkschaften für Löhne, Beschäftigung usw. bedeute. Vor allem wagten sie es nicht, daß Wort „Monopol“ in den Mund zu nehmen, obwohl es den unerläßlichen Schlüssel zum wissenschaftlichen Verständnis verschaffe. Stattdessen ließen sie sich über die moralischen Dimensionen der Frage aus - eine Übung, für die sie keine besondere Eignung vorwiesen.⁴⁸ Der selbstgerechte Mo-

⁴⁷ Zur Verteidigung der letzteren sollte jedoch herausgestellt werden, daß sie sich im großen und ganzen selber als „Kreuzfahrer“ und Publizisten ansahen und akademische Objektivität nicht für sich beanspruchten.

⁴⁸ Pohle (1911, S. 30ff.). Zu der endlos wiederholten Lehre von dem angeblich unüberwindlichen Nachteil des „isolierten Arbeiters“ gegenüber dem Kapitalisten erklärt Pohle, ebenda, S.

ralismus, mit dem sie die Debatte ständig beschickten und den sie mit Schmähungen gegen die moralischen Maßstäbe ihrer Gegner verbanden, irritierte Pohle ganz besonders. Typisch dafür war nach Pohles Ansicht eine Konferenz über die Wohnungsnot, bei der er sich weigerte, das übliche Bild völliger Erniedrigung und Verzweiflung zu malen. Lujo Brentanos Antwort bestand darin, ihn anzugreifen, er sei immer bereit, „das Wohl der breiten Masse zu opfern [...] durch Verteuerung der Miete.“ (Pohle, 1911, S. 120)

Pohle war im übrigen nicht der einzige in Deutschland, der die Kathedersozialisten dafür kritisierte, daß sie das „Machtverhältnis“ an die Stelle einer wirklichen Lohntheorie setzten. Drei Jahre zuvor hatte Ludwig Bernhard in einem Beitrag zu Ehren des siebzigsten Geburtstages von Schmoller sein Erstaunen darüber zum Ausdruck gebracht, daß es den Kathedersozialisten trotz all der Aufmerksamkeit, die sie der Arbeiterfrage gewidmet hatten, nie gelungen war, eine eigene Lohntheorie auszuarbeiten (Bernhard, 1908, S. XI: 1ff.). Das wenige, was sie hervorgebracht hatten, käme noch nicht einmal dem 1832 von F.B.W. Hermann erreichten Stand gleich. Letzterer hatte die Ricardianische Theorie verwerfend erklärt: „Nicht die Unternehmer lohnen den Arbeiter [...] der wahre Gegenwert der Arbeit liegt [...] nicht im Kapitale der Unternehmer, sondern in den Arbeiten und Nutzungen, welche der Käufer des Produktes entgegenbietet.“ Die „historisch-statistische Schule,“ so Bernhard, sei niemals zu der Erkenntnis gelangt, daß „die [wirtschaftlichen] Vorgänge [...] komplizierter als die Summe unserer Detailforschungen“ sind. Nur der Österreichischen Schule und besonders Böhm-Bawerk sei es gelungen, die Zusammenhänge zu erhellen.⁴⁹

Doch nach Pohles Beobachtung ist keine Kritik in der Lage, die „naive Selbstsicherheit“ der Reformer zu stören. Ihre Beherrschung des akademischen Lebens stelle sicher, daß jeder Schriftsteller sich auf die Autorität all der anderen berufen kann, die der gleichen Auffassung seien. Somit bestätige jede Deutung, die ein Kathedersozialist der Rolle der Gewerkschaften wie der Sozialpolitik im allgemeinen gäbe, sich selbst; sie habe nichts mit empirischen oder theoretischen Forschungen zu tun, sondern hänge nur an der Voreingenommenheit der Mit-Gläubigen (Pohle, 1911, S. 40).

Im Verlauf seiner Kritik entwickelt Pohle eine politisch-soziologische Analyse, die in einem Zeitalter der Massendemokratie zunehmend an Gewicht gewinnt:

38, sie sei „im Grunde nichts weiter als eine *petitio principii* und ein in das vornehme Gewand einer nationalökonomischen Theorie sich hüllendes Werturteil.“ Wenn die deutschen Arbeiter nach einem Grund suchten, sich ihren Arbeitgebern preisgegeben zu fühlen, so hatten die Kathedersozialisten ihn beschafft.

⁴⁹ Bernhard (1908, S. 3, 11f.). Drei Jahre nach Pohles Kritik untersuchte Eugen von Böhm-Bawerk den Trugschluß im Ansatz der Historizisten in seinem Aufsatz „Macht oder ökonomisches Gesetz?“ (von Böhm-Bawerk, 1914, S. 205ff.)

„Die politischen Parteien haben, von der radikalen Linken an bis zur äußersten Rechten, zumal in Ländern mit demokratischen Wahlrecht, das gemeinsame Interesse und gemeinsame Neigung, die Wirkungen der wirtschaftspolitischen Tätigkeit des Staats möglichst hoch einzuschätzen. Ganz natürlich. Denn von dem Maße des Einflusses, den der Staat hier besitzt, hängt auch ihre eigene Bedeutung ganz wesentlich mit ab. [...] Wenn eine politische Partei im Konkurrenzkampf mit den anderen Parteien nicht unterliegen will, dann ist sie [...] geradezu gezwungen, bei ihren Anhängern die Vorstellung zu nähren, daß der Staat auf wirtschaftlichem Gebiete eine Art Omnipotenz besitze“. (Pohle, 1911, S. 102)

Anstatt sie zu berichtigen, bestärkten die Kathedersozialisten diese Ansicht. Wie Politiker neigten sie dazu, sich der Vorstellung hinzugeben, daß wirtschaftliche Verhältnisse hauptsächlich davon abhängen, was der Staat tut oder unterläßt. Auf diese Weise trügen sie zu den „ganz irrigen Anschauungen über das [bei], was an der wirtschaftlichen Entwicklung der neueren Zeit auf das Konto staatlicher Eingriffe und Maßnahmen und was auf die Rechnung vom Staate unabhängiger Faktoren zu setzen ist.“ Doch Tatsache sei, daß das Gros der materiellen Verbesserungen der Massen auf „*die steigende Produktivität der menschlichen Arbeit* in dieser Zeit“ zurückzuführen und somit auch eine Frucht der Wirkungsweise der Marktwirtschaft sei (Pohle, 1911, S. 102f. Hervorhebung im Original.)

Durch Pohles Kritik wird deutlich, daß die Reformprofessoren die ökonomische Sichtweise völlig vernachlässigen. Sie „haben nur Interesse für das, was in Form von bewußten Aktionen und sozialen Kämpfen sich vollzieht, die im stillen wirkenden Zusammenhänge, die nicht in Staatsaktionen u. dgl. einen sichtbaren äußeren Ausdruck finden, bleiben ihnen verborgen [...]“ (Pohle, 1911, S. 108)

Was Pohle diesen Vertretern der Volkswirtschaftslehre und Staatswissenschaften unterstellt, ist die einseitige Sicht des ungeschulten Durchschnittsmenschen. Wie dieser orientieren sie sich an menschlichen Absichten, vor allem wenn diese in Form politischer Betätigung deutlich sichtbar werden. Wie er sind sie auch weitgehend blind gegenüber dem Auf und Ab wirtschaftlicher Kräfte. „Die Unterschätzung der unpolitischen und die Überschätzung der politischen Faktoren“ sei in jedem Bereich zu finden, mit dem sich die Sozialpolitiker befassen: Was „die freie Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte“ vollbringt, werde als *quantité négligeable* angesehen. Bei der Verkürzung der Arbeitswoche beispielsweise sei der Staat mit seinen Eingriffen in Wirklichkeit nur dem Gang der natürlichen Entwicklung gefolgt.⁵⁰ Was die Gewerkschaften anbelange, hätten diese geholfen, „die Früchte für die Arbeiter zu pflücken, die auf einem nicht von

⁵⁰ Vgl. von Mises (1932, S. 438): „Die Verkürzung der täglichen Arbeitsdauer und die Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit [...] sind keineswegs etwa ein Erfolg, den der gesetzliche Arbeiterschutz den eigennützigen Interessen der Unternehmer abgerungen hat. Sie sind das Ergebnis der Entwicklung der Großindustrie, die, nicht mehr genötigt, ihre Arbeiter gewissermaßen an den Rändern der Volkswirtschaft zu suchen, ihre Arbeitsbedingungen so umgestalten mußte, wie es die bessere Qualität der Arbeiter erforderte. Die Gesetzgebung hat im Großen und Ganzen immer nur Wandlungen, die sich vorbereiteten, vorweggenommen oder gar schon vollzogene sanktioniert.“

den Gewerkschaften gepflanzten Baume gewachsen sind.“ (Pohle, 1911, S. 108ff.) Pohles Untersuchung bleibt nur noch hinzuzufügen, daß die kathedersozialistische Mentalität heute zwar nicht mehr unter Ökonomen oder Wirtschaftshistorikern verbreitet ist, wohl aber bei vielen Allgemeinhistorikern, die Wirtschaftsfragen aufgreifen. Für sie gilt immer noch die Warnung Julius Fauchers, keine Schlüsse aus historischen Daten zu ziehen, ohne gleichzeitig eine erklärende Theorie zu verwenden, da nämlich „post hoc noch lange nicht propter hoc“ sei (Faucher, 1863, S. 129).

Pohle schließt mit einer brillanten Auseinandersetzung der Art und Weise, wie die Wählerschaft in der modernen Demokratie - und die von dieser abhängenden und um sie besorgte politische Klasse - an wirtschaftliche Fragen herangeht:

„Ein großer Teil der wirtschaftlichen Gesetzgebung ist heute in allen Ländern unter dem Gesichtspunkt politischer Beruhigungsmittel zu betrachten. Er soll dazu dienen, die öffentliche Meinung, die über die Aufdeckung gewisser als ‚Mißstände‘ empfundenen Erscheinungen erregt ist, dadurch zufrieden zu stellen, daß sie sieht, daß von der Regierung Gegenmaßregeln ergriffen werden. Die öffentliche Meinung, die nach dem treffenden Wort von G. Brandes weit mehr von der Phantasie als von der Vernunft geleitet wird, fragt ja nicht danach und vermag nicht zu beurteilen, ob die Maßnahmen, die getroffen worden sind, wirklich etwas Nennenswertes zu bessern vermögen. Sie begnügt sich damit, daß überhaupt etwas geschieht, wenn auch die eingeführten Reformen vielleicht nur den Schein für die Wirklichkeit bieten und im Grunde alles beim Alten lassen“. (Pohle, 1911, S. 114f.)

Dieses Theater sei zugegebenermaßen eine Notwendigkeit für den modernen demokratischen Staat, aber, fragt Pohle, warum machen die deutschen Ökonomen daraus das Herzstück ihrer „Wissenschaft“? „Was hat die Wissenschaft mit dieser Gesetzgebung zu schaffen? [...] Ist es diese Gesetzgebung in ihrem ganzen Umfange tatsächlich wert, so eingehend und mit so großem Respekt behandelt zu werden?“ (Pohle, 1911, S. 115f.)

* * *

Als Nachwort zu Pohles Analyse der Kathedersozialisten sei angemerkt, daß die Wiedergeburt der Wirtschaftswissenschaft in Deutschland mit einer Kritik von Schmoller und seiner Schule einherging, in der vieles von dem wieder aufgegriffen wurde, was Pohle früher geschrieben hatte. 1940 veröffentlichte Walther Eucken einen Essay über „Wissenschaft im Stile Schmollers.“ Obgleich er Schmoller in dieser Schrift ob seiner sozialpolitischen Bemühungen lobt, unterzieht er die Methodologie, die die deutsche akademische Ökonomie so lange beherrschte, einer niederschmetternden Kritik (Eucken, 1940).

Die Historisten, behauptet Eucken, hätten sogar die wichtigste Errungenschaft der alten klassischen Schule - die Entdeckung der „Tatsache des Gesamtzusammenhanges des Wirtschaftsprozesses“ - aufgegeben. Sie hätten z.B. versucht, die Bewegung der Reallöhne in Württemberg während eines bestimmten Zeitraumes zu erklären. Doch dafür „genügt [es] keineswegs die Lohnpolitik und die besonderen Hergänge auf den württembergischen Arbeitsmärkten zu behandeln.“ Die

Tatsache, daß der gesamte Wirtschaftsprozess ein ineinandergreifendes Ganzes ist, bedeute vielmehr, daß zusätzlich die Ereignisse bei der Geldversorgung, auf den Kapital- und Gütermärkten, in der Wirtschaft außerhalb Württembergs und in der gesamten Kredit-, Preis- und Monopolpolitik hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Löhne studiert werden müsse. Dafür sei eine Theorie erforderlich: Die Erklärung entspringe nicht bereits den geschichtlichen Gegebenheiten an sich (Eucken, 1940, S. 493f.).

Schmollers vermeintliches Programm - das auch heute noch von Bewunderern als eine Form empirischer, realistischer Ökonomie bejubelt wird - bestand seiner eigenen Aussage nach in einer „unbefangene[n] Forschung, welche sich bemüht [...] nur von den Dingen selbst auszugehen.“⁵¹ Man stelle historische Daten zusammen und behandle Einzelfragen - frei von irgendwelchen „Schultheorien“ - in der Erwartung, daß aus diesem Vorgehen schrittweise und letztlich eine allgemeine Wirtschaftstheorie entstehen werde. Wie Schmoller erklärte: „Einer Epoche verfeinerter Empirie mußte stets wieder eine Zeit höherer rationaler Beherrschung des Empirischen folgen.“ Doch wie Eucken darlegt, ist dies „ein unerfüllbares Programm“:

„Jede Einzelfrage, die sich auf den Wirtschaftsprozess bezieht, muß als Teil des Gesamtprozesses gesehen werden und ist deshalb ohne Anwendung des theoretisch-rationalen Apparates unlösbar. [...] [Schmoller] verkannte, [...] daß insbesondere die Erkenntnis des Gesamtzusammenhanges der konkreten Wirtschaftsprozesse den Einsatz der Theorie erfordert.“ (Eucken, 1940, S. 496. Hervorhebung im Original.)

Eucken betont, was eine Reihe prominenter deutscher Systembildner übersah: „das Verstehen des Wirtschaftsprozesses der Verkehrswirtschaft [führt] stets über das Verstehen der Preisbildung auf den Märkten [...] bei Analyse der wirklichen Wirtschaft - soweit sie Verkehrswirtschaft ist - [muß] die Markttheorie im Mittelpunkt stehen.“ (Eucken, 1940, S. 498. Hervorhebung im Original.)

Somit läuft die Kritik an der Methode Schmollers und seiner Kollegen letzten Endes darauf hinaus, daß sie *vor-ökonomisch* ist. Im Kern ist sie ein Atavismus, ein Rückfall in eine Denkweise, die zu überwinden Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft ist. Das spiegelte sich natürlich in der Behandlung der Fragen der praktischen Politik wider. Schumpeter beobachtet, daß die Sozialpolitiker als Wirtschaftspolitiker dazu neigten, „von ihren Eindrücken, die ihnen die faktischen Gegebenheiten vermittelt hatten, unmittelbar zu Empfehlungen [überzugehen], wie dies auch ein Amateurforscher getan haben würde.“ (Schumpeter, 1965, S. 982) Angesichts ihrer Methodologie war das vollkommen verständlich: Man könnte sagen, daß gerade hierin der Grund für die Annahme derselben lag. Ohne

⁵¹ Schmoller (1870, S. xii). Winkel (1977, S. 102) faßt hier Schmollers Position zusammen: „Damit wird zunächst die Theorie ganz zurückgedrängt; erst wenn das geschichtliche Material voll erfaßt sei, könne man an eine Verallgemeinerung denken,“ und fügt hinzu: „Die Ablehnung der abstrakt-isolierenden Methode, der Verzicht auf die individuelle volkswirtschaftliche Theorie, führt zu einer Flucht aus der Theorie ganz allgemein.“

eine Theorie, die die ursächlichen Zusammenhänge wirtschaftlicher Erscheinungen - einschließlich der negativen Folgen verschiedener Staatseingriffe - hervorhebt und erklärt, waren die Gelehrten der historischen Schule frei, sich der von Adolf Weber beklagten „Gefühlspolitik“ zu widmen. Ihre Antworten zeigten die übliche - man kann sogar sagen natürliche - menschliche Reaktion bei der Konfrontation mit Not und Elend. Hayek führt die Absage an die analytische Ökonomie auf den Umstand zurück, daß sie „die Menschen davon abhielt, ihren ersten impulsiven Reaktionen nachzugehen und [...] sie dazu zwang, indirekte Wirkungen, die nur unter Ausübung des Verstandes sichtbar wurden, gegen heftige Gefühle, wie sie durch direkte Beobachtung konkreten Leidens verursacht werden, abzuwägen.“ (von Hayek, 1933, S. 125) Armut begleitete den Aufstieg des Industriekapitalismus. In Großbritannien reagierten berühmte Schriftsteller darauf mit „Gefühlspolitik“ und Abscheu für die Volkswirtschaftslehre. Indem sie auf die „Gefühlspolitik“ zurückfielen und die „düstere Wissenschaft“ (dismal science) ablehnten, wiederholten die deutschen Feinde des Wirtschaftsliberalismus die emotionale Reaktion ihrer englischen Vorgänger - und dies taten sie im Namen einer „neuen“ und „tieferen“ Volkswirtschaftslehre.

Doch die echt *ökonomische* Herangehensweise an die „soziale Frage“ ist eine ganz andere. Sie kann durch eine Begebenheit veranschaulicht werden, mit der die Wandlung des jungen Ludwig von Mises von einem gemäßigten Sozialpolitiker zum großen Anwalt des *Laissez-faire* im 20. Jahrhundert begann. Als Student an der Wiener Universität führte Mises eine Studie über die Wohnungsverhältnisse Österreichs durch. In deren Verlauf entdeckte er nicht nur die bedauernden Wohnbedingungen der Arbeiterfamilien, sondern - zumindest gleich wichtig - die *Ursachen* dieser Bedingungen. Sie waren in dem Umstand zu finden,

„daß die Steuergesetzgebung dem Großkapital und dem Unternehmertum die Betätigung auf dem Gebiete des Häuserbaues unmöglich machte. Österreich war ein Land ohne Boden- und Bauspekulation. Die exorbitante Besteuerung der Aktiengesellschaften und die Höhe der Umsatzsteuer für Immobilien schloß die kapitalkräftigen Kreise von der Mitwirkung an der Versorgung des Wohnungsmarktes aus“ (von Mises, 1978, S. 13f.).

Solch eine Erklärung ist gänzlich anderer Natur als diejenige, die ihr Augenmerk auf die „Habsucht“ der Vermieter richtet, und doch ist sie erhellender. Indem wir auf diese Weise von der konkreten Situation abstrahieren, um Zusammenhänge mit anderen Faktoren, die den Gesamtzusammenhang des Wirtschaftsprozesses ausmachen, zu beschreiben, können wir die Phänomene verstehen und rational mit ihnen umgehen. Angesichts der unermesslich komplexen Menge jener Phänomene, aus denen die deutsche Wirtschaft in den frühen Jahrzehnten dieses Jahrhunderts bestand, konnte die Ablehnung der rationalen Methodologie nur Unheil bringen.

VI. Ideen und ihre Folgen

Das Vermächtnis des Kathedersozialismus lebte über Jahrzehnte hinweg in Deutschland fort, vor allem unter jenen, die unter seinem direkten Einfluß in der Schule erzogen worden waren und danach staatliche Behörden bemannten oder selber eine Stellung als Lehrer oder Professor annahmen. Bei den Staatsbeamten brachte er eine Mentalität hervor, die „auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete [...] zu allerlei gewagten Experimenten“ (Pohle, 1911, S. 114) bereit war.

Mit dem grenzenlosen Vertrauen in die Macht des Staates, die Wirtschaft zu gestalten, ging eine erschütternde Unkenntnis volkswirtschaftlicher Grundlagen einher. Letztere erwies sich als besonders schädlich im Bereich der Geldpolitik. So schilderte Ludwig von Mises, daß sich die berühmte und schicksalsträchtige Hyperinflation, die 1923 ihren Höhepunkt erreichte, unter der Ägide von Bürokraten vollzog, die den Ereignissen mit dem gleichen Unverständnis begegneten wie ihre Professoren (von Mises, 1990, S. 96ff.). Mises schreibt, daß in den Tagen der großen Inflation, die mit dem Zusammenbruch der Mark endeten, in Deutschland bis in die höchsten Ebenen hinein eine „absolute Unkenntnis der einfachsten Grundsätze der Geldtheorie“ herrschte. „So war etwa Herr [Rudolf] Havenstein, der Reichsbankpräsident, ehrlich davon überzeugt, daß die fortgesetzte Ausgabe neuer Banknoten nichts mit dem Anstieg von Warenpreisen, Löhnen und Devisenkursen zu tun hatte. Die Preiserhöhungen sah er als Machenschaften von Spekulanten und Profiteuren an und durch die Intrigen innerer und äußerer Feinde hervorgerufen. [...] Zur Wiederherstellung einer gesunden Währung schien weiter nichts erforderlich zu sein, als ein hartes Durchgreifen gegen die egoistischen Ziele unpatriotischer Menschen.“⁵²

Diese Analyse wurde von gut unterrichteten Gelehrten bestätigt, die keineswegs Mises' *Laissez-faire*-Einstellung teilten. Moritz Bonn z.B. war zu jener Zeit Rektor der Handelshochschule in Berlin und setzte danach seine akademische Laufbahn an amerikanischen und britischen Universitäten fort. In seinen Memoiren schreibt er:

„Die wirtschaftliche Erziehung der preußischen Bürokratie lag jahrelang in den Händen Schmollers und seiner Schüler. Ihr negatives Ergebnis wurde in der Inflationskrise nach dem ersten Weltkrieg sichtbar. Die Bürokratie hatte von den einfachsten Wirtschaftsbegriffen keine Ahnung - es gab kaum jemand im preußischen oder Reichs-Finanzministerium, der etwas von Inflation wußte (in Österreich lagen die Dinge anders). [...] [Auch der Reichsbankpräsident Rudolf Havenstein] besaß so gut wie überhaupt keine Kenntnis von theoretischer Nationalökonomie [...] [Er war zwar ein guter Verwalter,] von Geldtheorien, abgesehen von Knapp, verstand er jedoch nichts“.⁵³

⁵² Von Mises (1990, S. 98). Mises führt diese Art verblüffender ökonomischer Unkenntnis auf die Lehren der historischen Schule zurück.

⁵³ Bonn (1953, S. 53, 269). Bonns Analyse teilt auch Schneider (1969, S. 157f.). Angesichts der Aussagen einer Anzahl hochqualifizierter Beobachter über den verhängnisvollen theoriefeindlichen Einfluß der jüngeren historischen Schule, darunter sogar Schmollers Protégé und

Was die Volkswirtschaftsprofessoren betraf, war Mises, der in den 1920er Jahren mit vielen von ihnen bekannt war, von einigen der jüngeren - wie Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow - beeindruckt. Über den Rest bemerkte er trocken: „Daß die Herren keine Nationalökonomten waren, ja, daß sie meist eine Kampfstellung gegen die Nationökonomie einnahmen, soll ihnen nicht vorgeworfen werden. Sie waren eben die Schüler Schmollers, Wagners, [Karl] Büchers und Brentanos [...] jeder Nationalökonom schien ihnen als Staatsfeind, als undeutsch, als Anwalt von Unternehmerinteressen und Freihändler verdächtig.“ (*von Mises*, 1978, S. 67, 69)

Unter der weiteren Bevölkerung hatten viele kathedersozialistische Lehren jene Stellung erreicht, die Schumpeter als verderbliche ökonomische Ideen beschreibt: sie hatten „das Stadium des ‚wie-jeder-weiß‘ erreicht“ und wurden „nicht mehr in Frage gestellt, sondern [...] als selbstverständlich hingenommen.“ (*Schumpeter*, 1965, S. 570) Zu solchen Ideen zählten im Deutschland des frühen 20. Jahrhunderts: die Relativität aller nationalökonomischer Grundsätze; die Klassifizierung der „westlichen“ Nationalökonomie als „eine Wissenschaft der Habsucht und des Geizes;“ der Vorrang der Macht über das ökonomische Gesetz; der Primat des Staates im wirtschaftlichen und sozialen Leben; die moralische Minderwertigkeit des privaten Geschäftsmannes gegenüber dem staatlichen Beamten und des Gewinnstrebens gegenüber einer staatlich definierten „Pflicht;“ und nicht zuletzt das dringende Erfordernis einer aggressiven Außenpolitik, um Deutschlands künftigen Wohlstand zu sichern. Diese zentralen Vorstellungen der Kathedersozialisten waren im öffentlichen Denken tief verwurzelt und bestimmten die politische Orientierung weiter Kreise der Bevölkerung. Dies ist nicht der Ort, um die relative Wirksamkeit von „Ideen“ und „Interessen“ in der Politik zu diskutieren: Offensichtlich wurden diese Ideen von einer stattlichen Reihe ökonomischer Interessen ausgenutzt und verstärkt - von verschiedenen kapitalistischen Interessen, von Arbeiterorganisationen, vom Beamtentum, dem Militär usw. Doch es waren die Kathedersozialisten, die die Weltanschauung geschaffen hatten und die die Opfer einer interventionistischen und imperialistischen Politik daran gewöhnten, jene Vorstellungen als ihre Rettung zu begrüßen.

Eine besonders unglückliche Folge der Vorherrschaft der historischen Schule und ihrer Unfähigkeit, den Marxismus theoretisch bekämpfen zu können, wurde 1925 von Ludwig Pohle dargelegt. Unter gebildeten Personen herrsche vollkommene Verwirrung hinsichtlich der Grundlagen der auf dem Privateigentum beruhenden Gesellschaftsordnung, und viele von ihnen seien „eine leichte Beute der sozialistischen Theorien“ geworden, denn nach Meinung der deutschen Öffent-

Nachfolger Heinrich Herkner fällt es schwer, die entschuldigenden Schlußfolgerungen vieler Autoren hinzunehmen, die in jenem dem Denken von Gustav Schmoller gewidmeten Band von *History of Economic Thought*, hrsg. von Jürgen Backhaus, zum Ausdruck kommen. Dazu zählt etwa Nicholas W. Balabkins, der in „Gustav Schmoller and the Emergence of Welfare Capitalism,“ S. 32, erklärt, Schmoller habe lediglich die Auffassung vertreten, daß sowohl „induktive als auch deduktive Methoden unerläßlich sind und daß weitreichenden deduktiven Verallgemeinerungen gegenüber Vorbehalte angezeigt sind.“

lichkeit seien marxistische Lehren und vor allem die Ausbeutungstheorie niemals widerlegt worden.⁵⁴

1925 beschrieb Leopold von Wiese einen Wandel, der sich in vielen Deutschen vollzogen hatte, die „nur noch mit schlechtem Gewissen liberal waren“ und anfangen, „den Sozialisten hier, den Konservativen dort im Stillen recht zu geben“:

„War man nicht vielleicht doch ausbeuterisch oder außenpolitisch zu lax? Hatte sich nicht der ‚Individualismus‘ überlebt; besaß man nicht doch zu wenig Staatsgesinnung?“ (von Wiese, 1925, S. 25)

Diese Krise traf weite Bereiche des deutschen Bürgertums und schwächte seinen Glauben an sich selbst und an die Gesellschaftsordnung, die es vertrat. Das Ansehen, das die Kathedersozialisten - verdientermaßen oder auch nicht - ob ihrer Universitätszugehörigkeit genossen, muß beim Bürgertum großes Gewicht gehabt haben. Von den Vertretern der „Wissenschaft“ mußten die begabten und fleißigen Angehörigen der Klasse, die das industrielle Deutschland geschaffen hatte, und die Nachkommen, für die sie Talent und Fleiß eingesetzt hatten, jahrzehntelang hören, daß ihr Reichtum praktisch „zufällig“ war - wenn nicht Schlimmeres, wie zum Beispiel Schmollers wohlbekannte Äußerung: „Man erwirbt heute die Millionen nicht, ohne etwas mit dem Ärmel am Zuchthaus zu streifen.“ (Habermann, 1997, S. 139) Auf solch moralisch zweifelhaftes Vermögen hatte „die Gesamtheit“ - d.h. der Staat - eindeutig einen vorrangigen und unbegrenzten Anspruch. Zu den Stimmen der „Wissenschaft“ fügten sich jene der führenden Sozialdemokraten, der agrarischen Konservativen, der christlichen Kirchen, der Antisemiten und häufig der Regierung selbst. Die „völlige Selbstentfremdung großer Teile des deutschen Bürgertums,“ wie sie sich etwa während des Ersten Weltkrieges in der Ablehnung bürgerlicher Werte zeigt (wie Dieter Krüger schreibt in: Krüger, 1983, S. 192), verdient sowohl hinsichtlich ihrer Quellen als auch der Rolle, die sie beim Ableben des deutschen Liberalismus spielte, erforscht zu werden.

Als die auftrumpfenden Forderungen nach antigesellschaftlichen Vorrechten - vor allem für die Gewerkschaften - immer lauter vorgetragen wurden und die Hatz nach sozialpolitischen Wohltaten außer Kontrolle geriet, setzte eine gewisse Reaktion unter den einstigen Sozialpolitikern ein. Schon vor dem Krieg hatte Ludwig Pohle bemerkt, daß einige der Kathedersozialisten „jetzt von einem Grauen vor den Geistern erfaßt zu werden [scheinen], die man selbst erst gerufen

⁵⁴ Pohle (1931, S. v-vi). Vgl. Winkel (1977, S. 118): „Eine Folge dieser Theorielosigkeit ist darin zu sehen, daß die Nationalökonomie dem marxistischen Lehrgebäude und seiner Untermauerung lange Zeit hilflos gegenüberstand und sich allein auf die praktische Politik des Alltags beschränkte.“ Kruse (1953, S. 138), stellte fest: „Die Feindschaft gegen die ökonomische Theorie bei der jüngeren historischen Schule hat sich vielfach verhängnisvoll auf die volkswirtschaftlich vorgebildete höhere Beamtenschaft ausgewirkt. Die völlige Ratlosigkeit gegenüber den vom Marxismus aufgeworfenen Problemen, gegenüber Erscheinungen wie der Preispolitik im ersten Weltkriege oder der Inflation mußte sich rächen.“

hat und die man nicht mehr zu bändigen vermag.“ (Pohle, 1911, S. 6) 1922, anlässlich des 50jährigen Jubiläums des Vereins für Socialpolitik in Eisenach, erklärte der damalige Vorsitzende Heinrich Herkner: „Man muß aus der vorherrschenden merkantilistischen Denkweise herauskommen“ und berichtete dann von einer bemerkenswerten Begebenheit:

„Die Notwendigkeit, unsere Jugend wieder freihändlerisch denken zu lehren, ist von einem Manne kurz vor seinem Tode betont worden, von dem sie diese Auffassung wahrscheinlich nicht erwarten würden. Es war in den letzten Zeiten seines Lebens, daß Exzellenz Schmoller mir gegenüber mit großer innerer Bewegung sagte: „Unsere jüngere Generation kann nicht mehr freihändlerisch denken.““ (Herkner, 1923, S. 95)

Herkner, der selber zu den Eifrigsten der jüngeren Kathedersozialisten gezählt hatte, verkündete nun, daß die beste Sozialpolitik eine gute Produktionspolitik sei - und so akzeptierte er die Kritik von Wolf, Pohle und anderen.⁵⁵ Vielleicht am überraschendsten von allem war, daß Herkner gerade die Methodenlehre der historischen Schule in beißenden Worten kritisierte. Nun war es klar, daß

„die Bestrebungen, die Methode und Lehre der Klassiker durch das Studium der Verwaltung und soziologischen Analysen zu ersetzen, verheerend gewirkt haben. Es ist zu einer Überschätzung der Macht des Staates im Verhältnis zu den natürlichen Gesetzen des Wirtschaftslebens gekommen, die sich nunmehr bitter rächt“ (Herkner, 1923, S. 95).

Herkners Rede wurde mit „stürmischem Beifall“ begrüßt. Das war die förmliche Abdankung des Kathedersozialismus in Deutschland.

In Reaktion auf Ereignisse und auch auf den allmählichen Zustrom internationaler ökonomischer Literatur in die deutsche Nationalökonomie waren somit Veränderungen eindeutig auf dem Vormarsch. Doch diese Anzeichen für eine geistige Wende wiesen in die Zukunft; im Hinblick auf eine unmittelbare Wirkung in Deutschland kamen sie viel zu spät. Denn nun erwies sich eine große historische Ironie als entscheidend: Der Interventionsstaat, den Schmoller als einzigen Hüter gegen den „Klassenkampf“ unterstützt hatte, hatte selber die „Klassen“ geschaffen, die sich einander bekriegten, und das jahrzehntelange Eindreschen auf die Marktwirtschaft für ihren „rücksichtslosen Egoismus“ hatte die Pforten zu einem wilden Kampf der Sonderinteressen geöffnet.

Viele Jahre später fällt Mises dieses Urteil:

„Die politische Bedeutung des Werkes der historischen Schule lag in dem Umstand, daß sie Deutschland reif für jene Gedanken machte, deren Annahme beim deutschen Volk die ganze verheerende Politik beliebt machte, die zu den großen Katastrophen führte. Der aggressive Imperialismus, der zweimal in Krieg und Niederlage endete, die grenzenlose Inflation der zwanziger Jahre, die Zwangswirtschaft und all die Schrecken des Nazi-Regimes waren Errungenschaften von Poli-

⁵⁵ Herkner (1923, S. 93). Vgl. auch Habermann (1997, S. 295ff.), sowie Krüger (1983, S. 245f.).

kern, die so handelten, als wären sie von den Verfechtern der historischen Schule unterrichtet worden“ (von Mises, 1969, S. 31).

Das ist in der Tat ein hartes Urteil. Doch liegt es - abgesehen von der Tatsache, daß radikaler Rassismus kein Teil der Lehrmeinung der historischen Schule war - nicht weit von der Wahrheit entfernt?⁵⁶

VII. Die Kathedersozialisten als Prototypen

Das Erscheinen der deutschen Kathedersozialisten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert weist auf einen Grundzug hin, den der wachsende Wohlfahrtsstaat auch an anderen Orten und zu anderen Zeiten haben sollte: das Erblühen einer aus staatsorientierten und staatlich geförderten Intellektuellen bestehenden Gesellschaftsschicht, deren Zweck darin liegt, die Sozialpolitik zu begründen und unentwegt neue Gebiete des sozialen Lebens für die Kolonisierung durch den Staat auszuspähen.

Der radikale Soziologe Alvin W. Gouldner stellt eine eingehende Untersuchung dieser Erscheinung in seinem Werk *Die kommende Krise der westlichen Soziologie* vor. Wie Gouldner darlegt, hegten viele der großen Sozialwissenschaftler des 19. Jahrhunderts einen bleibenden Skeptizismus hinsichtlich der Fähigkeit des Staates, wirksam und positiv auf die Gesellschaft einzuwirken, und ein tiefes Mißtrauen gegenüber der zudringlichen Macht der Staatsbürokratie. Gouldner erwähnt in diesem Zusammenhang Herbert Spencer, William Graham Sumner und Emile Durkheim, aber man könnte der Liste auch Tocqueville, Le Play, Pareto, selbst Karl Marx und andere hinzufügen. Dieser Skeptizismus und dieses Mißtrauen wurden jedoch allmählich durch die Ansicht verdrängt, der Staat sei „in der Gesellschaft die wichtigste Kraft- und Antriebsquelle und der wesentliche gesellschaftliche Stabilisierungsfaktor.“ Was hat diesen massiven Meinungsumschwung unter Sozialwissenschaftlern verursacht? Warum verbreitete sich die positive Meinung vom Staat und seinen Beamten über die preußischen Professoren auf den Rest der Welt?

Gouldner führte diese neue Wertschätzung für Staatsbetätigungen zum Teil auf die steigende Finanzierung der Sozialwissenschaften zurück, die eine reiche Gesellschaft erlaubt (Gouldner, 1970, S. 345). Da das, was als „soziales Problem“ angesehen wird, niemals in irgendeinem objektiven Sinne wirklich gegeben ist (vgl. Carrier/Kendall, 1977, S. 283; Carrier/Kendall, 1973, S. 209ff.), ist es Aufgabe der „Sozialwissenschaften,“ eine Reihe von Phänomenen auszumachen

⁵⁶ Woll (1988, S. 79) versucht, die Schuldigkeit des Nationalsozialismus gegenüber der jüngeren historischen Schule - eine Schuldigkeit, die von Mises und, in einem anderen Sinne, von Barkai erkannt worden ist - zu verneinen, indem er übertriebenen Nachdruck auf den rassistischen Gehalt der offiziellen nationalsozialistischen Lehre legt. Die wichtige Frage ist jedoch, inwieweit die ökonomische Praxis des Nationalsozialismus aus den Hauptlehren von Schmoller *et al.* folgte.

und sie so zu präsentieren, daß sie zur Grundlage staatlichen Handelns werden können.

In der neuen Welt des Wohlfahrtsstaates hat die Sozialwissenschaft nach Gouldner auch andere, wichtige Funktionen:

„Weiterhin gibt es Widerstandsnester gegen Eingriffe der Regierung, zum Teil infolge der höheren Besteuerung, die zu ihrer Finanzierung erforderlich sind [...] Der Staat braucht daher nicht nur eine Sozialwissenschaft, welche geplante Eingriffe zur Lösung gewisser sozialer Probleme erleichtert; er braucht die Sozialwissenschaft als eine *Rhetorik*, um widerstrebende oder unentschiedene Gesellschaftsschichten davon zu überzeugen, daß solche Probleme in der Tat bestehen und gefährliche Dimensionen annehmen. Wenn er sich erst einmal zu solchen Eingriffen verpflichtet fühlt, erwirbt der Staat ein Interesse eigens daran, für die sozialen Probleme zu „werben,“ für deren Lösung er finanziert werden möchte“. (Gouldner, 1970, S. 349f. Hervorhebung im Original.)

Gouldners Analyse der Teilgruppe der Sozialwissenschaftler ähnelt jenen Untersuchungen, die Raymond Ruyer, Helmut Schelsky und andere zur Klasse der Intellektuellen als ganzes durchgeführt haben (Ruyer, 1969; Schelsky, 1975). Obwohl Gouldner die Kathedersozialisten nicht erwähnt, scheint seine Analyse doch gut auf sie zu passen - nur daß er jene außer Acht läßt, die, vor allem in den Vereinigten Staaten, dem Staat als Experten für „Verteidigung“ und Außenpolitik dienen. Unter Berücksichtigung dieser Dimension werden die Kathedersozialisten als Prototypen einer Teilschicht von Intellektuellen sichtbar, die im 20. Jahrhundert besonders gedeihen und eines der charakteristischen Merkmale unserer Zeit sind. Indem sie eine positivistische Sozialwissenschaft entwickeln (vgl. Andreski, 1972) - wie etwa Schmoller und die anderen Kathedersozialisten die „historische Methode“ verwendeten - erklären diese Forscher die innere und äußere Ausdehnung des Staates als gerechtfertigt und verschaffen ihm unerläßliche ideologische Dienste im Kampf um gesellschaftliche Ressourcen. Im Gegenzug erhalten sie Stellungen im Hochschulbereich, Ernennungen in nationalen und internationalen Kommissionen, Verträge mit wuchernden Sozialbehörden usw. und damit - abgesehen von materiellen Zuwendungen - den Status, der ihre eigene gesellschaftliche Macht untermauert.

Kapitel 6

Friedrich Naumann - ein deutscher Modelliberaler?

I. Die Idealisierung von Friedrich Naumann

In einem wichtigen Essay schrieb Werner Conze 1950: „Das Bild Friedrich Naumanns ist bis heute im allgemeinen einer gewissen Idealisierung unterworfen gewesen.“ Conze räumt ein, daß dies leicht zu verstehen ist. Denn Naumann selber sei lauter und ehrlich gewesen, und er sei „zu Recht“ als einer der Vorläufer der deutschen Demokratie angesehen worden. Er fügt hinzu:

„Doch wenn wir den Versuch machen, uns mit diesem auf den ersten Blick so geradlinig und vorbildlich erscheinenden Mann und seinen politischen Grundlagen näher auseinanderzusetzen, so tritt das Idealbild zurück [...]“¹

Die Idealisierung, von der Conze sprach, war in großem Umfang das Werk Theodor Heuss, des ersten Präsidenten der Bundesrepublik. Seinem eigenen Bekunden nach war Heuss von 1905 bis zu Naumanns Tod im Jahre 1919 dessen „nächster persönlicher Mitarbeiter“ (*Heuss*, 1960, S. 33) und einer von jenem Kreis, dessen Mitglieder „ihm [ihre] halberwachsene Knabenseele schenkten“ und die es später als ihre „männliche Pflicht und Freude [ansahen], für seine Größe zu zeugen.“ (*Heuss*, 1919, S. 13. Hervorhebung im Original.) In Erfüllung dieser Pflicht wurde Heuss der Hauptbiograph Naumanns, und er propagierte unermüdlich die gemeinsame Sache.²

Nach dem Zeugnis eines späteren Bundespräsidenten - Richard von Weizsäcker - existierte zu Mitte der 1980er Jahre eine weitverbreitete, wenn auch eher unbestimmte Zuneigung und Bewunderung für Naumann „als Menschen“. Weizsäcker gestand jedoch ein, daß „es nicht immer ganz leicht ist, diese Zunei-

¹ Conze (1950, S. 355). Spael (1985, S. 2ff.) versucht, Conzes Darstellung zu widerlegen. Er macht dabei geltend, daß viele der von Conze kritisierten Charakterzüge lediglich Naumanns „publizistischer“ Neigung entsprangen. Spael macht sich jedoch nicht die Mühe, irgendeinen anderen „Publizisten“ zu erwähnen, der Naumann in dieser Hinsicht vergleichbar wäre, noch erklärt er, warum solche Züge bei Naumann so viel mehr in die Augen fallen als bei anderen, die das „publizistische Ethos“ teilten. Conze scheint sein Gesamturteil über Naumann später gändert zu haben; vgl. Spael (1985, S. 321, Fn. 347). Doch mir scheint, daß dies seine ursprüngliche Kritik nicht außer Kraft setzt.

² Die Standardbiographie stammt von *Heuss* (1949). Die erste Auflage erschien 1937.

gung und Bewunderung zu konkretisieren.“ (von Weizsäcker, 1985, S. 27) Ralf Dahrendorf - ein Teilnehmer am gleichen Kolloquium wie Weizsäcker - deutete die Quelle des Problems an, als er erklärte:

„Zumal der von angelsächsischen Vorbildern geprägte Liberale steht zuweilen eher verblüfft vor dem wilhelminischen Deutschen, der zwischen dem Hofprediger Stöcker und dem Arbeiterführer Bebel nicht ohne Mühe seinem politischen Weg fand. In der Tat stellt man sich manchmal die Frage: War Friedrich Naumann überhaupt ein Liberaler?“ (Dahrendorf, 1985, S. 34)

Doch nicht nur jene, die von den Idealen des anglo-amerikanischen Liberalismus erfüllt sind, finden es recht verwirrend, wenn Naumann als ein Heroe des modernen deutschen Liberalismus bezeichnet wird; denn für jeden, der mit der Geschichte der liberalen Idee in Deutschland vertraut ist, enthält diese Darstellung schwerwiegende Probleme. Dennoch entschieden sich die deutschen Liberalen nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre Stiftung nach Naumann zu benennen, und er wird weiterhin als eine Ikone des Liberalismus in Deutschland verehrt (Fleck, 1988).

Naumanns Weltanschauung durchlief in seiner nicht sehr langen politischen Laufbahn mehrere Wandlungen. Von einer christlich-sozialistischen Haltung gelangte er über eine sozial-darwinistisch-imperialistische Phase zu einer Anschauung, die wir zweckmäßigerweise postimperialistisch-demokratisch nennen können. In welchem Umfang ist es gerechtfertigt, irgendeine dieser Phasen - und folglich Naumann selbst - als „liberal“ zu kennzeichnen? Dies zu überprüfen ist das Ziel der folgenden Ausführungen. Theodor Schieder schrieb, Naumann sei „in erster Linie ein Ideenpolitiker“ gewesen, der „den Gang der Geschichte im voraus [konzipierte] und sein politisches Handeln diesem Konzept [unterordnete].“ (Schieder, 1964, S. xi) Daher werden nicht so sehr seine politischen Aktivitäten, sondern seine grundlegenden Gedanken im Mittelpunkt der Erörterung stehen.

II. Anfänge und christlich-soziale Phase

Friedrich Naumann wurde 1860 in Störmthal bei Leipzig geboren. Er war der Sohn eines evangelisch-lutherischen Pfarrers, der Naumanns Beschreibung zufolge „konservativ in dem alten guten sozialen Sinn“ und „staatssozialistisch gerichtet“ (Naumann, 1964e, S. 495) war. Das Haus der Familie befand sich im ersten Wahlkreis von August Bebel, und der alte Naumann hatte die Gelegenheit, sich in öffentlicher Debatte mit dem sozialdemokratischen Führer auseinanderzusetzen. Als Junge war Naumann vom leidenschaftlichen Agitator Bebel und dessen persönlicher Beziehung zu seinen ihn anbetenden Anhängern in der Arbeiterklasse tief beeindruckt (Naumann, 1964e, S. 496f.).

Mit einem Pastor als Vater und einem Großvater mütterlicherseits als Theologen scheint Naumanns Entscheidung, ein Kirchenamt anzustreben, vorgezeichnet

gewesen zu sein. In Leipzig und Erlangen ging er dem Studium der Theologie nach, um dann, als es ihn zur Soziallehre Johann Hinrich Wicherns zog, einige Zeit als Oberhelfer im Rauhen Haus in Hamburg zu verbringen und später in der Inneren Mission in Frankfurt am Main zu dienen. Diese Einflüsse hatten unzweifelhaft die größte Wirkung auf Naumann - und zwar sowohl durch das, was sie ausschlossen, als auch durch das, was sie mit sich brachten. Weder über das Studium des Rechts noch über eine solide fundierte Sozialwissenschaft (etwa der theoretischen Nationalökonomie oder Geschichte) gelangte Naumann dazu, sich mit politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen. Stattdessen ging er von einer geistigen Welt emotional befrachteter Symbole, erhabener Gefühle und moralischer Gebote aus. Außerdem blieb ihm die grundlegend katholische Naturrechtsidee, die in der einen oder anderen Form eine Hauptquelle des klassischen Liberalismus ist, verschlossen (vgl. z.B. *Naumann*, 1964b, S. 69; *Christ*, 1969, S. 50f.).

Obwohl er auf eine kirchliche Laufbahn vorbereitet war, macht Naumann nicht den Eindruck, mit einem starken religiösen Glauben in irgendeinem traditionellen Sinn gesegnet gewesen zu sein. Er war unfähig, im christlichen Evangelium der Erlösung und der persönlichen Errettung Erfüllung zu finden (*Conze*, 1950, S. 381). Wie es einem jungen Kirchenamtsanwärter geziemte, fühlte er sich der Nächstenliebe zugetan, doch das blieb, wie er sich ausdrückte, „eine Flamme für die kein Docht sich zeigte,“ bis er die Konzepte des Christlich-Sozialen und des Evangelisch-Sozialen entdeckte. Dann erst kamen Naumann und seine Freunde „zur Heimat, zur Klassenbewegung der abhängigen Leute.“ (*Naumann*, 1964a, S. 583f.) Er fing an, „unseren Heiland sozial zu verstehen, das heißt, ihn in seiner Stellung zu Herrschern und Beherrschten, Reichen und Armen genau zu verfolgen.“

Es war folglich die *politische* - oder, wie Naumann lieber sagte, die *soziale* - Auffassung von Jesus, die seine Phantasie von früh an beschäftigte. Später gab er ohne jede sichtbare Verlegenheit zu: „Wir wollten Jesus einfach als hohen und obersten Anwalt moderner Wirtschaftsbestrebungen verwenden.“ (*Naumann*, 1964a, S. 608) Die Reduktion Jesus Christus vom Heiland aller Menschen zum Fürsprecher der Armen, zu jemand, für den „die Armen sein Lebensstoff waren, sein Sorgen, Sinnen, Träumen, Lieben, Leiden, Sterben,“ (*Naumann*, 1964a, S. 602f., 611) blieb in Naumanns gesamter politischer Laufbahn ebenso unverändert, wie auch seine Gleichsetzung der „Reichen“ mit tyrannischen „Herrschern.“

Naumann widmete sich einer „intensive[n], religiös-soziologische[n] Auseinandersetzung mit der marxistischen Gesinnung,“ und studierte dabei die Werke Marxens, Engels' und Bebels, wie auch die Lassalles und anderer. (*Heuss*, 1960, S. 24) Wieviel er vom Marxismus begriffen hat, ist angesichts seiner Interpretation, daß Marx „eine ruhige beobachtende [sic] Philosophie“ mit einem „revolutionäre[n] Drängen“ (*Naumann*, 1964a, S. 570) vereint habe, schwer zu sagen. Heuss zufolge war Naumann nichtsdestoweniger „überwältigt von den großen logischen Vereinfachungen“ des Marxismus (*Heuss*, 1949, S. 308) - eine verständliche Reaktion für jemanden ohne kritisch-analytischen Zugang zu Ideen.

Diese „Überwältigung“ sollte das ganze Leben Naumanns über anhalten. Noch 1912, auf dem Höhepunkt seines „Liberalismus“, konnte Gustav Schmoller wachen Auges bei ihm beobachten, daß „er von den Marxschen Gedanken des Klassenkampfes und seiner umwälzenden Folgen in übertriebener Weise beeinflusst ist, daß er in Anwendung dieser Marxschen Kategorien seiner Phantasie die Zügel schießen läßt.“ (*Schmoller*, 1913, S. 299)

Nachdem er den Sozialismus für sich entdeckt hatte, suchte Naumann begierig nach diesbezüglichen Anhaltspunkten im Neuen Testament und legte zum Beispiel die Worte Jesu gegen den Mammon im sozialistischen Sinne aus (*Naumann*, 1949, S. 19). Lange Zeit hingen in seinem Zimmer die Bilder Bismarcks und Bebels nebeneinander.³ Er schätzte die „Spiritualität“ im Marxismus und in der deutschen Sozialdemokratie, so in seiner Erklärung: „Die Sozialdemokratie ist Geistesmacht.“ Und in der Tat, Naumann nahm die vorgebliche moralische Überlegenheit der Sozialisten und ihr emanzipatorisches Gehabe stets für bare Münze. Er war fähig, „Prostitution, Diebstahl, Lohndruck [und] Riesenvermögen“ in einem Atemzug als soziale Probleme aufzuführen.⁴ Sein ganzes Leben lang sprach er - wie die von ihm bewunderten Sozialisten - zungenfertig vom Kapitalismus als der „neuen industriellen Feudalität“ und von den Arbeitern als „Industrieuntertanen.“ (*Heuss*, 1959, S. 25f.)

Somit wurde Naumanns Denkweise durch eine Religiosität, die sich in sozialer Heilslehre erschöpfte, und - sofern eine tiefere gesellschaftliche Analyse in Rede stand - durch das Denken von Marx und Lassalle geprägt. Diesem vermeintlichen Musterliberalen fehlten jegliche Kenntnisse über die grundlegende liberale Sozialphilosophie, über die Schriften von Hume, Adam Smith, Bentham, J.-B. Say, Benjamin Constant, Bastiat, Kant und Humboldt und über die deutschen liberalen Ökonomen des frühen 19. Jahrhunderts. Dieser Umstand sollte Naumanns Denken bis ans Ende prägen.

Naumanns Unkenntnis des klassischen Liberalismus war in der Tat ein Hauptgrund für die übertriebene Bedeutung, die er dem Marxismus zumaß, besonders für seine Ansicht, daß Marx mit seiner Klassenkampf-Geschichtsdeutung einen bemerkenswert wichtigen und originellen Beitrag geleistet habe. Theodor Schieder, der viele Jahre später Naumanns Entwicklung darstellte, brachte ebenfalls die herrschende Auffassung zum Ausdruck: „Marx schuf zuerst das gewaltige, wenn auch in vielem verzeichnete Bild der vom Klassenkampf bestimmten Weltgeschichte.“ (*Naumann*, 1964b, S. xi) Eine solche Einschätzung verkennt jedoch die Tatsache, daß die Klassenkampfanalyse in den ersten Jahrzehnten des

³ *Naumann* (1964e, S. 501). Der Grund, den Naumann dafür angab, ist allerdings sonderbar: „denn in beiden lebte gegensätzlich und doch zusammengehörig die deutsche Reichsgründungszeit.“ Man sollte denken, daß Bennigsen oder ein anderer nationalliberaler Führer einen besseren Anspruch als Bebel gehabt hätte, bei der Reichsgründung mitgewirkt zu haben.

⁴ *Naumann* (1964a, S. xxiv). Die Äußerung stammt aus dem Jahre 1894.

19. Jahrhunderts ein Gemeinplatz sowohl des europäischen als auch des amerikanischen liberalen Denkens war; während der französischen Restauration entwickelte sie sich zu einer liberalen Interpretation der Weltgeschichte, die etwa in den frühen Essays von John Prince-Smith Niederschlag fand.⁵ Marx selber meinte: „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben.“ Stattdessen hielt er es den liberalen („bourgeois“) Historikern zugute, die geschichtliche Entwicklung des Klassenkampfes beschrieben zu haben (Marx/Engels, 1955, Bd. 2, S. 425).

Wenn wir uns daran erinnern, daß die liberale Auffassung vom Klassenkampf sich im Kern auf die Ausbeutung einer sozialen Gruppe durch eine andere mittels der Staatsmacht bezog, so erhält es eine gewisse Bedeutung, daß Naumann ganz in der marxistischen Theorie des Klassenkampfes gefangen war, während ihm die liberale Theorie unbekannt blieb. Zu der Zeit, da er anfangs liberalen Ideen ein gewisses Interesse entgegenzubringen, war die herrschende Meinung (die von den nunmehr den Ton angegebenden Kathedersozialisten, deren Anhänger er war, verbreitet wurde), daß alle Gesetze des Wirtschaftslebens rein geschichtlicher und vorübergehender Natur seien, und daß sich der klassische Liberalismus - das „Manchestertum“ - als Fehlschlag erwiesen habe.

Obwohl Naumann in seiner ersten Phase an jeglicher Verbesserung der Lage der Arbeiter verzweifelte, trat er nicht den Sozialisten bei. Stattdessen wurde er eine Zeit lang Schüler des christlich-sozialen Hofpredigers Adolph Stöcker. Er konnte jedoch Stöckers rabiaten Antisemitismus nicht akzeptieren, obwohl er noch 1903 zu sticheln fähig war: „auch die Israeliten, die unter uns wohnen, versichern, daß sie [Jesus] nicht nochmals kreuzigen möchten.“ (Naumann, 1964a, S. 594)

Um Naumann versammelte sich eine Gruppe jüngerer Theologen und anderer Intellektueller. Während sie im Evangelisch-Sozialen Kongress ein wenig Aufsehen erlangten, gelang ihnen niemals der Durchbruch zu der von Naumann ersehnten Unterstützung durch breite Bevölkerungsschichten. In diesem Abschnitt seiner Entwicklung verkündete Naumann, daß eine Zeit heraufzöge, in der die christlich-soziale Epoche die sozialdemokratische ablösen werde. Er sollte es sich zur Gewohnheit werden lassen, das unmittelbare Bevorstehen neuen „Epochen“ zu verkünden; seine ergebenen Anhänger bezeichnen dies als seine „schöpferische Gabe, im Seienden das Werdende zu erkennen.“ (Vogt, 1949, S. 11)

Naumanns charakteristischer Zug als sozialpolitischer Pfarrer war der mahnend erhobene Finger. Seine Flugschrift *Was heißt Christlich-Sozial?* aus dem Jahre 1894 war typisch: „die Weber in Schlesien verhungern [...] in den Vororten von Chemnitz sterben 40-50 Prozent Kinder im ersten Jahre [...] sechs oder acht Personen schlafen in einer Dachkammer [...]“ Für ihn war die Ursache solch ent-

⁵ Vgl. Raico (1991). Zu Prince-Smith in diesem Zusammenhang, vgl. im vorliegenden Werk Kap. 2. Vgl. auch Nolte (1983, S. 353 und S. 599, Fn. 79).

setzlicher Armut offensichtlich: „es ist in erster Linie der Geiz, die Wurzel alles Übels, der diese Zustände hervorgerufen hat.“ (Naumann, 1894, S. 76)

So offensichtlich wie die Verursachung der Armut sollte ihre Abschaffung sein: staatliches Eingreifen. Es führe zu nichts, die wirtschaftsliberale Alternative auch nur in Erwägung zu ziehen, denn „jedermann weiß jetzt, was aus der ‚Freiheit‘ geworden ist.“ Als bestimmende Autorität führt Naumann Karl Marlo an,⁶ der den Liberalismus und das kapitalistische System fünfzig Jahre zuvor angeklagt hatte. Es lohnt sich, das Marlo-Zitat hier verkürzt wiederzugeben:

„Die Liberalen wollten die Arbeit frei machen, und haben sie unter das Joch des Kapitals gebeugt; sie wollten die Entfesselung aller Kräfte, und haben sie in die Fessel des Elends geschlagen [...] sie wollten den Wohlstand der Gesellschaft, und schufen nur Mangel und Überfluß [...] sie wollten Vernichtung sämtlicher Monopole, und haben sie alle durch das Riesenmonopol des Kapitals ersetzt [...] sie wollten die höchste Sittlichung der Gesellschaft, und haben sie in sittliche Fäulnis versetzt; sie wollten, um alles mit einem Worte zu sagen, schrankenlose Freiheit, und haben die schmachvollste Knechtschaft erzeugt [...]“ (Naumann, 1894, S. 78)

Naumann kommentiert: „Alle Achtung vor einem Manne, der das schon vor fünfzig Jahren vor Augen hatte!“ (Naumann, 1894, S. 78f.)

Daß Naumann die Lehren des nun vergessenen Marlo guthieß, ist höchst bedeutsam. Joseph Schumpeter untersuchte Marlos Standpunkt in seiner *Geschichte der ökonomischen Analyse*:

„Einerseits schilderte er die Lage der Arbeiterklasse in genauso düsteren Farben wie Engels. Andererseits machte er für diese Lage nicht die geschichtlich einmaligen Bedingungen verantwortlich, die oft, wenn auch nicht unbedingt, in den Anfangsphasen der kapitalistischen Entwicklung herrschen, sondern die inhärente Logik des kapitalistischen Systems, das, wenn man ihm freien Lauf läßt, das Los der Arbeiter immer wieder verschlechtern wird. Wir beobachten erstens, daß diese Schilderung der Tatsachen selbst *ex visu* der Lage um 1850 voreingenommen ist. Denn selbst damals waren Statistiken vorhanden, mit denen der Laie hätte beweisen können, daß das Gerede über Versklavung und Verhungern und mehr noch das Gerede über die *zunehmende* Verelendung der Massen in Wirklichkeit jeder Grundlage entbehrte, abgesehen von einigen vereinzelt Beispielen.“ (Schumpeter, 1965, S. 569f.)

Marlo selber war praktisch unbedeutend, so Schumpeter, abgesehen davon, daß er ein Beispiel für die unzähligen Kritiker des Kapitalismus ist, die zur Mitte des Jahrhunderts die Legende vom Kapitalismus als der Geißel der Arbeiterklasse herausbildeten. Diese Legende hatte „für große Bereiche der ökonomischen Literatur und der Öffentlichkeit das Stadium des ‚wie-jeder-weiß‘ erreicht“ (vergleiche Naumanns Bemerkung „Jedermann weiß jetzt, was aus der ‚Freiheit‘ geworden ist“) und wurde „nicht mehr in Frage gestellt, sondern wurde von immer

⁶ Das war der Schriftstellernamen von Karl Georg Winkelblech, Verfasser der *Untersuchungen über die Organisation der Arbeit, oder System der Weltökonomie*, 3 Bde., erschienen 1850-1859.

mehr Menschen als selbstverständlich hingenommen. Im Denken dieser Menschen wurde es mit der kapitalistischen Realität gleichgesetzt, die immer mehr von diesem Bild abwich.“

Der Einfluß dieser Auffassung war jedoch enorm. Schumpeter beobachtete: „Gerade dieses Bild wurde von Marx analysiert, und auf dieses Bild stützt sich der dilettantische Radikalismus bis zum heutigen Tag.“ (*Schumpeter*, 1965, S. 570) Es war auch das Bild, das Naumann ebenso wie seine ganze Umgebung unkritisch akzeptierte, als er seine politische Odyssee begann. Obgleich er den Kapitalismus später anders bewerten sollte, prägte die Mär von der Entwürdigung und der Verarmung der Arbeiter im *Laissez-faire*-Industrialismus seine Ansichten bis ans Ende seines Lebens.

Naumann setzte seinen Feldzug in seinem nächsten Werk *Soziale Briefe an Reiche Leute* fort - eine Versuch, den Reichen das „Proletarierbewußtsein“ näherzubringen (*Naumann*, 1895, S. 24). Gegenwärtig erfolge die Gesetzgebung ausschließlich zugunsten der Besitzenden. Naumanns Meinung zum liberalen Werk der 1860er und 1870er Jahre, zu Freizügigkeit, Gewerbefreiheit usw. stimmt mit derjenigen seiner sozialkonservativen und sozialistischen Mentoren überein: „Die liberale Gesetzgebungsperiode,“ behauptet er selbstgewiß, sei „kein Glück“ gewesen. Sie habe lediglich „die Hebung der Starken auf Kosten der Schwachen“ (*Naumann*, 1895, S. 47) gebracht. Wenn er sich auch nicht ganz dazu entschließen kann, die marxistische Analyse zur Stellung der Arbeit zu teilen, gefällt er sich doch dabei, mit ihr herumzuspielen. So schreibt er von dem „Tribut [...] den die Arbeit in allen ihren Formen dafür geben muß, daß sie überhaupt existieren darf [...], der früher Frohndienst hieß und der heute unter anderen Titeln vielleicht nicht weniger schwer auf der Bevölkerung lastet.“ (*Naumann*, 1895, S. 42) Es liege in der Natur der Sache, daß sich die Dinge verschlechterten - „das Verhältnis von Kapital und Arbeit verschiebt sich zusehends zu Gunsten des Kapitals“ - und der Staat müsse mit Gesetzen zur Beschränkung des Kapitals einspringen. Doch wie in seinen früheren Werken verwirft Naumann die vollkommene Vergesellschaftung als zu radikal; stattdessen predigt er für eine gemischte Wirtschaft (mixed economy), mit aktiver Sozialpolitik und Kapitalisten, die für all ihre Handlungen der Gemeinschaft gegenüber verantwortlich gemacht werden können.

Die letzten Seiten dieser kleinen Arbeit sind einer Tirade gegen das Sparen gewidmet - was eine denkbar gute Probe für die Qualität des Naumannschen Denkens zu jener Zeit abgibt (*Naumann*, 1895, S. 51ff.). Im gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft seien Ersparnisse verheerend. Das gelte selbst für Ersparnisse der Arbeiter, denn wenn die Arbeiter sparen, indem sie etwa keine Möbel kaufen, „was tun dann die Tischler?“ Die Reichen müßten dazu gebracht werden, zu verstehen, „daß das Sammeln nicht möglich ist, ohne Anderen das Brot zu verkürzen.“ Wie ein wahrer Bußprediger schärft Naumann den Reichen ein, gegenüber der Sünde des Sparens stets wachsam zu bleiben: „Bei jeder Ersparnis soll ihm wenigstens gegenwärtig sein, daß Etliche würden arbeiten können, wenn er das Geld ausgeben wollte.“ Unnötig zu sagen, daß Naumann den Folgen keine

Beachtung schenkt, die sich im Deutschland seiner Generation aus einer Beendigung des Sparens für Investitionen und Produktivität ergeben hätten.

Im darauf folgenden Jahr (1895) durchlief Naumann jedoch seine erste große Wandlung - und zugleich die einzige, die ihm nicht von den Umständen aufgezungen wurde. Er begegnete Rudolf Sohm und Max Weber, zwei Intellektuellen, die einen nachhaltigen Einfluß auf sein Denken ausüben sollten. Sohm erklärte, daß „der Staat ein Heide“ sei, und Weber hielt an den eigenständigen Ansprüchen nationaler Macht fest. Wenn sie Naumann auch nicht gerade die Augen für die Zentralität der Machtfrage und folglich für die Unerheblichkeit des Christentums in der Politik öffneten, so förderten sie seine Entwicklung doch sicherlich in dieser Richtung (Heuss, 1949, S. 100) Naumann fing an, den Kampf des Deutschen Reiches um „Weltgeltung“ als den Kernbestandteil der Politik seiner Zeit zu begreifen. Es war nicht weniger als ein „imperialistische[r] Rausch, dem Naumann mit aller Gewalt seines Gefühls im Jahre 1895 zu verfallen begann.“⁷ Er gründete seine eigene Wochenschrift, *Die Hilfe*, die er bis zu seinem Tode herausgeben sollte. Zwei Jahre später gab er den Kirchendienst auf und zog nach Berlin.

Doch Naumann mußte sich immer noch öffentlich irgendwie dafür rechtfertigen, daß er das Christentum als Leitlinie in der Politik aufgegeben hatte. In *Asia, Eine Orientreise* versuchte er, seinen Sinneswandel unter Hinweis auf Enttäuschungen und die Erschütterungen zu erklären, die ihm eine Reise in den Mittleren Osten 1898 bereitet hatte.⁸

Naumann ist vor allem von den Völkern angewidert, denen er begegnet. Ob unterworfenen Christen oder herrschende Türken - „Läus‘ hat auch der beste,“ wie er von einem „alte[n] erfahrene[n] Deutsche[n]“ (Naumann, 1964a, S. 539) erfährt. Palästina stellt Naumann auf „eine harte Probe.“ Er findet, daß die Kirche daheim nachlässigerweise immer betont habe, daß den alten Germanen das Christentum so sehr zugute gekommen sei, und nicht, „daß erst die gesunde germanische Kraft aus dem Christentum etwas gemacht habe.“ Naumann ist vom niederen Menschenmaterial Palästinas, dem Geburtsland des Christentums, dermaßen angeekelt, daß ihm ungebeten radikal-völkische Gedanken kommen: „Nicht nur einmal wurde in Palästina an Paul de Lagarde gedacht und seinen Traum eines wiedererwachten altdeutschen Glaubens.“ (Naumann, 1964a, S. 538, 552)

Am schlimmsten aber ist, daß Naumann gezwungen ist, sich Jesus selber im Rahmen dieser abstoßenden Welt vorzustellen, denn „Jesus ist die Seele

⁷ Conze (1950, S. 363). Etwa drei Jahrzehnte später blickte Leopold von Wiese auf die Zeit zurück, in der das deutsche Bürgertum der Verblendung durch die Macht zum Opfer fiel. Er bemerkt: „Allmählich lernten auch die deutschen Bürger, kosmopolitische Grundstimmung für eine Schmach zu halten. Damit aber vollzog sich der verhängnisvollste Abfall von den alten Göttern des Freisinns. [...] Der Machtrausch hatte den wahren Liberalismus erstickt“ von Wiese (1925, S. 25).

⁸ Die politisch bedeutsamen Teile sind wiedergegeben in Naumann (1964a, S. 535ff.).

Palästinas.“ Als er die schäbigen und erschütternden Straßen entlangreist, durchzuckt Naumann die Idee: „Jesus ging und ritt auf solchen Wegen ohne etwas zu ihrer Besserung zu tun!“ Der Sozial-Christ in Naumann ist verwirrt und wütend: „Daß er in einem Lande war, wo die ersten Grundlagen sozialen Fortschritts fehlten und daß er nicht von der Notwendigkeit solcher Fortschritte redet, wurde mir deutlich.“ Nun fällt es Naumann ein, daß es Probleme mit der Bergpredigt gibt - „Schauet die Lilien auf dem Felde, wie sie wachsen, sie arbeiten nicht“ usw. Wie war es Jesus nur möglich, solche fortschrittsfeindlichen Ideen zu predigen? „Oder war es Jesus gleich, was aus dem Land und den Menschen wurde, ihm, dem Meister der Liebe?“ (Naumann, 1964a, S. 546f.) Fürwahr, „es ist nicht leicht, Palästina gesehen zu haben, und Glauben zu behalten.“ (Naumann, 1964a, S. 547, 552)

III. Nationaler Sozialismus

Neben der Gründung der *Hilfe* versuchte Naumann eine Tageszeitung, *Die Zeit*, zu publizieren. Diese hatte jedoch niemals mehr als 6.000 Abonnenten und wurde bald wieder eingestellt (Koszyk, 1966, S. 158). Der Höhepunkt seiner neuen Wendung war der von ihm im Jahre 1896 organisierte Nationalsoziale Verein. Er wurde in Erwartung der Heraufkunft einer Epoche des sozialen Kaisertums gegründet (Naumann, 1964b, S. xii) und diente als eine politische Partei, deren Kern aus Naumanns evangelisch-sozialen Verbündeten bestand. Eugen Richter spottete in seiner *Freisinnigen Zeitung* über das neue politische Gebilde als „Pastoren- und Lehrerpartei.“ Seinen Angaben zufolge waren 81 der 153 Abgeordneten auf dem Parteitag Pfarrer und Lehrer. Daß sie ihren Lebensunterhalt nicht auf dem Markt verdienen mußten, so Richter, erkläre ihr dürftiges Verständnis der Marktwirtschaft (Koszyk, 1966, S. 159).

Zweck des Nationalsozialen Vereins war es, eine Neugliederung der politischen Kräfte in Deutschland herbeizuführen. Das Wort „national,“ erklärte Naumann, bedeute für ihn und seine Genossen „die neue reichsdeutsche Weltmachtsidee,“ (Naumann, 1964e, S. 252f.) während sie insofern „sozial“ bzw. „Sozialisten“ seien, als sie daran glaubten, „daß die zukünftige Politik Deutschlands von der Arbeiterklasse getragen werden müsse.“ Es sei die Pflicht der Arbeiterklasse, „patriotisch und staatsertaltend,“ sowie die Hauptstütze der weltweiten deutschen Expansion zu werden (Naumann, 1964e, S. 269).

In seiner weiteren Karriere streckte Naumann den Arbeitern politisch immer die Hand entgegen. Dafür wurde er überschwenglich gepriesen. Doch auch frühere Liberale hatten es sich zur Aufgabe gemacht, den Arbeitern die Hand zu reichen - durch die Förderung von Selbsthilfeorganisationen und von Arbeiterbildungseinrichtungen. Unter Erziehung der Arbeiter verstanden sie allerdings unter anderem, daß diesen erklärt werden sollte, warum das auf dem Privateigentum beruhende Marktsystem dem Interesse aller Gesellschaftsklassen diene. Doch

eine Erziehung gemäß den Grundsätzen des Wirtschaftsliberalismus lag nicht in Naumanns Absicht. Nicht der Marktwirtschaft wollte er die Loyalität der Arbeiter verschaffen, sondern dem deutschen Staat und seinem Drang nach „Weltgeltung.“ Theodor Heuss schrieb über ihn:

„Die sozialistischen Industriearbeiter staatsfroh zu machen, das heißt: in ihnen den Willen zu wecken, den Staat als auch *ihren* Staat zu begreifen, zu stützen, ihm auch Mittel zu seiner Verteidigung nicht zu verweigern, war das A und O der tagepolitischen Mühen.“ (Heuss, 1960, S. 30. Hervorhebung im Original.)

Es sollte bemerkt werden, daß der Ausdruck „Mittel zur *Verteidigung*“ des Staates den Sachverhalt eher abschwächt. Nach Naumanns Auffassung mußte „Verteidigung“ in einem sehr weitreichenden Sinne verstanden werden: „Es ist eine falsche Idee, bloß die Heimat verteidigen zu wollen [...] Man kann sich in Afrika verteidigen müssen oder am Gelben Meer, wenn es die Lage so mit sich bringt.“ (Krüger, 1983, S. 267, Fn. 172) „Verteidigung“ war in Naumanns Wortgebrauch das Äquivalent von Weltpolitik.

Naumann plädierte gegenüber den Arbeitern, daß die Machtfrage des deutschen Reiches auch eine Lebensfrage für sie sei. Ihr Leben hänge von einem mächtigen Deutschland ab, das jene Märkte erobert, ohne die eine wachsende Bevölkerung nicht auskommen könne: „Der Kampf um den Weltmarkt ist ein Kampf ums Dasein.“ Auch Kolonien seien erforderlich für die deutsche Industrie und den deutschen Handel, sowie als Lebensraum. Sie sollten „in gemäßigtem Klima, wo deutsche Ansiedlungen möglich sind,“ angestrebt werden. Auf die Frage „bei welchen Gelegenheiten können solche Kolonien gewonnen werden?“ antwortete Naumann markig: „Bei Friedensschlüssen nach glücklichen Seekriegen.“ (Naumann, 1964e, S. 208f.) Somit erhielt die Flottenfrage eine zentrale Bedeutung für Naumanns Position.

Selbst in der Zeit einer allgemeinen blinden Begeisterung für eine große Hochseeflotte war Naumann für den fanatischen Beistand bekannt, den er der Sache leistete. Naumann selber berichtete, daß Wilhelm II. ihn den „Marinepfarrer“ nannte und der Kaiser von den Nationalsozialen als den „Flottenschwärmern“ (Naumann, 1964e, S. 254) sprach. Doch angesichts des Blickwinkels, den Naumann auf die Weltpolitik einnahm, war seine Flottenwut verständlich. Wie er 1898 schrieb:

„Kann es eine deutsche Kultur neben der englischen geben, soll es sie geben? [...] Schon jetzt müssen wir mit dem letzten Kampf um Englands Weltherrschaft wie mit einem Ereignis rechnen, das wohl noch ein Menschenalter warten kann, das aber mit der Sicherheit von Naturereignissen kommen wird. Von diesem Hintergrunde aus ist die Frage nach Flotte und Kolonien zu beantworten.“ (Naumann, 1964e, S. 236f.)

Im Hinblick auf diese weltgeschichtliche Herausforderung, brauche das deutsche politische System eine drastische Überholung. Die Arbeiter müßten der imperialistischen Bewegung eingereiht und sogar irgendwie zu ihren Hauptträgern gemacht werden. In erster Linie käme dabei massive Sozialpolitik in Frage: „Die

beste Rüstung für kommende Kriege ist eine tüchtige Sozialreform.“ (Heuss, 1949, S. 100) Die Herrschaft der Junker über die Politik sei zu beenden, weil die Großgrundbesitzer „eine alte, sinkende Klasse“ seien, die den Erfordernissen von Gegenwart und Zukunft nicht mehr gewachsen sei. Anstelle des alten Systems sei im Innern eine liberale Ordnung einzurichten, da ein Volk, das bei sich keine Freiheit genießt, „nicht das Zeug zur weltgeschichtlichen Größe in sich [hat].“ (Naumann, 1964e, S. 250) Sowohl Naumanns sozialpolitische, als auch seine demokratischen Bestrebungen - wie diese es damals sogar waren - dienten folglich seiner Vision von weltumspannenden Kämpfen, vor allem gegen England. So schrieb er 1899: „Der deutsche Geist wird dann, wenn er frei geworden ist, die Welt erobern. Im großen Weltkampf des Kontinentes gegen das Engländerium wird Deutschland die Führung haben, ein Deutschland voll sozialen Fortschrittes und voll tüchtiger, selbstbewußter Bürger.“ (Conze, 1950, S. 365)

Naumann und seine Freunde waren stolz auf ihren Versuch, ein Bündnis mit der Sozialdemokratie herbeizuführen. Eine ihrer Hauptklagen gegen Eugen Richter war, daß er sich einem solchen Bündnis verschloß und somit die einheitliche Front vereitelte, die die einzige Hoffnung gegen das autoritär-agrarische Herrschaftsgefüge war. Historiker waren in dieser Frage häufig einer Meinung mit den Naumannianern. Was jedoch auch immer über die Fehler der Richterschen Strategie gesagt werden mag - Naumanns Ansatz war offensichtlich verfehlt. Denn sein Erfolg hing davon ab, die deutsche Sozialdemokratie zu seinem weltpolitischen Programm zu bekehren. Und dieses Unterfangen war zum Scheitern verurteilt.

Naumann selber legte das Problem im Jahre 1905 dar: „Das aber, was wir der Sozialdemokratie vorwerfen, ist, daß sie vielfach noch bis an die Ohren in kleinbürgerliche Weltpolitik eingetaucht ist.“ (Naumann, 1964e, S. 354) Doch daß sich die Sozialdemokraten einer „kleinbürgerlichen Weltpolitik“ hingaben, d.h. einer Friedenspolitik und mithin überhaupt keiner echten Weltpolitik in Naumanns Sinn, war kein Zufall. In seiner *Soziologie der Imperialismen* beobachtete Schumpeter, daß die kriegs- und imperialismusfeindliche Einstellung der modernen Arbeiter - wie sie sich in der offiziellen Haltung der sozialistischen Parteien widerspiegelte - ein Erbe des Kapitalismus und der liberalen Lehre war:

„Der vom Kapitalismus geschaffene Typus des industriellen Arbeiters ist überall energisch antiimperialistisch [...] nie geht eine Initiative zu gewaltsamer Expansionspolitik von [ihm] aus. In diesem Punkt formuliert der offizielle Sozialismus zweifellos nicht nur die Interessenlage, sondern auch den bewußten Willen der Arbeiter. Sozialistischen oder überhaupt Arbeiterimperialismus gibt es noch weniger als Bauernimperialismus“. (Schumpeter, 1953, S. 125)

Es stimmt zwar, daß einflußreiche Sozialdemokraten in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg angingen, das deutsche Kolonialreich, als nicht mehr rückgängig zu machen, hinzunehmen. Ihre Einlassungen nahmen gewöhnlich die Form der Agitation für eine bessere Behandlung der Eingeborenen an, doch manchmal unterstrichen sie auch einen möglichen wirtschaftlichen Nutzen für Deutschland (Schröder, 1968, S. 183ff.). Diese Haltung war aber meilenweit ent-

fernt von der leidenschaftlichen Umarmung des Imperialismus (mit der Gewißheit, daß Kriege mit anderen Großmächten folgen würden), die Naumann im deutschen Sozialismus und in der Arbeiterklasse hervorzurufen versuchte.

Somit waren all die Jahre, die Naumann seiner großen Strategie, seiner hochgelobten Vision von einem sozialistisch-liberalen Bündnis widmete, nichts als vergebliche Mühen. Theodor Heuss behauptet, daß Naumanns „Lösung, früher begriffen, Deutschlands Rettung hätte werden müssen.“ Einziges Problem: „der Staat schwieg, die Massen versagten sich.“ (Heuss, 1919, S. 8) Aber die Möglichkeit einer solchen „Lösung“ - einschließlich einer Arbeiterschaft, die das Banner der Weltpolitik und des Kolonialismus hißt - bestand nirgendwo anders als in Naumanns Kopf. Warum jemand, der seine Finger am Puls des Zeitgeistes hatte, die politische Lage so grundsätzlich mißverstand, erklärt Heuss nicht.

* * *

In den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts begann Naumann, von einem „Bund von Kaiser und Masse“ zu sprechen. Er berief sich auf Lassalle, dem es dringend geboten schien, daß der Monarch die Führung ergriff, um der sich immer mehr befestigenden Herrschaft „der Besitzenden“ zu begegnen. Diese und andere Ideen fanden sich in dem 1900 erschienenen Buch *Demokratie und Kaisertum*, Naumanns erfolgreichstem Werk ausgenommen sein Buch *Mitteleuropa*. (Theiner, 1983, S. 62f.) Naumann wirbt hier für ein soziales Kaisertum bonapartistischer Prägung. Seine Argumentation für diesen eigentümlichen Ausweg aus der politischen Sackgasse zeigt, daß er immer noch dem marxistischen Szenario verbunden ist:

„Marx hat das Wort von der ‚Diktatur des Proletariats‘ gesprochen, und damit gemeint, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus persönlich diktatorisch geleitet werden müsse, ein an sich richtiger Gedanke, sobald die Zeit für diesen Übergang einmal reif sein sollte“.

Doch diese Zeit sei noch nicht gekommen, stellt Naumann (vermutlich ironisch) fest. Vielmehr „ist auch die Uhr der Weltgeschichte, zumal in Deutschland, erst dort, wo sie die Stunde für die Diktatur des Industrialismus anzeigt.“⁹ Die alte Aristokratie sei den Regierungsbedürfnissen des neuen Deutschland bei weitem nicht gewachsen, und „tragfähige neue politische Massengebilde,“ die in die Rolle der alten Aristokratie schlüpfen könnten, gäbe es noch nicht. Die einzige Möglichkeit, „jene Lücke zwischen alter und neuer Zeit“ zu füllen, sei der Kaiser, der gewaltsam und entschieden handeln müsse, der er sei: „nationaler Imperator, Verkörperung des Gesamtwillens, persönlicher Führer.“ (Naumann, 1964b, S. 266)

Naumann glaubte, daß die Erfahrungen mit den beiden Napoleons die damalige Lage Deutschlands erhellten. Genau wie die französischen Herrscher durch

⁹ Naumann (1964b, S. 267). Vermutlich mußte das Industriezeitalter eine „Diktatur“ haben, um der marxistischen proletarischen Diktatur zu entsprechen.

Plebiszit in ihrer Macht bestätigt wurden, sei der Kaiser vom norddeutschen Reichstag auserkoren worden, welcher wiederum aus einer allgemeinen Wahl hervorgegangen sei (Naumann, 1964b, S. 265f.). In diesem Sinne könne der deutsche Herrscher - obwohl er an preußische Traditionen gebunden sei - eine cäsaristisch-demokratische Legitimation geltend machen. Zudem erlaubten es die modernen Kommunikationsmittel, daß für jeden „eine Art modernes Personalverhältnis zur kaiserlichen Zentralperson“ geschaffen würde. Wilhelm II., „der am Schaltebel der großen Dynamomaschine des Deutschtums sitzt,“ sei dazu bestimmt, ein „Willensmensch“ zu werden, „Willensenergie“ zu beweisen und das neue industrielle Deutschland seiner ihm bestimmten Zukunft als führende Weltmacht entgegenzuführen (Naumann, 1964b, S. 263f.).

Mit keinem Wort erwähnt Naumann die Notwendigkeit einer Parlamentarisierung der Reichsverfassung. Erst Jahre später sollte er zu dieser Ansicht gelangen. Vielmehr vertraute er „auf die Wucht der fortgehenden Umschichtung zum ‚Industrialismus‘, der sich der Kaiser auf die Dauer nicht werde entziehen können,“ (Conze, 1950, S. 378) eine Haltung, die in seltsamer Weise an die deutschen Freihändler erinnert. Es ist nicht überraschend, daß sein ihm wohlgesonnener Biograph bei der Bewertung des Naumannschen Hauptwerkes sogar das Wort „Faschismus“ fallen läßt (Theiner, 1983, S. 70).

Es lohnt sich festzuhalten, wie ein echter Liberaler die Lage in Deutschland um die Jahrhundertwende sah, als Naumann versuchte, die kaiserliche Macht napoleonischen Höhen entgegenzuführen. So erklärte Eugen Richter im Januar 1899 vor dem Reichstag:

„Die Durchführung der Ministerverantwortlichkeit ist aber eine Notwendigkeit jetzt mehr als je [...] es geht ein absolutistischer Zug durch das Reich [...] Gerade gegenwärtig ist die Frage der Ministerverantwortlichkeit eine besonders dringende aus dem Grunde, weil der auswärtigen Politik, welche naturgemäß einen viel freieren Spielraum der Regierung gibt als irgend ein anderer Zweig, jetzt Ziele gesteckt werden, die unter Umständen verhängnisvoll werden können für das Volk und für das Land“.¹⁰

Während der „fossilienhafte Doktrinär“ Richter treffend vorhersah, daß mit der kaiserlichen Politik große Gefahren verbunden waren, hegte der „Realist“ Naumann weiterhin eine uneingeschränkte Bewunderung für Wilhelm II. Er deutete den Herrscher als einen durch und durch „modernen“ Monarchen, der sich am Industriestaat und dessen Bedürfnissen orientiere (vgl. etwa Naumann, 1964e, S. 254). Er habe, preist Naumann, „kein fertiges System, keine bindende Tradition, auf neuem Boden sucht er neue Wege“ (Naumann, 1964b, S. XLI). - so als ob es selbstverständlich eine gute Sache wäre, sich ohne Leitfaden in die Weltpolitik zu stürzen. Es traf sich, daß Naumann die Gelegenheit bekam, den

¹⁰ SBR (1899, S. 60). Im Erscheinungsjahr von *Demokratie und Kaisertum* warf Richter im Zusammenhang mit der Rolle Wilhelms II. „den Namen Bonaparte in die [Reichstags-] Debatte.“ Es braucht kaum gesagt zu werden, daß er das - anders als Naumann - in einem negativen Sinne tat. Vgl. Fehrenbach (1969, S. 159).

Kaiser in einer der am besten bekannten Episoden seiner Regierungszeit zu verteidigen.

Am 27. Juli 1900 hielt Wilhelm II. seine berüchtigte „Hunnenrede“ an die deutschen Truppen, die nach China aufbrachen, um dort bei der Unterdrückung des Boxeraufstandes mitzuwirken. Er drängte sie, König Etzel und seinen Hunnen nachzueifern, so daß „der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden möge, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“ Der Kaiser gab die Parole aus: „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht.“

Die Rede rief einen Sturm der Entrüstung hervor, der monatelang anhielt. Eugen Richter sprach für die Mehrheit anständiger Deutscher und für den alten Liberalismus, als er erklärte, er sei nur durch die Überzeugung getröstet, „daß unsere Soldaten einen solchen Fonds sittlichen Gefühls aus der deutschen Erziehung mit hinübernehmen, daß sie eine Zeit lang vor den schädlichen Folgen, als solche Exekutoren zu dienen, bewahrt bleiben.“ (SBR, 1900a, S. 56)

Eine der wenigen zustimmenden Äußerungen stammte von Naumann in *Die Hilfe*. Sein einziger Einwand war, daß der Kaiser die Notwendigkeit, das Christentum in China zu verbreiten, mit der Militärmission vermengt habe. „Wir kämpfen, weil wir Nation sind, nicht weil wir an das Evangelium glauben,“ tadelte Naumann. Hinsichtlich der moralischen Entrüstung, die sich über Deutschland angesichts der kaiserlichen Worte ergoß, meinte er: „Wir halten diese ganze Zimmerlichkeit für falsch.“ Seine eigene Meinung war die eines Mannes, der die harten Realitäten der Weltpolitik verstand:

„Die Sache liegt doch einfach so, daß unsere asiatischen Truppen gar nicht in der Lage sind, größere Gefangenenbestände aufzunehmen. Was sollen wir machen, wenn es 50.000 Chinesen einfällt, sich zu ergeben? Dann bewachen und ernähren wir diese gelben Brüder und sind kampfunfähig. Ein Expeditionskorps im Barbarenlande kann sich die Last einer Gefangenerversorgung, wie wir sie 1870/71 in vorzüglicher Weise übernommen haben, nicht auf die Schultern legen lassen.“¹¹

Es folgten Austritte aus dem Nationalsozialen Verein. Naumann wurde wegen seiner Zustimmung zur kaiserlichen Ansprache öffentlich zur Rede gestellt. Er erhielt im Laufe der Auseinandersetzung die Bezeichnung „Hunnenpastor.“ Doch er blieb bei seiner Meinung. Die einzige Alternative zur Einstellung, die er mit dem Kaiser teilte, so sein Argument, sei der Tolstoianische Standpunkt, d.h. der vollkommene Pazifismus und Nicht-Widerstand (Theiner, 1983, S. 77).

¹¹ Vgl. Heuss (1949, S. 123ff.) sowie Greschat (1986, S. 41f.). Naumann formulierte, wie Greschat auf S. 43 hinzufügt, „wennleich noch hypothetisch - in Umrissen das Konzept des totalen Krieges: „Da wir aber den Krieg einmal haben, müssen wir auf jede Weise Sieg erstreben. Sollten wir aus Weichheit verlieren, so würde das tiefe Rückwirkungen auf unser gesamtes Volksleben haben. [...] Im Kaiserworte finde ich den Ernst, der die Schwere der Gesellschaftslage erfaßt.“

Zweifellos ist dies eine der Episoden, die Theodor Heuss im Sinne hatte, als er in einer rechtfertigenden Passage schrieb, Naumann habe sich in Kolonial- und Flottenfragen „mit einer gelegentlich brutal wirkenden Energie [ausgedrückt], um innere Einwände christlicher Gefühllichkeit niederzuringen.“ (Heuss, 1959, S. 15) Doch wenn man das Drama von Naumanns Innenleben einmal beiseite lassen darf - ist es nicht statthaft, bei diesem Kapitel seines Denkens zu verweilen und über die Weiterungen seiner Äußerungen nachzudenken? Trotz der törichten Worte des Kaisers ließ sich das deutsche Militär des Jahres 1900 nicht von Naumanns Vorstellungen leiten. In dieser Hinsicht war Naumann kein bloßer „Gefangener seiner Zeit,“ wie Ralf Dahrendorf ihn titulierte (Dahrendorf, 1985, S. 34). Die Zeit war besser als er. Doch es sollte eine Zeit kommen, da ein deutscher Herrscher seine Truppen in ein „Barbarenland“ - nicht China - schicken würde, und es würde Millionen von erbärmlichen Soldaten des Feindes einfallen, sich zu ergeben. Dann sollte jener Herrscher gemäß der Maxime Naumanns handeln - mit Folgen, die nur allzu gut bekannt sind. Man fragt sich, ob es nicht statthaft ist, solch eine, zwar nicht kausal-historische, aber moralisch-theoretische Verbindung zu ziehen.

Noch 1907 verteidigte Naumann Carl Peters gegen Kritik an dessen barbarischer Behandlung der Eingeborenen in Ostafrika. Lujo Brentano warf Naumann seine Haltung in einem Brief vor, und es entspann sich eine Korrespondenz zum Thema.¹² Naumann bestand darauf, daß Peters „die Geschichtsaufgabe der Deutschen“ erfülle und gab zu verstehen, daß Brentano vom Standpunkt einer überholten „religiös-naturrechtliche[n] Grundlage des Liberalismus“ argumentiere, die dabei sei, ihren Platz für „entwicklungsgeschichtliche Ideen [zu räumen] [...] Rousseau wird mit Darwin verschnitten.“ Wie immer behauptete Naumann, daß es keinen Ausweg im Lauf der Dinge gäbe: „Ob der neue Wein besser sein wird als der alte, wissen nur die Götter, aber - wir werden ihn trinken *müssen*.“ (Hervorhebung Naumanns.) Außerdem hätte Brentano sich vergegenwärtigen sollen, daß „es [...] eben Dinge [gibt], in denen fast die ganze jüngere Generation anders empfindet;“ die Jugend sei „kolonialfroh.“ Und natürlich ist es sinnlos, Politik gegen die Empfindungen der Jugend zu betreiben.

Für Naumann war die Herrschaft eines Volkes über ein anderes unvermeidlich und zugleich ein Zeichen für seine Gesundheit und Stärke. Kleinere, schwächere Völker waren „politischer Kleinbetrieb“ und dazu verdammt, von den größeren und stärkeren aufgesogen zu werden. „Die Geschichte selbst“ habe gegen sie entschieden. Sie mögen „nationalen Freiheitsideen“ nachhängen, doch geschichtlich betrachtet seien diese Ideen „rückschrittlich.“ (Naumann, 1964e, S. 352f.) Einem aufstrebenden Volk wie dem deutschen sei es angemessen, alle schwächeren Völker, auf die es trifft, zu unterwerfen und zu verschlingen: „Wir scheuen uns gar nicht, Polen, Dänen, Suaheli, Chinesen nach Kräften zu entnationalisieren.“ (Christ, 1969, S. 75) Inbrünstig unterstützte Naumann die preußische Politik der

¹² Heuss (1949, S. 537ff.), wo einige der Briefe Naumanns wiederabgedruckt sind.

zwangsweisen Germanisierung polnischer Bevölkerungsteile in den östlichen Provinzen, wozu auch die Enteignung polnischen Grundbesitzes zur Ansiedlung deutscher Bauern zählte. Einwände, denen zufolge das Privateigentum polnischsprachiger Bürger in Preußen und im Reich unverletzlich sei, wurden von Naumann und seinen Genossen als bloßes „Manchestertum“ verworfen. Naumanns „doktrinärer“ Beistand für Bülow's polenfeindliches Programm war schließlich ein Hauptgrund für den Bruch mit mehreren seiner Verbündeten, darunter Brentano, den Naumann wegen seines „Alldeutschtums“ tadelte, und Barth, der eine Abspaltung der Freisinnigen Vereinigung anführte (Krüger, 1983, S. 40, 47).

Naumanns Selbsttäuschung hinsichtlich des Charakters Wilhelms II hielt noch lange, und zwar bis in seine „liberale“ Phase hinein, an. Das Interview, das der Kaiser im Jahre 1908 mit dem *Daily Telegraph* führte, scheint ihn schließlich davon überzeugt zu haben, daß, wie ein Bewunderer Naumanns sich ausdrückte, man unter Wilhelm II. „Deutschland niemals zum Volksstaat umgestalten könne, daß vielmehr das Reich durch Parlamentarisierung vor dem Monarchen geschützt werden müsse.“ (Stephan, 1970, S. 14) Somit erkannte Naumann ein Jahrzehnt vor seinem Tod endlich, daß „eine durchgreifende Parlamentarisierung der Verfassung [und] der Aufstieg der Parteien zu politischer Verantwortung“ (Theiner, 1985, S. 52) notwendig war. Das war genau die Position, an der der verachtete Eugen Richter vom Beginn seiner politischen Laufbahn an festgehalten hatte.

Als Beispiel für die Verblendung, mit der Naumanns Sympathisanten häufig geschlagen sind, sei erwähnt, daß Wilhelm Spael wohlwollend bemerkt: „Auch nach dem Krisenjahr 1908 fand Naumann in der Öffentlichkeit für den Kaiser oft genug anerkennende, schützende Worte, er wußte zu sehr, wie der Glaube an den gottgegebenen Herrscher im deutschen Volk verankert war, seine eigene Meinung behielt er dann bei sich.“ (Spael, 1985, S. 215) Bei weniger erlauchten Personen als Friedrich Naumann wird solch ein Verhalten gewöhnlich Heuchelei genannt.

1902 stellte Naumann die Veröffentlichung seiner regelmäßigen Andachten in *Die Hilfe* ein. Im darauffolgenden Jahr vollzog er in den *Briefen über Religion* seine öffentliche Entkopplung von Christentum und Politik. Die *Briefe* wurden ob ihrer Offenheit und Redlichkeit gepriesen; ein Herausgeber meinte, sie zeigten Naumann „als Seelsorger großen Stils, Seelsorger nicht einzelner, sondern einer Epoche.“ (Uhsadel, 1964, S. xxvii) Wie dem auch sei - das Werk ist von Interesse, da es offenbart, wie Naumann die geistigen Bewegungen seiner Zeit verstand, und es ist ein denkbar gutes Beispiel für seine Gedankengänge in der Reifephase.

Naumann macht sich daran, zu erklären, wie er „gleichzeitig Christ, Darwinist, und Flottenschwärmer“ (Naumann, 1964a, S. 569) sein könnte. Obgleich dieses sehr zeitbedingte Anliegen verständlich ist, scheint damals der 43 Jahre alte ehemalige Kirchenmann gleichzeitig vom Christentum selber verwirrt zu sein. Er fragt sich, was es heißen mag, daß Jesus in Gethsemane von den Sünden der Welt erdrückt wurde. Ein denkender Mensch sei gezwungen, „sich zu fragen, ob seine

Sünde etwas ist, was gleichsam neben ihm liegt und nach Gethsemane getragen werden kann.“ Wiederum ist die Bergpredigt ein ärgerliches Rätsel. Jesus riet: „Sorge nicht für den morgigen Tag und frage nicht: was werden wir essen, was werden wir trinken!“ In aller Unschuld fragt Naumann: „Was aber sagt unsere Volkswirtschaftslehre“ zu solch einer Idee? (Naumann, 1964a, S. 599, 605) Ihn peinigt der Umstand, „daß wir praktisch keine Christen im genauen Wortsinne des Evangeliums sein können.“ Der Grund für die Unmöglichkeit liegt nicht darin, daß, wie ein Gläubiger sagen mag, wir es hier eher mit Ratschlägen statt mit Geboten der Bergpredigt zu tun haben, oder daß, wie ein Ungläubiger behaupten mag, Jesu Ermahnungen in ihrem buchstäblichen Sinne unvereinbar mit dem organisierten Leben der Gesellschaft sind. Vielmehr liegt dieser Grund darin, daß „wir [...] im Zeitalter des Kapitalismus [leben].“ (Naumann, 1964a, S. 606)

Dennoch beschäftigen Naumann hauptsächlich jene Probleme, die durch die geistigen Strömungen der Zeit geschaffen wurden. „Geschichtserkenntnis“ und „Naturerkenntnis“ haben seinen Glauben erschüttert. „Die Geschichtsphilosophie der Neuzeit,“ wie sie von Saint-Simon, Auguste Comte und Marx hervorgebracht werde, habe unsere alten Denkkategorien umgeworfen: „Man redet nicht mehr vom einzelnen, sondern von Klassen, Schichten, Rassen, und sieht überall, auch in allen geistigen Vorgängen, Folgeerscheinungen von Klassen- oder Rassenbewegung.“ Folglich haben wir „eine Art Logik,“ die unseren Vätern unbekannt war:

„Wir sagen: Herr X muß infolge seiner sozialen Lage so oder so denken! Diese Art, das Geistesleben zu betrachten, ist gewiß nicht die einzige, aber sie ist, um ein früheres Wort zu wiederholen, die unsrige, uns notwendig geworden durch unser Zeitalter“ (Naumann, 1964a, S. 603).

Natürlich trifft das auch auf Jesus zu. „Wir fangen also an, Jesus nach Rasse und Klasse zu beobachten. [...] Früher war Jesus ‚der Mensch an sich‘, ein farbloser, geschichtsloser, volkloser, heiliger Heldenbegriff.“ (Naumann, 1964a, S. 603f.) Leider bricht Naumann die Analyse jedoch an dieser Stelle ab und unternimmt es nicht weiter, den Lesern Sendung und Botschaft Jesu vor dem Hintergrund der „Logik“ der von ihm entworfenen Klassen- (gelernter Handwerker) und Rassenzugehörigkeit (Jude) darzulegen.

Es hat niemals einen bösertigeren Angriff auf den Liberalismus - und besonders den Universalismus, der der liberalen Idee innewohnt - gegeben, als die Lehre, die Naumann hier predigt. Es handelt sich um genau das, was Ludwig von Mises später „Polylogismus“ nannte (von Mises, 1944, S. 143ff.). Im Verlaufe dieses Jahrhunderts wurde diese Lehre zur wissenschaftstheoretischen Grundlage (wenn dieser Ausdruck sie nicht zu sehr ehrt) von Kommunismus und Nationalsozialismus. Beide Ideologien wählten jedoch *ein* Merkmal aus, von dem angenommen wurde, daß es die Wahrnehmungsvorgänge des Individuums bestimme. Es könnte durchaus sein, daß Naumann der einzige politische Denker ist, der un-

ter Verweis auf Rassen- und Klassenzugehörigkeit die menschliche Vernunft zu untergraben versuchte.

Mit der „Naturerkenntnis“, die die Religion schwäche, hat Naumann in erster Linie die Darwinsche Evolutionstheorie und ihre harte Lehre vom Lebenskampf und der Auswahl der Besten im Sinn. Auch in ihrer Übertragung auf den politischen Bereich – als Kampf der Nationen und Rassen ums Überleben und um Vorherrschaft – gerieten Christen durch die Evolutionslehre in ein Dilemma. Glücklicherweise habe sich das Wesen religiösen Glaubens mit der Zeit ebenso gewandelt. Die lange Geschichte von „fertig gezeichneten Glaubenslehren“ sei vergangen, und heutzutage frage man „weniger, was jemand glaubt, als, wie er glaubt, ob er starker und reiner Stimmungen fähig ist [...] [wir] wagen auf eigene Hand zu sagen: das fühle ich als Religion! [...] das Ich hat doch zu leben begonnen.“ (Naumann, 1964a, S. 585f.) Daß Naumann sich solch eine gefühlsmäßige und ganz subjektive Religion zueigen machte, erklärt sich gleich aus mehreren Umständen. Vor allem war sie maßgeschneidert für seine Persönlichkeit und seine Denkart. Da sie außerdem noch von den meisten seiner progressiven Zeitgenossen geteilt wurde, lag für ihn ein unwiderlegbares Argument zu ihren Gunsten vor.

Wenn also alles gesagt und getan ist – welche Lösung hält Naumann für die Dilemmata bereit, die er dargelegt hat?

„Man kann nicht die ganze Menschheitsentwicklung auf Mitleid und Brudergeist aufbauen wollen. [...] Meine Antwort ist, daß [das Evangelium] eine unserer Lebensnormen ist, aber nicht die einzige. [...] Das Leben braucht beides, die gepanzerte Faust und die Hand Jesu, beides nach Zeit und Ort. [...] Deshalb fragen wir Jesus nicht, wenn es sich um Dinge handelt, die ins Gebiet der staatlichen und volkswirtschaftlichen Konstruktion gehören“ (Naumann, 1964a, S. 612f., 619, 625f.).

So erfindet Naumann das Rad aufs Neue. Man versteht, was Werner Conze im Sinn hatte, als er schrieb: „und so begann der ehemalige Pastor seinen Weg als Politiker mit dem Eifer gleichsam eines unerfahrenen Kindes, das erstaunt seine Entdeckungen auf einem neuen Gebiet macht und diese als neue Offenbarung einer Gemeinde ebenfalls erstaunter Gesinnungsfreunde mitteilt.“ (Conze, 1950, S. 381)

Ein Glück, daß es für den Christen, der sich aufopfern möchte, noch Gelegenheiten gibt: „Auch der Staat fordert Hingabe, aber eben an sich. Ebenso tut es die kämpfende Klasse, zu der jemand gehört.“ Die „Verwirklichung des Christentums“ werde daher letztlich „im Staat, in der durch Zwang und Naturbedürfnis entstandenen Gemeinschaft“ zu finden sein. Naumann schließt seine bejubelten *Briefe über Religion* mit der Erklärung: „Diesen unendlichen Gott sucht [die Seele] mit sehnender Liebe und findet ihn in dem Kampf ums Dasein ebenso wie in der Geschichte Jesu von Nazareth und seiner Jünger.“ (Naumann, 1964a, S. 621, 624, 631) Es ist eine Geschmacksfrage, ob man diese Offenbarung eher ergreifend tiefsinnig oder als lachhaft grotesk bezeichnen soll.

IV. Ein neuer Liberalismus?

Nachdem die Nationalsozialen in den Reichstagswahlen von 1896 zerrieben wurden und noch nicht einmal einen Kandidaten in die Stichwahl bringen konnten, erlebten sie in den Wahlen von 1903 eine beinahe vollkommene Katastrophe, als sie mit 0,39 Prozent der Stimmen nur ein Reichstagsmandat erhielten. Wiederum gelangte Naumann nicht über die Stichwahl hinaus, in der er dem Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei unterlag. „Das Wahlergebnis zeigte, daß Naumann die Stabilität des freisinnigen Wählerpotentials doch erheblich unterschätzt hatte.“ Unterschätzt hatte er auch „die Unzugänglichkeit eines großen Teils des linken Bürgertums gegenüber einer nationalen Macht- und einer sozialen Reformpolitik.“ (Düding, 1972, S. 176; Theiner, 1983, S. 123) Er gefiel sich darin, Eugen Richter und seine freisinnigen Kollegen als „Wortführer desperater Kleinbürger“ (Theiner, 1983, S. 65) zu verspotten um sie lächerlich zu machen, weil sie den Durchbruch zur Massenpartei verfehlt hatten. Doch ironischerweise waren die Nationalsozialen ihrerseits niemals in der Lage, mehr als einen Bruchteil der Stimmen selbst dieser schmalbrüstigen entschiedenen Liberalen für sich zu verbuchen.

Nach dem Zusammenbruch von 1903 löste Naumann den Nationalsozialen Verein auf und blickte auf eine Vereinigung mit wohlgesonnenen liberalen Kräften. Er brachte seine Gruppe in die von Theodor Barth geführte Freisinnige Vereinigung ein, die sich 1893 über die Militärfrage von Richters Freisinniger Partei abgespalten hatte. Bereits zuvor hatte Naumann Verbindungen zu Barth hergestellt. Sie waren einer Meinung, daß man eine anti-agrarische liberale Bewegung brauche, welche Nation und Sozialpolitik bejahen und mit den Sozialisten zusammenarbeiten würde. Einem Beobachter roch Naumanns Bündnis mit Barth und „seinem Fähnlein der sieben Aufrechten“ nach Verzweiflung.¹³ Endlich, im Jahre 1907, gelang es Naumann, ein Reichstagsmandat zu gewinnen. Doch wenn sie sich auch als Liberale gaben, mußten Naumann und seine Freunde immer wieder feststellen, daß die Gründung und Schaffung einer demokratischen Massenpartei - so der Preis, den sie den deutschen Liberalen dafür anboten wenn diese sich von ihren Grundsätzen trennten - bei weitem ihre Fähigkeiten überstieg.¹⁴

Naumann hatte auch enge Verbindungen mit einer Anzahl prominenter Sozialwissenschaftler, darunter vor allem Max Weber und sein Bruder Alfred, Lujo Brentano und Gerhart von Schulze-Gävernitz. Sie alle wurden als Liberale im neumodischen Sinn dieses Wortes angesehen, und es gelang ihnen, Naumann einige seiner entsetzlichen Wirrnisse über das marktwirtschaftliche System aus dem Kopf zu schlagen. Dennoch teilten sie in erheblichem Umfang Naumanns

¹³ Hellpach (1948, S. 397), der hinzufügt: „bei diesen Unpolitikern suchte Friedrich Naumann Unterschlupf, um irgendwie, irgendwo, irgendwann ein Reichstagmandat zu erwischen!“

¹⁴ Theiner (1983, S. 303). Theiner räumt ein, daß der Sieg der Deutschen Demokratischen Partei bei den 1919er Wahlen zur Nationalversammlung „ein Strohfeuer“ geblieben ist.

Ansichten zur Integration von Sozial- und Weltpolitik. Hierin wurde die Grundlage für einen verjüngten Liberalismus gesehen, der auf den Staat nicht mehr mit manchesterlichem Verdacht blickte, sondern der in ihm - nach dem köstlichen Wort Schulze-Gävernitz' - den „Zwingherrn zur Freiheit“ (Krüger, 1983, S. 42) sah.

Zuweilen zeigte Naumann, daß er das Problem erfaßte, welches sich als Stein des Anstoßes für den Liberalismus erwiesen hatte. Selten ist das Wesen der modernen Politik so bündig wie in der Erklärung Naumanns beschrieben worden: „Die Wirtschaftsschichten besannen sich darauf, wozu sie das neue Mittel des Parlamentarismus benutzen sollten [...] allmählich lernten sie, daß Politik im Grunde ein großes Geschäft ist, ein Kämpfen und Markten um Vorteile, wem die Gesetzgebungsmaschine die meisten Früchte in den Schoß wirft.“ (Naumann, 1964d, S. 220) Es war „das Eintreten der Klassenbewegung in moderne Politik, das Eintreten der agrarischen und der industriell-proletarischen Bewegung,“ das den Liberalismus zerstörte. „Der alte Liberalismus war keine Vertretung einer Klassenbewegung, er war eine Weltanschauung, die alle Klassen- und Standesunterschiede ausglich [...]“ (Naumann, 1964d, S. 218).

Drei Jahre später änderte Naumann jedoch seine Meinung. Um eine Einigung mit der Sozialdemokratie gegen die reaktionären Agrarier zu erzielen, müsse der Liberalismus seinen Anspruch aufgeben, die Interessen aller Gesellschaftsklassen zu fördern:

„es hängt die ganze Zukunft des Liberalismus im weitesten Sinne des Wortes davon ab, daß der Klassencharakter des Liberalismus frei und offen anerkannt werde, denn nur ein klassenbewußter Liberalismus hat die Festigkeit, im allgemeinen Klassenkampf, der heute einmal da ist, seinen Mann zu stehen“ (Naumann, 1964d, S. 257).

Genau wie die Arbeiter ihren „Klassenstandpunkt“ hätten, müßten die Liberalen eine „wirklich kaufmännische Politik“ verfolgen. Dies hätten sie bislang nicht zu tun geruht, so daß sich der Liberalismus selber zu Wirkungslosigkeit und Ohnmacht verdammt habe: „Es fehlt ihm Klassenbewußtsein und damit Herrschaftstrieb.“ (Naumann, 1964d, S. 257; Theiner, 1983, S. 111f.)

Wiederum sieht man, wie sich Naumanns frühe geistige Aufnahme des Marxismus hier niederschlägt, und zu welchem traurigen Endergebnis sein Mangel an jeglichem systematischen Verständnis der liberalen Sozialphilosophie führt. Indem er verkündet, der Sozialismus sei der „Standpunkt“ der Arbeiter und der Liberalismus der der Bourgeoisie, hat Naumann einfach die Marxsche Ideologienlehre wieder aufgewärmt - offenkundig in heiterer Unkenntnis der Tatsache, daß sie den Status eines strategischen Winkelzuges hat. Wenn es wirklich stimmen würde, daß der Liberalismus die Interessen der Eigentümerklasse gegen die Interessen der Arbeiterklasse vertritt, so wäre das ganze Spiel aus. Tatsächlich ist er jedoch, wie Christopher Weber unter Einspruch gegen die gegenwärtig modische Reduzierung des Liberalismus auf die Ideologie der „bürgerlichen Gesellschaft“ im marxistischen Sinn treffend schreibt, „seinem Wesen nach klassen-

übergreifend, nicht auf eine präzise Klasse eingeschränkt.“ (Weber, 1991, S. 29) Für die *Feinde* des Liberalismus ist es naheliegend, daß sie nach seiner „Demaskierung“ als Klassenideologie rufen. Daß dies auch ein selbsternannter *liberaler Führer* wie Naumann fordert, ist jedoch einzigartig in der europäischen Geschichte.

Zur gleichen Zeit werden die Konfusionen in Naumanns ökonomischen Ansichten stellenweise reduziert. So gab er bereits 1902 ein „prinzipielles Bekenntnis zum Kapitalismus“ (Theiner, 1983, S. 155) ab. Das Erscheinen von Werner Sombarts *Der moderne Kapitalismus* hatte ihn davon überzeugt, daß - im Gegensatz zu Marxens Vorhersage - „der Kapitalismus nicht im Absterben, sondern ganz im Gegenteil erst in den Anfängen einer ungeheuren Aufstiegsperiode begriffen sei.“ (Mommesen, 1964, S. xv) Mit anderen Worten, Naumann griff die Prognosen J.-B. Sais, Bastiats und der deutschen Freihändler auf. Daß er erst so spät Sombarts „Nachhilfe“ brauchte, um das zu erkennen, was liberale Ökonomen bereits in der Mitte des vorangegangenen Jahrhunderts theoretisch dargelegt hatten und was in jedem Fall seit Jahrzehnten offensichtlich war, ist nur ein weiteres Zeichen dafür, wie sehr die frühe Rezeption der marxistischen Lehre sein Denken beeinflusst hatte.¹⁵

Doch es war ein stark veränderter Kapitalismus, den Naumann befürwortete. Um das Jahr 1905 entwickelte er jene Ideen, mit denen er in den darauffolgenden Jahren die Herzen der sozialpolitisch orientierten Historiker und Politiker gewinnen sollte. In einem Essay mit dem Titel „Das Ideal der Freiheit“ unterschied er zwischen „theoretischem“ und „praktischem“ Liberalismus: Der ältere, theoretische Liberalismus „geht von der Forderung allgemeiner Rechtsgleichheit aller Staatsgenossen aus.“ Dagegen geht der neuere, praktische Liberalismus, „von den vorhandenen Kontrastempfindungen der Zeitgenossen aus und verwandelt sie in politische Energie.“ (Naumann, 1964e, S. 357) Daß Naumann seinen neuen Liberalismus somit in vollkommen subjektiven und opportunistisch-politischen Begriffen definiert, scheint sich ihm nicht als Problem darzustellen. Er wiederholt seine Auffassung von den teils schädlichen Wirkungen formaler Rechtsgleichheit: „formales Recht kann inhaltlich die einen stärken und die anderen schwächen“. So habe es sich verhalten, als die älteren Liberalen die wirtschaftliche Freiheit einführten. Sie „kam vielen als Plage.“ (Naumann, 1964e, S. 359, 361)

Dann setzt sich Naumann mit der vorgeblich einzigen große Tatsache des modernen Wirtschaftslebens auseinander: dem Großbetrieb. In für ihn typischer Weise erklärt er, das Verständnis dieser Erscheinung „in seiner ganzen Wucht“ sei „das unbestrittene Verdienst von Marx“ gewesen, welcher damit „der politischen Theorie und Praxis einen Anstoß“ gegeben habe, „der heute uns alle bewegt.“ (Naumann, 1964e, S. 362) Die Riesenbetriebe drohten die Menschen „zu

¹⁵ Heuss (1919, S. 6) versicherte: „Das war das Große in ihm [...] daß alles einmal Gedachte und Erlebte in ihm blieb und in ihm wuchs und den Reichtum seiner Menschheit schmückte.“ Heuss erklärte allerdings nicht, warum es ein Zeichen von Größe sein soll, grundfalsche Gedanken zu bewahren.

Sklaven“ zu machen. Es wäre daher notwendig neue Rechte zu schaffen, so etwa Mitwirkungsrechte an der Leitung der Unternehmen. Dies müsse die Aufgabe der neuen Liberalen sein.

Diese für Naumann zentralen Ideen wurden 1906 weiter ausgearbeitet, und zwar im zweiten seiner drei Hauptwerke, dem Buch *Neudeutsche Wirtschaftspolitik*. Er beginnt mit der Erklärung: „Es gibt keine ewigen Wahrheiten in der Wirtschaftspolitik, kein System, das für alle Völker, keine Gesetzgebung, die für alle Perioden passend wäre, denn das, was der Wirtschaftspolitik zugrunde liegt, das Wirtschaftsleben selbst, ist wechselnd.“ (Naumann, 1964c, S. 76) Nach diesem formidablen *non sequitur* fährt er fort:

„[Der Leser] soll bereit sein, die Wirklichkeit erkennen zu wollen, selbst wenn sie nicht in das vorhandene Schema paßt, die große Wirklichkeit unseres werdenden und wachsenden neudeutschen Wirtschaftslebens [...] [Wir müssen erst] diese uns umgebende Wirklichkeit möglichst frei in ihrer ganzen Tatsächlichkeit [begreifen]“ (Naumann, 1964c, S. 77).

Diese über alle Maßen naive Sichtweise, nach der die wirtschaftliche Wirklichkeit direkt erfaßt werden kann, ohne daß ein theoretisches Ordnen dazwischentritt - hat den Vorteil, daß sie es Naumann erlaubt, sich in seinem gewohnt aufgeregt - journalistischen Stil über Wirtschaftspolitik auszulassen. Die Kehrseite ist allerdings, daß sie eine streng analytische Überprüfung der anstehenden Probleme ausschließt.

Ausgangspunkt der Naumannschen Darlegungen ist die Vorstellung vom Aufstieg und Verfall der Völker. Heute lebten die Deutschen - als Teil der germanisch-slawischen Welt - in einer „Wachstumszeit;“ sie besäßen „Wille[n] zur Macht, Wille[n] zur Ausbreitung,“ und dieser Wille sei „Ausgangspunkt der neudeutschen Wirtschaftspolitik.“ „Alle unsere Wirtschaftstheorien,“ so die eher zum Lachen reizende Erklärung, „sind im Grunde nur Ausdrucksformen dieses Willens.“ (Naumann, 1964c, S. 85)

Enthusiastisch jubelt Naumann zu dieser Zeit den industriellen Kapitalismus und die fortschreitende Technologie als Motoren steigender Produktion. Sie erscheinen ihm ausersehen, eine unverzichtbare Rolle bei der Erhaltung von Deutschlands stets wachsender Bevölkerung zu spielen. Da es klar sei, daß nur „die kapitalistischen Mächte [d.h. Industrie und Arbeiterklasse] den volkswirtschaftlichen Fortschritt bedeuten und allein imstande sind, die nationale Macht auf der Höhe zu halten,“ müßten auch diese beiden Klassen - und nicht die rückständigen Agrarier - die Leitung Deutschlands übernehmen.

Das Hauptproblem der *Neudeutschen Wirtschaftspolitik* liegt darin, daß der Autor versucht, *Wirtschaftspolitik* zu formulieren, während er gleichzeitig die ökonomische *Theorie* meidet. Ohne theoretische Fundierung wiederholt Naumann seine ständige Behauptung, daß Arbeitsverträge typischerweise „Notverträge“ seien und „eine starke Herrschaft des Besitzenden über den Nichtbesitzenden“ mit sich brächten. Daß dies das Vorhandensein eines höchst unwahr-

scheinlichen Monopsonen auf dem Arbeitsmarkt bedeuten würde, ist ein Einwand, den er nicht in Betracht zieht.

Diese These ist eine Facette des vermeintlichen Konflikts zwischen den unterdrückten Arbeitern und den unterdrückenden Kapitalisten, die dem Naumannschen Werk zugrundeliegt. Und in der Tat handelt es sich hier um die einzige inhaltliche Konstante in Naumanns ganzer Laufbahn. Da seine Ansichten zur Arbeiterfrage weitgehend den konfuse Vorstellungen Lujo Brentanos entlehnt waren,¹⁶ begriff Naumann niemals, daß in einer Marktwirtschaft der Gegensatz bei der Lohnfindung zwischen Arbeitern und Kapitalisten nicht größer ist als zwischen Großhändlern und Einzelhändlern oder zwischen Kaufleuten und ihren Kunden, wenn es um die Einigung auf einen Preis geht. Der eigentliche Interessenkonflikt auf dem Arbeitsmarkt aber besteht zwischen organisierten Arbeitern auf der einen und solchen Arbeitern, die bereit sind, für einen niedrigeren Marktlohn zu arbeiten, auf der anderen Seite. Naumann war immer ein unkritischer Befürworter von Gewerkschaften. Er nahm die ganze leidenschaftliche, politisch motivierte Inschutznahme der Gewerkschafter für bare Münze. Ein echter Ökonom wie Ludwig Pohle konnte über diese Standardverteidigung durch Naumann und seine kathedersozialistischen Freunde nur erbittert sagen, sie sei „viel weniger unbefangene *Erklärung* als vielmehr *Rechtfertigungslehre*.“¹⁷

Naumanns Geringschätzung des nichtorganisierten Arbeiters findet sich in folgenden Aussagen:

„[er] ist teils ein veraltetes Stück aus der Anfangszeit des Liberalismus, wo die Theorie vom Einzelmenschen alles beherrschte, oder er ist ein schwacher Arbeiter, der aus Angst, Not, Mattigkeit die Gelegenheit benutzt, sich in die warmen Nester der kämpfenden Kollegen zu legen, oder er ist einfacher Streber, der sich den Strapazen der Klassenbewegung nicht aussetzen will, oder er ist ein Landkind, dem überhaupt der ganze Zusammenhang des Arbeitsvertrages und Arbeitskaufs noch nicht aufgegangen ist“ (Naumann, 1964c, S. 376).

Dieser Argumentation liegt die Annahme zugrunde, daß alle Arbeitswilligen in der Lage sind, Arbeit zu den Lohnsätzen zu finden, die von den Gewerkschaften gefordert werden. Eine einfache Überlegung zeigt jedoch, daß das falsch ist. Milton Friedman faßt den Fall wie folgt zusammen:

¹⁶ Vgl. z.B. von Mises (1932, S. 440): „Die Unfähigkeit der kathedersozialistischen Schule, wirtschaftliche Probleme zu erfassen, tritt am klarsten in den Schriften Brentanos zutage. Der Gedanke, daß der Lohn der Arbeitsleistung entspricht, liegt ihm so ferne, daß er gerade zur Aufstellung eines ‚Gesetzes‘ gelangt, daß hoher Lohn die Arbeitsleistung steigere, niedriger Lohn sie herabmindere, wogegen doch nichts klarer ist als das, daß bessere Arbeitsleistung höher entlohnt wird als schlechtere. Und wenn er weiter meint, daß die Kürzung der Arbeitszeit die Ursache und nicht die Folge höherer Arbeitsleistung sei, so liegt der Irrtum nicht minder klar zutage.“

¹⁷ Pohle (1911, S. 31, Hervorhebung im Original). Vgl. auch S. 30ff. von Pohles Arbeit für eine erfrischend verständige Untersuchung zu den Grundfehlern der gängigen Ansichten jener Zeit zu Arbeitern, Gewerkschaften, dem Arbeitsvertrag usw.

„Eine Einkommenserhöhung infolge gewerkschaftlicher Intervention innerhalb eines bestimmten Beschäftigungssektors oder Industriezweiges hat zwangsläufig eine Verringerung der möglichen Arbeitsplätze in diesem Beschäftigungssektor oder Industriezweig zur Folge - ebenso wie jede Preiserhöhung den Absatz verringert. Dies bedeutet, daß mehr Arbeitskräfte frei werden und Arbeit suchen, was wiederum das Lohnniveau in anderen Branchen senkt. Da im allgemeinen die Gewerkschaften ihre stärkste Position in sowieso gut bezahlten Gruppen von Arbeitnehmern haben, war die Auswirkung ihrer Aktivität, daß gut bezahlte Arbeiter noch höher bezahlt wurden, was zu Lasten der Arbeitnehmer mit geringerem Einkommen ging“ (*Friedman*, 1976, S. 164).

Eine weitere durchgängige Annahme betrifft das vermeintlich unaufhaltsame Wachstum von marktbeherrschenden Riesenkonzernen, was Naumann als „zentralisierte Wirtschaftsleitung“ und „die sich bildende Selbstregierung der kapitalistischen Wirtschaft“ (*Naumann*, 1964c, S. 462, 474, 488) charakterisiert. Von Marx hatte er gelernt, daß es im Kapitalismus unbegrenzt zunehmende Größenvorteile gäbe und daß es daher („je ein Kapitalist schlägt viele tot“) zu einer „beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten“ komme - eine Lehre, die weniger eine ökonomische Theorie, denn ein zentrales Element des Drehbuchs für die unvermeidliche proletarische Revolution war. Naumann beharrte dermaßen auf der Unausweichlichkeit umfassender Monopole, daß sich sein Herausgeber gezwungen fühlte zu bemerken: „In gewissem Umfang verabsolutierte Naumann damit Phänomene, die sich in den beiden Jahrzehnten vor dem Weltkrieg in Deutschland in ungewöhnlicher Schärfe zeigten.“ (*Naumann*, 1964c, S. xvii) Ironischerweise lag damals für Eduard Bernstein ein Hauptgrund, den orthodoxen Marxismus in Frage zu stellen, darin, daß sich Marxens Vorhersage, es würde zu einer allgemeinen ökonomischen Konzentration und zu einem entsprechenden Verschwinden von Klein- und Mittelbetrieben kommen, selbst für Deutschland als falsch erwies.¹⁸

Naumanns große Befürchtung war, daß die Riesenbetriebe eine neue Sklaverei herbeiführen würden. Daß die Arbeiter in der Lage sein würden es abzulehnen, wie Sklaven behandelt zu werden, oder daß ein Arbeitgeber, der seine Arbeiter wie Sklaven behandelt, wahrscheinlich kein gutes Personal an sich binden würde, waren angesichts der Allgegenwart von „Notverträgen“ vernachlässigbare Einwände. Hochtrabend legt Naumann die Notwendigkeit einer „demokratischen Selbstbestimmung in der Betriebsverfassung“ dar, einer „Mitwirkung“ und „Mitbestimmung“ der Arbeiter „an der Gestaltung ihrer industriellen Umwelt,“ die Schaffung von „Industriebürgern“ und „Großbetriebsparlamentarismus.“ Die hier

¹⁸ *Bernstein* (1909, S. 58ff.). Jahre zuvor hatte *Richter* in *Die Irrlehren der Sozialdemokratie* (1890, S. 22ff.) bereits dargelegt, daß sozialistische Schriftsteller den Nutzen größerer Wirtschaftseinheiten weit übertrieben, da sie Aussagen über staatlich geschützte Industrien wie Bergbau, Maschinen- und Textilfabriken auf die gesamte Wirtschaft verallgemeinerten. Bei steigendem Lebensstandard gebe es jedoch eine „Anpassung der Arbeit an den individuellen Geschmack“ und somit eine der industriellen Konzentration entgegengesetzte Bewegung. In jedem Fall sei es eine Tatsache, „daß auch für den Großbetrieb in jedem Produktionszweig ganz bestimmte Grenzen gezogen sind.“

erkennbare Unterstellung - daß der Arbeitsplatz ein Ort für das Praktizieren von „Demokratie“ und nicht für die Produktion von Gütern und Diensten zur Befriedigung von Konsumentenwünschen ist - zeigt Naumanns Vertrauen in veraltete Begriffe des ökonomischen Denkens in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Getreu seinen geistigen Wurzeln im Marxismus und - durch den Marxismus - in der politischen Ökonomie Ricardos, war Naumann völlig gefangengenommen von den Beziehungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern. In der Zeit, in der er schrieb, hatten jedoch die Ökonomen der Österreichischen Schule schon seit langem gezeigt, daß der Verbraucher im Mittelpunkt des Wirtschaftssystems steht und dessen mannigfaches Wirken lenkt (*Raico*, 1995, S. 13f.). Naumann aber beharrte auf einer neuen Ordnung, die die „Mitbeteiligung aller an Leitung und Ertrag der Produktion“ garantiert; er hielt Ausschau nach dem, „was auch uns noch Zukunft ist: die Produktion aller für alle.“ (*Naumann*, 1964c, S. 452f.) Er war sich nicht darüber im Klaren, daß es eine solche Ordnung bereits gab. Sie heißt Marktwirtschaft.¹⁹

Überall in seinem Werk *Neudeutsche Wirtschaftspolitik* fällt Naumann simple Urteile über eine Vielzahl ökonomischer Fragen der Gegenwart und der Vergangenheit. Er erklärt z.B.: „Das heutige Eigentumsrecht der Aktionäre an den großen Unternehmungen ist bereits ein sachlich veraltetes Recht.“ Aktiengesellschaften sollten daher abgeschafft werden (*Naumann*, 1964c, S. 492, 496). Er überlegt nicht, warum Kapitaleigner in Aktien statt woanders investieren oder was der Zweck des Aktienkapitals sein könnte: Könnte er nicht darin bestehen, durch die Möglichkeit des Verkaufes der Aktien, der Unternehmensleitung Beschränkungen aufzuerlegen? (*Hessen*, 1979; *Manne*, 1965) Der Verdacht drängt sich auf, daß Naumanns negative Haltung zum Aktionärskapitalismus damit zusammenhängt, daß dieser sein geliebtes Ideal bedrohte: Wenn mit der Zeit mehr und mehr Millionen von Menschen Miteigentümer in der Industrie würden, warum sollte man dann zunehmend auf den Wohlfahrtsstaat setzen, um den Massen Sicherheit zu verschaffen?

Naumanns Äußerungen zur Wirtschaftsgeschichte sind beklagenswert oberflächlich. Er behauptet etwa, daß die napoleonischen Kriege der deutschen Wirtschaft genutzt hätten, da die Kontinentalsperre Industrien schuf und die Staatsanleihen „Kapitalismus“ förderten: „Der Staat wird Schuldner, wird Steuererhe-

¹⁹ Was Naumanns verschwommene Vorschläge zur Einführung von „Fabrik- und Industrieparlamentarismus“ usw. anbelangt, ist es schwierig, ihre jeweiligen mutmaßlichen Folgen abzuschätzen - zum Beispiel, in welchem Maße einer dieser Vorschläge (oder sie alle) mit dem Zweck, den die Unternehmer in der Marktwirtschaft haben, nämlich Neuerungen zu bringen und Risiko zu tragen, vereinbar wären. Wie Theodor Schieder, einer von Naumanns wichtigsten Fürsprechern in „Vorwort“, (siehe *Schieder*, 1964, S. xxi-ii), zu Naumanns Behandlung von Problemen der Wirtschaftsdemokratie in diesem Buch (wie von entscheidenden Fragen in seinen anderen Hauptwerken) bemerkte: „Überall da, wo das Thema präzise Bestimmungen [...] verlangte, begnügte er sich dagegen sehr oft mit Andeutungen oder allgemeinen Umschreibungen [...] Diese Ungenauigkeit hat auch schriftstellerische und nicht zuletzt politische Vorteile [...]“

ber für seine Gläubiger, und tritt damit unter die forndenden Mächte des Systems der beschleunigten Kapitalisierung aller Produktionen.“ (Naumann, 1964c, S. 460) Hier wäre ihm ein Verständnis dessen zugute gekommen, was Bastiat mit den Worten „was man sieht und was man nicht sieht“ bezeichnet, bzw. was heute Opportunitätskosten genannt wird. Was hingegen Erklärungen wie die folgende anbelangt, so fragt man sich, was man damit anfangen soll: „Im allgemeinen wird man sagen können, daß die Anfangszeiten aller warenherstellenden Maschinen nur privatwirtschaftlich, aber nicht volkswirtschaftlich nützlich sind, daß heißt, sie nützen, wenn es gut geht, ihrem Erbauer und Verwender, schädigen aber die Gesamtheit durch Qualitätsverschlechterung!“ (Naumann, 1964c, S. 308f.)

Wirtschaftspolitik für die neuen Deutschen ist in Naumanns Sicht natürlich mit Weltpolitik verbunden; Militarismus und Imperialismus seien wesentliche Stützen des deutschen Wirtschaftswachstums; die Flotte sei eine „Versicherungsanstalt“ für volkswirtschaftlichen Gewinn, behauptet er - und fügt mit reizender Naivität hinzu: „so hat es der Vertreter des Reichsmarineamtes wiederholt in aller Schärfe ausgesprochen.“ Er meint, daß der durchschnittliche Krieg der Neuzeit insofern „eine kapitalistische Aktion“ ist, als er „zugunsten der im Staat vertretenen Volkswirtschaft“ (Naumann, 1964c, S. 463f.) geführt wird. Hier verursacht Naumanns charakteristischer Umgang mit Kollektivbegriffen mehr als das gewöhnliche Maß an Verwirrung. Daß gewisse kapitalistische Interessen - manchmal nur am Rande, häufig aber an zentraler Stelle - an imperialistischen Unternehmungen beteiligt sind, beweist nicht, daß derartige Abenteuer ein Erfordernis „der Volkswirtschaft“ sind. Zumindest seit den Tagen Turgots haben Liberale begriffen, daß kapitalistische Sonderinteressen geneigt sind, ihre jeweilige Nation in Kolonialismus und sogar in Kriege zu verwickeln - zum *Schaden* des Rests der „Volkswirtschaft“, der die Rechnung zu begleichen hat. Naumann ergeht sich in reiner Mystifizierung, wenn er Kriege, die in Ägypten, in Marokko oder im Transvaal im Interesse von Obligationeninhabern oder Konzessionären ausgetragen bzw. angedroht wurden, als „volkswirtschaftliche Konkurrenz- und Erwerbskriege“ (Naumann, 1964c, S. 465) bezeichnet.

Naumanns Bewunderer sagen, daß er letztlich kein „Wirtschaftswissenschaftler“ war und daß *Neudeutsche Wirtschaftspolitik* kein „wissenschaftliches“ Werk gewesen sei. Doch das reicht nicht. Die hier behandelten Fragen waren - und Naumann selbst hätte das als allererster zugegeben - entscheidend für die Zukunft des deutschen Volkes. Um so mehr Grund bestand, ihnen eine sorgfältige und nüchterne Erwägung angedeihen zu lassen und jede Mühe auf sich zu nehmen, die kausalen Zusammenhänge zu verstehen und darzulegen. Es ist völlig unklar, worin der Wert eines Werkes wie die *Neudeutsche Wirtschaftspolitik* liegen soll.

V. Der Erste Weltkrieg und Mitteleuropa

Zu jener Zeit fing Naumann an, seine Kriegsbegeisterung zu dämpfen, besonders für den Krieg mit England. Bereits 1905 wies er „unzweideutig auf die sich verschlechternde außenpolitische Situation infolge der englisch-französischen Annäherung hin und warnte vor einer Politik militärischer Abenteuer.“ Drei Jahre später, „gewissermaßen zähneknirschend und resigniert [...] plädierte er [...] für einen defensiv bestimmten außenpolitischen Kurs.“ (Theiner, 1983, S. 218f.) In der Agadirkrise von 1911 nahm Naumann eine relativ gemäßigte Haltung ein und bekundete sogar, über „die anti-englischen Ausfälle“ eines konservativen Führers empört zu sein. Er begann darüber zu spekulieren, daß die gemeinsamen Interessen der Großmächte ihre Gegensätze überwiegen könnten, und er wirkte an französisch-deutschen Parlamentarierkonferenzen mit. Mit anderen Worten, er schickte sich an, erste zaghafte Schritte als europäischer Liberaler zu machen.

Das soll aber nicht heißen, daß es - wie Theodor Heuss meinte - „verkrampt“ wäre, „eine kontinuierliche außenpolitische Konzeption Naumanns rekonstruieren zu wollen“ (Heuss, 1959, S. 37) - als ob es für Naumanns Wandlungen auf diesem Gebiet keine logische Erklärung gäbe.²⁰

Zur damaligen Zeit hatte sich zur englisch-französischen Entente von 1904 noch das englisch-russische Abkommen von 1907 gesellt (Christ, 1969, S. 85). Jahrelang hatte Naumann freudig einem Kreuzzug zur Brechung der englischen „Weltherrschaft“ entgegengesehen. Mit leichtfertiger Hingabe hatte er den Flottenbau unterstützt, der gerade darauf abzielte, England in einem Weltkrieg herauszufordern und zu besiegen. Über Anzeichen einer Annäherung zwischen England und Deutschland äußerte er sich ablehnend. Doch irgendwie unterließ es die Weltgeschichte, die ihr zugedachte Rolle zu spielen, und die deutsche Flottenpolitik führte zu ganz anderen Ergebnissen als denjenigen, die Naumann erwartet hatte. Wie Fritz Fischer zusammenfaßt:

„Die britische Reaktion auf die deutsche Herausforderung führte zu einem Rüstungswettlauf, den Deutschland zu gewinnen nicht hoffen konnte, und zu dem Bündnis bzw. den Ententen zwischen Großbritannien und Japan, Frankreich und Rußland. Diese britische Reaktion auf die deutsche Seerüstung, was die Deutschen als „Einkreisung“ ansahen, führte direkt zu Deutschlands Selbstisolierung“ (Fischer, 1977, S. 331).

²⁰ Christ (1969, S. 71), zufolge war Naumanns Sicht der internationalen Beziehungen grundsätzlich von der „politischen Situation des Deutschen Reiches in der europäischen Staatenwelt“ diktiert. Dann kann es kaum überraschen, daß Naumann eine „Entwicklung [aufwies], die eine Entsprechung in den bedeutenden Veränderungen [sic] der außenpolitischen Lage Deutschlands, besonders in und nach dem ersten Weltkrieg, hatte. Man kann sie vereinfachend als eine Entwicklung vom Imperialismus zur Bejahung einer menschheitlichen Friedensregelung kennzeichnen.“ Dennoch änderte diese Entwicklung nichts an Naumanns „äußere[m] Staatsbild [...] das Bild eines kämpfenden Staates, der imperialistischer Staat ist, sofern es seine Potenz erlaubt.“ Weiterhin sprach er von der „Geschichte als Kampf ums Daseins“, auch noch während des Krieges.

Anstatt die „Welt zu erobern,“ war Deutschland auf einmal eingekreist. Keine Außenpolitik konnte so in die Irre gehen als die von Naumann empfohlene. Dennoch, bis 1914 erfolgte Naumanns Rückzug von der Position der Weltmacht, der Weltgeltung, des Kampfes ums Dasein unter den Völkern nur langsam und zögernd.

Auf einer Reise nach England kurz vor Kriegsbeginn war Naumann, Theodor Heuss zufolge, von der Freundlichkeit der britischen Liberalen, mit denen er zusammentraf, beeindruckt: „Jetzt beginnt bei ihm das Suchen um eine bindende Vertragswelt, die über den Tatsachenbestand der nationalen Rüstungen hinaus eine politische Übereinkunft im Volksbewußtsein und, von solchem getragen, in der Praxis der Regierungsentscheidungen bringen würde.“ (Heuss, 1960, S. 32) Auch wenn es stimmt, daß Naumann damals solche internationalistischen Einstellungen zu entwickeln begann²¹, so erfolgte der Gesinnungswandel doch zu bemerkenswert später Stunde.

Die Beweislage für die beginnende Hinwendung Naumanns zum Internationalismus ist allerdings ambivalent und wirft Probleme eigener Art auf. Hannah Voigt wies auch darauf hin, daß Naumann in seinem Artikel „Auf dem Wege zur Menschheit“ aus dem Jahre 1913 aufgrund seines „Weitblicks“ fähig war, „Neuland jenseits der nationalstaatlichen Epoche zu sichten.“ (Naumann, 1949, S. 361ff.) Aber dieser Essay vom Vortag des Ersten Weltkrieges ist keine Abhandlung *à la* Cobden.

Zwar betont Naumann die immer weiter zunehmende Verflechtung der Nationen. Auffallend ist jedoch der Nachdruck, mit dem er die sich herausbildenden Möglichkeiten zur Regierung der Menschheit *als ganzes* hervorhebt. Die Menschheitsidee der Aufklärung sei zwangsläufig begrenzt gewesen, da sie nicht „eigentlich organisatorischer Natur“ sei und nicht an den „Großbetrieb der Menschheitsverwaltung“ gedacht habe. Durch die zeitgenössischen Fortschritte in der Kommunikations- und Transporttechnik, durch Forschung und imperialistische Ausbeutung sei „die Menschheit [...] eine übersehbare und fast schon kontrollierbare Größe geworden.“ Man könne sich bereits „eine Art Haushaltsplan der Menschheit“ vorstellen. Es gebe „Verwaltungsaufgaben von unerhörtem Umfang,“ wenn wir „die Menschheit als Organisationsproblem“ (Naumann, 1949, S. 361f., 377) angingen. Die Wortwahl kann kaum ohne Bedeutung sein. Der von Weltmachtvisionen beflügelte Naumann war sichtlich getragen von der Vorstellung einer aufkeimenden Macht, die das ganze Menschengeschlecht umfassen sollte.

²¹ Vermutlich meinte Heuss eine Reise aus dem Jahre 1912, über die er in (Heuss, 1949, S. 303) schrieb: „Bei dem Englandbesuch des Jahres 1912 hatte er [Naumann] deutschfreundliche liberale Politiker pazifistischer Färbung kennengelernt, die sich seiner wohlmeinend annahmen. Aber er wehrte sich, ihre Vereinfachung und Verflachung der machtsstaatlichen Problematik anzunehmen.“ Es scheint einen bedeutenden Unterschied der Betonung in Heussens beiden Versionen von Naumanns „nationalistischer“ und „internationalistischer“ Reaktion auf die Begegnung mit den britischen Liberalen zu geben.

In einer seiner frühesten Schriften aus dem Jahre 1887 erklärt Naumann: „Korporative Gestaltung des Volkslebens wird das Zauberwort der nächsten Zukunft sein.“ (Naumann, 1964a, S. 6) Nun sah er erwartungsfroh der weltweiten Umsetzung seiner korporativen Gesellschaftsvision entgegen: „Über allen zahllosen Syndikats-, Verbands-, Gesellschafts-, Gewerkschafts-, und Wohlfahrtssekretären siedeln sich vielsprachige Allerweltsbeamte an.“ „Die Menschheit bildet sich Organe,“ um sich für „eine Produktionsregelung großen Stils“ (Naumann, 1949, S. 376f.) bereit zu machen. Wie alle gesellschaftlichen Umgestaltungen, die Naumann bei dieser und anderen Gelegenheiten erkannte, kommt natürlich auch diese „von selber wie ein Klimawechsel, an dem wir gar nichts ändern können,“ zustande.

Schließlich wird deutlich, daß Naumann 1913 immer noch der Vorstellung unvermeidlicher bewaffneter Kämpfe der Großmächte um die Führung der Welt nachhing, von Kämpfen, die einem totalen Krieg gleichkommen würden:

„So große Entwicklungen verlaufen nicht ohne Kraftproben. Schließlich kommt es ja doch für alle Hauptnationen darauf an, welchen Anteil an der Leitung der Obergemeinschaft sie einmal haben werden. [...] Dafür aber kann es keinen anderen Gerichtshof geben als den Kampf der Waffen, bei dem alle Kräfte aller Staatsbürger angespannt werden“ (Naumann, 1949, S. 385f.).

Wie immer Naumanns „internationalistische“ Anschauungen beschaffen waren - sie wurden durch den Ausbruch des Weltkrieges schnell überrollt. Als Randgruppenpolitiker ohne Einfluß auf jedwede Entscheidungen spielte Naumann selbstverständlich keine Rolle bei den Ereignissen des Sommers 1914. Es stimmt, daß einer seiner Anhänger auf einen gewissen Einfluß hingewiesen hat, der von Naumanns zahllosen Reden und Artikeln ausging. So schreibt Wilhelm Spael:

„War die Hochstimmung, die warme vaterländische Gesinnung, die das deutsche Volk im August 1914 in allen Schichten beseelte, nicht auch ein Stück Naumannischer Erziehungskunst? Und wie kam es, daß die Jugend damals von den Schulbänken weg in Kampf und Tod zog? [...] Gerade unter den Lehrern, nicht zuletzt unter den Gymnasiallehrern, befanden sich viele Naumannianer. Sie gaben die politische und patriotische Konzeption Naumanns an die ihr anvertraute Jugend weiter, die sie mit gläubigem Vertrauen aufnahm.“²²

Vielleicht ist es besser, kommentarlos über das hinweg zu gehen, was Naumann hier von einem seiner glühenden Bewunderer „zugute“ gehalten wird.

* * *

²² Spael (1985, S. 219). Spael scheint hinsichtlich der Anziehungskraft, die Naumann auf viele Mitglieder des Deutschen Lehrervereins ausübte, recht zu haben. Dies entsprang ihrer Übereinstimmung mit seinen nationalistisch-imperialistischen und auch mit seinen sozialpolitischen Bestrebungen, ist aber ebenso auf die starke Unterstützung zurückzuführen, die Naumann ihren beruflichen Sonderinteressen zukommen ließ. Der Nationalsoziale Verein hatte bereits „die Aufwertung des Lehrerberufs als wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel“ herausgestellt. „So gehörte denn Naumann vor dem Kriege zu den bevorzugten Rednern auf Lehrerversammlungen.“ Bölling (1983, S. 90).

Obwohl Naumann nicht nach der Art anderer Intellektueller auf beiden kriegsführenden Seiten sich im Kriegsrausche verzehrte, freute er sich doch, daß es den Anschein hatte, Deutschland werde wieder einmal Frankreich aufreiben. Aber er beeilte sich gleichzeitig festzustellen, daß eine Niederlage Frankreichs den Krieg nicht beenden würde. Als die Marneschlacht tobte, schrieb er: „Selbst wenn es in dieser Stunde eine übernatürliche Macht gäbe, die allem Kriegsführen Halt gebieten könnte, so würde das kein Friede sein, weil das Messen der Kräfte zwischen uns und den Russen und zwischen uns und den Engländern noch nicht vollzogen ist.“ (Naumann, 1914, S. 23) Dennoch sei Frieden mit einem schnell besiegten Frankreich höchst wünschenswert, denn das „macht uns frei für den weitausschauenden Kampf mit den zwei anderen Weltmächten.“ (Naumann, 1914, S. 19)

Was die Kriegszielfrage anbelangt, plädierte Naumann für die Auflösung Belgiens, weil es künftig ein „Ausgangspunkt einer deutschfeindlichen Agitation (Theiner, 1983, S. 236)“ sein werde. Im Laufe der Zeit und angesichts der Verschlechterung der deutschen Position wandte er sich gegen die Annexionspolitik, obwohl er den Vertrag von Brest-Litovsk unterstützte. Vor dem Hintergrund des Verlusts der überseeischen Kolonien und der offenkundigen Hilflosigkeit der Marine ist es nicht überraschend, daß er sein Augenmerk auf eine Alternative zu der einst von ihm gepriesenen Weltpolitik richtete: eine deutsche Vorherrschaft auf dem Kontinent. Diese, so meinte er nun, müsse auf einem freien Bündnis der mittel- und osteuropäischen Völker mit Deutschland gegründet werden. Er griff sogar die preußische Polenpolitik an und verlangte eine „Loslösung vom Germanisierungszwang.“ (Theiner, 1983, S. 243)

Im Oktober 1915 veröffentlichte Naumann *Mitteleuropa*, sein berühmtestes Werk, von dem gesagt wird, es sei der größte Publikumserfolg seit Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen* gewesen. Die Grundidee des Buches hatte sich bereits in einflußreichen Geschäftskreisen herausgebildet und wurde von der Reichsleitung als ein mögliches Kriegsziel angesehen. Die gleichen hohen Kreise waren tatkräftig behilflich, Naumanns Ideen zu verbreiten (Krüger, 1983, S. 172). Sein Vorschlag zielte auf die Schaffung eines mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsraumes, der politisch durch einen Staatenbund zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn geordnet würde und dem andere Staaten freiwillig beitreten sollten.

Naumann sieht für die Nachkriegszeit die Herausbildung eines Systems konkurrierender Machtblöcke voraus, „die über das nationale Maß hinausgehen, um die Führung der Menschheitsgeschichte und um den Ertrag der Menschheitsarbeit ringen. Als eine solche Gruppe meldet sich Mitteleuropa.“ (Naumann, 1964d, S. 663) Mit ein wenig Glück könne das - natürlich von Deutschland geführte - Mitteleuropa neben den Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland und dem britischen Empire ein vierter Weltstaat werden. Immer noch geht es für Naumann um den Daseinskampf unter den Völkern. Dieser werde nun vielleicht nicht ewig

währen, da Naumann den Tag kommen sieht, an dem „die ‚Vereinigten Staaten der Erdkugel‘“, allerdings noch nicht so bald, Wirklichkeit werden sollte:

„Die Menschheitsgruppe Mitteleuropa spielt um ihre Weltstellung. Verlieren wir den Kampf, so sind wir voraussichtlich auf ewig verurteilt Trabantenvolk zu werden, siegen wir halb, so müssen wir später noch einmal fechten, siegen wir nachhaltig, so erleichtern wir unsern Kindern und Enkeln die Arbeit“ (Naumann, 1964d, S. 664).

Einige Gedanken Naumanns zu Mitteleuropa sind freilich akzeptabel und sogar prophetisch, so sein Vorschlag eines großen mitteleuropäischen Staatengebildes, welches tolerant und lebensfähig sein würde: „Das ist der Schutz vor Rußland und der Schutz vor gegenseitiger endloser Bekämpfung!“²³

Bedeutsamer ist jedoch, daß sich Naumann in *Mitteleuropa* für den im Reich aufkommenden Kriegssozialismus begeistert. Er behauptet, daß die Deutschen endlich ganz verstanden hätten, was das Wort „Volkswirtschaft“ bedeutet: „die wirtschaftliche Staatserhaltung.“ Zum Überlebenskampf gezwungen, habe der deutsche Staat sich „mit wuchtiger Selbstverständlichkeit zum Subjekt und Direktor des Arbeits- und Erwerbsvorganges“ gemacht. Die Deutschen hätten diesen „Staatssozialismus“ als ihre natürliche „Daseinsform“ angenommen, da er der logische Ausdruck „des deutschen Organisationsgeistes“ sei. Der Krieg habe die Bedingungen des Wirtschaftslebens grundlegend verändert: „Die Periode des grundsätzlichen Individualismus, die Periode der Nachahmung des englischen Wirtschaftssystems, die schon sowieso im Abstieg war, ist dann vorbei.“ In der Nachkriegswelt werde Staatssozialismus auf der Tagesordnung stehen: „Wir verlangen auf Grund der Kriegserfahrung nach geregelter Wirtschaft: Regelung der Produktion unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Notwendigkeit.“ (Naumann, 1964d, S. 640f.)

In Naumanns verzücktem Bekenntnis zum Kriegssozialismus findet sich kein Hinweis auf irgendeine Sorge für das Schicksal des Einzelnen im Zeitalter des Großbetriebs. Der altmodische Individualismus sei „vollentwickelt“ und „aufgenommen in die nächsthöhere Form der wirtschaftlichen gemeinschaftlichen Daseinsweise,“ die sich auf die „Einschiebung des Einzel-Ich in das Gesamt-Ich“ gründe. „Diese lebendige Volksmaschine,“ die prächtig organisierte und gelenkte deutsche Wirtschaft „geht ihren Gang, ob der Einzelmensch lebt oder stirbt, sie ist unpersönlich oder überpersönlich“ und ist nun „unser geschichtlich gewordener Charakter.“ (Naumann, 1964d, S. 602, 607f.)

Es sei, als ob ihre ganze Geschichte die Deutschen auf das vorbereitet habe, was sie heute geworden seien: „ein einheitliches Volk, großartig einheitlich.“ „Daran haben Volksschule, allgemeine Wehrpflicht, Polizei, Wissenschaft und sozialistische Propaganda zusammengearbeitet.“ Die Erfahrung des Kriegssozialismus sei wie eine Offenbarung gekommen: „Wir wußten kaum, daß wir im

²³ In einem Essay über „Die Nationalitäten Mitteleuropas“ [1915], der etwa zur selben Zeit wie *Mitteleuropa* erschien (Naumann, 1964d, S. 467).

Grunde alle dasselbe wollten: die geregelte Arbeit der zweiten kapitalistischen Periode,“ den Übergang „vom Privatkapitalismus zum Sozialismus,“ letzterer verstanden als „Volksordnung zur Erhöhung des gemeinsamen Ertrages aller für alle.“ Naumann ist sichtlich verzückt, wenn er schreibt: „in der Tat wirkt die preußische Militärzucht durch uns alle hindurch vom Industrieadmiral bis zum Erdarbeiter.“ (Naumann, 1964d, S. 604, 608)

Naumann, der ewige Optimist, wie seine Anhänger freundlich bemerken, schreibt über die Nachkriegswelt:

„so wächst von allen Seiten der Staats- oder Nationalsozialismus, es wächst die ‚geregelte Volkswirtschaft‘. Fichte und Hegel nicken von den Wänden: der Deutsche wird erst recht nach dem Krieg staatlicher Wirtschaftsbürger mit Leib und Seele, sein Ideal ist und bleibt der Organismus nicht die Willkür; die Vernunft und nicht der blinde Kampf ums Dasein. Das ist unsere Freiheit, unsere Selbstentfaltung [...] Deutschland in der Welt voran!“ (Naumann, 1964d, S. 609)

Die Veröffentlichung von *Mitteleuropa* führte zu einem Wortwechsel per Korrespondenz zwischen Naumann und seinem früheren Freund und Mentor Lujo Brentano, der sich ein gewisses Maß liberaler Zurechnungsfähigkeit bewahrt hatte (Krüger, 1983, S. 177ff.). Nach einer Skizze des engen „Zusammenhangs zwischen Krieg und Merkantilismus, der von jeher bestanden hat,“ und des Grundarguments für den Freihandel, beschuldigt Brentano ihn, „ganz ins schutzzöllnerische Lager übergegangen“ zu sein. Er fühlt sich genötigt zu schreiben, daß Naumanns Plan die falsche Vorstellung zugrundeliegt, daß Staaten wie „Gesamtgeschäfte“ miteinander Handel treiben, während es in Wirklichkeit nicht Staaten, sondern individuelle Unternehmen sind, die internationale Geschäfte tätigen. Eine Zollmauer um Mitteleuropa, wie sie in Naumanns „glänzendem, aber unsinnigen Buch“ vorgeschlagen werde, würde nicht nur die unbegrenzte Erhaltung rückständiger Industrien bedeuten („rachitische Kinder“ würden vor allem in Ungarn „durch handelspolitische Medikamente, Sanatorien und Ferienkolonien“ am Leben erhalten), sondern auch die Auslieferung der breiten deutschen Bevölkerung an die Gunsterweise der Agrarier und Kartellisten bedeuten.

Naumanns Erwiderung an Brentano ist von großem Interesse. Vor allem greift er auf die Hauptlehre der historischen Schule zurück: daß Freihandel nur „eine zeitweilige Tendenz in der Entwicklung“ sein kann und keine „wirtschaftliche Heilslehre.“ Zudem seien die Tage des Freihandels vorbei; in der Tat bekennt Naumann, daß er sich diese Lehre nur unter dem Einfluß von Brentano, Barth u.a. zueigen gemacht habe; es seien aber nicht seine „eigenen selbsterworbenen Gedanken gewesen.“ (Krüger, 1983, S. 313, Fn. 82) Brentano habe unrecht, die „Syndikatenentwicklung“ kurzerhand zu verwerfen; sie sei das Werk des deutschen Volkes als „das Organisationsvolk an sich,“ und da sie „immer sichtbarer staatssozialistisch wird,“ fühle sich Naumann „als alte[r] Nationalsoziale[r]“ (Krüger, 1983, S. 179) von ihr angesprochen.

Wenn *Mitteleuropa* auch Erfolg beim Publikum hatte, lag dem Buch in jedem Fall doch ein grundsätzlicher und verhängnisvoller Irrtum zugrunde. Wie der

Ökonom Franz Eulenburg darlegte, waren die deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen unbedeutend im Vergleich zu denen, die Deutschland mit dem Rest der Welt unterhielt (*Theiner*, 1983, S. 247). Als der Krieg erst einmal vorbei war, wurde die ganze Frage müßig: Die siegreichen Alliierten würden keine wirtschaftliche Vereinigung selbst eines gestutzten Österreichs mit dem Deutschen Reich zulassen; und das Letzte, für das sich die anderen befreiten Staaten Mitteleuropas interessierten, war eine neue Form deutscher Hegemonie.

* * *

Einige Jahre lang grenzte Naumanns Sprache der des kollektivistischen Mystizismus. 1911 versichert er, der deutsche Staat müsse „als ein lebendiger Organismus aller Volksgenossen“ (*Christ*, 1969, S. 63) aufgebaut werden. Obgleich es Bedenken und sogar Warnungen vor dem Mißbrauch der Macht gab, erlag Naumann bei Kriegsbeginn einen uneingeschränkten kollektivistischen Irrationalismus: „Der gemeinsame Wille [...] erhebt sich unter uns als unsichtbare Gewalt, an der wir alle nur wie Organe und Hilfskräfte kleben und hängen. Das ist etwas Unbeschreibliches, ein Gegenstand des inneren Erfahrens [...]“ Naumann glaubte an „ein mystisches Gesamtbewußtsein, einen Gesamtwillen, und ein Gesamt-Ich,“ welche aus der Vereinigung von Volk und Staat zu erschaffen seien (*Christ*, 1969, S. 64, Fn. 16). In seiner 1917, nur zwei Jahre vor seinem Tod verfaßten Schrift *Der Kaiser im Volksstaat* erklärt er:

„Das Volk ist größer, wichtiger und älter als alle seine einzelnen Glieder. Der einzelne stirbt, das Volk aber lebt. Wir alle sind nur Wassertropfen, das Volk aber ist quellende Flut. [...] Was dem Gedeihen des Volkes dient, das ist gut, das soll getan werden, das soll geduldet werden“ (*Naumann*, 1964b, S. 483).

Einige Jahre später sollte dies zur Grundlage der Ideologie einiger bedeutender politischer Persönlichkeiten werden, am auffallendsten bei Benito Mussolini. Üblicherweise werden solche Äußerungen des liberalen Naumanns unter Hinweis auf den „Kriegsrausch“ heruntergespielt, der ihn damals erfaßt habe. Doch das Besondere bei Naumann ist, daß er gewöhnlich unter dem Einfluß des einen oder anderen „Rausches“ zu leiden hatte. In der Tat *suchte* er Gelegenheiten für solche „Räusche,“ die ihm Beweis dafür waren, daß er zu den wirklich Lebenden zählte. Naumann scheint ein Leben lang damit befaßt gewesen zu sein, religiöses Entzücken in der Politik aufzuspüren. Am Ende entdeckte er in der Verschmelzung von Volk und Staat - ob letzterer nun kaiserlich oder demokratisch war - das, was andere, eher im herkömmlichen Sinne religiöse Gemüter, als Vereinigung von Christus und Seiner Kirche empfinden.

Ebenfalls im Jahre 1917 verfaßte Naumann unter dem Titel „Die Freiheit in Deutschland“ eine Denkschrift für das Reichsamt des Innern, in der er eine Strategie vorschlägt, um einer alliierten Propaganda entgegenzuwirken, die Deutschland als die ewig militaristische und aggressive Nation darstellt.

Wie in anderen seiner Bemühungen während der Kriegszeit, entwickelt Naumann hier scharfsinnige Einsichten im Hinblick auf die Entlarvung des

anglo-amerikanischen Willens zur Macht, der sich hinter der Ideologie der „Freiheit“ versteckt. Er legt dar, wie „Freiheit“ - genauer „Demokratie“ - von Woodrow Wilson und den Politikern der Entente als „eine Art Weltreligion“ benutzt wurde, um die amerikanische und britische Machtpolitik zu rechtfertigen und um die europäischen Völker, und besonders die deutschen, auf einen geschichtlich bestimmten, niedrigeren Rang zu verweisen (Naumann, 1964b, S. 447).

Außerdem schien Naumann beizeiten die wirklichen Probleme der modernen Gesellschaft zu sehen, wie in seiner Warnung vor der immer weiter zunehmenden Zentralisierung der Macht: „Je zentralisierter eine Staatsverwaltung ist, desto mehr schrumpft das demokratische Mitverwaltungsrecht zum Wahlrecht zusammen.“ (Naumann, 1964b, S. 450) Doch er liefert keinen Anhaltspunkt dafür, wie denn eine dezentrale Leitung mit der immer größeren und immer festeren „Organisation“ auf Weltebene vereinbar wäre, die zu seinem Ideal geworden war.

Der Hauptpunkt der Denkschrift ist der Vorschlag, an die Seite westlicher Freiheitsideen eine ausgesprochen deutsche Idee zu setzen, nämlich die der Freiheit als Zusage an die Schwachen - „und die Schwachen sind die Vielen“ - so daß „ihre schwache Existenz staatlich geschützt wird.“ Das sei „die Vollendung der Menschenrechte“: staatlicher Paternalismus, der über die Mehrheit der Bürger ausgeübt wird. Naumann zaudert nicht, in diesem den rechtmäßigen Abkömmling des alten Paternalismus der absoluten Monarchie zu erkennen: „aus den Wurzeln des Polizeistaates steigt neuer Trieb empor, der Staat als Volkserhaltung.“ (Naumann, 1964b, S. 450, 458f.)

Er räumt ein, das, was er durchgreifende Demokratisierung des Staates nennt, dessen „Polizeicharakter“ verstärkt und die Beamtenschaft ständig ausweitet wird. Denn fast alle der zu ergreifenden Maßnahmen brächten es mit sich, „daß etwas kontrolliert, reguliert oder syndiziert werden soll.“ Das erstrebte Ziel aber sei eine Gesellschaft „des organisierten Lebensspielsraumes.“ (Naumann, 1964b, S. 459f.)

* * *

Als sich der Bankrott des kaiserlichen Regierungssystems und die kommende Niederlage Deutschlands immer mehr abzeichnet, fängt Naumann endlich an, Züge an den Tag zu legen, die es rechtfertigen könnten, ihn als einen liberalen Führer zu charakterisieren. Er wird ein Katalysator zur Vereinigung der demokratischen Elemente und zur Bildung eines Volksstaats, der das Obrigkeitsregime ersetzen soll (Stephan, 1970, S. 13). Er gebraucht sogar Worte, die ein indirektes *mea culpa* andeuten: „In den letzten fünfzig Jahren hat der Imperialismus aller europäischen Staaten die internationale Lage chronisch vergiftet. Die Politik der Vergeltung, die Politik der Expansion und die Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat zur Krankheit Europas beigetragen, die im Weltkrieg ihre Krise erlebte.“ Der nationale Gedanke sei in der Vergangenheit „verhängnisvoll mißbraucht worden.“ (Christ, 1969, S. 101) Ob dies einer Auseinandersetzung mit seiner eigenen Vergangenheit gleichkommt und ob hier „intellektuelle

Redlichkeit“ vorliegt, die in der Lage ist, „Irrtümer offen einzugestehen und zu korrigieren.“ (*Christ*, 1969, S. 101; *Theiner*, 1985, S. 55) ist jedoch fraglich.

VI. Weimar und neue Grundrechte

Mit dem Untergang des Kaiserreiches beteiligt sich Naumann natürlich nachdrücklich an der Bildung der neuen politischen Ordnung, die in Deutschland entstehen sollte. Zunächst begrüßt er die Soldaten- und Arbeiterräte als Schritte zur Demokratisierung der Armee bzw. „zur Herbeiführung eines konstitutionellen Industriesystems.“ Aber er bekämpft die Bolschewisierung Deutschlands und selbst die weitverbreitete Vergesellschaftung der Industrie. Stattdessen strebt er eine Art von undefinierten „gemischten Betriebsformen“ (*Theiner*, 1983, S. 285f.) an.

Als Vertreter der Deutsch-Demokratischen Partei, der Nachfolgerin der Fortschrittlichen Volkspartei, kandidiert Naumann für die Nationalversammlung, die eine Verfassung für die deutsche Republik verabschieden soll. Zum ersten und einzigen Mal gelang es nun einer von Naumanns Gruppierungen, ein Wahlergebnis in der Größenordnung zu erzielen, die von Richters Linksliberalen in den 1870er und 1880er Jahren erzielt wurden: Die DDP gewann 18,6% der Stimmen und eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten. Naumann wurde im Sommer 1919 unangefochten zum ersten Vorsitzenden der DDP gewählt, doch wenige Wochen später starb er plötzlich. Die DDP war die wichtigste der „liberalen“ Parteien Weimars. Die politische Ausrichtung der DDP mag der folgenden Erklärung ihres Parteiprogramms aus dem Jahre 1919 entnommen werden: „Der demokratischen Staatsauffassung gelten Personen und Gemeinschaften nur als lebende Zellen und Glieder, den einheitlichen Körper aber bildet die Gesamtheit.“ (*Hahn*, 1993, S. 81)

Naumanns letzte wichtige politische Arbeit ist eine Liste „Volksverständlicher Grundrechte“, die er im März 1919 als Berichterstatter der Unterkommission für die Grundrechte unterbreitete. Er legt sie nicht als formulierten Entwurf für die Grundrechtsabteilung der neuen Verfassung vor, sondern eher als Anregung für weitere Diskussionen. Naumanns Version der Grundrechte enthält, so Wolfgang Mommsen, „in gedrängter Form die Quintessenz seines politischen Wollens auf verfassungsrechtlichem und gesellschaftspolitischem Gebiet.“ (*Naumann*, 1964b, S. LIX)

Naumanns Ziel lag darin, die ältere, individualistische und „legalistische“ Rechtsauffassung zu überwinden. Einige Jahre zuvor hatte er erklärt, letztere sei das Produkt der „seelenlosen Aufklärung.“ „Die bloß privatwirtschaftliche und juristische Aufklärung,“ sei „eine notwendige und heilsame Durchgangsstufe“ gewesen, nicht aber die „endgültige Weltanschauung.“ (*Naumann*, 1964b, S. 484) Nun sei es an der Zeit, sie durch eine „höhere“ Auffassung zu ersetzen, welche

sich auf die Pflichten der Bürger gegenüber der Gemeinschaft gründe und auf die Pflicht der Gemeinschaft, für die Bedürfnisse der Bürger zu sorgen.

Naumanns Entwurf (Naumann, 1964b, S. 574ff.) ist eine eigenartige Mischung aus 104 Klauseln, die in dreizehn Abschnitte aufgeteilt sind. Ein großer Teil davon besteht in einer erneuten Darlegung liberaler Standardgrundsätze, wie Rechtsgleichheit, Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit, Gedanken-, Presse-, Versammlungs-, Wahl- und Forschungsfreiheit, Erlaubnis von Privatschulen (wenn auch „unter Staatsaufsicht“) sowie Kriegserklärung und Friedensschluß als „Volkssache“ (was vermutlich bedeutet, daß sie der Abstimmung im Parlament unterworfen sein sollten).

Darüber hinausgehend gibt es eine beträchtliche Anzahl von Klauseln, in denen zwar edle Gefühle zum Ausdruck kommen, die aber einer Übersetzung in konkrete Grundrechte kaum zugänglich sind, wie etwa „das Vaterland steht über der Partei“, „Ordnung und Freiheit sind Geschwister“, „alle idealen Bestrebungen helfen und dulden sich gegenseitig“, „Sparsamkeit ist die Vorbedingung jeden Fortschritts“ und „Geheimpolitik gibt es nicht mehr.“ Schließlich fragt man sich, ob die Äußerung „künstliche Düngung liefert der Staat als Entgelt für Bodenabgaben“ wirklich das Nachdenken über Grundrechte anregt.

Dann gibt es die Formulierungen, die Naumanns Bewunderer im Sinne haben, wenn sie von den „Elementen eines werdenden Sozialrechts“ sprechen und vom Versuch, „formalen Bürgerrechten soziale Substanz zu geben.“ (Heuss, 1960, S. 36; Dahrendorf, 1985, S. 35) Zu diesen zählen vor allem das Recht auf Arbeit als „dauernde Staatsaufgabe“ (gekoppelt mit der Erklärung „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen!“); dann die Klauseln, die den Grundsatz des Privateigentums unterhöheln und - in einem gewissen Sinn verstanden - praktisch verneinen, zum Beispiel „Privateigentum ist berechtigt als gesammelter Arbeitsertrag für die Nachkommen“, „Privateigentum verliert seinen sittlichen Anspruch, sobald es den Arbeitsfortschritt hindert“, „der Grund und Boden ist Nationaleigentum unter privater Benutzung“, „Bergschätze sind Volkswerte“, und „die staatliche Volkswirtschaft ist stille Teilhaberin aller privaten Unternehmungen.“

Andere Klauseln schränken private Eigentumsrechte weiter ein, indem sie die Grundlage für einen korporativen Staat legen: „zum demokratischen Industriestaat gehört Industrieparlamentarismus“, „industrielle Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht ist die Grundform der großgewerblichen Wirtschaft“, und „ein deutsches Gewerbeparlament leistet Vorarbeit für die politische Reichsverwaltung.“ Der Grundsatz „Deutschland muß trotz seiner Armut sozialpolitisch ein Vorbild der Welt bleiben und werden“, widerspricht jeder ökonomischen Rationalität.²⁴

²⁴ Wie Sulzbach (1947, S. 106) bemerkte: „Nach Krieg und Niederlage [von 1918] war den Deutschen die Sozialversicherung eine Sache von ‚Menschenrechten‘ und ‚Menschenwürde‘ und keine wirtschaftliche Angelegenheit, obgleich solch eine Auffassung einer rationalen Politik schädliche Beschränkungen auferlegte.“

Schließlich gibt es Äußerungen, die in reinen Nationalkollektivismus einmünden: „Kunst ist Nationalangelegenheit,“ „jeder Deutsche ist ein Wertgegenstand der Nation, so lange er seines Volkes würdig bleibt“ und „Kinderzuwachs ist Nationalkraft.“

Es war vorherzusehen, daß Naumanns Entwurf der „Grundrechte“ zwar hier und da kritisiert werden, grundsätzlich aber unter den Kommentatoren Begeisterung hervorrufen würde, da er angeblich einen Meilenstein des Fortschritts über bloß individuelle und „formale“ Rechte hinaus darstelle. Roland Hahn ist einer der wenigen, die das Wesentliche in Naumanns Vorschlag hervorheben: daß es - von einer vorgeschützten Anerkennung herkömmlicher liberaler Rechte abgesehen - „auch ein in dieser Schärfe bis dahin nicht dagewesenes Bekenntnis zu einem mehr oder weniger kollektivistischen Menschenbild [enthält], das alle Grundrechtsforderungen im Konfliktfalle zur bloßen Deklamation werden lassen mußte.“ Nach Hahns Ansicht liegt Naumanns Vorhaben im Grunde „weit jenseits der [...] liberalen Tradition in Deutschland.“ (Hahn, 1993, S. 85)

Doch selbst wenn man eine positive Haltung zu Naumanns *Grundrechten* einnimmt, fällt es schwer zu erkennen, was diese mit Liberalismus zu tun haben sollen. Jürgen Christ schreibt: „Über den bürgerlich-individualistischen Rechtsstaat hinaus, und deutlich abgesetzt von der bolschewistisch-sozialistischen Staatsform Rußlands, wollte Naumann den sozialen Volksstaat.“ (Christ, 1969, S. 108) Zwar gibt es eine Reihe denkbarer politischer Kennzeichnungen einer solchen Art von Staat, so „sozialdemokratisch“ oder vielleicht auch „national und sozialistisch“ - „liberal“ gehört jedoch nicht dazu. Das ist keine bloße Frage der „Semantik“ im abfälligen Sinne. Erinnert sei an die Erklärung Eduard Bernsteins: „Die Ausbildung und Sicherung der freien Persönlichkeit ist der Zweck aller sozialistischen Maßregeln, auch derjenigen, die äußerlich sich als Zwangsmaßregeln darstellen. Stets wird ihre genauere Untersuchung zeigen, daß es sich dabei um einen Zwang handelt, der die Summe der Freiheit in der Gesellschaft *erhöhen*, der mehr und einem *weiteren* Kreise Freiheit geben soll, als er nimmt.“ (Bernstein, 1909, S. 129. Hervorhebung im Original.) Ist das nicht eine treffendere Beschreibung der Ansichten, die Naumann zumindest ab dem Zeitpunkt hegte, als er seine Träume von Weltpolitik und Seekrieg aufgeben mußte?

Wenn der späte Naumann, dessen Position von der des revisionistischen Sozialismus bestenfalls nicht zu unterscheiden war, als vorbildlicher Liberaler hingestellt wird, so hat dies zur Folge, daß jeder authentische Liberalismus aus dem Reich politischer Erörterungen hinwegdefiniert wird. Der Liberalismus gründet sich auf die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft und auf den Vorrang der letzteren. Es fällt schwer, einzusehen, warum die Naumannianer es nicht geradeheraus zugeben: Was Naumann zu bieten hat, ist ein *Ersatz für den liberalen Staat*: der „Volksstaat.“

Im Denken Naumanns ist der „Volksstaat“ der Sammelbegriff, der vorgeblich die Ausübung der gewaltigen Macht rechtfertigt, mit der er den Staat betrauen will, und der zugleich garantiert, daß eben dieser Staat diese Macht nicht tyrann-

nisch gebraucht. Doch Naumann selbst gesteht, daß der Überwachung des Staates durch den Einzelnen bzw. durch das Volk in der Demokratie außerordentlich enge Grenzen gezogen sind:

„Die Masse kann nicht ohne Beauftragte ihre politische Kraft ausüben, und je größer die Staaten sind, desto kleiner wird der Anteil an der Souveränität, der auf den einzelnen Staatsbürger kommt. [...] Die Masse selbst kann auf direktem Weg nicht herrschen. Das ist technisch unmöglich, denn Herrschen ist ein gelernter Beruf. Das einzige, was die Masse vermag, ist, daß sie auswählen kann, von wem sie beherrscht sein will“.

Selbst im „Volksstaat“ ist die Souveränität dermaßen verteilt, daß „der Handwerker, Bauer, und Arbeiter“ nur „sein kleines Teilchen von ihr hat.“ (Naumann, 1964e, S. 452ff.) Nicht nur das Individuum ist in Naumanns „Volksstaat“ praktisch machtlos, sondern sogar die Menschen als Kollektiv sind ein passives Element, und der „Volkswille“ ist ein äußerliches Gebilde: „Immer leistet die Masse nur Zustimmung, sie schafft aber als Masse keine Ideen. Es liegen in ihr Stimmungen und Bedürfnisse, aber erst wenn die Techniker der Massenführung sich dieser Stimmungen und Bedürfnisse bemächtigen, entsteht der Volkswille.“ (Naumann, 1919, S. 125)

Naumann bewies hier seine Vertrautheit mit der damals neuen politischen Soziologie Michels, Mosca und Pareto, welche den Kulissencharakter moderner demokratischer Regierungsformen aufdeckten, in der die Macht in Wirklichkeit von politischen Eliten der einen oder anderen Art ausgeübt wird.²⁵

Die fehlende wirkliche Teilhabe von Individuen an der politischen Entscheidungsfindung in der Moderne wurde bereits von Benjamin Constant in seiner Vorlesung über *Die Freiheit der Alten im Vergleich zu der der Neuen* (Constant, 1872b, S. 539ff.) vermerkt. Hierin lag ein wesentlicher Grund für die Vorliebe, die der Liberalismus des 19. Jahrhunderts für die moderne private im Gegensatz zur alten öffentlichen Freiheit hegte. Doch Constant hatte lediglich eine Wählerschaft von einigen hunderttausend Menschen im Sinn. Außerdem waren die Staaten, von denen er sprach, beträchtlich kleiner als sie es ein Jahrhundert später werden sollten, und er sprach von „Individuen“. Naumann schreibt von „der ganzen Volksmasse“ und bekennt ihre Ohnmacht, auf nationaler Ebene mehr zu tun als lediglich ihre Herrscher auszuwählen. Wenn die Masse aber selber ohnmächtig ist, wieviel weniger Macht besitzt dann das Individuum? Und warum, so könnte Constant fragen, sollte ein rationales Individuum nicht die Freiheit sein eigenes Leben zu formen und zu führen aufgeben für einen unendlich kleinen Anteil an der Macht, das Leben aller Bürger im Kollektiv zu formen?

²⁵ Auch Schmoller (1922, S. 28f.) bemängelte wachen Auges die Idee des Volksstaats, die „nur eine volle Beherrschung der Obrigkeit durch das Volk, d.h. in Wirklichkeit durch geschickte Parteiführer“ bedeuten könne. Die politische Soziologie habe gezeigt: „auch in Demokratie herrsche nicht das Volk, sondern gewisse Parteien und ihre Führer.“

Naumanns Vermächtnis an das deutsche Volk waren nicht die *Grundrechte*, sondern sein politischer Werdegang, zu dem besonders sein Eintreten für eine aggressive Weltpolitik zählte. Diese gab er erst dann auf, als es für Deutschland faktisch unmöglich geworden war, sie weiterzuverfolgen.²⁶ Aber die *Grundrechte*, seine letzte größere Äußerung gegenüber dem Volk, dem er so lange gepredigt hatte, spielten eine besondere Rolle. Daß ihre Wirkung insgesamt nutzbringend war, ist zweifelhaft. Was Deutschland unmittelbar nach Kriegeausbruch und Kriegsozialismus und vor Eintritt in die Ära des weichen und dann des wirklich harten Kollektivismus dringend brauchte, war nicht die Schmälerung „rein formaler“ Individualrechte und deren Ersetzung durch „soziale“ Rechte - und das vor dem Hintergrund einer nebulösen kollektivistischen Metaphysik und im Namen dessen, was vom deutschen Liberalismus verblieben war.

VII. Schluß

Beim Versuch, das Denken Friedrich Naumanns zu bewerten und seinen Stellenwert für den deutschen und westlichen Liberalismus zu veranschlagen, empfiehlt es sich, einige der überschwenglichen Äußerungen seiner ergebenen Anhänger zu übergehen. Hierzu gehörten z.B. Walter Uhsadels Erklärung, daß Naumann ein „Seelsorger nicht einzelner, sondern einer Epoche“ (*Uhsadel*, 1964, S. xxvii) gewesen sei oder Theodor Schieders befremdliche Behauptung, Naumann stehe in einer Reihe mit liberalen Denkern wie Benjamin Constant, Humboldt, Dahlmann und John Stuart Mill (*Naumann*, 1964b, S. xi).

Freunde und Kritiker scheinen einer Meinung zu sein, daß Naumann größtenteils einfach ein Kind seiner Zeit war, dieser - wie Heuss es ausdrückte - „in aller Wirrung und häufigen Verkrampftheit reichen, schicksalsreichen Periode.“ (*Heuss*, 1959, S. 14) Von hier aus betrachtet, verdient Naumann, der rastlose Schreiber, der in Grenzen mit dem Feingefühl eines Künstlers begabt war, einiges Interesse. Daß er auch eine außergewöhnliche Persönlichkeit, daß er magnetisch, ja charismatisch war, ist vor allem angesichts der Wirkung, die er bei so vielen ausgezeichneten deutschen Intellektuellen erzeugte, schwer zu leugnen. Doch der Umstand, daß er solch einen nachhaltigen Eindruck bei einigen seiner intellektuell herausragendsten Zeitgenossen hinterlassen konnte, spiegelt auch die besondere Sensibilität und die Begrenzungen jener Zeit wider.

Als Max Weber der Witwe seines Freundes kurz nach Naumanns Tod schrieb, „die Größe seiner Erscheinung lag nicht in dem, *was* er wollte, sondern *wie* er es wollte und *wie* er seine Sache führte,“ (*Vogt*, 1949, S. 49. Hervorhebung im Original.) sprach er für viele Naumannsche Bewunderer der folgenden Jahre. Dennoch fragt man sich, was diese Erklärung Webers eigentlich rechtfertigt. *Warum*

²⁶ Vgl. Mommsen: „Die Idee einer nationalen Weltpolitik behielt bis zum November 1918 für Naumanns Denken größte Bedeutung, und er beurteilte innenpolitische Fragen stets wesentlich auch unter [diesem] Gesichtspunkt.“ (*Mommsen*, 1964, S. xxxviii).

sollte man den *Inhalt* von Naumanns Zwecken und Zielen unbeachtet lassen und stattdessen nur auf die *Art und Weise* achten, mit der er sie verfolgte? Warum wird unsere Aufmerksamkeit bei diesem Politiker und verhinderten Führer so oft von dem, was er sagte, schrieb, tat und vertrat abgelenkt und stattdessen auf seine Persönlichkeit gerichtet?

In Würdigungen von Naumanns Persönlichkeit steht häufig das Drama seiner inneren „Wandlung“ im Mittelpunkt. Viele von denen, die Naumann wohlgesonnen sind, würden Werner Stephans Beurteilung zustimmen, daß seine größte Eigenschaft in der Bereitschaft lag, sich „ständig zu wandeln, immer sich selbst in Frage zu stellen.“ (Stephan, 1970, S. 10) Was hier als wichtig angesehen wird, ist nicht, was Naumann befürwortete oder warum er es verteidigte und noch nicht einmal *wie* er es vertrat, sondern der *Vorgang an sich, seine Wandlung von einer Ansicht zu einer anderen*.

Naumann selber bereitete dieser Interpretation den Weg, als er die Worte Conrad Ferdinand Meyers zur Kennzeichnung seiner selbst zitierte: „Ich bin kein glatt geschriebenes Buch, ich bin ein Mensch mit seinem Widerspruch.“ (Naumann, 1964a, S. 570) Zur Rechtfertigung seines Taumelns von einer Position zu einer anderen sagte er gerne Dinge wie: „Nie ist der Lebendige fertig, nur die Toten sind fertig.“ (Naumann, 1964a, S. 579) Ohne Unterlaß sprach er davon, vom „Leben“ zu lernen und sich mit „der Wirklichkeit“ zu befassen. Seine Anhänger haben ihn gewöhnlich beim Wort genommen. (vgl. z.B. Heuss, 1959, S. 44) Es sollte nicht übersehen werden, daß Naumann den größten Teil seines Werdeganges nicht so sehr mit Lernen beschäftigt war, sondern mit dem „Entlernen“ seiner grob fehlgeleiteten Anschauungen. Auf jeden Fall waren „Wirklichkeit“ und „Leben“ nicht klar von seinen Wünschen, Träumen und Machtgelüsten getrennt. Wenn er etwa erklärt, „das Leben selbst ist größer als alle Prinzipien, die ja nur aus ihm entnommene Gedankenreihen sind,“ (Naumann, 1964a, S. 619) so ist das nicht als Verbundenheit mit einem gesunden Empirismus zu verstehen. Denn für Naumann war „Leben“ ein aufregendes Amalgam, das Willen, Energie und Hingabe umschloß, ebenso wie die „Wirklichkeit“ eine eilfertige Unterordnung unter die Intuition bedeutete, die er vom „Werdenden“ hatte: „Freiwillig stellen wir uns in den Dienst des Werdenden [...] In diesem Sinne machen wir uns alle zu Dienern einer Bewegung, die stärker ist als wir.“ (Naumann, 1964b, S. 484)

Das war der Glaube, der ihn leitete. Naumann sprach mit vulgär-hegelianischem Behagen von „der Geschichte“ als einem Wesen mit eigenem Geist und Willen, und er glaubte, intime Kenntnisse über ihre Absichten zu besitzen. Stets handelte er, als ob sein Finger am Puls des Zeitgeistes läge, wenn er sich mit einer scheinbaren „Zukunftswelle“ nach der anderen identifizierte. Eine typische Erklärung aus dem Jahre 1913 lautet: „Die Geschichte ist die Lehrmeisterin der Völker, weil sie die Offenbarung des ewigen Willens ist. Als solche will sie von ihren Propheten verstanden werden“ (Heuss, 1949, S. 308) - und natürlich gab es keinen Zweifel, wer zu diesen Propheten zählte.

Dennoch irrte sich Naumann - unter anderem - bezüglich der Verfügbarkeit der deutschen Arbeiterklasse für eine aggressive Weltpolitik, des überlebenswichtigen Bedarfs Deutschlands an Kolonien und Kriegsschiffen, des Charakters Wilhelms II. und der Rolle, die dieser bei der Staatsreform spielen sollte; der Gestalt, die die europäische Kräftekonstellation annehmen würde und des unvermeidlichen Verschwindens unabhängiger Unternehmer und kleiner Nationen. Er hatte nicht die leiseste Ahnung davon, daß er die Zerstörung des Kaiserreiches noch erleben sollte - bis es dann soweit war, noch ahnte er, daß ein gutes Jahrzehnt nach seinem Tod eine nationalsozialistische Diktatur die Lebensbedingungen der Deutschen für alle Zeiten verändern sollte. Bei all seinem endlosen Gerede über den „Zwang,“ der von kapitalistischen Riesenkonzernen ausgeübt werde, sah er zu keinem Zeitpunkt voraus, daß nach wenigen Jahren der vom Staat selber ausgehende Zwang alles in den Schatten stellen würde, was zuvor unter diesem Begriff bekannt war. Schwerlich kann die Schlußfolgerung vermieden werden, daß Naumanns ständige Beschwörung der unentrinnbaren Erfordernisse „der Geschichte“ bzw. „der Zukunft“ einfach eine Übung in *Mauvaise foi* war - ein Verfahren, um die Existenz von Alternativen zu bestreiten, bzw. ein Mittel, um auf vernünftigen Überlegungen und Wahrheitsliebe fußende Entscheidungen zu hintertreiben.

In seinem während der ersten Marneschlacht verfaßten Essay über Frankreich und Deutschland sinniert Naumann, der vom sicheren Zusammenbruch Frankreichs ausgeht, über die bevorstehende Verzweiflung der Franzosen nach. Er bestreitet, daß sie auch nur die Aussicht auf ein gutes Gewissen hätten, „denn wie kann man ein gutes Gewissen haben, wenn alles schief gegangen ist?“ (Naumann, 1914, S. 10) Naumanns eigener deutscher Triumphalismus („Es klappt alles!“) war übereilt. Doch in seiner Bemerkung findet sich ein Körnchen Wahrheit. Denn man fragt sich, wie es ihm möglich war, ein gutes Gewissen zu haben, nach dem alles, was er so lange verfochten hatte - die Weltpolitik, die große Flotte, den Krieg mit England - schließlich so schief gegangen war?

Doch wie verhält es sich mit Naumanns Liberalismus? Trotz der offensichtlichen Vorlieben vieler seiner Freunde ist das immer noch die historisch wichtige Frage. Theodor Heuss erklärt, Naumanns

„Weg in die Politik vollzieht sich in der immerwährenden Auseinandersetzung zwischen *christlichem Liebesgebot* der Nächstenhilfe [...] und dem eingeborenen *Machtanspruch jeglicher Staatlichkeit*. Diese Spannung hat sein Leben bis zum Ende begleitet.“ (Heuss, 1959, S. 15f., Hervorhebung im Original.)

Sicher ist das christliche Liebesgebot eine edle Angelegenheit, und was den Machtanspruch des Staates anbelangt, so muß jeder politisch Denkende und Handelnde sich damit auseinandersetzen. Aber wenn das Naumanns Weg in die Politik war, stellt sich die Frage: Was davon ist eigentlich *liberal*?

Ralf Dahrendorf hat als Beweis für Naumanns Liberalismus vorgebracht: „Seine Doppelthese, ‚der Staat sind wir alle - der Staat darf nicht alles‘, kann sich auch heute als liberales Prinzip sehen lassen.“ (Dahrendorf, 1985, S. 35) und

Jürgen Christ zitiert seine Erklärung, „daß der Mensch als Mensch einen Wert hat.“ (Christ, 1969, S. 113, Fn. 8) Doch abgesehen von der Tatsache, daß die Behauptung „der Staat sind wir alle“ die reinste Mystifikation ist (vor allem im Zusammenhang mit dem allgewaltigen Staat, den Naumann befürwortet), so sollten zwei Überlegungen festgestellt werden. Erstens kann solchen Plattheiten bei der Bewertung von Naumanns Liberalismus kein großes Gewicht zukommen, wenn man sie mit seiner lebenslangen Verteidigung antiliberaler Politik vergleicht. Zweitens finden sich derartige Äußerungen auch bei Nicht-Liberalen, wie Sozialdemokraten, Konservativen und anderen geteilt.

Was bleibt also? Wie nicht anders zu erwarten, bleibt nur Dahrendorfs Behauptung: „Überhaupt war Naumann auch darin Liberaler, daß er suchte.“ (Dahrendorf, 1985, S. 35) Mit anderen Worten sind wir wieder bei Naumanns *Persönlichkeit* angelangt.

Doch hier geht es um mehr. Naumann sagt weiterhin solchen Intellektuellen zu, die ihre eigene Sozialphilosophie in seiner Odyssee widergespiegelt finden. Von „der Wirklichkeit“ gezwungen, die Unverzichtbarkeit des privaten Unternehmertums einzugestehen, bemerkt Naumann nichtsdestoweniger mit Zustimmung, wie sehr sich Kapitalismus und Sozialismus aufeinander zubewegten. Als ob er am Ende seine eigene frühe Verblendung durch den Marxismus rechtfertigen wollte, betont er, wie der Kapitalismus durch die ihm innewohnende Dynamik immer fester „organisiert“ und staatlicher Lenkung im Weltmaßstab zugänglich werde und wie die sozialistische Bewegung ihre Ziele erreiche, wenn auch in unerwarteten Formen.

Daß er ein führender Unterstützer des Wohlfahrtsstaates mit einem sich stets erweiternden Katalog „sozialer Rechte“ war, daß er den Liberalismus neu definierte, um dieser Orientierung den Weg zu ebnen - das ist letzten Endes vermutlich der wirkliche Grund für die weitverbreitete Bewunderung, die Naumann entgegengebracht wird. Doch diese seine Haltung gründet sich auf Unkenntnis über die Tatsache, daß der konsumentengelenkte Markt die zentrale Einrichtung der kapitalistischen Gesellschaft ist, und auf die gewaltige Übertreibung der Tendenzen zur Unternehmenskonzentration und der wirtschaftlichen Macht, die Firmen über ihren Angestellten hätten. Daß auch der ständig wachsende Wohlfahrtsstaat gewisse Kehrseiten haben könnte, daß es für Menschen in einer freien Gesellschaft nicht klug ist, sich so vollkommen mit dem Staat zu identifizieren oder ihm zu Dank verpflichtet zu sein, und daß zu den wichtigsten individuellen Freiheiten das Recht gehört, das eigene Leben durch die freie Verfügung über das eigene Einkommen zu gestalten²⁷ - all das scheint Naumann niemals in den Sinn gekommen zu sein.

²⁷ Vgl. Radnitzky (1995, S. 189): „Besonders signifikant ist die Abgabenquote. Sie ist definiert als der Anteil vom Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers, das ihm in Form von Steuern und Sozialversicherungsabgaben abgezogen wird. [...] Die Abgabenquote stellt also eine Art *Entmündigungskoeffizient* dar (der Taschengeldstaat). Sie ist ein Indikator für das Aus-

Als Ralf Dahrendorf erklärt, der „Kern der Bedeutung Friedrich Naumanns liegt in seinem Wirken als politischer Volkserzieher,“ beantwortet er die unvermeidliche Frage „Erzieher wozu“?, indem er andeutet, Naumann habe den „Trieb zur Gestaltung menschlicher Gemeinschaft“ (Dahrendorf, 1985, S. 37) gefördert. Sicherlich stimmt es, daß dieser Trieb von Anfang bis Ende ein Grundbestandteil der Bestrebungen Naumanns war. Er zeigt sich zur Genüge in den Lobreden seines letzten wichtigen Werkes auf den Kriegssozialismus und einen künftigen „Staats- und Nationalsozialismus“ (Naumann, 1964d, S. 609). Doch der „Trieb“ zu geplanter Gestaltung menschlicher Gemeinschaft mittels des Staates war der Fluch jener Zeit, in der Naumann lebte, wie auch der Zeit, die folgen sollte. Indem er sein ganzes Leben lang hierfür Anhänger unter den Deutschen warb, erwies Naumann der Sache ihrer Freiheit keinen guten Dienst.

maß, in dem der Staat seine Bürger als unfähig ansieht, ihre eigenen Geschäfte verantwortungsvoll zu führen.“ (Hervorhebung im Original.)

Literaturverzeichnis

- Abelshauser, W. (1987), „Die Weimarer Republik – Ein Wohlfahrtsstaat?“, in: Ders. (Hrsg.), Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft, Wiesbaden.
- Achinger, H. (1963), Sozialpolitik und Wissenschaft, Stuttgart.
- Afthalion, F. (1983), „Introduction“, in: Frédéric Bastiat, Oeuvres économiques, Paris.
- Albert, H. (1986), Freiheit und Ordnung, Tübingen.
- Albertin, L. (1975), „Das Friedensthema bei den Linksliberalen vor 1914: Die Schwäche ihrer Argumente und Aktivitäten“, in: K. Holl und G. List (Hrsg.), Liberalismus und imperialistischer Staat. Der Imperialismus als Problem liberaler Parteien in Deutschland 1890-1914, Göttingen.
- Altmann R. und J. Gross (1972), „Gespräch über Erhard“, in: G. Schröder et al. (Hrsg.), Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Frankfurt/Main.
- Anderson, M. L. (1981), Windthorst. A Political Biography, Oxford, 1981.
- Anderson, P. R. (1971), „Gustav von Schmoller“, in: H. U. Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. 2, Göttingen.
- Andreski, S. (1972), Social Sciences as Sorcery, London.
- Angermann, E. (1963), „Das ‚Auseinandertreten von Staat und Gesellschaft‘ im Denken des 18. Jahrhunderts“, Zeitschrift für Politik, Jg. 10, N.F., H. 2.
- Armengaud, A. (1973), „Population in Europe 1700-1914“, in: C. M. Cipolla (Hrsg.), The Fontana Economic History of Europe, Glasgow.
- Ascher, A. (1963), „Professors as Propagandists: The Politics of the Kathedersozialisten“, Journal of Central European Affairs, Bd. 23, Nr. 3 (Oktober, 1963).
- Baechler, J. (1971) Les origines du capitalisme, Paris.
- Baechler, J. (1995), Le capitalisme, 2 Bde., Paris.
- Baechler, J., J. A. Hall und M. Mann (Hrsg.) (1988), Europe and the Rise of Capitalism, Oxford.
- Balabkins, N. W. (1988), Not by Theory Alone ...: The Economics of Gustav von Schmoller and Its Legacy to America, Berlin.

- Balzer, B (1990), Die preußische Polenpolitik 1894-1908 und die Haltung der deutschen konservativen und liberalen Parteien (unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Posen), Frankfurt/Main.
- Bamberger, L. (1886), Die Socialistische Gefahr, Berlin.
- Bamberger, L. (1897), Politische Schriften von 1879 bis 1892, Bd. 5, Gesammelte Schriften, Berlin.
- Bamberger, L. (1898a), Studien und Meditation aus Fünfunddreissig Jahren, Bd. 1, Gesammelte Schriften, Berlin.
- Bamberger, L. (1898b), „Wandlungen und Wanderungen in der Sozialpolitik: I.“, Die Nation, Bd. 15, Nr. 23 (7. März).
- Bamberger, L. (1898c), „Wandlungen und Wanderungen in der Sozialpolitik: II.“, Die Nation, Bd. 15, Nr. 24 (12. März).
- Bamberger, L. (1898d), „Wandlungen und Wanderungen in der Sozialpolitik: III.“, Die Nation, Bd. 15 (21. März).
- Bamberger, L. (1899), Erinnerungen, P. Nathan (Hrsg.), Berlin.
- Barkai, A. (1977), Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936, Köln.
- Barkin, K. (1970), The Controversy over German Industrialization, 1890-1902, Chicago.
- Barth, T. (1885), „Einleitung“, in: A. Meyer et al. (Hrsg.), Kritische Beiträge zur herrschenden Wirtschaftspolitik, Berlin.
- Barth, T. (1890), Der sozialistische Zukunftsstaat [1879], neu herausgegeben als Die sozialdemokratische Gedankenwelt, Berlin.
- Barth, T. (1904), Politische Porträts, Berlin.
- Barth, T. (1923), „Eugen Richter“, in: Politische Porträts, neue Ausg., Berlin.
- Bastiat, F. (1854), „Paix et liberté, ou le budget républicain“, Oeuvres complètes, Bd. 5, Paris.
- Bastiat, F. (1880), „Vorrede“, in: K. Braun (Hrsg.), Eine Auswahl aus seinen Werken, Berlin.
- Battisti, S. (1987), Freiheit und Bindung. Wilhelm von Humboldts Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen und das Subsidiaritätsprinzip, Berlin.
- Baumgart, W. (1982), Imperialism: The Reality of British and French Colonial Expansion 1880-1914, Oxford.
- Baumgart, W. (1986), Deutschland im Zeitalter des Imperialismus, 1890-1914. Grundkräfte, Thesen, und Strukturen, 5. Aufl., Stuttgart.

- Bebel, A. (o.J.), *Aus Meinem Leben*, Frankfurt/Main.
- Beck, H. (1995), *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia: Conservatives, Bureaucracy and the Social Question, 1815-70*, Ann Arbor, Mich.
- Becker, J. (1907), *Das Deutsche Manchestertum. Eine Studie zur Geschichte des wirtschaftlichen Individualismus*, Karlsruhe.
- Beiser, F. C. (1992), *Enlightenment, Revolution, and Romanticism: The Genesis of Modern German Political Thought, 1790-1800*, Cambridge, Mass.
- Bentham, J. (1962), „Plan of Parliamentary Reform“, in: J. Bowring (Hrsg.), *Works*, Bd. 3, [1838-1843], New York.
- Berghahn, V.R. (1971), *Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innerpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II*, Düsseldorf.
- Berglar, P. (1970), *Walther Rathenau. Seine Zeit, Sein Werk, Seine Persönlichkeit*, Bremen.
- Bergsträsser, L. (1960), *Geschichte der politischen Parteien in Deutschland*, 10. neubearb. Aufl., München.
- Berman, H. J. (1974), „The Influence of Christianity on the Development of Western Law“, in: Ders., *The Interaction of Law and Religion*, Nashville/New York.
- Berman, H. J. (1983), *Law and Revolution. The Formation of the Western Legal Tradition*, Cambridge, Mass.
- Bernhard, L. (1908), „Der Arbeitslohn“, in: *Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert*, Festgabe für Gustav Schmoller, Bd. 1, Leipzig.
- Bernstein, E. (1909), *Die Voraussetzung des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* [1899], Stuttgart.
- Bernstein, E. (1924), „Entwicklungsgang eines Sozialisten“, in: F. Meiner (Hrsg.), *Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen*, Leipzig.
- Bessel, R. (1990), „Why Did the Weimar Republic Collapse?“, in: I. Kershaw (Hrsg.), *Weimar: Did German Democracy Fail?*, New York.
- Betz, H. K. (1988), „How does the German Historical School fit?“, *History of Political Economy*, Bd. 20, Nr. 3 (Herbst).
- Birke, A. M. (1971), *Bischof Ketteler und der deutsche Liberalismus. Eine Untersuchung über das Verhältnis des liberalen Katholizismus zum bürgerlichen Liberalismus in der Reichsgründungszeit*, Mainz.
- Bismarck, O. von (1932), „Erinnerung und Gedanke. Kritische Neuausgabe auf Grund des gesamten schriftlichen Nachlasses“, G. Ritter und R. Stadelmann (Hrsg.), in: Ders., *Die gesammelten Werke*, Bd. 15, Berlin.

- Bismarck, O. von (1965), *Bismarcks Gespräche. Von der Reichsgründung bis zur Entlassung*, W. Andreas und K. F. Reinking (Hrsg.), Bremen.
- Bismarck, O. von (1975), *Otto von Bismarck: Werke in Auswahl*, R. Buchner (Hrsg.) unter Mitarbeit von G. Engel, Bd. 8, Teil A, *Erinnerungen und Gedanken*, Stuttgart.
- Blackbourn, D. (1988), *Volksfrömmigkeit und Fortschrittsglaube im Kulturkampf*, Wiesbaden/Stuttgart.
- Blaich, F. (1973), *Kartell- und Monopolpolitik im kaiserlichen Deutschland. Das Problem der Marktmacht im deutschen Reichstag zwischen 1879 und 1914*, Düsseldorf.
- Blankertz, S. (1995), „Eingreifen statt Übergreifen: Über die Privatisierbarkeit der Polizei“, in: H.-H. Hoppe und F. Fliszar (Hrsg.), *Freiheit: Die unbequeme Idee*, Stuttgart.
- Blau, J. (1989), „Theories of the Welfare State“, *Social Service Review*, Bd. 63, Nr. 1 (März).
- Bluntschli, J. C. (1884), *Denkwürdigkeiten aus meinem Leben*, 2. Teil, 1. Hälfte, Nördlingen.
- Böhm, F. (1972.), „Der Sprung in die Marktwirtschaft“, in: G. Schröder et al. (Hrsg.), *Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Frankfurt/Main.
- Böhm-Bawerk, E. von (1914), „Macht oder ökonomisches Gesetz?“, *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik, und Verwaltung*, Bd. 23.
- Böhmert, V. (1866a), „Deutschlands wirthschaftliche Neugestaltung“, *Preussische Jahrbücher*, Bd. 18, Heft 3.
- Böhmert, V. (1866b), „Consessionen“, in: H. Rentzsch (Hrsg.), *Handwörterbuch der Volkswirtschaftslehre*, Leipzig.
- Böhmert, V. (1884), „Die Entstehung des volkswirtschaftlichen Kongresses vor 25 Jahren“, in: *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik, und Kulturgeschichte*, Bd. 21.
- Böhmert, V. (1900), *Rückblicke und Ausblicke eines Siebzigers*, Dresden.
- Bölling, R. (1983), *Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Ein Überblick von 1899 bis zur Gegenwart*, Göttingen.
- Bonn, M. J. (1953), *So macht man Geschichte? Bilanz eines Lebens*, München.
- Borchardt, K. (1982), „Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republic“, in: Ders., *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik: Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen.
- Borchardt, K. (1985), *Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte*, 2. Aufl., Göttingen.
- Borchardt, K. (1990), „A Decade of Debate about Brüning's Economic Policy“, in: J. von Kruedener (Hrsg.), *Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933*, New York.

- Born, K. E. (1957), Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz: Ein Beitrag zur Geschichte der Innenpolitischen Entwicklung des deutschen Reiches 1890-1914, Wiesbaden.
- Bornkamm, H. (1950), „Die Staatsidee im Kulturkampf“, Historische Zeitschrift, Bd. 170.
- Bostaph, S. (1978), „The Methodological Debate between Carl Menger and the German Historicists“, Atlantic Economic Journal, Bd. 6, Nr. 3 (September).
- Bouillon, H. (1997), „Die politische Philosophie Wilhelm von Humboldts“, Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, Jg. 6.
- Boyd, B. A. (1991), Rudolf Virchow. Scientist as Citizen, New York.
- Bramstedt E. K. und K. J. Melhuish (1978), Western Liberalism: A History in Documents from Locke to Croce, London/New York.
- Brandt, K. (1992), Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, Von der Scholastik bis zur klassischen Nationalökonomie, Freiburg i. B.
- Braun, K. (1866), „Staats- und Gemeindes-Steuern, in Zusammenhang mit Staats-, Heeres-, Kommunal- und Agrarverfassung“, Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik, und Kulturgeschichte, Bd. 4, Nr. 2.
- Braun, K. (1893), „Otto Wolff. Ein Nekrolog“, Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik, und Kulturgeschichte, Bd. 30, Nr. 1.
- Brentano, L. (1871/72), Die Arbeitergilden der Gegenwart, 2 Bde., Leipzig.
- Brentano, L. (1873), Die wissenschaftliche Leistung des Herrn Ludwig Bamberger, Leipzig.
- Brentano, L. (1931), Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschlands, Jena.
- Bruch, R. vom (1980), Wissenschaft, Politik, und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890-1914), Husum.
- Buchanan, J. M. und M. R. Flowers (1975), The Public Finances: An Introductory Text, 4. Aufl., Homewood, Ill.
- Buchanan, J. M. und R. D. Tollison (Hrsg.) (1984), The Theory of Public Choice - II, Ann Arbor, Mich.
- Buchanan, J. M., R. D. Tollison und G. Tullock (Hrsg.) (1980), Toward a Theory of a Rent-Seeking Society, College Station, Tex.
- Bucolo, P. (Hrsg.) (1980), The Other Pareto, London.
- Bueck, H.A. (1902), Der Centralverband deutscher Industrieller, Bd. 1, Berlin.
- Burckhardt, J. (1978), Weltgeschichtliche Betrachtungen [1905], Erl. Ausg., R. Marx (Hrsg.), Stuttgart.

- Busch, M. (1899), Tagebuchblätter, Bd. 3, Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1880-1893, Anhang, Leipzig.
- Bussman, W. (1978), „Rudolf Virchow und der Staat“, in: H. Berding et al. (Hrsg.), Vom Staat des Ancien Regime zum Modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder, München/Wien.
- Carrier, J. und I. Kendall (1973), „Social Policy and Social Change: Explanations of the Development of Social Policy“, *Journal of Social Policy*, Bd. 2, 3. Teil (Juli).
- Carrier, J. und I. Kendall (1977), „The Development of Welfare States: The Production of Plausible Accounts“, *Journal of Social Policy*, Bd. 6, 3. Teil (Juli).
- Cassel, G. (1957), *The Nature and Necessity of Interest* [1903], New York.
- Cauer, E. (1851), „Einleitung“, W. von Humboldt, *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen des Staates zu bestimmen*, 1. Aufl., Breslau..
- Chapman, J. (1854), „The Sphere and Duties of Government“, *Westminster Review*, N.F., Bd. 6 (Juli/Oktober).
- Chickering, R. (1975), *Imperial Germany and a World Without War: The Peace Movement and German Society, 1892-1914*, Princeton.
- Christ, J. (1969), *Staat und Staatsraison bei Friedrich Naumann*, Heidelberg.
- Constant, B. (1872a), „Principes de Politique“, in: Ders., *Cours de Politique Constitutionnelle*, É. Laboulaye (Hrsg.), Bd. 1, Paris.
- Constant, B. (1872b), „De la liberté des anciens comparée à celle des modernes“, in: Ders., *Cours de politique constitutionnelle*, É. Laboulaye (Hrsg.), Bd. 2, Paris.
- Conze, W. (1950), „Friedrich Naumann. Grundlagen und Ansatz seiner Politik in der nationalsozialen Zeit (1895 bis 1903)“, in: W. Hubatsch (Hrsg.), *Schicksalswege deutscher Vergangenheit. Beiträge zur geschichtlichen Deutung der letzten hundertfünfzig Jahre*, Düsseldorf.
- Conze, W. (1954), „Vom ‚Pöbel‘ zum ‚Proletariat‘: Sozialgeschichtliche Voraussetzungen für den Sozialismus in Deutschland“, *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 41.
- Dahrendorf, R. (1985), „Friedrich Naumann – Politik und politische Bildung“, *liberal*, Bd. 27, Nr. 2 (Juni).
- Deist, W. (1976), *Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897-1914*, Stuttgart.
- Delbrück, H. (1926), *Vor und nach dem Weltkrieg: Politische und historische Aufsätze*, 1902-1925, Berlin.
- Dietzel, H. (1923), „Individualismus“, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 4. Aufl., Jena.

- Dippel, H. (1977), *Germany and the American Revolution, 1770-1800*, Chapel Hill, N.C.
- Doering, D. (1994), „Eine Lanze für den Manchester-Liberalismus“, *liberal*, Jg. 36, Nr. 3 (August).
- Doering, D. (1995), „Recht durch Markt“, in: H.-H. Hoppe und F. Fliszar (Hrsg.), *Freiheit: Die unbequeme Idee*, Stuttgart.
- Dorwart, R. A. (1971), *The Prussian Welfare State before 1740*, Cambridge, Mass.
- Düding, D. (1972), *Der Nationalsoziale Verein 1896–1903*, München/Wien.
- Eichenberger, K. (1977), „Der geforderte Staat: Zur Problematik der Staatsaufgaben“, in: W. Hennis, P. Graf Kielmansegg und U. Matz (Hrsg.), *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*, Bd. 1, Stuttgart.
- Eickhoff, R. (1927), *Politische Profile*, Dresden.
- Emminghaus, A. (1907), *August Lammers*, Dresden.
- Engelberg, E. (1983), „Das Verhältnis zwischen kleinbürgerlichen Demokraten und Sozialdemokratie in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts“, in: O. Pflanze (Hrsg.), unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, *Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches*, München/ Wien.
- Eucken, W. (1940), „Wissenschaft im Stile Schmollers“, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 52, Nr. 2.
- Evans, E. J. (1983), *The Forging of the Modern State: Early Industrial Britain, 1783-1870*, London.
- Eyck, E. (1944), *Bismarck*, Bd. 3, Erlenbach-Zürich.
- Eyck, E. (1963), *Auf Deutschlands Politischem Forum: Deutsche Parlamentarier und Studien zur Neuesten Deutschen Geschichte*, Erlenbach-Zürich/Stuttgart.
- Faber, K.-G. (1975), „Strukturprobleme des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert“, in: *Der Staat*, Bd. 14, Nr. 2.
- Faucher, J. (1863), „Geschichte, Statistik und Volkswirtschaft“, *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik, und Kulturgeschichte*, Bd. 1, Nr. 4.
- Faucher, J. (1864a), „Zur Frage der besten Heeresverfassung I“, *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik, und Kulturgeschichte*, Bd. 2, Nr. 1.
- Faucher, J. (1864b), „Zur Frage der besten Heeresverfassung II“, *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik, und Kulturgeschichte*, Bd. 2, Nr. 3.
- Faucher, J. (1870), „Volkswirtschaftliche Reformbestrebungen in Deutschland“, *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik, und Kulturgeschichte*, Bd. 8, Nr. 2.

- Federici, F. (1946), *Der deutsche Liberalismus: Die Entwicklung einer politischen Idee von Immanuel Kant bis Thomas Mann*, Zürich.
- Fehrenbach, E. (1969), *Wandlungen des deutschen Kaisergedankens 1871-1918*, München/Wien.
- Fenske, H. (1990), „Notizen zum deutschen Liberalismus“, *liberal*, Jg. 32, Nr. 3 (August).
- Fenske, H. (1992), „Der deutsche Liberalismus bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts: Literatur aus den Jahren 1987-1991“, *Historisches Jahrbuch*, Bd. 112, Halbbd. 2.
- Ferrara, F. (1874), „Il Germanismo Economico in Italia“, *Nuova Antologia*, Bd. 26.
- Finer, S.E. (1968), „Pareto and Pluto-Democracy: The Retreat to Galapagos“, *American Political Science Review*, Bd. 62, Nr. 2 (Juni).
- Fischer, F. (1977), „Zur Flottenpolitik“, in: Ders., *Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild: Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus*, Düsseldorf.
- Fleck, H.-G. (1988), „Eugen Richter. Von den Nöten des deutschen Liberalismus zwischen Bismarck und Bebel“, *liberal*, Bd. 30., Nr. 4 (November).
- Friedman, M. (1976), *Kapitalismus und Freiheit*, Übers. von P.C. Martin, München.
- Gall, L. (1979), „Der deutsche Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung“, *Historische Zeitschrift*, Bd. 228, Nr. 1 (Februar).
- Gall, L. (1980), *Bismarck: Der weisse Revolutionär*, Frankfurt/Berlin/Wien.
- Gall, L. (1985), „Liberalismus und ‚bürgerliche Gesellschaft‘: Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland“, in: Ders. (Hrsg.), *Liberalismus*, 3., erw. Aufl., Königstein.
- Garber, J. (1989), „Von der nützlichen zur harmonischen Gesellschaft: Norddeutscher Philantropismus (J. H. Campe) und frühliberaler Ökonomismus (A. Hennings im Vor- und Einflußfeld der Französischen Revolution)“, in: A. Herzig, I. Stephan und H. G. Winter (Hrsg.), *Sie, und nicht Wir: Die Französische Revolution und ihre Wirkungen auf Deutschland und das Reich*, Hamburg.
- Gehrig, H. (1914), *Die Begründung des Prinzips der Sozialreform. Eine literar-historische Untersuchung über Manchestertum und Kathedersozialismus*, Jena.
- Gerteis, K. (1983), *Bürgerliche Absolutismuskritik im Südwesten des Alten Reiches vor der Französischen Revolution*, Trier.
- Gide, Ch. und Ch. Rist (1926), *Histoire des doctrines économiques depuis les Physiocrates jusqu'à nos jours*, 5. Aufl., Paris.
- Gilg, P. (1965), *Die Erneuerung des demokratischen Denkens im wilhelminischen Deutschland: Eine ideengeschichtliche Studie zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert*, Wiesbaden.

- Goldberg, H.-P. (1993), „Rhetorik als Mittel der Politik. Bemerkungen zur Erforschung politischer Beredsamkeit am Beispiel des ‚entschiedenen‘ Liberalen Eugen Richter“, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, Jg. 5, Baden-Baden.
- Gouldner, A. W. (1979), *The Coming Crisis of Western Sociology*, New York.
- Grambow, L. (1903), *Die deutsche Freihandelspartei zur Zeit ihrer Blüte*, Jena.
- Greschat, M. (1986), „Krieg und Kriegsbereitschaft im deutschen Protestantismus“, in: J. Dülffer und K. Holl (Hrsg.), *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914*, Göttingen.
- Guillemin, H. (1958), *Benjamin Constant Muscadin, 1795-1799*, Paris.
- Habermann, G. (1997), *Der Wohlfahrtsstaat: Die Geschichte eines Irrwegs*, 2. Ausg., Berlin.
- Hahn, R. (1993), *Marktwirtschaft und Sozialromantik. Die programmatische Erneuerung des Liberalismus in Deutschland unter dem Einfluß der Ideen Wilhelm Röpkes und Alexander Rüstows*, Engelsbach.
- Hamann, B. (1978), *Rudolf: Kronprinz und Rebell*, München/Zürich.
- Hammacher, K. und H. Hirsch (1993), *Die Wirtschaftspolitik des Philosophen Friedrich Heinrich Jacobi*, Amsterdam/Atlanta.
- Hamowy, R. (1990), „Cato's Letters, John Locke, and the Republican Paradigm“, *History of Political Thought*, Bd. 11, Nr. 2 (Sommer).
- Harden, M. (1906), „Richter und Bismarck“, *Die Zukunft*, Bd. 54 (17. März).
- Harrison, R. (1983), *Bentham*, London.
- Hartwig, O. (1900), *Ludwig Bamberger. Eine biographische Skizze*, Marburg.
- Hayek, F.A. von (1933), „The Trend of Economic Thinking“, *Economica*, Bd. 13 (Mai).
- Hayek, F.A. von (1935) (Hrsg.), *Collectivist Economic Planning*, London.
- Hayek, F.A. von (1945), *Der Weg zur Knechtschaft*, Erlenbach-Zürich.
- Hayek, F. A. von (1954), „History and Politics“, in: Ders., *Capitalism and the Historians*, Chicago.
- Hayek, F.A. von (1971), *Die Verfassung der Freiheit [1960]*, Tübingen.
- Hayek, F. A. von (1988), „The Fatal Conceit. The Errors of Socialism“, W. W. Bartley III (Hrsg.), *The Collected Works of F. A. Hayek*, Bd. 1, Chicago.
- Hayek, F.A. von (1991), „The Trend of Economic Thinking. Essays on Political Economists and Economic History“, in: W. W. Bartley III und Stephen Kresge (Hrsg.), *The Collected Works of F. A. Hayek*, Bd. 3, Chicago.

- Hayek, F.A. von (1992), „The Fortunes of Liberalism. Essays on Austrian Economics and the Ideal of Freedom“, in: P.G. Klein (Hrsg.), *The Collected Works of F. A. Hayek*, Bd. 4, Chicago.
- Hellpach, W. (1948), *Wirken in Wirren: Lebenserinnerungen*, Bd. 1, 1877-1914, Hamburg.
- Helmut Schoeck, H. (1973), *Die Lust am schlechten Gewissen*, Freiburg i. B.
- Henderson, W.O. (1950), „Prince Smith and Free Trade in Germany“, *Economic History Review*, 2. Folge, Bd. 2, Nr. 3.
- Henderson, W. O. (1975), *The Rise of German Industrial Power 1834-1914*, Berkeley, Cal.
- Henkels, W. (1972), „Von May bis Marx und Malthus“, in: G. Schröder et al. (Hrsg.), *Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag*, Frankfurt/Main.
- Hentschel, V. (1975), *Die Deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongress, 1859-1885*, Stuttgart.
- Hentschel, V. (1976), „Nationalpolitische und Sozialpolitische Bestrebungen in der Reichsgründungszeit: Das Beispiel Heinrich Bernhard Oppenheim“, *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel-Aviv*, Bd.5.
- Herkner, H. (1908), *Die Arbeiterfrage: Eine Einführung*, 5. Aufl., Berlin.
- Herkner, H. (1923), *Die Zukunft der Sozialpolitik. Die Not der geistigen Arbeiter. Jubiläumstagung des Vereins für Socialpolitik in Eisenach 1922*, München/Leipzig.
- Herrmann, U. und V. Emmerich (1989), *August Bebel. Eine Biographie*, Autorenkollektiv unter der Leitung von U. Herrmann und V.-Emmerich, Ost-Berlin.
- Herz, R. (1908), *Jacob Mauvillon und seine Stellung in der Geschichte der Nationalökonomie*, Frankfurt/Main.
- Herzog, R. (1971), *Allgemeine Staatslehre*, Frankfurt/Main.
- Hessen, R. (1979), *In Defense of the Corporation*, Stanford.
- Heuss, Th. (1919), *Friedrich Naumann zum Gedächtnis*, Heilbronn a.N.
- Heuss, Th. (1949), *Friedrich Naumann: Der Mann, Das Werk, Die Zeit [1937]*. 2. Aufl., Stuttgart/ Tübingen.
- Heuss, Th. (1959), *Friedrich Naumanns Erbe*, Tübingen.
- Heuss, Th. (1960), *Friedrich Naumann und die deutsche Demokratie*, Wiesbaden.
- Heuss, Th. (1963), *Erinnerungen, 1905-1933*, Tübingen.

- Hintze, O. (1918), „Gedächtnisrede auf Gustav von Schmoller“, Abhandlungen der königlich preußischen Akademie der Wissenschaften, Jg 1918. Philosophisch-Historische Klasse, Berlin.
- Hirschman, A. O. (1991), *The Rhetoric of Reaction. Perversity, Futility, Jeopardy*, Cambridge, Mass.
- Hoffmann, J. (1981), Jakob Mauvillon. Ein Offizier und Schriftsteller im Zeitalter der bürgerlichen Emanzipationsbewegung, Berlin.
- Hoffmann, J. (1987), „Politisches Engagement im Zeichen der Aufklärung - am Beispiel des Schriftstellers Jakob Mauvillon“, in: H. E. Bödeker und U. Hermann (Hrsg.), *Aufklärung als Politisierung – Politisierung als Aufklärung*, Hamburg.
- Holborn, H. (1969), *A History of Modern Germany, 1840-1945*, Princeton.
- Homann, K. (1973), F. H. Jacobis Philosophie der Freiheit, München.
- Hoppe, H.-H. (1987), *Eigentum, Anarchie und Staat: Studien zur Theorie des Kapitalismus*, Opladen.
- Hoppe, H.-H. (1994), „Time Preference, Government, and the Process of De-Civilization – From Monarchy to Democracy“, *Journal des Économistes et des Études Humaines*, Bd. 5, Nr. 2/3(Juni/September).
- Horkheimer, M. (1955), „Schopenhauer und die Gesellschaft“, in: *Schopenhauer Jahrbuch*, Bd. 36.
- Hübscher, A. (1973), *Denker gegen den Strom. Schopenhauer: Gestern - Heute - Morgen*, Bonn.
- Humboldt, W. von (1903), „Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“, in: A. Leitzmann (Hrsg.), *Werke*, Bd. 1 (1785-1795), Berlin.
- Iggers, G. (Hrsg.) (1986), *The Social History of Politics. Critical Perspectives in West German Historical Writing Since 1945*, Leamington Spa.
- Im Hof, U. (1967), *Isaak Iselin und die Spätaufklärung*, Bern/München.
- Jacobi, F. H. (1987), „Briefwechsel, 1782-1784, Nr. 751-1107“, in: P. Bachmaier et al. (Hrsg.), *Reihe 1*, Bd. 3 von *Briefwechsel, Gesamtausgabe*, Stuttgart.
- James J. Sheehan, J.J. (1971), „Liberalism and the City in Nineteenth Century Germany“, *Past and Present*, Nr. 51.
- James, H. (1990), „Economic Reasons for the Collapse of the Weimar Republic“, in: I. Kershaw (Hrsg.), *Weimar: Why Did German Democracy Fail?*, New York.
- Jarausch, K. H. und L. E. Jones (1990), „German Liberalism Reconsidered: Inevitable Decline, Bourgeois Hegemony, or Partial Achievement“, in: Dieselben (Hrsg.), *In Search of a Liberal Germany. Studies in the History of German Liberalism from 1789 to the Present*, New York/Oxford/München.

- Jones E. L. (1987), *The European Miracle. Environments, Economies, and Geopolitics in the History of Europe and Asia*, 2. Aufl., Cambridge, Eng.
- Kahan, A. (1989), „The Victory of German Liberalism? Rudolf Haym, Liberalism, and Bismarck“, *Central European History*, Bd. 22, Nr. 1 (März).
- Kant, I. (1923a), „Metaphysik der Sitten“, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 6, Berlin/Leipzig.
- Kant, I. (1923b), „Über den Gemeinspruch. Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“, in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 8, Berlin/Leipzig.
- Kaufmann, F. X. (1985), „Major Problems and Dimensions of the Welfare State“, in S.N. Eisenstadt und O. Ahmer (Hrsg.), *The Welfare State and Its Aftermath*, Totowa, N.J.
- Kawohl, I. (1969), *Wilhelm von Humboldt in der Kritik des 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf.
- Kehr, E. (1930), *Schlachtflottenbau und Parteipolitik, 1894-1901*, Berlin.
- Kennedy, P. (1980), *The Rise of the Anglo-German Antagonismus, 1860-1914*, London.
- Kirchgässner, B. (1991), „Adolph Wagner und die Geschichte der Bismarckschen Sozialversicherung (1870-1889)“, in: B. Strümpel (Hrsg.), *Wirtschaftswissenschaft in Berlin: Geschichte und Gegenwart*, Berlin.
- Kissling, J. B. (1916), *Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reich*, Bd. 3, Freiburg i. B.
- Klein-Hattingen, O. (1912), *Geschichte des deutschen Liberalismus*, Bd. 2, Von 1871 bis zur Gegenwart, Berlin-Schöneberg.
- Klingner, F. (1941), *Vom Geistesleben im Rom des ausgehenden Altertums*, Halle/Saale.
- Klippel, D. (1976), *Politische Freiheit und Freiheitsrechte im deutschen Naturrecht des 18. Jahrhunderts*, Paderborn.
- Klippel, D. (1981), „‘Libertas commerciorum‘ und ‘Vermögens-Gesellschaft‘. Zur Geschichte ökonomischer Freiheitsrechte in Deutschland im 18. Jahrhundert“, in: G. Birtsch (Hrsg.), *Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Grund- und Freiheitsrechte vom Ausgang des Mittelalters bis zur Revolution von 1848*, Göttingen.
- Klippel, D. (1984), „Der Einfluß der Physiokraten auf die Entwicklung der liberalen politischen Theorie in Deutschland“, *Der Staat*, Bd. 23, H. 2.
- Klippel, D. (1987a), „Naturrecht als politische Theorie. Zur politischen Bedeutung des deutschen Naturrechts im 18. und 19. Jahrhundert“, in: H. E. Bödeker und U. Herrmann (Hrsg.), *Aufklärung als Politisierung - Politisierung als Aufklärung*, Hamburg.
- Klippel, D. (1987b), „Politische Theorien im Deutschland des 18. Jahrhunderts“, *Aufklärung*, Jg. 2, H. 2.
- Kloocke, K. (1984), *Benjamin Constant. Une biographie intellectuelle*, Genf.

- Kloocke, K. (1989), „Le concept de la liberté religieuse chez Benjamin Constant“, in: *Annales Benjamin Constant*, Bd.10., Benjamin Constant devant l'Allemagne et la critique allemande, Lausanne/Paris.
- Kober, H. (1961), *Studien zur Rechtsanschauung Bismarcks*, Tübingen.
- Koch, R. (1978), „„Industriesystem“ oder „bürgerliche Gesellschaft“: Der frühe deutsche Liberalismus und das Laisser-faire Prinzip“, *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Bd. 29.
- Koch, R. (1981), „Deutsche Fortschrittspartei“, „Deutsche Freisinnige Partei“, und „Freisinnige Volkspartei“, in: F. Wende (Hrsg.), *Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa*, Stuttgart.
- Koch, R. (1982), „Der europäische Liberalismus und die soziale Frage im 19. und 20. Jahrhundert“, *liberal*, Jg. 24, H. 11 (November).
- Koch, R. (1986), „Liberalismus und soziale Frage im 19. Jahrhundert“, in: K. Holl, G. Trautmann und H. Vorländer (Hrsg.), *Sozialer Liberalismus*, Göttingen.
- Koch, R. (1987), „Liberalismus und liberale Idee vom Vormärz bis zum Ersten Weltkrieg“, in: H. Vorländer (Hrsg.), *Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus*, München.
- Köhler, J. P. (1926), *Staat und Gesellschaft in der deutschen Theorie der auswärtigen Wirtschaftspolitik und des internationalen Handels von Schlettwein bis auf Fr. List und Prince-Smith*, Stuttgart.
- Koslowski, P. (1995), „Economics as Ethical Economy in the Tradition of the Historical School“, in: Ders. (Hrsg.), *The Theory of Ethical Economy in the Historical School*, Berlin.
- Koszyk, K. (1966), *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert, Geschichte der deutschen Presse*, Teil II, Berlin.
- Koszyk K. und K. H. Pruys (1970), *Wörterbuch der Publizistik*, München-Pullach/Berlin.
- Kramnick, I. (1982), „Republican Revisionism Revisited“, *American Historical Review*, Bd. 87, Nr. 3 (Juni).
- Krieger, L. (1957), *The German Idea of Freedom: History of a Political Tradition*, Boston.
- Kruedener, J. von (1985), „Die Überforderung der Weimarer Republik als Sozialstaat“, in: H. A. Winkler (Hrsg.), *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 11, Nr. 3, *Kontroversen über die Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik*.
- Kruedener, J. von (1990), „Introduction: The ‚Borchardt Debate‘ on the Failure of Economic Policy at the End of the Weimar Republic“, in: Ders. (Hrsg.), *Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933*, New York.
- Krüger, D. (1983), *Nationalökonomien im wilhelminischen Deutschland*, Göttingen.

- Kruse, A. (1953), *Geschichte der volkswirtschaftlichen Theorien*, 3. Aufl., München, 1953.
- Laboulaye, E. (1863), *L'état et ses limites*, Paris.
- Lambi, I. N. (1963), *Free Trade and Protection in Germany, 1868-1879*, Wiesbaden.
- Lammers, A. (1869), *Die geschichtliche Entwicklung des Freihandels*, Berlin.
- Landes, D. (1970), *Unbound Prometheus. Technological Change and Industrial Development in Western Europe from 1750 to the Present*, Cambridge, Eng.
- Langewiesche, D. (1988), *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/Main.
- Lassalle, F. (1912), *Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen*, E. Bernstein (Hrsg.), Berlin.
- Lavoie, D. (1985), *Rivalry and Central Planning. The Socialist Calculation Debate Revisited*, Cambridge, Eng.
- Leontovitsch, V. (1957), *Geschichte des Liberalismus in Russland*, Frankfurt/Main.
- Lindenlaub, D., (1967), *Richtungskämpfe im Verein für Socialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses“ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890-1914)*, Wiesbaden, 1967, 2 Bde.
- Lorenz, I. S. (1980), *Eugen Richter: Der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit, 1871 bis 1906*, Husum.
- Low, A. D. (1979), *Jews in the Eyes of the Germans: From the Enlightenment to Imperial Germany*, Philadelphia.
- Mackay, J. H. (1898), *Max Stirner: Sein Leben und sein Werk*, Berlin.
- Maine, H. (1963), *Ancient Law: Its Connection with the Early History of Society and Its Relation to Modern Ideas*, Boston [1861].
- Malia, M. (1994), *The Soviet Tragedy. A History of Socialism in Russia, 1917-1991*, New York.
- Manent, P. (1987), *Histoire intellectuelle du libéralisme. Dix leçons*, Paris.
- Manne, H. G. (1965), „Mergers and the Market for Corporate Control“, *Journal of Political Economy*, Bd. 73.
- Marcks, E. (1916), *Männer und Zeiten: Aufsätze und Reden zur neueren Geschichte*, 4. überarb. Aufl., Leipzig.
- Marienfeld, W. (1957), *Wissenschaft und Schlachtflottenbau in Deutschland 1897-1906*, o.O.
- Marx, K. und F. Engels (1902), *Gesammelte Schriften 1841 bis 1850*, Bd. 2, F. Mehring (Hrsg.), Stuttgart.

- Marx, K. und F. Engels (1955), *Ausgewählte Schriften in Zwei Bänden*, Berlin.
- Maurer, M. (1987), *Aufklärung und Anglophilie in Deutschland*, Göttingen/Zürich.
- Mayer, G. (1911), „Lassalleana. Unbekannte Briefe Lassalles“, *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung*, Bd. 1.
- Mayer, G. (1927), *Die Freihandelslehre in Deutschland. Ein Beitrag zur Gesellschaftslehre des wirtschaftlichen Liberalismus*, Jena.
- Mehring, F. (1964), „Politische Publizistik, 1891-1904“, in: Th. Höhle u.a. (Hrsg.), *Gesammelte Schriften*, Bd. 14, Ost-Berlin.
- Mehring, F. (1966), „Politische Publizistik 1905 bis 1918“, in: T. Höhle u.a. (Hrsg.), *Gesammelte Schriften*, Bd. 15, Ost-Berlin.
- Mehring, F. (1976), „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, in: T. Höhle u.a. (Hrsg.), *Franz Mehring. Gesammelte Schriften*, Bd. 1, Ost-Berlin.
- Menger, C. (1939), *Collected Works*, Bd. 3, *Kleinere Schriften zur Methode und Geschichte der Volkswirtschaftslehre*, London.
- Menger, C. (1969), „Untersuchungen über die Methode der Socialwissenschaften und der Politischen Oekonomie insbesondere“ [1883], in: *Gesammelte Werke*, Bd. 2, Tübingen.
- Meyer, A. (1885), „Finanzpolitik“, in: Ders. et al., *Kritische Beiträge zur herrschenden Wirtschaftspolitik*, Berlin.
- Meyers Konversations-Lexikon (1889), 4. Ausg., Bd. 13.
- Michaelis, O. (1873), *Volkswirtschaftliche Schriften*, Bd. 1, Berlin.
- Mill, J. S. (1977), „On Liberty“, in: J. M. Robson (Hrsg.), *Essays on Politics and Society*, Bd. 18 der *Collected Works*, Toronto.
- Mises, L. von (1926), „Eugen von Philippovich“, *Neue Österreichische Biographie*, 1815-1918, 1. Abteilung, Bd. 3, Wien.
- Mises, L. von (1927), *Liberalismus*, Jena.
- Mises, L. von (1932), *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus* [1922], 2. umgearb. Aufl., Jena.
- Mises, L. von (1944), *Omnipotent Government: The Rise of the Total State and Total War*, New Haven, Conn.
- Mises, L. von (1949), *Human Action. A Treatise on Economics*, New Haven, Conn.
- Mises, L. von (1969), *The Historical Setting of the Austrian School of Economics*, New Rochelle, N.Y.
- Mises, L. von (1978), *Erinnerungen*, Stuttgart.

- Mises, L. von (1990), „The Great German Inflation“ (1932), in: Ders., *Money, Method, and the Market Process: Essays by Ludwig von Mises* (mit einer Einleitung hrsg. von Richard M. Ebeling), Norwell, Mass.
- Mitchell, A. (1988), „Bürgerlicher Liberalismus und Volksgesundheit im deutsch-französischen Vergleich, 1870-1914“, in: J. Kocka unter Mitarbeit von U. Frevert (Hrsg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, München, 1988, Bd. 3.
- Molinari, G. de (1849), „De la production de la sécurité“, *Journal des Économistes*, Jg. 8, Nr. 95 (Februar).
- Mommsen, T. (1905), „Ludwig Bamberger (1893)“, in: Ders., *Reden und Aufsätze*, Berlin.
- Mommsen, W. (1964), „Einleitung“, in: Friedrich Naumann, *Werke*, Bd. 2, Th. Schieder (Hrsg.), Köln/Opladen.
- Mommsen, W. (1979), „Wandlungen der liberalen Idee im Zeitalter des Imperialismus“, in: Ders., *Der Europäische Imperialismus. Aufsätze und Abhandlungen*, Göttingen.
- Müller, J. B. (1978), *Liberalismus und Demokratie: Studien zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft im Liberalismus*, Stuttgart.
- Müller-Meiningen, E. (1926), *Parlamentarismus. Betrachtungen und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten*, Berlin/Leipzig.
- Müller-Plantenberg, U. (1971), *Der Freisinn nach Bismarcks Sturz: Ein Versuch über die Schwierigkeiten des liberalen Bürgertums, im wilhelminischen Deutschland zu Macht und politischem Einfluss zu gelangen*, Berlin.
- Müssiggang, A. (1968), *Die soziale Frage in der historischen Schule der deutschen Nationalökonomie*, Tübingen.
- Naumann, F. (1894), *Was Heißt Christlich-Sozial?*, Leipzig.
- Naumann, F. (1895), *Soziale Briefe an Reiche Leute*, Göttingen.
- Naumann, F. (1914), *Deutschland und Frankreich*, Stuttgart, Berlin.
- Naumann, F. (1919), *Gestalten und Gestalter. Lebensgeschichtliche Bilder*, Th. Barth (Hrsg.), Berlin/Leipzig.
- Naumann, F. (1949), „Einleitung“, in: *Ausgewählte Schriften*, H. Vogt (Hrsg.), Frankfurt/Main.
- Naumann, F. (1964a), *Werke, Erster Band, Religiöse Schriften*, W. Uhsadel (Hrsg.), Köln/Opladen.
- Naumann, F. (1964b), *Werke, Zweiter Band, Schriften zur Verfassungspolitik*, bearb. von W. Mommsen, Köln/Opladen.
- Naumann, F. (1964c), *Werke, Dritter Band, Schriften zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, Th. Schieder (Hrsg.), bearb. v. W. Mommsen, Köln/Opladen.

- Naumann, F. (1964d), Werke, Vierter Band, Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, bearb. von Th. Nipperdey und W. Schieder, Köln/Opladen.
- Naumann, F. (1964e), Werke, Fünfter Band, Schriften zur Tagespolitik, Th. Schieder (Hrsg.), bearb. v. A. Milatz, Köln/Opladen.
- Nettlau, M. (1930), *Der Vorfrühling der Anarchie. Ihre Historische Entwicklung von den Anfängen bis zum Jahre 1864*, Berlin.
- Neumann, K. (1927), *Die Lehren K. H. Rau's. Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert*, Dissertation Universität zu Giessen.
- Nicholls, A. J. (1994), *Freedom with Responsibility: The Social Market Economy in Germany, 1918-1963*, Oxford.
- Nipperdey, Th. (1972), „Über einige Grundzüge der deutschen Parteigeschichte“, in: E. W. Böckenförde (Hrsg.), unter Mitarbeit von R. Wahl, *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815-1918)*, Köln.
- Nipperdey, Th. (1992), *Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2, Machtstaat vor der Demokratie*, München.
- Nolte, E. (1977), *Marxismus, Faschismus, Kalter Krieg. Vorträge und Aufsätze 1964-1976*, Stuttgart.
- Nolte, E. (1983), *Marxismus und Industrielle Revolution*, Stuttgart.
- Nolte, E. (1987), „Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus“, in: *Historikerstreit: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München..
- North D. C. (1981), *Structure and Change in Economic History*, New York.
- North, D. C. und R. P. Thomas (1973), *The Rise of the Western World. A New Economic History*, Cambridge, Eng.
- o.V. (1850), „Die Berliner Abendpost“, *Die Grenzboten*, 9. Jg., II Sem. Bd. 1.
- o.V. (1870), *Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik, und Kulturgeschichte*, Bd. 8, Nr. 2.
- o.V. (1993), „Essays on Gustav Schmoller“, in: J. G. Backhaus (Hrsg.), *History of Political Economy*, Bd. 1, Nr.3.
- o.V. (1994), „Essays on Gustav Schmoller“, in: J. G. Backhaus (Hrsg.), *History of Political Economy*, Bd. 2, Nr. 1.
- O'Boyle, L. (1970), „The Problem of an Excess of Educated Men in Western Europe, 1800-1850“, *Journal of Modern History*, Bd. 42, Nr. 4 (Dezember).
- Oppenheim, H.B. (1872), *Der Katheder-Sozialismus*, Berlin.

- Oppenheimer, F. (1919), *Die Soziale Frage und der Sozialismus: Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie*, Jena.
- Oppenheimer, F. (1990), *Der Staat: Eine soziologische Studie [1909]*, Berlin.
- Ortega y Gasset, J. (1956), *Der Aufstand der Massen [1930]*, E. Grassi (Hrsg.), München.
- Orth, W. (1992), „Die Partei und der Individualist: Walther Rathenau und die DDP“, *liberal*, Jg. 34, H. 3 (August).
- Pack, W. (1961), *Das Parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks, 1878-1890*, Düsseldorf.
- Padtberg, B. C. (1990), „Liberalismus zwischen Programmen und Koalitionen: Parteigründungen und -spaltungen im deutschen Liberalismus“, in: J. Döffler, B. Martin und G. Wollstein (Hrsg.), *Deutschland und Europa: Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber*, Frankfurt/Main/Berlin.
- Pallach, U.-Chr. (1986), *Hunger: Quellen zu einem Alltagsproblem seit dem Dreißigjährigen Krieg*, München.
- Palyi, M. (1950), *Compulsory Medical Care and the Welfare State*, Chicago.
- Pankoke, E. (1970), *Soziale Bewegung - Soziale Frage - Soziale Politik. Grundfragen der deutschen „Socialwissenschaft“ im 19. Jahrhundert*, Stuttgart.
- Pareto, V. (1897), *Cours d'économie politique*, Lausanne.
- Petzina, D. (1987), „Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik“, in: W. Abelshauser (Hrsg.), *Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Industriegesellschaft*, Wiesbaden.
- Philippovich, E. von (1908), „Das Eindringen der sozialpolitischen Ideen in die Literatur“, in: *Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert. Festgabe für Gustav Schmoller*, Bd. 2, Leipzig.
- Pirenne, H. (1951), *Histoire économique de l'Occident médiéval*, Bruges.
- Plessen, M.-L. (1975), *Die Wirksamkeit des Vereins für Socialpolitik von 1872-1890*, Berlin.
- Pocock, J. G. A. (1981), „The Machiavellian Moment Revisited: A Study in History and Ideology“, *Journal of Modern History*, Bd. 53, Nr. 1 (März).
- Pohle, L. (1911), *Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre. Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Politik und nationalökonomischer Wissenschaft*, Leipzig.
- Pohle, L. (1931), *Kapitalismus und Sozialismus*, G. Halm (Hrsg.), 4. Aufl., Berlin.
- Portmann, H. (1978), *Kardinal von Galen. Ein Gottesmann seiner Zeit*, Münster.
- Powelson J. P. (1994), *Centuries of Economic Endeavor*, Ann Arbor, Mich.

- Pribram, K. (1925), „Die Wandlungen des Begriffs der Sozialpolitik“, in: M. J. Bonn und M. Palyi (Hrsg.), *Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. Festgabe für Lujó Brentano zum 80. Geburtstag*, Bd. 2, Der Stand der Forschung, München/Leipzig.
- Pribram, K. (1983), *A History of Economic Reasoning*, Baltimore.
- Prince-Smith, J. (1866), „Handelsfreiheit“, in: H. Rentsch (Hrsg.), *Handwörterbuch der Volkswirtschaftslehre*, Leipzig.
- Prince-Smith, J. (1877), *Gesammelte Schriften*, Bd. 1, O. Michaelis (Hrsg.), Berlin.
- Prince-Smith, J. (1879), *Gesammelte Schriften*, Bd. 2, K. Braun (Hrsg.), Berlin.
- Pulzer, P. (1976), „Die Jüdische Beteiligung an der Politik“, in: W. E. Mosse (Hrsg.) unter Mitwirkung von Arnold Paucker, *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914*, Tübingen.
- Quandt, O. (1938), *Die Anfänge der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und die Haltung der Parteien. Das Unfallversicherungsgesetz 1881-1884*, Berlin.
- Rachfahl, F. (1912), „Eugen Richter und der Linksliberalismus im Neuen Reich“, *Zeitschrift für Politik*, Bd. 5, Nr. 2-3.
- Radnitzky, G. (1991), „Towards a Europe of Free Societies: Evolutionary Competition or Constructivist Design“, *Ordo*, Jg. 42.
- Radnitzky, G. (1995), „Die demokratische Wohlfahrtsdiktatur“, in: R. Baader (Hrsg.), *Die Enkel des Perikles. Liberale Positionen zu Sozialstaat und Gesellschaft*, Gräfelting.
- Raico, R. (1988a), „Eugen Richter: Ein unerbittlicher Liberaler“, in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 37.
- Raico, R. (1988b), „John Prince Smith and the German Free-Trade Movement“, in: W. Block und L. H. Rockwell Jr. (Hrsg.), *Man, Economy, and Liberty: Essays in Honor of Murray N. Rothbard*, Auburn, Ala.
- Raico, R. (1988c), „The Politics of Hunger: A Review“, *The Review of Austrian Economics*, Bd. 3.
- Raico, R. (1989), „Die Stellung Eugen Richters im deutschen Liberalismus und in der deutschen Geschichte“, *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Jg. 38, H. 1, Köln.
- Raico, R. (1991), „Classical Liberal Roots of the Marxist Doctrine of Classes“, in: Y. N. Maltsev (Hrsg.), *Requiem for Marx*, Auburn, Ala.
- Raico, R. (1994), „Economic Development and the ‚Miracle of Europe‘ Paradigm“, in: P. J. Boettke (Hrsg.), *The Collapse of Development Economics*, New York.
- Raico, R. (1995), „The Austrian School and Classical Liberalism“, *Advances in Austrian Economics*, Bd. 2, 1. Teil, Festschrift für Israel Kirzner.

- Raico, R. (1996), „Mises on Fascism, Democracy, and Other Questions“, *Journal of Libertarian Studies*, Bd. 12, Nr. 1 (Frühling).
- Rathenau, W. (1918), *Von kommenden Dingen*, Gesammelte Schriften, Bd. 3, Berlin.
- Reichel, R. (1996), „Der deutsche Manchesterliberalismus - Mythos und Realität“, *liberal*, Jg. 38 (Mai).
- Remak, J. (1964), *The Gentle Critic: Theodor Fontane and German Politics, 1848-1898*, Syracuse, N.Y.
- Richter, E. (1890), *Die Irrlehren der Sozialdemokratie*, Berlin.
- Richter, E. (1893), *Jugenderinnerungen*, Berlin.
- Richter, E. (1894), *Im alten Reichstag*, Bd. 1, Berlin.
- Richter, E. (1896), *Im alten Reichstag*, Bd. 2, Berlin.
- Richter, E. (1898), *Politisches ABC-Buch: Ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen*, 9. Ausg., Berlin.
- Richter, E. (1907), *Sozialdemokratische Zukunftsbilder: Frei nach Bebel [1891]*, Berlin.
- Ritter, G. A. (1983), *Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich*, München.
- Ritter, G. A. (1991), *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München.
- Robbins, L. (1953), *The Theory of Economic Policy in English Classical Political Economy*, London.
- Rohfleisch, J. (1946), *Eugen Richter: Opponent of Bismarck*, unveröffentlichte Ph.D. Dissertation, Geschichte, Universität von Kalifornien (Berkeley).
- Roscher, W. (1874), *Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland*, München.
- Rosenberg, H. (1967), *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin.
- Rosenberg, N. und L. E. Birdzell, Jr. (1986) *How the West Grew Rich. The Economic Transformation of the Industrial World*, New York.
- Rothbard, M. N. (1962), *Man, Economy, and State*, Bd. 2, Princeton.
- Rothbard, M. N. (1995a), „The Influence of Bastiat in Europe“, in: *An Austrian Perspective on the History of Economic Thought*, Bd. 2, Classical Economics, Aldershot.
- Rothbard, M. N. (1995b), „The Influence of Frederic Bastiat“, in: P. J. Boettke und M. J. Rizzo (Hrsg.), *Advances in Austrian Economics*, Bd. 1, 2. Teil, Festschrift für Israel Kirzner.

- Röttger, RH. (1932), Bismarck und Eugen Richter im Reichstage 1879-90, Bochum-Langendreer.
- Ruggiero, G. de (1925), Storia del liberalismo europeo, Bari.
- Rüstow, A. (1963), Rede und Antwort, W. Hoch (Hrsg.), Ludwigsburg.
- Ruyer, R. (1969), Éloge de la société de consommation, Paris.
- Saile, W. (1958), Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck, Tübingen.
- Salin, E. (1951), Geschichte der Volkswirtschaftslehre, 4. erw. Aufl., Bern/Tübingen.
- Sandmo, A. (1991), „Economists and the Welfare State“, European Economic Review, Bd. 35, Nr. 2/3 (April).
- Saul, S. B. (1979), The Myth of the Great Depression 1873-1896, London.
- Schäffle, A. (1905), Aus meinem Leben, Berlin.
- Schelsky, H. (1975), Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen.
- Schempershofe, R. (1981), „August Hennings und sein Journal ‚Der Genius der Zeit.‘ Frühliberale Publizistik zur Zeit der Französischen Revolution“, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte (Tel Aviv), Bd. 10.
- Schieder, Th. (Hrsg.) (1964), „Vorwort“, in: Friedrich Naumann, Werke, Zweiter Band, Schriften zur Verfassungspolitik, bearb. von W. Mommsen, Köln/Opladen.
- Schiller, T. (1979), Liberalismus in Europa, Baden-Baden.
- Schilling, H. (1988), „Gab es im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit in Deutschland einen städtischen ‚Republikanismus‘?“, in: H. G. Koenigsberger (Hrsg.) unter Mitarbeit von E. Müller-Luckner, Republiken und Republikanismus im Europa der frühen Neuzeit, München.
- Schilling, H. (1992), Religion, Political Culture and the Emergence of Early Modern Society. Essays in German and Dutch History, Leiden/New York/Köln.
- Schmidt-Volkmar, E. (1962), Der Kulturkampf in Deutschland 1871-1890, Göttingen.
- Schmölders, G. (1957), „Geleitwort“, in: K.-H. Hansmeyer, Der Weg zum Wohlfahrtsstaat, Frankfurt/Main.
- Schmölders, G. (1961), „Stein und Adam Smith: Ein Beitrag zur Ideengeschichte der preußischen Reformzeit“, in: K. E. Born (Hrsg.), Historische Forschungen und Probleme. Zum 70. Geburtstage von Peter Rassow, Wiesbaden.
- Schmoller, G. (1870), Zur Geschichte des deutschen Kleingewerbes im 19. Jahrhundert, Halle.

- Schmoller, G. (1883), „Zur Methodologie der Staats- und Sozial-Wissenschaften“, in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 7, Nr. 3.
- Schmoller, G. (1890), Zur Social- und Gewerbepolitik der Gegenwart. Reden und Aufsätze, Leipzig.
- Schmoller, G. (1898), Über einige Grundfragen der Socialpolitik und der Volkswirtschaftslehre, Leipzig.
- Schmoller, G. (1913), Charakterbilder, München/Leipzig.
- Schmoller, G. (1920a) „Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und die Flottenvorlage“, [1900], in: Ders., Zwanzig Jahre Deutscher Politik (1897-1917). Aufsätze und Vorträge, München/Leipzig.
- Schmoller, G. (1920b), „Krieg oder Frieden“, [1913], in: Ders., Zwanzig Jahre Deutscher Politik 1897-1917). Aufsätze und Vorträge, München/Leipzig.
- Schmoller, G. (1922), Walther Rathenau und Hugo Preuss. Die Staatsmänner des Neuen Deutschlands, München/Leipzig.
- Schnabel, F. (1987), Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Bd. 2, Monarchie und Volkssouveränität [1933], München.
- Schneider, E. (1969), „Rückblick auf ein halbes Jahrhundert der Wirtschaftswissenschaft (1918-1968)“, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 102, Nr. 2.
- Schoeck, H. (1959), Was heißt politisch unmöglich?, Erlenbach-Zürich.
- Schoeck, H. (1973), Die Lust am schlechten Gewissen, Freiburg i.Br.
- Schoeps, H.- J. (1956), „Hermann Wagener - Ein Konservativer Sozialist.“ Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, Bd. 8, Nr. 3.
- Scholder, K. (1970), „Liberalismus“, in: Das Wagnis der Mündigkeit. Beiträge zum Selbstverständnis des Liberalismus. Festschrift für Paul Luchtenberg, Neustadt/ Aisch.
- Schopenhauer, A. (1919), „Parerga und Paralipomena“, Bd. 2, in: J. Frauenstädt (Hrsg.), Sämtliche Werke, Bd. 6, Leipzig.
- Schröder, H.-Ch. (1968), Sozialismus und Imperialismus: Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914, Teil I, Hannover.
- Schubert, J. (1918), „Die Auffassung vom Staat bei Schopenhauer und Hegel“, in: Schopenhauer Jahrbuch, Bd. 7.
- Schüller, R. (1899), Die Wirtschaftspolitik der Historischen Schule, Berlin.
- Schulze, H. (1982), Weimar. Deutschland 1917-1933, Berlin.

- Schulze, H. (1985), *Der Weg zum Nationalstaat: Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung*, München.
- Schumpeter, J. (1950), *Capitalism, Socialism, and Democracy*, 3. Aufl., New York.
- Schumpeter, J. (1953), „Zur Soziologie der Imperialismen“ [1919], in: Ders., *Aufsätze zur Soziologie*, Tübingen.
- Schumpeter, J. A. (1965), *Geschichte der ökonomischen Analyse*, E. B. Schumpeter (Hrsg.), Bd. 6, *Grundriß der Sozialwissenschaft*, Göttingen.
- Schunke, W. (1916), *Die Preussischen Freihändler und die Entstehung der Nationalliberalen Partei*, Leipzig.
- Seeber, G. (1968), „Deutsche Fortschrittspartei“, und „Deutsche Freisinnige Partei“, in: D. Fricke et al. (Hrsg.), *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland*, Bd. 1, Leipzig.
- Seeber, G. (1986), „Eugen Richter. Liberalismus im Niedergang“, in: Ders., *Gestalten der Bismarckzeit*, Bd. 2, Ost-Berlin.
- Seldon, A. (1985), „The Idea of the Welfare State and Its Consequences“, in: S.N. Eisenstadt und O. Ahmer (Hrsg.), *The Welfare State and Its Aftermath*, Totowa, N.J.
- Sell, F. C. (1981), *Die Tragödie des Deutschen Liberalismus* [1953], Baden-Baden.
- Semmel, B. (1960), *Imperialism and Social Reform. English Social-Imperial Thought 1895-1914*, Cambridge, Mass.
- Sheehan, J. J. (1966), *The Career of Lujo Brentano. A Study of Liberalism and Social Reform in Imperial Germany*, Chicago.
- Sheehan, J. J. (1971), „Liberalism and the City in Nineteenth Century Germany“, *Past and Present*, Nr. 51.
- Smith, V. C. (1990), *The Rationale of Central Banking and the Free Banking Alternative* [1936], Indianapolis.
- Sombart, W. (1915), *Händler und Helden. Patriotische Besinnungen*, München/Leipzig.
- Spael, W. (1985), *Friedrich Naumanns Verhältnis zu Max Weber*, Sankt Augustin.
- Spellmayer, H. (1931), *Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag*, Stuttgart.
- Spencer, H. (1969), *Social Statics* [1851], New York.
- Spengler, O. (1924), *Preussentum und Sozialismus* [1919], München.
- Staël, G. de (1959), *De l'Allemagne* [1810], J. de Pange (Hrsg.) mit Hilfe von S. Balayé, Bd. 4, Paris.
- Stargardt, N. (1994), *The German Idea of Militarism. Radical and Socialist Critics, 1866-1914*, Cambridge, England.

- Stavenhagen, G. (1969), *Geschichte der Wirtschaftstheorie*, 4. Aufl., Göttingen.
- Steele, D. R. (1992), *From Marx to Mises. Post-Capitalist Society and the Challenge of Economic Calculation*, La Salle, Ill.
- Stein, O. (1937), „Die ‚deutsche historische Schule‘ der Nationalökonomie“, in: E. Wiskemann und H. Lütke (Hrsg.), *Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre. Ihre Schöpfer und Gestalter im 19. Jahrhundert*, Berlin.
- Steinberg, H.-J. (1967), *Sozialismus und Deutsche Sozialdemokratie: Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg*, Hannover.
- Steinmetz, G. (1991), „Workers and the Welfare State in Imperial Germany“, *International Labor and Working-Class History*, Nr. 40 (Herbst).
- Stenographische Berichte des Preußischen Abgeordnetenhauses (SBPA), 1896/1897, Bd. 4, Sitzung am 24. Juli 1897.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1871), 1. LP, 2. Sess., 1871, Bd. 1, Sitzung am 25. November, 1871.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1878), 4. LP, 1. Sess., 1878, Bd. 1, Sitzung am 14. Oktober 1878.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1879a), 4. LP, 2. Sess., 1879, Bd. 2, Sitzung am 5. Mai 1879.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1879b), 4. LP, 2. Sess., 1879, Bd. 2, Sitzung am 17. Mai 1879.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1881a) 4. LP, 4. Sess., 1881, Bd. 1, Sitzung am 1. April 1881.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1881b), 4 LP, 4. Sess., 1881, Bd. 1, Sitzung am 2. April 1881.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1881c), 4.LP, 4. Sess., 1881, Bd. 2, Sitzung am 31. Mai 1881.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1881d), 4. LP, 4. Sess., 1881, Bd. 2., Sitzung am 2. Juni 1881.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1883), 5. LP, 2. Sess., 1882/83, Bd. 4, Sitzung am 5. Mai 1883.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1884a), 5. LP, 4. Sess., 1884, Bd. 1, Sitzung am 14. März 1884.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1884b), 5. LP, Sess. 4, 1884, Bd. 1, Sitzung am 15. März 1884.

- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1884c), 4. LP, 4. Sess., 1884, Bd. 1, Sitzung am 9. Mai 1884.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1884d), 5. LP, 4. Sess., 1884, Bd. 2, Sitzung am 27. Juni 1884.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1888), , 7. LP, 2. Sess., 1887/88, Bd. 1, Sitzung am 28 Januar 1888.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1889), 7. LP, 4. Sess., 1888/89, Bd. 3, Sitzung am 18. Mai 1889.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1892), 8. LP, 1. Sess., 1890/92, Bd. 6., Sitzung am 23 Januar 1892.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1897), 9. LP, 4. Sess., 1895/97, Bd. 2, Sitzung am 18. Mai 1897.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1899), 10. LP, 1. Sess., 1898/1900, Bd. 1, Sitzung am 31. Januar 1899.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1900a), 10. LP, 2. Sess., 1900/1902, Bd. 1, Sitzung am 20. November, 1900.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1900b), 10. LP, 2. Sess., 1900/1902, Bd. 1, Sitzung am 11. Dezember 1900.
- Stenographische Berichte des Reichstags (SBR) (1904), 1. LP, 1. Sess., 1903/1904, Bd. 4, Sitzung am 14. Juni 1904.
- Stephan, W. (1970), „Friedrich Naumann in unserer Zeit“, in: Das Wagnis der Mündigkeit. Beiträge zum Selbstverständnis des Liberalismus. Festschrift für Paul Luchtenberg, Neustadt/ Aisch.
- Stern, F. (1987), Gold and Iron: Bismarck, Bleichröder, and the Building of the German Empire, New York.
- Stillich, O. (1911), Die politischen Parteien in Deutschland: II Der Liberalismus, Leipzig.
- Stolleis, M. (1977), „Reichspublizistik - Politik - Naturrecht im 17. und 18. Jahrhundert“, in: Ders. (Hrsg.), Staatsdenker im 17. und 18. Jahrhundert. Reichspublizistik - Politik - Naturrecht, Frankfurt/Main.
- Stolleis, M. (1979), „Die Sozialversicherung Bismarcks. Politisch-institutionelle Bedingungen ihrer Entstehung“, in: H.F. Zacher (Hrsg.), Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherung, Berlin.
- Streissler, E. (1987), Wie liberal waren die Begründer der Österreichischen Schule der Nationalökonomie?, Vorträge und Schriften des Carl Menger Instituts, No. 87/01, Wien, mimeographiert.

- Streissler, E. (1990), „The Influence of German Economics on the Work of Menger and Marshall“, in: B. J. Caldwell (Hrsg.), *Carl Menger and His Legacy in Economics*, Jahresbeigabe zum Bd. 22 von *History of Political Economy*, Durham, N. C.
- Sulzbach, W. (1928), „Liberalismus“, *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 59, Nr. 2.
- Sulzbach, W. (1947), *German Experience with Social Insurance*, New York.
- Sumner, W. G. (1911), „On the Case of a Certain Man Who is Never Thought Of.“ und „The Case of the Forgotten Man Further Considered“ [1884], in: A. G. Keller (Hrsg.), *War and Other Essays*, New Haven, Conn.
- Sumner, W. G. (1992), „The Conquest of the United States by Spain“ [1898], in: Ders., *On Liberty, Society, and Politics: The Essential Essays of William Graham Sumner*, R. C. Bannister (Hrsg.), Indianapolis.
- Sweet, P. R. (1978), *Wilhelm von Humboldt. A Biography*, Bd. 1, 1767-1808, Columbus, Ohio.
- Szasz, T. S. (1976), *Die Fabrikation des Wahnsinns*, Frankfurt/Main.
- Szasz, T. S. (1980), *Recht, Freiheit und Psychiatrie: Auf dem Weg zum therapeutischen Staat?*, Frankfurt/Main.
- Theiner, P. (1983), *Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik: Friedrich Naumann im Wilhelminischen Deutschland (1860-1919)*, Baden-Baden.
- Theiner, P. (1985), „Friedrich Naumann und der Liberalismus seiner Zeit“, *liberal*, Bd. 27, Nr. 2 (Juni).
- Thimme, A. (1955), *Hans Delbrück als Kritiker der Wilhelminischen Epoche*, Düsseldorf.
- Thomann, M. (1990), „Der Anteil Elsass, Badens und der deutschsprachigen Schweiz an der doktrinalen Vorgeschichte der Menschenrechtserklärung von 1789“, in: M. Schaab (Hrsg.), *Oberrheinische Aspekte des Zeitalters der Französischen Revolution*, Stuttgart.
- Tirpitz, A. (1920), *Erinnerungen*, Leipzig.
- Tocqueville, A. (1992), *De la démocratie en Amérique* [1835], Bd. 2, Buch 4, Kapitel 6; in der Pléiade-Ausgabe von *Tocquevilles Oeuvres*, Paris.
- Treue, W. (1951), „Adam Smith in Deutschland: Zum Problem des ‚Politischen Professors‘ zwischen 1776 und 1810“, in: W. Conze (Hrsg.), *Deutschland und Europa: Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes*, Düsseldorf.
- Tribe, K. (1988), *Governing Economy. The Reformation of German Economic Discourse 1750-1840*, Cambridge, Eng.
- Tullock, G. (1983), *The Economics of Income Redistribution*, Boston.
- Turner, H. A. Jr. (1985), *German Big Business and the Rise of Hitler*, New York.

- Uhsadel, W. (Hrsg.) (1964), „Einleitung“, in: Friedrich Naumann, Werke, Erster Band, W. Uhsadel (Hrsg.), Köln/Opladen.
- Ullstein, L. (1930), Eugen Richter als Publizist und Herausgeber: Ein Beitrag zum Thema „Parteipresse“, Leipzig.
- Vasold, M. (1988), Rudolf Virchow. Der Grosse Arzt und Politiker, Stuttgart.
- Vaubel, R. (1989), „Der Mißbrauch der Sozialpolitik in Deutschland: Historischer Überblick und Politisch-Ökonomische Erklärung“, in: A. Gutowski und B. Molitor (Hrsg.), Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen.
- Viti de Marco, A. de (1929), Un trentennio di lotte politiche, (1894-1922), Rome, 1929.
- Vitzthum, Stephan Graf (1971), Linksliberale Politik und Materiale Staatsrechtslehre. Albert Hänel 1833-1918, Freiburg i. B./München.
- Vivarelli, R. (1981), Il fallimento del liberalismo. Studi sulle origini del fascismo, Bologna.
- Vivarelli, R. (1991), „Interpretations of the Origin of Fascism“, Journal of Modern History, Bd. 63 (März).
- Voegelin, E. (1970), „Der Liberalismus und seine Geschichte“, in: Ders. et al., Christentum und Liberalismus, München.
- Vogel, W. (1951), Bismarcks Arbeiterversicherung. Ihre Entstehung im Kräftespiele der Zeit, Braunschweig.
- Voigt, A. (1913), „Gemischter und ungemischter Staatssozialismus“, Zeitschrift für Socialwissenschaft, N. F., Bd. 4, Nr. 1.
- Vopelius, M.-E. (1968), Die altliberalen Ökonomen und die Reformzeit, Stuttgart.
- Wagener, H. (1884), Erlebtes. II, Berlin.
- Walicki, A. (1992), Legal Philosophies of Russian Liberalism, Notre Dame, Ind.
- Walter, B. (1947), Thema und Variationen: Erinnerungen und Gedanken, Stockholm.
- Watrin, Chr. (o.J.), „Ludwig von Mises' Sozialismuskritik - die ökonomische Perspektive“, in: K. R. Leube et al., „Ludwig von Mises' „Die Gemeinwirtschaft“, Düsseldorf.
- Weber, A. (1961), Schein und Wirklichkeit in der Volkswirtschaft. Sechs Jahrzehnte im Dienste der Volkswirtschaftslehre, Berlin.
- Weber, C. (1991), „Die Liberalen und ihre Geschichte: eine schwierige Beziehung“, liberal, Jg. 33, Nr. 1 (Februar).
- Weber, M. (1958), Gesammelte Politische Schriften, J. Winckelmann (Hrsg.), Tübingen.
- Weber, M.-L. (1987), Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik, Stuttgart.

- Weede, E. (1988), „Der Sonderweg des Westens“, *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 17, Nr. 3 (Juni).
- Weede, E. (1989), „Ideen, Ideologie und Politische Kultur des Westens“, *Zeitschrift für Politik*, Bd. 36, Nr. 1 (März).
- Weede, E. (1990), *Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Zur Soziologie der kapitalistischen Marktwirtschaft und der Demokratie*, Tübingen.
- Wegner, K. (1968), *Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung: Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland (1893-1910)*, Tübingen.
- Wehler, H.-U. (1969), *Bismarck und der Imperialismus*, Köln/Berlin.
- Wehler, H.-U. (1987), *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1, *Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära, 1700-1815*, München.
- Wehler, H.-U. (1988), *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, *Von der Reformära bis zur industriellen und politischen Deutschen Doppelrevolution 1815-1845/49*, München.
- Weizsäcker, R. von (1985), „Ansprache im Margarethenhof der Friedrich-Naumann Stiftung,“ *liberal*, Bd. 27, Nr. 2 (Juni).
- Werner, K. F. (1988), „Political and Social Structures of the West, 300-1300“, in: J. Baechler, J. A. Hall und M. Mann (Hrsg.), *Europe and the Rise of Capitalism*, Oxford.
- Wicksell, K. (1933), *Über Wert, Kapital und Rente nach den neueren nationalökonomischen Theorien [1893]*, London.
- Wiese, L. von (1925), „Gibt es noch Liberalismus?“, in: M. J. Bonn und M. Palyi (Hrsg.), *Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag. Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege*. Bd. 1, *Wirtschaftspolitische Ideologien*, München/Leipzig.
- Wilhelm, U. (1991), „Das Staats- und Gesellschaftsverständnis von J. H. G. von Justi: Ein Beitrag zur Entwicklung des Frühliberalismus in Deutschland“, *Der Staat*, Bd. 30, H. 3.
- Wilson, A. (1977), *The Strange Ride of Rudyard Kipling: His Life and Works*, New York.
- Winch, D. (1985), „Economic Liberalism as Ideology: The Appleby Version“, *Economic History Review*, 2. Series, Bd. 38, Nr. 2 (Mai).
- Winkel, H. (1977), *Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert*, Darmstadt.
- Wischermann, C. (1993), „Der Property-Rights-Ansatz und die ‚neue‘ Wirtschaftsgeschichte, Geschichte und Gesellschaft, 19. Jg., H. 3.
- Wolf, J. (1892), *Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung*, Stuttgart.
- Wolf, J. (1898), „Illusionisten und Realisten in der Nationalökonomie“, *Zeitschrift für Socialwissenschaft*, Bd. I, Nr. 1-6.

- Wolf, J. (1899), „Das socialpolitische Vermächtnis Bismarcks“, *Zeitschrift für Socialwissenschaft*, Bd. 2, Nr. 4.
- Wolf, J. (1924), „Julius Wolf“, in: F. Meiner (Hrsg.), *Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen*, Leipzig.
- Wolff, O. (1880), John Prince-Smith: Eine Lebensskizze, in: John Prince Smith, *Gesammelte Schriften*, Bd. 3, K. Braun (Hrsg.), Berlin.
- Woll, H. (1988), *Die Wirtschaftslehre des deutschen Faschismus*, München, Wien.
- Yakovlev, A. (1993), *The Fate of Marxism in Russia*, übersetzt von Catherine A. Fitzpatrick, New Haven, Conn.
- Zedlitz-Neukirch, Freiherr von (1905), „Bureaukratie“, *Zeitschrift für Socialwissenschaft*, Bd. 8, Nr. 1.
- Zeise, R. (1980), „Der Kongress deutscher Volkswirte und seine Rolle beim Abschluss der bürgerlichen Umwälzung (1858-1871)“, *Jahrbuch der Geschichte*, Nr. 21, Berlin.
- Zitelmann, R. (1990), *Hitler: Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Stuttgart.
- Zucker, S. (1975), *Ludwig Bamberger. German Liberal Politician and Social Critic, 1823-1899*, Pittsburgh.

Personenregister

A

Acton, Lord, 3, 43
Adenauer, K. 88, 151
Afthalion, F. 5
Ahrens, H. 194
Albert, H. 4
Albertin, L. 142
Althoff, F. 124, 186
Anderson, M.L. 117, 182
Aquino, Th. von 3
Archenholtz, J.W. 16
Auer, I. 193
Augustin, St. 3

B

Baechler, J. 2
Balabkins, N. W. 214
Bamberger, L. 37, 44, 66, 71, 85, 89, 90, 98, 102,
113, 133f., 140, 147, 185, 200f., 203ff.
Barkai, A. 185, 217
Barth, Th. 39, 101, 129, 147, 150, 234, 237, 250
Bastiat, F. 5, 17, 50, 53f., 67,, 105, 112, 139, 154,
165, 198f., 222, 239, 244
Bauer, B. 63
Baumgart, W. 91, 144f.
Bebel, A. 5, 90, 100, 116, 126, 128, 130, 151, 193,
199ff.
Becker, J. 30, 57, 59
Bennigsen, R. von 68, 102, 151, 222
Bentham, J. 49ff., 60, 222
Bergsträsser, L. 91
Berman, H. J. 3
Bernhard, L. 203, 208
Bernstein, E. 193, 204, 242, 255
Birke, A. M. 34
Bismarck, O. von 31ff., 37, 38, 57, 70ff., Kapitel 3
passim, Kapitel 4 passim, 202, 222
Blackbourn, D. 32, 34f., 118
Blau, J. 193
Bluntschli, J. C. 64, 67
Bodin, J. 7
Böhm, F. 39
Böhm-Bawerk, E. von 137, 208
Böhmert, V. 25ff., 38, 54, 68f., 73, 75, 77, 79, 94,
142
Bonn, M. 104, 184, 213
Borchardt, K. 8, 46
Born, K. E. 135
Bornkamm, H. 34
Borsig, A. 110
Brandes, G. 210
Braun, K. 32, 54, 56, 62f., 71, 79, 95, 113
Braunschweig-Wolfenbüttel 7

Brentano, L. 58, 66, 160, 233f., 237, 241, 250
Bright, J. 30, 50, 143, 198
Buchanan, J. 161
Bücher, K. 214
Bucher, L. 156
Bureckhardt, J. 35, 44

C

Carlyle, T. 30
Cassel, G. 196
Cauer, E. 12
Chamberlain, J. 148
Chapman, J. 12
Christ, J. 245, 255, 260
Cobden, R. 17, 30, 50, 62, 64, 79, 141, 143, 198f.,
246
Cohn, G. 191
Comte, A. 235
Comte, Ch. 51
Constant, B. 8, 12, 19, 21, 35, 44, 74, 112, 172, 222,
256f.
Conze, W. 27, 219, 236
Cromwell, O. 77

D

Dahlmann, F. 93, 115, 257
Dahrendorf, R. 220, 233, 254, 259
Darwin, Ch. 220, 233f., 236
Delbrück, H. 90
Delbrück, R. 70, 76
Dieterici, C. F. W. 95
Dunoyer, Ch. 51
DuPont de Nemours, P. 17
Durkheim, É. 217

E

Eggers, Chr. von 22
Eichenberger, K. 192
Eickhoff, R. 91, 102, 141, 147
Einaudi, L. 85
Elm, L. 143
Emminghaus, A. 41
Engels, F. 64, 156, 221
Eras, W. E. 201
Erhard, L. 39, 88, 151
Eucken, W. 210f.
Eulenburg, F. 251
Eyck, E. 135, 151

F

Falk, A. 32

Faucher, J. 29, 52, 53, 55f., 62ff., 67, 71, 73, 75, 78,
115, 210
Feld, A. 58
Fenske, H. 9
Ferrara, F. 196
Fichte, J.G. 11, 148, 189, 250
Fischer, F. 245
Fleck, H.-G. 88, 92, 104, 126, 144
Flowers, M. R. 161
Fontane, Th. 98
Franz Josef 120
Fredersdorff, L. F. 15
Frese, J. 192
Friedman, M. 241
Friedrich der Große 133
Friedrich Wilhelm I. 117
Friedrich Wilhelm IV., 93
Frisch, R. 177

G

Gall, L. 28, 37, 174
Galen, C.A. von 179
Garber, J. 16
Gervinus, G.G. 93
Goethe, J. W. von 7
Goldberg, H.-P. 101, 105f., 108, 124, 134, 144, 149
Gorbatschow, M. 128
Gouldner, A. W. 217
Gregor VII. 3
Guyot, Y. 44

H

Habermann, G. 171, 175
Hahn, R. 255
Hänel, A. 91, 100, 112
Harden, M. 89, 92, 147
Hardenberg, K.A. von 22
Havenstein, R. 213
Hayek, F. A. von 1, 12, 130, 159, 167, 171, 183, 206,
212
Haym, R. 31
Heeringen, A. von 198
Hegel, G.W.F. 11, 161, 190, 250, 258
Hellpach, W. 237
Henderson, W.O. 49, 164
Hennings, A. 16
Hentschel, V. 30, 39, 66, 68
Herkner, H. 58, 188, 191, 207, 214, 216
Hermann, F.B.W. 208
Hertling, G. von 188
Heuss, Th. 90f., 149, 219, 221, 228, 230, 233, 239,
245f., 254, 259
Hildebrand, G. 181, 193
Hilferding, R. 46
Hintze, O. 188, 191
Hirsch, M. 140
Hirschmann, A.O. 171
Hitler, A. 32, 125, 179, 233
Hobbes, Th. 79, 190
Holborn, H. 181

Homann, K. 21
Hoverbeck, L. von 76, 118
Hufeland, G. 94
Humboldt, W. von 8ff., 12f., 18, 52, 67, 172f., 222,
257
Hume, D. 199, 222
Huskisson, W. 23

I

Iselin, I. 17

J

Jacobi, F. H. 20, 35
Jakobi, J. 78
Jefferson, Th. 112
Jones, E. L. 2
Joseph II. 20
Justi, J.H.G. von 18

K

Kahan, A. 121
Kant, I. 8, 10f., 11, 13, 15, 22, 222
Karl Ludwig, Erbprinz von Baden 77
Kautsky, K. 5, 126, 151
Kehr, E. 142, 148
Kennedy, P. 87
Ketteler, W. von 33, 35
Kipling, R. 42
Klingner, F. 3
Klippel, D. 8, 15
Kloocke, K. 19
Knapp, G. F. 189, 213
Knies, K. 181, 183
Koch, R. 7, 9, 37, 164, 175
Kosłowski P. 182
Kraus, Ch. J. 22
Krieger, F. 23
Krieger, L. 15, 59, 115, 139
Krüger, D. 215
Kruse, A. 184, 215

L

Laboulaye, É. 12
Lagarde, P. de 226
Lammers, A. 23, 39, 53, 68, 96
Landes, D. 2
Langewiesche, D. 14, 134
Lasalle, F. 5, 28f., 30, 43, 59, 65, 78, 96, 121, 125,
127, 156, 158, 186, 192f., 221f.
Lasker, E. 34, 102, 117
Le Play, P.G.F. 217
Lenin, W.I. 85
Leroy-Beaulieu, P. 130
Lessing, G. E. 7
Lette, W.-A. 68
Lexis, W. 188
Liebknecht, W. 100, 126, 199
Lindenlaub, D. 30

List, F. 49
 Locke, J. 15
 Lorenz, I. S. 88, 93, 105, 143
 Lueder, A.F. 22
 Luxemburg, R. 5, 151

M

Mackay, J. H. 63
 Mackay, Th. 130
 Madison 44
 Maine, H. 121, 172
 Malia, M. 128
 Manent, P. 4
 Marcks, E. 148
 Marlo, K. 224
 Marx, K. 5, 28, 64, 156, 158, 186, 193, 196, 204,
 214, 217, 221ff., 225, 230, 235, 238f., 242f.
 Mauvillon, J. 19, 199
 Mayer, G. 60
 Mehring, F. 64, 90, 127, 150
 Menger, C. 40, 57f., 183
 Meyen, E. 55, 63
 Meyer, A. 69, 150
 Meyer, C. F. 258
 Meyer, R. 156
 Michaelis, O. 63, 70, 72, 76f.
 Michels, R. 256
 Mill, J. S. 12, 257
 Milton, J. 12
 Miquel, J. 53, 151
 Mises, L. von 12, 29, 40, 130, 140, 167, 173, 183,
 195, 201, 203, 206, 209, 212f., 216, 235, 241
 Mitchell, A. 178
 Mohl, R. von 93, 115
 Molinari, G. de 63, 67
 Moltke, Graf H. von 104, 124
 Mommsen, Th. 39, 100
 Mommsen, W. 85, 143, 253
 Montesquieu, Ch. de 18, 44
 Mosca, G. 256
 Müller, A. 148, 189
 Müller, J. B. 10
 Müller-Meiningen, E. 106, 144, 147
 Müller-Plantenberg, U. 146, 151
 Müssiggang, A. 68, 184
 Myrdal, G. 177

N

Napoleon I. 230, 243
 Napoleon III. 175, 230
 Naumann, F. 42, 92, 99, 103f., 129, 145f., 148f.,
 151, 198
 Neumann, K. 95
 Nicholls, A. J. 125
 Nipperdey, Th. 90
 Nolte, E. 4, 29
 North, D. C. 2

O

Oppenheim, H. B. 65f., 181, 200f.
 Oppenheimer, F. 25, 71
 Ortega y Gasset, J. 176
 Orwell, G. 155

P

Padtberg, B. C. 6
 Palyi, M. 190
 Pareto, V. 165, 217, 256
 Parisius, L. 106
 Passy, F. 140
 Peel, R. 51, 55
 Peters, C. 233
 Philippovich, E. von 194f., 202
 Pirenne, H. 2
 Pius IX. 32, 37, 117
 Pohle, L. 5, 39, 145, 183, 186f., 193, 203, 213, 241
 Pörschke, K. L. 15
 Prince-Smith, J. 27, 49f., 95, 115, 133f.

R

Rachfahl, F. 91
 Radnitzky, G. 2, 176
 Rathenau, W. 43, 44
 Rau, K. H. 93ff.
 Ricardo, D. 59, 183, 208, 243
 Richter, A. 140
 Richter, E. 8, 32, 36, 38, 42, 45, 48, 65, 76, 87, 89,
 Kapitel 3 passim, Kapitel 4 passim, 197, 203,
 227, 229, 231f., 234, 237, 242f.
 Rickert, H. 69
 Rodbertus, A. 189, 193
 Roosevelt, Th. 148
 Röpke, W. 214
 Roscher, W. 30, 49, 94, 181
 Rosenberg, H. 164
 Rothbard, M. N. 53
 Rousseau, J.-J. 191, 233
 Ruskin, J. 30
 Rüstow, A. 41, 214
 Ruyer, R. 218

S

Saint-Simon, H. de 64, 157, 235
 Sartorius 22
 Say, J.-B. 63, 183, 222, 239
 Schäffle, A. 120, 156, 174, 193f., 196, 198
 Schelsky, H. 218
 Schieder, Th. 220, 222, 243, 257
 Schiller, F. 7
 Schiller, T. 6
 Schilling, H. 7
 Schlettwein, J. A. 16f., 199
 Schlosser, J. G. 18
 Schmidt-Volkmar 34
 Schmoller, G. 25, 30f., 58, 94, 120, 148, 166, 186,
 222, 256

Schnabel, F. 6
 Schneider, E. 184
 Schoeck, H. 155, 178
 Schopenhauer, A. 11
 Schulthess, O. 64
 Schulze, H. 24, 45, 47
 Schulze-Delitzsch, H. 76, 96
 Schulze-Gävernitz, G. von 204, 237
 Schumpeter, J. 100, 149, 159, 187, 211, 214, 224, 229
 Seeber, G. 91, 104, 107, 115
 Seldon, A. 167, 205
 Sell, F. 45
 Senior, N. 183
 Sering, M. 198
 Sheehan, J. 201
 Shirer, W. S. 6
 Smith, A. 17, 22, 63, 66, 132, 138, 183, 186, 199, 222
 Sohm, R. 226
 Sombart, W. 42f., 148, 151, 239
 Sonnemann, L. 70
 Spael, W. 219, 234, 247
 Spencer, H. 11, 44, 67, 112, 149, 172, 217
 Spengler, O. 6
 Staël, G. de 6, 8, 21, 35
 Stargardt, N. 139
 Stefani, A. de 85
 Stein, K. Freiherr vom 22, 93
 Stein, L. von 25, 189, 193f., 194
 Stephan, W. 258
 Stephani, H. 15
 Stillich, O. 134
 Stirner, M. 63f., Stöcker 220
 Stöcker, A. 223
 Stolleis, M. 176
 Streissler, E. 94
 Stumm, K. von 136
 Sulzbach, W. 40f., 161, 254
 Sumner, Ch. 124
 Sumner, W. G. 144, 149f., 217
 Szasz, Th. S. 36

T

Thierry, A. 51
 Tirpitz, A. von 105, 124, 139, 141, 198f., 200
 Tittel, G. A. 16
 Tocqueville, A. de 21, 44, 177, 217
 Treitschke, H. von 72, 193, 195
 Treue, W. 22
 Tschitscherin, B. 84, 196
 Turgot, A.R.J. 19, 22, 138, 173, 199, 244

U

Uhsadel, W. 234, 257

V

Vasold, M. 36
 Vaubel, R. 160
 Virchow, R. 35f., 76, 100, 116, 117, 150
 Voegelin, E. 28
 Voigt, A. 187, 194, 203
 Voigt, H. 246
 Vollmar 193

W

Wagener, H. 82, 154, 156, 158, 175, 189
 Wagner, A. 30f., 70, 94, 120, 148, 182ff.
 Waldeck, B. 73, 76
 Weber, A. 181, 203, 206, 212, 237
 Weber, Ch. 14, 235
 Weber, M. 104, 146, 226, 238, 258
 Weede, E. 2, 4
 Wehler, H.-U. 24, 27
 Weizsäcker, R. von 219
 Werner, K. F. 3
 Wichern, J. H. 221
 Wicksell, K. 186, 196
 Wiese, L. von 215, 226
 Wilhelm I. 72, 76, 89, 133
 Wilhelm II. 89, 139, 141, 144, 148, 197, 228, 230ff., 234, 259
 Wilhelm, U. 18
 Windthorst, L. 100
 Winkel, H. 182, 211, 215
 Wirth, M. 53
 Wiss, G. E. 63
 Witte, S.S. 15
 Wolf, J. 188, 202f., 205f.
 Wolff, Chr. 15
 Wolff, O. 52f., 55, 62ff., 66, 69, 216
 Woll, A. 217

Y

Yakovlev, A. 128

Z

Zedlitz-Neukirch 189
 Ziegler, F. 124

Sachregister

A

Absolutismus 7f., 15, 26, 37, 60, 82, 127f., 153, 172, 252
Agrarier 158, 238, 240, 250
Anarchismus 62, 65, 67
Anarcho-Kapitalismus 65
Antisemitismus 101, 119, 122, 154, 215, 223
Arbeiter 24, 59, 78, 95f., 113, 122, 125, 127, 131f., 134, 146f., 149, Kapitel 4 passim, 183, 192ff., 199, 201f., 204f., 207, 209f., 212, 214, 220, 222ff., 227ff., 238, 240, 242, 254, 259
Armut 50, 194, 212, 224

B

Banken 77, 98, 213
Beamtenschaft 22, 189, 214, 252
Bolschewisierung 253, 255
Boxer-Aufstand 143
Bund der Landwirte 124

C

Centralverband deutscher Industrieller 70

D

Darwinismus 79
Demokratie 9f., 12, 38, 65, 88, 114, 120f., 136ff., 153, 170, 206, 210, 219f., 229ff., 242, 252ff., 256

E

Eigentum 2f., 16f., 19f., 23, 55, 74, 80, 82f., 111, 116, 132, 134, 159, 193, 201, 205, 214, 227, 234, 238, 243, 254
Erziehung/Schulen 83, 117, 201, 247, 249
Evangelisch-Sozialen 188, 221, 223, 227,

F

Fabriken 201, 203
Faschismus 85, 231
Flottenpolitik 105, 124, 141, 146, 148, 197, 200, 228, 233f., 244f., 245, 259
Frankfurter Nationalversammlung 82
Französische Revolution 16f., 21

G

Geld 213
Genossenschaften 95ff., 123, 134, 131, 167
Gewerkschaften 146, 192, 205, 207, 209, 215, 241
Göttingen, Universität 22f., 50

H

Hegelianismus 12, 32
Historische Schule Kapitel 5 passim, 250

I

Imperialismus 138f., 144, 146, 151, 166, 198, 214, 216, 220, 226, 229, 246, 252
Industrialisierung 29, 162, 212

J

Juden 119f.,
Junker 124, 149, 229

K

Kathedersozialisten 47, 147, 166, 223, 241
Katholische Kirche 2f., 20, 31, 117ff.
Klassenkampf 222f., 235, 238, 241
Kolonialpolitik 98, 105, 138, 140, 142, 147f., 166, 233, 244, 259
Komintern 85
Kommunismus 235
Kongreß deutscher Volkswirte 38, 56, 59, 67, 75, 95, 137, 181, 202
Konservatismus 84, 87, 94, 121ff., 125, 128, 132, 146, 151, 154f., 157f., 162, 171, 215, 220, 260
Konzessionssystem 26, 77, 114
Kulturkampf 21, 31ff., 101, 117f.

L

Laissez-faire 19, 30, 43, 50f., 82, 133, 149, 158, 166, 181, 185, 197f., 202, 206, 212f., 225
Löhne 208, 210, 213, 222

M

Manchester 82,
Manchestertum 6, 29, 39f., 58, 65, 82, 87, 112, 115, 122, 134, 138, 143, 147, 158f., 172, 178, 183ff., 189f., 192, 198, 203, 205, 207, 223, 234, 238
Marxismus 15, 90, 126ff., 131, 135, 149f., 235
Mercantilismus 17, 20, 121, 125, 153, 168, 172, 199, 216, 250
Militär/Militarismus 50, 54, 79, 98, 104, 107f., 118, 120, 134, 141, 143, 145, 148, 173, 214, 237, 244
Monopole 107, 114, 127, 131f., 166, 207, 211, 224, 242

N

Nationalliberale 31, 37, 97, 102, 107f., 113f., 117, 121, 136, 146, 151, 154, 222

Nationalsozialer Verein, der 227f., 237
 Nationalsozialismus 45, 88, 179, 189, 217, 235, 250,
 259
 Nationalversammlung 26, 53, 64, 75
 Naturrecht 7, 15, 109, 161, 221

Ö

Österreichische Schule 94, 195, 208, 243

P

Paternalismus 175, 177, 197, 252
 Physiokraten 14, 16f., 19, 81
 Polen 120, 234, 248
 Public Choice 39, 169

R

Rechtsstaat 10, 19, 34, 37, 93, 114f., 151, 239, 254f.
 Revolution 1848 27, 63, 154

S

Schutzzölle 71, 103, 111f., 114, 132, 135f., 138, 250
 Samoa Gesellschaft 166
 Sozialismus/Sozialdemokratie 1, 4, 26, 41, 50, 55f.,
 62, 65, 77f., 83ff., 87ff., 95f., 101, 103, 106, 109,
 115ff., 121f., 124ff., 129, 131ff., 144ff., 149, 151,
 156f., 159, 162, 164, 168, Kapitel 5 passim, 220,
 222f., 225, 227, 229, 237f., 249, 255, 260

Sozialpolitik 41, 113, 122, 131, 135, 144, 146, 149,
 Kapitel 4 passim, Kapitel 5 passim, 228, 237f.,
 254
 Subsidiaritätsprinzip 112

T

U

Utilitarismus 12, 49, 51

V

Verein für Socialpolitik 30, Kapitel 5 passim
 Verelendung 24f., 193, 204, 224
 Verfassungskonflikt 72
 Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft, Politik und
 Kulturgeschichte 56, 62, 72f., 95

W

Weimarer Republik 41, 45, 253
 Weltnacht 145, 246
 Weltpolitik 103, 142, 145, 149f., 166, 197f., 228,
 231, 244, 246, 257, 259

Z

Zeitschrift für Socialwissenschaft 203f., 206
 Zentralbank 138
 Zentrum Partei 90, 118, 121, 188
 Zollverein 23, 56, 163